BILDUNGSBERICHT 2010

Luzerner Bildungslandschaft im Wandel

LUSTAT Themen

1 Sozialbericht des Kantons Luzern
Die soziale Lage der Luzerner Bevölkerung

2 Gemeindefinanzen 1992 – 2008
Der Finanzhaushalt der Luzerner Gemeinden

3 Wahlanalyse 2007
Wahlen ins Kantonsparlament

4 Bildungsbericht 2010
Luzerner Bildungslandschaft im Wandel

BILDUNGSBERICHT 2010

Luzerner Bildungslandschaft im Wandel

LUSTAT Statistik Luzern

Impressum

Reihe	LUSTAT Themen
Herausgeber der Reihe	LUSTAT Statistik Luzern
Wissenschaftliche Leitung	Gianantonio Paravicini Bagliani, Direktor LUSTAT
Autoren und Autorinnen	LUSTAT: Gianantonio Paravicini Bagliani, Franziska Spaeti, Simon Büchi, Lorenz Buchser, Nathalie Portmann, Sarah Rabhi-Sidler, Rob van de Pol Hochschulen: Rainer Diaz-Bone, Universität Luzern, Christoph Hauser, Hochschule Luzern Werner Wicki, Pädagogische Hochschule Luzern
Lektorat	Marianne Ulmi, Bern; Samuel Wegmann, LUSTAT
Grafisches Konzept und Layout	Henri Spaeti
Bilder	vgl. Bildnachweis Seite 389
Druck	Multicolor Print AG, Baar
Einband	Buchbinderei Burkhardt AG, Mönchaltorf
Vertrieb	LUSTAT Statistik Luzern Burgerstrasse 22, PF 3768 CH-6002 Luzern Tel. +41 41 228 56 35 info@lustat.ch / www.lustat.ch

Copyright	LUSTAT Statistik Luzern Abdruck – ausser für kommerzielle Zwecke – unter Angabe der Quelle gestattet

ISBN	3-906728-72-2

Printed in Switzerland

ZUM GELEIT

Zuerst die Fakten, dann die (politischen) Taten!

Liebe Leserin, lieber Leser

Wussten Sie schon, dass ... ? Mit dieser geläufigen Frageformel wenden sich Wissensvermittler, berufene und selbst ernannte, so gerne an ihr unbekanntes, angeblich wissensdurstiges Publikum. Der nun vorliegende erste Luzerner Bildungsbericht bietet Stoff für ungezählte Fragen dieser Art. Oder wussten Sie denn schon, dass sich im Kanton Luzern zur Zeit rund 70'000 Personen in einer formalen Ausbildung befinden? Dass sich bei uns auf der Tertiärstufe seit 2001 die Zahl der Studierenden mehr als verdoppelt hat? Dass die Ausgaben für die gesamte obligatorische Schulbildung im Durchschnitt 118'000 Franken pro Schülerin und Schüler betragen?

Ich wusste es nicht, respektive nicht so genau; oder nicht mehr so genau. Ja, genau hier setzt der Bildungsbericht 2010 an. Er hilft uns auf den Sprung vom Halbwissen zum Faktum, von der Ahnung zur Gewissheit, von der Vermutung zum gesicherten Bestand. Und dies in einer Breite und Tiefe, wie sie im Luzerner Bildungswesen bis jetzt einzigartig und entsprechend eindrücklich ist. Das Luzerner Bildungssystem präsentiert sich in allen seinen Facetten, von Kindergarten und Volksschule über Berufsbildung und Gymnasien zu Hochschulen und Universität. Dabei werden immer auch Hintergründe beleuchtet, Bezüge zu andern Kantonen und zur Schweiz hergestellt und die intensiven Wechselwirkungen zwischen der Bildung und einer Gesellschaft im Wandel aufgezeigt.

Das attraktiv bebilderte Nachschlagewerk, das durchaus auch ein Lesebuch ist, bietet primär Fakten. Zuerst die Fakten, dann die (politischen) Taten! Wer vorausschauen will, muss zunächst hinschauen und zurückschauen. Ich freue mich, dass den Bildungsverantwortlichen, den politischen Behörden, den Verbänden und Parteien auf Kantonsebene und in den Gemeinden mit dem Bildungsbericht künftig ein wahres Reservoir an nützlichen Basisinformationen zur Verfügung steht. Solides Wissen kann sich auf die Qualität der bildungspolitischen Entscheidungsprozesse nur positiv auswirken. Den Autorinnen und Autoren des Berichts danke ich herzlich für die enorme Präzisionsarbeit, die sie für dieses Werk geleistet haben. Dies gilt insbesondere auch für die Herausgeberin LUSTAT, die mit ihrem grossen Effort und ihrer inhaltlichen und zeitlichen Qualität den Bildungsbericht überhaupt ermöglicht hat.

Luzerner Bildungslandschaft im Wandel, so lautet der Titel des Bildungsberichts 2010. Ich lade Sie, liebe Leserin, lieber Leser, zum neugierigen oder auch beschaulichen Spaziergang in unserer Bildungslandschaft ein. Sie werden feststellen, dass sich diese Landschaft in den letzten Jahrzehnten tiefgreifend verändert hat. Sie ist farbiger geworden und dichter bewachsen und bebaut, sie ist stärker vernetzt und benötigt mehr Pflege. Vielleicht vermissen Sie auch die eine oder andere vertraute Ansicht. Aber spannend und abwechslungsreich ist der Streifzug auf jeden Fall. Und er mag auch zum Nachdenken anregen. Zum Beispiel über den tieferen Sinn der Bildung, der sich nicht quantitativ erfassen lässt. Das höchste Ziel einer soliden, auf Fakten abgestützten Bildungspolitik bleibt eine Bildung, die die Menschen nicht nur tüchtig, sondern auch weise, gut und glücklich werden lässt.

September, 2010

Dr. Anton Schwingruber
Regierungspräsident 2010
Vorsteher des Bildungs- und Kulturdepartements des Kantons Luzern

VORWORT

Mit dem vorliegenden Werk erhält der Kanton Luzern einen Bildungsbericht, der in dieser Form erstmalig ist. Die Erfüllung des durch das Bildungs- und Kulturdepartement erteilten Auftrags war für LUSTAT eine grosse Herausforderung und eine spannende Aufgabe.

Die statistische Analyse ist eingebettet in Ausführungen zum historischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Hintergrund sowie zum organisatorischen Rahmen der Bildung. Die vielfältig sich auffächernden Themenfelder wurden so weit möglich auf ihre inneren Zusammenhänge hin statistisch durchleuchtet, sei es mit Blick auf die Vergangenheit und Gegenwart, sei es in der prospektiven Betrachtung mit der Modellierung von Bildungsszenarien. Damit reiht sich der Bildungsbericht in die von LUSTAT erarbeiteten Gesamtdarstellungen zu einem zentralen Thema der kantonalen Politik ein.

Der Bildungsbericht erhebt nicht den Anspruch, das komplexe Gebilde von Wissenserwerb bis in die einzelnen Verästelungen auch pädagogischer und psychologischer Fragen auslegen zu können. Er liefert auch keine endgültigen Antworten auf politische Fragestellungen, hat sich aber an wichtigen Themen von gesellschaftlicher und politischer Relevanz orientiert. Der Objektivität verpflichtet, bezieht LUSTAT im Bericht nicht Position. Der Bildungsbericht erhebt aber den Anspruch, eine Basis – unter anderen – für Strategie, Planung und politische Entscheidungen und für die demokratische Diskussion zu sein.

Dem Regierungspräsidenten Dr. Anton Schwingruber danke ich für den uns erteilten Auftrag und das damit ausgesprochene Vertrauen. Ich freue mich, ihm mit diesem Bericht in komprimierter Form einen kleinen Ausschnitt des Feldes vorzulegen, das er in seiner langjährigen Arbeit als Bildungs- und Kulturdirektor bestellt hat.

Zu wichtigen Partnern im Prozess der Konzipierung und Erstellung und Vollendung des Bildungsberichts wurden uns Hans-Peter Heini, Charles Vincent und Mike Märki vom Bildungs- und Kulturdepartement. Sie stellten sich der Mitarbeit in einem kleinen Steuerungsausschuss und unterstützten uns mit viel Engagement. Ihnen danke ich herzlich, und ich hoffe, dass sie in ihrer Arbeit Gewinn aus diesem Werk ziehen können.

Mein ganz spezieller Dank geht an die Autorinnen und Autoren. Sie stellten mit ihrem grossen Engagement sicher, dass diese Publikation trotz des engen Zeitrahmens zum geplanten Termin und in der gewünschten Qualität erscheinen kann. Sie sind alle im Impressum aufgeführt.

Der möglichst sachgerechte Umgang mit der Komplexität des Bildungsgeschehens wäre ohne die Unterstützung von Expertinnen und Experten nicht möglich gewesen. Sie haben von der Konzeptphase bis zur Würdigung der Texte ihre fachliche Kompetenz eingebracht und somit zur Qualität des Produkts beigetragen. Ich spreche ihnen meinen aufrichtigen Dank aus. Am Ende des Buches sind sie namentlich erwähnt.

Nicht zuletzt danke ich allen weiteren Beteiligten, die mit ihrer Begeisterung diesen vierten Band in der Reihe LUSTAT Themen mitgeprägt haben.

September 2010

Gianantonio Paravicini Bagliani, Lic. oec. publ.
Direktor LUSTAT Statistik Luzern

INHALT

	Zum Geleit	5
	Vorwort	7
	EINFÜHRUNG	11
I. TEIL	WISSEN UND KOMPETENZEN ALS RESSOURCEN	
1. KAPITEL	Bildung im Spannungsfeld sich verändernder Rahmenbedingungen	23
2. KAPITEL	Organisation und Finanzierung der Bildung	47
II. TEIL	ERSTE SCHULISCHE LERNSCHRITTE IM LEBENSLAUF	
3. KAPITEL	Der Aufbau der Basiskompetenzen	71
4. KAPITEL	Eignung, Neigung und erste Wahl – Die Sekundarstufe I	109
III. TEIL	BERUFS- UND STUDIENORIENTIERUNG IM SPANNUNGSFELD VON ALLGEMEINBILDUNG UND SPEZIALISIERUNG	
5. KAPITEL	Der Berufsbildungsweg	135
6. KAPITEL	Der gymnasiale Weg	175
IV. TEIL	DIE HÖHERE BILDUNG	
7. KAPITEL	Fachhochschule	209
8. KAPITEL	Pädagogische Hochschule	243
9. KAPITEL	Universität	265
10. KAPITEL	Höhere Berufsbildung und Weiterbildung	297
V. TEIL	BILDUNGSSZENARIEN	
11. KAPITEL	Bildungsszenarien – Grundlagen und Resultate	329
	SYNTHESE	349
	ANHANG	
	Glossar	
	Literatur, Rechtsgrundlagen	
	Abkürzungsverzeichnis, Bildnachweis	
	Expertinnen und Experten	

NEC

EINFÜHRUNG

A AUFTRAG UND ZIELSETZUNG

B THEORETISCHE UND METHODISCHE BASIS

1. Zum Begriff Bildung
2. Messbarkeit von Bildung – Indikatoren
3. Datenbasis

C AUFBAU DES BILDUNGSBERICHTS

A AUFTRAG UND ZIELSETZUNG

Bildung ist eines der grossen Themen des Kantons Luzern. Sie ist ein Grundbedürfnis der Individuen und ein Motor des Fortschritts und des Wohlstands. Bildung findet im Spannungsfeld politischer, ökonomischer, gesellschaftlicher und individueller Ansprüche statt und ist damit permanenten Änderungen unterworfen. Erstmals wird die Bildungslandschaft des Kantons Luzern in ihrer ganzen Breite systematisch dargelegt und analysiert, wobei der interkantonale und teilweise auch der internationale Kontext mitberücksichtigt werden.

Informationsauftrag

LUSTAT Statistik Luzern veröffentlicht im Rahmen des gesetzlich verankerten Informationsauftrags jährlich Ergebnisse aus der Bildungsstatistik. Die Bildungslandschaft im Kanton Luzern wird dadurch aber nur partiell abgebildet. Dieser Bericht bietet Gelegenheit für eine fundierte und umfangreichere Berichterstattung, die verschiedene Aspekte des Bildungsbereichs zu einer mit Hintergrundinformationen sowie historischen und theoretischen Bezügen angereicherten Gesamtschau zusammenführt.

Projektbegleitung

Das Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) hat LUSTAT den Auftrag zur Erarbeitung dieses Bildungsberichts erteilt. Die Gesamtsteuerung des Bildungsberichts lag bei der LUSTAT-Direktion und wurde zusammen mit einem Steuerungsausschuss, der mit Vertreterinnen und Vertretern von LUSTAT und vom BKD besetzt war, gewährleistet. Verfasst wurde der Bildungsbericht durch Mitarbeitende von LUSTAT sowie Angehörige der Luzerner Hochschulen. Damit war der interdisziplinäre Austausch bestmöglich sichergestellt. Die Arbeiten wurden von Expertinnen und Experten des BKD begleitet, die das notwendige Fachwissen aus der Bildungswelt beisteuerten (vgl. Anhang).

Systematische Darstellung aller Bildungsstufen

Die Hauptzielsetzung des Bildungsberichts ist die systematische Darstellung des Bildungsgeschehens im Kanton Luzern auf allen Stufen des Bildungssystems aus statistischer Sicht. Die Wahl der Themen und Analysefelder war geleitet von der Reflektion zentraler aktueller und aus bildungspolitischer Sicht relevanter Fragestellungen. Auch in Bereichen, wo umfassende Reformen in Planung oder Umsetzung sind, war es ein Anliegen, die Situation der Vergangenheit zu integrieren. Die Sicht auf die Vergangenheit öffnet den Blick auf mögliche Entwicklungen in der Zukunft; die im Bericht eingebauten Bildungsszenarien stellen einen Beitrag dazu da.

Der Bildungsbericht – Grundlage für ein Bildungsmonitoring

Ratschläge für politische Massnahmen werden im Bericht keine erteilt. Politische Akteure finden aber Grundlagen, um die real praktizierte Bildungspolitik zu bewerten und zu überprüfen und daraus Massnahmen abzuleiten. Dem Kanton und den Gemeinden erwachsen mit den Aufgaben im Rahmen der steigenden Bildungsnachfrage neue Verantwortungen und zunehmende Kosten, die nach verlässlichen und objektiven Informationen zur Funktionsweise der Bildungsangebote rufen. Der erste Luzerner Bildungsbericht ist weder ein Planungs- noch ein Wirkungsbericht; er hat aber das implizite Ziel, ein kontinuierliches Monitoring des Bildungsgeschehens vorzubereiten und Hinweise auf mögliche zukünftige Entwicklungen zu liefern.

B THEORETISCHE UND METHODISCHE BASIS

1. Zum Begriff Bildung

Bildung ist Inhalt, Prozess und Struktur

Bildung ist im deutschen Sprachgebrauch ein facettenreicher Begriff, der sich auf verschiedene Bereiche bezieht. Erstens bezeichnet Bildung Inhalte, also Wissensbestände oder angeeignete Fertigkeiten, die persönliche Ressourcen darstellen und im ökonomischen Kontext als Produktionsfaktor im weitesten Sinne zu verstehen sind. Dem Know-how, dem Wissen, wie etwas zu tun ist, kommt nicht nur im Arbeitsleben, sondern auch im Privatleben und in der Politik höchste Bedeutung zu: Bildung hilft, Energien zielgerichtet einzusetzen und mit geringerer Anstrengung bessere Resultate zu erreichen. Indem Bildung in Lernprozessen entsteht, die sich zuweilen über Jahre und Jahrzehnte hinziehen, ist sie gleichzeitig Investitionsgut. Denn auch wenn Lernen an sich mit Freude verbunden sein kann, wird der Nutzen von persönlichen Bildungsanstrengungen doch mehrheitlich in der Zukunft gesehen. Der Bildungsbegriff bezeichnet dabei nicht nur das Resultat, das Humankapital, sondern auch den Prozess seiner Entstehung: den Bildungserwerb, die Aus- und Weiterbildung. In einem dritten Sinn bezieht sich der Begriff Bildung auf das Bildungssystem selbst: auf die Strukturen, in denen sich die Ausbildung abspielt, auf das Bildungswesen mit seiner hierarchischen und thematischen Gliederung und den formalen Bildungsabschlüssen. Letztere dienen der Standardisierung des Bildungsprozesses und fördern als Indikator die Einschätzbarkeit persönlicher Bildungsressourcen durch Drittpersonen.

Humankapital

Der Begriff Humankapital wird im Zusammenhang mit der Bildungsthematik regelmässig verwendet. Er stammt aus der ökonomischen Theorie und steht zusammenfassend für das erworbene Wissen, die Fähigkeiten, Fertigkeiten und Talente, über die ein Mensch oder eine Gruppe von Menschen verfügt. Humankapital wird als wichtiger Inputfaktor im Produktionsprozess im weitesten Sinne verstanden. Manche Humanressourcen gelangen nur im privaten Rahmen zur Anwendung oder bleiben als versteckte Talente gar ungenutzt. Bedeutungsvoll gerade für das Bildungswesen ist jedoch die Möglichkeit, Humankapital gegen eine Entschädigung Dritten zur Verfügung zu stellen. So werden Individuen zu Anbietern von Humankapital am Arbeitsmarkt, derweil ihnen nachfrageseitig die Arbeitgeber gegenüberstehen.
In dieser Lesart haben sowohl Individuen als auch Arbeitgeber, die öffentliche Hand und die Gesellschaft als Ganzes ein Interesse an einem ausgewogenen Bildungssystem, das jederzeit die als richtig erachteten Bildungsqualifikationen in ausreichender Menge zur Verfügung stellt.

Übergänge im Bildungsprozess

Im Bildungsbericht liegt der Hauptfokus auf den institutionellen Bildungsprozessen im formalen Bildungssystem, von der Einschulung bis zu den Austritten. Dabei kommen auch alle Schnittstellen im Lernprozess zur Darstellung, das heisst, den Eintritten, den Übertritten von der einen in die nächste Schulstufe und auch der stufeninternen Durchlässigkeit. Auch die Weiterbildung wird angesprochen. Unterstützt werden die Bildungsprozesse durch Beratungsprozesse, die jeweils in den einzelnen Kapiteln erwähnt werden.

2. Messbarkeit von Bildung – Indikatoren

Bildung ist schwer quantifizierbar

In qualitativer Hinsicht ist Bildung schwer messbar. Quantitativ kann Bildung mittels Indikatoren eingeschätzt werden, die auf der Auswertung von standardisierten Daten zum Bildungssystem beruhen. Die Indikatoren ermöglichen der Bildungsstatistik differenzierte Betrachtungen der Bildungslandschaft. Sie ermöglichen Vergleiche in der Zeit, zwischen geografischen Räumen und politischen Verwaltungseinheiten, zwischen Generationen und verschiedenen anderen Bevölkerungsgruppen.

Das Indikatorenmodell CIPOO

Die Bildungssystemindikatoren des Bundes im Rahmen der Bildungsstatistik ist nach einem international gängigen Systemansatz, dem CIPOO-Modell, strukturiert. Es werden dabei fünf Dimensionen unterschieden, nämlich Kontext, Input, Prozess, Output und Outcome. Es hat zum Ziel, Strukturen, Wirkungs- und Funktionsweisen des Bildungssystems aus der Gesamtperspektive zu beschreiben (BFS 2007a: 8). Dieses Modell hat den Vorteil, dass es auf allen Bildungsstufen Anwendung finden kann. Untenstehend werden die einzelnen Dimensionen erläutert.

Kontext

Als Kontext wird der gesamtgesellschaftliche Rahmen verstanden, in den das Bildungssystem eingebettet ist. Dazu gehören soziale, demografische, politische und ökonomische Prozesse und Strukturen. Beispiele sind:

- Bildungsniveau (Abschlussquoten wie Maturitätsquoten)
- Soziale Herkunft
- Erwerbstätigkeit und finanzielle Situation der Studierenden
- Demografische Entwicklungen inklusive Schätzungen für die Zukunft

Input

Die Systemdimension Input steht für Investitionen in das Bildungssystem. Dazu gehören sowohl monetäre als auch zeitliche Ressourcen, die von den Beteiligten investiert werden. Beispiele dafür sind:

- Bildungsausgaben (Anteil am Bruttoinlandprodukt)
- Kennzahlen zur Bildungsbeteiligung wie Eintrittsquoten und Eintritte
- Personal

Prozesse

Prozessindikatoren umschreiben das Bildungssystem im engeren Sinne. Sie geben Hinweise zu Institutionen und zu deren Strukturen und Funktionsweisen. Sie informieren über Ausbildungs- und Lernbedingungen, Übergänge und Verläufe. Beispiele dafür sind:

- Zahl der Studierenden im Verhältnis zu den Lehrkräften
- Ausbildungs- und Studiendauer
- Selektion sowie Mobilität der Auszubildenden oder Studierenden

Output

Output-Indikatoren umschreiben das Ergebnis des Bildungsprozesses, sogenannte „Produkte“ oder unmittelbare Leistungen des Bildungssystems. Es handelt sich um Wissen, Fähigkeiten, Werte, Einstellungen und Handlungsweisen, die den Lernenden vermittelt werden. Im Vordergrund steht die primäre Aufgabe des Bildungssystems, „Humankapital“ zu generieren. Beispiele dafür sind:

- Abschlussquote und Austritte
- Studienerfolgsquote, Studienabbrüche

Outcome

Diese Systemdimension steht für die Wirkung von Bildung für die Individuen wie auch für die Wirtschaft und die Gesellschaft. Beispiele dafür sind:

- Einkommen der Absolventinnen und Absolventen
- Erwerbsquoten der Absolventinnen und Absolventen
- Berufseintrittsquoten
- Qualifikationsanforderung und angemessene Qualifikation
- Zufriedenheit der Absolventinnen und Absolventen

Bei vielen Indikatoren handelt es sich im Informationen, die je nach Perspektive unterschiedlich interpretiert werden können. Somit lassen sich verschiedene Bildungsindikatoren nicht eindeutig einer Dimension zuordnen. Die Interpretation hängt etwa davon ab, welcher Teil des Bildungssystems betrachtet wird. Aus der Sicht der Hochschulen informieren die Maturitätsquoten über das Potenzial zukünftiger Studierender und gehören somit zu den Kontextindikatoren. Bei der isolierten Betrachtung der Sekundarstufe II hingegen sind Maturitätsquoten als Output zu verstehen (BFS 2007a: 8).

In diesem Bericht kommt auf allen Bildungsstufen neben einer Volumenbetrachtung auch die Indikatorensicht zur Geltung. Dies ist insbesondere für zeitliche und räumliche Vergleiche sowie für solche zwischen Teilen des Bildungssystems von Bedeutung.

3. Datenbasis

Quellen

Der Bildungsbericht basiert hauptsächlich auf statistischen Daten. Die Wahl der Quellen und Auswertungsmethoden erfolgt auf der Grundlage statistischer Überlegungen. Mit der Darlegung der vorhandenen statistischen Quellen wird der Rahmen abgesteckt, in dem sich die Berichterstattung bewegt. Entscheidend ist der Bezug zum Raum Luzern. Wo für die Berichterstattung statistische Quellen zum Kanton Luzern nicht vorhanden sind, erfolgt teilweise der Rückgriff auf schweizerische Ergebnisse. Zusätzlich zur statistischen Datenbasis finden Quellen aus der Literatur Beachtung, um die Ergebnisse sinngemässen Interpretationen zuzuführen.

Statistik der Lernenden

Das BFS führt seit 1977 eine jährliche Schulstatistik über alle Schulstufen durch. Die schweizerische Schulstatistik ist eine Zusammenfassung von 26 kantonalen Statistiken. Die Datenerhebung im Kanton Luzern erfolgt, mit Ausnahme der Universität, Fachhochschule und der Pädagogischen Hochschule, durch LUSTAT Statistik Luzern. Die Statistik der Schüler/innen und Studierenden erfasst alle Lernenden, die eine private oder öffentliche Schule im Kanton Luzern besuchen. Als Erhebungseinheiten dienen die Schule (Schulortprinzip), ihre organisatorische Untereinheiten, das heisst die Schulklasse oder Abteilung sowie die Lernenden selber. Die Daten werden weitgehend, ab dem Schuljahr 2010/201 vollständig als Individualdaten erhoben.

Statistik des Lehrpersonals

Seit dem Jahr 2003 wird vom BFS die Statistik der Lehrkräfte geführt. Mit der Erhebung der Statistik der Lehrkräfte im Kanton Luzern ist LUSTAT Statistik Luzern beauftragt. In der Statistik des Lehrpersonals werden Daten über die unterrichtenden Personen sowie den erteilten Unterricht an denjenigen Schulen erhoben, deren Schülerinnen, Schüler und Studierende ebenfalls erfasst werden (Statistik der Lernenden). Im Kanton Luzern werden derzeit nur die Daten von Lehrpersonen an öffentlichen Schulen erhoben, die im Personalinformationssystem des Kantons registriert sind. Lehrpersonen der privaten Schulen werden erst ab dem Schuljahr 2010/2011 erfasst.

Statistik der Berufslehren und Lehrabschlussprüfungen

Die Statistik erfasst die Eintritte, Prüfungskandidaten und -kandidatinnen, Abschlüsse und den Gesamtbestand der Lehrverträge im Bereich der Berufsbildung. Sie wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) in Zusammenarbeit mit den kantonalen Berufsbildungsämtern jährlich erhoben.

Statistik der Bildungsabschlüsse (ohne Hochschulen)

Die Statistik der Bildungsabschlüsse erfasst jährlich die anerkannten Zertifikate, die als Abschluss einer Ausbildung der Sekundarstufe II oder der Tertiärstufe (ohne Hochschulen) verliehen werden. Als Planungsinstrument zeigen sie den Output an Lernenden auf, die in die Arbeitswelt oder in die Studiengänge auf der Tertiärstufe entlassen werden. Die Statistik der Bildungsabschlüsse wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) mit Unterstützung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) und in Zusammenarbeit mit den kantonalen Instanzen erhoben.

Statistik der öffentlichen Bildungsausgaben

Die Statistik der öffentlichen Bildungsausgaben beruht auf den Rechnungskonten des Bundes, der Kantone und der Gemeinden. Jährlich berechnet und publiziert das BFS Indikatoren auf der Grundlage dieser von der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) erhobenen Finanzdaten. Diese Statistik ermöglicht einen aktuellen Überblick über die Finanzierung des Bildungswesens der 26 kantonalen Schulsysteme (Vorschule bis Tertiärstufe) und über jene der Eidgenössischen Hochschulen.

Statistik der Studierenden und Abschlüsse (Hochschulen)

Das Schweizerische Hochschulinformationssystem (SHIS) wurde zu Beginn der 1970er-Jahre konzipiert, um den steigenden Koordinations- und Planungsbedürfnissen des Bundes und der Kantone im Hochschulbereich Rechnung zu tragen. Es gibt Auskunft über die Studiensituation, den Bildungsverlauf und soziodemographische Merkmale der Studierenden. Die Datenbank dient unter anderem für die Berechnung der Hochschulindikatoren und die Bildungsszenarien des BFS. Das BFS führt die Statistik der Studierenden und Abschlüsse in Zusammenarbeit mit den schweizerischen Hochschulen.

Statistik des Hochschulpersonals

Die Erhebung des Personals an den universitären Hochschulen, Eidgenössischen Technischen Hochschulen und eidgenössisch anerkannten Fachhochschulen sowie den Pädagogischen Hochschulen ermittelt jährlich die dem Schweizer Hochschulwesen zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen. Mit Hilfe einer Reihe von Differenzierungskriterien können Vergleiche des Ressourceneinsatzes unter anderem zwischen den jeweiligen Institutionen, zwischen Fachbereichen, Personalkategorien wie für unterschiedliche Tätigkeitsarten erstellt werden. Die Hochschulpersonalerhebung wird vom BFS in Zusammenarbeit mit den schweizerischen Hochschulen durchgeführt.

PISA-Kompetenzmessung

PISA (Program for International Student Assessment) ist ein Projekt der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Das Projekt PISA testet die Grundkompetenzen der 15-jährigen Jugendlichen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften. Es untersucht nicht primär das Schulwissen der Jugendlichen, sondern konzentriert sich auf grundlegende Kompetenzen, die für die Bewältigung alltäglicher Herausforde-rungen im privaten, beruflichen und gesellschaftlichen Leben notwendig sind. PISA liefert in vergleichender Perspektive wichtige Indikatoren für die Qualität des Outputs von Bildungssystemen.

Absolventenbefragungen

Seit 1977 werden alle Neuabsolventinnen und -absolventen der Universitäten und seit 1993 auch die Absolventinnen und Absolventen der Höheren Fachschulen und der Fachhochschulen in der Schweiz befragt. Der standardisierte Fragebogen thematisiert die Erfahrungen während des Übergangs von der Ausbildung ins Berufsleben sowie die Erwerbssituation ein Jahr nach Studienabschluss. Es handelt sich um eine Vollerhebung, die alle zwei Jahre durchgeführt und vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) sowie dem Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF) getragen wird. Seit 1998 ist das BFS für die Durchführung und die Auswertungen der Studie verantwortlich.

Weitere Datenquellen

Weitere Datenquellen für ausgewählte Auswertungen sind
- Eidgenössische Volkszählung
- Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)
- Eidgenössische Betriebszählung
- Eidgenössische Lohnstrukturerhebung
- Statistik der Hochschulen
- Interne Statistiken kantonaler Dienststellen
- Interne Statistiken der Hochschulen

Datenquellen der Bildungsszenarien

Die Datenquellen für die Bildungsszenarien sind einerseits die kantonale Bevölkerungsstatistik und die Bevölkerungsvorausschätzungen sowie die beobachteten Lernendenbestände. Für die berufliche Grundbildung und die Hochschulen werden Szenarien des Bundesamts für Statistik übernommen. Die Methoden der Bildungsszenarien werden im Kapitel 11 beschrieben.

Schuljahr, Semester, Kalenderjahr

Die genannten Erhebungen aus dem Bildungsbereich beziehen sich mehrheitlich auf Schuljahre oder – im Hochschulbereich – Semester, wobei meist das Stichtagprinzip zur Anwendung kommt. Andere Statistiken sind auf das Kalenderjahr bezogen, zum Beispiel diejenigen zu Finanzdaten.

C AUFBAU DES BILDUNGSBERICHTS

Der Aufbau des Berichts ist der Zielsetzung verpflichtet, alle Bildungsstufen in möglichst kohärenter Art darzustellen. Zunächst wird der Kontext beschrieben, auf dem das heutige Bildungswesen aufbaut und in dem es sich abspielt. Dazu gehören auch die organisatorischen Rahmenbedingungen und die Finanzierung. Danach folgen die stufenbezogenen Analysen von der Volksschule bis zur Tertiärstufe und der Weiterbildung. Die Ergebnisse der Bildungsszenarien sind jeweils an den geeigneten Stellen in die einzelnen Kapitel integriert. Zur Erleichterung des Leseflusses sind die methodischen Aspekte der Szenarien sowie eine Übersicht ihrer Ergebnisse in einem eigenen Kapitel zusammengefasst. Eine Synthese mit den wichtigsten Erkenntnissen rundet den Bildungsbericht ab.

Teil I – Wissen und Kompetenzen als Ressourcen

Der erste Teil des Berichts stellt die Rahmenbedingungen des Bildungsgeschehens in den Vordergrund. Das erste Kapitel zeichnet die Veränderungen der gesellschaftlichen, ökonomischen und demografischen Grundlagen des Bildungsgeschehens nach. Eine historischen Rückschau führt dabei in die Dynamik der heutigen Bildungswelt ein, wobei unter anderem ausführlich das Phänomen der Bildungsexpansion diskutiert wird. Im zweiten Kapitel liegt das Augenmerk auf den rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen sowie den verschiedenen Akteuren des Bildungssystems. Als wichtige Schnittstelle zwischen Bildungsanbietern und Bildungsbeteiligten kommt hier den Lehrkräften eine besondere Rolle zu.

Teil II - Erste schulische Lernschritte im Lebenslauf

In Teil II wird der Abschnitt im Lernverlauf beschrieben, der für alle Kinder und Jugendlichen obligatorisch ist: die Volksschule. Das Kapitel 3 befasst sich mit den Eintritten ins Bildungssystem und lenkt den Blick auf spezifische Lernformen, unter anderem auch diejenigen im Rahmen der gezielten Förderung und der Sonderschulung. Im Kapitel 4 wird der Übertritt von der Primarstufe auf die Sekundarstufe I beschrieben und dabei die Verteilung der Lernenden auf die unterschiedlichen Leistungsniveaus ins Blickfeld gerückt.

Teil III – Berufs- und Studienorientierung im Spannungsfeld von Allgemeinbildung und Spezialisierung

Die erste postobligatorische Bildungsstufe, wo die Voraussetzungen für den Eintritt ins Berufsleben und für die Weiterqualifikation geschaffen werden, ist Thema des dritten Teils. Das Kapitel 5 hat die berufliche Grundbildung zum Gegenstand. Das duale Berufsbildungssystem, das den grössten Teil aller Schulabgängerinnen und -abgänger aufnimmt und der Arbeitswelt zuführt, wird in allen wichtigen Facetten betrachtet. Besprochen wird zudem die Berufsmaturität, die den Weg an Fachhochschulen vorbereitet. Das Kapitel 6 ist dem gymnasialen Bildungsweg gewidmet, der den Zugang an Universitäten und andere Hochschulen öffnet. Die Wahl der Fachrichtungen und der Bildungserfolg sind ebenfalls Bestandteil dieses Kapitels.

Teil IV - Die höhere Bildung

In diesem Teil stellt der Bildungsbericht die Tertiärstufe und die Weiterbildung vor. Dazu gehören die Hochschulbildung (Tertiär A), die höhere Berufsbildung (Tertiär B) und die Weiterbildung. Die Kapitel 7, 8 und 9 behandeln die Fachhochschulausbildung, die Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule und die universitäre Bildung. Dabei werden nicht ausschliesslich die Luzerner Hochschulen betrachtet, sondern das generelle Studienverhalten der Luzerner Wohnbevölkerung beschrieben. Im Kapitel 10 wird schliesslich der immer wichtiger werdende Bereich der höheren Berufsbildung und der Weiterbildung ausserhalb der Hochschulen besprochen.

Teil V - Bildungsszenarien

Dieser Teil enthält die theoretischen Grundlagen und die wichtigsten Resultate der Bildungsszenarien. Das Kapitel 11 umschreibt Ziele und Reichweite der Bildungsszenarien. Ein Teil der Darlegung ist dem Modellcharakter von Szenarien gewidmet, den Annahmen, die den Szenarien von LUSTAT und jenen des BFS zugrunde liegen, der Methode und der Aussagekraft der Resultate. Zu diesem theoretischen Teil gehört auch eine Kurzdarstellung der Bevölkerungsszenarien, die eine wichtige Basis der Bildungsszenarien bilden. Im zweiten Teil des Kapitels werden die wichtigsten Resultate der Berechnungen visualisiert und kurz kommentiert.

Synthese

Die Synthese schafft einen Überblick über die quantitativen Aspekte der zentralen Entwicklungen der Luzerner Bildungslandschaft sowie über die Situation, wie sie sich heute präsentiert und wie sie sich weiterentwickeln könnte. Damit öffnet sie den Blick auf Themenfelder, die für die Bildungspolitik von Bedeutung sind.

Anhang

Der Anhang bietet ein Glossar zu den wichtigsten Begriffen, ein Literaturverzeichnis, eine Übersicht über Gesetze, Verordnungen, Reglemente und Vereinbarungen sowie ein Abkürzungsverzeichnis. Des Weiteren findet sich hier die Auflistung der Expertinnen und Experten, die LUSTAT in der Konzept- und Redaktionsphase begleitet haben.

(120.0)
35.1
33.1
31.1
29.1
27.1
25.1
23.1
21.1
19.1
17.0
15.0
NEC

I. Teil

WISSEN UND KOMPETENZEN ALS RESSOURCEN

1. KAPITEL Bildung im Spannungsfeld sich verändernder Rahmenbedingungen . 23
2. KAPITEL Organisation und Finanzierung der Bildung 47

Mit der Bildungsexpansion erhalten im 20. Jahrhundert
immer breitere Kreise der Bevölkerung Zugang zu höherer Bildung

1. KAPITEL

BILDUNG IM SPANNUNGSFELD SICH VERÄNDERNDER RAHMENBEDINGUNGEN

A BILDUNG UND BILDUNGSEXPANSION IM GESELLSCHAFTLICHEN KONTEXT

B TRANSFORMATION VON GESELLSCHAFT, STAAT UND WIRTSCHAFT

1. Wirtschaftswachstum und technologischer Fortschritt
2. Wandel der ökonomischen Struktur

C WERTEWANDEL UND WANDEL DER FAMILIEN- UND LEBENSFORMEN

1. Wertewandel und Individualisierung
2. Ökonomische und politische Partizipation der Frauen
3. Demografischer Wandel

D ANPASSUNG DES BILDUNGSWESENS AN DIE RAHMENBEDINGUNGEN

1. Akteure im Bildungswesen
2. Anpassungsdruck durch veränderte Rahmenbedingungen
3. Spannungsfelder für die Bildungspolitik

E SYNTHESE

A BILDUNG UND BILDUNGSEXPANSION IM GESELLSCHAFTLICHEN KONTEXT

Bildung ist eingebettet in einen vielfältigen Kontext sozialer, ökonomischer, demografischer und politischer Zustände und Entwicklungen. In wechselseitiger Abhängigkeit verschiedener Faktoren fand im Verlauf des letzten Jahrhunderts ein tiefgreifender Prozess der Intensivierung von Bildungsanstrengungen statt. Immer breiteren Bevölkerungskreisen wurde der Zugang zu mehr und höherer Bildung möglich, die Wissensbereiche selbst wurden weiter entwickelt, Lehrgänge erhielten formale Strukturen, und es wurden fortlaufend neue Anschluss- und Weiterbildungsangebote geschaffen.

Die Wurzeln der Bildungsexpansion reichen weit zurück

Die starke Bildungsexpansion hatte sich in vielen Dimensionen der Bildungsthematik früh angekündigt. Zurzeit der Aufklärung entstand die Idee, dass Bildung jeden Einzelnen zur Entfaltung einer autonomen Persönlichkeit befähigen und dadurch seine Teilhabe an einem demokratischen Gemeinwesen ermöglichen soll. Die Industrialisierung führte im 19. Jahrhundert zu einer Erhöhung der Anforderungen an die Arbeitskräfte, der Analphabetismus wurde bekämpft. Das Bildungssystem wurde mit der Einführung der Volksschule strukturell reformiert, und die Möglichkeit, sich an Bildung zu beteiligen, wurde auf grössere Kreise ausgeweitet. Im Bereich der Berufsbildung verloren die Zünfte ihre monopolartige Kontrolle über das Handwerk.

Der Zugang zur höheren Bildung im Verlauf des 20. Jahrhunderts

Dennoch war noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts der Zugang zu höherer Bildung einer kleinen Bevölkerungsschicht vorbehalten. Es war ein Privileg, eine Hochschule oder auch eine solide Berufsausbildung zu absolvieren. So waren an der Universität und an der ETH in Zürich im Jahr 1900 zusammengenommen nicht einmal 2'000 Studierende immatrikuliert. Im Kanton Luzern gab es noch keine Universität. Die Luzerner Studierenden mussten ihren Wohnsitz nach Fribourg, Zürich oder in eine andere Universitätsstadt verlegen. Einhergehend mit den bedeutenden Umwälzungen im letzten Jahrhundert veränderte sich der Zugang zur Bildung jedoch fundamental. Ab den 1950er-Jahren gewann die Bildungsexpansion an Dynamik, und die Demokratisierung des Bildungswesens nahm ihren Fortgang mit der Öffnung der Gymnasien und der Hochschulen für breite Bevölkerungsschichten (Müller/Steinmann/Schneider 1997: 178). Heute ist die Zahl der Studierenden allein an den Zürcher Universitäten auf mehr als 30'000 gestiegen, und in Luzern haben sich eine Fachhochschule, eine Pädagogische Hochschule und eine Universität mit über 10'000 Studierenden (inkl. Weiterbildung) etabliert.

Die Ausbreitung der Berufs- und Tertiärbildung

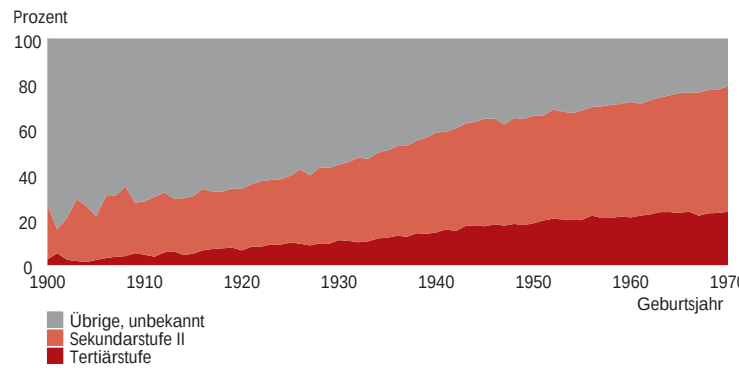
Auch die formale Berufsbildung war noch bis weit ins letzte Jahrhundert hinein einer Minderheit vorbehalten. Erst 1933 trat das erste nationale Berufsbildungsgesetz in Kraft, und das früher übliche Lehrgeld verlor an Bedeutung (Wettstein/Gonon 2009; Treichler 2009). Im Rahmen der Eidgenössischen Volkszählung 2000 gab nur ein knappes Drittel der 50'000 Personen mit Jahrgang 1910 oder älter an, eine Berufsausbildung absolviert zu haben; nur wenige verfügten über einen Tertiärabschluss. Für die grosse Mehrheit der Personen dieser Altersgruppe war die formale Bildungslaufbahn spätestens mit dem Abschluss der obligatorischen Schulzeit zu Ende gewesen. Dagegen verfügten im Jahr 2000 bereits mehr als die Hälfte der 30-jährigen Schweizerinnen und Schweizer über eine Ausbildung der Sekundarstufe II und 28 Prozent über einen Tertiärabschluss.

Werden die Luzernerinnen und Luzerner verschiedener Geburtsjahrgänge nach ihrem höchsten erreichten Bildungsabschluss gruppiert, wird die zunehmende Verbreitung höherer Bildung deutlich sichtbar (Abb. 1.1). In der Generation, die in den 1960er-Jahren zur Welt kam, haben Tertiärabschlüsse eine klar grössere Verbreitung als unter den 20 oder 40 Jahre früher geborenen Personen. Auch die Beteiligung an nachobligatorischen Ausbildungen auf Sekundarstufe II nahm über die Jahre stark zu und wurde mehr und mehr zur Regel.

Der Anteil der Bildungsausgaben an Staatshaushalt und Bruttoinlandprodukt ist gewachsen

Betrachtet man die Ausgaben der öffentlichen Hand für das Bildungswesen (Abb. 1.2) in ihrer Veränderung über die Zeit, zeigt sich eine ähnliche Entwicklung wie bei den höchsten erreichten Bildungsabschlüssen (Abb. 1.1): Zwischen den 1950er- und den 1980er-Jahren gewannen die Bildungsausgaben innerhalb der Staatshaushalte deutlich an Bedeutung, ihr Anteil an den Gesamtausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden erhöhte sich von 16 Prozent (1950) auf über 20 Prozent (1975). Im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt war die Expansion gar noch eindrücklicher; hier kam es inner-

Abbildung 1.1
Wohnbevölkerung nach Geburtsjahr und höchster abgeschlossener Ausbildung 2000
Kanton Luzern



t4k01g01

LUSTAT Statistik Luzern
Datenquelle: BFS Eidg. Volkszählung

halb von nur 20 Jahren zu einer Verdoppelung. Ab Mitte der 1970er-Jahre wuchsen die Bildungsausgaben der öffentlichen Hand dann ungefähr im Gleichschritt mit dem Bruttoinlandprodukt und den Gesamtausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden. Im Jahr 2007 betrugen sie insgesamt 146 Milliarden Franken. Im Kanton Luzern, wo Daten ab 1976 verfügbar sind, entfielen meist zwischen 25 und 30 Prozent des Gesamtaufwands von Kanton und Gemeinden auf das Bildungswesen.

Die Bildungsexpansion illustriert gesellschaftliche Wandlungsprozesse

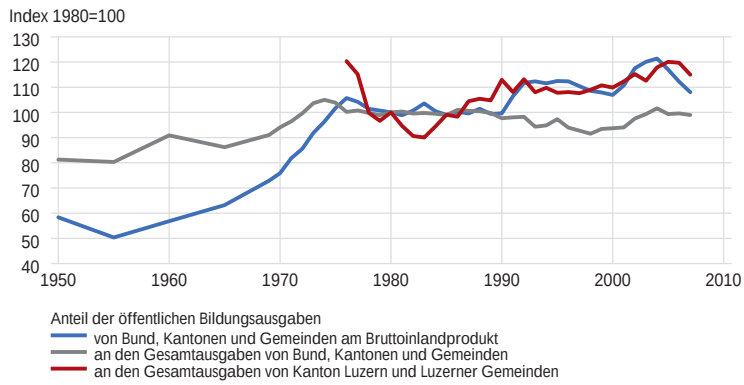
Bildung ist kein isoliertes Phänomen, sondern findet im Zusammenspiel gesellschaftlicher Rahmenbedingungen statt. Die Abschnitte B und C dieses Kapitels beleuchten einige dieser Kontextfaktoren und rufen wichtige Entwicklungen in Erinnerung. Die Bildungsexpansion illustriert die gesellschaftliche Umgestaltung. Allgemein zeigt sich, dass der Zusammenhang zwischen Bildung und den verschiedenen Kontextfaktoren mehrdimensional ist: Die Verkettung von Ursache und Wirkung ist meist nicht eindeutig, die Beeinflussung wechselseitig, und zuweilen werden endogene, sich selbst verstärkende Prozesse sichtbar.

Wenn im Folgenden aufgrund der Analyse der bisherigen Entwicklung an einigen Stellen Tendenzen für die Zukunft abgeleitet werden, so erfolgen diese Aussagen unter Vorbehalt. Historische Vorgänge lassen sich nicht bedingungslos in die Zukunft extrapolieren. Die gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen können sich in unerwartete Richtungen entwickeln und dadurch unvorhergesehene Einflüsse auf die Entwicklung der Bildungslandschaft ausüben.

Abbildung 1.2

Öffentliche Bildungsausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden seit 1950

Schweiz



t4k01g03

LUSTAT Statistik Luzern

Datenquelle: Eidg. Finanzverwaltung; SECO

B TRANSFORMATION VON GESELLSCHAFT, STAAT UND WIRTSCHAFT

1. Wirtschaftswachstum und technologischer Fortschritt

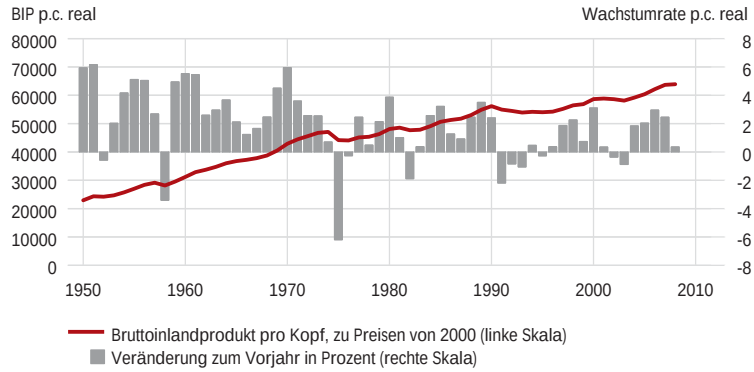
Starkes Wirtschaftswachstum in den 1950er- und 1960er-Jahren

Die kräftige Bildungsexpansion im Westeuropa der Nachkriegszeit fiel mit einer Phase ausserordentlichen Wirtschaftswachstums zusammen (Tanner 1999). Vom Boom des Wiederaufbaus profitierte auch die Schweiz. Betrug die Wertschöpfung der Schweizer Wirtschaft im Jahr 1950 – gemessen an den Preisen von 2000 – knapp 23'000 Franken pro Einwohnerin und Einwohner, stieg sie 1960 erstmals auf über 30'000 Franken pro Kopf und Jahr, und 1974, kurz bevor die erste Ölkrise ihre volle Wirkung entfaltete, lag sie bei 47'000 Franken. Jährliche reale Pro-Kopf-Wachstumsraten von 4 und mehr Prozent waren damals keine Seltenheit (Abb. 1.3).

Hoher Lebensstandard für breite Kreise der Bevölkerung ermöglicht Bildungsinvestitionen

In dieser Situation konnten breite Bevölkerungsschichten erstmals Ersparnisse bilden und sich Konsumgüter leisten, die früher weit ausserhalb ihrer Möglichkeiten gelegen hatten: Die rasante Verbreitung des Automobils zeugt von diesem Wandel, und auch die Bildungsexpansion ist in diesem Kontext zu sehen. Die Ausweitung des finanziellen Spielraums erlaubte es Eltern, in die Zukunft ihrer Kinder zu investieren. Für die Jugendlichen veränderten sich die Anreizstrukturen: sich für Bildung anzustrengen versprach neue biografische Perspektiven. Mit dem Ende der Kriegswirtschaft und der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung standen ausserdem neue finanzielle Mittel zur Verfügung, die für den Auf- und Ausbau des Bildungssystems (Infrastruktur, Lehrkörper etc.) verwendet werden konnten.

Abbildung 1.3
Wirtschaftswachstum seit 1950
Schweiz



t4k01g04

LUSTAT Statistik Luzern
Datenquelle: SECO

Steigende Produktivität im Arbeitsleben

Der wachsende Wohlstand, als wichtige Voraussetzung der Bildungsexpansion ab den 1950er-Jahren, fusste auf einer Ausweitung der Produktion im Industrie- und Dienstleistungsbereich. Einerseits wurde er durch den Einsatz von neuen Arbeitskräften bewerkstelligt, was durch die steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen und die gezielt geförderte Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte möglich wurde. Um derart hohe Wachstumsraten zu erreichen, waren andererseits Steigerungen der Arbeitsproduktivität notwendig. Bei gleichbleibendem Arbeitseinsatz mussten höhere Erträge erwirtschaftet werden. Berechnungen der International Labour Organization (ILO 2009), die seit 1980 vorliegen, zeigen für die Schweiz zwischen 1980 und 2008 eine Steigerung der Arbeitsproduktivität von 21 auf 27 US-Dollar pro Arbeitsstunde (zu konstanten, kaufkraftbereinigten Preisen). Damit liegt die Schweiz etwa im Mittelfeld vergleichbarer Länder.

Die strukturelle Veränderung der Wirtschaft geht in Richtung Wissensgesellschaft, im Bild der Technopark in Root

Bildung wird zu einer wertvollen Ressource im Produktionsprozess

Eine weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität kann durch die Verbesserungen der Produktionstechnologien im weitesten Sinne erreicht werden, etwa durch Optimierung der materiellen, technischen Ausrüstung, wie auch durch Erkenntnisse über die Organisation von betrieblichen Arbeitsabläufen oder unternehmerische Strategien. Der technologische Fortschritt bedingt somit Wissen und Fertigkeiten in der Entwicklung neuer Technologien oder bei ihrer Anwendung. Steigender Wohlstand schaffte also zugleich die notwendige Voraussetzung der Bildungsexpansion, wie er umgekehrt auch von ihr abhängig war. Der Bildung kam im Wertschöpfungsprozess zunehmend eine essenzielle Rolle zu. Schnell entstand die Rede vom Bildungsnotstand (Picht 1964), die Klage über einen Mangel an qualifizierten Fachkräften. Die Bildungsexpansion wurde daher seitens der Politik und Wirtschaft nicht nur begrüsst, sondern als Notwendigkeit erkannt und aktiv gefördert.

Nachfrage nach Fachkräften hält an

Im Jahr 1975 traf der dramatische Einbruch der weltweiten Konjunktur im Zuge der Ölkrise auch die Schweizer Wirtschaft. Sie schwenkte langfristig auf einen deutlich langsameren Wachstumspfad ein; die hohen Zuwachsraten der 1950er- und 1960er-Jahre wurden nicht mehr erreicht. Hatte sich die reale Wertschöpfung pro Kopf im Total der 25 Jahre von 1949 bis 1974 mehr als verdoppelt, stieg sie im nächsten Vierteljahrhundert von 1975 bis 2000 noch um ein Drittel. Die Bildungsexpansion setzte sich fort, erreichte aber bevölkerungsseitig eine gewisse Sättigung, da bereits weite Kreise einbezogen waren. Im Arbeitsmarkt besteht dennoch weiterhin in einigen Sparten periodisch ein Mangel an Fachkräften, erinnert sei etwa an den gegenwärtigen Ärzte- und Lehrkräftemangel.

Bildungsexpansion als ökonomisches und soziales Anliegen

Von Beginn an wurde die Öffnung der Lehrgänge für breite Kreise der Bevölkerung nicht nur als ein ökonomisches Projekt, sondern auch als sozialpolitische Chance wahrgenommen. Die Bildungsexpansion wurde dabei über Parteigrenzen hinweg von einem relativ breiten Konsens getragen, hat die Bildungsbeteiligung doch einen wichtigen Stellenwert in der Demokratie. Mit der Bildungsexpansion wurden auch Hoffnungen auf eine Stärkung der Zivilgesellschaft verbunden. Bildung, so eine gängige Hypothese, steigere die aktive politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger. Während die Bildungsexpansion mit ökonomischem Erfolg einherging, sind ihre sozialpolitischen Auswirkungen weniger klar. Zwar habe gerade die Tertiärbildung längst ihren exklusiven, elitären Status verloren (Müller/Steinmann/Schneider 1997: 178), doch das Postulat der Chancengleichheit sei weiterhin nicht verwirklicht (Becker 2006). Auf weiter bestehende soziale Ungleichheiten im Bildungswesen und auf eine starke Bildungsvererbung weisen auch die Resultate der PISA-Studien hin: Für die Schweiz, wie auch für andere Teilnehmerstaaten, wurde festgestellt, „dass einheimische Jugendliche mit einem privilegierten sozioökonomischen Hintergrund (...) in allen Testgebieten im Vorteil sind“ (BFS 2007c: 45). Die soziale Lage des Elternhauses wirkt sich in der Schweiz besonders stark auf Leistungen und Bildungslaufbahn der Kinder aus (BFS 2005: 137).

2. Wandel der ökonomischen Struktur

Rasanter Strukturwandel nach dem Zweiten Weltkrieg

Mit dem Wirtschaftswachstum ging eine tiefgreifende Umgestaltung der Wirtschaftsstruktur und damit auch des Arbeitsmarktes einher. Sie veränderten sich im 20. Jahrhundert innerhalb kürzester Zeit, ein Prozess, der auch heute in gewandelter Form noch anhält (Abb. 1.4). In der Zeitspanne von 1905 bis 1939 war der strukturelle Wandel noch relativ träge verlaufen. Gesamtschweizerisch hatte sich die Zahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft (ständig beschäftigte Personen) um 18 Prozent reduziert, während in der Industrie und im Dienstleistungsbereich etwa doppelt so viele Stellen geschaffen worden waren. In der Nachkriegszeit beschleunigte sich dieser Prozess: Bis 1965, also innerhalb von nur gerade 26 Jahren, gingen 60 Prozent der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, dem sogenannten Primärsektor, verloren. Die Beschäftigung im Sekundärsektor (verarbeitende Produktion, Baugewerbe) und im Tertiärsektor (Dienstleistungen) verzeichnete dagegen hohe Zuwachsraten, die Zahl der Vollzeitstellen hatte sich beinahe verdoppelt (+91 % bzw. +87 % im 2. und 3. Sektor). Dieser Strukturwandel stellte sich auch im Kanton Luzern ein, wenn auch leicht verzögert.

Industrielle Produktion überschreitet den Zenit, Dienstleistungen legen weiter zu

Ab den 1970er-Jahren setzte sich der Wandel der Wirtschaftsstruktur in verlangsamter Geschwindigkeit fort. Die rückläufige Beschäftigungsentwicklung im Primärsektor fiel fortan gesamtwirtschaftlich kaum mehr ins Gewicht. Im zweiten Sektor kam es zu einer Trendwende: Die Beschäftigung verringerte sich von 1,5 Millionen Vollzeitbeschäftigten (1965) auf 0,9 Millionen (2005). Derweil expandierte der Tertiärsektor rasch. Während 1965 noch 34 Prozent der Vollzeitbeschäftigten (0,9 Mio.) in diesem Sektor tätig waren, stieg der Anteil auf 64 Prozent im Jahr 2005 (1,7 Mio.).

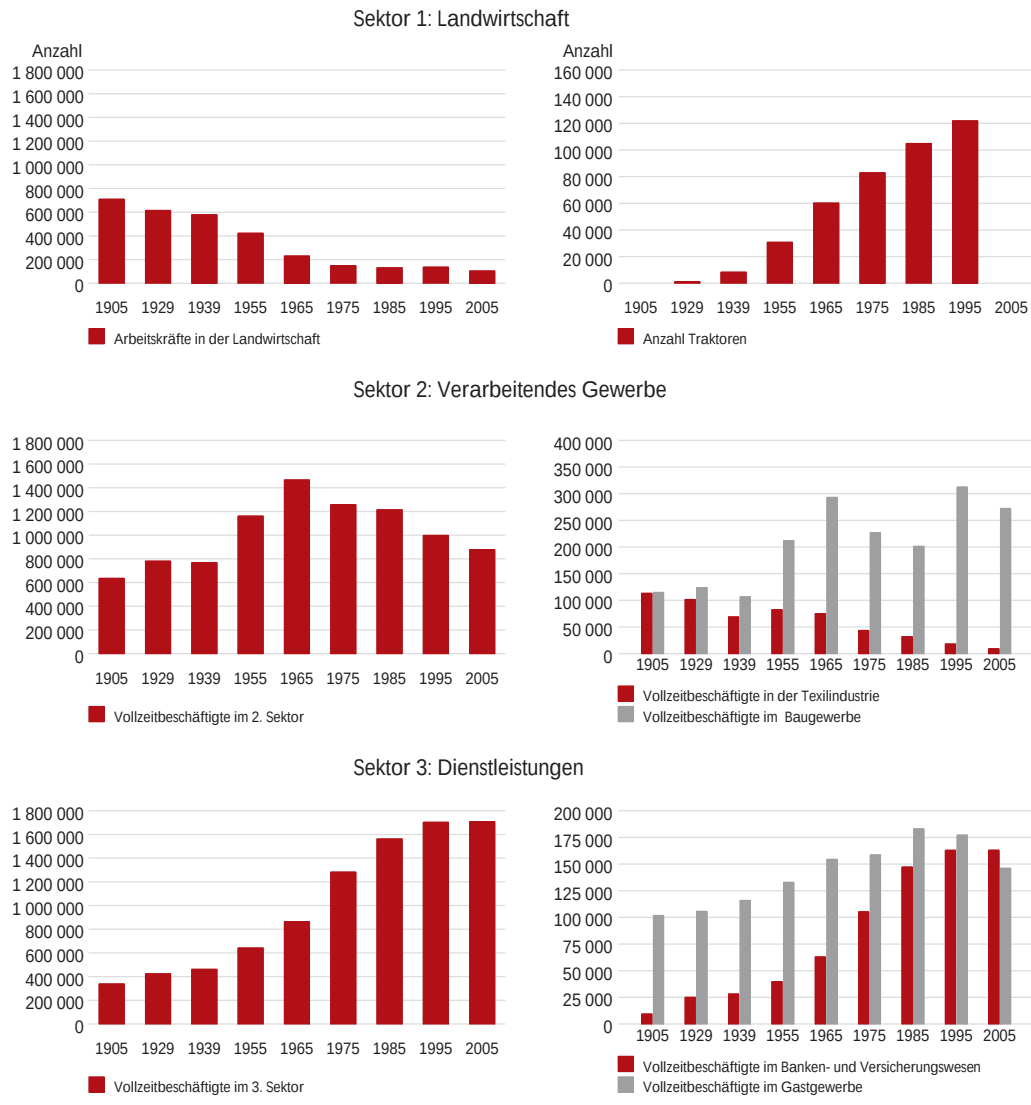
Wissens- und technologieintensive Branchen gewinnen weiter an Bedeutung

Innerhalb der drei Wirtschaftssektoren zeigte sich eine anhaltende Tendenz zu vermehrt kapital-, technologie- und wissensintensiven Produktionsweisen. Im Primärsektor war es vor allem die Rationalisierung der Produktion: Manuelle Arbeit wurde zunehmend durch Maschinen ersetzt. Während 1939 in der Schweizer Landwirtschaft 8'210 Traktoren und 578'000 Vollzeitbeschäftigte im Einsatz gewesen waren, war 1995 die Zahl der Traktoren (122'000) fast so hoch wie die Anzahl Vollzeitstellen (135'000). Das Berufsbild des Bauern hatte sich stark gewandelt. Im Sekundärsektor kamen die alten Industriezweige unter die Räder, die bei der Industrialisierung früh eine Hauptrolle gespielt hatten. In der Textilindustrie etwa blieb die Beschäftigung in den 1950er- und 1960er-Jahren beinahe unverändert, obwohl das produzierende Gewerbe im Allgemeinen von einem starken Aufschwung erfasst wurde. Vor allem in technologieintensiven Branchen, so im Maschinenbau, entwickelten sich Schweizer Firmen in diesen Jahren zu Weltmarktführerinnen – eine Position, in der sie ab den 1970er-Jahren zunehmend bedrängt wurden. Im Tertiärsektor dagegen verzeichneten fast alle Branchen ein lang anhaltendes Wachstum, auch noch in den 1970er- und 1980er-Jahren. Am meisten profitierten aber auch hier die modernen Wirtschaftszweige, zum Beispiel die Finanzbranche, während die traditionell bedeutenden Dienstleistungszweige wie etwa das Gastgewerbe deutlich geringere Wachstumsraten zeigten.

Abbildung 1.4

Wandel der Wirtschaftsstruktur im 20. Jahrhundert

Schweiz



t4k01g05

LUSTAT Statistik Luzern

Datenquelle: BFS Eidg. Betriebszählung, Landw. Betriebszählung

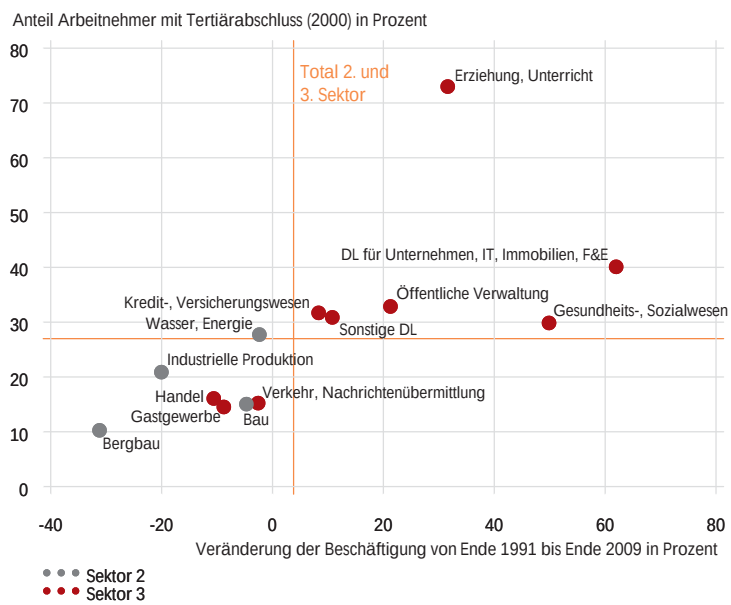
Neue Produktionsweisen

Die Entwicklung neuer Produktionsweisen unter erhöhtem Einsatz von Kapital, Technologie und Know-how setzte mit der Ablösung der klassischen Fliessbandarbeit ein: Arbeitsgänge konnten nicht mehr in kleinstmögliche Einheiten zerstückelt und auf immer grössere Mengen angewendet werden, da Wachstum nicht (mehr) beliebig durch Mengensteigerungen und Skaleneffekte erreichbar war. Innovative neue Arbeits- und Produktionsmodelle mit erhöhter Flexibilität der Produktion ermöglichten Effizienzsteigerungen und standen nun im Zentrum der Aufmerksamkeit. „Mehr" wurde durch „besser" verdrängt – einerseits bei der Gestaltung der Produktpalette und der Organisation der Arbeitsabläufe, andererseits aber auch und gerade bei der Rekrutierung des Personals am Arbeitsmarkt. Diese Entwicklungen waren in den letzten zwei Jahrzehnten weiterhin spürbar und zeigten direkte Auswirkungen auf das Bildungswesen und die Bildungspolitik.

Wirtschaftszweige mit überdurchschnittlich hochqualifiziertem Personal wachsen

Eine positive Beschäftigungsentwicklung zeigte sich zwischen 1991 und 2009 in Wirtschaftszweigen, die einen überdurchschnittlichen Anteil von Arbeitnehmenden mit Tertiärbildung aufwiesen, beispielsweise im Bildungs- und im Gesundheitswesen oder bei den Informatikdienstleistungen. In bedeutenden Wirtschaftszweigen mit tieferem Anteil an hochqualifiziertem Personal, etwa im Bau- und Gastgewerbe sowie im Bereich Handel/Reparaturen, waren die Beschäftigtenzahlen rückläufig (Abb. 1.5).

Abbildung 1.5
Wirtschaftsabschnitte nach Qualifikation der Erwerbstätigen 2000 und Beschäftigungsentwicklung 1991 - 2009
Schweiz



t4k01g06

LUSTAT Statistik Luzern
Datenquelle: BFS Volkszählung, Beschäftigungsstatistik

Auslagerung der Massenproduktion; überdurchschnittliche Zuwachsraten der Beschäftigung im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen

Die höhere räumliche Mobilität der Bevölkerung im regionalen, nationalen und später auch europäischen Kontext, die Auslagerung von Produktionsstandorten und die Globalisierung des Kapitalmarkts beschleunigten den Strukturwandel und erhöhten den Anpassungsdruck für Arbeitnehmende und Bildungsinstitutionen. Eine verstärkende Rolle spielte zudem die Expansion des Wohlfahrtsstaats: Der Aufbau der Sozialwerke erhöhte die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften für die Verwaltung der neu geschaffenen Institutionen. Dasselbe gilt für den Ausbau des Bildungswesens selbst, nimmt es doch eine bedeutende Anzahl von Berufsleuten und von Absolventinnen und Absolventen der Tertiärstufe als Lehr-, Verwaltungs- und Forschungspersonal auf.

Nur noch wenige Stellen für Personen ohne nachobligatorischen Bildungsabschluss

Die Parallelen zwischen Strukturwandel und Bildungsexpansion sind offensichtlich. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen heute im Vergleich zum Beginn des 20. Jahrhunderts vor radikal neuen und erweiterten Anforderungen. Analysen von Stelleninseraten zeigen, dass noch Ende der 1960er-Jahre für zwei Drittel der Stellen die obligatorische Schulbildung als genügend erachtet wurde. Heute ist dies nur noch in einem Viertel der Ausschreibungen der Fall. Beschäftigungsmöglichkeiten für Hilfskräfte sind fast vollständig verschwunden (Salvisberg 2010b). Zudem sind in modernen Branchen familieninterne Nachfolgeregelungen seltener anzutreffen als in der Landwirtschaft oder in traditionellen Handwerksbetrieben, was der Formalisierung und Institutionalisierung des Bildungssystems Vorschub leistete.

Flexibilisierter Arbeitsmarkt fordert flexibel einsetzbare Kompetenzen

Das Bildungssystem reagierte auf die neuen Anforderungen mit einer Verlängerung der Ausbildungszeit und dem verbesserten Zugang zur beruflichen Grundbildung (Berufslehre), aber auch mit qualitativen Anpassungen und höheren inhaltlichen Ansprüchen. Aktuell sind dies neue Lerninhalte wie Frühenglisch oder der Umgang mit modernen Kommunikationstechnologien. Andere Schwerpunkte traten dagegen teilweise in den Hintergrund, in der Volksschule zum Beispiel die Förderung der Geschicklichkeit in manuellen Tätigkeiten. Neben der formalen Ausbildung werden auch die sogenannten Soft Skills heute stärker betont (Salvisberg 2010a) – etwa die Fähigkeit, in Gruppen zu arbeiten oder selbstständig nach Problemlösungen zu suchen. Diese Kompetenzen mit relativ breitem Anwendungsgebiet finden heute stärkere oder wenigstens explizitere Beachtung in den Lehrplänen.

C WERTEWANDEL UND WANDEL DER FAMILIEN- UND LEBENSFORMEN

1. Wertewandel und Individualisierung

Bildungsexpansion begünstigt den Wertewandel

Mit dem Strukturwandel der Wirtschaft und der Bildungsexpansion fand in der Schweiz über die letzten Jahrzehnte hinweg ein ausgeprägter Kultur-, Normen- und Wertewandel statt. Die Verbreitung höherer Bildung in der Gesellschaft dürfte bestimmten Lebensstilen Nährboden geboten haben, während sie andere zurückdrängte. Das Bildungsniveau hat Auswirkungen auf den Lebensstil, denn die Teilnahme am Bildungsprozess verändert die Sicht auf die Welt und die Stellung in der Gesellschaft und kann so die individuellen Werteinstellungen beeinflussen (Hadjar 2006: 205).

Neue Wahlfreiheiten

Das Phänomen des Wertewandels wird in den Sozialwissenschaften teilweise unterschiedlich begründet und untersucht. Unbestritten ist die Tendenz zur Individualisierung, ein Faktor von besonderer Relevanz auch für die Bildungsthematik. Bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts war das Weltgeschehen als Vorsehung interpretiert worden und das persönliche Umfeld als gegebene Ordnung akzeptiert, die nicht hinterfragt werden kann. Inzwischen hat sich die Vorstellung durchgesetzt, wonach sich mit entsprechender persönlicher Leistung und beharrlichem Engagement viele Türen öffnen liessen. Tatsächlich ist die Gegenwart geprägt durch eine Vielzahl individueller und kollektiver Wahlmöglichkeiten, auch zwischen verschiedenen Lebensentwürfen und Biografiemodellen. Ereignisse und Situationen werden als Folge menschlichen Entscheidens und Handelns oder doch wenigstens menschlichen Unterlassens zu verstehen versucht. Damit liegt das Streben nach privatem Glück stärker denn je in der Verantwortung der Einzelperson (vgl. z. B. Hitzler 2001).

Wertewandel fördert die Teilnahme am Bildungsprozess

Die mit dem Wertewandel veränderten Erwartungshaltungen und Einstellungen wirken auf die Teilnahme an der Bildung, die Lerninhalte sowie die Organisations- und Unterrichtsformen zurück. Individuelle Bildungsentscheidungen prägen seit Mitte des letzten Jahrhunderts mehr und mehr die Biografieverläufe der Menschen. Ein höheres Bildungsniveau – verstanden als kognitive Ressource und Handlungskompetenz – erweitert die Möglichkeiten, relevante Wissensbestände anzueignen, die Konsequenzen von Entscheidungen abzuwägen und persönliche Ziele zu erreichen (Hadjar/Haunberger/Schubert 2008: 3-7). Auch immaterielle Werte, die im Zuge der Individualisierung eine neue Bedeutung erhalten haben, etwa die Persönlichkeitsentwicklung oder die Selbstentfaltung, werden mit Bildungsanstrengungen in Zusammenhang gebracht. Bildung gewinnt dadurch im modernen kulturellen Umfeld an sozialem Wert. Sie verschafft Status und eine Aura des Erfolgs. Ein Mangel an Bildung werde gar zu einem sozialen Stigma und erkläre damit auch die Probleme gering Qualifizierter auf dem Arbeitsmarkt, stellt Solga (Solga 2002) fest. Der Wissenschaft und den „Experten“ wird dagegen im öffentlichen Diskurs teilweise normsetzende und moralische Autorität zugestanden.

Bildung legitimiert: Statuskonkurrenz im Bildungssystem

Mit der Individualisierung – so ein verbreiteter Mythos – stehen den Einzelnen fast alle Möglichkeiten der Lebensgestaltung offen. Diese implizite Legitimierung der Gesellschaftsordnung stützt sich zu einem beträchtlichen Teil auf das moderne Bildungswesen, dem das Versprechen der Chancengleichheit innewohnt (Bornschier 1998). Die Ursprünge dieser Entwicklungen reichen bis weit ins 19. Jahrhundert zurück, als sich das gehobene Bürgertum durch Bildung gegenüber dem Adel zu emanzipieren suchte, der seine Macht aus der alten, auf Geburtsrechten basierenden feudalen Gesellschaftsordnung zog. In einer Leistungsgesellschaft legitimieren Bildungsabschlüsse den gesellschaftlichen Status und wirtschaftliche Privilegien. Die Intensivierung der Bildungsexpansion ab den 1950er-Jahren ist daher auch als verschärfte Statuskonkurrenz in der Mittelschicht zu interpretieren. Später trat auch die Arbeiterschicht in diesen Positionskampf ein, womit sich das Phänomen ausweitete. Voraussetzung dafür war, dass Bildungsanstrengungen von breiteren Bevölkerungskreisen tatsächlich als nützliches Hilfsmittel der persönlichen Entwicklung angesehen wurden.

2. Ökonomische und politische Partizipation der Frauen

Rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau liess lange auf sich warten

Besonders weitreichend war der Wertewandel des 20. Jahrhunderts bezüglich der sozialen Emanzipation der Frauen und ihrer politischen und ökonomischen Integration. Erst spät im 20. Jahrhundert erlangten die Frauen in der Schweiz auf rechtlicher Ebene die Gleichstellung. Am 16. März 1971 erhielten sie das Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Belangen, und die Luzernerinnen bekamen im Herbst desselben Jahres das kantonale Stimmrecht. Weitere zehn Jahre später, am 14. Juni 1981, nahm das Volk auch den Gleichberechtigungsartikel der Bundesverfassung an. Nebst anderem mussten die Frauen zuvor die Zustimmung ihres Ehemanns einholen, wollten sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Die Umsetzung des Verfassungsartikels nahm weitere Jahre in Anspruch. 1988 trat das neue Eherecht in Kraft, und 1996 folgte das Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann, womit verschiedenen Formen der Diskriminierung im familiären und wirtschaftlichen Bereich begegnet werden kann (Joris 2010; Voegeli 2010).

Wandel der Wirtschaftsstruktur, Bildungsexpansion und Erwerbsbeteiligung von Frauen sind Prozesse, die sich gegenseitig stützen

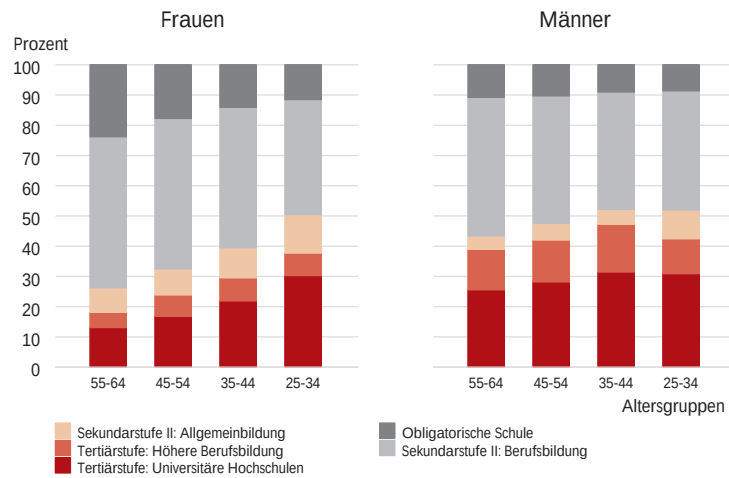
Bildungsexpansion hatte eine emanzipatorische Wirkung

Im Bildungsbereich zeichnete sich die Gleichstellung schon früher ab. Die ersten Frauen liessen sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an Schweizer Universitäten immatrikulieren; bei diesen Pionierinnen handelte es sich allerdings vornehmlich um ausländische Frauen. Nach dem Zweiten Weltkrieg betraf die Bildungsexpansion besonders ausgeprägt die Frauen, da ihr Nachholbedarf an Bildung gross war. Im Jahr 2009 hatten von den 55- bis 64-Jährigen – also den Personen, die um 1950 geboren wurden – nur 18 Prozent der Frauen, aber 39 Prozent der Männer einen Tertiärabschluss (Abb. 1.6). 24 Prozent der Frauen und 11 Prozent der Männer dieser Altersgruppe hatten das Bildungssystem nach der obligatorischen Schulzeit verlassen. Die 25- bis 34-Jährigen, die rund 30 Jahre später ins Bildungssystem eingetreten waren, hatten eine Tertiärquote von 38 Prozent bei den Frauen (+20 Prozentpunkte gegenüber den 55- bis 64-Jährigen) und 42 Prozent bei den Männern (+4 Prozentpunkte). Keinen nachobligatorischen Abschluss hatten bei dieser Generation noch 12 Prozent der Frauen (-12 Prozentpunkte) gegenüber 9 Prozent der Männer (-2 Prozentpunkte).

Geschlechtsspezifische Bildungsunterschiede sind nicht vollständig ausgeräumt

Innerhalb von 30 Jahren weitete sich also bei beiden Geschlechtern der Anteil der Bevölkerung mit Hochschulabschluss aus, und ein immer geringer werdender Anteil beendete die Ausbildung mit dem Abschluss der obligatorischen Schulzeit. Sowohl bei den hohen als auch bei den tiefen Bildungsniveaus war die Entwicklung für die Frauen stärker ausgeprägt, sodass sich die Differenz zwischen der Bildungsbeteiligung der Geschlechter signifikant verringerte. Dennoch wirken auch im Bildungsbereich geschlechtsspezifische Unterschiede fort, die im westeuropäischen Vergleich vergleichsweise hoch ausfallen (BFS 2005: 137). Die Segregation nach Bildungs- und Berufsfeldern

Abbildung 1.6
Bildungsstand der Wohnbevölkerung nach Geschlecht und Altersgruppen 2009
Schweiz



t4k01g07

LUSTAT Statistik Luzern
Datenquelle: Schweizerische Arbeitskräfteerhebung SAKE

habe sich in den letzten Jahren sogar eher erhöht (Hecken 2006: 135), und zwar obwohl die körperlich anstrengende Arbeit in der Industrie im Rückzug begriffen ist. Die europäische Kommission hält fest, dass in der Wissenschaft die Frauen in der Schweiz in besonderem Masse untervertreten sind (European Commission 2009).

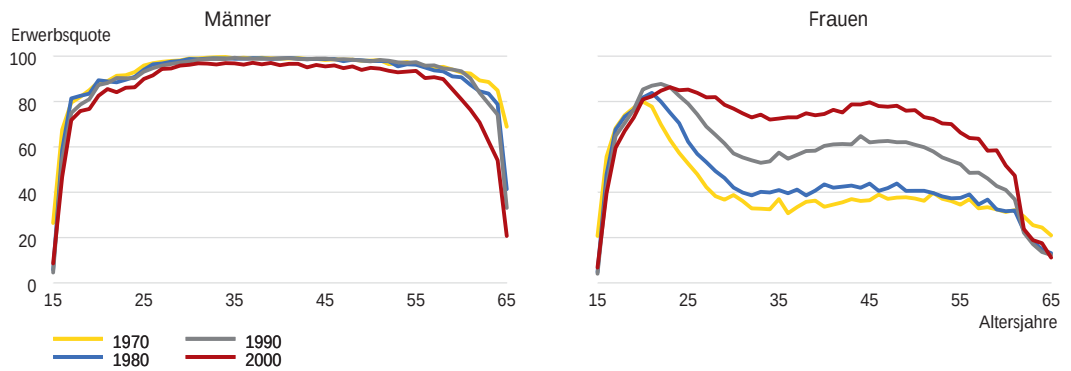
Wertewandel, Strukturwandel und Erwerbstätigkeit der Frauen begünstigen sich gegenseitig

Der ökonomische Strukturwandel, die Bildungsexpansion insbesondere für Frauen, der gesellschaftliche Wertewandel und die stärkere Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben sind Prozesse, die sich gegenseitig stützen und begünstigen. In einigen Branchen des Dienstleistungssektors, wo die Beschäftigung die höchsten Wachstumsraten aufweist – etwa im Gesundheits- und Sozialwesen –, werden viele Berufe mehrheitlich von Frauen ausgeübt (z. B. Gesundheits- und Pflegeberufe, Betreuung in Heimen). Das expandierende Bildungswesen selbst entwickelte sich, mit Ausnahme der Universitäten und Fachhochschulen, ebenfalls mehr und mehr zu einer weiblichen Domäne. Frauen verbleiben heute länger im Arbeitsleben und finden nach einer allfälligen Kinderpause häufiger den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben als Mitte des letzten Jahrhunderts (Abb. 1.7). Der direkte Zusammenhang zwischen Bildungsstand und Erwerbstätigkeit ist belegt: „Für beide Geschlechter gilt, dass die Erwerbsbeteiligung mit der Bildung zunimmt, und die Differenz zwischen der Erwerbsbeteiligung der Männer und Frauen wird mit steigender Bildung geringer“ (BFS 2005: 142).

Abbildung 1.7

Erwerbsquoten nach Alter seit 1970

Kanton Luzern



t4k01g08

LUSTAT Statistik Luzern
Datenquelle: BFS Eidg. Volkszählung

Erwerbsquote: Erwerbsbevölkerung in Prozent der Wohnbevölkerung derselben Altersgruppe.

3. Demografischer Wandel

Ehe und Kinderpläne werden zunehmend auf später verschoben

Mit der zunehmenden ökonomischen Unabhängigkeit beider Geschlechter, der verlängerten Ausbildungsdauer und den veränderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wandeln sich Normen und Werte bezüglich Familie und Partnerschaft (Timm 2006: 306; Becker 1981). Die Expansion der Erwerbs- und Bildungsbeteiligung von Frauen verlief parallel zur sozialen und ökonomischen Stärkung ihrer Stellung in Gesellschaft und Familie und zum Wandel der Lebensformen. Persönliche Investitionen in Bildung, in Form von Zeit und Geld, zahlen sich nicht nur privat, sondern besonders auch im Arbeitsleben aus. Folglich setzten sich neue Biografiemodelle durch, die eine längere Erwerbstätigkeit ermöglichen und die private Bildungsrendite (monetärer und nicht-monetärer Art) erhöhen. In direktem Zusammenhang mit der fortschreitenden Individualisierung, der Verringerung der geschlechtsspezifischen Bildungsdifferenz und der steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen stehen insbesondere die sinkenden Fertilitätsraten und die Veränderung im Heiratsverhalten. Der längere Verbleib im Bildungssystem und die damit verbundenen finanziellen Einbussen verzögern für beide Geschlechter die Familiengründung: Im Durchschnitt spielen Kinder im Lebenslauf entsprechend zu einem späteren Zeitpunkt und in geringerer Zahl eine Rolle als noch vor einigen Jahrzehnten.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird verbessert

Zunehmend wurde die zeitliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch als politische Zielvorgabe formuliert. In Luzern fand das Bestreben zum Beispiel Aufnahme im kantonalen Familienleitbild (Stelle für Familienfragen des Kantons Luzern 2007). Die Zielvorgaben umfassen unter anderem die Bereitstellung von Beratungs- und Betreuungsangeboten, die Förderung bedarfsgerechter Tagesstrukturen und finanzielle Entlastungen für Familien. Auch auf Seiten der Arbeitgeber findet offenbar eine Anpassung an die neuen Bedürfnisse der Beschäftigten statt: Im Kanton Luzern hatten 1985 erst 17,6 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Teilzeitstellen inne, 2008 umfassten bereits 32,8 der Stellen ein reduziertes Pensum.

Steigende Lebenserwartung im Zusammenhang mit der Bildungsexpansion

Eine weitere Veränderung mit tiefgreifenden Auswirkungen auf die Gesellschaft ist der allgemeine Anstieg der Lebenserwartung, was als erster demografischer Übergang bezeichnet wird. Zwischen dem Bildungstand und der Lebenserwartung besteht ein direkter, positiver Zusammenhang, denn höher gebildete Personen zeigen eine geringere Risikobereitschaft in Gesundheitsfragen. Je mehr Ausbildung eine Person erfahren durfte, desto höher ist daher ihre Lebenserwartung im Vergleich zu anderen Personen desselben Jahrgangs. Dies scheint auch im Generationenvergleich gültig zu sein: In einer Studie konnten Klein, Unger und Schulze (Klein/Unger/Schulze 2006) zwei Drittel des Anstiegs der Lebenserwartung von der Kohorte mit Geburtsjahr 1925 bis zur Kohorte 1955 durch die Bildungsexpansion erklären. Die Wirkungszusammenhänge sind allerdings vielseitig, und Bildung muss im Generationenvergleich auch als Indikator der sozialen Lage, des Lebensstils und möglicherweise des medizinischen Forschritts verstanden werden.

Demografische Übergänge

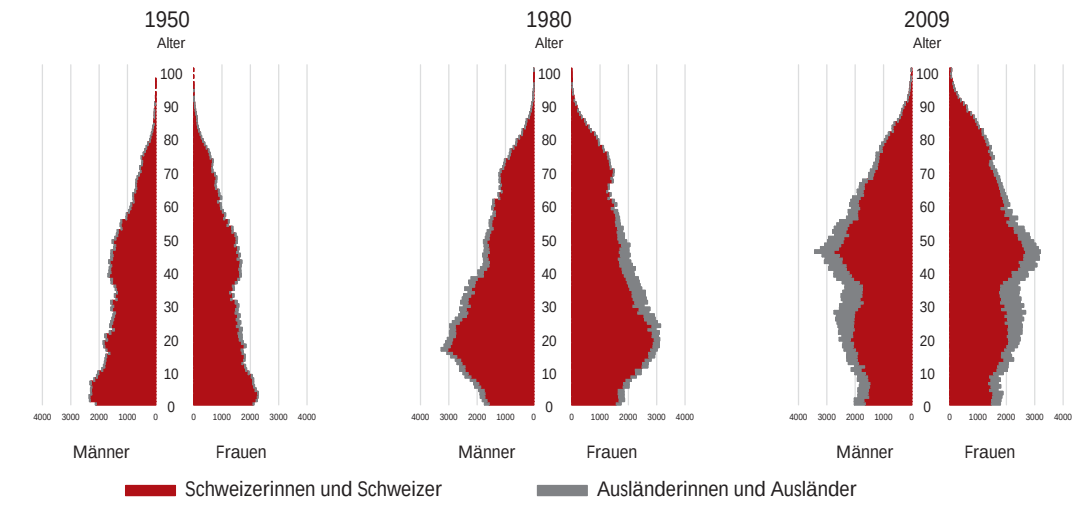
Zugleich verringerte sich in den westlichen Gesellschaften die Kinderzahl, die Zahl der Geburten pro Frau sank – der zweite demografische Übergang. Die

beiden dazu beitragenden Faktoren – höhere Lebenserwartung und geringere Fertilität – entwickelten gemeinsam eine Dynamik, die zu Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung führte. Die unterschiedliche Form der Bevölkerungspyramiden der Jahre 1950, 1980 und 2009 illustriert diesen Wandel (Abb. 1.8). In den 1940er- und 1950er-Jahren wurden viele Kinder geboren, doch ab etwa 1965 waren die Geburtenzahlen stark rückläufig – der sogenannte Pillenknick. Diese demografische Entwicklung machte die Bildungsexpansion für die Gesellschaft langfristig finanzierbar, verringerte sie doch das Verhältnis der in Ausbildung stehenden Personen zum wirtschaftlich aktiven Teil der Bevölkerung. Für die Eltern war es leichter, die Mittel für die Ausbildung ihrer nun weniger zahlreichen Kinder aufzubringen. Mit dem Normen- und Wertewandel sowie dem Ausbau des Sozialstaats wurde die Entwicklung der Nachkommen auch vermehrt unabhängig von Fragen der Nachfolgeregelung und der finanziellen Absicherung betrachtet. Die Ausbildung der Kinder wurde vielmehr per se erstrebenswert.

Ein Blick auf die Zukunft

Die Bildungsexpansion ist also gleichzeitig als Folge, Ursache und Begleiterscheinung einer ganzen Reihe zeitgleich stattfindender sozialer, ökonomischer, demografischer, politischer und kultureller Veränderungen zu sehen. In der Bilanz zeigt sich das Bild einer Gesellschaft, die sich zunehmend auf wissens- und technologieintensive Tätigkeiten spezialisiert – und somit die Bildungsexpansion weiterhin notwendig macht.
Im folgenden Abschnitt wird auf Spannungen und institutionellen Anpassungsbedarf hingewiesen, die sich aus der aufgezeigten Entwicklung ergeben haben oder sich für die nahe Zukunft abzeichnen.

Abbildung 1.8
Altersstruktur der Wohnbevölkerung 1950, 1980 und 2009
Kanton Luzern



t4k01g09
LUSTAT Statistik Luzern
Datenquelle: LUSTAT – Kantonale Bevölkerungsstatistik; Eidg. Volkszählung

D ANPASSUNG DES BILDUNGSWESENS AN DIE RAHMENBEDINGUNGEN

1. Akteure im Bildungswesen

Das Bildungssystem steht unter permanentem Anpassungsdruck

Veränderungen der ökonomischen Welt, der Technologie, des gesellschaftlichen Wertekanons, der Lebensformen und Biografieverläufe setzen die Akteure des Bildungs- und Arbeitsmarkts unter Anpassungsdruck. Wichtige Akteure sind die einzelnen Menschen, die einerseits über erworbenes Wissen, über Fähigkeiten, Fertigkeiten und Talente verfügen und andererseits auch ein Angebot an Ausbildungsdienstleistungen fordern und in Anspruch nehmen. Eine ebenso wichtige Rolle kommt den Arbeitgebern, der öffentlichen Hand oder der Gesellschaft als Ganzes mit ihren wirtschaftlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Interessen zu: Sie nutzen das bestehende Know-how und sind zugleich auch Anbieter von Ausbildung, indem sie das Bildungssystem alimentieren und regulieren. Entsprechend werden von verschiedenen Seiten sich ändernde Erwartungshaltungen an das Bildungssystem herangetragen, denen mit institutionellen Reformen begegnet werden soll. Systemanpassungen grundsätzlicher Natur müssen dabei so formuliert und umgesetzt werden, dass sie von möglichst vielen Betroffenen, also von breiten Kreisen der Bevölkerung, der Wirtschaft, der Politik und der privaten und staatlichen Akteure des Bildungswesens mitgetragen werden.

Reform des Bildungswesens im öffentlichen Diskurs

Die Ziele, Mittel und Wege der Umgestaltung der Bildungslandschaft sind Gegenstand von Debatten und Interessenkonflikten zwischen den betroffenen Akteuren. Dabei geht es grundsätzlich auch um das Abwägen zwischen eher an ökonomischen Ansprüchen orientierten Reformschritten und einem stärker auf gesellschaftliche Solidarität und persönliche Entfaltung ausgerichteten Bildungsverständnis – sofern diese Ziele überhaupt im Widerspruch zueinander stehen.

Welche Bildung braucht die Gesellschaft? Welches Wissen soll vermittelt werden?

Beispiele für den aktuellen öffentlichen Diskurs über die Bildungslandschaft sind das Weissbuch „Zukunft Bildung Schweiz“ der Akademien der Wissenschaften Schweiz (Zimmerli et al. 2009) oder, als Replik, die gewerkschaftliche Themenschrift „Bildung in der Wissensgesellschaft“ (VPOD 2010). Beide Publikationen stellen Forderungen für die zukünftige Entwicklung des Bildungswesens auf. Andere Publikationen, wie der Bildungsbericht Schweiz der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF 2010), verzichten auf explizite Handlungsempfehlungen, wollen aber Grundlagen für die politische Entscheidfindung liefern.

2. Anpassungsdruck durch veränderte Rahmenbedingungen

Langfristige Prognosen der Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen mit grossen Unsicherheiten behaftet

Der ökonomische Strukturwandel ist kein abgeschlossenes Ereignis, sondern ein fortlaufender Prozess. Daher liegt die grobe Hypothese nahe, dass der Dienstleistungsbereich in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen wird und der komparative Vorteil der Schweizer Wirtschaft im globalen Markt weiterhin im Bereich des Humankapitals liegen dürfte, also in der wissens- und technologieintensiven Produktion. Im Detail aber sind Prognosen zur Nachfrageentwicklung nach Branchen (vgl. z. B. BFS 1996: 44f.) mit Unsicherheit behaftet, umso mehr, als es sich dabei im globalisierten Umfeld implizit um Aussagen über die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit einzelner Wirtschaftszweige handelt.

Fundamentaler Wandel der Arbeitswelt – von Kenntnissen zu Kompetenzen

Unabhängig vom Gedeihen bestimmter Wirtschaftszweige sind demgegenüber Prognosen zur allgemeinen Entwicklung der beruflichen Anforderungen im Allgemeinen möglich. Traditionell waren Berufstätigkeit und die Art des Berufs mit einer äusserst stabilen sozialen Rolle verbunden, während die moderne Arbeitswelt zunehmend heterogener wird. Eine wachsende Breite von Produkten und Dienstleistungen werde in immer unterschiedlicheren Organisationsformen, mit vielfältigeren Technologien und für verschiedenartigere Absatzmärkte produziert (Geser 1999: 5f.). Buchmann/Sacchi (2002: 26) konstatieren eine „wachsende Differenzierung der betrieblichen Nachfrage nach Qualifikationen, die zu einer Entberuflichung von arbeitsbezogenen Kompetenzen führt“. In einer komplexeren Arbeitswelt, bei starkem Innovationsdruck und beschleunigtem technologischem Wandel, müsse fachliches Wissen laufend neu erworben werden, womit der Bedarf nach qualifizierten und hochqualifizierten Arbeitskräften zunehme (BFS 1996: 45; BFS 2003: 24).

Flexibilität in räumlicher und inhaltlicher Hinsicht

Die berufsstrukturellen Veränderungen werden voraussichtlich durch die internationale Verflechtung – die zunehmende Mobilität von Personen, Gütern, Kapital und Informationen sowie die steigende Standortunabhängigkeit von Produktion und Dienstleistungen – weiter verstärkt werden (Schubert/Engelage 2006: 118). Die Auslagerung ganzer Wirtschaftszweige in den globalen Kontext und der damit einhergehende fortschreitende Strukturwandel dürften den Druck am Arbeitsmarkt weiter erhöhen. Von den Arbeitskräften wird räumliche Mobilität, aber auch inhaltliche Flexibilität und die Bereitschaft zu laufender Weiterentwicklung erwartet. Bildungsqualifikationen müssen zunehmend in verschiedenen Bereichen einsetzbar sein.

Einbettung ins überregionale und internationale Umfeld

Zusammen mit der internationalen Arbeitskräftemobilität stellen auch regionale und interregionale Migrationsströme eine Herausforderung für die Planung im Bildungswesen dar. Zimmerli et al. (2009) gehen davon aus, dass die Einbindung nicht nur der Wirtschaft, sondern auch des Bildungssystems in europäische und globale Zusammenhänge weiter voranschreiten wird, der Prozess der kompatibleren Ausgestaltung verschiedener Bildungssysteme anhalte und die Bewertungssysteme weiter aufeinander abgestimmt werden. Ein weiterer Effekt der Migration zeigt sich im sogenannten „Braindrain", also der Abwanderung qualifizierter Personen aus bestimmten Regionen zu Ausbildungs- oder Arbeitszwecken. Sie fordert die Regionalpolitik heraus. Auf der andern Seite aber kann Mobilität, gerade studentische Mobilität, auch als Chance verstanden werden, wird das Bildungssystem dadurch doch verstärkter Konkurrenz und Vernetzung ausgesetzt.

Rückgang der Erwerbsbevölkerung

Die steigende Lebenserwartung und die tieferen Geburtenzahlen werden die Altersstruktur der Gesellschaft weiter verändern. Das Durchschnittsalter der wirtschaftlich, sozial und politisch aktiven Bevölkerung wird ansteigen. Der Geburtenrückgang führt zu einer Verringerung der Eintritte junger Menschen ins Arbeitsleben, sodass die Erwerbsbevölkerung voraussichtlich ab 2015 schrumpfen wird (BFS 2003: 22). Zusätzlich verzögert wird der Eintritt ins Berufsleben durch die längere Ausbildungsdauer. Die nationale und internationale Migration vermag diese Entwicklung nur teilweise durch die Zuwanderung junger Leute zu kompensieren.

Weiterbildung und lebenslanges Lernen

Als Reaktion auf diesen Prozess entstand die Idee vom lebenslangen Lernen. Es soll die Potenziale und die Anpassungsfähigkeit einer alternden Gesellschaft angesichts des raschen ökonomischen Wandels, der technologischen Entwicklung und der tiefen Halbwertszeit von Bildung erhalten und stärken. Arbeitgeber und Gesellschaft werden gefordert bleiben, immer neue Angebote zu schaffen. Der berufsintegrierten und privat organisierten Weiterbildung wird eine erhöhte Bedeutung zukommen (BFS 1996).

Verlagerung der Berufsfelder

Berufsfelder und Tätigkeiten, die für ältere und betagte Personen Angebote bereitstellen, werden grössere Verbreitung erlangen, und Branchen, die auf junge Arbeitskräfte angewiesen sind, erleben Rekrutierungsschwierigkeiten, so etwa der Pflegebereich und das Bauwesen (BFS 2003: 23).

Veränderung der Lebensformen wirken sich auf die Nachfrage der Bildung aus

Wie für den Arbeitsmarkt zeitigen demografische Entwicklungen auch Folgen für das Bildungswesen. Unmittelbar betroffen sind die Vorschule und die obligatorische Schulbildung. Auf der Tertiärstufe ist für die zukünftige Entwicklung zudem die Bildungsneigung von Bedeutung, also die Frage, ob die Teilnahme an höheren Bildungsgängen weiterhin attraktiv bleibt oder gar noch weitere Verbreitung erlangt. Die Bildungsneigung ist, wie Studien wiederholt aufgezeigt haben, stark abhängig vom Bildungsniveau der Eltern. Die Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte dürfte entsprechend starke Auswirkungen haben. Weitere Einflussfaktoren sind das Bildungsangebot, wie etwa die neuen Lehrgänge an Fachhochschulen und Höheren Fachschulen, die Chancengleichheit der Geschlechter sowie die erwartete Bildungsrendite am Arbeitsmarkt und den Kosten des Bildungskonsums (BFS 1996).

3. Spannungsfelder für die Bildungspolitik

Verteilungskampf um knappe Mittel

Für die Bildungspolitik zeichnen sich verschiedene mögliche Spannungsfelder ab. Konfliktpotenzial liegt einerseits zwischen dem steigenden Finanzbedarf einer weiteren qualitativen und/oder quantitativen Bildungsexpansion und den Interessen anderer Aufgabenbereiche, andererseits innerhalb des Bildungssystems zwischen den Ansprüchen der Tertiärstufe, der Berufs- und der Grundbildung. Der Kostendruck zeigt sich vor allem bei der Finanzierung des Lehrkörpers.

Tiefe versus Breite der Ausbildung

In einem zweiten Spannungsfeld stehen sich einerseits kurzfristige Nachfrage nach Fachwissen und Spezialisierung und andererseits langfristiges Interesse an Flexibilität durch Diversifizierung und Überlappung von Berufsfeldern gegenüber, denn fachliche Qualifikationen sind nicht einfach flexibel ersetzbar. Sheldon (2005) untersuchte die Substituierbarkeit von Qualifikationen, also die Flexibilität von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bei der Stellenwahl beziehungsweise Stellenbesetzung. Gerade für die stark expandierenden Berufe im Gesundheits-, Bildungs- und Wissenschaftsbereich (und ebenso im Bauwesen) fand er eine relativ geringe Substituierbarkeit.

Soziale und berufliche Integration formal gering Qualifizierter

Ein drittes Spannungsfeld bildet die Ausrichtung der Bildung an sozialpolitischen oder wirtschaftlichen Ansprüchen. Das erwähnte Weissbuch (Zimmerli et al. 2009) fordert als vornehmliche Ziele des Bildungswesens die Entfaltung der Persönlichkeit, die Förderung der Chancengleichheit und die Befähigung zu aktiver Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben. Die (zu) starke Ausrichtung des Bildungssystems am Bedarf der Privatwirtschaft wird teilweise kritisch hinterfragt (VPOD 2010). Im sinkenden Bedarf nach Arbeitskräften ohne höhere Ausbildung steckt soziales Konfliktpotenzial, mit der Gefahr einer Stigmatisierung der schwach Gebildeten. Vor allem für gering qualifizierte Arbeitskräfte würden in der Schweiz die Beschäftigungsmöglich-

Wo bildungspolitische Weichen gestellt werden – Blick in den Luzerner Kantonsratssaal

keiten weiter abnehmen, schätzten vor einigen Jahren Buchmann/Sacchi (2002). Allerdings wird teilweise auch darauf hingewiesen, dass Berufe mit geringen Qualifikationsanforderungen möglicherweise wieder an Bedeutung gewinnen könnten, da sie im expandierenden Dienstleistungssektor und auch in der Baubranche aufgrund der örtlichen Gebundenheit weniger leicht ausgelagert werden können als im verarbeitenden Gewerbe (vgl. Geser 1999: 6).

Integrationsfunktion des Bildungssystems und Harmonisierungsbestrebungen

Viertens führen Mobilität und Migration zu grösserer Multikulturalität und sprachlicher Vielfalt. Die Integrationsfunktion des Bildungssystems gewinnt noch einmal an Bedeutung (SKBF 2010: 40). Die Bevölkerungsbewegungen auch innerhalb der Schweiz, der Einfluss der EU im Tertiärbereich, aber auch die Verbreitung von Englisch als Weltsprache stellen neue Ansprüche an Kooperation, Vernetzung und interkantonale und internationale Harmonisierung, was sich gerade im föderalistischen System als Herausforderung erweist (Zimmerli et al. 2009).

Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Ein fünftes Spannungsfeld ergibt sich aus der demografischen Entwicklung und dem Wandel gesellschaftlicher Werte im Zusammenhang mit der tendenziell länger dauernden Ausbildungszeit (tiefere Erwerbsquote der Jungen) und der zeitgleichen Alterung der Gesellschaft (Bedarf an Nachwuchs). Für beide Geschlechter, insbesondere aber bei Frauen, gilt, dass mit steigender Bildung die Erwerbsbeteiligung zunimmt (BFS 2005: 142). Zugleich wird als häufigste Ursache unerfüllter Kinderwünsche die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf genannt (BFS 2003: 5). Im Vorschulbereich und auf der Primarstufe steigt die Nachfrage nach Betreuungsmöglichkeiten aufgrund der häufigeren Erwerbstätigkeit beider Elternteile. Weitere Verbesserungen in diesem Bereich sind deshalb ein zentrales Anliegen vieler Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker, denn die höhere Bildungsbeteiligung der Frauen gilt es möglichst über einen langen Verbleib im Erwerbsleben zu nutzen.

Angebot und Nachfrage im Gleichgewicht?

Ein weiteres Spannungsfeld tut sich zwischen dem Bildungswunsch der Individuen und dem Angebot auf. Nicht immer entsprechen sich die individuellen Bildungswünsche und die angebotenen Lerninhalte. Das zeigt sich zuweilen bei der Lehrstellensuche, wenn für ein nachgefragtes Berufsfeld nicht genügend Lehrstellen angeboten werden. Auch kann eine Diskrepanz entstehen, wenn in einzelnen geografischen Räumen in der Gymnasialbildung nicht alle Schwerpunktfächer angeboten werden. Dies kann sich fortsetzen auf der Hochschulebene bei den Studienfächern, wobei hier die räumliche Mobilität besser greift als auf den anderen Schulstufen. Damit einher kann aber die Gefahr des sogenannten „Braindrain“ gehen, der einen Kanton mit dem Verlust von Hochqualifizierten konfrontiert.

E SYNTHESE

Bildungsexpansion

Ein charakteristischer Wandlungsprozess der jüngeren Geschichte ist die Bildungsexpansion. Bildung erfuhr eine Verbreitung in immer weiteren Bevölkerungskreisen, und der Anteil der Bevölkerung mit höherer Bildung nahm stark zu. Eine zentrale Rolle spielte in diesem Prozess der Auf- und Ausbau der Volksschulen seit dem 19. Jahrhundert. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg beschleunigte sich dieser Prozess im Zusammenspiel mit ökonomischen, demografischen und politischen Entwicklungen.

Wohlstand und Lebensqualität

Die Bildungsexpansion der Nachkriegszeit fiel mit einem ausserordentlichen Wirtschaftswachstum zusammen. Der steigende Lebensstandard ermöglichte den Privathaushalten und der öffentlichen Hand eine substanzielle Ausweitung der Bildungsanstrengungen. Erstmals konnten breite Bevölkerungsschichten Ersparnisse bilden, die es Eltern erlaubten, in die Zukunft ihrer Kinder zu investieren. Zwischen 1955 und 1975 verdoppelte sich in der Schweiz der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am Bruttoinlandprodukt.

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Mit der zunehmenden Tertiarisierung der Wirtschaft und der Entwicklung hin zu wissens- und technologieintensiven Produktionsweisen kam der Bildung im Wertschöpfungsprozess eine immer essenziellere Rolle zu. Auf dem Arbeitsmarkt erhöhte sich die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften. Wirtschaft und Politik erkannten die Bildungsexpansion als Notwendigkeit und förderten sie aktiv. Die Anforderungen an die Qualifikationen der Arbeitnehmenden haben sich innerhalb weniger Jahrzehnte grundlegend gewandelt.

Wertewandel und neue Biografiemodelle

In der Schweiz fand zeitgleich mit dem Strukturwandel der Wirtschaft und der Bildungsexpansion ein ausgeprägter Kultur- und Wertewandel statt, der auch Ausdruck in neuen Biografiemodellen findet. Im Vergleich zum frühen 20. Jahrhundert und der Zeit davor ist die Gegenwart geprägt von einer Vielzahl individueller und kollektiver Wahlmöglichkeiten. Besonders weitreichende Folgen für das Bildungs- und Erwerbsleben hatte die soziale Emanzipation der Frauen. Bei beiden Geschlechtern werden die Ausbildungszeiten länger und die Familiengründung erfolgt heute später als in der Nachkriegszeit.

Anpassungsdruck im Bildungswesen

Durch den Wandel der gesellschaftlichen und der individuellen Rahmenbedingungen steht das Bildungssystem unter permanentem Anpassungsdruck. Für die Bildungspolitik öffnet sich daraus eine Vielzahl von Spannungsfeldern in inhaltlicher, struktureller und auch finanzieller Hinsicht. Themenfelder, die den Bildungsbereich in näherer Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit beeinflussen und umgestalten werden, sind der fortschreitende Strukturwandel der Wirtschaft und ihre zunehmend internationale Ausrichtung sowie die Alterung der Gesellschaft.

Eingang des Luzerner Kultur- und Bildungsdepartements

2. KAPITEL

ORGANISATION UND FINANZIERUNG DER BILDUNG

A ORGANISATION DES BILDUNGSSYSTEMS

1. Stufen und Klassifikation des Bildungssystems
2. Die rechtlichen Grundlagen
3. Organisation und Akteure
4. Bildungs- und Lernorte – die Verteilung im Raum

B LEHRKRÄFTE ALS AKTEURE

C FINANZIERUNG DES BILDUNGSSYSTEMS

1. Die Verteilung der Kosten auf die Träger
2. Die öffentlichen Bildungsausgaben

D SYNTHESE

A ORGANISATION DES BILDUNGSSYSTEMS

1. Stufen und Klassifikation des Bildungssystems

Zwischen 1870 und dem Ersten Weltkrieg etablierten sich in Europa die nationalen Bildungssysteme unter staatlicher Kontrolle (Müller/Steinmann/Schneider 1997: 178ff.), wobei sich das heutige System mit seinem hierarchischen Aufbau von mehreren aufeinander bezogenen Institutionen herausbildete (Osterwalder 1997: 273). Das Bildungssystem der Schweiz ist der politischen Landesstruktur entsprechend föderalistisch aufgebaut. Es untergliedert sich in vier grosse Bereiche: die Vorschule, die obligatorische Volksschulbildung mit Primarstufe und Sekundarstufe I, die Sekundarstufe II und die Tertiärstufe. In diesem Kapitel ist das vollständige Diagramm zur Klassifikation des Bildungssystems dargestellt.

Vorschule / Kindergarten

Der Kindergarten (die Vorschulstufe) ist der Primarschule vorgelagert. Im Kindergarten erweitern die Kinder spielerisch Fähigkeiten, die sie aus dem familiären Umfeld mitbringen. Zudem werden Inhalte vermittelt, die die Kinder auf das erste Schuljahr vorbereiten sollen (EDK 2006). Auf eidgenössischer Ebene ist der Besuch der Vorschule nicht verpflichtend vorgeschrieben, dennoch werden nahezu 100 Prozent der Kinder für mindestens ein Jahr dort gefördert (educa.ch o.J. c). Ein Vorschulangebot besteht in der Regel in allen Gemeinden, und der Besuch eines öffentlichen Angebots ist kostenfrei (ebd.). Im Kanton Luzern gilt ein einjähriges Kindergartenobligatorium.

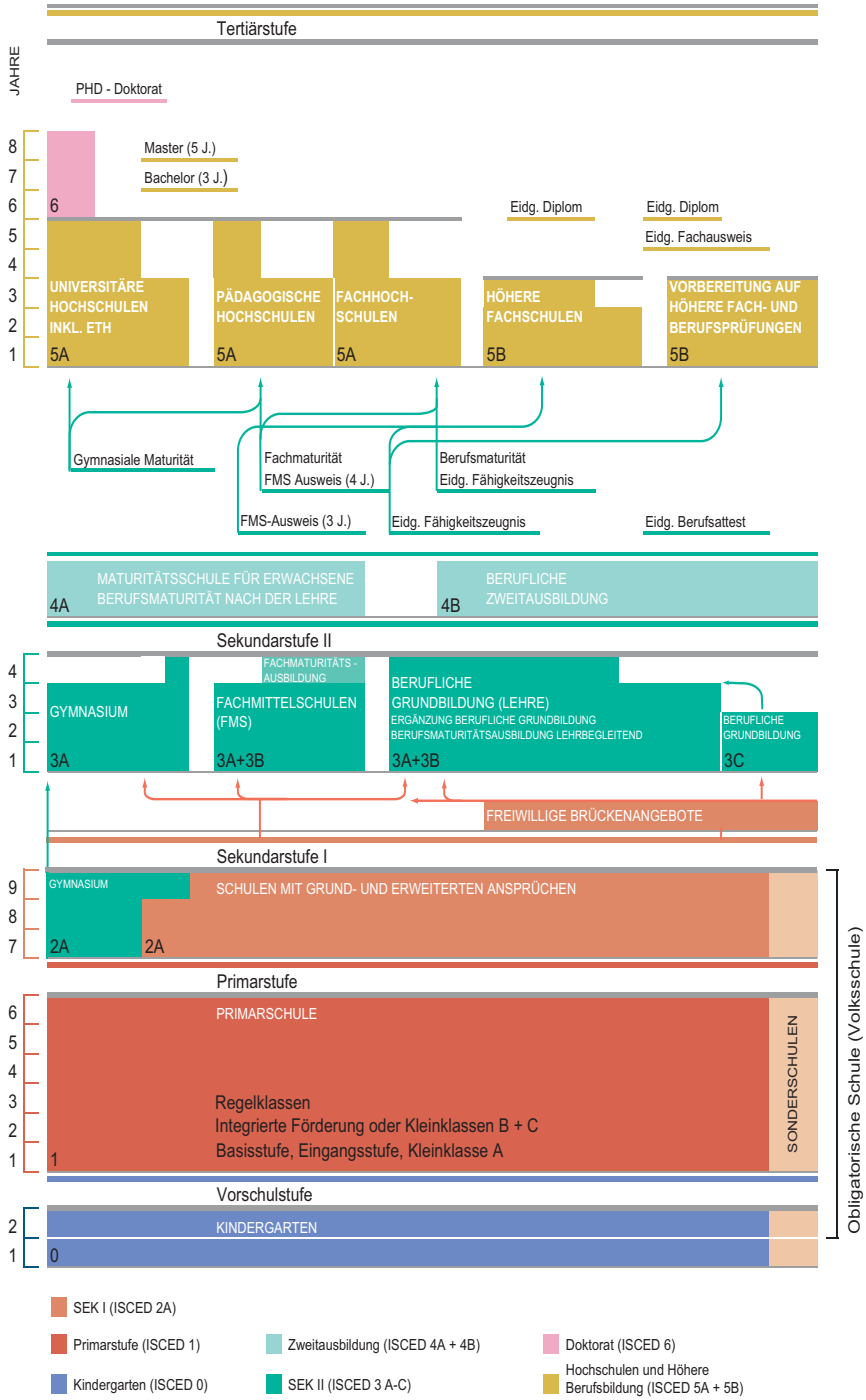
Primarschule

In der Primarschule, der ersten Stufe der aus gesamtschweizerischer Sicht obligatorischen Schulbildung, erhalten die Kinder Unterricht im Lesen und Schreiben, und es werden grundlegende Kenntnisse der Mathematik, der Geschichte, der Geographie sowie einer zweiten Landessprache und in Englisch vermittelt. Ebenso werden musische, körperliche und soziale Fertigkeiten erlernt. Je nach Entwicklungsstand und Fähigkeiten der Kinder bestehen Unterrichtsangebote mit besonderem Lehrplan. Im Kanton Luzern wurden Kinder mit Lernschwierigkeiten oder anderen spezifischen Bedürfnissen bisher in Kleinklassen unterrichtet. Gemäss Verordnung über die Förderangebote der Volksschule (SRL Nr. 406) erfolgt der Unterricht nun im Rahmen der Integrativen Förderung in den Regelklassen; die Kleinklassen werden derzeit vollständig durch die Integrative Förderung abgelöst. Daneben gibt es Sonderschulangebote für Kinder mit körperlichen oder geistigen Einschränkungen, mit einer Sinnes- oder Verhaltensbehinderung. Der Primarschulbesuch dauert im Kanton Luzern sechs Jahre.

Abbildung 2.1

Das Bildungssystem nach Stufen gemäss ISCED (International Classification od Education)

Kanton Luzern



LUSTAT STATISTIK LUZERN

Quelle: EDK – LUSTAT

Sekundarstufe I

Als zweite Stufe der obligatorischen Schulbildung schliesst an die Primarschule der Unterricht auf der Sekundarstufe I an, der in der Regel drei Jahre dauert. Auf der Sekundarstufe I gibt es verschiedene Leistungsebenen, wodurch den unterschiedlichen Fähigkeiten und Bedürfnissen der Lernenden Rechnung getragen wird. Im Kanton Luzern umfasst die Sekundarstufe I derzeit die Sekundarschule mit vier Niveaustufen (A bis D), die ersten drei Jahre des Langzeitgymnasiums und das erste Jahr des Kurzzeitgymnasiums. Das Niveau D wird im Zuge der Auflösung der Kleinklassen auf der Primarstufe ab 2013/2014 wegfallen. Die Differenzierung in Niveaus gewährleistet ein Angebot, das sowohl Basiswissen für eine der zahlreichen berufspraktischen Ausbildungen vermittelt als auch den Besuch einer weiterführenden Mittelschule oder des Kurzzeitgymnasiums ermöglicht. Der Lerninhalt ist somit auf verschiedene nachobligatorische Bildungswege ausgerichtet.

Sekundarstufe II

Die erste nachobligatorische Stufe, die Sekundarstufe II, gliedert sich in die berufliche Grundbildung (drei- oder vierjährige Lehre, Berufsattest), die Wirtschaftsmittelschule, die Fachmittelschule, das Langzeitgymnasium ab dem vierten sowie das Kurzzeitgymnasium ab dem zweiten Jahr. Der erfolgreiche Abschluss einer Berufslehre ermöglicht die direkte Ausübung des erlernten Berufes und die berufliche Weiterbildung auf Tertiärstufe.
Eine Berufsmaturität oder eine gymnasiale Maturität öffnet den Zugang zu Fachhochschulen und Universitäten. Die Dauer der Ausbildung auf Sekundarstufe II richtet sich nach dem Anforderungsniveau der gewählten Berufs- oder Schulbildung.

Tertiärstufe und Weiterbildung

Die Tertiärstufe dient dem Erwerb eines Abschlusses im Bereich der höheren Bildung. Sie ist zweigeteilt. Zur Tertiärstufe A gehören Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen. An den Fachhochschulen und den Pädagogischen Hochschulen können Bachelor- und Masterdiplome, an den Universitäten zusätzlich das Doktorat und die Habilitation erworben werden. Zur Tertiärstufe B, der höheren Berufsbildung, gehören die Höheren Fachschulen und die Vorbereitung auf höhere Fach- und Berufsprüfungen. Diese Bildungsgänge können zu einem höheren Fachschuldiplom, eidgenössischen Diplom oder Fachausweis oder zu einem vom Bund nicht reglementierten Abschluss führen. Die Dauer der Ausbildung richtet sich nach der Art des Abschlusses. Daneben besteht der Bereich der Weiterbildung, der teilweise als Quartärstufe bezeichnet wird. Weiterbildung kann bereits nach der Sekundarstufe II einsetzen. Sie wird auch an den Hochschulen angeboten.

2. Die rechtlichen Grundlagen

Bundesverfassung, Bundesgesetze und Verordnungen

Die Bundesverfassung (BV) verankert das allgemeine Recht auf Schulbildung (SR 101, Art. 19) und verpflichtet den Bund sicherzustellen, dass der Grundschulunterricht obligatorisch, kostenlos und in ausreichendem Mass angeboten wird. Der Artikel 61a ff. BV verweist das Bildungssystem dabei in die Verantwortung von Bund und Kantonen. Während das allgemeine Schulwesen in die Zuständigkeit der Kantone fällt (Art. 62 Abs. 1 BV), regeln eidgenössische Gesetze insbesondere die Berufsbildung (SR 412) sowie die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen (SR 413.1), die Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen (SR 414). Die

Reglementierung auf eidgenössischer Ebene soll sicherstellen, dass einheitliche Mindestvoraussetzungen gelten und die Abschlüsse schweizweit anerkannt sind. Die konstante Qualität der eidgenössischen Bildungsabschlüsse wird auf diese Weise vom Bund garantiert.

Gesetzlicher Rahmen auf kantonaler Ebene

Die Volksschulbildung fällt in die Kompetenz der Kantone (Art. 62 BV). In der Verfassung des Kantons Luzern (SRL Nr. 1) wird das Bildungswesen als Verbundaufgabe, also gemeinsame Aufgabe von Kanton und Gemeinden festgelegt (SRL Nr. 1 §11). Die kantonalen Gesetze und Verordnungen präzisieren die Bestimmungen der Kantonsverfassung und legen die Verantwortlichkeiten und Inhalte für die einzelnen Bereiche des Schulwesens fest (SRL Nr. 5). Die Präzisierung der kantonalen Bestimmungen unterliegt den Befugnissen der jeweiligen Gemeinde. So bestimmt der Kanton Luzern die Ziele der Volksschulbildung per Gesetz auf kantonaler Ebene (SRL Nr. 400a) und legt die Schulstufen und Angebote fest. Die detaillierten Regelungen und die Ausführung der Bestimmungen obliegen den Gemeinden.

Die private Hand

Die rechtlichen Grundlagen enthalten häufig Regelungen über Rechte und Pflichten privater Bildungsinstitutionen. Grundsätzlich ist es nämlich möglich, Abschlüsse auf allen Bildungsstufen auch an privaten Bildungsinstitutionen zu erwerben. Im Volksschulbereich sind die privaten Anbieter der kantonalen Aufsicht unterstellt, auf anderen Stufen können sich die Institutionen freiwillig unterstellen, wodurch die Abschlüsse ihrer Absolventinnen und Absolventen automatisch staatlich anerkannt werden. Im Kanton Luzern sind die Ziele der Volksschulbildung auch für private Anbieter verbindlich (SRL Nr. 400a). Umgekehrt sind öffentliche Anbieter verpflichtet, Dienstleistungen ausserhalb der Ausbildung zu verrechnen, sodass Wettbewerbsverzerrungen und ungleiche Bedingungen zwischen privaten und öffentlichen Anbietern reduziert werden (zum Beispiel Universitätsgesetz SRL Nr. 539 § 29).

3. Organisation und Akteure

Die Organisation des schweizerischen Bildungswesens sowie dessen Akteure ergeben sich als logische Konsequenz der Rechtsgrundlagen. Beteiligt sind Bund, Kantone, Gemeinden und Private.

Bund, Kantone, Gemeinden

Der Bund ist zentraler Entscheidungsträger und Akteur im Bereich der Berufs- und Hochschulbildung. Für das obligatorisch-öffentliche Schulwesen ist er nur in gesetzlich geregelten Ausnahmen zuständig. Er behält sich zum Beispiel Massnahmen zur interkantonalen Koordination und Harmonisierung des Schulwesens vor (Art. 62 Abs. 4 BV) oder bestimmt den Beginn des Schuljahres (Art. 62 Abs. 5 BV). Für die Organisation des Schulwesens tragen die Kantone die Verantwortung. Sie legen die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden fest. Der Kanton Luzern regelt auf kantonaler Ebene die Mindest- und Maximalklassenbestände für Primar- und Sekundarstufe I oder die kostenfreie beziehungsweise kostengünstige Abgabe von zwingend erforderlichen Lehrmitteln und zusätzlichem Schulmaterial. Er schreibt auch Angebote für die Zeit vor Schulbeginn, über den Mittag und zur Unterstützung bei den Hausaufgaben vor. Die Gemeinden können alle Angebote selbst, in Zusammenschluss mit anderen Gemeinden (regional) oder durch

private Leistungserbringer führen. Für die Gestaltung und den Vollzug des Schulunterrichts sind die Gemeinden vor Ort verantwortlich, der Kanton bleibt jedoch rechtliche Kontroll- und Verwaltungsinstanz (SRL Nr. 400a § 29). Im Bereich Volksschulbildung übernimmt diese Funktion im Kanton Luzern die Dienststelle Volksschulbildung.

Inter- und innerkantonale Zusammenarbeit

Die Gestaltungsfreiheit der Gemeinden und Kantone führte in der Vergangenheit zu ungleichen Reglementierungen und regionalen Unterschieden im Bildungswesen. Zur Abgleichung der föderalistisch organisierten Bildungssysteme existieren Formen von institutionalisierter, regelmässiger interkantonaler Zusammenarbeit, so durch die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) und die Bildungsdirektoren-Konferenz der Zentralschweiz (BKZ). Zur Förderung der Bildungsmobilität verpflichtet der Bund die Kantone seit 2002 zur Zusammenarbeit und gegenseitigen Anerkennung der allgemeinen und berufsbezogenen Bildungswege.
Das Angebot der obligatorischen Schulbildung wird durch die innerkantonale Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden sichergestellt. Um ein ausreichendes Bildungsangebot auf allen Niveaustufen der Sekundarstufe I im Kanton Luzern sicherzustellen, wurden 40 Schulkreise gebildet. Dadurch sollen alle vier Niveaustufen der Sekundarschule in jedem Schulkreis angeboten werden können. Weitere Ziele der Schulkreise sind Kosteneffizienz, bessere Auslastung der vorhandenen Bildungsangebote sowie die gemeinsame Nutzung weiterer Angebote wie Mittagstisch, Hausaufgabenbetreuung, Sport- und Freizeitangebote oder stufenübergreifende Strukturen.

Die private Hand

Private Bildungsakteure wie Betriebe und Privatschulen stützen das schweizerische Bildungssystem, indem sie das öffentliche Angebot durch zusätzliche Ausbildungs- und Schulplätze in allen Bildungsbereichen erweitern und ergänzen. Die private Hand trägt zur Finanzierung des Bildungssystems durch Steuergelder, Beiträge wie Schulgelder, Gebühren für Prüfungen, Aufträge an die Forschung und Entwicklung an Hochschulen und Fachhochschulen und ähnliches bei.

Der Kanton Luzern hat ein vielfältiges Angebot auf allen Bildungsstufen

4. Bildungs- und Lernorte – die Verteilung im Raum

Die Bildungs- und Lernorte sind in der Schweiz über nahezu alle 2'596 Gemeinden verteilt. Die Dichte des sich daraus ergebenden Bildungsnetzwerkes variiert nach Bildungsstufe und Region. Flächmässig kleine Schulkreise, ausgestattet mit einem dichten Netz an Angeboten auf Vorschul- und obligatorischer Schulebene, garantieren den Zugang zu grundlegender Bildung für alle.

Übersicht über die Anzahl der Bildungs- und Lernorte

Fast alle Gemeinden in der Schweiz verfügen über vorschulische Angebote sowie eine Primarschule. Insgesamt gibt es landesweit rund 4'300 Primarschulen (educa.ch o.J.a). Wenn immer möglich, besuchen die Kinder ein Angebot an ihrem Wohnort, sonst innerhalb des Schulkreises, dem ihr Wohnort zugeteilt ist. Ab der Sekundarstufe I zentrieren sich die Institutionen innerhalb der Kantone auf eine immer noch grosse, aber zunehmend überschaubare Zahl von rund 1'950 (ebd.). Beim Besuch einer öffentlichen Schule besteht während der obligatorischen Schulzeit keine Wahlfreiheit bezüglich des Schulorts. Bei hinreichender Begründung können jedoch Ausnahmen bewilligt werden.

Ab dem Besuch der Sekundarstufe II können die Lernenden, sofern sie die Bedingungen erfüllen und das Angebot dies zulässt, über den Ausbildungsort und die jeweilige Institution mehrheitlich selber entscheiden. Insbesondere dicht besiedelte, urbane Regionen verfügen über eine breite Angebotspalette auf allen Bildungsstufen.

Sehr spezialisierte Ausbildungen sowie die Angebote der höheren Bildung konzentrieren sich auf einige wenige Orte. Für die höhere Bildung gibt es in der Schweiz eine Auswahl an 12 Universitären und 16 Pädagogischen Hochschulen, 9 Fachhochschulen und zahlreichen anderen Fachinstitutionen, die vom Bund unterstützt werden.

Kanton Luzern

Im Kanton Luzern gibt es in nahezu jeder der 87 Gemeinden einen Kindergarten sowie eine Primarschule. Grosse Gemeinden verfügen teilweise über mehrere Primarschulhäuser. Ab der Sekundarstufe I dagegen kommt es auch im Kanton Luzern zu räumlichen Konzentrationen: Die Gemeinden werden seit 2005 zu 40 Schulkreisen gebündelt (AVS 2002).

Auf der Sekundarstufe II gibt es 19 Schulen der Berufsbildung, 4'700 anerkannte Lehrbetriebe, sowie Schulen zur Berufs- und Fachmatura und 9 öffentliche Gymnasien. Viele Angebote der weiterführenden Bildung zentrieren sich auf den Kantonshauptort oder seine nähere Umgebung. Im Bereich der höheren Bildung gibt es acht Höhere Fachschulen, sieben davon in der Stadt Luzern und eine in Sursee, fünf Teilschulen der Fachhochschule Zentralschweiz in der Stadt Luzern und ihrer Umgebung sowie eine Pädagogische Hochschule und eine Universität.

B LEHRKRÄFTE ALS AKTEURE

Die Lehrkräfte bilden das Bindeglied zwischen dem Bildungswesen als System und den Lernenden. Die Aufgaben der Lehrpersonen müssen in einer ständig sich wandelnden Gesellschaft erfüllt werden.

Der Wandel von Lehrberuf und Ausbildung

Als Spezialistinnen und Spezialisten für das Lehren und Lernen, das Unterrichten und Erziehen sind Lehrkräfte verantwortlich für qualitativ hochstehenden Unterricht und damit auch dafür, dass ihre Schülerinnen und Schüler auf die beruflichen Anforderungen in Wirtschaft, Verwaltung, Kunst und Wissenschaft sowie für das Zusammenleben und die Partizipation im Rahmen der Demokratie vorbereitet sind (Aufenanger et al. 2010). Der Lehrberuf beschränkte sich in der Idee noch bis in die 1960er-Jahre darauf, Kenntnisse und Wissen zu vermitteln und sie im Sinne einer Reproduktion zu überprüfen (Büchner 1985: 56ff.). Heute reicht das nicht mehr; die Schule soll vielmehr durch Lernen aus Erkenntnisprozessen auf lebenslanges Lernen vorbereiten (Krawitz 2003). Deutlich gewandelt hat sich in den letzten 15 Jahren die Ausbildung der Lehrpersonen der Volksschulen. Sie erfolgt nicht mehr an Lehrerseminarien, sondern an Pädagogischen Hochschulen. Es wird von einer Tertiarisierung und Akademisierung der Lehrkräftebildung gesprochen.

Verändertes Betreuungsverhältnis

Das durchschnittliche Betreuungsverhältnis auf der Primarstufe und auf der Sekundarstufe I hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert. Werden heute im Kanton Luzern im Durchschnitt knapp 16 Schülerinnen und Schüler der Primarschule von einer Lehrkraft (Vollzeitäquivalent) betreut, waren es 1967/1968 noch durchschnittlich 28,6 (AfS 1969) gewesen.
Das von Bildungsexperten deklarierte Berufsbild für Lehrpersonen geht dahin, dass diese unterrichten, integrieren, fördern und auf das weitere Schul- und spätere Berufsleben vorbereiten sollen, dies möglichst individuell und auf die einzelnen Lernenden angepasst. Lehrpersonen werden heute zunehmend als Teamplayer verstanden. Projektarbeiten werden teilweise klassenübergreifend durchgeführt. Mit anderen Lehrkräften soll ein enger Austausch stattfinden, und durch Arbeitsteilung sollen Arbeitserleichterung und Effizienzsteigerungen für einzelne Bereiche bewirkt werden.

Motive der Berufswahl

Weshalb wählen junge Frauen und Männer den Lehrberuf? Gemäss einer Studie im Auftrag der Erziehungsdirektorenkonferenz stehen im Vordergrund die Freude am Umgang mit Kindern und Jugendlichen, die Freiheit in der Gestaltung der Arbeit, die gute Allgemeinbildung während der Ausbildung und die Zusammenarbeit mit anderen Menschen (EDK 2007: 13). Daneben gelten auch die Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit, eine verhältnismässig kurze und wenig kostenintensive Ausbildung und die Aussicht auf ein transparentes und weitgehend geschlechtsunabhängiges Vergütungssystem im öffentlichen Schulwesen als Motivationsfaktoren (Herzog et. al 2007: 188f.; Denzler et al. 2005: 578). Gemäss der Studie der EDK bildet für die Lehrkräfte der Sekundarstufe II der fachliche Aspekt, also die Unterrichtsinhalte, das wichtigste Motiv für die Berufswahl (EDK 2007: 13).

Feminisierung des Lehrberufs

Das Berufsfeld „Kindergarten“ und „Primarschullehrer/in für die ersten Klassen“ ist schon seit den 1970er-Jahren stark von Frauen dominiert. Die zu beobachtende zunehmende Frauenquote auf Sekundar- und Gymnasialstufe ist hingegen eine neuere Erscheinung. 2009 waren insgesamt rund 71 Prozent aller Lehrkräfte an öffentlichen Volksschulen und Gymnasien des Kantons Luzern Frauen. Im Kindergarten sind 99 Prozent, auf Primarstufe 83 Prozent und in Sonderschulen 86 Prozent Frauen. Auf der Sekundarstufe I beträgt der Frauenanteil inzwischen knapp 50 Prozent, bei den Gymnasiallehrkräften rund 40 Prozent.
Gründe für die Zunahme der Zahl der weiblichen Lehrkräfte liegen in gesellschaftlichen Veränderungen. Heute erreichen Frauen nicht nur viel häufiger ein höheres Bildungsniveau als noch vor 30 Jahren, sondern sie sind öfter auch nach der Familiengründung erwerbstätig. Eine Anstellung als Lehrperson gelte als weitgehend unabhängig von wirtschaftlichen und konjunkturellen Entwicklungen und entsprechend als relativ sichere Arbeitsstelle (PHZ 2009: 10). Zudem sei ein Teilzeitpensum nicht mit Einbussen im Lohnniveau oder bei den Anforderungen der Tätigkeit verbunden.

Zufriedenheit im Lehrberuf

Der Lehrberuf verlangt ein starkes persönliches Engagement und kann – wie das auch in anderen Berufen der Fall sein kann – mit Desillusionierung und negativen Erfahrungen verbunden sein. Studien haben gezeigt, dass Lehrpersonen einer sehr hohen psychischen Arbeitsbelastung ausgesetzt sind (Knutsche/Delgrande-Jordan/Sidler 2005: 52ff.), was beispielsweise das Burnout-Syndrom begünstigen kann. Gemäss einer Studie aus dem Jahr 2007 verlassen knapp 40 Prozent der Lehrpersonen in den ersten sieben bis neun Jahren nach Ende ihrer Ausbildung den klassischen Lehrberuf (Herzog et al. 2007: 182ff.). Die ermittelten Gründe für Berufsausstiege und Frühpensionierungen waren jedoch nicht überhöhte Belastung oder Resignation, sondern eher der Wunsch nach einer privaten Neuorientierung oder nach einem Perspektivenwechsel zum Ausbau weiterer Fähigkeiten und Interessen. Tatsächlich verlassen nur 10 Prozent den Bildungsbereich völlig. Die Berufszufriedenheit der Lehrpersonen wurde vom Schweizerischen Lehrerinnen- und Lehrerverein in den Jahren 1990, 2001 und 2006 in repräsentativen Umfragen erhoben. Dabei zeigte sich, dass die Zufriedenheit in vielen Belangen hoch ist. Allerdings nahm gemäss der Einschätzung der Lehrpersonen die berufliche Belastungssituation deutlich zu, insbesondere weil die Menge der Zusatzaufgaben gewachsen sei, so etwa durch administrative Arbeiten oder Auswirkungen von Reformen (EDK 2007: 15).

Die Arbeitsmarktlage für Lehrkräfte

Das Stellenangebot für Lehrpersonen unterliegt sowohl lang- als auch kurzfristigen Bedarfsschwankungen. Fluktuationsraten der Lehrpersonen zum Beispiel durch Wegzüge, Erwerbsunterbrüche oder -abbrüche sowie Pensionierungen können kurzfristig zu Veränderungen führen (Kunze/Stelamaszyk 2008). Die langfristigen Schwankungen im Bedarf an Lehrpersonal werden in erster Linie durch die Schülerzahl und das Angebot bestimmt. Diese ergeben sich durch demografische Schwankungen oder können mit Veränderungen der Attraktivität von Wohnorten zusammenhängen, zum Beispiel mit der

Neuansiedlung von Familien an einem Ort. Andererseits haben auch neue Angebote (z. B. Tagesstrukturen, Integrative Förderung), Neuausrichtungen des Fächerangebots oder Lehrplanänderungen einen Einfluss auf den Lehrpersonenbedarf einer Schule und können ihn langfristig verändern.
Lehrkräftemangel und -überschuss sind die bekanntesten Extremphasen des Lehrkräfteangebotes (SKBF 2007: 10). Ob zu wenige, zu viele oder genau die richtige Anzahl an Lehrpersonen auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, hängt von verschiedenen Faktoren ab:

- Anzahl der Lernenden
- Anzahl an Stellen
- Verteilung der Lernenden im Raum (Standortfaktor)
- Verhältnis austretender und nachrückender Lehrpersonen (unter Berücksichtigung von Frühpensionierungen)
- fachliche Flexibilität aufgrund der Fächerkombinationen.

Und in Zukunft?

Eine zukünftige Herausforderung auf der Primar- und Sekundarstufe I könnte der starke Anstieg der Anzahl der über 50-jährigen Lehrkräfte werden. Deren Anteil lag 2008 bei rund 33 Prozent und ist in der Tendenz stark steigend. In absehbarer Zeit werden demnach viele Stellen neu zu besetzen sein, weil diese Lehrkräfte das Pensionsalter erreichen. Der Bedarf erhöht sich zusätzlich, wenn der Trend zu Frühpensionierungen anhält; zwischen 2005 bis 2006 schieden 22 Prozent aller Lehrkräfte fünf Jahre vor dem gesetzlichen Pensionsalter aus der Berufstätigkeit aus (BFS 2008a). Eine Überalterung des Lehrkörpers kann auch zu zusätzlichen Belastungen der Kolleginnen und Kollegen führen. Denn ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fallen zwar krankheitsbedingt weniger häufig aus als jüngere, wenn sie aber ausfallen, dann viel häufiger für einen längeren Zeitraum (Badura/Schellschmidt/Vetter 2003).

Der Lehrberuf hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt

C FINANZIERUNG DES BILDUNGSSYSTEMS

1. Die Verteilung der Kosten auf die Träger

Die Verteilung der Kosten des Bildungssystems folgt einer ähnlichen Systematik wie die Organisation: Die Kosten trägt grundsätzlich derjenige, in dessen Aufgaben- und Kompetenzbereich die Bildungsstufe fällt. Das System der Kostenverteilung basiert auf den vier Kostenträgern Bund, Kantone, Gemeinden und Private. Dabei gibt es zahlreiche zusätzliche Regelungen zu Subventionen, Kostenumverteilung sowie Ressourcen- und Lastenausgleich zwischen Bund und Kantonen, aber auch zwischen Kantonen und Gemeinden, um regionale Unterschiede finanziell aufzufangen.

Der Bund

Der Bund trägt die vollen Kosten für die Eidgenössischen Technischen Hochschulen Zürich (ETH) und Lausanne (EPFL). Er unterstützt die kantonalen Hochschulen (Universitäten) finanziell, ebenso wie andere von ihm anerkannte Institutionen des Hochschulbereichs. Per Gesetz übernimmt der Bund ein Drittel aller Investitions- und Betriebskosten der Fachhochschulen und entrichtet Unterstützungsgelder. Die Höhe der Zahlungen bestimmt sich aufgrund von Studierendenzahlen und konkreten Forschungsleistungen. Generell darf der Beitrag des Bundes 50 Prozent des Betriebsaufwandes nicht überschreiten. Zudem fördert er den Bereich der Weiterbildung und Forschung und kann den Kantonen Zuschüsse für Stipendien und Studiendarlehen in Form von Ausbildungsbeiträgen sprechen.

Die Kantone

Die Kantone entrichten Beiträge für die Betriebskosten des kommunalen Volksschulangebots und – sofern vorgesehen – auch für das Angebot von schul- und familienergänzenden Strukturen wie Mittags- und Hausaufgabenbetreuung. Die Höhe wird dabei in der Regel durch pauschale Pro-Kopf-Beiträge bestimmt. Zudem tragen die Kantone die vollen Kosten für die Kantonsschulen, also von Gymnasien, Fach-, Handels- oder Wirtschaftsmittelschulen. Der Kanton kann Stipendien oder Studiendarlehen an Lernende oder Studierende vergeben; dies auch für Lernende aus anderen Kantonen, wobei die Kosten dann mit den jeweiligen Heimatkantonen der Lernenden verrechnet werden.

Inter- und innerkantonaler Bildungslastenausgleich

Das Instrument des Lastenausgleichs ist seit 2003 vom eidgenössischen Gesetzgeber für alle Kantone vorgesehen (FiLaG 613.2). Rahmenvereinbarungen zum interkantonalen Ausgleich regeln Ausgleichszahlungen zwischen den Kantonen für Angebote der beruflichen Grundbildung, Fachschulen, Fachhochschulen und Universitäten. Ein Kanton erhält auf der Basis eines interkantonalen Abkommens der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) für Lernende, die ihren Wohnsitz in einem anderen Kanton haben, einen Beitrag vom Wohnsitzkanton. Die Höhe der Beiträge soll dabei so bemessen sein, dass je nach Bildungsangebot, mindestens 50, maximal 85 Prozent der Betriebskosten des Kantons gedeckt werden. Ziel der Ausgleichszahlungen zwischen den Kantonen ist, sowohl die Kantone bei der Finanzierung ihrer Angebote zu entlasten, als auch den interkantonalen Zugang, die Freizügigkeit, die Angebotsvielfalt und die Wirtschaftlichkeit im

gesamten nichtobligatorischen Bildungsbereich zu stärken. Lernende oder Studierende, deren Heimatkanton nicht Mitglied der interkantonalen Vereinbarung für die jeweilige Institution ist, haben keinen Anspruch auf Gleichbehandlung. Sie werden nur bei freien Kapazitäten und, im nachobligatorischen Bereich, nach der Bezahlung von Gebühren aufgenommen. Der innerkantonale Ausgleich findet zwischen den Gemeinden statt und basiert auf kantonalen Gesetzen.

Gemeinsame Bereiche

Ein gemeinsamer Aufgaben- und Lastenbereich zwischen Bund, Kanton und den privaten Organisationen der Arbeitswelt ist der Bereich der Berufsbildung. Die Finanzierung verteilt sich dabei auf alle Schultern. Der Bund kann die Kantone und die Organisationen der Arbeitswelt finanziell oder anderweitig unterstützen, sofern sie die eidgenössischen Ziele der Berufsbildung fördern. Den bedeutendsten Teil der Kosten der öffentlichen Hand in der beruflichen Grundbildung tragen die Kantone und Gemeinden. Im Jahr 2007 waren es 86 Prozent (BFS 2010a: 55). Der Bund gibt die Vorschriften zur Berechnung der Kantonsbeiträge an die Einrichtungen der beruflichen Grundbildung vor. Die Betriebe tragen die Ausbildung im Unternehmen durch Aufwendungen für Löhne und Sozialleistungen. Die Kosten der überbetrieblichen Kurse werden zu einem grossen Teil von Organisationen der Arbeitswelt (OdA) durch Bereitstellung der Fachleute aus der Praxis und die Übernahme der Verantwortung für die Durchführung der Kurse getragen. Bei einem kantonalen Angebot werden Pauschalbeträge pro Lernenden an den Kanton bezahlt.

Der Kanton Luzern

Der Kanton Luzern bezahlt jährlich Staatsbeiträge in Höhe von 22,5 Prozent der gesamten im Kanton anfallenden Betriebskosten für die Volksschulbildung an die Gemeinden. Dies geschieht im Rahmen von Pro-Kopf-Pauschalen für Lernende aus der Kindergarten-, der Primar- und der Sekundarstufe I sowie für Lernende fremder Muttersprachen und Lernende in schul- und familienergänzenden Angeboten.

Ausgleichszahlungen fliessen auch zwischen Gemeinden, so etwa bei gemeinsam geführten Institutionen oder für Standorte mit spezifischem Angebot. Der Regierungsrat legt die Höhe der an die Schulstufen angepassten Zahlungen zwischen den Gemeinden fest, sofern die Gemeinden keine Einigung finden (SRL Nr. 15). Der Kanton trägt 50 Prozent der Betriebskosten der kantonalen Sonderschulen. Die verbleibenden 50 Prozent finanzieren sich aus den Beiträgen der Wohnortgemeinden und aus der Gesamtheit der Gemeinden nach Massgabe der Einwohnerzahl (SRL Nr. 400a). Das Bildungs- und Kulturedpartement bestimmt diese Gemeindebeiträge, gestützt auf die Leistungsaufträge mit den Institutionen.

Die Luzerner Gesetzgebung kennt einen innerkantonalen Finanzausgleich zwischen den Gemeinden (SLR 1 § 78; SRL Nr. 610/611). Er bezweckt die Stärkung der Finanzautonomie der Gemeinden, ein Ausgleich der finanziellen Leistungsfähigkeit sowie eine Verringerung der Unterschiede bei der Steuerbelastung. Im Rahmen des Bildungslastenausgleichs werden etwa Kosten aufgrund von überdurchschnittlich hohen Schülerzahlen (Schülerintensität) innerhalb einer Gemeinde auf der obligatorischen Schulstufe abgefedert (SRL Nr. 611 §6).

Für die nachobligatorische Schulbildung werden ab dem 10. Schuljahr Gebühren erhoben, deren Höhe vom Regierungsrat festgelegt wird (SRL Nr. 501). Die Gebühren müssen so bemessen sein, dass sie den Zugang zu den Bildungsangeboten nicht beeinträchtigen. Angebote privater Schulen, überbetriebliche Kurse und Weiterbildung können mit Kantonsbeiträgen in der Höhe von 50 bis 90 Prozent der Gesamtkosten bezuschusst werden. Für die Hochschulen leistet der Kanton Luzern Beiträge zu den Betriebs- und betrieblichen Investitionskosten sowie zu den jährlichen Ausbildungskosten seiner Kantonsangehörigen (SRL Nr. 520).

Die private Hand

Im Gegensatz zum öffentlichen Bildungssystem arbeiten die privaten Institutionen kostendeckend beziehungsweise gewinnorientiert und versuchen ihre Kosten durch Gebühren bei den Lernenden zu decken. Falls sie im öffentlichen Auftrag zur Gewährleistung eines ausreichenden Angebots an grundlegender Bildung tätig sind, übernimmt die öffentliche Hand den entsprechenden Anteil der Kosten. Einen grossen Teil der Kosten der Ausbildung im nichtobligatorischen Schulbereich trägt zudem die private Hand als Nachfragerin von Bildungsangeboten.

Die Bildungskosten stellen einen der grössten Ausgabenposten der öffentlichen Hand dar

2. Die öffentlichen Bildungsausgaben

Im Jahr 2007 betrugen die öffentlichen Ausgaben für das schweizerische Bildungssystem rund 27 Milliarden Franken, was 5,2 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) entspricht (BFS 2010a: 12ff.). Mit einem Anteil von 18,5 Prozent stellten sie neben der sozialen Wohlfahrt (20,8 %) einen der grössten Posten im Budget der öffentlichen Hand dar. Von 1995 bis 2007 stiegen die öffentlichen Bildungsausgaben parallel zu den Gesamtausgaben kaufkraftbereinigt um 19 Prozent. Das BIP nahm im gleichen Zeitraum real um 27 Prozent zu, womit die Bildungsausgaben im Vergleich zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes in den letzten Jahren etwas zurückgingen.

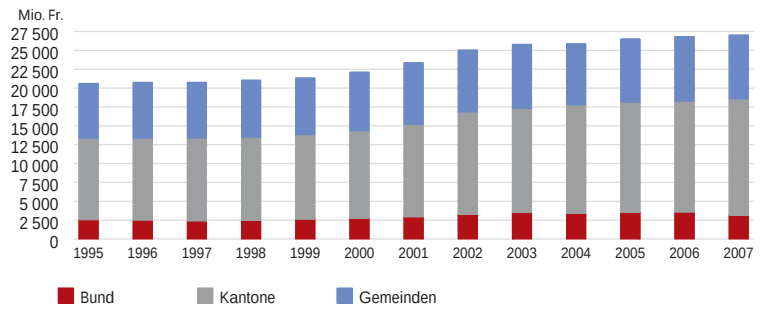
Unterschiedlich hohe kantonale Bildungsausgaben

Pro Einwohnerin und Einwohner wurden in der Schweiz 2007 durch die öffentliche Hand durchschnittlich rund 3'500 Franken für das Bildungswesen ausgegeben. Nach Abzug der finanziellen Beteiligung des Bundes blieben für die Kantone und Gemeinden durchschnittliche Bildungsausgaben von 3'133 Franken pro Kopf. Der Kanton Luzern und seine Gemeinden, nach Abzug interkantonaler Leistungen, gaben mit 3'098 Franken leicht weniger aus. Die höchsten Ausgaben verzeichnete der Kanton Genf mit 4'174 Franken pro Einwohnerin und Einwohner, auf dem anderen Ende der Skala befand sich der Kanton Glarus mit 2'590 Franken (Abb. 2.3). Die Unterschiede zwischen den Kantonen sind auf viele Faktoren zurückzuführen, unter anderem auf die Altersstruktur und die Teilnahme an Bildung, Umfang und Ausgestaltung des Bildungsangebots wie etwa die Anzahl der Lektionen sowie das lokale Lohn- und Preisniveau.

Kosten des obligatorischen Bildungsbereichs

Die Vorschulstufe verursachte Ausgaben in der Höhe von 1,0 Milliarden Franken. Für die obligatorische Schulbildung in der Primarstufe und Sekundarstufe I wird gesamtschweizerisch am meisten Geld ausgegeben. 2007 beliefen sich die öffentlichen Kosten für diesen Bildungsbereich (inkl. Sonderschulen) auf 12,9 Milliarden Franken oder 48 Prozent der gesamten Bil-

Abbildung 2.2
Öffentliche Bildungsausgaben nach Trägerschaft seit 1995
Schweiz

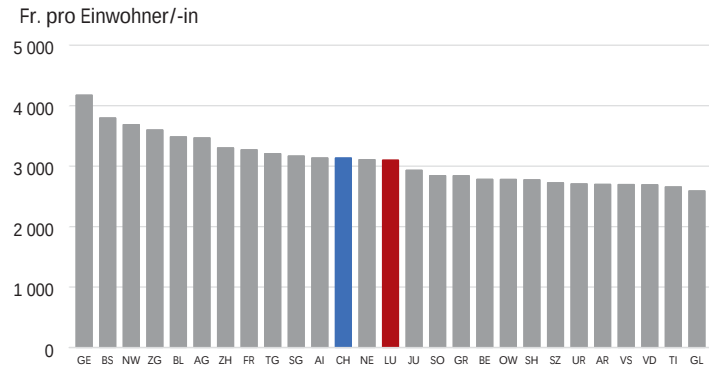


T4K02G01

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: Bundesamt für Statistik – Öffentliche Bildungsausgaben 2007

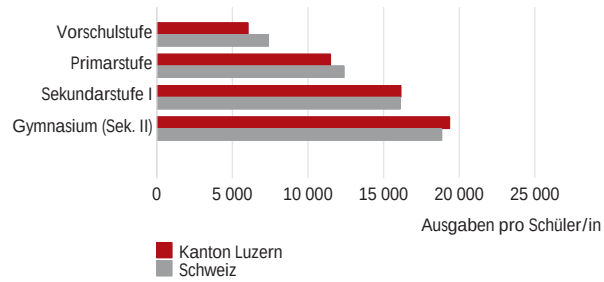
dungsausgaben. Die Aufwendungen für die obligatorische Schule und die Vorschulstufe sind damit seit 1995 zu konstanten Preisen um 13 Prozent gewachsen (Abb. 2.2).
Werden die direkten öffentlichen Ausgaben (Besoldung und Sachaufwand) der einzelnen Schulstufen zwischen den Kantonen verglichen, zeigen sich zum Teil beträchtliche Unterschiede. Im Jahr 2007 betrugen die durchschnittlichen Kosten pro Kind im Kindergarten 7'378 Franken, dies bei einer Spannbreite von 4'891 Franken im Kanton Obwalden bis 12'806 Franken im Kanton Basel-Stadt. Im Kanton Luzern lagen die Ausgaben mit rund 6'017 Franken deutlich unter dem Mittelwert. Auf der Primarstufe wurden 2007 pro Schülerin und Schüler im Durchschnitt 12'368 Franken ausgegeben. Im schweizerischen Vergleich öffnete sich die Schere von 9'045 Franken im Tes-

Abbildung 2.3
Öffentliche Bildungsausgaben der Kantone und Gemeinden pro Einwohnerin und Einwohner 2007
Kantone der Schweiz



T4K02G03
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: Bundesamt für Statistik - Öffentliche Bildungsausgaben 2007

Abbildung 2.4
Direkte öffentliche Ausgaben pro Schüler/in nach Bildungsstufe 2007
Kanton Luzern und Schweiz



T4K02G02
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: Bundesamt für Statistik – Öffentliche Bildungsausgaben 2007; eigene Berechnungen
Direkte Ausgaben: Besoldungsausgaben für Lehrkräfte und übriges Personal, Sachaufwand; ohne übrige laufende Ausgaben und Investitionsausgaben

sin bis 16'045 Franken im Kanton Zug. Im Kanton Luzern stellte sich dieser Wert auf 11'481 Franken. Auf Sekundarstufe I variierten die Werte zwischen 12'588 Franken im Kanton Basel-Landschaft und 21'817 Franken im Kanton Zug. Im Kanton Luzern betrug der Aufwand 16'126 Franken pro Schülerin und Schüler, was fast dem landesweiten Mittel von 16'106 Franken entsprach.

Wird der jährliche Aufwand pro Schülerin und Schüler in Beziehung zur kürzestmöglichen Verweildauer auf einer Bildungsstufe gesetzt, ergaben sich 2007 auf schweizerischem Niveau Gesamtausgaben von 122'200 Franken pro Kopf für die gesamte obligatorische Ausbildung ab der Primarstufe. Die Schätzungen des BFS bewegten sich für die meisten Kantone in der Bandbreite von 100'000 bis 125'000 Franken; deutlich darüber lagen die Werte der Kantone Basel-Stadt, Zug und Zürich. Im Kanton Luzern waren es leicht unterdurchschnittliche rund 118'000 Franken.

Öffentliche Ausgaben des nachobligatorischen Bereichs

Der nachobligatorische Bildungsbereich verursachte 2007 gemäss Bundesamt für Statistik öffentliche Ausgaben von rund 12,4 Milliarden Franken. Für die berufliche Grundbildung wurden 3,3 Milliarden Franken ausgegeben. Diese Summe liegt kaufkraftbereinigt auf ähnlicher Höhe wie 1995, dies bei gestiegenen Lernendenzahlen. Auch die öffentlichen Bildungsausgaben für die Gymnasien und andere allgemeinbildende Schulen auf Sekundarstufe II waren mit 2,2 Milliarden Franken vergleichbar mit dem Wert von 1995. Für die gymnasialen Maturitätsschulen auf der Sekundarstufe II (inkl. allgemeinbildende Schulen) betrugen die direkten Bildungsausgaben pro Schülerin oder Schüler im schweizerischen Mittel fast 19'000 Franken. Die Spannweite reichte im Jahr 2007 von 14'514 Franken im Kanton Genf bis zu 24'563 Franken im Kanton Zug. Der Kanton Luzern lag im Bereich des schweizerischen Durchschnitts.

Im Gegensatz zur Sekundarstufe II erhöhten sich die Aufwendungen auf der Tertiärstufe deutlich; sie stiegen zwischen 1995 und 2007 real um über die Hälfte auf 6,9 Milliarden Franken. Besonders ausgeprägt war das Wachstum bei den Fachhochschulen, die sich in dieser Zeit in einer starken Auf- und

Finanzindikatoren – Ziele, Aussagekraft, Grenzen

Die vom Bund und der OECD geführten Finanzindikatoren im Bildungsbereich dienen der Vergleichbarkeit zwischen verschiedenen Staaten und – für die Schweiz – Kantonen. Sie bieten den Vorteil harmonisierter und damit vergleichbarer Buchhaltungsdaten und Kennziffern. Die finanzbezogenen Indikatoren stellen für sich alleine noch keine ausreichenden Entscheidungsgrundlagen, sondern leisten lediglich neben anderen Quellen einen Beitrag zu einem grösseren Ganzen. So liefern sie keine zuverlässige Antwort auf pädagogische Fragen wie zum Beispiel die ideale Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse. Das Bundesamt für Statistik stellt klar, dass es noch grosser Anstrengungen bedarf, um Querverbindungen zwischen Finanzindikatoren einerseits und qualitativen Aspekten des Bildungsangebots oder den erworbenen Kenntnissen andererseits zu schaffen. Dabei stellen sich aus Sicht des Bundes (und wohl auch der Kantone) unter anderen die folgenden Fragen (BFS 2010a: 5): Nach welchen Kriterien soll der für die Bildung aufzuwendende Betrag bestimmt werden? Wie und zu welchem Zweck sind die zugesprochenen Mittel am besten einzusetzen?

Ausbauphase befanden. 2007 zogen sie bereits ein knappes Drittel der tertiären Bildungsausgaben auf sich. Die Kosten pro Studierenden des Tertiärbereichs variieren je nach Bildungsinstitution (Universitäten, Eidg. Technische Hochschulen, Pädagogische Hochschulen, Fachhochschulen, nicht-universitäre Weiterbildungsstätten) und Abschlusstitel sehr stark. Durchschnittlich betragen die öffentlichen Ausgaben pro Kopf gut 24'000 Franken.

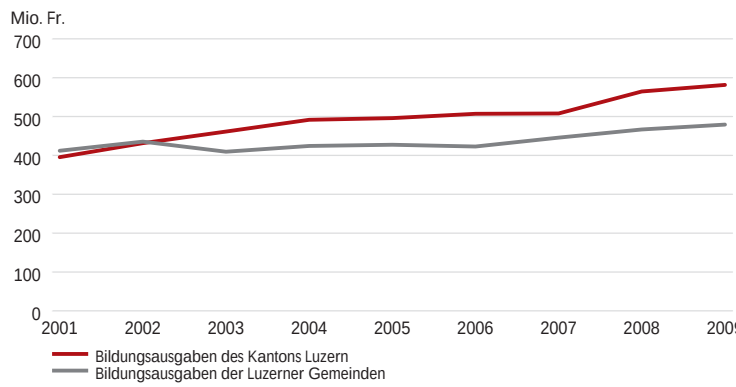
Im internationalen Vergleich

Die jährlichen öffentlichen Ausgaben für das schweizerische Bildungssystem sind im internationalen Vergleich eher hoch. Gemessen am BIP lagen die Schweizer Bildungsausgaben im Jahr 2006 im ersten oberen Drittel der OECD-Staaten (OECD 2009: 229). Die mittleren Ausgaben für eine Lernende oder einen Lernenden vom Primär- bis zum Tertiärbereich waren mit 12'667 US-Dollar die zweithöchsten nach den USA mit 13'447 US-Dollar. In den Nachbarländern Deutschland, Italien, Frankreich und Österreich waren die kaufkraftbereinigten Ausgaben im gleichen Bereich mit 7'925, 8'263, 8'428 und 10'895 US-Dollar deutlich niedriger. Der internationale Vergleich zeigt, dass die schweizerischen Kosten der obligatorischen Schulbildung nur leicht höher sind als im OECD-Durchschnitt. Erst ab der Sekundarstufe II steigen die Ausgaben stark an. 2006 lagen sie je nach Bereich bis zu 1,5-mal höher als der OECD-Durchschnitt.
Der Tertiärbereich war gemessen an den Gesamtbildungsausgaben in der Schweiz relativ gewichtig: Rund 25 Prozent flossen hierzulande in diesen Bildungsbereich. In Frankreich und Italien lag die Quote unter 20 Prozent. In den Vereinigten Staaten waren es hingegen rund 40 Prozent, gefolgt von Finnland mit etwa 30 Prozent.

Träger der Bildungsausgaben

Der grösste Teil der öffentlichen Bildungsausgaben wird von den Kantonen getragen. 2007 entfielen 57,1 Prozent der Ausgaben auf diese Verwaltungsebene. Die Kantone waren auf allen Bildungsstufen finanziell stark involviert.

Abbildung 2.5
Öffentliche Bildungsausgaben (Nettobelastung) Kanton und Gemeinden seit 2001
Kanton Luzern



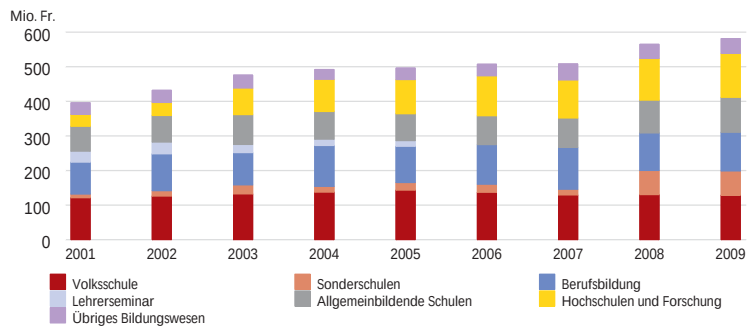
T4K02G04
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: Kanton Luzern - Staatsrechnung; LUSTAT - Gemeindefinanzstatistik

In der obligatorischen Schule (inkl. Vorschulstufe und Sonderschulen) betrug ihre Kostenbeteiligung rund 42 Prozent, auf der Sekundarstufe II 84 Prozent und im Tertiärbereich 65 Prozent. Die Gemeinden zeigten sich für die Finanzierung weiterer 31,3 Prozent der Bildungsausgaben verantwortlich; ihr Engagement konzentrierte sich auf die obligatorische Schulbildung, wo sie rund 58 Prozent der Gesamtausgaben trugen, und in geringerem Masse auf die Sekundarstufe II (6 %). Der Bund finanzierte insgesamt einen Anteil von 11,6 Prozent. Er war vorwiegend im tertiären Bildungsbereich eingebunden, wo er über einen Drittel der Finanzierung sicherstellte. Abgesehen von der beruflichen Grundbildung auf Sekundarstufe II (14 %) beteiligte er sich sonst an keinem Bildungsbereich substanziell.
Eidgenössische und kantonale Reformen zur Aufteilung der Aufgaben und Finanzierung im Bildungsbereich hatten vor allem eine erhöhte Kostenbeteiligung der Kantone zur Folge; 1995 trugen sie noch 52,5 Prozent aller Bildungsausgaben, 4,6 Prozentpunkte weniger als 2007. Eine relative Entlastung erfuhren auf der anderen Seite die Gemeinden (1995: 35,1 %).

Aufwand des Kantons im Bildungsbereich wuchs seit 2001 um die Hälfte

Die Situation im Kanton Luzern präsentierte sich ähnlich wie in der Gesamtschweiz. Die öffentliche Hand tätigte im Jahr 2007 Bildungsausgaben von mehr als 1,2 Milliarden Franken. Davon finanzierte der Bund rund 94 Millionen (7,7 %), der grosse Rest wurde je etwa zur Hälfte durch den Kanton (47,3 %) und durch die Gemeinden (45,0 %) getragen. Vor allem die Aufwendungen des Kantons haben in den letzten Jahren stark zugenommen: Die Nettobelastung durch das gesamte Bildungswesen stieg von 396 Millionen Franken im Jahr 2001 auf 581 Millionen Franken im Jahr 2009, was einem nominalen Zuwachs um 47 Prozent entspricht. In diese Zeit fielen unter anderem die Kantonalisierung der Berufsfachschulen (ab 2003), die Übernahme der Gemeindebeiträge an die Fachmittelschulen durch den Kanton und der Rückzug der Invalidenversicherung aus der Finanzierung der Sonderschulen (beide ab 2008) sowie massgeblich der Auf- und Ausbau der Universität, der Fachhochschule und der Pädagogischen Hochschule in Luzern.

Abbildung 2.6
Kantonale Bildungausgaben (Nettobelastung, Laufende Rechnung) nach Bildungsstufen seit 2001
Kanton Luzern



T4K02G05

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: Kanton Luzern – Staatsrechnung

Auf Gemeindeebene fiel das Ausgabenwachstum weniger stark aus. 2008 belief sich die Nettobelastung durch das Bildungswesen im Total der Luzerner Gemeinden auf 467 Millionen Franken, gegenüber 412 Millionen Franken im Rechnungsjahr 2001 (nominal +13,3 %).

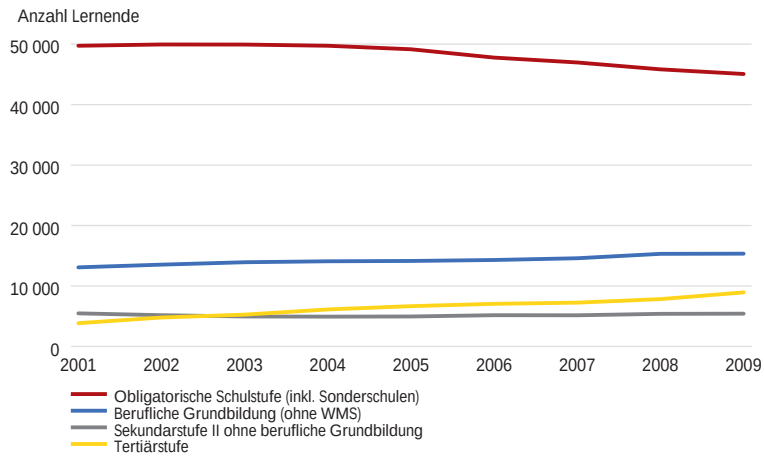
Drei Viertel der Ausgaben im Bildungsbereich sind Personalkosten

Das Bildungswesen ist ein äusserst personalintensives Aufgabengebiet, was sich auch in der Ausgabenstruktur zeigt. Die gesamten öffentlichen Bildungsausgaben im Kanton Luzern verteilten sich 2007 zu 60 Prozent auf die Lehrkräfte und zu weiteren 13 Prozent auf übrige Personalkosten. Dagegen war der laufende Sachaufwand mit einem Ausgabenanteil von 13 Prozent vergleichsweise gering. Gar nur je 7 Prozent machten die dauerhaften Investitionen – etwa für Schulhausbauten – und der übrige Aufwand aus.

Kommunales Aufgabengebiet umfasst vor allem die obligatorische Schulbildung

Auch wenn Kanton und Gemeinden beiderseits stark im Bildungswesen engagiert sind und hohe finanzielle Lasten tragen, unterscheiden sich die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit doch beträchtlich.
Im Rahmen der Neuordnung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (ab 2003) wurde im Kanton Luzern der Grundsatz bekräftigt, dass die Verantwortlichkeit der Gemeinden grundsätzlich im Bereich der obligatorischen Schulbildung liegt, während sich der Kanton auf nachobligatorische Angebote (Gymnasien, Berufsfachschulen, Hochschulen etc.) konzentriert. Dennoch ist die Volksschule weiterhin eine Verbundaufgabe, welche die Gemeinden in Zusammenarbeit mit dem Kanton erfüllen. In finanzieller Hinsicht zeigt sich diese Kooperation anhand pauschaler Kostenbeiträge pro Schülerin und Schüler, die der Kanton ausrichtet. Zudem enthält der innerkantonale Finanzausgleich mit dem Bildungslastenausgleich ein Instrument, mit welchem im Bildungsbereich besonders stark belastete Gemeinden

Abbildung 2.7
Entwicklung der Schüler- und Studierendenzahlen seit 2001
Kanton Luzern (Schulort)



T4K02G06 LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS - Studierende an schweiz. Hochschulen, Statistik der Schüler und Studierenden

zusätzlich unterstützt werden. Der Bildungslastenausgleich, zuletzt rund 24 Millionen Franken pro Jahr, wird in der Finanzstatistik nicht zum Bildungswesen gezählt und ist daher in den statistischen Auswertungen dieses Kapitels nicht enthalten.

Bildungsausgaben des Kantons Luzern

Die Entwicklung der kantonalen Bildungsausgaben (Nettobelastung, ohne Investitionstätigkeit) auf den verschiedenen Bildungsstufen (Abb. 2.6) enthüllt einige der Ursachen für das starke Ausgabenwachstum der vergangenen Jahre, so etwa als Folge der neuen Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (Sonderschulen) beziehungsweise zwischen Kanton und Gemeinden (Kantonalisierung der Berufsschulen) sowie des Ausbaus im Hochschulbereich.

Konsolidierung im Bereich der Volksschule, der Berufsbildung und der Gymnasien

Der Volksschulbereich verursachte zuletzt in der Staatsrechnung einen Nettoaufwand von 129 Millionen Franken. Es handelt sich fast ausschliesslich um die Pauschalbeiträge an die Gemeinden. Während der absolute Betrag seit 2001 beinahe unverändert blieb (2001: 121 Mio. Fr.), verringerte sich der Anteil der Volksschule am gesamten Bildungsaufwand des Kantons deutlich von über 30 auf noch 22 Prozent. Die Schülerzahlen vor allem auf Primarschulstufe waren seit Mitte des Jahrzehnts deutlich rückläufig. Dagegen verzeichnete die Berufsbildung eine kontinuierliche Zunahme der Lernenden. Die Berufsbildung ist mit Nettoaufwendungen von jeweils zwischen 90 und 120 Millionen Franken pro Jahr (bis 2002 inkl. höhere Berufsbildung) ein gewichtiges Aufgabengebiet, verlor aber in den letzten Jahren im Vergleich zu anderen Bildungsstufen in finanzieller Hinsicht leicht an Gewicht. Im Bereich Allgemeinbildung, der vor allem die Gymnasien umfasst, stiegen die Kosten tendenziell an und betrugen 2009 erstmals mehr als 100 Millionen Franken, der Anteil an der Gesamtbelastung durch das Bildungswesen bewegte sich zwischen 15 und 19 Prozent. Die Sonderschulen gewannen 2008 mit der bundesweiten Neuordnung der Aufgabenteilung (NFA) sprunghaft an finanziellem Gewicht (2009: 70 Mio. Fr.).

Ausbau im Hochschulbereich

Eine deutliche Aufwandsteigerung zeigt sich im Bereich der Hochschulen. Die Zahl der Studierenden auf Tertiärstufe hat sich im Kanton Luzern seit 2001 mehr als verdoppelt. Das hängt damit zusammen, dass einige bisherige Lehrgänge der höheren Berufsbildung Fachhochschulstatus erlangten, mit der Neugründung der Pädagogischen Hochschule und der Universität Luzern ein neues Angebot etabliert wurde. Zudem sind die Studierendenzahlen von Luzernerinnen und Luzernern auch an anderen schweizerischen Hochschulen angestiegen, was sich auf die Höhe der Beiträge an die anderen Kantone ausgewirkt hat. Im Jahr 2001 entfielen noch 35 Millionen Franken oder 9 Prozent der kantonalen Nettoausgaben im Bildungswesen auf den Hochschulbereich. Bereits bis 2006 erhöhte sich der Anteil auf 22 Prozent. Zuletzt (2009) belief sich die Nettobelastung auf 127 Millionen Franken – mehr als das Dreifache gegenüber dem Jahr 2001. Mit der Auflösung der Lehrerseminarien verteilt sich der Aufwand für die Rubrik „Lehrerbildung“ auf die Pädagogische Hochschule und die Gymnasien.

D SYNTHESE

Organisation

Durch den Bildungsauftrag per Verfassung liegt die Verantwortung für das Bildungssystem bei Bund, Kantonen und Gemeinden. Die gesetzliche Verpflichtung zur Zusammenarbeit der drei Ebenen ermöglicht eine stringente Systemstruktur, die dennoch Spielräume bietet. Das differenzierte Angebot innerhalb des Bildungssystems fördert die individuellen Begabungen der Lernenden.

Aufbau des Bildungssystems

Das Bildungssystem in der Schweiz ist entsprechend der Landesstruktur föderalistisch aufgebaut. Das kantonale Bildungssystem untergliedert sich wie das schweizerische in vier grosse Bereiche: die Vorschule, die obligatorische Volksschulbildung mit Primarstufe und Sekundarstufe I, die Sekundarstufe II und die Tertiärstufe. Dazu kommt die Weiterbildung.

Bildungsnetzwerk

Zur Sicherung eines vielfältigen und ausreichenden Angebotes sind die Bildungsinstitutionen im Raum verteilt und ergänzen sich zu einem Netzwerk. Kindergärten und Primarschulen sind in (fast) allen Gemeinden im Kanton Luzern vorhanden. Die Sekundarstufe I ist in Schulkreisen organisiert. Mit steigender Bildungsstufe nimmt die räumliche Dichte an Einrichtungen ab, es stellt sich eine Konzentration in der Stadt Luzern ein.

Lehrkräfte

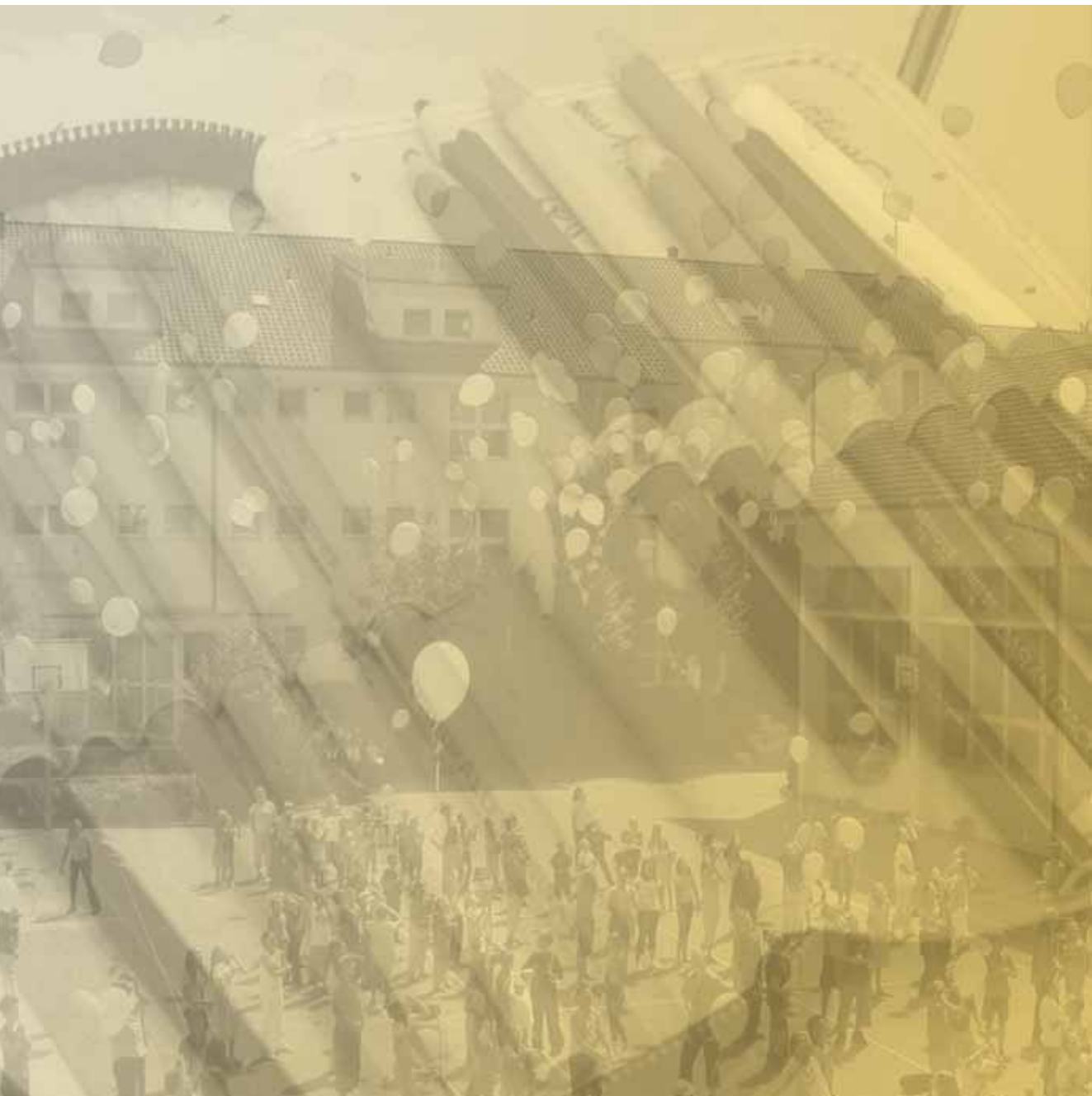
Die Lehrkräfte bilden das Bindeglied zwischen dem Bildungswesen als System und den Lernenden. Der Beruf des Lehrers, der Lehrerin steht in einem gesellschaftlichen Spannungsfeld. Der Wandel der Ausbildung (Tertiarisierung und Akademisierung) und die Individualisierung des Unterrichts (z. B. im Rahmen der Integrativen Förderung) sind unter anderem Folgeerscheinungen veränderter gesellschaftlicher Erwartungen an das Bildungssystem. Die Frauenquote unter den Lehrkräften nimmt auf allen Bildungsstufen zu. Eine zukünftige Herausforderung auf der Primar- und Sekundarstufe I könnte der starke Anstieg der über 50-jährigen Lehrkräfte werden.

Finanzierung

Je nach Bildungsbereich und -stufe wird das System zum grössten Teil von der öffentlichen und/oder von der privaten Hand finanziert. Die Grundlagen der Kostenverteilung sind per Gesetz festgelegt. 2007 trugen Kantone und Gemeinden 99,9 Prozent der Kosten für die obligatorische und 76,1 Prozent für die nichtobligatorische Schulbildung. Im internationalen OECD-Vergleich sind die durchschnittlichen Ausgaben des schweizerischen Bildungssystems mit 12‘600 US-Dollar pro Lernende die zweithöchsten.

Öffentliche Bildungsausgaben

Im Kanton Luzern haben sich die öffentlichen Bildungsausgaben von Kanton und Gemeinden für Volksschulen, Gymnasien und berufliche Grundbildung konsolidiert. Der Anteil des Kantons ist wegen der Kantonalisierung der Berufsbildung angewachsen. Die Sonderschulen erhielten 2008 mit der bundesweiten Neuordnung der Aufgabenteilung (NFA) sprunghaft mehr Gewicht am Finanzhaushalt des Kantons. Im Hochschulbereich sind die Kosten im letzten Jahrzehnt vor allem wegen der Neugründung der Universität Luzern und der Pädagogischen Hochschule angewachsen. Beigetragen hat auch, dass zahlreiche Ausbildungen der höheren Berufsbildung in den letzten Jahren Hochschulstatus erlangt haben.



II. Teil

ERSTE SCHULISCHE LERN-SCHRITTE IM LEBENSLAUF

3. KAPITEL Der Aufbau der Basiskompetenzen 71
4. KAPITEL Eignung, Neigung und erste Wahl – Die Sekundarstufe I 109

Zeichnung auf einem Luzerner Pausenplatz

3. KAPITEL

DER AUFBAU DER BASISKOMPETENZEN

A DIE VOLKSSCHULE IM ÜBERBLICK

1. Entwicklung der Volksschule
2. Organisation der Volksschulbildung im Kanton Luzern
3. Datengrundlage und Abgrenzungen

B KINDERGARTEN UND PRIMARSTUFE

1. Kindergarten
2. Primarschule
3. Angebote neben dem Lehrplan

C FÖRDERANGEBOTE UND SONDERSCHULUNG

1. Kleinklassen und Integrative Förderung
2. Separative und Integrative Sonderschulung für Kinder mit einer Behinderung

D LEHRKRÄFTE

1. Betreuungsverhältnisse
2. Altersstruktur und Lehrkräftebedarf

E SYNTHESE

A DIE VOLKSSCHULE IM ÜBERBLICK

1. Entwicklung der Volksschule

Dem Kindergarten und der Primarstufe kommen die Funktion zu, allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft die nötigen Basiskompetenzen zu vermitteln, die ihnen die Teilhabe am öffentlichen Leben und den Zugang zu weiterführender Bildung ermöglichen sollen. Bis weit nach dem Zweiten Weltkrieg waren im europäischen Raum die Primarschulen die einzigen Bildungsstätten, die vom überwiegenden Teil der Kinder bis zum Ende der Schulpflicht besucht wurden (Müller/Steinmann/Schneider 1997: 188).

Von der kirchlichen zur staatlichen Institution

Wie in anderen europäischen Ländern war die Schule in der Schweiz über Jahrhunderte hauptsächlich eine kirchliche Institution (Osterwalder 1997: 239f.). Die Kirche sicherte auf diese Weise ihren Nachwuchs in den Klöstern und bildete Priester und Theologen aus. Die Volksbildung beschränkte sich vor allem auf die städtische Bevölkerung, die höhere Bildung war ein Privileg des Adels, später auch der bürgerlichen Oberschicht. Eine Verweltlichung des Lerninhalts setzte in der Mitte des 18. Jahrhunderts langsam ein. Im Zuge der Aufklärung und des Humanismus entstand die Idee einer Volksschule, die den Einzelnen zur Entfaltung einer autonomen Persönlichkeit befähigen und zum demokratischen Staatsbürger erziehen sollte. Die allgemeine Schulpflicht wurde schweizweit erstmals zur Zeit der Helvetik im Jahr 1800 eingeführt (Pfenniger 1998: 35-44), bis zur endgültigen Etablierung der Volksschule in Form der obligatorischen Primarschule sollte es aber noch rund ein Jahrhundert dauern.

Volksschule als Sozialisationsinstanz

Anspruch und Wirklichkeit klafften in der Volksschule während langer Zeit weit auseinander. Einerseits mangelte es an gut ausgebildeten Lehrern und der nötigen Infrastruktur, andererseits stiessen die Bildungsbestrebungen auch auf Widerstand in der Bevölkerung. Im 19. Jahrhundert wurde die Schule vielerorts als unerwünschte Normierung durch den sich entwickelnden modernen Rechtsstaat wahrgenommen. Einer allgemeinen obligatorischen Ausbildung der Kinder stand zudem entgegen, dass die Kinderarbeit in der Landwirtschaft und – mit zunehmender Industrialisierung – in den Fabriken als Selbstverständlichkeit akzeptiert war (Grunder 2010). In den ländlichen Gebieten des Kantons Luzern erschien mancherorts nicht einmal ein Drittel der schulpflichtigen Kinder zum Unterricht (Pfenniger 1998: 63). Einen positiven Entwicklungsschub erlebte die Volksschule im Kanton Luzern an der

Wende zum 20. Jahrhundert, als die Primarschulen von Sommer- oder Winterschulen auf Jahresschulen umgestellt, die Klassenbestände herabgesetzt und die unentschuldigten Absenzen vermehrt bekämpft wurden (ebd.: 69). Kindergarten und Primarschule sind in der Schweiz zu selbstverständlichen Sozialisationsinstanzen geworden: Die Mädchen und Knaben erwerben hier grundlegendes Wissen und bilden ihre sozialen Kompetenzen weiter aus. Diese Funktion ist auch vor dem Hintergrund der kleiner gewordenen Familien zu sehen, worin die Möglichkeiten des inner- und intergenerationellen Lernens zusehends abnahmen. Der Eintritt in die Schule ist ein wichtiger Moment im Lebenslauf, der häufig entsprechend gefeiert wird (Hüttenmoser 1992: 94).

Neue Erwartungen an die Volksschulbildung

Die Volksschule ist ein dynamisches System, das sich stetig weiterentwickelt. Dass sich die gesellschaftlichen Ansprüche ans Bildungssystem verändert haben, zeigt sich bereits an den veränderten Zielsetzungen, die sich in den verschiedenen Fassungen der Luzerner Bildungsgesetze finden (hiezu auch Rosenkranz o.J.: 198f.). So hiess es zum Beispiel im Jahr 1953, die Jugend solle mit dem Schulbesuch zu tüchtigen, Gott, der Heimat und der Gemeinschaft gegenüber verantwortungsbewussten Menschen erzogen werden. Ein knappes halbes Jahrhundert später, im Gesetz von 1999, hingegen liegt der Fokus auf der Ausbildung der Fähigkeiten, welche die einzelnen Menschen brauchen, um das Leben bewältigen und gestalten zu können. Entsprechend haben sich die Lerninhalte und -formen der Volksschule verändert.

Lesen, Schreiben und Rechnen – die allgemeine Schulpflicht wurde in der Schweiz erstmals um 1800 eingeführt

Zahlreiche Neuerungen im Luzerner Bildungswesen spiegeln schweizweite Entwicklungen. Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus wurde verstärkt, die Schülerbeurteilung umgestaltet und den Lernenden selbst durch neue Arbeits- und Lernformen mehr Verantwortung übertragen (Rosenkranz o.J.: 198). Das kantonale Schulentwicklungsprojekt „Schulen mit Profil", das Mitte der 1990er-Jahre startet und rund zehn Jahre dauerte, brachte unter anderem eine umfassende Qualitätssicherung und die Einführung von Schulleitungen. Das anschliessend lancierte Projekt „Schulen mit Zukunft" definierte Entwicklungsziele in den Bereichen Schulstrukturen, Heterogenität im Unterricht, schulische Unterstützungsangebote sowie Schul- und familienergänzende Betreuungsangebote. Dies führt unter anderem dazu, dass bisher in Kleinklassen unterrichtete Schülerinnen und Schüler vermehrt in die Regelklassen integriert und dort spezifisch gefördert werden.
Als zentrales Merkmal der föderalistisch organisierten und mehrsprachigen Schweiz gilt, dass die Bildungshoheit im Volksschulbereich bei den Kantonen liegt (SKBF 2010: 54). Seit 2006 sind der Bund und die Kantone zur Koordination und Zusammenarbeit im Bildungsbereich verpflichtet. Eine der grossen Herausforderungen im Volksschulbereich ist zurzeit, die Balance zwischen harmonisierten und an lokale Gegebenheiten angepassten Angeboten zu finden (ebd.: 14). Das Luzerner Stimmvolk hat im Jahr 2008 den Beitritt zum HarmoS-Konkordat, das unter anderem die Dauer der obligatorischen Schule regelt oder zur Einführung gemeinsamer Lehrpläne verpflichtet, abgelehnt. Zu bildungspolitischen Debatten gaben in diesem Zusammenhang vor allem Fragen rund um den Zeitpunkt des (Vor-)Schuleintritts Anlass. Auch im Bereich der Sonderpädagogik wurden bereits grosse Veränderungen eingeleitet, nachdem im Jahr 2008 die Verantwortung vom Bund an die Kantone übergegangen ist. Die Kantone organisieren ihre Zusammenarbeit in einem Sonderpädagogik-Konkordat, in dem das sonderpädagogische Grundangebot umschrieben ist. Es ist nach dem Behindertengleichstellungsgesetz ausgerichtet, das integrierende Massnahmen separierenden vorzieht (ebd.: 55ff). Der Kanton Luzern ist dem Konkordat 2009 beigetreten.

2. Organisation der Volksschulbildung im Kanton Luzern

Gesetzlicher Rahmen

Alle Kinder haben Anspruch auf ausreichenden und unentgeltlichen Grundschulunterricht. Dies ist als Grundrecht in Artikel 19 der Bundesverfassung verankert. Für die Volksschulbildung sowie die Sonderschulung von Kindern und Jugendlichen bis zum vollendeten 20. Lebensjahr sind die Kantone zuständig (Art. 62 Abs. 1, 3 BV). Im Kanton Luzern werden die Aufgaben und die Organisation der Volksschule, insbesondere auch die Aufteilung der Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden, durch das Gesetz über die Volksschulbildung (VBG) und verschiedene kantonale Verordnungen geregelt.

Institutionelle Gliederung

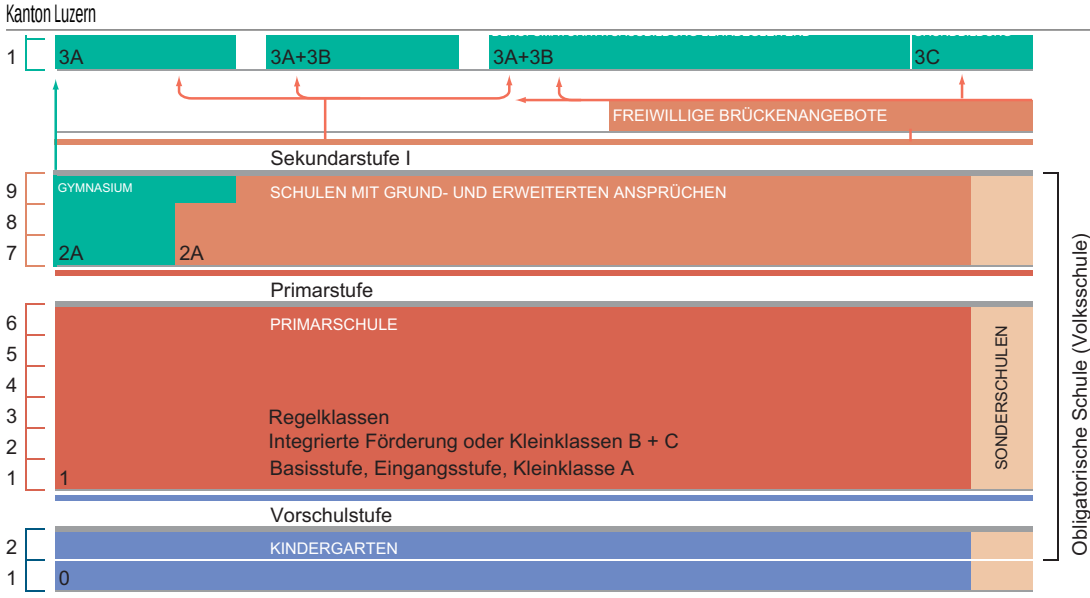
Die Volksschule umfasst drei Bildungsstufen: Kindergarten, Primarstufe und Sekundarstufe I. Ebenfalls zum Grundangebot der Volksschulbildung gehören die schulischen Dienste wie der schulärztliche oder der schulpsychologische Dienst und die ergänzenden Zusatzangebote wie Mittagstische oder die Musikschule. Die Gesamtverantwortung für die Volksschulbildung trägt der Kanton. Er legt mit der Formulierung der zu erreichenden Bildungsziele

den Rahmen fest und ist um die Qualitätssicherung besorgt. Der Kanton ist zudem Träger der öffentlichen Sonderschulen und der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung. Der Unterricht in den Regelklassen, die Förderangebote, die Sonderschulung (ohne Sonderschulheime), die schulischen Dienste (ohne Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung) sowie die schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen gehören hingegen zum kommunalen Volksschulangebot. Die Gemeinden haben in der Umsetzung der kantonalen Vorgaben Gestaltungsfreiraum.

Einbettung der Luzerner Volksschule im Gesamtbildungssystem

Im Kanton Luzern besteht ein Kindergartenobligatorium von einem Jahr. Zur Diskussion steht – als eine der Änderungen des VBG, die der Regierungsrat in der Botschaft von Mitte Juni 2010 dem Kantonsrat unterbreitet hat – ein Angebotsobligatorium von zwei Jahren in allen Gemeinden. Alternativ zur geltenden Regelung wird im Rahmen eines Schulversuchs zwischen 2005 und 2011 die Basisstufe in einzelnen Pilotgemeinden erprobt, in der Kinder auf der Kindergartenstufe und in den ersten zwei Jahren der Primarstufe altersgemischt gemeinsam unterrichtet werden. Dieses Modell wird inzwischen auch in anderen Gemeinden unter der Bezeichnung „Eingangsstufe“ geführt, wobei die pädagogischen Zielsetzungen dieselben sind.
Nach sechs Jahren Primarschule folgt der Übertritt in die Sekundarschule oder in das Langzeitgymnasium, siehe dazu Kapitel 4 und 6.

Abbildung 3.1
Die Einbettung von Kindergarten und Primarstufe im Bildungssystem (Gesamtdarstellung vgl. Kapitel 2)
Kanton Luzern



LUSTAT STATISTIK LUZERN
Quelle: EDK – LUSTAT

3. Datengrundlage und Abgrenzungen

Den Analysen liegen mehrheitlich Daten der Statistik der Schüler/innen und Studierenden sowie der Schweizerischen Lehrkräftestatistik des Bundesamts für Statistik zugrunde. Eine weitere Quelle sind Statistiken, die im Bildungs- und Kulturdepartement zu den schulischen Diensten und Angeboten geführt werden. Die Prognosen basieren auf der kantonalen Bevölkerungsstatistik.

Schulen, Standort- und Wohnortprinzip

Die Auswertungen basieren auf Daten der öffentlichen und der privaten Schulen mit Standort im Kanton Luzern. Der Hauptfokus liegt bei den öffentlichen Schulen. Je nach Fragestellung folgen die Auswertungen dem Schulstandort- oder dem Wohnortprinzip. Die Anzahl der Lernenden mit Wohnkanton Luzern, die eine ausserkantonale Bildungsinstitution besuchen, sind in den Auswertungen nicht berücksichtigt. Hingegen werden Schülerinnen und Schüler aus anderen Kantonen, die eine Institution im Kanton Luzern besuchen, in die Auswertungen einbezogen.

Lernende

Als Lernende gelten in diesem Kapitel Schülerinnen und Schüler, die:
- obligatorisch den Kindergarten während eines Jahres besuchen;
- freiwillig den Kindergarten während eines zweiten oder dritten Jahres besuchen;
- obligatorisch die Primarschule in einer Regel- oder Kleinklasse besuchen;
- eine Sonderschule besuchen.

Die Analyse unterscheidet nach Alter, Geschlecht, Heimat und Fremdsprachigkeit. Wo beobachtete Entwicklungen durch regionale Aspekte erklärt werden oder erwartete Entwicklungen regionale Auswirkungen nach sich ziehen können, wird die räumliche Dimension mitberücksichtigt.

Lehrpersonen, Pensen und Stellen

Es werden die folgenden Lehrpersonen-Kategorien ausgewiesen:
Lehrpersonen des Kindergartens
Lehrpersonen der Primarstufe
- Regelklassen, Basisstufe, Eingangsstufe
- Kleinklassen
- Sonderschulen
- Fachlehrpersonen

Für die Zuteilung einer Person in die Lehrpersonen-Kategorie respektive zu einer Schulstufe wurde nur ihre Anstellung mit dem höchsten Pensum berücksichtigt. Dies geschieht, um Doppelzählungen von Lehrpersonen mit mehreren Anstellungen zu vermeiden.
Für die Berechnung der Vollzeitäquivalente (auf Vollzeitstellen umgerechnete Voll- und Teilzeitpensen) werden dagegen alle Pensen, inklusive Kleinstpensen, berücksichtigt. Unterrichten Lehrpersonen auf unterschiedlichen Schulstufen, werden die Teilpensen den entsprechenden Schulstufen zugewiesen.

B KINDERGARTEN UND PRIMARSTUFE

Der systematische Aufbau von Basiskompetenzen und Basiswissen geschieht im Kindergarten und in der Primarschule. Kindergarten und Primarschule entwickelten sich über lange Zeit unabhängig voneinander, was zu unterschiedlichen Lernkulturen führte (Bildungsplanung Zentralschweiz 2001: 3). Der Kindergarten war als ein Lebens-, Spiel- und Erfahrungsraum gestaltet, die Schule hingegen verstand sich als Ort des Lernens und der Leistung. In den letzten Jahren haben sich die Lehr- und Lernformen von Kindergarten und Primarschule angenähert, wobei die heutigen Lehrpläne diesen Weg vom spielerischen zum schulischen Lernen widerspiegeln. Das ganzheitliche Lernen umfasst neben dem Erwerb theoretischer Kompetenzen auch die Entwicklung sportlicher, musischer und sozialer Kompetenzen. Die Volksschule unterstützt auch zunehmend das Elternhaus in Erziehungsaufgaben.

Die Kindergarten- und frühen Schuljahre verbringen die Kinder in der Regel in ihrer Wohngemeinde. Im Kanton Luzern haben mit einer Ausnahme alle Gemeinden eine eigene Schule auf Primarstufe.

Seit Anfang 2009 schreibt das kantonale Gesetz über die Volksschulbildung (VBG) vor, dass jeweils im August alle Kinder in den Kindergarten eingeschult werden, die bis zum 1. November desselben Jahres das fünfte Lebensjahr vollendet haben werden (SRL Nr. 400a Art. 12, Abs. 1). Der Eintritt in den Kindergarten kann nach einem Gespräch der Erziehungsberechtigten mit der Schulleitung um höchstens ein Jahr zurückgestellt werden (SRL Nr. 400a Art. 12, Abs. 3). Seit dem Schuljahr 2000/2001 wurde das Eintrittsalter um ein halbes Jahr gesenkt.

Seit 2001 wurde das Schuleintrittsalter um ein halbes Jahr gesenkt

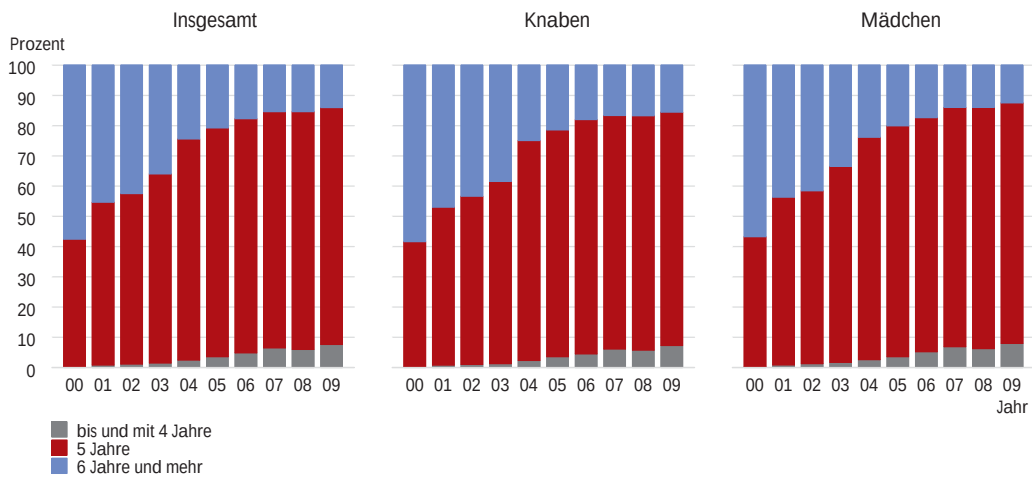
1. Kindergarten

Im Kindergarten findet das institutionalisierte vorschulische Lernen statt. Im Kanton Luzern wurde die Förderung der Kindergärten 1953 im Erziehungsgesetz festgeschrieben. In den 1960er-Jahren entschlossen sich immer mehr Gemeinden, einen Kindergarten einzurichten (Pfenniger 1998: 117). Seine weitere Institutionalisierung erfolgte vor allem in den 1970er-Jahren mit der Verordnung über die Kindergärten von 1972 und danach in den 1990er-Jahren mit der Wahl verschiedener Aufsichtsgremien. Bis ins Schuljahr 2000/2001 war der Besuch des Kindergartens freiwillig, seither besteht ein einjähriges Obligatorium. Im Schuljahr 1980/1981 besuchten im Kanton Luzern bereits rund 5'000 Kinder den Kindergarten. Gemessen an der Altersgruppe der 5- und 6-Jährigen waren das schon damals mehr als zwei Drittel.

Altersstufengerechte Förderung

Wie in der Volksschule sollen die Kinder im Kindergarten in ihrer Selbst-, Sozial- und Sachkompetenz gefördert werden. Dies geschieht altersstufengerecht sowie mit Berücksichtigung der unterschiedlichen Voraussetzungen der einzelnen Mädchen und Knaben. Denn Kinder einer Altersstufe sind keine homogene Gruppe, es gibt grosse Entwicklungsunterschiede, die unter anderem durch die familiäre Umwelt geprägt sind. Im Schuljahr 2009/2010 besuchten 2'372 Mädchen und 2'544 Knaben in 86 der 87 Luzerner Gemeinden einen Kindergarten, 94 von ihnen eine private Einrichtung. Zusätzlich besuchten 30 Kinder einen Sprachheilkindergarten (für normal intelligente Kinder mit verzögerter Sprachentwicklung) oder einen heilpädagogischen Kindergarten (für Kinder mit geistiger Behinderung). Die Kinder in öffentlichen Kindergärten wurden von 415 Kindergärtnerinnen und drei Kindergärtnern betreut.

Abbildung 3.2
Kinder in öffentlichen Kindergärten nach Eintrittsalter seit 2000/2001
Kanton Luzern (Schulort)



T4K03G01

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

Das Durchschnittsalter beim Kindergarteneintritt sinkt

Im Schuljahr 2009/2010 traten insgesamt 3'728 Kinder neu in einen Luzerner Kindergarten ein, davon 3'650 Kinder in einen öffentlichen. Von ihnen waren 2'860 fünf Jahre alt, 512 sechs Jahre oder älter und 278 vierjährig oder jünger. Das Durchschnittsalter beim Kindergarteneintritt ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Traten im Schuljahr 2000/2001 gut 40 Prozent der Kinder im Alter von fünf Jahren und knapp 60 Prozent im Alter von sechs Jahren und mehr in den Kindergarten ein, hat sich dieses Verhältnis bis ins Schuljahr 2009/2010 stark verändert; der Anteil der Kinder, die mit fünf Jahren in den Kindergarten eingetreten sind, verdoppelte sich beinahe (knapp 80 %), nur noch 14 Prozent waren beim Eintritt sechs Jahre oder älter. Stark zugenommen haben zudem Kindergarteneintritte von Kindern unter fünf Jahren. Im Schuljahr 2000/2001 waren es 13 Kinder, 2009/2010 bereits 278. Damit beträgt der Anteil Kinder unter fünf Jahren derzeit 7,6 Prozent. Besuchen weiterhin zunehmend mehr Kinder den Kindergarten zwei Jahre, ist zu erwarten, dass das durchschnittliche Eintrittsalter weiter sinken wird.

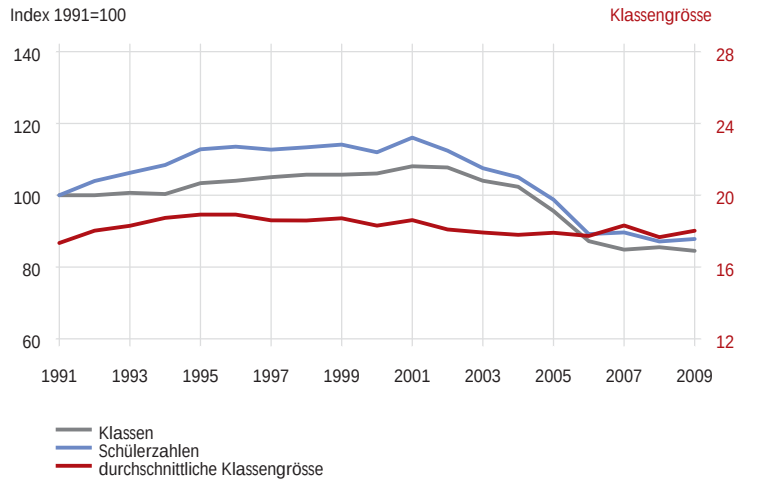
In 20 Gemeinden wird nach Basis- oder Eingangsstufenmodell unterrichtet

Im Projekt Basisstufe werden Kinder im Kindergartenalter und Kinder der ersten und der zweiten Klasse der Primarschule gemeinsam unterrichtet. Das Projekt Basisstufe ist Teil eines überregionalen Schulentwicklungsprojekts. Es wurde von der Erziehungsdirektorenkonferenz der Ostschweiz und des Fürstentums Liechtenstein mit sieben Kantonen lanciert. Es haben sich auch weitere 13 Kantone, darunter alle Zentralschweizer Kantone, angeschlossen. Das Projekt dauert im Kanton Luzern bis 2011. Pilotklassen gibt es in elf Gemeinden des Kantons (Altbüron, Beromünster, Emmen, Flühli, Knutwil, Luzern, Marbach, Mauensee, Menznau, Pfaffnau, Willisau).
Daneben führen im Schuljahr 2009/2010 neun weitere Gemeinden Klassen nach dem gleichen pädagogischen Konzept unter dem Namen Eingangsstufe. Dieses Konzept soll einen fliessenden Übergang von Spielen und Ler-

Abbildung 3.3

Schülerzahlen, Klassen und durchschnittliche Klassengrösse in öffentlichen Kindergärten seit 1991/1992

Schulort Kanton Luzern



T4K03G03

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

nen, von Kindergarten und Primarschule ermöglichen. Die Übertritte der Kinder in die nächste Klasse lassen sich dabei individueller gestalten; die Stufe kann je nach Lerntempo in drei bis fünf Jahren durchlaufen werden. Insgesamt wurden im Schuljahr 2009/2010 auf der Kindergartenstufe 299 Kinder nach einem Basis- oder Eingangsstufenmodell unterrichtet. Das entspricht 6 Prozent aller Kindergartenkinder. Die Gemeinden haben Interesse an der Einführung dieser Schulmodelle gezeigt, innerhalb der letzten vier Jahre hat sich die Anzahl der Kinder in einer Basis- oder Eingangsstufe verdreifacht (2005: 102).

Die Klassen werden in der Tendenz kleiner

In den öffentlichen Kindergärten waren im Schuljahr 2009/2010 durchschnittlich 18,0 Kinder zusammen in einer Klasse. Damit setzte sich die Tendenz zu etwas kleineren Klassengrösse fort; 1996 gab es noch ein Kind mehr pro Klasse. Die kleinste Kindergartenklasse hatte 10, die grösste 25 Kinder. Gemäss Verordnung zum Gesetz über die Volksschulbildung müssen Kindergartenklassen mindestens 12 und höchstens 24 Kinder zählen (SRL Nr. 400a Art. 7 Abs. 1 lit. a). Über die Eröffnung und Schliessung von Klassen entscheidet die Schulpflege im Rahmen der kantonalen Vorgaben und des Leistungsauftrags in der Gemeinde, wobei die Führung von Klassen mit Unter- oder Überbeständen der Bewilligung der Dienststelle Volksschulbildung bedarf. Es kann davon ausgegangen werden, dass bei weiter sinkenden Kinderzahlen die Basis- und Eingangsstufenmodelle weiteren Auftrieb erhalten.

Der zweijährige Kindergartenbesuch wird immer öfter genutzt

Die Mehrheit der Kindergartenkinder, nämlich 3’728, war im Schuljahr 2009/2010 im ersten Kindergartenjahr. Weitere 1’188 besuchten das zweite Kindergartenjahr, was einem Anteil von 24,2 Prozent entspricht. In den letzten zehn Jahren hat der Anteil der Kinder im zweiten Kindergartenjahr leicht zugenommen, 2000 betrug er noch knapp 19 Prozent. In der im Jahr 2005 als Pilotprojekt eingeführten Basisstufe sowie in der analog gestalteten Eingangsstufe besuchten besonders viele Kinder ein zweites Kindergartenjahr:

Tabelle 3.1
Kinder im ersten und zweiten Kindergartenjahr seit 2000/2001
Kanton Luzern (Schulort)

	Total		Kindergarten normal		Basis- und Eingangsstufe	
	absolut	im 2. KG-Jahr in %	absolut	im 2. KG-Jahr in %	absolut	im 2. KG-Jahr in %
2000/2001	**5 957**	18,9	5 957	18,9	—	—
2001/2002	**6 109**	19,5	6 109	19,5	—	—
2002/2003	**5 965**	23,2	5 965	23,2	—	—
2003/2004	**5 656**	23,0	5 656	23,0	—	—
2004/2005	**5 550**	22,0	5 550	22,0	—	—
2005/2006	**5 274**	23,6	5 172	23,6	102	21,6
2006/2007	**4 786**	24,3	4 652	24,0	134	35,8
2007/2008	**4 957**	24,3	4 704	23,6	253	38,7
2008/2009	**4 793**	28,0	4 563	26,7	230	53,9
2009/2010	**4 916**	24,2	4 617	22,9	299	43,1

T4K03T01 LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden
Basisstufe ab Schuljahr 2005/06, Eingangsstufe ab Schuljahr 2009/10

2005 waren es 22, 2009 bereits 43 Prozent. Der zweijährige Kindergartenbesuch kommt offenbar auch immer mehr Eltern entgegen.
Im Jahr 2008 betrug die mittlere Kindergartenverweildauer in der Schweiz 1,9 Jahre, im Kanton Luzern 1,3 Jahre. Am längsten besuchten die Kinder im Kanton Tessin die Vorschule (2,8 Jahre), am kürzesten war die Verweildauer in den Kantonen Obwalden und Freiburg (je 1,2 Jahre).
In 15 Kantonen galt im Jahr 2009 ein ein- oder zweijähriges Kindergartenobligatorium. Das HarmoS-Konkordat, das einen obligatorischen zweijährigen Besuch des Kindergartens gebracht hätte, wurde im Kanton Luzern im Jahr 2008 von der Stimmbevölkerung abgelehnt. Der Regierungsrat sieht in der Botschaft B 164 vom Juni 2010 an den Kantonsrat (Kanton Luzern 2010) für die Gemeinden ein Angebotsobligatorium für den zweijährigen Kindergarten vor (jedoch kein Besuchsobligatorium für die Kinder).

Mehr Fremdsprachige im zweiten Kindergartenjahr

Die kantonale Verordnung über die Förderangebote der Volksschule enthält die Empfehlung, dass fremdsprachige Kinder den Kindergarten zwei Jahre lang besuchen sollen (SRL Nr. 406 Art. 38), weil der Kindergarten der Sprachentwicklung in Deutsch dient. Die Möglichkeit, die Kinder schon früher in den Kindergarten gehen zu lassen, scheint den fremdsprachigen Eltern auch besonders entgegenzukommen.
Im Schuljahr 2009/2010 waren in öffentlichen Kindergärten von den 1'156 Buben und Mädchen im zweiten Jahr 345 fremdsprachig. Dieser Anteil der fremdsprachigen Kinder im zweiten Kindergartenjahr liegt mit 29,8 Prozent über dem Fremdsprachigenanteil aller Kinder in öffentlichen Kindergärten im selben Jahr (24,0 %). Gegenüber dem Schuljahr 1990/1991 hat sich der Fremdsprachigenanteil an den Kindern im zweiten Jahr kaum verändert.

Im Kindergarten werden die Kinder spielerisch ans Lernen herangeführt

Die Heterogenität nimmt zu

Im Schuljahr 2009/2010 waren 1'182 der insgesamt 4'916 Kindergärtlerinnen und Kindergärtler fremdsprachig und 1'015 ausländischer Staatsangehörigkeit. Die sprachliche und nationale Vielfalt der Kindergartenkinder nahm während der letzten 20 Jahre zu. Waren 1990 rund 15 Prozent der Mädchen und Knaben in den öffentlichen Kindergärten nicht deutscher Muttersprache, stieg dieser Anteil bis 1999 auf fast ein Viertel an. Seit dem Schuljahr 2000/2001 bewegt sich dieser Anteil um die 23 Prozent (2000: 22,7 %; 2005: 22,8 %; 2009: 24,0 %). Der Anteil Kinder mit ausländischer Nationalität betrug 1990 ebenfalls 15 Prozent und fand sein Maximum mit 24 Prozent im Jahr 1999/2000, seither ist er leicht zurückgegangen. Dies im Gegensatz zur Gesamtbevölkerung, bei der – mit deutlich tieferen Werten – der Ausländeranteil seit 2000 stetig zugenommen hat (2000:14,8 %; 2009: 16,3 %).
In privaten Kindergärten hat sich der Fremdsprachigenanteil seit 1990/1991 von damals 46,1 Prozent sukzessive, aber, vor allem bedingt durch die kleine Anzahl Kinder, mit grösseren Schwankungen, auf ein ähnliches Niveau wie in den öffentlichen zurückgebildet. Dasselbe gilt auch für die Kinder nicht schweizerischer Nationalität. Im Schuljahr 2009/2010 lag der Ausländeranteil bei 36,2 Prozent, in den zehn Jahren zuvor jeweils zwischen 15 und 33 Prozent.

Tabelle 3.2

Kinder im Kindergarten nach Geschlecht, Heimat und Fremdsprachigkeit seit 1990/1991

Kanton Luzern (Schulort)

Schuljahr	Kinder insgesamt	Kinder in öffentlichen Kindergärten					Kinder in privaten Kindergärten				
		absolut	in Prozent	Anteile in Prozent			absolut	in Prozent	Anteile in Prozent		
				Mädchen	Ausländer/innen	Fremdsprachige			Mädchen	Ausländer/innen	Fremdsprachige
1990/1991	**5 264**	**5 149**	97,8	48,3	15,3	15,1	**115**	2,2	48,7	39,1	46,1
1991/1992	**5 274**	**5 150**	97,6	47,1	15,8	16,2	**124**	2,4	42,7	41,9	39,5
1992/1993	**5 491**	**5 354**	97,5	47,0	17,0	17,3	**137**	2,5	39,4	34,3	38,0
1993/1994	**5 601**	**5 471**	97,7	48,0	18,1	18,3	**130**	2,3	48,5	38,5	40,8
1994/1995	**5 708**	**5 584**	97,8	48,2	19,1	19,3	**124**	2,2	47,6	37,1	37,1
1995/1996	**5 991**	**5 811**	97,0	49,2	20,9	21,4	**180**	3,0	43,3	17,8	21,7
1996/1997	**6 025**	**5 851**	97,1	48,3	21,6	22,4	**174**	2,9	47,7	19,5	24,7
1997/1998	**5 976**	**5 804**	97,1	49,4	22,3	22,8	**172**	2,9	46,5	26,7	29,1
1998/1999	**6 013**	**5 844**	97,2	48,9	22,9	23,0	**169**	2,8	43,2	26,6	30,2
1999/2000	**6 054**	**5 877**	97,1	48,2	23,9	24,1	**177**	2,9	48,6	28,8	28,2
2000/2001	**5 957**	**5 770**	96,9	47,9	22,4	22,7	**187**	3,1	47,1	22,5	24,6
2001/2002	**6 109**	**5 976**	97,8	48,6	22,4	22,7	**133**	2,2	47,4	33,1	34,6
2002/2003	**5 965**	**5 790**	97,1	46,9	22,3	22,8	**175**	2,9	53,1	30,3	32,6
2003/2004	**5 656**	**5 548**	98,1	48,0	22,4	23,4	**108**	1,9	46,3	26,9	28,7
2004/2005	**5 550**	**5 437**	98,0	48,2	21,9	23,3	**113**	2,0	54,0	15,9	23,9
2005/2006	**5 274**	**5 204**	98,7	47,0	20,4	22,8	**70**	1,3	52,9	15,7	14,3
2006/2007	**4 786**	**4 737**	99,0	46,8	18,9	23,2	**49**	1,0	44,9	16,3	22,4
2007/2008	**4 957**	**4 880**	98,4	46,1	18,9	23,3	**77**	1,6	51,9	23,4	15,6
2008/2009	**4 793**	**4 717**	98,4	47,6	21,9	24,8	**76**	1,6	35,5	19,7	26,3
2009/2010	**4 916**	**4 822**	98,1	48,3	20,3	24,0	**94**	1,9	44,7	36,2	25,5

T4K03T02

LUSTAT STATISTIK LUZERN

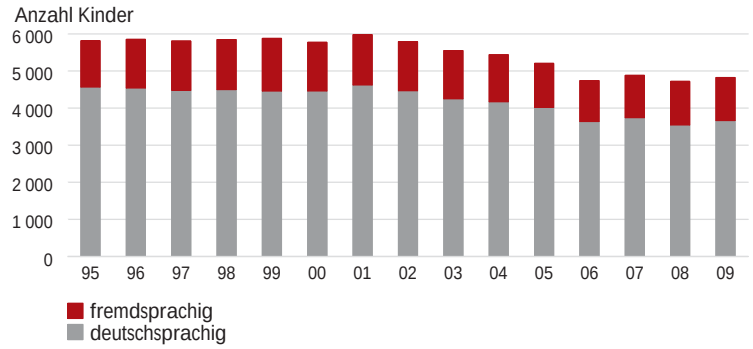
Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

Basisstufe ab Schuljahr 2005/06, Eingangsstufe ab Schuljahr 2009/10

Beachtliche Sprachenvielfalt

In den Kindergärten sind neben Deutsch 24 weitere Sprachen statistisch einzeln identifiziert. Bei den Muttersprachen zeigen sich deutliche Verschiebungen. Im Schuljahr 1990/1991 stellten die südslawischen Kinder mit 34,8 Prozent die grösste Gruppe der Fremdsprachigen dar, dieser Anteil nahm bis zum Schuljahr 2009/2010 auf 14,5 Prozent ab. Auch der Anteil der italienischsprachigen Kinder, der im Schuljahr 1990/1991 mit 18,1 Prozent noch der zweitgrösste unter den ausgewiesenen Sprachen war, ist deutlich gesunken (2009/2010: 5,7 %). Zugenommen dagegen hat der Anteil der Kinder portugiesischer Muttersprache (1990/1991: 8,4 %; 2009/2010: 14,5 %). Auch der Anteil der unter „andere Sprachen" zusammengefassten Sprachen wuchs von rund einem Viertel (95 Kinder) im Schuljahr 1990/1991 auf knapp 60 Prozent (206 Kinder) im Schuljahr 2009/2010. In dieser Gruppe ist vor allem Albanisch stark vertreten.

Abbildung 3.4
Kinder in öffentlichen Kindergärten nach Fremdsprachigkeit seit 1995/1996
Kanton Luzern (Schulort)

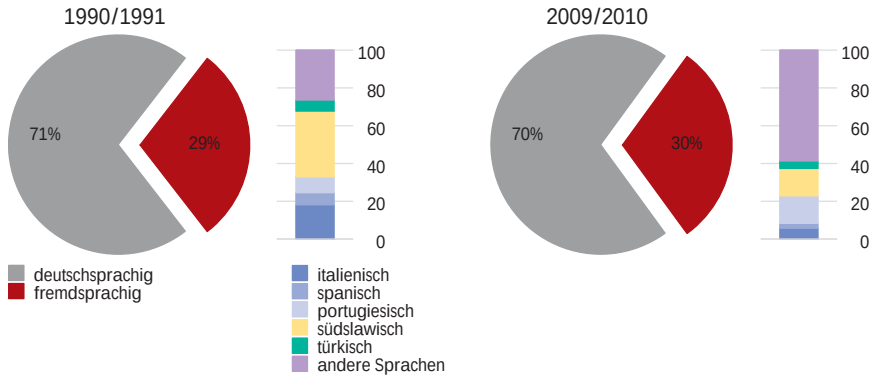


T4K03G04

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

inkl. Basis- und Eingangsstufe

Abbildung 3.5
Kinder in öffentlichen Kindergärten im zweiten Jahr nach Muttersprache, 1990/1991 und 2009/2010
Kanton Luzern (Schulort)



T4K03G06

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

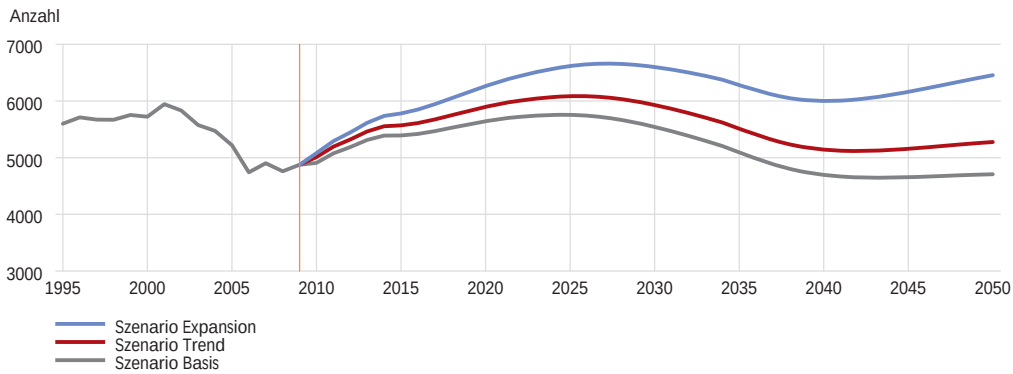
Nach Anstieg bis 2025 Rückgang der Kindergartenbestände

Im direkten Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung war die Zahl der Kinder in den Kindergärten seit 2001 rückläufig. Besuchten damals 6'109 Kinder einen Kindergarten, waren es im Schuljahr 2009/2010 noch 4'916, also 19,5 Prozent weniger als 2001/2002. Dieser Rückgang an Kindergartenkindern ist derzeit gebremst, und es zeichnet sich ein Anstieg ab. Die Geburtenzahlen nehmen im Kanton Luzern seit dem Jahr 2001 wieder zu, seit 2006 verstärkt. Dazu trägt bei, dass geburtenstarke Jahrgänge ins gebärfähige Alter eintreten. Gleichzeitig geht das Bevölkerungsszenario von einer noch weiter anhaltenden Zuwanderung in den Kanton aus. Gemäss Bildungsszenario „Basis" werden im Jahr 2025 im Kanton Luzern rund 5'750 Kinder den Kindergarten (inkl. auf Basisstufe) besuchen. Ein Viertel davon wäre gemäss Annahmen im zweiten Kindergartenjahr, anteilmässig wie heute. Im Szenario „Trend" wird, unter der Annahme der Einführung eines Obligatoriums für die Gemeinden, den zweijährigen Kindergartenbesuch anzubieten, die beobachtete Tendenz der Zunahme des zweijährigen Kindergartenbesuchs leicht verstärkt modelliert. Setzt sich dieser Trend fort, würden die Kindergartenbestände bis ins Jahr 2025 auf rund 6'100 anwachsen. Bei beiden dieser Szenarien zeichnet sich ab 2025 im Zuge der demografischen Entwicklung ein Rückgang ab. Die Einführung eines Kindergartenangebotsobligatorium bildet auch die Grundlage des Szenarios „Expansion". In Kombination mit einer stärkerung Nutzung würden die Kindergartenzahlen etwas länger ansteigen und im Jahr 2027 etwa 6'650 erreichen. Der Rückgang würde später einsetzen und weniger steil verlaufen. Ab etwa 2040 zeichnet sich ein erneuter Anstieg ab. Die Mehrkinder gegenüber den beiden anderen Szenarien wären alle bereits im zweiten Kindergartenjahr. Ein Teil der Kindergartenkinder werden in den Eingangsstufenmodellen unterrichtet werden. Wie sich dieses Modell weiter verbreiten wird, ist schwer abzuschätzen. Denkbar ist, neben pädagogischen Gründen, eine weitere Verbreitung vor allem in Gemeinden, die aufgrund der demografischen Entwicklung mit einem Rückgang an Kindern konfrontiert sein werden.

Abbildung 3.6

Erwartete Entwicklung der Kinder im Kindergarten - inkl. auf Basisstufe

Kanton Luzern



T4K03G51

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BFS - Statistik der Schüler/innen und Studierenden - LUSTAT - Bevölkerungs- und Bildungsprognosen

2. Primarschule

Nach einem oder zwei Jahren Kindergarten treten die Knaben und Mädchen in die erste Klasse der Primarschule ein. Diese dauert im Kanton Luzern sechs Jahre und führt zum Übertritt in die Sekundarstufe I. Mit einer Ausnahme unterhält jede Gemeinde im Kanton Luzern eine Primarschule. Im Schuljahr 2009/2010 besuchten rund 25'000 Kinder eine dieser Schulen, die meisten in Regelklassen, 3,3 Prozent oder 805 Kinder in Kleinklassen. Weitere 658 Kinder folgten einem besonderen Lehrplan, zum Beispiel in einer Sonderschule, und 353 Kinder wurden in Privatschulen unterrichtet. Während der ersten zwei Jahre der Primarstufe werden zudem immer mehr Mädchen und Knaben in einem Basis- oder Eingangsstufenmodell geschult, 2009 waren es 411. Im Schuljahr 2009/2010 wurden die Primarschülerinnen und Primarschüler im Kanton Luzern von 2'873 Lehrerinnen und Lehrern, die sich 1'828 Vollzeitstellen teilten, betreut. Eine Sonderschule im Kanton Luzern besuchten – über die gesamte Volksschulzeit betrachtet, da hier Stufenzuteilungen schwierig sind – insgesamt 895 Kinder. Sie wurden von insgesamt 386 Lehrpersonen unterrichtet.

Die gültige Stundentafel der Luzerner Primarschule aus dem Jahr 2004 sieht pro Woche 24 Lektionen (für die 1. Klasse) bis 28 Lektionen (für die 5. und 6. Klasse) vor, nämlich: für die Sprache 5 bis 9 Lektionen, für Mathematik sowie für die Fächer des Bereichs Mensch und Umwelt je 5, für Gestaltung und Musik 6 und für den Sport 3. In der 3. Primarklasse beginnt der Englisch-, in der 5. Klasse zudem der Französischunterricht.

Im Lehrplan haben auch die musischen Fächer einen wichtigen Stellenwert

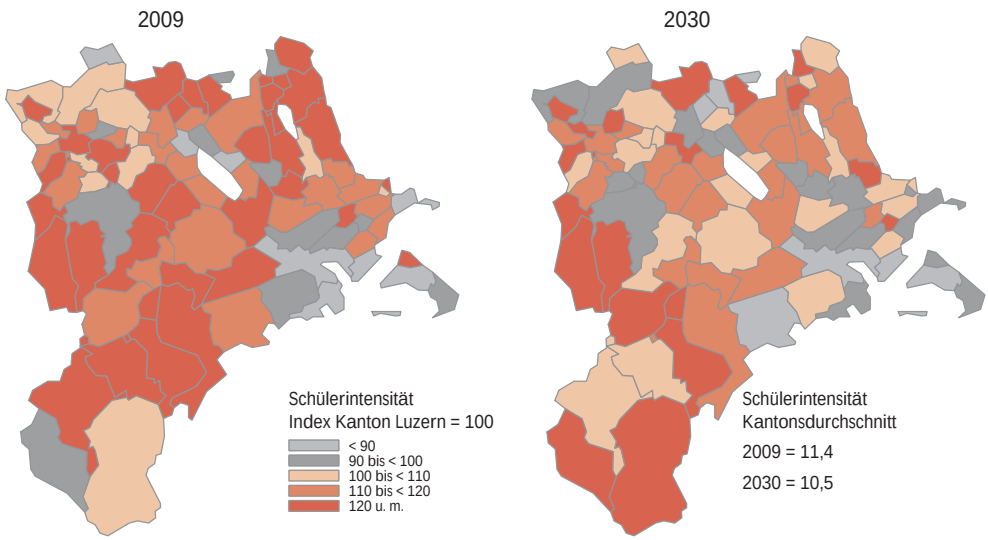
Schülerintensität unterscheidet sich deutlich nach Regionen

Mit dem Begriff Schülerintensität wird der Anteil der Schülerinnen und Schüler auf Volksschulstufe an der ständigen Wohnbevölkerung bezeichnet. 2009 betrug die Schülerintensität im Kanton Luzern 11,4 Prozent. In bevölkerungsreichen Gemeinden, vor allem in Kombination mit einem höheren Anteil älterer Menschen, und in Abwanderungsregionen ist die Schülerintensität in der Regel deutlich tiefer als in anderen. Am tiefsten sind die Werte mit 8,0 Prozent in der Stadt Luzern, in den Agglomerationsgemeinden sowie im Nordwesten des Kantons. In diesen Gebieten ist auch die ständige Wohnbevölkerung älter als im Kantonsdurchschnitt. An Schülerintensität am stärksten eingebüsst haben in den letzten 20 Jahren die Regionen im Westen des Kantons. Unter dem Durchschnitt liegt sie auch in Sursee, während sie in der Sempachersee-Region sowie in Teilen des Rontals und des Seetals seit 1990 stark angestiegen ist und über dem Kantonsdurchschnitt liegt.

Im Jahr 2030 weniger Schülerinnen und Schüler im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung

Die demografische Alterung der Gesellschaft wird sich in den nächsten Jahrzehnten in einer weiter sinkenden Schülerintensität auswirken. Insgesamt zeichnet bis zum Jahr 2030 eine Reduktion der Schülerintensität auf 10,5 ab. Gleichzeitig rücken aber deutlich mehr Gemeinden näher an den Kantonsdurchschnitt heran, wie das regional auch bei der Altersstruktur beobachtet wird. Die Reduktion der Schülerintensität bedeutet nicht automatisch, dass auch die Schülerbestände zurück gehen, sondern ist der Ausdruck der Verschiebung des Generationengleichgewichts. Im Kanton Luzern werden vorerst etwas mehr Kinder im Primarschulalter sein, nach 2030 wieder weniger. Am ausgeprägtesten wird dies in Abwanderungsregionen und im urbanen Raum sichtbar werden.

Abbildung 3.7
Aktuelle und erwartete Schülerintensität
Gemeinden des Kantons Luzern



T4K03G09

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: Bundesamt für Statistik – Statistik der Schüler/innen und Studierenden; LUSTAT – Kantonale Bevölkerungsstatistik

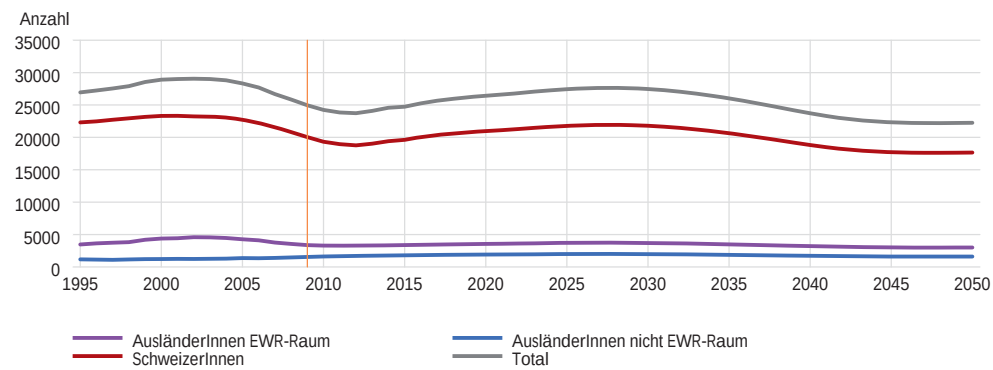
Vorübergehend weniger Primarschülerinnen und Primarschüler

Die Zahl der Kinder, die im Kanton Luzern die 1. bis 6. Klasse besuchen, hat sich über die letzten drei Jahrzehnte mit relativ grossen Wellenbewegungen entwickelt. Von 1978/1979 bis 1986/1987 nahm sie von 31'100 auf 22'590 ab. Danach erreichten geburtenstarke Jahrgänge das schulpflichtige Alter, sodass die Schülerzahlen wieder deutlich anstiegen, bis 29'056 im Schuljahr 2002/2003. Seit 2004/2005 wurden an den öffentlichen Schulen jährlich zwischen 500 und 1'000 Primarschülerinnen und Primarschüler weniger unterrichtet. Das entspricht zwischen 80 und 170 Kindern pro Bildungsjahr. Diese Entwicklung mündet nicht notwendigerweise in die Reduktion von Schulklassen, sondern kann auch Verringerungen der Klassengrössen zur Folge haben, verteilen sich doch die Rückgänge – wenn auch nicht gleichmässig – über den ganzen Kanton. Eine weitere Möglichkeit, dem Schülerschwund zu begegnen, liegt bei der Einführung von Basisstufenmodellen und der Bildung von Klassen mit Kindern mehrerer Schuljahre (mehrklassige Abteilungen).

Rückgang hält noch an

Bis etwa zum Jahr 2012 dürfte sich die Anzahl der Primarschulkinder in ähnlichem Masse verringern, wie dies derzeit beobachtet wird. Danach werden gleichzeitig zwei demografisch bedingte Faktoren für einen neuen Schülerschub wirken, wie sie den Bevölkerungsvorausschätzungen hinterlegt sind. Einerseits erlangen die wieder geburtenstärkeren Jahrgänge seit 2006 sukzessive das Einschulungsalter, und andererseits ist bei Zuwanderungen in den Kanton Luzern auch mit Neuzuzügerfamilien mit Kindern zu rechnen (Methodische Hinweise vgl. Kapitel 11).
Die Schülerzahlen auf Primarschulstufe werden sukzessive bis zu gegen 27'500 im Jahr 2025 anwachsen (ohne Sonderschulen). Dieser Stand entspricht etwa jenem von 1995. Bis gegen 2030 wird der Bestand stabil bleiben und sich dann zurückbilden.

Abbildung 3.8
Erwartete Entwicklung der Kinder in der Primarschule nach Heimat
Kanton Luzern



T4K03G52

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS - Statistik der Schüler/innen und Studierenden - LUSTAT - Bevölkerungs- und Bildungsprognosen

Diesen Werten liegen die Bevölkerungsvorausschätzungen zugrunde. Sie gehen von einer eher moderaten Zuwanderung der schweizerischen Bevölkerung in den Kanton Luzern aus. Sollte die in den letzten Jahren beobachteten interkantonalen Zuströme anhalten, wäre mit höheren Beständen in der Primarschule zu rechnen.
Der Anteil an Kindern ausländischer Nationalität dürfte nicht weiter zurück gehen. Sollte sich die Zuwanderung im Rahmen der Ausweitung des Freizügigkeitsabkommens deutlicher verstärken als im Bevölkerungsszenario angenommen wurde, würde sich der Anteil ausländischer Kinder erhöhen.

Regionale Unterschiede

Die manchmal beschworene Vorstellung leerer Schulzimmer hat vor dem beschriebenen Hintergrund global betrachtet wenig Nahrung. Beachtet man aber die regional unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung, zeichnet sich ein anderes Bild. In der Stadt Luzern und den übrigen Agglomerationsgemeinden sowie in den heutigen Wachstumsregionen am Sempachersee und an der Achse Luzern–Zürich mit Ausstrahlung ins Seetal wachsen die Schülerzahlen stärker. Rückgänge zeichnen sich im Westen des Kantons ab.

Um 1900 setzte im Kanton Luzern ein intensiver Schulhausbau ein, viele der damals erstellten Gebäude werden auch heute noch genutzt

Die Klassengrössen liegen seit zwei Jahrzehnten bei weniger als 20 Kindern

Wie sehr sich die Unterrichtsverhältnisse an der Primarschule im Laufe der Zeit verändert haben, zeigt sich wohl am deutlichsten bei den Klassengrössen. Im 19. Jahrhundert sassen in den Schulen des Kantons Luzern bisweilen über 100 Mädchen und Knaben aller Klassen gemeinsam in einem Schulzimmer. Und noch 1953 legte das Luzerner Erziehungsgesetz die Höchstzahl der Klassenbestände in der Primarschule bei 50 Kindern fest, wobei die durchschnittliche Grösse bei 39 Schülerinnen und Schüler lag (Rosenkranz o.J.: 201ff.).

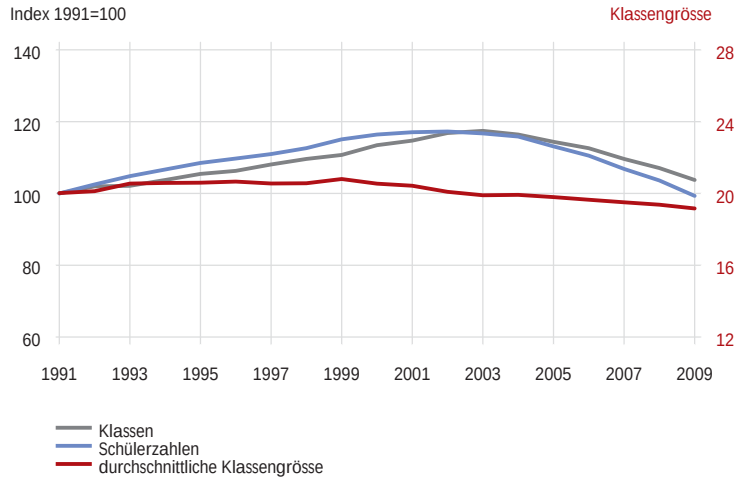
Heute sollen die Klassen auf Primarstufe gemäss Volksschulbildungsverordnung zwischen 15 und 25 Lernende umfassen (SRL Nr. 400a Art. 7 Abs. 1 lit. b). Im Schuljahr 2009/2010 bestand eine Regelklasse an einer öffentlichen Primarschule im Kanton Luzern aus durchschnittlich 19,2 Lernenden. Die kleinste Klasse, die im Jahr 2009 unterrichtet wurde, umfasste sechs Kinder, die grösste 29. Die durchschnittliche Klassengrösse nimmt sukzessive ab und erreichte im Jahr 2009 den tiefsten Wert seit Beginn der Statistik 1977/1978 (27,9 Kinder pro Klasse). Die zunehmende Integrative Förderung an Stelle von Kleinklassen führt eher zu einer Reduktion der Klassengrössen, da der Maximalbestand in Klassen mit IF auf 22 Kinder festgelegt ist.

Mit seiner durchschnittlichen Klassengrösse liegt der Kanton Luzern etwa im gesamtschweizerischen Mittel von 19,3 Kindern pro Klasse. Für den gesamtschweizerischen Vergleich werden wegen der unterschiedlichen kantonalen Schulsysteme alle Kinder auf der Primarstufe mitgezählt, das heisst für den Kanton Luzern auch diejenigen in Kleinklassen.

Abbildung 3.9

Schülerzahlen, Klassen und durchschnittliche Klassengrösse in öffentlichen Primarschulen (Regelklassen) seit 1991/1992

Kanton Luzern (Schulort)



T4K03G07

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

Unterricht von mehreren Klassen im selben Schulzimmer

Von 1'220 Primarschulklassen waren im Schuljahr 2009/2010 im Kanton Luzern 227 mehrklassig. Das heisst, es wurden Kinder verschiedener Schulbildungsjahre, etwa jene des vierten bis sechsten Schuljahres, gemeinsam in einem Schulzimmer unterrichtet. Die Basis- und die Eingangsstufe ausgenommen umfassten 207 mehrklassige Klassen zwei Klassen und 15 deren drei. In vier Fällen wurden Kinder von vier unterschiedlichen Bildungsjahren und in einer sogar von sechs Schuljahren unterrichtet. Werden alle Klassen der Primarstufe im selben Schulzimmer unterrichtet, wird von einer Gesamtschule gesprochen. Zu finden war die Gesamtschule in der Schule Eigenthal in der Gemeinde Schwarzenberg. Im Schuljahr 1977/1978 waren diese Modelle noch stärker vertreten gewesen, vier-, fünf- und sechsklassige Verbände hatten noch 20 existiert, vornehmlich in kleinen Gemeinden, die inzwischen teilweise mit anderen Gemeinden fusioniert haben. Die Schule im Eigenthal gehörte schon damals zu den Gesamtschulen, daneben auch Schulen in Luthern-Bad, Weggis, Lieli (seit 1. Januar 2007 Gemeinde Hohenrain), Sulz (seit 1. Januar 2009 Gemeinde Hitzkirch), Wolhusen und Romoos.

Selektion spielt schon beim Schuleintritt

Die Übergänge in eine neue Stufe oder Klasse sind immer mit bestimmten Selektionsverfahren verbunden. Die Selektion erfolgt aufgrund verschiedener Kriterien wie beispielsweise des Entwicklungsstands des Kindes oder der ausgewiesenen schulischen Leistung. In den ersten beiden Schuljahren wird im Kanton Luzern das Konzept „Ganzheitliches Beurteilen und Fördern (GBF)" angewendet; Lehrperson, Eltern und Kind beurteilen die erreichten Lernziele im Rahmen von Gesprächen gemeinsam. Ab der 3. Primarklasse werden dann die Fachleistungen benotet.

Zur Schule als Sozialisationsinstanz gehört auch der gemeinsame Schulweg

Eine erste Selektion findet beim Übertritt vom Kindergarten in die Primarschule statt. Die meisten Mädchen und Knaben werden einer Regelklasse zugeteilt, einige, sofern in der Gemeinde das Angebot besteht, einer Kleinklasse A oder bei Bedarf in eine Sonderschule aufgenommen. In der Kleinklasse A wird der Stoff des ersten Schuljahres über zwei Jahre verteilt erlernt. Wenn Mädchen oder Knaben, die zu Beginn der Schulzeit in eine Kleinklasse A eingeteilt wurden, nach zwei Jahren die Lernziele erreicht haben, werden sie in eine Regelklasse des zweiten Schuljahres integriert.
Im Schuljahr 2009/2010 traten 3'641 Kinder aus einem Kindergarten (inkl. Sprachheilkindergarten) in die Primarstufe oder eine Sonderschule ein. Ohne die Repetierenden zählte die 1. Klasse der Regelklasse 3'226 Kinder das sind 93,6 Prozent der Eingeschulten. 5,2 Prozent wurden in eine Kleinklasse eingeteilt und 1,4 Prozent einer Sonderschule (inkl. Sprachheilklasse).

Knaben repetieren häufiger ein Schuljahr als Mädchen

Jedes Jahr wiederholt ein kleiner Anteil der Lernenden in den Regelklassen der öffentlichen Primarschule eine Klasse. Im Jahr 2009 wurden 375 Repetenten gezählt, 171 Mädchen und 204 Knaben. In den letzten zwei Jahrzehnten überstieg dieser Anteil jedoch nie 2,5 Prozent aller Primarschülerinnen und -schüler in den Regelklassen. Am häufigsten wiederholt wurde im Schuljahr 2009/2010 die 2. Klasse (2,7 %). Ausser in der 3. Klasse repetierten anteilmässig mehr Knaben als Mädchen, den grössten Anteil hatten sie mit 73,1 Prozent in der 6. Klasse. In den letzten 20 Jahren hatten die Knaben insgesamt immer den grösseren Anteil an Repetitionen als die Mädchen, seit 2004 sind die Unterschiede aber kleiner geworden. Überproportional häufig eine Klasse wiederholten im Jahr 2009 zudem die fremdsprachigen Mädchen und Knaben, ihr Anteil an den Repetitionen auf der Primarstufe lag mit 32,2 respektive 34,8 Prozent jeweils deutlich über dem Fremdsprachigenanteil in den Regelklassen (21,3 %).

Tabelle 3.3
Bestand und Repetierende in der öffentlichen Primarschule nach Klasse, Schuljahr 2009/2010
Kanton Luzern (Schulort)

	Lernende in Regelklassen					Repetierende					
	absolut	Mädchen		Knaben		Total		Mädchen		Knaben	
		in Prozent	davon fremdsprachig in Prozent	in Prozent	davon fremdsprachig in Prozent	absolut	in Prozent	in Prozent	davon fremdsprachig in Prozent	in Prozent	davon fremdsprachig in Prozent
Alle Klassen	**23 381**	**49,0**	**21,5**	**51,0**	**21,2**	**375**	**1,6**	**45,6**	**32,2**	**54,4**	**34,8**
1 Klasse	3 226	49,4	23,7	50,6	22,2	23	0,7	43,5	30,0	56,5	38,5
2. Klasse	3 587	46,3	22,1	53,7	22,9	97	2,7	45,4	45,5	54,6	32,1
3. Klasse	3 754	49,8	21,0	50,2	21,4	63	1,7	57,1	30,6	42,9	51,9
4. Klasse	4 115	49,0	21,7	51,0	19,3	67	1,6	47,8	31,3	52,2	34,3
5. Klasse	4 301	49,8	21,1	50,2	21,7	99	2,3	42,4	21,4	57,6	31,6
6. Klasse	4 398	49,6	19,8	50,4	20,0	26	0,6	26,9	28,6	73,1	26,3

T4K03T04

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

Durchlässigkeit zwischen Regel- und Kleinklassen wird angestrebt

Ob ein Kind weiterhin die Regelklasse besucht oder in eine Kleinklasse umgeteilt wird oder umgekehrt, wird auf jedes Schuljahr hin neu entschieden. Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 805 Kinder in einer Kleinklasse unterrichtet; 355 besuchten eine Kleinklasse A, 344 eine Kleinklasse B und 106 eine Kleinklasse C. In die Kleinklasse A werden Schulanfängerinnen und -anfänger mit Entwicklungsverzögerungen aufgenommen. Die Kleinkasse B richtet sich an Kinder mit Lern-, die Kleinkasse C an solche mit Verhaltensschwierigkeiten. Grundsätzlich wird die Durchlässigkeit zwischen den Regel- und den Kleinklassen angestrebt.

Bei den Übertritten in Kleinklassen ist der Fremdsprachigenanteil hoch

Im Schuljahr 2009/2010 waren von 73 Lernenden, die von einer Regel- in eine Kleinkasse B übertraten, 47 fremdsprachig. Dies entspricht einem Anteil von 64,4 Prozent. Rund 70 Prozent aller Schülerinnen und Schüler hatten die Kleinklasse B bereits im Vorjahr besucht. Auch unter ihnen war der Fremdsprachigenanteil mit 54,1 Prozent hoch. Gemäss der Dienststelle für Volksschulbildung soll der Besuch der Kleinklasse für fremdsprachige Schülerinnen und Schüler lediglich als zeitlich begrenztes Förderangebot verstanden werden. Das Ziel sei die Rückführung in die Regelklasse, denn Fremd-

Tabelle 3.4
Bestand und Repetierende in öffentlichen Primarschulen seit 1990/1991
Kanton Luzern (Schulort)

Schuljahr	Lernende auf Primarstufe								
	Total	in Regelklassen					in Kleinklassen		
		absolut	in %	Repetierende			absolut	in %	davon Mädchen in %
				absolut	in %	davon Mädchen in %			
1990/1991	**23 897**	**22 897**	95,8	352	1,5	46,9	**1 000**	4,2	39,5
1991/1992	**24 580**	**23 542**	95,8	364	1,5	42,9	**1 038**	4,2	39,5
1992/1993	**25 191**	**24 133**	95,8	328	1,4	40,5	**1 058**	4,2	38,9
1993/1994	**25 788**	**24 677**	95,7	427	1,7	46,8	**1 111**	4,3	38,7
1994/1995	**26 223**	**25 111**	95,8	403	1,6	45,2	**1 112**	4,2	39,0
1995/1996	**26 699**	**25 555**	95,7	369	1,4	41,7	**1 144**	4,3	37,8
1996/1997	**27 046**	**25 849**	95,6	409	1,6	47,4	**1 197**	4,4	36,5
1997/1998	**27 341**	**26 134**	95,6	402	1,5	41,3	**1 207**	4,4	37,4
1998/1999	**27 711**	**26 507**	95,7	491	1,9	45,0	**1 204**	4,3	37,4
1999/2000	**28 315**	**27 087**	95,7	603	2,2	45,4	**1 228**	4,3	39,5
2000/2001	**28 661**	**27 403**	95,6	581	2,1	48,5	**1 258**	4,4	40,5
2001/2002	**28 801**	**27 558**	95,7	530	1,9	43,8	**1 243**	4,3	40,1
2002/2003	**28 805**	**27 605**	95,8	618	2,2	46,3	**1 200**	4,2	40,3
2003/2004	**28 733**	**27 492**	95,7	574	2,1	43,9	**1 241**	4,3	39,9
2004/2005	**28 528**	**27 307**	95,7	687	2,5	47,7	**1 221**	4,3	40,3
2005/2006	**28 034**	**26 637**	95,0	569	2,1	50,1	**1 258**	4,5	39,3
2006/2007	**27 421**	**26 031**	94,9	528	2,0	47,5	**1 187**	4,3	39,3
2007/2008	**26 450**	**25 158**	95,1	565	2,2	50,6	**1 036**	3,9	36,0
2008/2009	**25 523**	**24 392**	95,6	444	1,8	47,1	**887**	3,5	38,4
2009/2010	**24 597**	**23 381**	95,1	375	1,6	45,6	**805**	3,3	38,6

T4K03T05

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

Basisstufe ab Schuljahr 2005/06, Eingangsstufe ab Schuljahr 2009/10

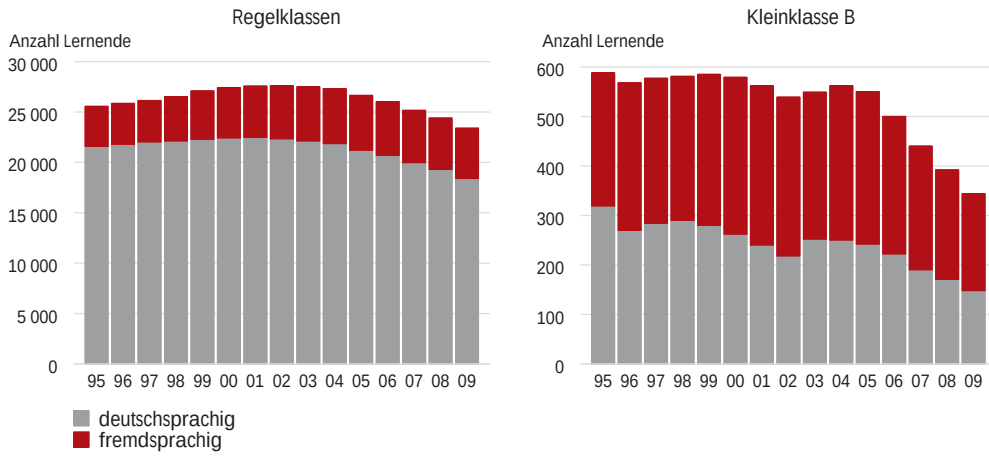
sprachigkeit allein dürfe kein Grund für die Einweisung in eine Kleinklasse sein (DVS 2003: 1). Von den 19 Kindern, die auf das Schuljahr 2009/2010 aus einer Kleinklasse B wieder in eine Regelklasse wechselten, waren 11 Kinder nicht deutscher Muttersprache. Zwischen der Kleinklasse C und der Regelklasse war die Durchlässigkeit gering. Im Schuljahr 2009/2010 besuchten lediglich 3 Kinder die Regelklasse, die im Jahr zuvor in einer Kleinklasse C unterrichtet worden waren – dies von insgesamt 113 Lernenden, die im Schuljahr 2008/2009 einer Kleinklasse C zugeteilt gewesen waren.

Ausgeprägter Sprachenmix

Wie eine durchschnittliche Kindergartenklasse bietet auch eine durchschnittliche Luzerner Primarschulklasse nicht nur bezüglich der Lernfähigkeit der einzelnen Kinder, sondern auch hinsichtlich ihrer sozialen Herkunft, ihrer Nationalität, ihrem kulturellen Hintergrund und ihrer Sprache ein Bild der Vielfalt. Im Schuljahr 2009/2010 waren 22,3 Prozent der Schülerinnen und Schüler in den öffentlichen Primarschulen des Kantons Luzern fremdsprachig. In den letzten 15 Jahren hat die Heterogenität der Lernenden sowohl in den Regelklassen als auch in der Kleinklasse B zugenommen, allerdings unterschiedlich stark. In der Kleinklasse B wuchs der Fremdsprachigenanteil im Vergleich zu den Regelklassen überdurchschnittlich. Er stieg von 45,7 Prozent im Schuljahr 1995/1996 auf 59,6 Prozent im Jahr 2002/2003 und sank seither nie unter 54 Prozent.

In den Regelklassen stieg die Zahl der fremdsprachigen Kinder von 3'969 im Schuljahr 1995/1996 auf 4'985 im Schuljahr 2009/2010, was einem Anteil von 15,5 Prozent respektive von 21,3 Prozent entspricht. Es zeigen sich dabei regionale Unterschiede. Am tiefsten war der Fremdsprachigenanteil in den Regelklassen der öffentlichen Primarschule im Schuljahr 2009/2010 im Entlebuch mit 7,5 Prozent, am höchsten in der Region Luzern mit 28,1 Prozent.

Abbildung 3.10
Lernende in öffentlichen Primarschulen nach Fremdsprachigkeit seit 1995/1996
Kanton Luzern (Schulort)



T4K03G10

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

3. Angebote neben dem Lehrplan

Zusätzlich zum ordentlichen Unterricht bestehen an der öffentlichen Volksschule weitere Angebote und Dienste. Sie umfassen Musik- und Instrumentalunterricht, Schulbibliotheken, Tagesschulen und Mittagstische sowie Aufgabenhilfen. Auch die Organisation des Schultransportes bei zu weiten oder zu gefährlichen Schulwegen mit Schulbus und Pedibus (Begleitpersonen gehen vorgegebene Schulwege mit einer Gruppe Kinder, wobei der Pedibus wie ein Schulbus immer zur gleichen Zeit die gleichen „Haltestellen" passiert) gehören dazu. Freizeitangebote wie der Ferienpass, Ferienlager und Wanderwochen fallen ebenfalls in diese Kategorie.
Zu den Schuldiensten gehören die Logopädie und die Psychomotorik-Therapie sowie die Schulsozialarbeit im pädagogisch-therapeutischen Bereich. und der Schulpsychologische Dienst.
Bei der Logopädie und der psychomotorischen Therapie handelt es sich um befristete therapeutische Massnahmen, die zur Förderung der Lernenden eingesetzt werden. Seit dem Schuljahr 2002/2003 werden jährlich etwas mehr als 2'200 Kindern logopädisch betreut. Die Dauer der Therapie kann

Ausserschulische Angebote, wie hier ein Mittagstisch, gehören in vielen Gemeinden zum Schulalltag

stark variieren. Im Schuljahr 2006/2007 dauerte die logopädische Therapie für 60,9 Prozent und damit die Mehrheit der Lernenden weniger als zwölf Monate, für 25,2 Prozent zwischen 12 und 24 Monate, weitere 13,9 Prozent wurden 24 Monate oder länger behandelt.
1'018 Schülerinnen und Schüler wurden im Schuljahr 2008/2009 wegen psychomotorischen Störungen betreut. Erstmals seit dem Schuljahr 2002/2003 hat ihre Zahl 1'000 überschritten; im Schuljahr 2002/2003 waren noch 847 Lernende betreut worden. In der Psychomotorik dauert die Behandlung im Durchschnitt etwas länger als in der Logopädie, variiert aber auch hier in der Länge. So besuchte im Schuljahr 2008/2009 von den betreuten Kindern mit 57,9 Prozent ein etwas kleinerer Anteil als bei der Logopädie die Therapie während weniger als zwölf Monaten. 31,0 Prozent der Lernenden wurden zwischen 12 und 24 Monate und 11,1 Prozent während 24 Monaten oder länger betreut.
Zu den Schulpsychologischen Diensten liegen derzeit noch keine detaillierten statistischen Daten vor. In jedem Schuldienstkreis gibt es einen Schulpsychologischen Dienst für die Volksschule, und auch der Kanton unterhält eine Beratungsstelle für die Berufsbildung und die Gymnasien. Für die Schulsozialarbeit, die seit dem 1. Januar 2008 in die Verordnung über die Schuldienste integriert ist, bilden die Standortgemeinden der Sekundarstufe I die Schuldienstkreise. Bis auf drei hatten im Schuljahr 2009/2010 alle Schuldienstkreise die schulische Sozialarbeit auf Sekundarstufe I, teilweise auch auf Primarstufe eingeführt. Da sich dieser Dienst noch im Aufbau befindet, liegen ebenfalls noch keine genaueren Angaben vor.

Tabelle 3.5
Lernende mit logopädischer und psychomotorischer Therapie seit 2002/2003
Kanton Luzern (Schulort)

Schuljahr	Total	Logopädie	Psychomotorische Therapie
2002/2003	**3 073**	2 226	847
2003/2004	**3 145**	2 243	902
2004/2005	**3 225**	2 315	910
2005/2006	**3 229**	2 275	954
2006/2007	**3 168**	2 215	953
2007/2008	**3 149**	2 204	945
2008/2009	**3 220**	2 202	1 018

T4K03T12
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: Bildungs- und Kulturdepartement

C FÖRDERANGEBOTE UND SONDERSCHULUNG

Auf die Vielfalt der individuellen Voraussetzungen, der Lernfähigkeit und der sozialen Herkunft der Lernenden reagiert die Volksschule mit differenzierten Fördermassnahmen, um so allen möglichst gerechte Chancen auf ihrem Bildungsweg zu bieten. Heute werden anstelle von separierenden Schulungsformen integrierende Massnahmen gesucht. Erste Schulgemeinden haben bereits vor 20 Jahren den Heilpädagogischen Zusatzunterricht (HZU) – heute Integrative Förderung – eingeführt.

Integrative Förderung löst die Kleinklassen B und C ab

Die Integrative Förderung (IF) ist konzipiert als Unterstützungsangebot für Kinder mit besonderen Bedürfnissen. Die IF-Lehrperson unterstützt bei Bedarf auch die Klassenlehrperson. Die IF wird schrittweise in den Gemeinden eingeführt und löst die Kleinklassen B und C ab. Die Kleinklassen werden bis spätestens zum Schuljahr 2014/2015 durch die IF abgelöst. Bei den integrativen Förderungsformen werden die Lernenden mit speziellen Bedürfnissen ebenfalls in den Regelklassen unterrichtet und durch Lehrpersonen mit einer Zusatzausbildung unterstützt.

Durch IF weniger Kinder in Kleinklassen

Einem Anstieg um 303 Kinder mit IF zwischen 2003/2004 und 2009/2010 steht eine Abnahme der Anzahl der Kinder in den Kleinklassen B und C im gleichen Zeitraum gegenüber. Zählten diese beiden Kleinklassentypen im Schuljahr 2003/2004 noch 709 Kinder, waren es im Schuljahr 2009/2010 mit 450 Kindern 259 Lernende weniger als damals. Die Kleinklassen B und C werden also zusehends von der Integrativen Förderung abgelöst. Dass die Zunahme bei der IF grösser war als die Abnahme bei den Kleinklassen kann damit zusammenhängen, dass bei der IF das Augenmerk auf allen besonderen Bedürfnissen liegt und sie somit auch Kindern zugute kommt, die zuvor an der Grenze zur Einteilung in eine Kleinklasse B waren, oder solchen mit besonderen Begabungen.

Tabelle 3.6
Nutzung der Förderangebote an öffentlichen Primarschulen seit 2003/2004
Kanton Luzern (Schulort)

	Total	Einschulungsklasse / Aufnahmeklasse	Integrative Förderung	Kleinklassen B / C	Integrative Sonderschulung
2003/2004	**1 088**	—	249	709	130
2004/2005	**1 067**	5	210	699	153
2005/2006	**1 487**	14	598	690	185
2006/2007	**1 381**	27	504	643	207
2007/2008	**1 357**	18	564	568	207
2008/2009	**1 335**	9	555	505	266
2009/2010	**1 309**	18	552	450	289

T4K03T08 LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden, Bildungs- und Kulturdepartement

1. Kleinklassen und Integrative Förderung

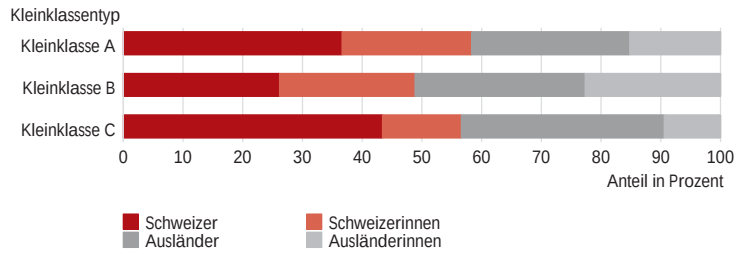
Mit Fördermassnahmen die Chancengerechtigkeit erhöhen

An der öffentlichen Schule werden verschiedene Fördermassnahmen umgesetzt. Die Kleinklassen B und C sind Angebote für Kinder mit Lern- beziehungsweise Verhaltensschwierigkeiten. An Primarschulen, wo die Integrative Förderung bereits eingeführt ist – im Schuljahr 2009/2010 traf dies in 58 Gemeinden im Kanton ganz, in zwölf weiteren teilweise zu –, werden diese Kinder in den Regelklassen unterrichtet. Dies ist auch bei den schulisch besonders leistungsstarken Kindern der Fall, die zusätzlich zum Regelunterricht Angebote zur Begabtenförderung besuchen können oder im Rahmen der integrativen Begabungs- und Begabtenförderung unterrichtet werden.
Für die sprachliche Integration der Lernenden mit Migrationshintergrund führen alle Schulen bei Bedarf das schulbegleitende Angebot Deutsch als Zweitsprache. Darüber hinaus gibt es für diese Kinder die Möglichkeit, einen Einschulungskurs oder eine Aufnahmeklasse zu besuchen. Neben den öffentlichen Schulen bieten auch private Schulen Unterricht für Lernende mit besonderen Bedürfnissen an. Dieses Zusammenspiel unterschiedlicher Schultypen ist einem starken Wandel unterworfen.
Im Schuljahr 2009/2010 erhielten 1'309 Kinder an öffentlichen Primarschulen eine zusätzliche Förderung. Rund drei Viertel davon waren entweder in einer Kleinklasse B oder C (450 Lernende) oder erhielten Integrative Förderung in Regelklassen (552 Lernende). Ebenfalls in Regelklassen unterrichtet wurden im Rahmen der Integrativen Sonderschulung 289 Kinder. 18 weitere Kinder besuchten im gleichen Schuljahr einen Einschulungskurs oder eine Aufnahmeklasse für Fremdsprachige (Tab. 3.5).

In Kleinklassen sind Knaben und Ausländerkinder übervertreten

Knaben machen jeweils die Mehrheit der Lernenden in Kleinklassen aus. Dies trifft vor allem auf die Kleinklassen A und C zu, wo sie im Schuljahr 2009/2010 rund zwei Drittel beziehungsweise rund drei Viertel der Lernenden stellten. Fast so zahlreich wie die Knaben waren die Mädchen in der Kleinklasse B; im Schuljahr 2009/2010 lag hier der Anteil der Mädchen bei 45,3 Prozent.
In den Kleinklassen übervertreten sind auch die Kinder ausländischer Staatsangehörigkeit. In der Kleinklasse B lag im Schuljahr 2009/2010 der Anteil

Abbildung 3.11
Lernende der Kleinklassen nach Herkunft (Heimat) und Geschlecht Schuljahr 2009/2010
Kanton Luzern (Schulort)



T4K03G11
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

der ausländischen Schülerinnen und Schüler über der 50-Prozent-Marke (51,2 %). Obschon in den zwei anderen Kleinklassentypen A und C die Schweizer Kinder im gleichen Schuljahr je die Mehrheit bildeten, war auch hier der Anteil ausländischer Kinder im Vergleich zu demjenigen der Regelklassen überdurchschnittlich hoch; er machte in beiden mehr als 40 Prozent aus (Regelklassen: 21,3 %). Wird hingegen in den verschiedenen Kleinklassentypen das Geschlechterverhältnis angeschaut, zeigen sich keine wesentlichen Unterschiede zwischen den Kindern verschiedener Nationalitäten.

Fremdsprachigenanteil variiert zwischen den Kleinklassen

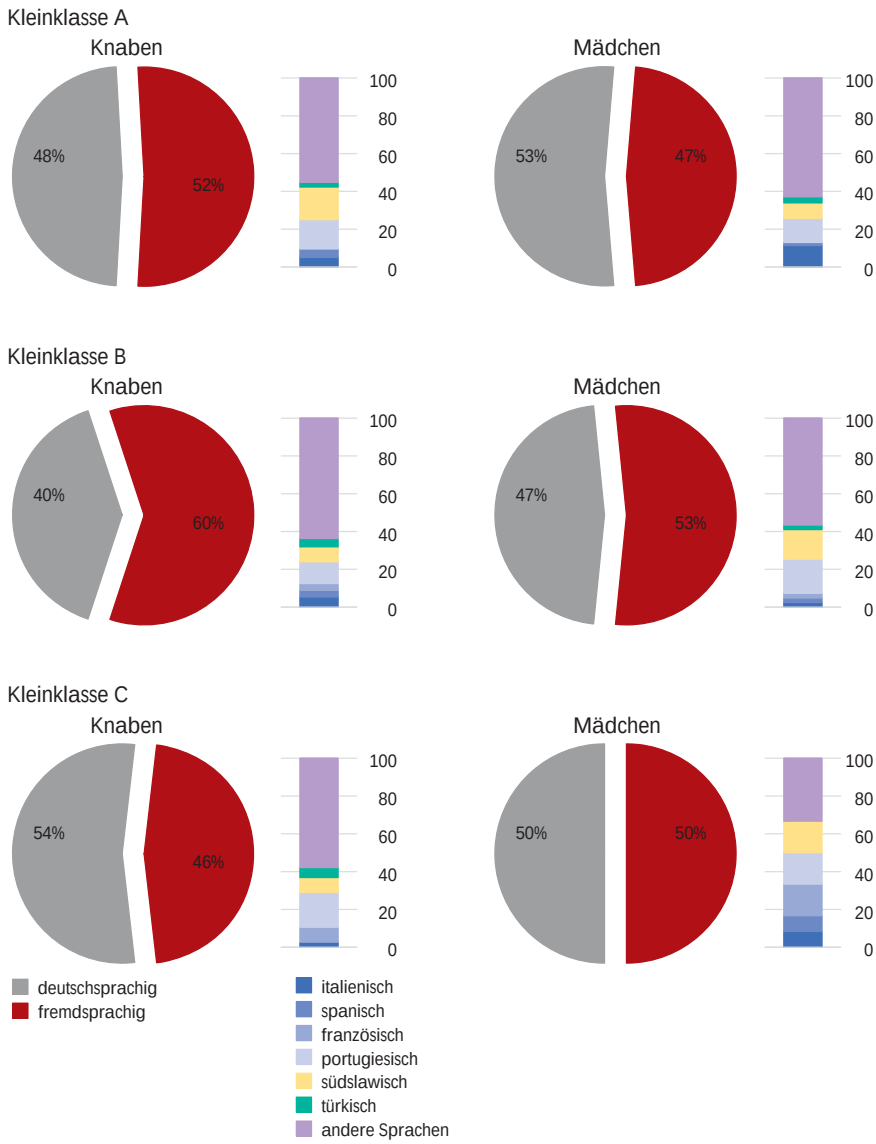
Im Schuljahr 2009/2010 waren 320 der 805 Lernenden in den Kleinklassen fremdsprachig, also knapp 40 Prozent. Zwischen den Kleinklassen sind Unterschiede festzustellen. Von den 355 Kindern der Kleinklasse A, dem Angebot für Schulanfängerinnen und Schulanfänger mit Entwicklungsverzögerungen, waren 42 Prozent fremdsprachig, in der Kleinklasse B, dem Angebot für Kinder mit Lernschwierigkeiten, die von 344 Kindern besucht wurde, rund 57 Prozent, in der Kleinklasse C, dem Angebot für Kinder mit einer Verhaltensbehinderung, etwa 48 Prozent. Die Sprachenvielfalt ist gross. Knapp zwei Drittel betrug der Anteil derjenigen Kinder, die eine andere Muttersprache hatten als Italienisch, Spanisch, Französisch, Portugiesisch, Südslawisch oder Türkisch. Da das Kleinklassenmodell abgeschafft werden soll, werden alle Fremdsprachigen in Zukunft in den Regelklassen unterrichtet.

Wie gut das Lesen wohl schon klappt?

Abbildung 3.12

Lernende der Kleinklassen nach Geschlecht und Muttersprache, Schuljahr 2009/2010

Kanton Luzern (Schulort)



T4K03G12

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

2. Separative und Integrative Sonderschulung für Kinder mit einer Behinderung

Auch im heilpädagogischen Bereich laufen Bestrebungen, betroffene Kinder – wenn es sinnvoll und möglich ist – mittels Integrativer Sonderschulung vermehrt in die Regelklassen einzubinden. Die Integrative Sonderschulung (IS) beinhaltet eine voll- oder teilzeitliche Integration von behinderten Kindern und Jugendlichen in eine Regelklasse der Primarschule.

Die Sonderpädagogik zielt auf Persönlichkeitsentwicklung

Die Luzerner Volksschule verfügt über ein breites sonderpädagogisches Angebot, ein Teil davon stellt die Sonderschulung dar. Kinder, die in der Regelschule nicht genügend gefördert werden können, oder starke Verhaltensschwierigkeiten haben, finden Aufnahme in die Sonderschule, wo sie entsprechend ihren Möglichkeiten und Bedürfnissen geschult und betreut werden können. Während sich die sonderpädagogischen Angebote in der Vergangenheit oft getrennt von den Regelklassen entwickelten, sollen sie in Zukunft in Form von Integrativer Sonderschulung vermehrt miteinander in Verbindung gebracht werden (DVS 2008: 5). Trotzdem wird es weiterhin von den Regelklassen getrennte Sonderschulen geben.

Kinder mit besonderen Bedürfnissen werden wenn immer möglich in den Regelklassen unterrichtet

Auf den 1. Januar 2008 ist die Sonderschulung im Zuge der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) in den Verantwortungsbereich der Kantone übergegangen. Das Sonderschulangebot wird seither als Verbundaufgabe von Kanton und Gemeinden getragen. Das kantonale Konzept für die Sonderschulung spricht sich dafür aus, das Potenzial der Lernenden wahrzunehmen und zu fördern. Ziel ist, die Persönlichkeit der Beteiligten zu stärken, um den konstruktiven Umgang mit den Defiziten zu erleichtern (ebd.).

Separative Sonderschulung

Körperlich-, geistig-, sinnes-, sprach- und verhaltensbehinderte Kinder, die auf Grund ihrer Behinderung nicht durch Integrative Sonderschulung dem Lehrplan der Regelklassen folgen können, werden in stufenübergreifenden Sonderschulen aufgenommen, zu denen auch der Heilpädagogische und der Sprachheilkindergarten sowie die Sprachheilklassen zählen. Von Geburt an bis zum Schuleintritt bildet die heilpädagogische Früherziehung eine ergänzende Massnahme. Im Kanton Luzern besuchten im Schuljahr 2009/2010 895 Lernende eine Sonderschule. 1990 waren 554 Kinder in der Sonderschule betreut worden. Im Jahr 2009 gab es nach Art der Behinderung

Tabelle 3.7

Lernende in Sonderschulen (öffentlich und privat) nach Art der Behinderung seit 1990/1991

Kanton Luzern (Schulort)

Schuljahr	Total Lernende	Nach Art der Behinderung					
		Schulbildungsfähige Geistigbehinderte	Praktisch bildungsfähige Geistigbehinderte	Verhaltensbehinderte	Hörbehinderte	Körperbehinderte/ Cerebralgelähmte	Schwermehrfachbehinderte
1990/1991	**554**	156	132	56	69	80	...
1991/1992	**580**	166	127	62	77	72	...
1992/1993	**606**	183	113	67	80	77	...
1993/1994	**608**	181	115	64	83	68	...
1994/1995	**649**	209	125	70	82	63	...
1995/1996	**665**	236	124	81	72	67	...
1996/1997	**667**	219	153	57	89	65	...
1997/1998	**704**	260	130	61	96	71	...
1998/1999	**659**	211	130	71	94	73	...
1999/2000	**670**	243	111	71	86	76	...
2000/2001	**683**	240	131	77	86	85	...
2001/2002	**718**	259	112	73	75	82	29
2002/2003	**764**	256	120	93	64	73	39
2003/2004	**866**	298	165	117	64	108	10
2004/2005	**862**	294	156	111	43	85	44
2005/2006	**875**	285	165	119	51	82	38
2006/2007	**893**	273	185	124	40	84	51
2007/2008	**876**	290	168	126	29	79	57
2008/2009	**880**	254	187	123	24	78	60
2009/2010	**895**	265	165	141	33	48	96

T4K03T09

LUSTAT STATISTIK LUZERN

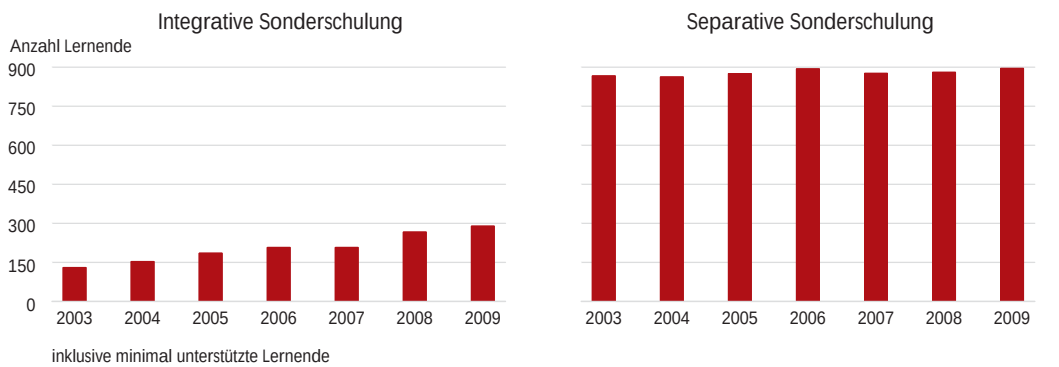
Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

unterschieden 265 schulbildungsfähige geistigbehinderte, 165 praktisch bildungsfähige geistigbehinderte, 141 verhaltensbehinderte, 33 hörbehinderte, 48 körperbehinderte/cerebralgelähmte und 96 schwermehrfachbehinderte Lernende an den Sonderschulen. Schulbildungsfähige geistigbehinderte Kinder machen die grösste Gruppe in den Sonderschulen aus, insgesamt ist ihr Anteil aber rückläufig, von etwa einem Drittel in den Vorjahren auf knapp 30 Prozent. Ein Grund hierfür liegt darin, dass schulbildungsfähige Kinder vermehrt in Regelklassen integriert werden können.

Integrative Sonderschulung nimmt zu

Das im Behindertengleichstellungsgesetz verankerte Prinzip der Normalisierung strebt die Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in die Regelklassen an. Die Integrative Sonderschulung bezieht sich auf Lernende mit einer Behinderung, die in eine Regelklasse integriert werden, wenn dies eine angemessene Förderung ermöglicht.
Bereits seit zehn Jahren werden im Kanton Luzern Kinder mit einer Behinderung in Regelklassen integriert. In den letzten Jahren ist die Zahl der integrativ geschulten Kinder mit einer Behinderung stetig gewachsen. Während diese im Schuljahr 2003/2004 noch 130 betrug, lag sie im Schuljahr 2009/2010 bereits bei 289. 149 mussten nur minimal unterstützt werden, weil bei ihnen die Beeinträchtigung teilweise mit technischen Hilfsmitteln, beispielsweise einem Hörgerät, behoben werden konnte. Der Unterstützungsbedarf der anderen 140 Kinder war grösser, sie erhielten während mindestens drei Lektionen in der Woche eine zusätzliche, behinderungsspezifische heilpädagogische Betreuung.

Abbildung 3.13
Integrative und separative Sonderschulung seit 2003/2004
Kanton Luzern (Schulort)



T4K03G13

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: Bildungs- und Kulturdepartement, BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

Im Jahr 2009 wurden Kinder mit einer Behinderung in 57 Gemeinden aus allen Planungsregionen integrativ geschult. Mit der Einschulung am Wohnort soll die soziale Integration der Kinder gestärkt werden. Auch den Regelschülerinnen und Regelschülern kommt der Umgang mit schwächeren oder behinderten Kindern zugute; nebst der Erhöhung der sozialen Kompetenzen wird ein Abbau von Berührungsängsten und Vorurteilen erwartet.
Die Gegenüberstellung der jüngsten Entwicklung der Lernendenzahlen mit Integrativer Sonderschulung und in Sonderschulen zeigt noch keine sichtbare Korrelation. Zwar nahm die Zahl der integrativ geschulten Kinder zu, diejenige der separativ betreuten Kinder ist jedoch nicht im gleichen Masse zurückgegangen. In Schulen, die schon länger Erfahrungen mit den integrativen Schulungsformen sammeln, zeigt sich aber eine Konstanz bei der Anzahl der Kinder mit integrativer Sonderschulung. Der Prozess der Umstellung verläuft langsam und beginnt von unten nach oben: Von den 140 IS-Lernenden mit grösserem Unterstützungsbedarf entfallen etwa vier Fünftel auf den Kindergarten und die ersten zwei Primarschuljahre, rund ein weiteres Sechstel auf das dritte und vierte Bildungsjahr.

D LEHRKRÄFTE

1. Betreuungsverhältnisse

Kinder fürs Lernen zu begeistern – dies ist laut Berufsbild der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz (PHZ) eine der Hauptaufgaben der Lehrerinnen oder Lehrer auf der Primarstufe. Der Lehrberuf umfasst neben den pädagogischen auch viele beratende und administrative Tätigkeiten, wie Gespräche mit Eltern, Fachpersonen und Behörden oder Aufgaben im Rahmen der Schulorganisation. Insgesamt hat sich der Lehrberuf in gewissen Bereichen stark gewandelt. Mit der Pluralisierung der Lebensbedingungen veränderten sich die erzieherischen Rahmenbedingungen, die vermittelten Wissensinhalte und die Formen der Wissensvermittlung. Durch neue pädagogische Konzepte und Veränderungen der Schulorganisation wurde etwa die Teamarbeit von verschiedenen Lehrpersonen im Laufe der Zeit immer wichtiger.

In Kindergarten und Primarschule ist der Frauenanteil gross

An den öffentlichen Schulen im Kanton Luzern unterrichteten im Schuljahr 2009/2010 insgesamt 3'677 Lehrerinnen und Lehrer auf der Kindergarten- und der Primarstufe sowie an den Sonderschulen. Auf allen drei Stufen sind die Lehrpersonen mehrheitlich weiblichen Geschlechts. Im Kindergarten waren 415 von 418 Lehrpersonen Frauen, auf der Primarstufe 2'380 von 2'873 respektive 82 Prozent und in Sonderschulen 333 von 386 respektive 86 Prozent. Über die letzten sieben Jahre hat sich der Frauenanteil in den Kindergärten kaum verändert, nie waren es in dieser Zeit mehr als drei Männer. Auf der Primarstufe hat der Anteil der Frauen etwas zugenommen, 2003/2004 lag er noch bei 78,4 Prozent, 2009/2010 waren es 82,8 Prozent. In den Sonderschulen verhält es sich ähnlich. Seit dem Schuljahr 2007/2008 bilden die Frauen ungefähr 86 Prozent der Lehrkräfte, davor lag der Anteil etwas tiefer (2003/2004: 83,3 %).

Das Betreuungsverhältnis variiert zwischen den Schularten

Das Betreuungsverhältnis bezeichnet das Verhältnis der Zahl der Lernenden auf einer bestimmten Stufe und der Zahl der Vollzeitäquivalente, die für die Betreuung dieser Lernenden eingesetzt werden. Vollzeitäquivalente sind auf Vollzeitstellen umgerechnete Anstellungen. Diese Betreuungsquote kann für

Der Lehrberuf auf Primarstufe entwickelt sich immer mehr zu einem Frauenberuf, im Bild Lernende der Pädagogischen Hochschule

jede Stufe der öffentlichen Schule ausgewiesen werden. So verzeichnete im Schuljahr 2009/2010 durchschnittlich der Kindergarten am meisten Kinder pro Vollzeitstelle, nämlich 17,6. Auf Primarstufe waren es in Regelklassen 16,0 und in Kleinklassen 8,2 Kinder pro Vollzeitstelle. In den Sonderschulen wurden die Mädchen und Knaben ihren Bedürfnissen entsprechend besonders eng begleitet; im Jahr 2009 kamen hier 2,7 Kinder auf eine Vollzeitstelle. Das Betreuungsverhältnis an den öffentlichen Primarschulen des Kantons Luzern ist (14,7) etwas höher als im schweizerischen Durchschnitt (15,5).

2. Altersstruktur und Lehrkräftebedarf

Vier von zehn Lehrpersonen sind fünfzig Jahre alt und älter

In der Altersstruktur des Lehrkörpers an den öffentlichen Schulen im Kanton Luzern fallen Unterschiede zwischen den Geschlechtern auf. Von den 549 Männern, die im Schuljahr 2009/2010 an den öffentlichen Kindergärten, Primarschulen und Sonderschulen des Kantons unterrichteten, waren 242 im Alter von 50 oder mehr Jahren (44,1 %). Unter 35 Jahren waren 26,8 Prozent der Lehrer, aber 37,4 Prozent der Frauen. Der Anteil der 50 Jahre und älteren Frauen lag bei 26,9 Prozent, also deutlich unter jenem der Männer.

Tabelle 3.8

Lehrpersonen an öffentlichen Kindergärten, Primarschulen und Sonderschulen nach Geschlecht und Alter, Schuljahr 2009/2010

Kanton Luzern (Schulort)

Schulstufen	Total	Davon Frauen		Nach Altersklasse in %								
		absolut	in %	< 25	25–29	30–34	35–39	40–44	45–49	50–54	55–59	60+
Total	**3 677**	**3 128**	**85,1**	**6,0**	**15,7**	**14,2**	**9,9**	**12,7**	**12,1**	**14,3**	**11,2**	**4,0**
Kindergarten	**418**	**415**	**99,3**	**6,9**	**23,0**	**14,1**	**14,1**	**13,2**	**11,0**	**8,6**	**8,4**	**0,7**
Primarstufe	**2 873**	**2 380**	**82,8**	**5,5**	**15,8**	**15,0**	**9,2**	**12,6**	**11,6**	**14,9**	**11,2**	**4,2**
Regelklasse	2 418	1 961	81,1	6,4	17,5	15,8	9,6	12,9	11,1	13,3	9,8	3,7
Kleinklasse	131	111	84,7	0,8	9,2	12,2	6,1	12,2	13,7	22,1	15,3	8,4
Fachlehrkräfte	324	308	95,1	0,9	5,9	9,6	8,0	10,8	14,5	23,8	20,1	6,5
Sonderschule	**386**	**333**	**86,3**	**8,3**	**6,5**	**8,8**	**10,1**	**13,2**	**17,1**	**16,1**	**14,0**	**6,0**

T4K03T10

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BFS / LUSTAT Lehrkräftestatistik

Tabelle 3.9

Stellen und Betreuungsverhältnisse an öffentlichen Kindergärten, Primar- und Sonderschulen, Schuljahr 2009/2010

Kanton Luzern (Schulort)

Schulstufen	Stellen Total	Beschäftigungsgrad in %			Vollzeit-äquivalente	Betreuungsverhältnisse	
		90+	50-89	<50		VZÄ pro Klasse	Lernende pro VZÄ
Total	**4 654**	**18,3**	**28,4**	**53,3**	**2 315**	**1,4**	**13,0**
Kindergarten	**419**	**23,2**	**38,4**	**38,4**	**257**	**1,0**	**17,6**
Primarstufe	**3 638**	**18,9**	**28,2**	**52,9**	**1 828**	**1,4**	**13,6**
Regelklasse	2 526	26,0	32,7	41,4	1 505	1,2	16,0
Kleinklasse	211	10,9	35,1	54,0	98	1,1	8,2
Fachlehrkräfte	901	1,1	14,1	84,8	225	...	...
Sonderschule	**597**	**11,2**	**22,4**	**66,3**	**231**	**2,2**	**2,7**

T4K03T11

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BFS / LUSTAT Lehrkräftestatistik, BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

Die Altersstruktur des Lehrkörpers unterscheidet sich nach Schulstufe und Schultyp

Die Lehrpersonen der Kindergärten und der Regelklassen der Primarschule waren im Schuljahr 2009/2010 deutlich jünger als die Fachlehrkräfte der Primarschule und die Lehrpersonen der Kleinklassen. In den Kindergärten waren 30 Prozent der Lehrkräfte unter 30 Jahre alt, in den Regelklassen 24 Prozent, in Kleinklassen 10 Prozent. Bei den Fachlehrerinnen und -lehrern waren es 7 Prozent. 50 Prozent der Fachlehrerschaft und 46 Prozent der Lehrpersonen in Kleinklassen waren 50 Jahre oder älter. Hingegen wird nur jede vierte Regelklasse von einer Lehrpersonen dieser Altersklasse unterrichtet und nur jede sechste Kindergartenklasse. An den Sonderschulen ist die Struktur der Lehrerschaft mit 15 Prozent unter 30-Jährigen und 36 Prozent über 50-Jährigen jünger als an Kleinklassen, aber etwas älter als in Regelklassen. Mit der Einführung des Bildungsweges via Gymnasium und Pädagogische Hochschule wird sich das Berufseintrittsalter der Lehrpersonen auf Kindergarten- und Primarstufe anheben. Bei Fachlehrkräften und Lehrpersonal der Kleinklassen und Sonderschulen ist dies bereits so. Um an einer Sonderschule Kleinklasse unterrichten zu können, wird neben Berufserfahrung und eine heilpädagogische Ausbildung vorausgesetzt. Fachlehrkräfte mussten, als die Ausbildung noch im Seminar stattfand, eine Zusatzausbildung absolvieren. Damit treten sie ihre Funktion in einem höheren Alter an.

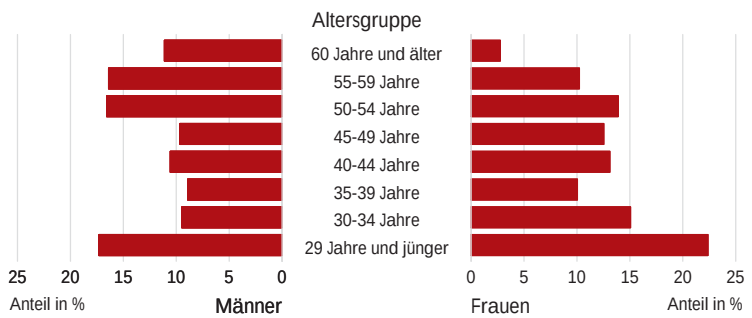
Lehrkräftebedarf

Da ab 2015 an Kindergärten und Primarschulen mehr Kinder zu unterrichten sein werden als heute, wird auch der Lehrkräftebedarf ansteigen. Unter der Annahme gleich bleibender Betreuungsverhältnisse wie heute in den Regelklassen (16 Kinder pro Vollzeitäquivalent, ohne Fachlehrkräfte) müssten in der Primarschule im Jahr 2025 etwas über 110 Vollzeitstellen mehr als heute besetzt werden können. Damit ist ein Rekrutierungsbedarf gegeben, der sich bei der gegebenen Altersstruktur der Primarlehrkräfte, der Tendenz zu immer mehr Frühpensionierungen und dem derzeitig hohen Anteil an Teilzeitstellen allein aus den erwarteten neuen Abschlüssen an der Pädagogischen Hochschule wohl nicht wird decken lassen. Nach 2030 dürfte sich die Situation entschärfen.

Abbildung 3.14

Lehrkräfte nach Altersgruppe und Geschlecht an den öffentlichen Kindergärten, Primarschulen und Sonderschulen, Schuljahr 2009/2010

Kanton Luzern (Schulort)



T4K03G16

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BFS / LUSTAT Lehrkräftestatistik

E SYNTHESE

Kindergarten

Im Schuljahr 2009/2010 besuchten fast 5'000 Mädchen und Knaben im Kanton Luzern einen Kindergarten, etwa 1'000 weniger als zehn Jahre zuvor. Das Durchschnittsalter beim Eintritt in den Kindergarten ist im gleichen Zeitraum stetig gesunken. Der Anteil der Kinder, die beim Kindergarteneintritt fünf Jahre alt sind, verdoppelte sich beinahe auf knapp 80 Prozent. Rund ein Viertel der Kinder besucht den Kindergarten während zweier Jahre.

Primarschule

An den Luzerner Primarschulen wurden im Schuljahr 2009/2010 rund 25'000 Kinder unterrichtet. Die Schülerzahlen auf dieser Stufe entwickeln sich parallel zur Bevölkerung der entsprechenden Altersjahre. In den vergangenen fünf Jahren nahmen die Schülerzahlen jährlich um 500 bis 1'000 Kinder ab. Dieser Trend ist derzeit unterbrochen.

Sprachliche Heterogenität

Im Kindergarten und in der Primarschule nimmt die sprachliche Heterogenität der Kinder zu. Im Schuljahr 2009/2010 lag der Fremdsprachigenanteil im Kindergarten bei gegen 25 Prozent. In den öffentlichen Primarschulen stieg der Fremdsprachigenanteil seit Mitte der 1990er-Jahre von rund 16 Prozent auf 22 Prozent, wobei grosse regionale Unterschiede bestehen.

Kinder mit besonderen Bedürfnissen

Die Integrative Förderung und die Integrative Sonderschulung gewinnen an Bedeutung. Die Kleinklassen werden aus der Bildungslandschaft verschwinden. Im Schuljahr 2009/2010 wurden 550 Kinder an der Primarschule integrativ gefördert und 290 durch Integrative Sonderschulung. Weitere fast 900 Kinder werden in Sonderschulen betreut. Logopädische oder psychomotorische Betreuung erhielten rund 2'200 beziehungsweise 1'020 Kinder.

Lehrkräfte

An öffentlichen Kindergärten und Primarschulen im Kanton Luzern unterrichteten im Schuljahr 2009/2010 rund 3'000 Lehrpersonen mit 1'875 Vollzeitäquivalenten (ohne Fachlehrkräfte), in Sonderschulen 390 mit 230 VZÄ . Die Lehrerinnen bilden auf allen Stufen die Mehrheit. Von den Lehrerinnen waren 27 Prozent über 50 Jahre alt, von den Lehrern 44 Prozent. Fluktuationen durch Pensionierungen, andere Abgänge und der Anstieg der Kinderzahlen führen zu einem permanenten Erneuerungsbedarf. Für die Primarschulen müssten 2025 etwas über 110 Vollzeitstellen mehr besetzt sein als heute.

Räumliche Entwicklungen

An Schülerintensität am stärksten eingebüsst haben in den letzten 20 Jahren die Regionen im Westen des Kantons. Unter dem Durchschnitt liegen die Werte auch in Sursee, während in der gesamten Sempachersee-Region sowie in Teilen des Rontals und des Seetals die Schülerintensität über dem Kantonsdurchschnitt liegt und gegenüber 1990 deutlich angestiegen ist.

Erwartete Entwicklungen

Wird der zweijährige Kindergartenbesuch wie derzeit genutzt, werden bis 2025 etwa 5'750 Kinder im Kindergarten zu betreuen sein. Bei verstärkter Tendenz des zweijährigen Kindergartenbesuchs aufgrund des geplanten Angebotsobligatoriums sind bis zu 6'650 Kinder oder mehr zu erwarten. Auf der Primarschulstufe ist nach einer Abnahme bis 2012 mit einem Wiederanstieg an Kindern bis 2025 zu rechnen. Nach einer Stagnation bis 2030 auf einem Niveau von rund 27'500 zeichnet sich auch hier ein Rückgang ab.

2009 wurde das totalsanierte Oberstufenzentrum Tribschen in der Stadt Luzern eröffnet

4. KAPITEL

EIGNUNG, NEIGUNG UND ERSTE WAHL – DIE SEKUNDARSTUFE I

A SEKUNDARSTUFE I

1. Entwicklung der Sekundarstufe I
2. Organisation
3. Datengrundlage und Abgrenzungen

B DER RICHTIGE SCHULTYP FÜR ALLE

1. Das Angebot und die Nachfrage
2. Übertritte als wichtige Weichenstellung
3. Durchlässigkeit, Chancengerechtigkeit und Schulerfolg

C DER LEHRKÖRPER

D SYNTHESE

A SEKUNDARSTUFE I

1. Entwicklung der Sekundarstufe I

Die Sekundarstufe I bildet die Abschlussphase der obligatorischen Schulzeit. Sie schliesst an die sechsjährige Primarschule an und umfasst das 7. bis 9. Schuljahr. In dieser Zeit werden wichtige Grundlagen für den weiteren Bildungs- und den späteren Berufsweg gelegt. Die Jugendlichen auf der Sekundarstufe I stehen an der Schwelle zum Erwachsensein. Sie beginnen sich mit ihrer Identität, mit ihrer Zukunft sowie mit eigenen Lebensentwürfen vertiefter auseinanderzusetzen. Auf dieser Schulstufe werden deshalb nicht nur Lerninhalte vermittelt, sondern es werden im Sinne einer ganzheitlichen Persönlichkeitsentwicklung auch die Eigenverantwortung und Selbstständigkeit im Denken und Handeln gefördert (AVS 2002: 2).

Sekundarschule im Wandel

Bereits um die Wende zum 20. Jahrhundert verfügten die meisten Kantone über Angebote im Sekundarschulbereich (Marcacci/Grunder 2006). Sie richteten sich an diejenigen Jugendlichen, die ihre Ausbildung nach den sechs Jahren der Primarschule noch erweitern wollten. Der Unterschied zur Primarschule bestand hauptsächlich darin, dass eine oder zwei Fremdsprachen gelehrt wurden, aber – im Unterschied zu den Gymnasien und Progymnasien – kein Latein. Ziel war gleichermassen eine gute Allgemeinbildung und die Vorbereitung auf das praktische Leben. Wie andernorts war der Besuch auch im Kanton Luzern bis ins 20. Jahrhundert hinein freiwillig.

Heute ist in der Arbeitswelt ein guter Abschluss auf Sekundarstufe I zum Minimalstandard geworden. Im Zeichen der Bildungsexpansion werden darüber hinaus vermehrt weiterführende und höhere Bildungswege angestrebt. Vor dem Hintergrund der Pluralisierung der Lebensverhältnisse und -entwürfe sowie den damit einhergehenden neuen Anforderungen an die Jugendlichen sind die Bildungsverantwortlichen herausgefordert, das Angebot und die Strukturen permanent zu überprüfen und anzupassen (AVS 2002: 3f.). Allein in den letzten zehn Jahren wurden zwei grosse strukturelle Reformen durchgeführt:

Die erste war, auf das Schuljahr 1999/2000 hin, die Schaffung des Kurzzeitgymnasiums. Das Kurzzeitgymnasium eröffnet den Jugendlichen die Möglichkeit, statt wie bis anhin nach der 6. Klasse erst nach zwei oder drei Jahren Sekundarschule ins Gymnasium zu wechseln. Damit können sie die Entscheidung über die Wahl des gymnasialen Ausbildungswegs später fällen und die Schule in Wohnortsnähe länger besuchen. Das war teilweise auch früher möglich, aber nicht in dieser Form.

Das zweite Reformprojekt bestand in der schrittweisen Ablösung der ehemaligen Werk-, Real- und Sekundarschule durch verschiedene Leistungsniveaus. Die Sekundarschule wurde in die Niveaus A und B überführt, die Realschule ins Niveau C sowie die Werkschule ins Niveau D. Das Niveau A steht besonders leistungsstarken Schülerinnen und Schülern offen; es bereitet vor allem auf das Kurzzeitgymnasium vor und stellt eine Alternative zur sofortigen Aufnahme des gymnasialen Ausbildungswegs im Langzeitgymnasium dar. Im Niveau D sollen leistungsschwächere Lernende die Ziele der Sekundarstufe I erreichen. Als Folge der Einführung der Integrativen Förderung an der Primarschule und mit dem Wegfall der Kleinklassen wird das Niveau D spätestens ab dem Schuljahr 2014/2015 der Vergangenheit angehören. Jugendliche mit Lern- oder Verhaltensschwierigkeiten werden im Rahmen der Integrativen Förderung, das heisst mit heilpädagogischer Unterstützung, im Niveau C unterrichtet. Mit der Einführung der Niveaus und der Möglichkeit niveaugemischter Schulmodelle wurde auch eine Erhöhung der Durchlässigkeit innerhalb der Sekundarstufe I angestrebt. Dasselbe Ziel wurde mit der Schaffung des Kurzzeitgymnasiums im Schuljahr 1999/2000 für die Übertritte von der Sekundarschule ins Gymnasium verfolgt.
Die Umgestaltung der Sekundarstufe I erfolgte im Rahmen des Projekts Weiterentwicklung der Sekundarstufe I. Das Projekt verfolgte das Ziel, die jungen Menschen im Rahmen eines im ganzen Kanton qualitativ vergleichbaren, wohnortsnahen Bildungsangebots ihren Bedürfnissen und Ansprüchen entsprechend schulisch zu fördern. Konkretisiert wurde diese Zielsetzung durch verschiedene weitere Massnahmen, so beispielsweise mit neuen Formen der Beurteilung der Schülerinnen und Schüler sowie dem Projektunterricht im 9. Schuljahr, der den Lernenden mehr Möglichkeiten bietet, den Lernprozess selbst mitzugestalten.

Auf der Sekundarstufe I stehen die Jugendlichen auf der Schwelle zum Erwachsenensein und beginnen sich mit eigenen Lebensentwürfen auseinanderzusetzen

2. Organisation

Rechtliche Grundlagen

Die Niveaus A, B, C und D der Sekundarstufe I gehören zur Volksschule, die im Gesetz über die Volksschulbildung mit Verordnung (SRL Nr. 400a respektive 405) geregelt ist. Der in der obligatorischen Schulzeit liegende Teil des Gymnasiums gehört ebenfalls zur Sekundarstufe I, wird jedoch der Gymnasialbildung zugeordnet und unterliegt dem entsprechenden Gesetz mit Verordnung (SRL Nr. 501 respektive 502).
Spezifischere Bestimmungen finden sich in zusätzlichen Verordnungen. Der Übertritt von der Primarstufe in die Sekundarstufe I ist in der Verordnung über die Übertrittsverfahren in der Volksschule geregelt (SRL Nr. 405b). Die Verordnung über die Beurteilung der Lernenden in der Volksschule (SRL Nr. 405a) regelt die Leistungsbeurteilung der Lernenden und die damit verbundene Versetzung in eine höhere Klasse sowie die Durchlässigkeit auf der Sekundarstufe I. Als heilpädagogisches Angebot untersteht das Niveau D der Sekundarstufe I den Bestimmungen über die Förderangebote der Volksschule (Verordnung SRL Nr. 406). Bei Bedarf stellt die Volksschule den Lernenden weitere schulische Dienste zur Verfügung. Zu diesen gehören die schulpsychologischen Dienste, pädagogisch-therapeutische Dienste (Verordnung über die Schuldienste SRL Nr. 408), schulärztliche und schulzahnärztliche Dienste (Gesundheitsgesetz SRL Nr. 800) sowie die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung.

Die Organisation der Sekundarstufe I im Kanton Luzern

Die Sekundarstufe I besteht im Kanton Luzern heute aus der Sekundarschule mit den vier Niveaus A, B, C und D sowie den ersten drei Jahren des Langzeitgymnasiums und dem ersten Jahr des Kurzzeitgymnasiums; letztere sind Teil der Gymnasialbildung, auf die im Kapitel 6 eingegangen wird.
Die 87 Luzerner Gemeinden sind zu 40 Sekundarschulkreisen mit 46 Schulstandorten zusammengefasst. Die Lernenden werden aufgrund ihres Wohnortes einem dieser Schulkreise zugewiesen. Für den Besuch einer Schule ausserhalb des ordentlichen Schulkreises braucht es die Bewilligung der Schulpflege des Wohnorts des Lernenden (SRL Nr. 400a, Art. 35 Abs. 6). Die Bildung der Schulkreise der Sekundarschule obliegt dem Regierungsrat. Die Wahl des Modells hingegen, nach dem die Sekundarschule organisiert wird, liegt in der Kompetenz der Schulpflege (AVS 2002: 11ff.).
Das Langzeitgymnasium wird an den Standorten Beromünster, Hochdorf, Luzern, Sursee und Willisau angeboten, das Kurzzeitgymnasium an denselben Standorten ausser Beromünster, und zusätzlich in Schüpfheim und Ebikon (St. Klemens).

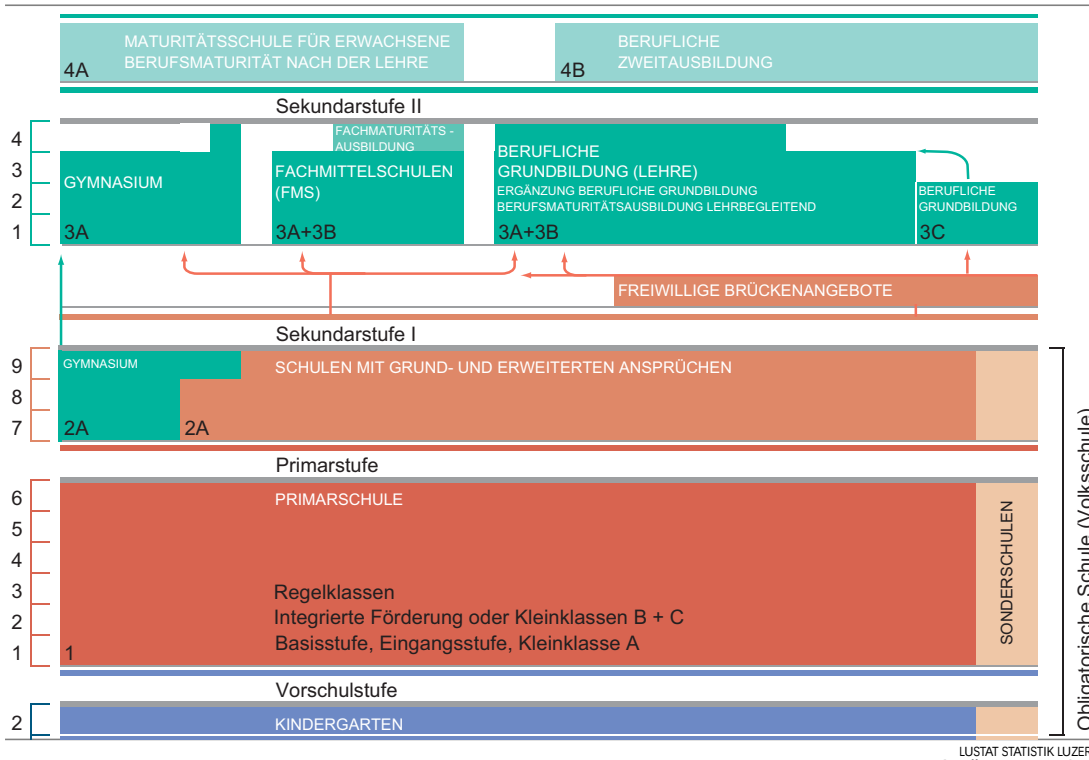
Die Grundmodelle der Sekundarschule

Das Gesetz über die Volksschulbildung beschreibt drei Grundmodelle der Organisation der Sekundarschule: ein typengetrenntes, ein kooperatives und ein integriertes (SRL Nr. 400a, Art. 6 Abs. 2):

- In den typengetrennten Modellen werden die Niveaus je in eigenen Klassen geführt.
- Kooperative Modelle sind so ausgestaltet, dass Stammklassen der Niveaus einzeln oder kombiniert geführt werden und die Lernenden in den Fächern Deutsch, Englisch, Französisch und Mathematik in Niveaukursen unterrichtet werden.
- Im integrierten Modell sind in den Stammklassen Lernende aller Niveaus gemischt; in den Fächern Deutsch, Englisch, Französisch, Mathematik und Naturlehre gibt es auch in diesem Modell leistungsdifferenzierte Niveaukurse.

Luzern gehört zu den Kantonen in der Schweiz, in denen auf der Sekundarstufe I Modellvielfalt besteht. Je nach Grösse der Gemeinde beziehungsweise des Schulkreises können an einem Sekundarstufen-Schulstandort unterschiedliche Modellvarianten umgesetzt werden; typengetrennte Modelle lassen sich nur in grossen Schulkreisen umsetzen, für mittlere und kleine Schulkreise dagegen eignen sich nur die beiden anderen Varianten.

Abbildung 4.1
Die Einbettung der Sekundarstufe I im Bildungssystem (Gesamtdarstellung vgl. Kapitel 2)
Kanton Luzern



LUSTAT STATISTIK LUZERN
Quelle: EDK – LUSTAT

3. Datengrundlage und Abgrenzungen

Lernende

Als Lernende werden in diesem Kapitel in erster Linie Schülerinnen und Schüler ausgewiesen, die den Unterricht an einer öffentlichen oder privaten Schule des Kantons Luzern auf der Sekundarstufe I in den Niveaus A/B/C/D besuchen. Bei spezifischen Fragestellungen wie Übertritte und Durchlässigkeit werden die Auswertungen auf die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten der Sekundarstufe I ausgedehnt, also auf die Schülerinnen und Schüler in den ersten drei Jahren des Langzeitgymnasiums oder im ersten Jahr des Kurzzeitgymnasiums.

Lehrpersonen und Stellen

Es werden Haupt- und Fachlehrpersonen in den Niveaus A/B/C/D der Sekundarschule ausgewiesen (ohne Lehrkräfte an Gymnasien).
Um die Doppelzählung der Lehrpersonen mit mehreren Anstellungen zu vermeiden, werden in der Auswertung nach Lehrpersonen-Kategorien nur die höchsten Pensen berücksichtigt. Auch für die Zuweisung zu einer Schulstufe sind wiederum die höchsten Pensen ausschlaggebend.
Für die Berechnung der Vollzeitäquivalente werden dagegen alle Pensen (auch die Kleinstpensen) berücksichtigt. Wenn Lehrpersonen auf unterschiedlichen Schulstufen unterrichten, werden die Teilpensen den entsprechenden Schulstufen zugewiesen.

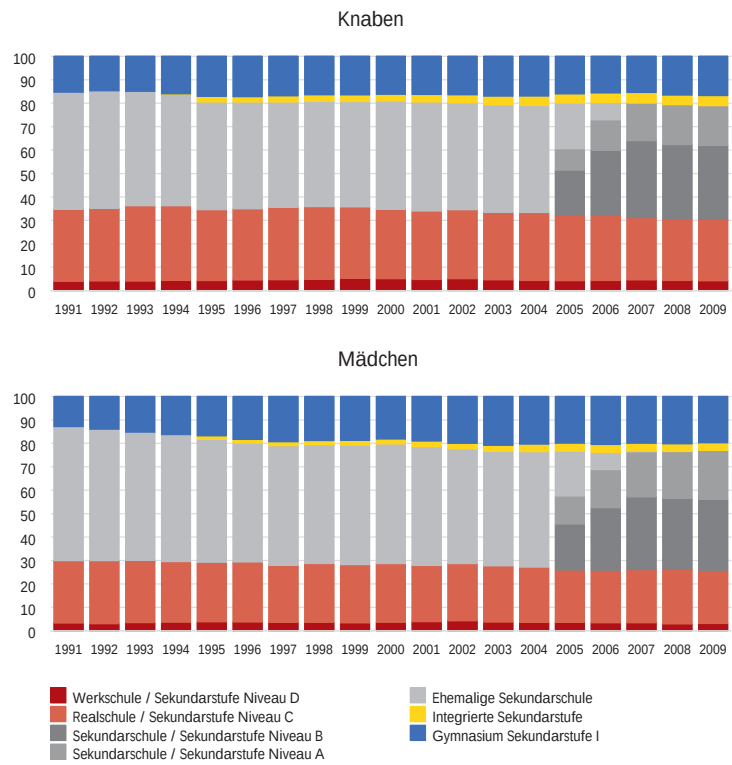
Mit den Schulreformen auf der Sekundarstufe I soll die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Niveaus vergrössert werden

B DER RICHTIGE SCHULTYP FÜR ALLE

1. Das Angebot und die Nachfrage

Im Schuljahr 2009/2010 besuchten im Kanton Luzern 14'645 Jugendliche die Sekundarstufe I. Von diesen wurden 2'774 im Niveau A unterrichtet (18,9 %), 4'522 im Niveau B (30,8 %), 3'586 im Niveau C (24,5 %), 534 im Niveau D (3,6 %). 551 Lernende waren in der integrierten Sekundarstufe (3,8 %); bei diesem Typ besuchen die Lernenden eine gemeinsame Stammklasse, belegen aber einzelne Fächer auf unterschiedlichen Niveaustufen. Weitere 2'671 besuchten das Gymnasium auf Sekundarstufe I (inkl. erstes Schuljahr des Kurzzeitgymnasiums) (18,2 %), und 7 Jugendliche verfolgten im Rahmen einer Aufnahmeklasse, eines Integrationskurses für Ausländerinnen und Ausländer oder eines Time-Out-Angebots einen besonderen Lehrplan. Die Verteilung auf unterschiedliche Anforderungsniveaus hat sich im letzten Jahrzehnt leicht zu Gunsten der anspruchsvolleren Niveaus entwickelt.

Abbildung 4.2
Lernende der Sekundarstufe I nach Schultyp und Geschlecht seit 1991/1992
Kanton Luzern (Schulort)



T4K04G07

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

Weichen für die weitere Bildungslaufbahn

Auf der Sekundarstufe I werden die ersten Weichen für den weiteren, nachobligatorischen Bildungsweg gestellt. Im Niveau A wird eine vertiefte Allgemeinbildung vermittelt; es ist primär auf den Übertritt in eine weiterführende Schule, beispielsweise das Kurzzeitgymnasium, ausgerichtet. Das Niveau B führt zu einer umfassenden Bildung und zielt auf eine anspruchsvolle Berufslehre oder eine weiterführende Schule (z. B. Fach- oder Wirtschaftsmittelschule) ab. Auf dem Niveau C stehen alltags- und erfahrungsorientierte Lerninhalte im Vordergrund; es soll zu einer Berufslehre mit Fähigkeitszeugnis führen. Die Lernenden des Niveaus D werden vor allem praktisch gefördert; je nach ihren Fähigkeiten können sie eine Berufslehre oder eine berufliche Grundbildung mit Attest aufnehmen. Im Prinzip steht es den Jugendlichen aller Niveaus frei, welchen Bildungsweg sie nach der obligatorischen Schule anstreben. Doch sowohl beim Übertritt ins Gymnasium als auch bei der Zulassung zu einzelnen Berufsausbildungen wird der vorgängige Besuch eines bestimmten Niveaus vorausgesetzt.

Die Verteilung der Unterrichtszeit und der Fächer widerspiegeln die Scharnierfunktion der Sekundarstufe I zwischen Allgemeinbildung und beruflicher Orientierung (BKD 2008a, b). Die Fächertafeln der Niveaus A, B, C und D sind zwar grundsätzlich identisch, es gibt aber Unterschiede bei der Anzahl der Lektionen pro Fach oder Fächergruppe sowie bei den Pflicht- und Wahlfächern. Über alle Schuljahre der Sekundarstufe I hinweg gesehen haben Lernende in den Niveaus A bis C mehr Pflichtlektionen in allgemeinbildenden Fächern. Die Jugendlichen im Niveau D haben insgesamt mehr Lektionen in der Fächergruppe Gestaltung und Musik, bei den Sprachen konzentrieren sich die Lektionen stärker auf den Deutschunterricht.

Profile für Schultypen nach der Primarschule

	Niveau A*	Niveau B*	Niveau C**	Niveau D***	Langzeitgymnasium
Voraussetzung Ende Primarschule (in 5. Klasse und 1. Semester 6. Klasse)	Notendurchschnitt 5,0 in den Fächern Deutsch, Mathematik, Mensch & Umwelt	Notendurchschnitt 4,5 in den Fächern Deutsch, Mathematik, Mensch & Umwelt	Notendurchschnitt 4,0 in den Fächern Deutsch, Mathematik, Mensch & Umwelt; mit reduzierten Lernzielen in max. 1 Fach	Besuch der Kleinklasse B; mit reduzierten Lernzielen in der 5./6. Klasse in mehr als 1 Fach	Notendurchschnitt 5,2 in den Fächern Deutsch, Mathematik, Mensch & Umwelt
Anspruchsniveau	vertiefte Allgemeinbildung	umfassende Bildung	alltags- und erfahrungsorientierte Erweiterung der Lerninhalte der Primarschule	alltags- und praxisorientierte Vermittlung von Grundfertigkeiten	vertiefte Allgemeinbildung
Auftrag	Vorbereitung auf: - Kurzzeitgymnasium - andere weiterführende Schulen	Vorbereitung auf: - anspruchsvolle Berufslehren - weiterführende Schulen	Vorbereitung auf: - Berufslehren - andere Formen der Berufspraxis	Grundausbildung mit Schwerpunkt Lebenstüchtigkeit und Berufswahlorientierung	Matura
Weiterführende Ausbildung	Kurzzeitgymnasium; Berufsmittelschulen, Fachmittelschulen u.a.; Berufslehre mit Berufsmatura	Berufslehre mit Berufsmatura; Berufsmittelschule, Wirtschaftsmittelschule, DMS	Berufslehre	Anlehre, evtl. Berufslehre	Universität, Pädagogische Hochschule, andere Hoch-/Fachschulen im Tertiärbereich
Besonderes				9. Schuljahr als Werkjahr	

Quelle: Amt für Volksschulbildung des Kantons Luzern (2002): Weiterentwicklung der Sekundarstufe I. Ziele, Neuerungen, Umsetzungsangebote. Luzern, S. 9.

* ehemalige Sekundarschule; ** ehemalige Realschule; *** ehemalige Werkschule

Veränderungen während der letzten 15 Jahre

Die Verteilung auf die verschiedenen Anforderungsniveaus der Sekundarstufe I bleibt über die Jahre betrachtet verhältnismässig stabil, es gibt allerdings eine leichte Tendenz zu höheren Anforderungsniveaus. Auch die Reformen mit der Einführung des Kurzzeitgymnasiums 1999/2000 sowie die Einführung der vier Anforderungsniveaus 2005/2006 führen nur zu leichten Verschiebungen zwischen den Schultypen.

Eine kleine Bewegung bewirkte zunächst die Schaffung des Kurzzeitgymnasiums im Schuljahr 1999/2000, das einen späteren Übertritt ins Gymnasium ermöglicht: Der Anteil der Sekundarschülerinnen und -schüler (heutige Niveaus A und B) an allen Lernenden auf der Sekundarstufe I nahm vorübergehend zu. Zudem ging die Zahl der Lernenden im dritten Jahr der Sekundarschule gegenüber dem Vorjahr zeitweilig zurück.

Auch nach der Einführung der vier Anforderungsniveaus 2005/2006, mit der die bisherige Sekundarschule in zwei Niveautypen ausdifferenziert und die Realschule ins Niveau C und die Werkschule ins Niveau D überführt wurden, zeigt sich die grobe Verteilung der Sekundarschülerinnen und -schüler eher konstant: Im Schuljahr 2004/2005 besuchten 46,0 Prozent aller Jugendlichen auf der Sekundarstufe I die damalige Sekundarschule; 2005/2006 machten die Lernenden in den aus der Sekundarschule hervorgegangenen neuen Niveaus A und B 47,9 Prozent an allen Jugendlichen auf dieser Schulstufe aus.

Auf der Sekundarstufe I wird eine gute Allgemeinbildung vermittelt und aufs praktische Alltagsleben vorbereitet

Starken Zuspruch hat von Beginn an das Niveau A erfahren. Auf Kantonsebene betrachtet war mit dieser Entwicklung keine Abnahme der Lernenden im Langzeitgymnasium verbunden, sondern eine Verschiebung von Lernenden aus dem Niveau B ins Niveau A. So nahm der Lernendenanteil des Niveaus A von 2005/2006 bis ins Schuljahr 2009/2010 um gut 8,5 Prozentpunkte zu, während derjenige des Niveaus B im gleichen Zeitraum einen beinahe gleich grossen Rückgang verzeichnete (-6,8 Prozentpunkte). Der Anteil der Jugendlichen, die das Gymnasium auf Sekundarstufe I besuchten, betrug seit Einführung des Kurzzeitgymnasiums zwischen 17 und 18 Prozent.

Regional geprägte Entwicklungen bei den Niveautypen

Um ein im gesamten Kanton Luzern vergleichbares, wohnortsnahes Bildungsangebot auf Sekundarstufe I gewährleisten zu können, wurden die Schulstandorte in 40 Schulkreise zusammengefasst; in jedem Schulkreis sollten alle vier Niveaus geführt werden.

Bei der zeitlichen Betrachtung zeigt sich, dass sich mit der Einführung der neuen Niveaus A bis D im Schuljahr 2005/2006 die Verteilung der Lernenden in einigen Regionen etwas verschoben hat. Bis zu diesem Zeitpunkt besuchte im kantonalen Durchschnitt rund die Hälfte der Lernenden der entsprechenden Altersgruppe die Sekundarschule (neu Niveau A und B). Überdurchschnittlich gross war dieser Anteil jeweils in den Luzerner Rigigemeinden und im Seetal. Danach fand zwar in allen Regionen eine Ver-

Tabelle 4.1

Verteilung der Lernenden auf der Sekundarstufe I (öffentlich und privat) nach Schultyp und Klasse seit 1995/1996

Kanton Luzern (Schulort)

Schuljahr	Total [1]	Davon															
		Sekundarstufe Niveau A				Sekundarstufe Niveau B [2]				Sekundarstufe Niveau C [3]				Sekundarstufe Niveau D [4]			
		in %	1 Kl.	2. Kl.	3. Kl.	in %	1 Kl.	2. Kl.	3. Kl.	in %	1 Kl.	2. Kl.	3. Kl.	in %	1 Kl.	2. Kl.	3. Kl.
1995/1996	**12 967**	—	—	—	—	47,6	2 154	2 008	2 004	26,9	1 204	1 208	1 080	3,3	197	167	68
1996/1997	**13 240**	—	—	—	—	46,6	2 213	2 022	1 937	27,2	1 247	1 198	1 156	3,3	202	183	58
1997/1998	**13 448**	—	—	—	—	46,5	2 162	2 106	1 980	26,9	1 299	1 204	1 119	3,5	187	170	107
1998/1999	**13 606**	—	—	—	—	46,1	2 149	2 076	2 051	27,5	1 302	1 251	1 190	3,4	190	186	80
1999/2000	**13 891**	—	—	—	—	46,1	2 329	2 057	2 020	27,0	1 253	1 260	1 231	3,6	207	197	98
2000/2001	**13 832**	—	—	—	—	46,9	2 246	2 221	2 014	26,8	1 243	1 224	1 238	3,8	213	198	108
2001/2002	**14 104**	—	—	—	—	46,8	2 269	2 159	2 167	26,1	1 262	1 214	1 208	3,8	225	193	116
2002/2003	**14 413**	—	—	—	—	45,5	2 276	2 162	2 124	26,3	1 354	1 250	1 193	4,1	264	206	125
2003/2004	**14 684**	—	—	—	—	45,8	2 438	2 225	2 058	25,8	1 238	1 309	1 245	3,8	181	203	169
2004/2005	**14 801**	—	—	—	—	46,0	2 380	2 341	2 091	25,8	1 263	1 264	1 287	3,6	222	159	152
2005/2006	**14 971**	10,3	879	466	193	37,6	1 698	1 874	2 054	24,7	1 227	1 224	1 243	3,6	221	186	132
2006/2007	**14 682**	14,6	856	897	396	34,5	1 582	1 658	1 832	25,1	1 242	1 234	1 215	3,7	202	194	147
2007/2008	**14 686**	17,5	888	904	782	32,1	1 569	1 529	1 621	24,6	1 218	1 192	1 203	4,0	222	179	182
2008/2009	**14 641**	18,4	918	931	847	30,9	1 526	1 532	1 469	24,6	1 217	1 220	1 172	3,6	177	187	167
2009/2010	**14 660**	18,9	941	952	881	30,8	1 539	1 491	1 492	24,5	1 210	1 179	1 197	3,6	173	178	183

T4K04T02

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

[1] Inkl. Gymnasium obligatorische Schulzeit, Integrierte Sekundarstufe und Besonderer Lehrplan (Aufnahmeklasse, Integrationskurs für Ausländer/innen, Time-Out)

[2] Inkl. Sekundarschule

[3] Inkl. Realschule

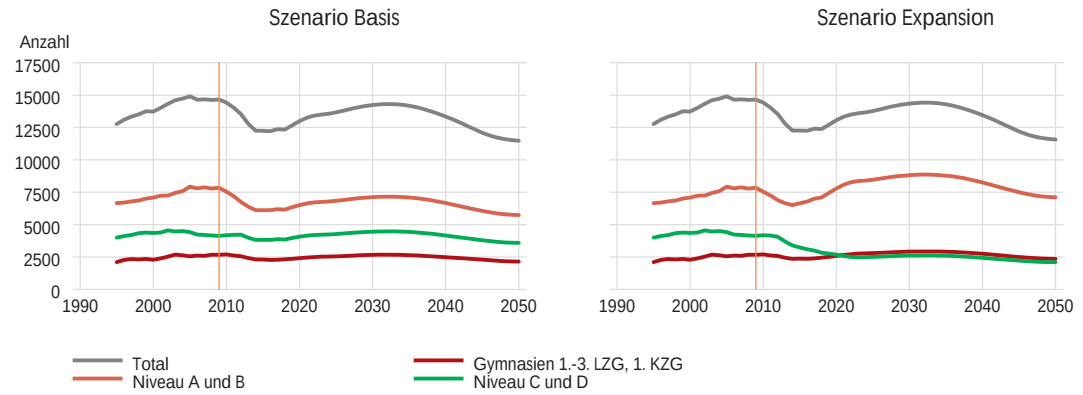
[4] Inkl. Werkschule

schiebung vom Niveau B zum Niveau A statt, besonders hoch jedoch ist in der Region Entlebuch der Anteil der Lernenden im Niveau A. Das hängt vor allem damit zusammen, dass in der Region Entlebuch kein Langzeitgymnasium angeboten wird.
Ähnlich wie in der früheren Werkschule sind auch für das Nachfolgemodell Niveau D die Lernendenanteile in allen Regionen relativ gering; das Kantonsmittel lag immer bei rund 4 Prozent. Mit der Ablösung der Kleinklassen wird auf Sekundarstufe I das Niveau D ebenfalls verschwinden.

Stärkerer Zuspruch auf Schulen mit höherem Anspruchsniveau

Aus der sechsten Primarschulklasse werden in den nächsten 15 Jahren in jedem Jahr zwischen 3'800 und 4'700 Schülerinnen und Schüler neu in die Sekundarstufe I übertreten (2009/2010: 4'700). Nach 2030 zeichnet sich im Zuge der demografischen Entwicklung ein Rückgang ab. (Methodische Hinweise vgl. Kapitel 11). In den drei Schuljahren der Sekundarstufe I (inklusive Gymnasium) ist bis etwa 2015 ein Rückgang von heute 14'500 auf etwa 12'500 vorgezeichnet. Danach zeigt sich bis etwa 2032 ein Anstieg des Lernendenvolumen auf etwa 14'500. Diese Kinder verteilen sich auf die Sekundarschule und das Gymnasium. Das Basisszenario geht davon aus, dass 16,8 Prozent der Primarschülerinnen und Primarschüler der 6. Klasse ans Langzeitzeitgymnasium übertreten. Die Eintritte ins Niveau A bewegen sich bei 19 Prozent und ins Niveau B bei knapp 33 Prozent. Im Szenario „Trend" erhöhen sich die Anteile der Übertritte ins Niveau A der Sekundarschule auf 24 Prozent, ins Niveau B auf 40 und ins Langzeitgymnasium leicht auf 17,5 Prozent. Entsprechend wird sich der Lernendenanteil im Niveau C zurückbilden. Mit dem Anstieg der Lernenden im Niveau A werden sich auch die Übertritte nach der 2. oder 3. Klasse der Sekundarschule ins Kurzzeitgymnasium leicht erhöhen. Im Szenario „Expansion" ist diese Entwicklung ausgeprägter. Die Niveaus A und B werden im Jahr 2032 etwa 8'750 junge Menschen aufnehmen, im Gegensatz zu den 7'000 im Szenario „Basis". Dies bewirkt eine Rückbildung im Niveau C.

Abbildung 4.3
Erwartete Entwicklung der Schülerzahlen auf Sekundarstufe I
Kanton Luzern



T4K04G51

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS - Statistik der Schüler/innen und Studierenden - LUSTAT - Bevölkerungs- und Bildungsprognosen

2. Übertritte als wichtige Weichenstellung

Auf das Schuljahr 2009/2010 sind 4'711 Kinder aus der Primarstufe in die Sekundarstufe I übergetreten. Über die letzten 15 Jahre gesehen nahmen die Übertritte aus der Primar- in die Sekundarstufe I zunächst stetig zu, weil geburtenstärkere Jahrgänge das Übertrittsalter erreicht hatten. Seit dem Schuljahr 2006/2007 ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

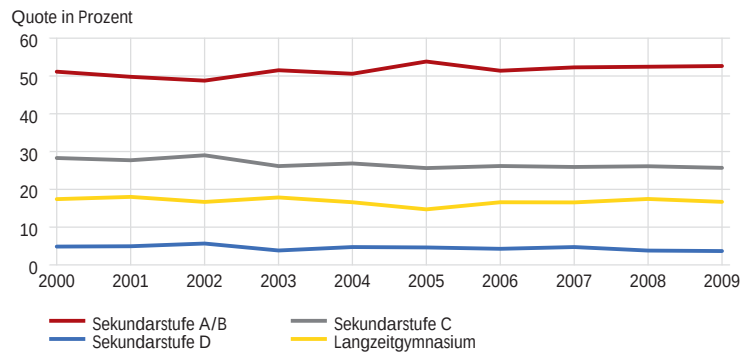
Übertritte erfolgen aufgrund von Leistungskriterien und Präferenzen

Der Übertritt aus der Primarschule auf die Sekundarstufe I ist mit einem Selektionsverfahren verbunden, in dem die Lernenden einer der vier Niveaustufen (früher einer der drei Schultypen: Sekundar-, Real- und Werkschule) oder dem Langzeitgymnasium zugeteilt werden. Die Selektion basiert einerseits auf den Leistungen der Schülerinnen und Schüler, andererseits auf den Präferenzen der Erziehungsberechtigten für den späteren (Berufs-)Bildungsweg. Als Notenrichtwerte für die Aufnahme gelten für das Niveau A: 5,0; für das Niveau B: 4,5; für das Niveau C: 4,0. Der Eintritt ins Niveau D ist an keinen Notendurchschnitt gebunden. Beim Langzeitgymnasium gilt der Richtwert 5,2 (DVS 2009b, c).
Das Verfahren für den Übertritt in die Sekundarstufe I beginnt im Kanton Luzern in der 5. Primarklasse und erstreckt sich über drei Semester. Die Primarlehrkräfte haben dabei die Aufgabe, über das Verfahren und die Angebote auf der Sekundarstufe I zu informieren, die Kinder zu beobachten und mit den Erziehungsberechtigten Beurteilungsgespräche zu führen.

Übertritte in Sekundarstufetypen mit höheren Anforderungen nehmen zu

Die Quoten für die Übertritte (Übertrittsquoten) in die einzelnen Niveaus entwickeln sich unterschiedlich. Über die letzten zehn Jahre hinweg stieg der Anteil der Übertritte in die Niveaus A und B an, während er beim Niveau C sank. Die Übertrittsquote für die Niveaus A und B ist seit dem Schuljahr 2005/2006 leicht höher als diejenige für die ehemalige Sekundarschule. Bei den Übertritten ins Langzeitgymnasium markiert die Einführung des Kurzzeitgym-

Abbildung 4.4
Übertritte von der Primarschule in die Sekundarstufe I (öffentlich und privat) seit 2000/2001
Kanton Luzern (Schulort)



T4K04G01
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

nasiums und der neuen Niveaus Wendepunkte. Bis zu diesen Zeitpunkten nahm die Quote leicht ab und stieg danach tendenziell wieder an.
Der Anteil der Übertritte in die Realschule und später ins Niveau C sank in diesem Zeitraum, bei den Übertritten in die Werkschule respektive das Niveau D verharrte die Quote mit leichten Schwankungen auf tiefem Niveau.

Mädchen treten häufiger in Niveaus mit höheren Anforderungen über

Etwas mehr Mädchen als Knaben wechseln von der Primarstufe in die Niveaus A und B der Sekundarschule. Der Mädchenanteil betrug bei den Übertritten in die Niveaus A oder B respektive in die ehemalige Sekundarschule in den letzten zwanzig Jahren zwischen 46 und 53 Prozent. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Übertritten ins Langzeitgymnasium. Hier schwankten die Werte in dieser Zeitspanne – mit zwei Ausnahmen – zwischen 50 und 56 Prozent, bei steigender Tendenz.
Bei den Übertritten in die Niveaus C und D – respektive in die ehemalige Real- oder Werkschule – hingegen sind die Knaben übervertreten. Ihr Anteil lag im Schuljahr 2009/2010 bei 53,5 respektive 56,1 Prozent (647 von 1'210 respektive 97 von 173 Lernenden). Auch hier entwickelten sich die Werte während der letzten zwanzig Jahre nicht konstant, wobei die Schwankungen im Niveau C kleiner waren als im Niveau D. Die 50-Prozent-Marke wurde aber nach 1991/1992 nie unterschritten.

Tabelle 4.2
Übertritte von der Primarstufe in die Sekundarstufe I (öffentlich und privat) nach Geschlecht und Herkunft seit 1991/1992
Kanton Luzern (Schulort)

Schuljahr	Lernende der 6. Kl. Primarschule im Vorjahr	Übertritte in die 1. Klasse der Sekundarstufe I														
		Sekundarstufe Niveau D			Sekundarstufe Niveau C			Sekundarstufe Niveau A/B			Integrierte Sekundarstufe			Langzeitgymnasium		
		abs.	weibl. in %	Ausl. in %	abs.	weibl. in %	Ausl. in %	abs.	weibl. in %	Ausl. in %	abs.	weibl. in %	Ausl. in %	abs.	weibl. in %	Ausl. in %
1991/1992	**3 793**	173	50,9	34,1	1 161	44,4	23,3	2 077	51,3	7,0	...	...	...	525	46,5	3,6
1992/1993	**3 835**	168	39,9	43,5	1 138	47,6	22,8	2 113	52,2	8,5	...	...	...	530	52,5	4,0
1993/1994	**4 022**	149	46,3	48,3	1 199	46,3	27,9	2 178	53,2	9,2	...	...	...	617	49,8	4,2
1994/1995	**4 122**	192	46,4	51,0	1 232	43,2	26,6	2 109	50,3	8,5	9	44,4	...	703	46,2	4,4
1995/1996	**4 198**	197	47,7	51,8	1 204	45,8	31,3	2 154	52,8	9,7	84	39,3	9,5	730	51,4	3,7
1996/1997	**4 367**	202	41,6	49,5	1 247	44,7	32,7	2 213	50,1	9,3	86	39,5	4,7	760	52,4	4,2
1997/1998	**4 373**	187	34,2	56,7	1 299	42,5	32,3	2 162	51,8	9,3	104	46,2	2,9	810	52,7	5,2
1998/1999	**4 269**	190	42,1	53,7	1 302	45,8	34,5	2 149	50,8	8,1	94	39,4	11,7	741	51,7	5,0
1999/2000	**4 407**	207	39,1	59,4	1 253	44,8	32,7	2 329	51,7	9,6	120	44,2	6,7	674	49,4	4,7
2000/2001	**4 393**	213	42,3	65,3	1 243	43,9	31,4	2 246	51,4	10,3	114	44,7	2,6	765	51,9	5,1
2001/2002	**4 557**	225	48,0	55,1	1 262	43,6	33,3	2 269	49,5	10,0	131	38,9	10,7	820	54,0	4,6
2002/2003	**4 668**	264	48,1	55,7	1 354	46,2	33,2	2 276	51,4	10,9	147	38,1	7,5	778	53,7	4,5
2003/2004	**4 732**	181	45,9	57,5	1 238	44,5	35,1	2 438	50,6	10,6	156	38,5	6,4	845	50,8	5,4
2004/2005	**4 704**	222	49,1	56,3	1 263	43,9	32,6	2 380	52,8	11,3	176	53,4	5,7	780	56,0	7,9
2005/2006	**4 788**	221	46,6	56,1	1 227	43,8	35,1	2 577	52,2	11,3	182	46,7	4,9	704	55,0	5,1
2006/2007	**4 745**	202	39,1	57,4	1 242	46,3	34,9	2 438	49,5	13,3	171	45,0	6,4	787	56,4	6,0
2007/2008	**4 700**	222	43,7	52,3	1 218	45,5	35,6	2 457	49,7	11,6	169	45,0	4,1	778	53,9	7,6
2008/2009	**4 659**	177	36,7	52,0	1 217	46,9	33,8	2 444	50,4	11,7	165	47,9	7,3	813	50,7	9,3
2009/2010	**4 711**	173	43,9	53,8	1 210	46,5	32,6	2 480	50,7	11,8	197	42,6	5,1	786	52,8	7,4

T4K04T01

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

Ausländeranteil bei Übertritten auf Niveau C und D überdurchschnittlich hoch

Beim Übertritt von der Primarschule auf die verschiedenen Leistungsniveaus der Sekundarstufe I zeigen sich Unterschiede zwischen den im Kanton Luzern wohnhaften Jugendlichen mit schweizerischer und ausländischer Nationalität. Bei den Übertritten in höhere Leistungsniveaus sind Lernende ausländischer Staatsangehörigkeit unter-, bei solchen in Niveaus mit tieferen Anforderungen übervertreten.

Im Schuljahr 2009/2010 betrug der Anteil ausländischer Jugendlicher im ersten Bildungsjahr auf den Niveaus A und B 11,8 Prozent. Er lag damit deutlich unter dem Anteil ausländischer Jugendlicher in der Altersgruppe der 12- bis 13-Jährigen im Kanton Luzern (knapp 16 %). Ebenfalls stark unterproportional war der Anteil der ausländischen Lernenden, die in das Langzeitgymnasium übertraten; er betrug 7,4 Prozent. Und wie in den Kleinklassen auf der Primarstufe waren die Lernenden ausländischer Staatsangehörigkeit in den Niveaus C und D mit 32,6 respektive 53,8 Prozent übervertreten.

Während der letzten zwanzig Jahre hat sich der Ausländeranteil bei den Übertritten je nach Schultyp unterschiedlich entwickelt. Von tiefen Werten aus kontinuierlich angestiegen ist er in der Sekundarschule (heute Niveau A und B) und im Langzeitgymnasium. In der Werkschule (heute Niveau D) nahm der Ausländeranteil in der Tendenz bis zum Schuljahr 2000/2001 zu, danach wieder ab, allerdings auf hohem Stand. Bei den Übertritten in die Realschule (heute Niveau C) blieb der Anteil seit dem Schuljahr 1995/1996 relativ konstant.

Bei den Übertritten zwischen den Leistungsniveaus zeigen sich Unterschiede nach der nationaler Herkunft der Jugendlichen

Das Schulangebot beeinflusst die Übertritte in den Regionen

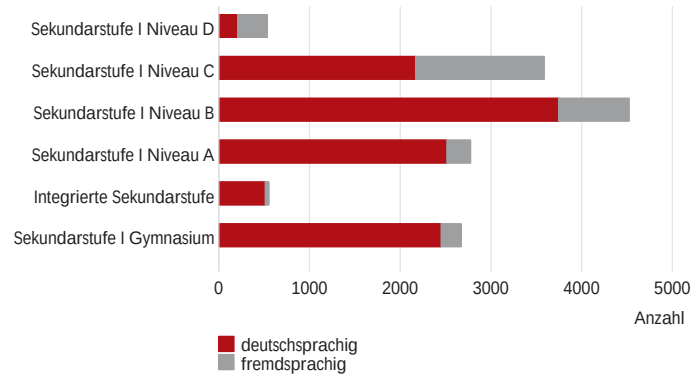
Die Wahl des Schultyps wird zum Teil vom Schulangebot beeinflusst. Beim Entscheid, ob im Anschluss an die 6. Klasse ein Langzeitgymnasium besucht wird oder nicht, kann ausschlaggebend sein, wie nahe es beim Wohnort gelegen ist. Im Entlebuch, wo es kein entsprechendes Angebot gibt, haben sich in den letzten fünf Jahren lediglich zwei Lernende für das Langzeitgymnasium entschieden. Entsprechend war der Anteil der Übertritte ins Niveau A der Sekundarschule jeweils überdurchschnittlich hoch; im Schuljahr 2009/2010 betrug er 32,4 Prozent, der kantonale Durchschnitt lag bei 19,1 Prozent. Regionale Unterschiede gibt es auch bei den Übertritten in die anderen Schultypen der Sekundarstufe I. Im Schuljahr 2009/2010 war in der Region Sempachersee-Surental-Michelsamt und im Unteren Wiggertal der Anteil der Kinder, die von den Regelklassen der Primarstufe in das Niveau B übertraten, höher als im Kantonsmittel. In den Planungsregionen Rottal-Wolhusen und im Seetal traten in diesem Schuljahr anteilsmässig besonders viele Lernende in die Niveaus C und D ein.

3. Durchlässigkeit, Chancengerechtigkeit und Schulerfolg

Mit dem Niveaumodell wird grössere Durchlässigkeit angestrebt

Die Einführung der Niveaus sowie die Möglichkeit der Führung niveaugemischter Schulmodelle im Schuljahr 2005/2006 bezweckt, die Durchlässigkeit auf der Sekundarstufe I zu erhöhen. Über die Versetzung eines Lernenden in eine höhere Klasse entscheidet auf der Sekundarstufe I die Klassenlehrperson (SRL Nr. 405a, Art. 12-19). Erbringt eine Schülerin oder ein Schüler regelmässig überdurchschnittliche Leistungen, ist ein Wechsel in das nächsthöhere Niveau auch ohne Jahresverlust möglich. Gelingt es einer Schülerin oder einem Schüler nicht, dem Unterricht auf dem gewählten Niveau zu folgen, kann umgekehrt auch auf ein weniger anspruchsvolles Leistungsniveau gewechselt werden. Bei kooperativen und integrierten Schulmodellen besteht die Durchlässigkeit nach oben und unten bei den Stammklassen sowie bei den Niveaufächern; sie können jeweils auf Beginn

Abbildung 4.5
Lernende der Sekundarstufe I nach Schultyp und Fremdsprachigkeit, Schuljahr 2009/2010
Kanton Luzern (Schulort)



T4K04G08
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS Statistk der Schüler/innen und Studierenden

eines neuen Semesters gewechselt werden. Über den Wechsel der Stammklasse entscheidet auf Antrag der Klassenlehrperson die Schulleitung, über einen Niveauwechsel die Klassenlehrperson.

Wechsel aus Niveaus mit tieferen Anforderungen in höhere

Da die Art des besuchten Schultyps zu Einschränkungen bei der Auswahl beziehungsweise bei der weiteren Ausbildung führen kann, kommt der Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Typen oder Niveaus eine besondere Bedeutung zu. Seit der Einführung der Niveauzüge zeichnet sich ein leichter Anstieg der Durchlässigkeit in die Niveaus mit höheren Anforderungen ab.

Bei der Einführung der neuen Niveaus A, B, C und D wurde die Möglichkeit, die Sekundarstufe kooperativ zu führen, als ein Weg gesehen, um die Durchlässigkeit zwischen den Niveaus zu erhöhen. Ob kooperative oder typengetrennte Modelle die Durchlässigkeit in gleichem Masse zulassen, lässt sich noch nicht klar sagen. Die neuen Niveaus der Sekundarstufe bestehen noch nicht lange genug für generalisierende Aussagen zum Vergleich.

Die Frage, welches der Strukturmodelle auf der Sekundarstufe I mehr Durchlässigkeit ermöglicht, wurde im Kanton Zürich anhand der Umstufungen zwischen 1999 und 2004 untersucht (Kanton Zürich 2005). Die Studie belegt eine höhere Durchlässigkeit in kooperativen Modellen. Schneller als in typengetrennten Modellen kann die Zuweisung der Jugendlichen auf die Leistungsniveaus überprüft und auf veränderte Leistungsentwicklungen eingegangen werden.

Ein beliebtes Angebot: seit seiner Einführung besuchen immer mehr Jugendliche das neunte Schuljahr in einem Kurzzeitgymnasium

Übertritte ins Kurzzeitgymnasium nehmen zu

Eine andere Form der Durchlässigkeit ist mit der Möglichkeit gegeben, nach zwei oder drei Jahren Sekundarschule ins Kurzzeitgymnasium zu wechseln. Zielpublikum des Kurzzeitgymnasiums sind leistungsstarke Schülerinnen und Schüler des Sekundarschulniveaus A. Voraussetzung für einen Übertritt ist der Besuch des Niveaus A der Sekundarschule mit einem Notendurchschnitt von 4,7 in den Fächergruppen Sprachen (Deutsch, Französisch, Englisch), Mathematik sowie Mensch und Umwelt (Geschichte, Geografie, Naturlehre). 1999 wählten die ersten 208 Sekundarschülerinnen und -schüler im Kanton Luzern diesen Bildungsweg. Im Schuljahr 2009/2010 besuchten bereits 340 Jugendliche das neunte Schuljahr im Kurzzeitgymnasium. Vom Schub, den die Einführung des Kurzzeitgymnasiums für die Gymnasialbildung gebracht hat, haben bisher in erster Linie Jugendliche mit Schweizer Pass profitiert.

Der Schulerfolg hängt von vielen Faktoren ab

Beim Schulerfolg spielen nicht nur die Lernfähigkeiten eines Menschen eine wichtige Rolle, sondern auch viele weitere Faktoren. So haben etwa die Bildung der Eltern oder die familiale Förderung bedeutenden Einfluss auf den Lernerfolg. Die Chancengerechtigkeit auf der Sekundarstufe I lässt sich danach beurteilen, ob die Jugendlichen unabhängig von diesen Faktoren und von ihrem Geschlecht in ihrer Bildungslaufbahn erfolgreich sind. Antworten auf diese Fragen erlauben die Daten der PISA-Studie. Da der Kanton Luzern bisher über keine kantonale Stichprobe verfügt, werden im Folgenden die Ergebnisse für die Schweiz besprochen.

Geschlechtsspezifische Unterschiede beim Bildungserfolg sind ausgeprägt

Die PISA-Daten zeigen innerhalb der Schulen eine grössere Heterogenität der Leistungen als zwischen den Schulen (SKBF 2010: 107). Ebenso zeigen die Resultate beträchtliche Leistungsunterschiede zwischen den Geschlechtern, nach sozioökonomischen Status der Herkunftsfamilie und, bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund, nach der Sprache. In der Schweiz war bei der Leseleistung der Unterschied zwischen Mädchen und Knaben grösser als in den meisten anderen teilnehmenden Ländern (AVS 2004: 6, 14). Bei den naturwissenschaftlichen Fächern, in denen in der Schweiz die Knaben besser als die Mädchen abschnitten, war der Unterschied zwischen den Geschlechtern jedoch klein.

Tabelle 4.3

Durchlässigkeit bei getrennten und kooperativen Sekundarstufenmodellen (öffentliche Schulen) seit 2006/2007

Kanton Luzern (Schulort)

Schuljahr	Übertritte bei getrennten Sekundarstufenmodellen						Übertritte bei kooperativen Sekundarstufenmodellen					
	Von Niveau D ins Niveau C		Von Niveau C ins Niveau B		Von Niveau B ins Niveau A		Von Niveau D ins Niveau C		Von Niveau C ins Niveau B		Von Niveau B ins Niveau A	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
2006/2007	36	13,4	76	5,2	37	1,8	5	7,9	11	1,9	3	0,4
2007/2008	27	7,7	104	4,6	59	2,0	9	13,0	18	2,4	16	1,6
2008/2009	28	5,6	98	3,6	65	1,8	14	16,9	20	2,4	24	2,2
2009/2010	17	3,8	111	4,1	56	1,6	4	5,1	26	3,1	21	2,0

T4K04T05

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

Kompetenzen sind abhängig vom Bildungshintergrund der Eltern

Die Ergebnisse zur Lesefähigkeit der Schweizer Schülerinnen und Schüler zeigen zudem, dass vor allem Jugendliche aus bildungsfernen Schichten und solche mit mangelnden Kenntnissen der Unterrichtssprache Mühe haben. Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die gleichzeitig aus Familien mit tiefem sozio-ökonomischen Status stammen, war ein kumulativer Effekt feststellbar; der Nachteil war bei ihnen besonders gross. So zeigen die PISA-Analysen, dass auch bei Kontrolle des Einflusses der sozio-ökonomischen Herkunft die Leistungen der Migrantinnen und Migranten statistisch signifikativ schlechter sind (SKBF 2010: 106).

Das sozio-ökonomische Umfeld hat auch auf die mathematische Kompetenz einen Einfluss (BFS 2007b: 13f.). In keinem anderen beteiligten Land war der Einfluss des sozio-ökonomischen Status der Eltern auf Leistungen, die von den Jugendlichen in den mathematischen Teilen des Tests erbracht wurden, so gross wie in der Schweiz. Dabei gehört die Schweiz zu den Ländern, in denen sich die Bildungschancen von der ersten zur zweiten Generation von Migrantinnen und Migranten merklich verbessert haben. Der deutliche Leistungsunterschied von Jugendlichen aus der zweiten Generation, welche die gesamte Schulzeit in der Schweiz absolviert haben, gegenüber den im Ausland geborenen Jugendlichen belegt dies (SKBF 2010: 106).

Auch für den Kanton Luzern lässt sich zeigen, dass sich das Bildungsniveau der Eltern in den Bildungswegen ihrer Kinder niederschlägt. Im Jahr 2000 hatten 54 Prozent der 15- bis 20-jährigen Jugendlichen in einer Maturitätsschule Eltern mit einer höheren Ausbildung. Das heisst, Mutter oder Vater oder beide hatten einen höheren Berufsschul-, Fachhochschul- oder Universitätsabschluss. Dagegen besuchten nur etwa 5 Prozent der Kinder, deren Eltern keine nachobligatorische Ausbildung hatten und mithin aus einem eher bildungsfernen Umfeld stammten, eine Maturitätsschule (AfS 2006: 116f.).

PISA-Studie

Das Programme for International Student Assessment PISA wurde von der OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) ins Leben gerufen, um die Kompetenzen 15-jähriger Schülerinnen und Schüler anhand international genormter Tests zu messen. In Zusammenarbeit mit von der OECD mandatierten Organen und den anderen Teilnehmern erheben die Länder ihre PISA-Daten eigenständig. Neben 30 OECD-Ländern waren an der Erhebung 2009 auch 35 Nicht-OECD-Staaten beteiligt. In der Schweiz haben sich sämtliche Kantone zur Teilnahme an der Erhebung 2009 entschlossen. Die Kosten der Umsetzung werden von Bund und Kantonen gemeinsam getragen.

Seit 2000 werden in einem 3-Jahres-Rhythmus die Leistungen der beteiligten Lernenden schwerpunktmässig auf den Gebieten Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften geprüft, wobei einem der Bereiche jeweils besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Ein weiterer Fragebogen gibt Auskunft über den sozio-ökonomischen Hintergrund der Jugendlichen, ihr schulisches Umfeld, ihre Motivation und die Lernstrategien. Zudem werden Angaben über die Schul- und Unterrichtsorganisation erhoben.

Die Pisa-Studien sollen Antworten auf folgende Fragen geben: Inwiefern werden die Schülerinnen und Schüler auf die Anforderungen der Berufswelt und auf die Teilhabe an der Gesellschaft vorbereitet? Welche Schulmodelle gewährleisten am ehesten Chancengerechtigkeit in der Bildungslaufbahn und in welcher Relation stehen die Resultate der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler und die Ressourcen der Schule, die sie besuchen?

C DER LEHRKÖRPER

Zum Lehrkörper, der hier beschrieben wird, werden die Lehrpersonen gerechnet, die in der öffentlichen Sekundarschulen als Haupt- oder als Fachlehrkräfte unterrichten. Das Fachlehrsystem ist auf dieser Stufe besonders ausgeprägt; der jetzige Master-Studiengang Sekundarstufe I an der Pädagogischen Hochschule befähigt zum Unterrichten in vier Fächern auf allen Niveaus. Der Lehrkörper der Gymnasien wird im Kapitel 6 beschrieben.

Gleich viele Lehrer wie Lehrerinnen auf der Sekundarstufe I

Im Schuljahr 2009/2010 umfasste der Lehrkörper in der Sekundarschule im Kanton Luzern insgesamt 1'337 Lehrkräfte, die zusammen 1'036 Vollzeitstellen hielten. Die Anzahl der Lehrpersonen ist in den letzten Jahren stabil geblieben und bewegte sich immer um die 1'400. An den öffentlichen Sekundarschulen unterrichten fast gleich viele Frauen wie Männer. 661 von den 1'337 Lehrkräften im Schuljahr 2009/2010 waren Frauen, was einem Anteil von 49,4 Prozent entspricht. Bei den 229 Fachlehrkräften war der Frauenanteil mit 76,0 Prozent deutlich höher. In den letzten fünf Jahren hat der Anteil der Frauen am Lehrkörper zugenommen (2005/2006: 45,5 %).

Viele Kleinpensen, vor allem bei den Fachlehrkräften

Eine Mehrheit (55,0 %) der Anstellungen an den öffentlichen Sekundarschulen umfasste im Schuljahr 2009/2010 ein Pensum von unter 50 Prozent. Ein knappes Viertel der Anstellungen umfasste einen Beschäftigungsgrad zwischen 50 und 89 Prozent und ein weiteres gutes Fünftel waren Vollzeitstellen (90 Prozent und mehr). Auch hier gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Fachlehrkräften und den anderen Lehrpersonen, die auf dieser Stufe unterrichten. Mit 80,3 Prozent entsprach der vorherrschende Anteil der Anstellungen der Fachlehrerinnen und Fachlehrer im Schuljahr 2009/2010 einem Beschäftigungsgrad von weniger als 50 Prozent, 17,5 Prozent einem Pensum zwischen 50 und 89 Prozent und nur gerade 2,2 Prozent der Anstellungen waren Vollzeitstellen. Bei den Anstellungen der Hauptlehrpersonen, die im gleichen Schuljahr 1'316 von insgesamt 2'097 an diesen Schultypen ausmachten, entfielen zwei Fünftel auf einen Beschäftigungsgrad von weniger als 50 Prozent, ein gutes Viertel entsprach einem Pensum von 50 bis 89 Prozent und ein knappes Drittel waren Vollzeitstellen.

Im Kanton Luzern unterrichten rund 1'400 Lehrpersonen auf der Sekundarstufe I

Überdurchschnittlich hohes Betreuungsverhältnis im Kanton Luzern

Das Betreuungsverhältnis bezeichnet das Verhältnis der Zahl der Lernenden zur Zahl der Vollzeitpensen auf einer bestimmten Schulstufe. Im Schuljahr 2009/2010 kamen an den öffentlichen Sekundarschulen auf eine Vollzeitstelle 11,3 Lernende. Die Betreuung ist im Kanton Luzern auf der Sekundarstufe I etwas intensiver als im schweizerischen Durchschnitt. Das schweizerische Mittel lag bei 12,1 Schülerinnen und Schüler pro Vollzeitäquivalent. Am höchsten war der Quotient mit 14,0 im Kanton Schwyz, am tiefsten im Kanton Genf mit 9,6.

Die Lehrer der Sekundarschule sind älter als ihre Kolleginnen

Im Kanton Luzern sind die Lehrer der Sekundarschule im Durchschnitt älter als die Lehrerinnen. Im Schuljahr 2009/2010 waren 45 Prozent der Lehrer 50 Jahre oder älter, bei ihren Kolleginnen betrug dieser Anteil nur 26 Prozent. Bei den Lehrern war ausserdem der Anteil der unter 30-Jährigen mit etwa 10 Prozent nur halb so gross wie bei den Lehrerinnen.
Weitere Unterschiede in der Altersstruktur zeigen sich zwischen den Fachlehrkräften und den anderen Lehrpersonen auf der Sekundarschule. Die Anteile der Fachlehrkräfte in den Altersgruppen zwischen 40 und 54 Jahren sind jeweils grösser als diejenigen der übrigen Lehrerinnen und Lehrer. Im Schuljahr 2009/2010 gehörten insgesamt rund 50 Prozent der Fachlehrkräfte dieser Altersgruppe an, bei den übrigen Lehrpersonen war dies ein Drittel. 55 Jahre oder älter waren von den Fachlehrkräften knapp 18 Prozent, bei den anderen Lehrpersonen auf der Sekundarstufe I waren es etwa 23 Prozent.

Tabelle 4.4
Stellen und Betreuungsverhältnisse an der öffentlichen Sekundarschule Niveaus A/B/C/D, Schuljahr 2009/2010
Kanton Luzern (Schulort)

	Stellen Total	Beschäftigungsgrad in %			Vollzeitäquivalente	Betreuungsverhältnisse	
		90+	50-89	<50		VZÄ pro Klasse	Lernende pro VZÄ
Total	**2 097**	**21,2**	**23,8**	**55,0**	**1 036**	**1,6**	**11,3**
Niveaus A/B/C/D	1 316	32,4	27,5	40,0	799	...	...
Fachlehrkräfte	781	2,2	17,5	80,3	237	...	...

T4K04T04 LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / LUSTAT Lehrkräftestatistik, BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

Tabelle 4.5
Lehrpersonen an der öffentlichen Sekundarschule nach Geschlecht und Alter, Schuljahr 2009/2010
Kanton Luzern

Schuljahr	Total	Davon Frauen		Nach Altersklasse in Prozent								
		absolut	in Prozent	<25	25-29	30-34	35-39	40-44	45-49	50-54	55-59	60+
Total	**1 337**	**661**	**49,4**	**2,3**	**13,3**	**14,4**	**11,6**	**10,2**	**12,3**	**13,7**	**15,9**	**6,3**
Niveaus A/B/C/D	**1 108**	487	44,0	2,3	14,4	15,3	11,6	9,3	10,7	13,4	16,4	6,7
Fachlehrkräfte	**229**	174	76,0	2,6	7,9	10,0	11,8	14,8	19,7	15,3	13,5	4,4

T4K04T03 LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / LUSTAT Lehrkräftestatistik

Wie wird sich der Lehrkräftebedarf verändern?

Langfristig bestimmen insbesondere die Schülerzahlen den Bedarf an Lehrpersonal. Hier können demografische Schwankungen oder die Attraktivität eines Wohnortes für die Neuansiedlung von Familien eine Rolle spielen. Auch eine Spezialisierung, Neuausrichtung des Fächerangebots oder Lehrplanänderungen können den Lehrpersonenbedarf einer Schule langfristig verändern. Eine zukünftige Herausforderung könnte der starke Anstieg des Anteils der über 50-jährigen Lehrkräfte werden. Bereits 2009 waren dies rund 36 Prozent, und die Tendenz ist steigend. Die zunehmende Anzahl von Frühpensionierungen wirkt sich auf die Fluktuation aus und erhöht den Nachwuchsbedarf. Mit der Verjüngung des Lehrkräftebestandes wird der Effekt von Frühpensionierungen etwas entschärft. Knapp 40 Prozent der Lehrpersonen verlassen überdies nach den ersten sieben bis neun Jahren nach Ende ihrer Ausbildung den klassischen Lehrberuf. Als Gründe für Berufsausstiege und Frühpensionierungen wurden häufiger der Wunsch nach einer privaten Neuorientierung oder nach einem Perspektivenwechsel zum Ausbau weiterer Fähigkeiten und Interessen angegeben als die Tatsache einer überhöhten Belastung oder Resignation (Herzog et al. 2009). Dies erhöht den Erneuerungsbedarf zusätzlich.

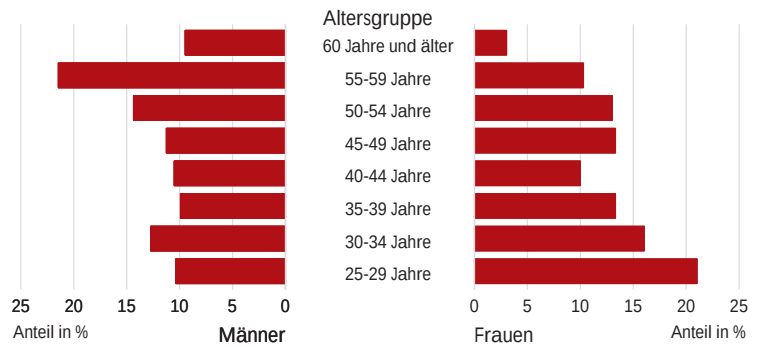
Nachwuchsprobleme bei den Lehrkräften zu erwarten?

Nach den zu erwartenden Schüler- und Schülerinnenbeständen auf der Sekundarstufe I wird auch der Lehrkräftebedarf anwachsen. Zunächst werden sich die Bestände während etwa fünf Jahren noch etwas zurückbilden, danach jedoch während mindestens eines Jahrzehnts wieder steigen. Fallen heute etwa 1'040 Vollzeitstellen (inklusive Fachlehrkräfte, aber ohne Gymnasien) auf die 12'000 Sekundarschüler und -schülerinnen (ohne Gymnasien) und müsste das Betreuungsverhältnis bei etwa 11,3 Lernenden auf ein Vollzeitäquivalent (inkl. Fachlehrkräfte) verharren, dürfte der heutige Lehrkräftebestand bis zum Jahr 2020 genügen. Ausgehend von einer Fluktuationsrate von etwa 5,5 (aktuell) bis 7,5, müssten jährlich neue Lehrkräfte für 60 bis 80

Abbildung 4.6

Lehrkräfte nach Altersgruppe und Geschlecht an der öffentlichen Sekundarstufe I, Schuljahr 2009/2010

Kanton Luzern (Schulort)



T4K04G12

LUSTAT STATISTIK LUZERN

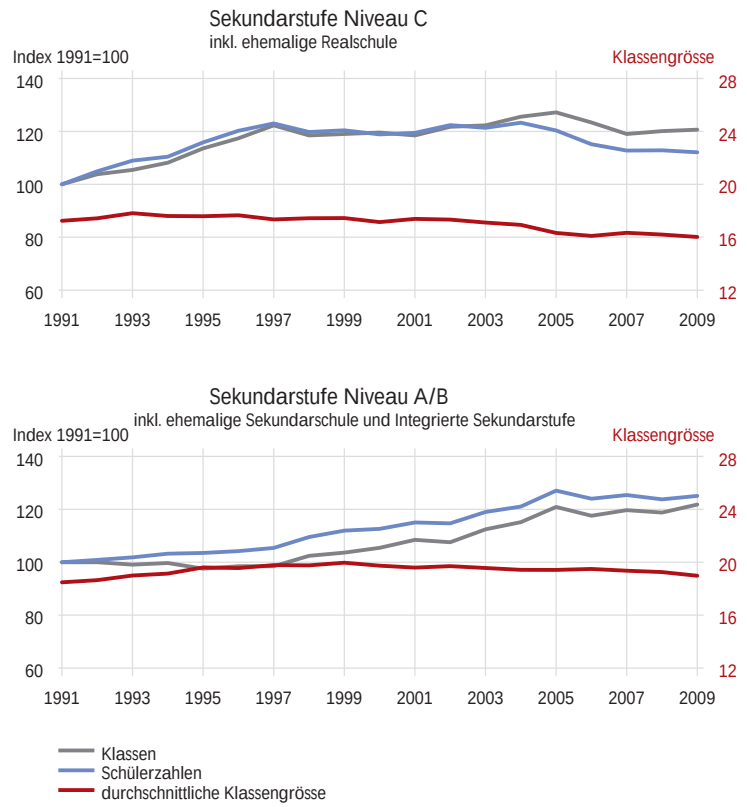
Datenquelle: BFS / LUSTAT Lehrkräftestatistik

Vollzeitstellen in den Arbeitsprozess nachrücken. Aus der erwarteten Entwicklung der Abschlusszahlen an der Pädagogischen Hochschule Luzern dürften sich in den nächsten Jahren jährlich etwa 90 bis 120 Abschlüsse für die Sekundarstufe I einstellen. Darin inbegriffen sind aber nicht nur Studierende aus dem Kanton Luzern, so dass wohl auch nicht alle diese Fachleute sich im Bildungssystem des Kantons installieren werden. Berücksichtigt man zudem, dass auch auf Sekundarstufe I Teilzeitpensen ein grosses Gewicht haben, und zieht man in Betracht, dass auch auf der Sekundarstufe I der Integrativen Förderung und generell der individuellen Betreuung mehr Gewicht zugemessen wird, könnten sich in den nächsten Jahren beim Lehrkräftenachwuchs Engpässe ergeben.

Abbildung 4.7

Schülerzahlen, Klassen und durchschnittliche Klassengrösse in der öffentlichen Sekundarstufe I seit 1991/1992

Kanton Luzern (Schulort)



T4K04G10

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

D SYNTHESE

Lernende

Im Schuljahr 2009/2010 besuchten rund 14'700 Jugendliche die Sekundarstufe I, gut 800 mehr als ein Jahrzehnt zuvor. Bis ins Schuljahr 2006/2007 nahmen die Übertritte aus der Primarschule zu, weil geburtenstarke Jahrgänge das Übertrittsalter erreichten, seither ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

Anspruchsniveaus

Die Lernendenanteile der verschiedenen Anspruchsniveaus sind sehr stabil. Etwa ein Fünftel der Schülerinnen und Schüler wird im Niveau A unterrichtet, ein knappes Drittel im Niveau B, ein Viertel im Niveau C und etwa ein Fünfundzwanzigstel im Niveau D. Die Einführung des Kurzzeitgymnasiums sowie die Umwandlung der Werk-, Real- und Sekundarschule in vier Anforderungsniveaus führten nur zu leichten Verschiebungen, in der Tendenz in Richtung der anspruchsvolleren Niveaus. Etwa 18 Prozent der Lernenden auf der Sekundarstufe I besuchen das Gymnasium.

Übertritte

Bei den Übertritten aus der Primarschule auf die verschiedenen Leistungsniveaus der Sekundarstufe I zeigen sich Unterschiede nach Nationalität und Geschlecht der Lernenden. Jugendliche ausländischer Staatsangehörigkeit sind bei den Übertritten in die höheren Leistungsniveaus unter-, bei solchen in Niveaus mit tieferen Anforderungen übervertreten.
Mädchen treten überproportional häufig auf die Niveaus mit höheren Anforderungen über. Sie wechseln auch häufiger als die Knaben nach der 6. Primarklasse ans Langzeitgymnasium.

Lehrkörper

Im Schuljahr 2009/2010 waren auf der Sekundarstufe I im Kanton Luzern rund 1'300 Lehrpersonen tätig. An den öffentlichen Schulen auf dieser Stufe unterrichteten beinahe gleich viele Frauen wie Männer. 36 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer waren 50 Jahre alt oder älter, wobei die Lehrer im Durchschnitt älter waren als die Lehrerinnen.

Erwartete Entwicklungen

Während der nächsten fünf Jahre wird sich der Rückgang der Lernendenzahlen noch etwas fortsetzen. Danach dürften während mindestens eines Jahrzehnts wieder zunehmend mehr Jugendliche auf der Sekundarstufe I auszubilden sein. Der höchste Stand, annähernd wie heute, wird gegen 2032 erwartet. Zunächst scheint mit dem derzeitigen Lehrkräftebestand an der Sekundarschule und der erwarteten Fluktuation der Lehrkräftebedarf gedeckt werden zu können. Zieht man in Betracht, dass auch in der Sekundarschule der Integrativen Förderung und generell der individuellen Betreuung mehr Gewicht zugemessen wird, und dass der Anteil an Teilzeitpensen gross ist, könnten trotz vorübergehender Reduktion der Lernendenzahlen Engpässe entstehen. Nach 2032 wird sich die Zahl der Lernenden auf der Sekundarstufe I zurückbilden.

III. Teil

BERUFS- UND STUDIENORIENTIERUNG IM SPANNUNGSFELD VON ALLGEMEINBILDUNG UND SPEZIALISIERUNG

5. KAPITEL Der Berufsbildungsweg 135
6. KAPITEL Der gymnasiale Weg 175

Berufsbildungszentrum Natur und Ernährung, Milchwirtschaft in Sursee

5. KAPITEL

DER BERUFSBILDUNGSWEG

A BERUFLICHE GRUNDBILDUNG IM KANTON LUZERN

1. Struktur der Berufsbildung
2. Rechtliche Grundlagen
3. Datengrundlage und Abgrenzungen

B BETRIEBE, SCHULEN UND ÜBERBETRIEBLICHE KURSE ALS LERNORTE

1. Der Betrieb und die überbetrieblichen Kurse
2. Schulen als Lernorte

C WEGE AM ENDE DER SCHULPFLICHT

1. Übertritte von der Volksschule in die Sekundarstufe II
2. Präferenzen der Berufswahl
3. Brückenangebote

D AUSBILDUNGSERFOLG UND INTEGRATION IN DIE BERUFSWELT

1. Lehrabschlüsse und Lehrabbrüche
2. Option Berufsmaturität
3. Integration in die Berufswelt

E SYNTHESE

A BERUFLICHE GRUNDBILDUNG IM KANTON LUZERN

1. Struktur der Berufsbildung

Entstehung und Entwicklung der Berufsbildung

Die berufliche Grundbildung gehört in den Bereich der nachobligatorischen Bildung und wird der Sekundarstufe II zugeteilt. Sie kann entweder über eine Berufslehre, die über einen Betrieb organisiert wird, oder auf einem überwiegend schulischen Weg erfolgen. In der betrieblich organisierten Ausbildung gewinnen die Lernenden neues Wissen einerseits anhand praktischer Erfahrungen im Lehrbetrieb, andererseits im parallel dazu stattfindenden Unterricht der Berufsfachschulen. Die betrieblich-schulisch kombinierte Ausgestaltung der beruflichen Grundbildung wird duale (gegebenenfalls triale) Berufsbildung genannt.

Das Modell der Lehrlingsausbildung geht auf das Mittelalter zurück, wo die berufliche Ausbildung von den Handwerkszünften und Handelsgilden organisiert war und im Betrieb des Lehrmeisters stattfand. Vor allem in den deutschsprachigen Ländern sowie bei angrenzenden Nachbarn (bspw. Dänemark) hielt sich diese Form, zunächst als Ausbildung in den Betrieben, die später für die Vermittlung berufstheoretischer Qualifikationen durch die Berufsfachschulen (Gewerbeschulen) ergänzt wurde (Müller/Steinmann/Schneider 1997: 192). Sie weitete sich im Laufe der Zeit auch auf die Dienstleistungsberufe aus. In den meisten anderen europäischen Ländern dagegen ging die betriebliche Ausbildungstradition im Zuge der Einführung der Gewerbefreiheit in Handwerk und Handel verloren. In diesen Ländern wird die betriebliche und schulische Berufsausbildung heute selten kombiniert angeboten, schuldominierte Bildungsgänge mit Praktika herrschen vor.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde in der Schweiz die Alternative Lehre im Meisterbetrieb oder in ausserbetrieblichen öffentlichen Lehrwerkstätten diskutiert und zugunsten der betrieblich organisierten Lehre entschieden. Damals entstanden erste fabrikeigene Lehrwerkstätten (1870 bei Sulzer in Winterthur), und in einigen Städten wurden Fortbildungs- und Fachschulen eingerichtet, die als Vorläufer der heutigen überbetrieblichen Kurse und der Berufsfachschulen gesehen werden können (Sigerist 2008: 288).

Bedeutung des Berufsbildungssystems in der Schweiz

Die duale Berufsbildung besetzt im Bildungssystem der Schweiz eine starke Position. Die Schweiz hat europaweit einen der höchsten Anteile an Jugendlichen, die sich ihr berufliches Basiswissen im Rahmen des dualen Berufsbildungssystems aneignen. Das Modell bietet mit seiner Verankerung in der Wirtschaft eine enge Bindung und Rückkoppelung an die Arbeitswelt.

Organisation der beruflichen Grundbildung

Der Kanton Luzern verfügt über ein breites Angebot an Ausbildungsplätzen in Betrieben, in denen für rund 125 verschiedene Berufe ausgebildet wird.
Die berufliche Grundbildung dauert je nach Anspruchsniveau zwei bis vier Jahre. Die zweijährige Grundbildung führt zum eidgenössischen Berufsattest (EBA), das die bisherigen Anlehren ablöst. Die drei- bis vierjährige Grundbildung schliesst mit einer Lehrabschlussprüfung ab und führt zum eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (EFZ). Während der nachobligatorischen Schulzeit wird nicht nur die Basis für die praktische Ausübung des Berufes gelegt, sondern es werden auch Weichen für die schulische und berufliche Weiterbildung gestellt. Das eidgenössische Fähigkeitszeugnis führt zusammen mit dem Abschluss einer erweiterten Allgemeinbildung zur Berufsmaturität. Die abgeschlossene berufliche Grundbildung mit EFZ ermöglicht den Zugang zu Berufsprüfungen, höheren Fachprüfungen, Höheren Fachschulen und (mit Berufsmaturität) zu Fachhochschulen.
Für Jugendliche, die nach der obligatorischen Schule keine Lehrstelle finden und auch nicht einen schulischen Weg einschlagen wollen oder können, organisiert der Kanton verschiedene Brückenangebote. Bei Lehrabbrüchen oder bei Problemen beim Übertritt aus der beruflichen Grundbildung in den Arbeitsmarkt werden ebenfalls Hilfestellungen angeboten.

Schweizweit wählen zwei Drittel der Jugendlichen die Berufslehre als Fundament ihrer Erwerbstätigkeit

Diskussionen um Vor- und Nachteile des dualen Systems

Die duale Berufsbildung vermittelt nicht nur Wissen und Können, sondern sie leistet auch einen wichtigen Beitrag zur sozialen Integration von Jugendlichen und trägt zur Stiftung von beruflicher und persönlicher Identität der Lernenden bei (Hotz-Hart 2008: 102). Als Vorteil des dualen Berufsbildungssystems wird seine Arbeitsmarktintegration hervorgehoben. So weist die Schweiz im Vergleich mit anderen Industrieländern, welche die Berufslehre nicht kennen, die tiefste Arbeitslosenquote von Jugendlichen auf (Strahm 2010: 28-71). Dieser Befund wird auf die Praxisnähe der dualen Berufsbildung und ihren Bezug zum Arbeitsmarkt zurückgeführt, beides begünstigt die Arbeitsmarktfähigkeit der jungen Berufsleute.

Obschon die duale Berufsbildung in der eidgenössischen Öffentlichkeit stark verankert ist, werden zuweilen systembedingte Schwachstellen geortet. Im dualen System ist das Zustandekommen von Lehrverhältnissen direkt von der Teilnahmebereitschaft der Betriebe abhängig. In diesem Zusammenhang wird diskutiert, inwiefern makroökonomische Entwicklungen das Lehrstellenangebot beeinflussen. Eine Studie aus dem Jahr 2009 zeigt allerdings, dass das Angebot in der Schweiz zwischen 1988 und 2004 weniger konjunktur- als demografieabhängig war. Während konjunkturelle Schwankungen nur einen geringen Einfluss auf die Zahl der bereitgestellten Lehrstellen hatten, nahmen Betriebe bei grossen Abschlussjahrgängen deutlich mehr Lernende auf als bei kleinen Schulabgängerjahrgängen (Mühlemann/Wolter/Wüest 2009).

Verschiedene kantonale Angebote helfen den Jugendlichen, sich über Fragen der beruflichen Zukunft zu informieren

Anlass zu Fragen nach der Zukunftsfähigkeit des dualen Systems geben die strukturellen Veränderungen der Wirtschaft in Richtung einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft mit schnell wandelnden Berufsbildern und -karrieren (Zimmerli et al. 2009: 23). Mit der zunehmenden Tertiarisierung der Wirtschaft entsteht eine Schieflage bei der Verteilung der Lehrstellen, weil die Lehrlingsausbildung in gewerblich-industriellen Berufen stärker verbreitet ist als in denjenigen des Dienstleistungssektors (SKBF 2006: 115). Diese strukturell begründete Diskrepanz zwischen Ausbildung und Bedarf am Arbeitsmarkt hat zur Konsequenz, dass viele Personen mit Abschlüssen der beruflichen Grundbildung, auch wenn sie nach der Lehre eine Stelle finden, nicht immer im ersterlernten Beruf bleiben (Hotz-Hart 2008: 103f.). Der Vermittlung überbetrieblicher und überberuflicher Kompetenzen wird deshalb eine wachsende Bedeutung zugeschrieben.

Der Schritt nach vorn

Als Reaktion auf diese Herausforderungen wurden verschiedene Reformen eingeleitet, um die Vorteile des dualen Systems zu bewahren und gleichzeitig dessen Evolutionsfähigkeit zu stärken. Wichtige Schritte waren die Neudefinition der Fachhochschulen sowie die Einführung der Berufsmaturität Mitte der 1990er-Jahre. Dieser Reformschritt verstärkte die vertikale Durchlässigkeit zwischen den Bildungsstufen Berufslehre und Hochschule. Einen grossen Eingriff in das Berufsbildungswesen stellte auch die Einführung des neuen eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes im Jahr 2004 dar. Die Struktur der betrieblich-schulischen Ausbildung kann seither flexibler an die Bedürfnisse der einzelnen Berufsbilder angepasst werden. Spezialisierten Unternehmen bietet sich dank der Reform neu die Möglichkeit, Jugendliche in einem Lehrbetriebsverbund gemeinsam auszubilden.

2. Rechtliche Grundlagen

Berufsbildungsgesetz und Bildungsverordnungen

Den rechtlichen Rahmen für die Berufsbildung in der Schweiz bilden das eidgenössische Berufsbildungsgesetz (BBG) vom 13. Dezember 2002 (SR 412.10), das am 1. Januar 2004 in Kraft trat, und die dazugehörende Berufsbildungsverordnung (BBV) vom 19. November 2003 (SR 412.101). Für die Berufe der betrieblichen Grundbildung massgebend sind die Bildungsverordnungen gemäss BBG Art. 19: Sie definieren die einzelnen Berufsbilder genau und geben die Rahmenbedingungen der Ausbildung vor: Gegenstand und Dauer der Grundbildung, Lernziele in Praxis und Schule, Aufteilung auf die Lernorte, Qualifikationsverfahren und anderes mehr. Die Bildungsverordnungen werden vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) erlassen, für die Ausarbeitung werden aber die Organisationen der Arbeitswelt einbezogen, das heisst die Berufsverbände oder andere zuständige Organisationen der Berufsbildung.

Für eine betrieblich organisierte Berufslehre wird ein Lehrvertrag gemäss OR Art. 344-346 vorausgesetzt, der das Verhältnis zwischen Lehrbetrieb und Lernendem oder Lernender regelt. Damit ein Lehrvertrag Gültigkeit erlangen kann, muss er vorgängig den kantonalen Behörden zur Genehmigung vorgelegt werden. Diese überprüfen, ob das Lehrverhältnis mit den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen von BBG und BBV in Einklang steht.

Die Rolle der Kantone

Die Berufsbildung ist einer der wenigen Bildungsbereiche, die weitgehend vom Bund geregelt werden. Gleichzeitig gibt es einen institutionalisierten, starken Einbezug der Organisationen der Arbeitswelt. Auf diese Weise werden einerseits schweizweit homogene Abläufe erreicht, und andererseits können gleichzeitig die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes direkt und schnell in die Lehrgänge einfliessen (SKBF 2010: 146). Trotz der zentralen Steuerung durch den Bund spielen die Kantone eine zentrale Rolle. Als wichtigste Vollzugsinstanz der bundesrechtlichen Bestimmungen sind sie wichtige Akteure im Berufsbildungssystem. Unter anderem koordinieren sie die in die Berufsbildung involvierten Stellen, betreiben die Berufsfachschulen und gewährleisten die Qualität der beruflichen Grundbildung. Zudem tragen sie rund drei Viertel der Kosten, die der Öffentlichkeit aus der Berufsbildung nach BBG entstehen. Die Kantone haben bei der Ausführung der Bundesvorgaben auch gestalterische Kompetenzen, was sich in den verschiedenen Vollzugsgesetzen und -verordnungen niederschlägt. Die Ausgestaltung für den Kanton Luzern wird im Gesetz über die Berufsbildung und die Weiterbildung vom 12. September 2005 (SRL Nr. 430) und der Verordnung zu diesem Gesetz (SRL Nr. 432) konkretisiert.

3. Datengrundlage und Abgrenzungen

Schulen als Referenz

Die Daten zu den Lernenden werden in den meisten öffentlichen Bildungsstatistiken über die Bildungsinstitution erfasst. Das hat zur Folge, dass der Standort der besuchten Einrichtung massgebend dafür ist, ob eine Person in einer Statistik für den Kanton Luzern aufgenommen wird. Weil das Luzerner Angebot an beruflichen Grundbildungen überregional grosse Anziehungskraft hat, sind in den Auswertungen auch viele nicht im Kanton Luzern ansässige Jugendliche miterfasst. Umgekehrt werden Lernende, speziell für seltene Berufe, auch ausserkantonalen Schulen zugewiesen. Luzerner Jugendliche können zudem Lehrverträge in anderen Kantonen eingehen.

Anhand der Statistik der Schüler/innen und Studierenden, die das Bundesamt für Statistik bereitstellt, können für Lernende, die eine öffentliche oder private (Berufsfach-)Schule im Raum Luzern besuchen, Merkmale wie Alter, Geschlecht, Heimat, Wohnort, Fachrichtung und letzte besuchte Schule mit Bildungsjahr bestimmt werden. Der letzte Schulbesuch ist allerdings nur dann rückverfolgbar, wenn eine Person bereits im Vorjahr im kantonalen Bildungssystem integriert war. Das Datenmaterial für die weiteren Bereiche, wie die öffentlichen und privaten Angebote der schulisch orientierten Berufsbildungen oder die kantonalen Brückenangebote, stammt ebenfalls aus der Statistik der Schüler/innen und Studierenden.

Die an den öffentlichen Berufsfachschulen engagierten Lehrkräfte werden im Rahmen der Statistik des Lehrpersonals erhoben, die der Kanton Luzern seit 2007/2008, auch im Auftrag des Bundesamts für Statistik, durchführt. Die Ausführungen zum Lehrkörper an den Berufsfachschulen sind sehr knapp gehalten, weil keine längeren Zeitreihen vorliegen.

Betriebe als Referenz

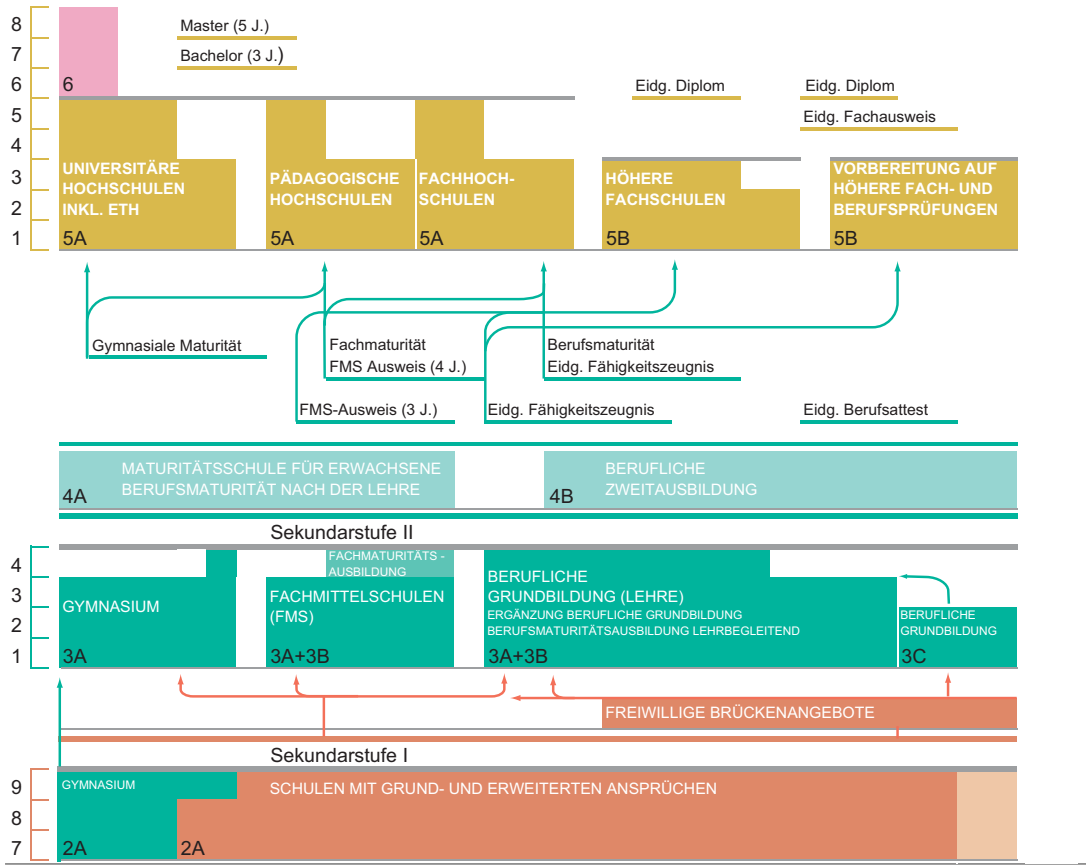
Steht bei der Datenerfassung der Lehrbetrieb im Mittelpunkt, kann ebenfalls auf Erhebungen des Bundesamts für Statistik zurückgegriffen werden. Zu den wichtigsten gehört die Statistik der beruflichen Grundbildung, in der unter anderem die Zahl der in einem Jahr neu abgeschlossenen Lehrverträge oder der erlangten eidgenössischen Fähigkeitszeugnisse und Berufsatteste im Kanton Luzern erfasst werden. Diese Daten sind auch bei der Dienststelle Berufs- und Weiterbildung erfasst.

Eine weitere Quelle sind die Daten der Eidgenössischen Betriebszählungen: Sie bieten detaillierte Angaben zu den Betrieben, inklusive der Zahl der beschäftigten Lernenden und der Branchenzugehörigkeit.

Abbildung 5.1

Die Einbettung der beruflichen Grundbildung im Bildungssystem (Gesamtdarstellung vgl. Kapitel 2)

Kanton Luzern



LUSTAT STATISTIK LUZERN

Quelle: EDK – LUSTAT

B BETRIEBE, SCHULEN UND ÜBERBETRIEBLICHE KURSE ALS LERNORTE

1. Der Betrieb und die überbetrieblichen Kurse

Drei Lernorte

Für rund zwei Drittel der Jugendlichen in der Schweiz führt der Weg in die Berufswelt über die berufliche Grundbildung. Der zentrale Ort der Berufslehre ist der Lehrbetrieb. Der Lehrbetrieb ist ein privates oder öffentliches Produktions- oder Dienstleistungsunternehmen, wo der Lernende unter der Anleitung von Berufsbildnern den praktischen Teil seiner Ausbildung absolviert. Der theoretische Teil der Ausbildung erfolgt an der Berufsfachschule, die 1 bis 2 Tage in der Woche besucht wird.
In Ergänzung zum Lehrbetrieb und zur Berufsfachschule haben sich als dritte Lernorte die überbetrieblichen Kurse etabliert. Diese dienen der Ausbildung von praktischen Fertigkeiten „off the job", das heisst losgelöst vom betrieblichen Produktionsprozess (Wettstein/Gonon: 172ff.). Das Lernen in überbetrieblichen Kursen steht damit zwischen dem Lernen am Arbeitsplatz und dem theoretischen Lernen im Unterricht. Praktische Fertigkeiten, die im Betrieb nur schwer zu vermitteln sind, können dabei ebenso im Mittelpunkt stehen wie die Übertragung von berufskundlicher Theorie in anwendungsnahe Handlung. Die Lehrbetriebe werden so teilweise entlastet, ohne dass sie von der Gesamtverantwortung entbunden werden. Der Besuch ist obligatorisch und erfolgt in Blöcken, die sich über mehrere Wochen erstrecken können. Diese Kurse werden von den Berufsverbänden organisiert. Die Kurse finden im Kanton Luzern in rund 25 Ausbildungszentren statt.

Viele neue Ausbildungsplätze nach einem Tief in den 1990er-Jahren

Im Kanton Luzern beteiligen sich die Betriebe ausgesprochen stark an der Ausbildung von Lernenden. Der Anteil der ausbildenden Betriebe lag in sämtlichen Beobachtungsjahren von 1985 bis 2008 über 4 Prozentpunkte höher als in der ganzen Schweiz. Auch die Lehrlingsquote, definiert als Anteil der Lernenden am Total der Beschäftigten (in Vollzeitäquivalenten), lag in Luzern konstant einen Prozentpunkt über dem Schweizer Wert. Dies ist teilweise damit zu erklären, dass der Kanton Luzern im Vergleich zur Gesamtschweiz einen höheren Anteil Betriebe im zweiten Sektor hat und in diesem die Lehrlingsquote deutlich höher ist als im dritten Sektor. Aber auch im Dienstleistungssektor liegt die Lehrlingsquote über dem dem schweizerischen Mittel. Dazu beitragen kann die spezifische Branchenstruktur des Kantons Luzern.
Im Jahr 2008 verzeichneten die Luzerner Betriebe im zweiten und dritten Sektor 11'267 Lernende in Ausbildung. Nachdem die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze im zweiten und dritten Sektor zwischen 1985 und 1995 von 11'130 auf 8'442 zurückgegangen war, wurde im Zeitraum von etwas mehr als einem Jahrzehnt der Rückgang wieder etwas wettgemacht. Die in den letzten Jahren zunehmende Partizipation der Betriebe zeigt somit, dass trotz des fortschreitenden wirtschaftlichen Wandels keine Erosion der betrieblichen Ausbildungsplätze festgestellt werden kann. In Luzerner Betrieben des Primärsektors wurden 320 Lernende im Jahr 2008 ausgebildet.

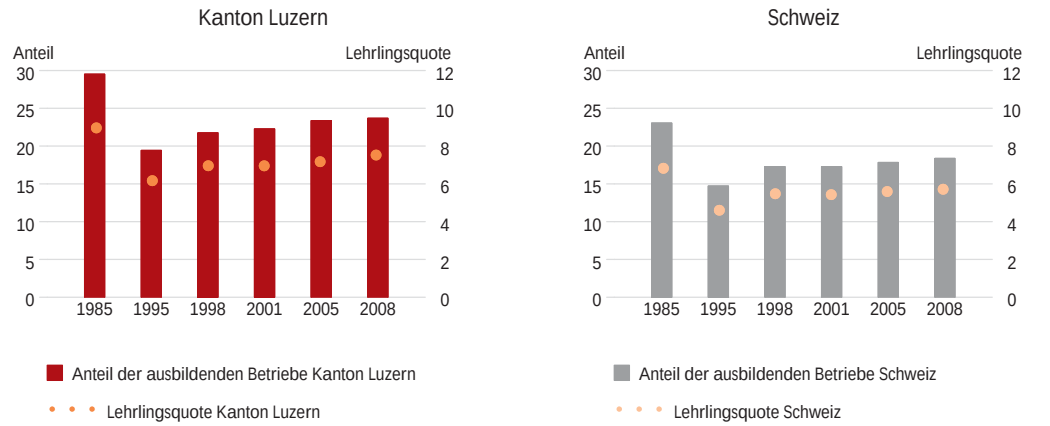
Lohnt sich die Lehrlingsausbildung für die Betriebe?

Die ausbildenden Betriebe äussern sich insgesamt zufrieden mit der dualen Berufsbildung. Im Jahr 2000 waren sie mit einer Quote von über 85 Prozent sehr oder eher zufrieden mit der dualen beruflichen Grundbildung (SKBF 2006: 120). Ob sich Betriebe im dualen System engagieren oder nicht, hängt von vielen Faktoren ab. Optimalerweise wollen die Betriebe einen Mehrwert aus der Ausbildung eines Lernenden ziehen können. Dieser Ansatz, der auch Entscheidungsgrössen wie die Höhe des zusätzlichen Personalaufwands und die erwartete Produktivität der Lernenden berücksichtigt, wurde in verschiedenen Arbeiten genauer ausgewertet. Eine repräsentative Studie, die für das Jahr 2004 mit Daten von rund 4'200 ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben in der Schweiz durchgeführt wurde, zeigte beispielsweise für die Mehrzahl der Fälle, dass die durch die Lernenden geleistete produktive Arbeit die betrieblichen Investitionen in die Ausbildung bereits vor dem Ende der Lehre deckte (Mühlemann/Wolter 2007). Zudem kann die Lehrlingsausbildung für die Betriebe ein Rekrutierungsinstrument darstellen: Gute Lernende werden nach der Berufslehre oft weiterbeschäftigt, sodass keine mit Unsicherheit behafteten und mit Einarbeitungskosten verbundenen Neuanstellungen getätigt werden müssen. Die Betriebe sind längerfristig auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Branchen, in denen sich die berufliche Ausbildung im Rahmen des dualen Systems bewährt hat, müssen deshalb in hinreichender Zahl Lehrstellen anbieten, damit die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes in der Zukunft abgedeckt sind.

Hohe Lehrlingsquote

Die Lehrlingsquote widerspiegelt die Entwicklung der Lernendenzahl in den Betrieben. Gemessen am Total der Beschäftigten (in Vollzeitäquivalenten) nahm der Anteil Lernender im Kanton Luzern seit 1995 stetig zu, von 6,2 Prozent auf 7,6 Prozent im Jahr 2008. Allerdings zeigt die erste verfügbare Vergleichsziffer von 9,0 Prozent aus dem Jahr 1985, dass prozentual deutlich

Abbildung 5.2
Ausbildende Betriebe und Lehrlingsquoten im 2. und 3. Sektor seit 1985
Betriebsort Kanton Luzern und Schweiz



T4K05G02

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: Bundesamt für Statistik - Eidg. Betriebszählung

mehr Lernende im Arbeitsprozess integriert waren. Ein vorübergehendes Tief zeigt sich auch bei der Partizipation der Luzerner Betriebe am dualen System. Der Anteil ausbildender Betriebe im Verhältnis zu allen Betrieben im Kanton Luzern (ohne Landwirtschaft), der 1985 bei hohen 29,5 Prozent lag, fiel bis 1995 deutlich auf 19,4 Prozent, um danach bis 2008 kontinuierlich auf 23,7 Prozent anzusteigen. Ein Grund für den Knick zwischen 1985 und 1995 war die rückläufige Zahl der Schulabgänger und -abgängerinnen ab Sekundarstufe I und somit der Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchten.

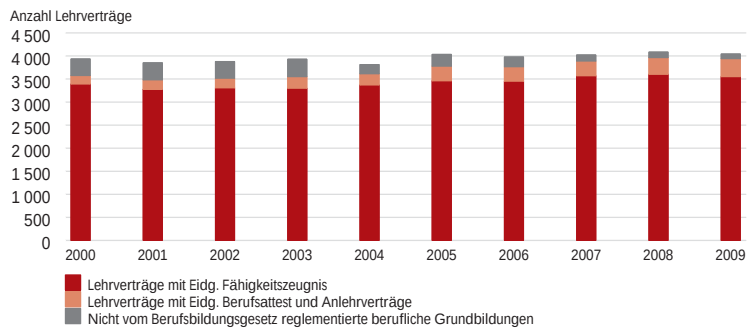
Mehr Lehrverträge neu abgeschlossen

Der Zuwachs der betrieblichen Ausbildungsplätze manifestiert sich auch in der Zahl der neu abgeschlossenen Lehr- und Anlehrverträge sowie der Verträge nicht vom Bund reglementierter Grundbildungen im Kanton Luzern. Zur letzten Gruppe gehören vorwiegend Berufe im Bereich Gesundheit, die bis 2004 nicht im Rahmen des Berufsbildungsgesetzes geregelt waren, seither aber schrittweise in reglementierte Grundbildungen überführt werden. Wurden im Jahr 2000 noch 3'933 neue Verträge unterzeichnet, waren es 2009 bereits 4'040. Der Zuwachs der betrieblichen Ausbildungsplätze ist aber einzig auf die zweite Hälfte des Jahrzehnts zurückzuführen; in der ersten Hälfte schwankte das Angebot stark, es lag aber immer unter den Werten der zweiten Dekadenhälfte. Zwischen 2000 und 2004 war der Durchschnitt der Vertragsabschlüsse um rund 150 Lehrverträge tiefer als zwischen 2005 und 2009. Ende 2009 ergab sich ein Bestand von rund 11'900 aktiven Lehrverhältnissen, was einem langjährigen Höchststand entspricht.

Beteiligung variiert je nach Branche

Der Lehrstellenmarkt stellt wegen seines unmittelbaren Bezugs zur wirtschaftlichen Tätigkeit immer ein ungefähres Abbild der lokalen Wirtschaft dar. Ein Blick auf die Branchenstruktur der betrieblichen Ausbildungsplätze im Kanton Luzern zeigt darüber hinaus, dass einige der Branchen stärker, andere schwächer in der Lehrlingsausbildung engagiert sind, als angesichts der allgemeinen Beschäftigungsstruktur zu erwarten wäre.

Abbildung 5.3
Neue abgeschlossene Lehr- und Anlehrverträge seit 2000
Kanton Luzern



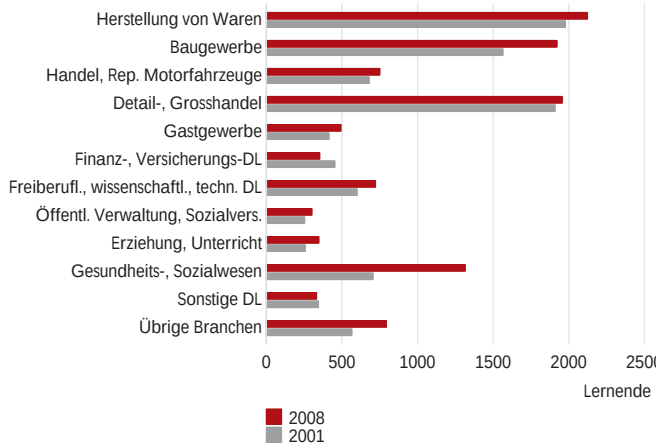
T4K05G15
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: Bundesamt für Statistik – Statistik der beruflichen Grundbildung

Überproportional viele Lernende verzeichnete im Jahr 2008 zum Beispiel der Detail- und Grosshandel: Er stellte rund 13 Prozent der Beschäftigten (Vollzeitäquivalente) im Kanton Luzern, bot aber knapp 17 Prozent der betrieblichen Ausbildungsplätze an. Im Baugewerbe waren es sogar 9,4 Prozent gegenüber 16,6 Prozent.

Abbildung 5.4

Lernende in Betrieben des 2. und 3. Sektors nach Branchen 2001 und 2008

Betriebsort Kanton Luzern



T4K05G04

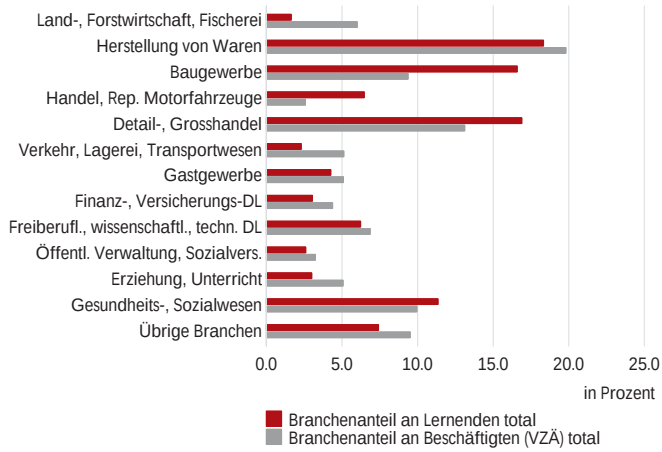
LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: Bundesamt für Statistik - Eidg. Betriebszählung

Abbildung 5.5

Branchenanteile an Anzahl Lernenden und Beschäftigten 2008

Betriebsort Kanton Luzern



T4K05G05

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: Bundesamt für Statistik - Eidg. Betriebszählung, landw. Betriebszählung

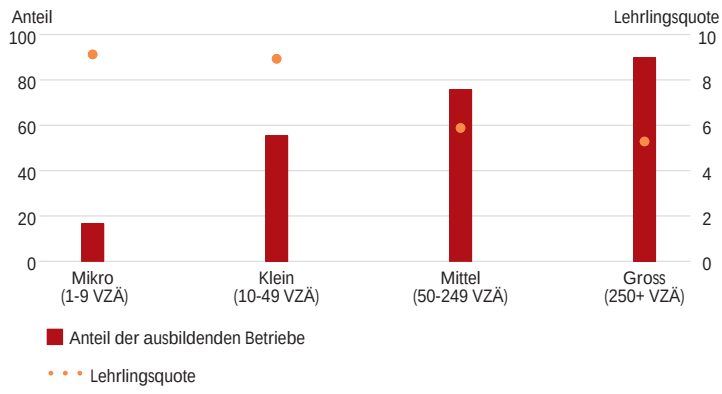
VZÄ: Vollzeitäquivalente

Umgekehrt lag bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen der Anteil der Lernenden etwas mehr als ein Viertel unter dem Beschäftigtenanteil (4,4 % der Vollzeitäquivalente, 3,0 % der Lernenden). Diese Angebotsstruktur lässt sich zum Teil dadurch erklären, dass die Ausbildung der Fachkräfte nicht für alle Berufe gleichermassen stark über das duale System erfolgt. Branchen, deren Betriebe beispielsweise vorwiegend Hochschulabgängerinnen und -abgänger rekrutieren, weisen deshalb einen kleineren Lernendenanteil auf.

Viele Auszubildende in kleinen Unternehmen

Die Entscheidung, ob ein Betrieb einen Ausbildungsplatz anbietet oder nicht, hängt unter anderem von den Einsatzmöglichkeiten für Lernende ab. In kleinen Betrieben fällt oft zu wenig oder keine passende Arbeit an, um Lernende einstellen zu können. Zudem erfüllen in kleinen Betrieben die Firmeninhaberinnen und -inhaber oft die gesetzlichen Voraussetzungen zur Lehrlingsausbildung nicht, beispielsweise weil sie selbst nicht die dafür nötige Ausbildung vorweisen können oder nicht über die nötige betriebliche Infrastruktur verfügen. Überlegungen zur Auslastung der Angestellten können zudem miterklären, weshalb in Betrieben bei unsicherer Auftragslage, die beispielsweise durch einen konjunkturellen Einbruch hervorgerufen wird, oft Lehrplätze gestrichen werden.
Im Jahr 2008 waren im Kanton Luzern Betriebe, die eine Beschäftigung von weniger als 10 Vollzeitäquivalenten aufwiesen, nur in einem von fünf Fällen bereit oder in der Lage, mindestens einen Lernenden aufzunehmen. Bei den Grossunternehmen mit einer Beschäftigung von mehr als 250 Vollzeitäquivalenten stellten hingegen nur gerade einer von 10 Betrieben keine Lernenden ein. Anteilsmässig den grössten Beitrag zur betrieblichen Berufsausbildung liefern hingegen die Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten: Der Lernendenanteil ist bei ihnen mit circa 9 Prozent bedeutend höher als in den mittleren (6 %) oder den grossen (5 %) Betrieben (Abb. 5.6).

Abbildung 5.6
Ausbildende Betriebe und Lehrlingsquoten im 2. und 3. Sektor nach Betriebsgrösse 2008
Betriebsort Kanton Luzern



T4K05G03
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: Bundesamt für Statistik - Eidg. Betriebszählung

VZÄ: Vollzeitäquivalente

Nicht alle Betriebe erfüllen die Voraussetzungen zur Ausbildung

Das Lehrstellenangebot wird nicht nur von betriebswirtschaftlichen Überlegungen beeinflusst, denn die Betriebe müssen gewisse rechtliche Vorgaben erfüllen, um Lernende ausbilden zu können. Damit ein Betrieb eine Ausbildungsbewilligung erhält, darf beispielsweise das Verhältnis zwischen Fachkräften und Lernenden ein bestimmtes Mass nicht unterschreiten, oder es muss nachgewiesen werden, dass ein Berufsbildner (Lehrmeister) mit genügend Berufserfahrung und berufspädagogischer Bildung im Betrieb tätig ist. Als Stolperstein stellt sich gelegentlich die mangelnde Breite der betrieblichen Tätigkeit heraus (Wettstein/Gonon 2009: 142). Die Bildungsverordnungen definieren für jeden Beruf eine Palette an Bereichen, in die während der Ausbildungszeit Einblick gegeben werden muss. Kleinere oder sehr spezialisierte Betriebe, die beispielsweise für die Ausbildung notwendig vorgeschriebene Arbeiten über Dritte abwickeln lassen, wären deshalb von der Teilnahme an der dualen Berufsbildung ausgeschlossen. Partnerschaften mit einem Zweitbetrieb lösen dieses Problem. Neben diesen Kleinverbünden bieten auch Lehrbetriebsverbünde, zu denen sich Betriebe zusammenschliessen können, eine gute Lösung. In einem solchen Verbund absolvieren die Lernenden die Berufslehre gestaffelt bei den angeschlossenen Verbundspartnern. Die Lehre in einem solchen Verbund ähnelt in ihrem Wesen den Ausbildungskonzepten von Grossfirmen, in denen Lernende in Rotation die verschiedenen Abteilungen des Betriebes kennenlernen.

Der Anteil der ausbildenden Betriebe liegt im Kanton Luzern über dem Schweizer Durchschnitt

2. Schulen als Lernorte

Neben dem Betrieb und den überbetrieblichen Kursen sind die Berufsfachschulen der dritte Lernort, in denen das theoretische Wissen erworben wird.

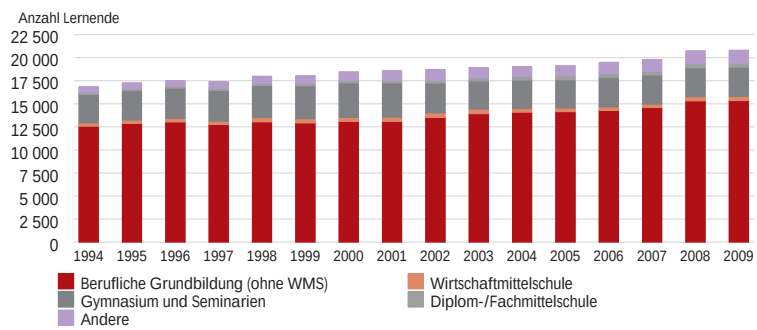
Am meisten Lernende besuchen die Berufsfachschulen

In einer Gesamtschau über alle Bereiche der Sekundarstufe II, zieht die Berufslehre weitaus am meisten Jugendliche an. Fast drei Viertel aller Schülerinnen und Schüler im Kanton Luzern auf der Sekundarstufe II befanden sich zwischen 1994/1995 und 2009/2010 an einer Berufsfachschule oder einer anderen Institution der beruflichen Grundbildung. In absoluten Zahlen nahm die Zahl dieser Lernenden von 12'932 auf 15'817 zu.
Die quantitativ zweitwichtigste Position bildeten im Schuljahr 2009/2010 die Gymnasien mit 3'157 Lernenden. Obwohl die Übertrittsquote in das erste Gymnasialjahr auf Sekundarstufe II auch in den letzten zehn Jahren weiter angestiegen ist, nahm der Anteil an allen Lernenden auf Sekundarstufe II seit der Jahrtausendwende ab und lag im Schuljahr 2009/2010 noch bei 15,2 Prozent. Die Verkürzung der gymnasialen Ausbildungszeit um ein Jahr auf der einen Seite und die Verlängerung der Lehrzeit für einzelne Berufe auf der anderen trugen entscheidend zu dieser Umgewichtung im Gesamtvolumen bei. Zu den Gymnasien werden hier auch die früheren Lehrerseminarien gezählt, deren Schülerinnen und Schüler heute überwiegend von den Gymnasien absorbiert werden. Der Anteil von Lernenden auf Sekundarstufe II, die etwa ein kantonales Brückenangebot besuchten oder die Berufsmaturität im Vollzeitstudium absolvierten, überschritt nie die 9-Prozent-Marke.

Berufsfachschulen an sechs Standorten konzentriert

Die schulische Ausbildung der Berufslehre findet an den Berufsfachschulen (ehemals Berufsschulen oder Gewerbeschulen) statt, ihr Besuch ist obligatorisch. Gelehrt werden berufskundliche und allgemeinbildende Fächer sowie Sport. Im Kanton Luzern gibt es an sechs Standorten – Stadt Luzern, Emmen, Hohenrain, Schüpfheim, Sursee, Willisau – Berufsbildungszentren für folgende Fachbereiche: Bau und Gewerbe, Gesundheit und Soziales, Natur und Ernährung sowie Wirtschaft, Informatik und Technik. Ab 2012/2013 werden einzelne Berufe neuen Standorten zugeteilt, um inhaltlich verwandte Berufe

Abbildung 5.7
Lernende der Sekundarstufe II seit 1994/1995
Schulort Kanton Luzern



T4K05G16
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: Bundesamt für Statistik – Statistik der Schüler/innen und Studierenden

zu Kompetenzzentren zusammenzufassen. An zwei weiteren Schulen werden interkantonale Fachkurse für Berufslernende aus der deutschen Schweiz angeboten (Weggis: Hotel & Gastro formation, Internationale Berufsfachschule für Köche und Köchinnen; Sursee: Berufsfachschule Verkehrswegbauer).

Kanton als Anbieter

Die Berufsfachschulen werden mehrheitlich von der öffentlichen Hand angeboten. Im Auftrag des Kantons Luzern bilden auch zwei private Institute Lernende aus, so der Kaufmännische Verband Luzern (Kaufmännische Berufsfachschule) und Frei's Schulen AG Luzern (Berufsfachschule für medizinische Assistenzberufe). Wegen des klaren Berufsbezugs der Ausbildung werden in der Regel berufsreine Klassen gebildet. Bei seltenen Berufen mit sehr spezifischem Berufskundeunterricht kommt es vor, dass Lernende in ausserkantonale Berufsfachschulen ausweichen müssen oder umgekehrt Lernende aus anderen Kantonen dem Unterricht an einer der Luzerner Schulen folgen.
An den Berufsfachschulen des Kanton Luzern kann in technischer, kaufmännischer, gestalterischer oder gesundheitlich-sozialer Richtung eine Berufsmaturität erworben werden, die gewerbliche und die naturwissenschaftliche Richtung werden ab dem Schuljahr 2011/2012 ebenfalls angeboten werden. Je nach Fachrichtung gehen Lernende, die parallel zur Berufslehre die Berufsmaturität anstreben, nach Luzern, Emmen, Sursee oder Willisau. Nach Lehrabschluss kann der Berufsmaturitätsunterricht als einjähriges Vollzeitstudium oder berufsbegleitend in der Stadt Luzern und ab 2011/2012 auch in Schüpfheim besucht werden.

Neben Betrieb und Schule sind überbetriebliche Kurse wichtige Orte des Lernens (hier Instruktion für Köchinnen und Köche)

Lehrpersonal an den Berufsfachschulen mit vielen Kleinpensen

An den kantonalen Berufsfachschulen unterrichten rund 550 Lehrkräfte. Der Anteil der Frauen ist mit nicht ganz 30 Prozent deutlich geringer als in den Volksschulen und im Gymnasium. Etwa 25 Prozent bekleiden ein Vollzeitpensum, 30 Prozent ein solches von 50 bis 89 Prozent und etwa 55 Prozent sind zu weniger als 50 Prozent angestellt. Diese Struktur erklärt sich teilweise damit, dass die Lehrkräfte zu einem grossen Teil Berufsleute sind und die Lehrtätigkeit im Nebenerwerb ausgeübt wird.

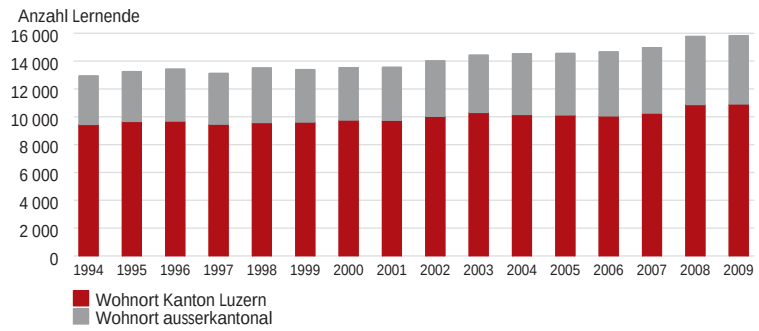
Stadt Luzern mit den meisten Berufsfachschülerinnen und -schülern

Mit fast 9'300 jungen Frauen und Männern besuchte mehr als die Hälfte aller Berufslernenden des Kantons im Schuljahr 2009/2010 eine Berufsfachschule in der Stadt Luzern. Die Berufsbildungszentren in Sursee (2'279 Lernende), Emmen (1'470 Lernende) und Willisau (1'271 Lernende) und die stark von Jugendlichen aus anderen Kantonen frequentierte interkantonale Berufsfachschule für Verkehrswegbauer in Oberkirch bei Sursee (1'032 Lernende) stellten die anderen quantitativ wichtigen Standorte.

Hohe Auslastung durch auswärtige Lernende

Die Berufsfachschulen im Kanton Luzern werden von Lernenden aus anderen Kantonen stark frequentiert. Im Schuljahr 2009/2010 hatte rund ein Drittel der Schülerinnen und Schüler an einer Berufsfachschule den Wohnsitz ausserhalb des Kantons. Rund 60 Prozent der Berufslernenden von ausserhalb des Kantons hatten im Schuljahr 2009/2010 ihren Wohnsitz in einem der übrigen Kantone der Zentralschweiz, die meisten davon in Schwyz, Nidwalden oder Obwalden. Diese Zahl widerspiegelt, dass in weniger stark nachgefragten Berufsrichtungen oft gemeinsame Zentralschweizer Klassen gebildet werden. Etwa 1'000 im Kanton Luzern lebende Auszubildende haben gemäss Dienststelle für Berufs- und Weiterbildung ihre Lehrstelle in einem anderen Kanton, besuchen aber mehrheitlich eine Luzerner Berufsfachschule. Die Gymnasien sind mit einem niedrigerem Wanderungsstrom konfrontiert (7,6 % mit ausserkantonalem Wohnsitz), ebenso die Fachmittelschulen (9,4 %). Diese Schulen sind in den meisten Kantonen mit einem ausreichenden Platzangebot vorhanden, was ihre schwächere Belegung durch Lernende anderer Kantone erklärt.

Abbildung 5.8
Lernende einer beruflichen Grundbildung nach Wohnkanton seit 1994/1995
Schulort Kanton Luzern



T4K05G06

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: Bundesamt für Statistik – Statistik der Schüler/innen und Studierenden

Die schulisch orientierte berufliche Grundbildung

Neben der betrieblichen Lehre gibt es verschiedene vorwiegend schulisch orientierte Ausbildungswege, meist im Rahmen einer öffentlichen Wirtschaftsmittelschule. Diese Ausbildung, die mit einer Berufsmaturität abgeschlossen wird, umfasst drei Jahre Schule sowie ein Jahr Praktikum. Vertreten ist sie an den Standorten Luzern und Willisau. In der Stadt Luzern bildet die örtliche Wirtschaftsmittelschule zusammen mit der Fachmittelschule und der Fachklasse Grafik, die ebenfalls zu den schulisch orientierten Berufsbildungsangeboten gehört, das Fach- und Wirtschaftsmittelschulzentrum Luzern. In Willisau ist die Wirtschaftsmittelschule als separate Abteilung dem örtlichen Gymnasium angegliedert. Darüber hinaus bieten fünf private Institute Bildungsgänge mit Praktika an, die mit einem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis als Kauffrau beziehungsweise Kaufmann vollendet werden können.

Fachmittelschulen

Einen separaten Platz zwischen Berufs- und Allgemeinbildung nehmen die Fachmittelschulen ein, die im Jahr 2004 die Diplommittelschulen abgelöst haben. Sie gelten als weiterführende allgemeinbildende Lehrinstitute, die innerhalb bestimmter Fachrichtungen berufsrelevantes Basiswissen vermitteln. Die Fachmittelschulen sind in der Bildungssystematik neben der berufli-

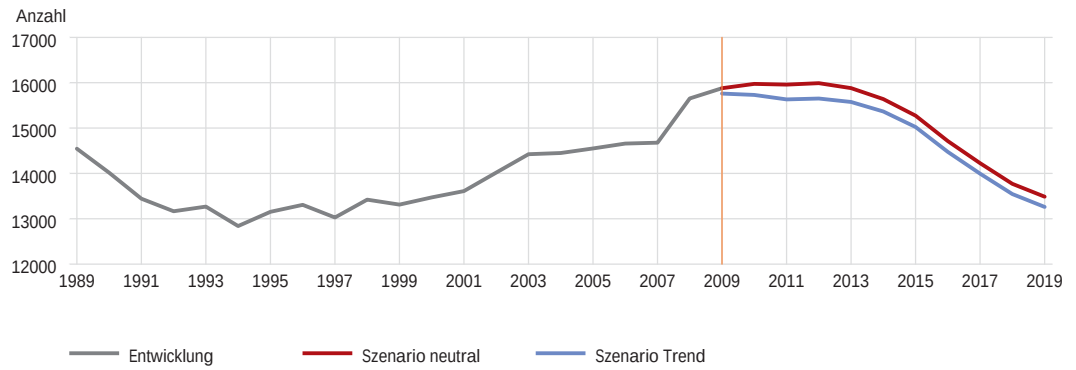
Praxis und Theorie gehen im dualen Berufsbildungssystem Hand in Hand, im Bild eine Lernende des Baugewerbes an einer Prüfung

chen Grundbildung angesiedelt: im Vordergrund der Ausbildung steht die Befähigung für das Studium an einer Höheren Fachschule oder einer Fachhochschule. Zwei von drei Fachmittelschulen im Kanton Luzern sind Abteilungen von Gymnasien (Kantonsschulen Sursee und Seetal). Das dritte Schulangebot befindet sich am Fach- und Wirtschaftsmittelschulzentrum in Luzern. Im Kanton Luzern werden die Berufsfelder Gesundheit, Soziales (Luzern), Pädagogik (Luzern, Sursee, Seetal) und Musik (Seetal) angeboten.

Zukünftiges Lernendenvolumen

Für die berufliche Grundbildung ist gemäss Szenarien des Bundesamts für Statistik in den nächsten zehn Jahren gesamtschweizerisch ein Rückgang des Volumens an Lernenden zu erwarten (methodische Hinweise in Kapitel 11). Ausgehend vom aktuellen Stand wird sich gesamtschweizerisch die Nachfrage nach der beruflichen Grundbildung wieder auf das Niveau von 1999 zurückbilden. Im Kanton Luzern, der in den letzten zehn Jahren ein deutlich stärkeres Wachstum an Lernenden in der beruflichen Grundbildung erfahren hatte, ist beim Szenario „neutral" (Terminologie des BFS) während der nächsten Jahre ein leichter Zuwachs zu erwarten, und der Rückgang würde erst etwa 2013 einsetzen, aber leicht stärker. Im Szenario „Trend" beginnt der Rückgang ebenfalls sofort, in den ersten fünf Jahren moderat, danach verstärkt. In den nächsten fünf Jahren wären im Kanton Luzern jährlich etwa 16'000 Lernende an Berufsfachschulen auszubilden, was etwa dem heutigen Stand entspricht. Danach würden sich die Bestände bis 2019 sukzessive um insgesamt etwa 1'500 bis 2'500 reduzieren. Diese Einschätzung korreliert mit der erwarteten demografischen Entwicklung. Im entsprechenden Alterssegment wird in der auf 2019 nachfolgenden Periode eher ein leichtes Wachstum, mindestens aber keine Rückbildung erwartet. Hielte die Zuwanderung in den Kanton Luzern im heutigen Masse an, würde dies die Schülerzahlen nach oben beeinflussen. Die Szenarien für die berufliche Grundbildung stehen in Wechselwirkung mit der gymnasialen Bildung. Eine gymnasiale Nachfrageausweitung wirkt sich direkt auf die berufliche Grundbildung aus.

Abbildung 5.9
Entwicklung und Vorausschätzung für Lernende in beruflicher Grundbildung
Kanton Luzern



T4K05G21

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS, Bildungsperspektiven, SCENARIO

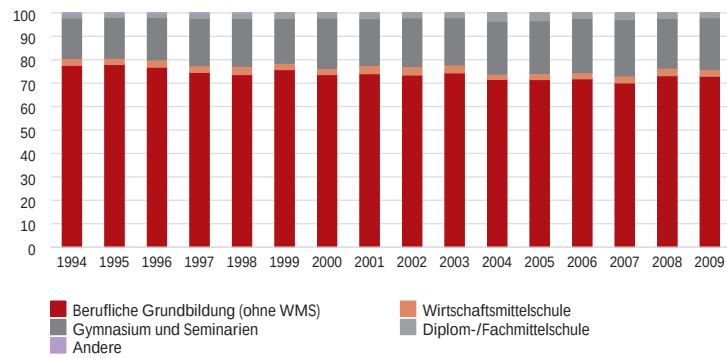
C WEGE AM ENDE DER SCHULPFLICHT

1. Übertritte von der Volksschule in die Sekundarstufe II

Vielfalt an Optionen nach Abschluss der Schulpflicht

Am Ende der Schulpflicht stehen die Jugendlichen an einem Scheideweg. Die berufliche Grundbildung eröffnet ihnen eine Vielzahl an Optionen, die sich hinsichtlich des Tätigkeitsfeldes, des Anspruchsniveaus und der Ausbildungsform erheblich unterscheiden. Vor diesem Hintergrund scheint es einleuchtend, dass Lehrkräfte und Behörden den Schülerinnen und Schülern noch während des obligatorischen Schulbesuchs systematisch Orientierungs- und Entscheidungshilfen darbieten. So werden Fragen zur beruflichen Zukunft schon früh im Unterricht angesprochen, zusätzlich können Jugendliche sich an Informationsveranstaltungen (wie zum Beispiel der Zentralschweizer Bildungsmesse) kundig machen und Schnupperlehren absolvieren. Schnupperlehren in den Betrieben ermöglichen den Schülerinnen und Schülern einen direkten Einblick in den Berufsalltag. Sie sind im Kanton Luzern frühestens im Verlaufe des 8. Schuljahres vorgesehen.
Die für die Betrachtung der Berufswahl kommentierten Zahlen berücksichtigen mehrheitlich nur die Jugendlichen, die sowohl eine Luzerner Ausbildungsinstitution besuchen als auch ihren Wohnsitz im Kanton Luzern haben. Damit kann vermieden werden, dass die vor allem im Bereich der beruflichen Grundbildung sehr ausgeprägten Wanderungsströme das Bild der gewählten Ausbildungsrichtung und Berufe verzerren. Mangels statistischer Daten werden die Lernenden nicht mitgezählt, die zwar ihren Wohnsitz im Kanton Luzern haben, ihre Ausbildung aber in einem anderen Kanton absolvieren.

Abbildung 5.10
Lernende des ersten Bildungsjahres auf Sekundarstufe II nach Bildungsbereich seit 1994/1995
Schul- und Wohnort Kanton Luzern



T4K05G07B
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: Bundesamt für Statistik - Statistik der Schüler/innen und Studierenden

Grosse regionale Unterschiede

In der Schweiz bestehen bei der Wahl der nachobligatorischen Ausbildungen deutliche Unterschiede zwischen den Sprachregionen. In der Romandie und im Tessin besuchen tendenziell mehr Lernende eine Maturitätsschule oder eine schulisch orientierte berufliche Grundbildung als in der Deutschschweiz. Während in der lateinischen Schweiz knapp mehr als zwei Fünftel der Schülerinnen und Schüler die klassische im Betrieb verankerte Lehre durchlaufen, ist dies in der Deutschschweiz bei zwei Dritteln der Fall. Ähnliche Unterschiede zeigen sich zwischen urbanen und ländlichen Regionen in der Schweiz (SKBF 2006: 117).

Die Mehrheit der Luzerner Jugendlichen entscheidet sich für eine Berufslehre

Drei Viertel der im Kanton Luzern wohnhaften Jugendlichen entscheidet sich nach der obligatorischen Schulzeit für eine Berufslehre. Im Schuljahr 2009/2010 zählte die Sekundarstufe II im ersten Bildungsjahr insgesamt 4'470 Lernende mit Luzerner Wohnsitz. Davon befanden sich 3'391 Lernende oder rund 76 Prozent in einer Berufslehre. Die Vorherrschaft der berufsbildenden Optionen war in der Vergangenheit sogar noch ausgeprägter: 1994/1995 stand der Anteil bei 80,6 Prozent.
Innerhalb der Berufslehren blieben die Anlehren eher eine Randerscheinung; ihr Anteil an den neu begonnenen beruflichen Grundbildungen betrug zwischen 1994/1995 und 2003/2004 bei rund 3 bis 4 Prozent. Ihre indirekten Nachfolger, die 2004 eingeführten Ausbildungen mit Berufsattest, sind hingegen stärker verbreitet. Bereits 2008/2009 konnten sie die bisherigen Höchstmarken der Anlehre bezüglich Schülerzahlen und dem Anteil an den Berufslehrgängen (5 %) übertreffen.

Der Weg über allgemeinbildende Schulen wird häufiger als früher gewählt

Die Nachfrage nach der beruflichen Grundbildung bildete sich in den letzten Jahren anteilsmässig leicht zurück, dagegen nahm das Gewicht der allgemeinbildenden Lehrgänge zu. Ihr Anteil an den Schülerinnen und Schülern mit Wohnsitz im Kanton Luzern im ersten Bildungsjahr stieg von 19 Prozent im Schuljahr 1994/1995 auf einen bisherigen Höchststand von 27 Prozent im Schuljahr 2007/2008. Das entsprach insgesamt 1'199 Lernenden.
Der grösste Teil des relativen Anstiegs entfiel auf die Gymnasien. Einen bedeutenden Zuwachs erlebten auch die Fachmittelschulen, besonders als sie 2004 aus den Diplommittelschulen in ihre neue Funktion überführt wurden. In diesem Jahr stieg die Zahl der Lernenden gegenüber dem Vorjahr um über die Hälfte an, von 91 auf 158. Bis ins Schuljahr 2009/2010 blieben die Fachmittelschulen aber im Schatten der Gymnasien. Der Anteil ihrer Schülerschaft an allen allgemeinbildenden Lehrgängen im ersten Bildungsjahr betrug vergleichsweise geringe 9 Prozent.

Männeranteil höher in Berufslehren Frauenanteil höher in Gymnasien

Bei den Ausbildungsangeboten auf der Sekundarstufe II zeigen sich zum Teil deutliche geschlechtsspezifische Präferenzen. Die Lehrgänge der beruflichen Grundbildung zeichneten sich seit 1994/1995 im ersten nachobligatorischen Bildungsjahr durch einen relativ konstanten Männeranteil von 52 bis 55 Prozent aus. Im Schuljahr 2009/2010 stand er bei 52 Prozent. Dagegen überwog der Frauenanteil bei den Gymnasien (57 %) und vor allem bei den Fachmittelschulen (81 %) jenen der Männer deutlich.

2. Präferenzen der Berufswahl

Männerberufe? Frauenberufe?

Frauen und Männer treffen ihre Berufswahl sehr unterschiedlich. Werden die 18 beliebtesten Berufe der im Kanton Luzern wohnhaften Frauen und Männer verglichen, die sich 2009/2010 im ersten Jahr der Berufslehre befanden, waren nur gerade die vier Berufsbilder Kauffrau/Kaufmann, Detailhandelsfachfrau/-fachmann, Köchin/Koch und Hochbauzeichnerin/Hochbauzeichner auf beiden Listen vertreten. Die Lehrgänge zur Kauffrau und Detailhandelsfachfrau waren mit 371 und 216 Teilnehmerinnen gleichzeitig auch die beliebtesten Fachrichtungen bei den Frauen, vor denjenigen zur Fachangestellten Gesundheit mit 161 Lernenden. Bei den Männern stand ebenfalls der Beruf Kaufmann (155 Teilnehmer) zuvorderst, noch vor dem Elektroinstallateur (151) und dem Polymechaniker (77).

Das nach Geschlechtern divergierende Verhalten verdeutlicht sich noch, wenn die Berufe in Gruppen zusammenfasst werden. Bei den Männern rangierten im Schuljahr 2009/2010 die Berufe der Metall- und Maschinenindustrie (23 % aller 1'686 neu begonnenen Lehrgänge) vor der Elektrotechnik (11 %). Seit dem Schuljahr 1994/1995 haben die Berufe in der Metall- und Maschinenindustrie ihre Spitzenposition sogar noch ausgebaut, das Gewicht der Elektrotechnik hat sich hingegen leicht reduziert.

Von den 1'575 Frauen hatten sich 2009/2010 26 Prozent für kaufmännische Berufe, 22 Prozent für Gesundheitsberufe und 21 Prozent für Berufe im Verkauf entschieden; zusammen deckten diese drei Gruppen über zwei Drittel aller Lernenden ab.

Tabelle 5.1

Die im ersten Bildungsjahr am häufigsten gewählten Ausbildungen der beruflichen Grundbildung nach Geschlecht 2009

Schul- und Wohnort Kanton Luzern

Lehrberuf	Frauen	Lehrberuf	Männer
Kauffrau	371	Kaufmann	155
Detailhandelsfachfrau EFZ	216	Elektroinstallateur EFZ	151
Fachangestellte Gesundheit	161	Polymechaniker EFZ	77
Coiffeuse EFZ	78	Automobil-Fachmann EFZ	75
Fachfrau Betreuung	71	Schreiner	73
Detailhandelsassistentin EBA	66	Detailhandelsfachmann EFZ	68
Dentalassistentin	49	Logistikassistent	64
Restaurationsfachfrau EFZ	38	Maurer	61
Köchin EFZ	38	Landwirt EFZ	59
Med. Praxisassistentin	35	Informatiker EFZ	59
Malerin	34	Zimmermann	55
Hochbauzeichnerin	34	Koch EFZ	52
Bäckerin-Konditorin	33	Sanitärinstallateur EFZ	48
Pflegeassistentin	29	Gärtner	43
Fachfrau Hauswirtschaft EFZ	27	Landmaschinenmechaniker EFZ	38
Drogistin	24	Automobil-Mechatroniker EFZ	37
Pharma-Assistentin EFZ	23	Hochbauzeichner	27
einjährige Handelsschule	20	Anlagen- und Apparatebauer	25

T4K05T02

LUSTAT STATISTIK LUZERN

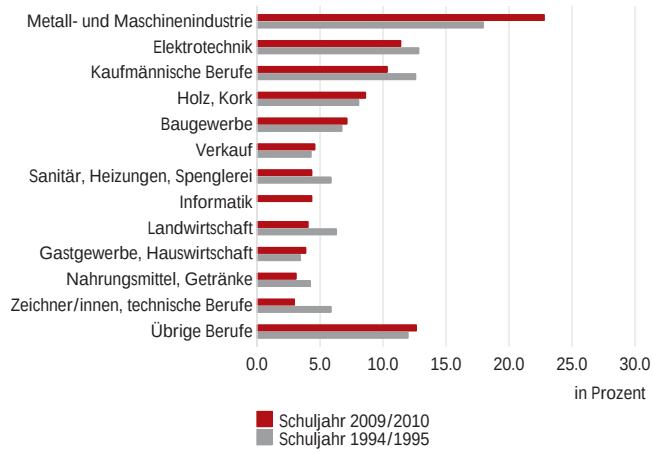
Datenquelle: Bundesamt für Statistik – Statistik der Schüler/innen und Studierenden

Berufliche Grundbildung ohne Wirtschaftsmittelschule.

Abbildung 5.11

Häufigste Berufsgruppen im ersten Bildungsjahr der beruflichen Grundbildung - Männer 1994/1995 und 2009/2010

Schul- und Wohnort Kanton Luzern



T4K05G08

LUSTAT STATISTIK LUZERN

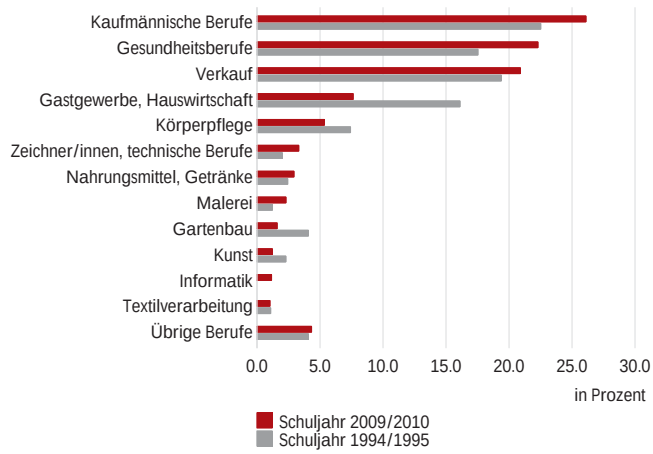
Datenquelle: Bundesamt für Statistik - Statistk der Schüler/innen und Studierenden

Berufliche Grundbildung ohne Wirtschaftsmittelschule.

Abbildung 5.12

Häufigste Berufsgruppen im ersten Bildungsjahr der beruflichen Grundbildung - Frauen 1994/1995 und 2009/2010

Schul- und Wohnort Kanton Luzern



T4K05G09

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: Bundesamt für Statistik - Statistk der Schüler/innen und Studierenden

Berufliche Grundbildung ohne Wirtschaftsmittelschule.

Während die kaufmännischen Berufe schon 1994/1995 die Rangliste anführten, hat sich der Anteil der Gesundheitsberufe in dieser Zeitspanne um mehr als ein Viertel erhöht. Das kann damit zusammenhängen, dass früher vor der Ausbildung zu Krankenpflegeberufen eine andere Ausbildung absolviert werden musste. Hingegen wählten anteilmässig nur noch halb so viele junge Frauen eine Ausbildung in Gastgewerbe und Hauswirtschaft, womit diese Berufsgruppe stark zurückfiel.
Die geschlechtsspezifische Berufswahl hat sich im Laufe der Zeit nur wenig verändert. Sie wird teilweise als Indiz für eine ungenügende Chancengleichheit gewertet, auch vor dem Hintergrund, dass sogenannt typische Frauenberufe im Niedriglohnsegment angesiedelt sind. Ob es sich bei dem Phänomen um eine Ungleichbehandlung im Arbeitsmarkt handelt oder ob es durch traditionelle Geschlechterrollen bedingt ist, und inwiefern die frauenspezifische Berufswahl eine bewusste Entscheidung darstellt, können auch neuere Untersuchungen nicht abschliessend belegen (SKBF 2010: 158f.).

Tabelle 5.2

Lernende im ersten Jahr der beruflichen Grundbildung nach Geschlecht, Heimat und letztem Schulbesuch 2009/2010

Schul- und Wohnort Kanton Luzern

Berufsgruppe	Lernende total	Lernende mit vorjährigem Schulbesuch im Kt LU	davon in Prozent			
			Frauen	Ausl.	Übertritt aus Sek. Niv. C / D	Übertr. aus Brücken-angeboten
Alle Berufsrichtungen	**3 261**	**2 770**	**45,3**	**5,7**	**25,4**	**4,9**
Landwirtschaft	**76**	**73**	9,6	2,7	57,5	2,7
Gartenbau	**68**	**58**	31,0	—	32,8	—
Nahrungsmittel, Getränke	**98**	**94**	44,7	13,8	50,0	4,3
Textilverarbeitung	**19**	**15**	80,0	—	6,7	—
Holz, Kork	**159**	**147**	8,8	2,0	29,3	—
Grafisches Gewerbe	**25**	**24**	50,0	—	16,7	8,3
Erde, Steine, Glas	**1**	**1**	—	—	100,0	—
Metall- und Maschinenindustrie	**389**	**368**	1,4	4,6	32,1	2,7
Elektrotechnik	**196**	**194**	2,1	4,1	13,4	0,5
Bijouterie	**5**	**5**	40,0	—	—	—
Baugewerbe	**124**	**103**	3,9	16,5	56,3	5,8
Sanitär, Heizungen, Spenglerei	**75**	**69**	2,9	4,3	60,9	—
Malerei	**64**	**57**	54,4	—	50,9	10,5
Informatik	**91**	**80**	20,0	8,8	5,0	1,3
Zeichner/innen, technische Berufe	**102**	**98**	52,0	—	1,0	6,1
Kaufmännische Berufe	**585**	**508**	69,7	4,1	5,1	4,7
Verkauf	**406**	**332**	84,3	12,0	31,3	8,7
Verkehr	**18**	**16**	6,3	6,3	31,3	—
Gastgewerbe, Hauswirtschaft	**185**	**162**	63,0	2,5	31,5	7,4
Körperpflege	**91**	**76**	94,7	14,5	53,9	11,8
Gesundheitsberufe	**371**	**212**	97,2	—	6,1	7,5
Kunst	**34**	**11**	63,6	—	—	—
Übrige Berufe	**79**	**67**	19,4	16,4	43,3	13,4

T4K05T01

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: Bundesamt für Statistik - Statistik der Schüler/innen und Studierenden

Berufliche Grundbildung ohne Wirtschaftsmittelschule.

Die Berufswahl ist abhängig von der schulischen Vorbildung

Die Wahl des Lehrberufs hängt neben den Berufswünschen der Jugendlichen auch von ihrer schulischen Vorbildung ab. Einige Lehrberufe werden fast ausschliesslich von Schülerinnen und Schülern der Sekundarschule Niveau A und B besucht. Bei kaufmännischen Berufen, der Informatik, bei Zeichnern und Zeichnerinnen und technischen Berufen liegt der Anteil der Lernenden mit Abschluss Niveau C und D bei höchstens 5 Prozent. Umgekehrt erlernen überproportional viele Schulabgängerinnen und -abgänger mit einem tieferen Niveau des Sekundarschulabschlusses etwa Berufe des Baugewerbes, Baunebengewerbes oder der Körperpflege.
Die Gründe dafür sind vielfältig. Einerseits wird für viele Lehrberufe ein Sekundarschulabschluss der obersten Niveaus vorausgesetzt. Viele Lehrbetriebe ziehen Jugendliche vor, die ein höheres Schulniveau besucht haben oder bessere Noten vorweisen können. Andererseits gibt es auch eher praktisch als schulisch orientierte oder lernmüde Schulabgängerinnen und -abgänger, die von sich aus weniger anspruchsvolle Berufe wählen.
Da überproportional viele Schulabgängerinnen und -abgänger der unteren Sekundarschulniveaus ausländischer Herkunft sind, weisen Lehrberufe, die von vielen Jugendlichen mit Sekundarschulabschlüssen der Niveaus C und D belegt sind, auch meistens einen hohen Anteil ausländischer Jugendlicher

Die Mehrheit der jungen Luzernerinnen ...

auf. Dieser Zusammenhang ist aber nicht linear. In den Berufen im Bereich Gastgewerbe oder Malerei, die vergleichsweise wenige Lernende mit der höchsten schulischen Vorbildung anziehen, waren 2009/2010 kaum Ausländerinnen und Ausländer zu finden.

Die Berufswahl hat sich nur punktuell verändert

Zwischen 1994/1995 und 2009/2010 erfuhr die Berufswahl nur in wenigen Berufsgruppen einschneidende Veränderungen. Bedeutend mehr Lernende gibt es in den Gesundheitsberufen (2009/2010: 11,4 %; 1994/1995: 8,5 %), deutlich weniger in Berufen des Gastgewerbes und der Hauswirtschaft (2009/2010: 5,7 %; 1994/1995: 9,3 %).
Vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Arbeitswelt, in der vermehrt wissensintensive Qualifikationen nachgefragt werden, lassen sich einige dieser Verschiebungen beziehungsweise Nicht-Verschiebungen nur bedingt erklären oder werfen Fragen auf. Angesichts der im Vergleich zur Wirtschaftsstruktur übervertretenen gewerblich-industriellen Berufsbildungen wurde kritisiert, dass für wissensbasierte Berufe im Dienstleistungsbereich nicht in ausreichendem Masse ausgebildet werde, was einen Fachkräftemangel nach sich zöge (Zimmerli et. al. 2009: 23). Zu beachten gilt , dass sich die Berufsbilder selbst im Laufe der Zeit gewandelt haben können, Aufgabenbereiche hinzugekommen oder weggefallen sind. Nötiges Zusatzwissen wird vermehrt im Berufsmaturitätsunterricht oder in einem tertiären Bildungsgang vermittelt.

... und Luzerner sind mit ihrer Berufswahl zufrieden

Die Mehrheit der Jugendlichen ist mit der Berufswahl zufrieden

Die Vorgaben bezüglich schulischer Vorbildung und ein Arbeitsmarkt, auf dem bestimmte Lehrberufe nur in beschränkter Zahl zur Verfügung stehen, schränken das Lehrstellenangebot ein. Wegen dieser Restriktionen ist unklar, inwiefern die individuellen Berufsvorstellungen überhaupt umgesetzt werden können. Generell kann davon ausgegangen werden, dass die Suche meist zur Zufriedenheit der Jugendlichen verläuft, denn periodische Umfragen unter den Lernenden auf einer neuen Lehrstelle zeigen, dass die Mehrheit (konstant rund 70 Prozent) die gefundene Stelle als Wunschlösung ansieht (SKBF 2010: 150). Im Jahr 2008 gaben weitere 5 Prozent der Befragten an, die Lehrstelle entspreche nicht ihrer ersten Wahl, und 15 Prozent wären lieber in einer allgemeinbildenden oder vollschulischen Ausbildung untergekommen. Die übrigen 10 Prozent haben auf diese Frage nicht geantwortet.

3. Brückenangebote

Manchmal ist der persönliche Berufswahlprozess noch nicht abgeschlossen und die Suche nach einer Lehrstelle verläuft erfolglos, oder die gewünschte Anschlusslösung nach der Schulpflicht ist nicht unmittelbar verfügbar. Besonders Jugendliche mit schwächeren Schulleistungen finden nicht immer einen Ausbildungsplatz. Auch kann das Lehrstellenangebot in konjunkturell ungünstigen Zeiten geringer sein, sodass auch als relativ gut vermittelbare Schulabgänger und -abgängerinnen nicht sofort in eine nachobligatorische Ausbildung übertreten können.

Jugendliche ohne Anschlusslösung werden unterstützt

Im Kanton Luzern nehmen Bildungsverantwortliche der Dienststelle Berufs- und Weiterbildung mit allen Jugendlichen Kontakt auf, die im April vor Abschluss der obligatorischen Schulpflicht noch keine Anschlusslösung gefunden haben. Sie werden zentral erfasst und auf ihrem Weg in die Berufswelt unterstützt. Gemäss den kantonalen Fachleuten ist dies jährlich bei rund 1'000 Schülerinnen und Schülern vonnöten. Ihnen allen wird nach einer Abklärung ein Support angeboten, sei es in Form einer Berufsberatung, eines Coachings (Beratung von Personen aus der Berufswelt) oder eines Mentorings (Unterstützung durch Privatpersonen). Ungefähr die Hälfte dieser Jugendlichen findet mit dieser Hilfe jeweils bis im Sommer den Einstieg in eine berufliche Grundbildung. Für Jugendliche ohne weiterführende Lösung gibt es kantonale Brückenangebote. Zusätzlich organisieren die regionalen Arbeitsvermittlungszentren Motivationssemester, die primär als Notlösung für diejenigen fungieren, die nicht in den regulären Brückenangeboten untergekommen sind oder auch nach deren Ende keine Stelle gefunden haben. Neben den kantonalen Brückenangeboten und den Motivationssemestern stehen Schulabgängerinnen und -abgängern ohne Anschlusslösung auch viele andere Angebote zur Verfügung. Beliebt sind beispielsweise einjährige Lehrgänge der privaten Handelsschulen.

Viele Schulabgängerinnen und Schulabgänger nutzen Brückenangebote

Bei den Brückenangeboten wird unterschieden zwischen schulischen Angeboten, kombinierten Angeboten mit einem grösseren Praktikumsteil und den Integrations-Brückenangeboten für ausländische Jugendliche. Vor 2006 waren die entsprechenden Angebote auch als 10. Schuljahr, SOS-Brückenangebot und Integrationskurs für ausländische Jugendliche bekannt. Die Zahl

der Teilnehmenden in Brückenangeboten stieg in den letzten Jahren relativ kontinuierlich von rund 470 (2000/2001) auf rund 570 (2009/2010). Mit einem Anteil von 48,9 Prozent waren die kombinierten Brückenangebote 2009/2010 erstmals die quantitativ wichtigste Angebotsart. In den Jahren zuvor besuchten die Jugendlichen vorwiegend schulische Brückenangebote. Noch 2000/2001 lag ihr Anteil bei knapp 80 Prozent, bis 2009/2010 fiel er auf 46,5 Prozent. Die Integrations-Brückenangebote überstiegen dagegen nur in den Schuljahren 2003/2004 und 2004/2005 die 6-Prozent-Marke. An diesen zeitlich limitierten und in der Zahl beschränkten Ausbildungsplätzen sollen im Hinblick auf den Berufseinstieg vorhandene Defizite im schulischen, sprachlichen oder praktischen Bereich gemindert und Schlüsselkompetenzen gefördert werden. Die schulischen Brückenangebote werden in Luzern, Kriens, Sursee und Wolhusen angeboten, die kombinierten und die Integrations-Brückenangebote nur in Luzern.

Brückenangebote zeigen einen langsamen Aufwärtstrend

Die Quoten der sofortigen Übergänge von der Sekundarstufe I auf die einzelnen Bereiche der Sekundarstufe II veranschaulichen die Bedeutung der Brückenangebote und anderer Übergangslösungen. Sie stellen dar, in welchem Bildungsbereich sich die Schulabgängerinnen und -abgänger ein Jahr nach dem Ende der obligatorischen Schulzeit befinden. Von den 4'936 Lernenden, die 2008/2009 im letzten Jahr der Schulpflicht standen, traten 13 Prozent der jungen Frauen und 9 Prozent der Männer im Folgejahr 2009/2010 keine Allgemeinbildung oder Berufslehre an, sondern fanden Aufnahme in einem kantonalen Brückenangebot. Die Eintritte in Brückenangebote sind seit 1994/1995 relativ konstant, zeigen jedoch seit 2005/2006 einen leichten Aufwärtstrend. Gemäss den kantonalen Fachleuten ergibt sich für fast drei Viertel der Jugendlichen nach dem Brückenangebot der Einstieg in die berufliche Grundbildung, 11 Prozent traten in die Arbeitswelt ein, 10 Prozent fanden eine weitere Zwischenlösung, die übrigen eine andere Lösung.

Tabelle 5.3

Jugendliche in kantonalen Brückenangeboten nach Geschlecht, Heimat und Vorbildung seit 2000/2001

Schulort Kanton Luzern

Jahr	Teilnehmende								
	Total	Anteile (%)		Nach Vorjahresschulbesuch (%)			Nach Art des Angebots (%)		
		Frauen	Ausländer/innen	Sek. Niv. A/B, Sekundarschule	Sek. Niv. C/D, Real-/Werksch.	Übrige, kein Schulbesuch	Schulisches Brückenangebot	Kombiniertes Brückenangebot	Integrations-Brückenangebot
2000/2001	**469**	...	...	...	...	...	79,7	14,9	5,3
2001/2002	**480**	...	...	...	...	...	81,3	13,8	5,0
2002/2003	**489**	...	...	...	...	...	80,2	13,9	5,9
2003/2004	**496**	...	...	...	...	...	73,2	17,3	9,5
2004/2005	**506**	...	...	...	...	...	74,1	18,4	7,5
2005/2006	**572**	...	...	...	...	...	69,2	25,9	4,9
2006/2007	**530**	66,8	43,2	41,7	51,7	6,6	68,5	27,4	4,2
2007/2008	**544**	67,8	41,5	39,5	52,8	7,7	58,1	36,9	5,0
2008/2009	**570**	68,1	43,7	37,4	53,5	9,1	48,2	46,8	4,9
2009/2010	**568**	58,5	47,2	34,0	59,7	6,3	46,5	48,9	4,6

T4K05T04

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: Bundesamt für Statistik - Statistik der Schüler/innen und Studierenden

Der Übergang von der obligatorischen Schulzeit in die nachobligatorische Ausbildung oder ins Erwerbsleben gilt als kritische Nahtstelle. Jugendliche, die den Einstieg nicht dauerhaft schaffen, weisen ein höheres Risiko auf, wiederholt auf Unterstützungsleistungen der sozialen Sicherungssysteme angewiesen zu sein. Der Anteil der Betroffenen wird in der gesamten Schweiz auf rund 2,5 bis 3 Prozent aller Schulabgängerinnen und -abgänger eines Jahrgangs beziffert (Egger, Dreher & Partner 2007).

Hoher Anteil an Übertritten ohne bekanntes Ziel

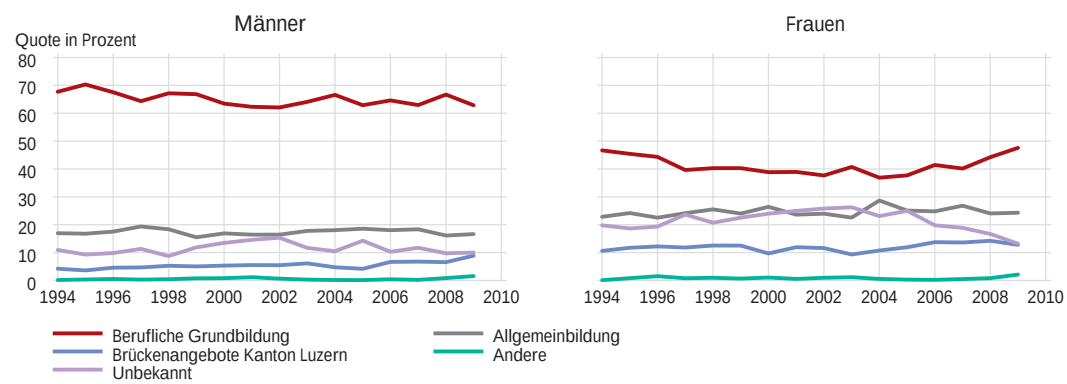
Nicht alle Schulabgängerinnen und -abgänger treten nach der obligatorischen Schulzeit direkt eine Berufslehre oder Allgemeinbildung an oder nehmen an einem Brückenangebot teil. Auf gesamtschweizerischer Ebene wurde der Anteil der Jugendlichen ohne solche Anschlusslösung in den Jahren 1994 bis 2008 bei den Frauen auf 14 bis 18 Prozent geschätzt, bei den Männern auf 6 bis 9 Prozent. Im Kanton Luzern war 2009/2010 die Folgeausbildung nach dem Schulabschluss bei rund 13 Prozent der Frauen und rund 10 Prozent der Männer nicht bekannt. Der tatsächliche Anteil der Luzerner Schulabgängerinnen und -abgänger, die weder in eine Berufslehre, eine Allgemeinbildung oder ein Brückenangebot übertraten, kann nicht genau beziffert werden; auch für alle Jugendliche, die eine Ausbildung in einem anderen Kanton beginnen, fehlen die Angaben zur Bildungssituation.

Eine unbekannte Anschlusslösung kann zum Teil als Gang in eine Zwischenlösung interpretiert werden. Dies betrifft Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Motivationssemestern, aber auch Schulabgängerinnen und -abgänger, die den Übergang für einen Sprachaufenthalt nutzen oder in anderer Form Berufs- und Lebenserfahrung sammeln. Nicht zuletzt treten manche Jugendliche eine Lehrstelle aus unterschiedlichen Gründen erst verzögert an. So lässt sich der hohe Frauenanteil ohne bekannte Anschlussausbildung auch damit erklären, dass für viele Berufsausbildungen im Gesundheitsbereich bis kurz nach der Jahrtausendwende ein Mindestalter von 18 Jahren galt.

Abbildung 5.13

Quote der sofortigen Übergänge in die Sekundarstufe II nach Bildungsbereich und Geschlecht seit 1994/1995

Schulort Kanton Luzern



T4K05G10

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: Bundesamt für Statistik - Statistik der Schüler/innen und Studierenden

D AUSBILDUNGSERFOLG UND INTEGRATION IN DIE BERUFSWELT

1. Lehrabschlüsse und Lehrabbrüche

Der Ausbildungserfolg am Ende der beruflichen Grundbildung wird über lehrgangsspezifische Qualifikationsverfahren – meist theoretische und/oder praktische Prüfungen – beurteilt. Prüflinge erhalten bei Bestehen ein eidgenössisch anerkanntes Zeugnis, das bestätigt, dass die Ausbildungsziele des Berufsbilds erreicht worden sind. Die erworbenen Abschlüsse ermöglichen den jungen Frauen und Männern, als qualifizierte Arbeitskräfte ins Berufsleben einzutreten und den potenziellen Arbeitgebern bei der Stellensuche ein Zeugnis ihrer Berufsfähigkeit vorzulegen.

Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis mit vielen erfolgreichen Prüflingen

In der dualen Berufsbildung werden nach Berufsbildungsgesetz zwei Formen von Zertifikaten ausgestellt, die eidgenössischen Fähigkeitszeugnisse und die Berufsatteste.
Absolvierenden einer drei- bis vierjährigen Grundbildung steht das eidgenössische Fähigkeitszeugnis zu. Es ist Voraussetzung für den Besuch einer Höheren Fachschule, für die Zulassung zu den eidgenössischen Berufs- und höheren Fachprüfungen sowie für den Erwerb einer Berufsmaturität.

Berufsabschlüsse wurden in den letzten Jahrzehnten auf dem Arbeitsmarkt immer wichtiger

Im Jahr 2009 waren im Kanton Luzern 1'600 Kandidatinnen und 2'026 Kandidaten zur entsprechenden Abschlussprüfung angetreten. Erfolgreich abgeschlossen wurde sie von 1'499 Frauen und 1'873 Männern, die Durchfallsquote betrug demnach 6,3 Prozent respektive 7,6 Prozent. Damit waren die Kandidatinnen und Kandidaten im Kanton Luzern etwas stärker als im gesamtschweizerischen Durchschnitt; insgesamt war 10,4 Prozent der Prüflinge in der Schweiz kein Erfolg beschert. Mit dem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis vergleichbar sind das Handelsdiplom und der Fachmittelschulausweis, die beide (unter anderem) ebenfalls den Zutritt an Höhere Fachschulen erlauben.

Berufsattest löst Anlehren ab

Die Grundbildung mit einer zweijährigen Lehrzeit wird mit dem eidgenössischen Berufsattest abgeschlossen. Im Vergleich zu den länger dauernden Berufslehren vermitteln die Ausbildungen mit Berufsattest einfachere und spezifischere berufliche Qualifikationen (BBV Art. 10). Sie haben die bezüglich Lehrinhalte flexibleren, aber gleichzeitig weniger profilierten Anlehren abgelöst. Für die Mehrheit der Kandidatinnen und Kandidaten, die ein eidgenössisches Berufsattest anstrebten, endete im Kanton Luzern im Jahr 2009 das Qualifikationsverfahren erfolgreich. Von den 205 Personen, die zur Prüfung angetreten waren, erhielten nur 9 keinen positiven Bescheid. Ein eidgenössisches Berufsattest kann den Weg zu einer anschliessenden Lehre mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis ebnen.
Die Anlehren werden durch Augenschein abschliessend beurteilt. Nur einer von 103 Prüflingen (eingeschlossen die Teilnehmer der Pilotprojekte zur Attestausbildung), die sich diesem Verfahren unterzogen, erhielt in der Folge keinen Anlehrausweis.

Tabelle 5.4
Abschlüsse in beruflichen Grundbildungen seit 2000
Kanton Luzern

Jahr	Eidg. Fähigkeitszeugnis (EFZ)		Eidg. Berufsattest (EBA)		Anlehrausweise (inkl. Pilotprojekte Attestgrundbildung)		Andere Fähigkeitszeugnisse	
	Total	davon weiblich in Prozent	Total	davon weiblich in Prozent	Total	davon weiblich in Prozent	Total	davon weiblich in Prozent
2000	**2 915**	46,2	**...**	...	**152**	32,2	**312**	63,8
2001	**2 906**	45,5	**...**	...	**149**	34,2	**347**	69,7
2002	**2 838**	44,5	**...**	...	**172**	27,3	**351**	67,2
2003	**2 978**	45,5	**...**	...	**162**	33,3	**330**	68,5
2004	**2 947**	45,1	**...**	...	**174**	31,0	**222**	45,0
2005	**2 920**	43,7	**18**	5,6	**204**	33,3	**106**	91,5
2006	**3 092**	43,8	**102**	40,2	**183**	30,1	**134**	76,9
2007	**2 880**	39,3	**143**	70,6	**146**	23,3	**147**	82,3
2008	**3 167**	44,0	**180**	62,2	**131**	17,6	**102**	82,4
2009	**3 372**	44,5	**196**	57,7	**102**	32,4	**93**	83,9

T4K05T05
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: Bundesamt für Statistik – Statistik der beruflichen Grundbildung

Kaum mehr nicht reglementierte Abschlüsse

Ein Vergleich der Zahl der Berufsatteste und der Anlehrausweise zeigt, dass die Ablösung der Anlehren durch die Attestausbildungen nach deren Einführung 2004 schnell vollzogen werden konnte. Es gibt Anzeichen, dass das Berufsattest für Frauen attraktiver ist als die alte Ausbildungsform. Während die Anlehrausweise seit dem Jahr 2000 nie einen Frauenanteil von mehr als einem Drittel erreichten, waren bei den bisherigen Lehrabschlüssen mit Berufsattest die Absolventinnen deutlich in der Mehrzahl (2009: 57,7 %). Seit der Einführung des neuen Berufsbildungsgesetzes 2004 ging auch die Zahl der Abschlüsse der nicht vom Berufsbildungsgesetz reglementierten beruflichen Grundbildungen stets zurück. Im Jahr 2003 betrug ihr Anteil 9,5 Prozent, 2009 nur noch 2,5 Prozent aller Abschlüsse.

Ungenügende Leistungen in Betrieb und Schule als häufigster Grund für Lehrabbruch

Einige Lernende, die eine berufliche Grundbildung angetreten haben, brechen ihre Ausbildung vor der Abschlussprüfung ab. Gemäss einer Statistik der Dienststelle Berufs- und Weiterbildung war dies im Jahr 2009 im Kanton Luzern bei 702 Jugendlichen in einem Lehrgang mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis oder Berufsattest der Fall, bei rund 11'400 laufenden Lehrverträgen, die dieser Statistik zugrunde liegen. Als Abbrüche gezählt werden auch Lehrverhältnisse, die in anderer Form weitergeführt werden. Als häufigster Grund für einen Abbruch wurden mit 116 Nennungen ungenügende Leistungen sowohl im Betrieb als auch in der Schule genannt. Dazu kommen 43 wegen ungenügender Leistungen nur in der Schule und 22 nur im Betrieb. Bei 114 Jugendlichen war eine falsche Berufswahl als Grund für den Lehrabbruch angegeben worden, und bei weiteren 59 waren es persönliche Gründe. Unstimmigkeiten und Konflikte zwischen den Vertragsparteien machten 53 beziehungsweise 35 Fälle aus.

Tabelle 5.5

Lehrabbrüche nach Abbruchgrund 2009

Kanton Luzern

Abbruchgrund	Abbrüche	
	Absolut	in Prozent
Total	**702**	**100,0**
Ungenügende Leistungen in Betrieb und Schule	116	16,5
Falsche Berufswahl	114	16,2
Persönliche Gründe	59	8,4
Unstimmigkeit Vertragsparteien	53	7,5
Ungenügende Leistung in der Schule	43	6,1
Verschulden der/des Lernenden	37	5,3
Konflikt zwischen den Vertragsparteien	35	5,0
Ungenügende Leistung im Betrieb	22	3,1
Gesundheitliche Gründe	22	3,1
Fehlender Wille zur Fortsetzung der Lehre im Lehrbetrieb	22	3,1
Sonstige Gründe	179	25,5

T4K05T03

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: Dienststelle für Berufs- und Weiterbildung Luzern

Abgebrochene berufliche Grundbildungen mit Eidgenössischem Fähigkeitszeugnis und Berufsattest

Für Jugendliche mit abgebrochener Lehre bietet der Kanton Luzern Beratungen und Brückenangebote an. Führen diese zu keiner Lösung und melden sich die betroffenen Jugendlichen in der Wohngemeinde als arbeitslos an, unterstützt sie eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter der Beratungsstelle für Jugend und Beruf bei den nächsten Schritten. Sie haben unter anderem die Möglichkeit, an einem Motivationssemester teilzunehmen.

Abschlüsse werden immer wichtiger auf dem Stellenmarkt

Weil nicht bestandene Abschlussprüfungen wiederholt werden können und nach einem Lehrabbruch Möglichkeiten des Wiedereinstiegs bestehen, ist es schwierig zu beziffern, wie viele Lernende letztlich keinen Abschluss erlangen. Gemäss Bundesamt für Statistik lag die Abschlussquote in der Schweiz im Jahr 2007 bei 89 Prozent (SKBF 2010: 113). Eine hohe Abschlussquote gilt als vordringliches Bildungsziel, weil ein Abschluss auf Sekundarstufe II in den industrialisierten Ländern für eine reibungslose soziale und wirtschaftliche Integration sehr wichtig geworden ist.
Im Rahmen des Projekts der EDK „Nahtstelle“ haben sich Bund, Kantone und Organisationen der Arbeitswelt in der Schweiz das Ziel gesetzt, bis ins Jahr 2015 die Zahl der Abschlüsse auf der Sekundarstufe II insgesamt auf 95 Prozent zu erhöhen. Wie wichtig Abschlüsse heute sind, zeigt sich beispielsweise in den Anforderungsprofilen von Stellenausschreibungen. Über einen grösseren Zeitraum betrachtet gingen die Ausschreibungen zurück, in denen keine oder bloss eine minimale Ausbildung verlangt wurde, während gut ausgebildete Arbeitskräfte vermehrt gesucht wurden. Obschon diese Entwicklung zum Teil auf Kosten der Stellen mit Lehrabschluss ging, ist ein Lehrabschluss nach wie vor das am häufigsten verlangte Qualifikationsniveau auf dem Stellenmarkt (NZZ Mediadok 2009: 8).

Auch im Kanton Luzern soll im Rahmen des Projekts Nahtstelle die Zahl der Abschlüsse auf der Sekundarstufe II auf 95 Prozent erhöht werden

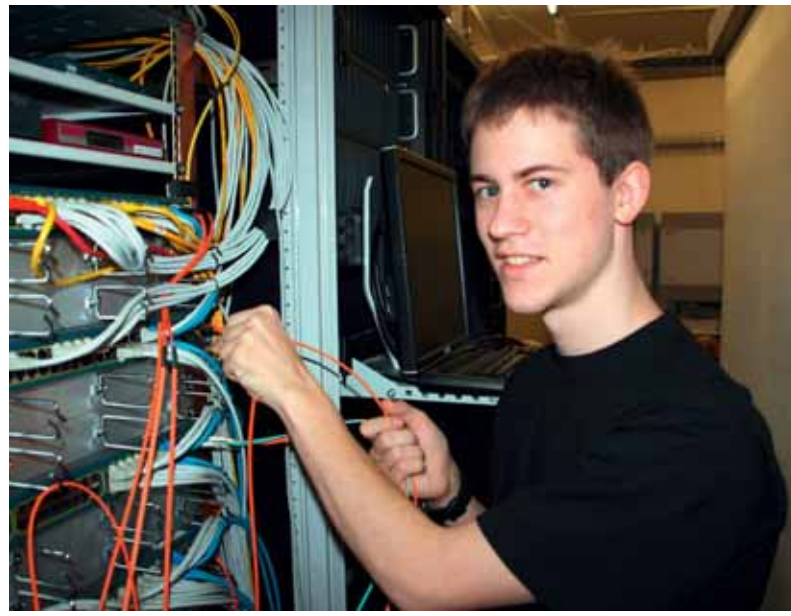
2. Option Berufsmaturität

Fachliche und schulische Zusatzkompetenzen öffnen den Fachhochschulzugang

Jugendliche, die einen Lehrgang der beruflichen oder schulisch orientierten Grundbildung besuchen, können bereits auf Sekundarstufe II fachliche und schulische Zusatzkompetenzen erwerben und sich so Möglichkeiten für die berufliche Weiterentwicklung erschliessen. Eine der wichtigsten Entscheidungen ist jene für oder gegen den Besuch des Berufsmaturitätsunterrichts. Da für den erfolgreichen Abschluss ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis vorausgesetzt wird, können Berufsmaturandinnen und -maturanden gleichzeitig Berufsfähigkeit und Fachhochschulreife ausweisen. Ein Berufsmaturitätszeugnis ermöglicht den prüfungsfreien Zugang zu einer Fachhochschule und über eine Passerelle-Ergänzungsprüfung zur Universität.

Eine beliebte Option

Seit ihrer Einführung im Jahr 1994 hat sich die Berufsmaturität zu einer wichtigen Option im Berufsbildungssystem entwickelt. Im Jahr 2009 strebten 612 Luzerner Jugendliche erfolgreich ein Berufsmaturitätszeugnis an, was gemessen an der 21-jährigen ständigen Wohnbevölkerung des Kantons eine Berufsmaturitätsquote von 11,8 Prozent ergibt. Die Quote ist damit innert Jahresfrist um mehr als einen Prozentpunkt gestiegen (2008: 10,5 %).
2009 lag die Berufsmaturitätsquote erstmals seit 2002 wieder auf einem ähnlich hohen Niveau wie in der Gesamtschweiz (2009: 12,0 %). In den Jahren dazwischen wuchs der Anteil der Berufsmaturandinnen und -maturanden in Luzern deutlich langsamer als im Schweizer Mittel, was eine Differenz zwischen den Quoten von zeitweise fast 2 Prozentpunkten zur Folge hatte.
Noch 2001 stand die Berufsmaturitätsquote in Luzern bei 8,3 Prozent. Die stetige Zunahme der Berufsmaturitätsabschlüsse lässt sich im Kanton Luzern wie in der übrigen Schweiz zu einem grossen Teil auf die stärkere Teilnahme



Viele Lernende entscheiden sich für die Berufsmaturität, die als Königsweg an die Fachhochschulen gilt

der Frauen zurückführen. Die Berufsmaturitätsquote der Frauen steigerte sich im Kanton Luzern von weniger als 6 Prozent im Jahr 2001 auf 10 Prozent im Jahr 2009. Ein weiterer Motor dieser Entwicklung ist die Möglichkeit des anschliessenden Besuchs einer Fachhochschule mit in diesem Jahrzehnt ausgeweitetem Angebot.

Kaufmännische und technische Richtung schwingen oben aus

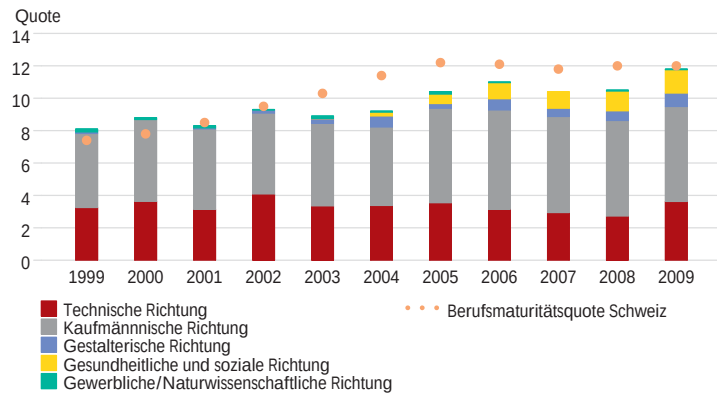
Berufsmaturandinnen und -maturanden mit Luzerner Wohnsitz erlangten bis zu Beginn des Jahrzehnts fast ausschliesslich Abschlüsse der kaufmännischen und der technischen Richtung. Zwischen 1999 und 2003 wurden im Kanton Luzern immer 94 bis 99 Prozent aller Berufsmaturitätszeugnisse in einer dieser Richtungen ausgestellt. Seit der Einführung der gesundheitlich-sozialen Berufsmaturitäten im Jahr 2004 geht die Dominanz der kaufmännischen und der technischen Richtungen langsam zurück, 2009 lag ihr Anteil noch bei 80 Prozent. Die gesundheitlich-sozialen Berufsmaturitäten machten im Jahr 2009 bei 75 Abschlüssen bereits einen Anteil von 12 Prozent aller neu ausgestellten Berufsmaturitäts-Zeugnisse aus. Auch die Berufsmaturitäten in gestalterischer Richtung erreichten 2009 einen Höchstwert mit 43 Abschlüssen (rund 7 %). Die kaufmännischen Abschlüsse blieben mit 304 Maturitätszeugnissen die quantitativ grösste Gruppe (50 %), gefolgt von 188 Berufsmaturitäten technischer Richtung (31 %).

Gesamtschweizerische Zahlen belegen, dass die Wahl der Richtung sehr geschlechterspezifisch erfolgt. Die technischen Berufsmaturitäten befanden sich im Jahr 2009 mit rund 89 Prozent der Abschlüsse fest in Männerhand. Sie waren bei Vertretern dieses Geschlechts sogar die am meisten besuchte Richtung (48 %), gefolgt von den kaufmännischen Maturitäten (41 %). Bei den Frauen rangierten die kaufmännischen Abschlüsse (61 %) vor den gesundheitlich-sozialen (19 %); letztere war 2009 mit einem Anteil von rund 80 Prozent eine ausgesprochene Frauendomäne.

Abbildung 5.14

Berufsmaturitätsquoten nach Richtung seit 1999

Kanton Luzern und Schweiz



T4K05G11

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BFS / SHIS, Maturitäten, ESPOP

Da sich die Berufsmaturitätsrichtung normalerweise aus der Art des erlernten oder des ausgeübten Berufs ergibt, folgt dieses nach Geschlecht unterschiedliche Muster ungefähr den Berufswahlpräferenzen der jungen Frauen und Männer.

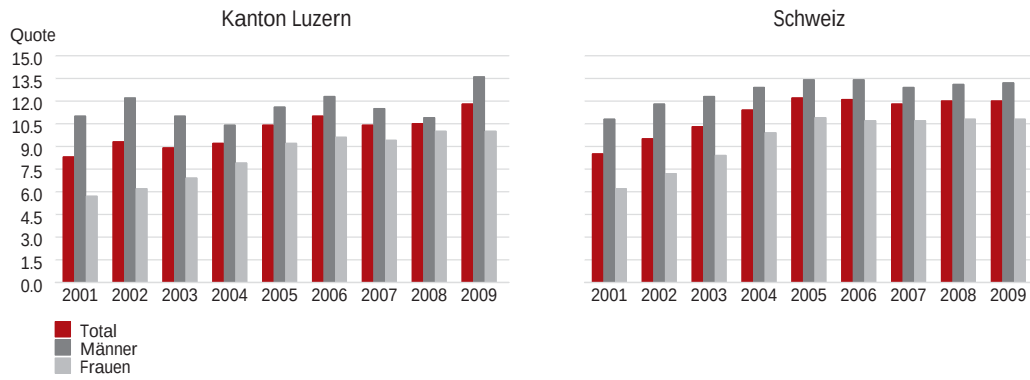
Berufsmaturität wird mehrheitlich berufsbegleitend absolviert

Der Berufsmaturitätsunterricht kann parallel oder nachgelagert zur Lehrzeit besucht werden. Lehrbegleitend dauert er drei bis vier Jahre, im Anschluss an eine abgeschlossene Grundbildung im Rahmen einer Vollzeitschule ein Jahr und als berufsbegleitender Teilzeitlehrgang zwei Jahre.
Im Kanton Luzern absolvierten im Schuljahr 2009/2010 insgesamt mehr als 77 Prozent der Lernenden an einer Berufsmaturitätsschule die Ausbildung lehr- oder berufsbegleitend; dieser Anteil war in den vergangenen Jahren rückläufig, 2000/2001 hatte er über 85 Prozent betragen.
13 Prozent der Lernenden besuchten den Unterricht im Rahmen einer Vollzeitausbildung, 10 Prozent befanden sich ein einer Teilzeitausbildung.

Fachmaturitäten

Die Fachmaturitäten sind in vielerlei Hinsicht mit den Berufsmaturitäten vergleichbar. Auch sie berechtigen zu einem prüfungsfreien Übertritt in bestimmte Fachhochschulen. Um in den Besitz eines solchen Abschlusses zu gelangen, müssen sich Jugendliche mit einem Fachmittelschulausweis zusätzlich qualifizieren. In Luzern kann die Fachmatura in den Feldern Pädagogik und Musik erworben werden.
Ein Berufsmaturitätsabschluss ist auch in der schulisch orientierten Grundbildung möglich. Lernende einer Wirtschaftsmittelschule erlangen ein kaufmännisches Berufsmaturitätszeugnis, wenn sie nach der schulischen Ausbildung ein einjähriges Praktikum absolvieren. Ein ähnlicher Weg kann in Luzern für eine Berufsmaturität gesundheitlich-sozialer Richtung beschritten werden, indem nach dem Fachmittelschulabschluss ein betriebliches Praktikum in einem verwandten Berufsfeld absolviert wird. Weiter bietet auch die Fachklasse Grafik schulbegleitenden Berufsmaturitätsunterricht mit Richtung Gestaltung an.

Abbildung 5.15
Berufsmaturitätsquoten nach Geschlecht seit 2001
Kanton Luzern und Schweiz



T4K05G14

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Maturitäten, ESPOP

3. Integration in die Berufswelt

Der formale Abschluss einer beruflichen Ausbildung kann für sich alleine nicht belegen, dass die erworbenen Qualifikationen auch im praktischen Berufsalltag anwendbar sind und vom Arbeitsmarkt nachgefragt werden. Am Vergleich zwischen Erwerbstätigen, die eine berufliche Grundbildung absolviert haben, und Erwerbstätigen ohne nachobligatorischen Bildungsabschluss zeigt sich, dass die berufliche Grundbildung am Arbeitsmarkt nachgefragt und honoriert wird.

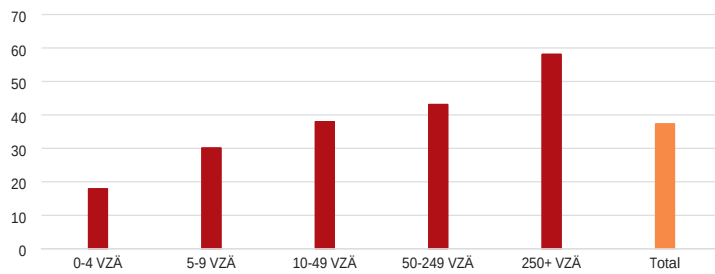
Dank Abschluss seltener arbeitslos und mehr Lohn

Gemäss Studien haben Absolventinnen und Absolventen einer beruflichen Grundbildung im Durchschnitt ein tieferes Risiko, erwerbslos zu werden, und verdienen, über eine standardisierte Erwerbslaufbahn berechnet, deutlich mehr (SKBF 2006: 119, 121; SKBF 2010: 151) als Personen ohne Berufsbildungsabschluss. Beträchtliche Einkommensgewinne lassen sich zusätzlich mit einer tertiären Berufsausbildung an einer Höheren Fachschule oder einer Fachhochschule erzielen. Die jungen Frauen und Männer schaffen sich mit dem Abschluss der beruflichen Grundbildung und somit mit der Option für weiterführende Studien auch die Aussicht auf höheres Einkommen.

Lehrabgängerinnen und -abgänger werden häufig weiterbeschäftigt

Im Jahr 2004 blieben 39 Prozent der Lernenden nach Abschluss der beruflichen Grundbildung in ihrem ehemaligen Lehrbetrieb. Die Weiterbeschäftigung von Lehrabgängerinnen und -abgängern ist für Betriebe insofern attraktiv, als die Fähigkeiten der oder des Mitarbeitenden bekannt sind und gleichzeitig Rekrutierungs- und Einarbeitungskosten eingespart werden können. Vor allem Grossunternehmen beschäftigten Absolventinnen und Absolventen weiter, was bedeutet, dass grössere Betriebe stärker zur unmittelbaren Deckung des eigenen Arbeitskräftebedarfs ausbildeten als kleinere (Mühlemann et al. 2007).

Abbildung 5.16
Verbleibensquote nach Betriebsgrösse 2004
Schweiz



T4K05G12

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: Mühlemann et al. 2007

VZÄ: Vollzeitäquivalente

Die Verbleibensquote der Lernenden lag in Betrieben mit mehr als 250 Beschäftigten bei fast 60 Prozent, bei Kleinstbetrieben (bis 4 Mitarbeitende) blieben nur knapp 20 Prozent nach der Ausbildung angestellt. Eine Weiterbeschäftigung der neu ausgebildeten Fachkräfte wird vor allem in den (meist grösseren) Unternehmen angestrebt, welche die Lehrlingsausbildung in internen Ausbildungsstätten oder externen Ausbildungszentren durchführen. Die höheren Nettokosten dieser Ausbildungsformen rechnen sich oft erst mittelfristig nach dem Ende der Lehre (Mühlemann/Wolter 2007: 47).

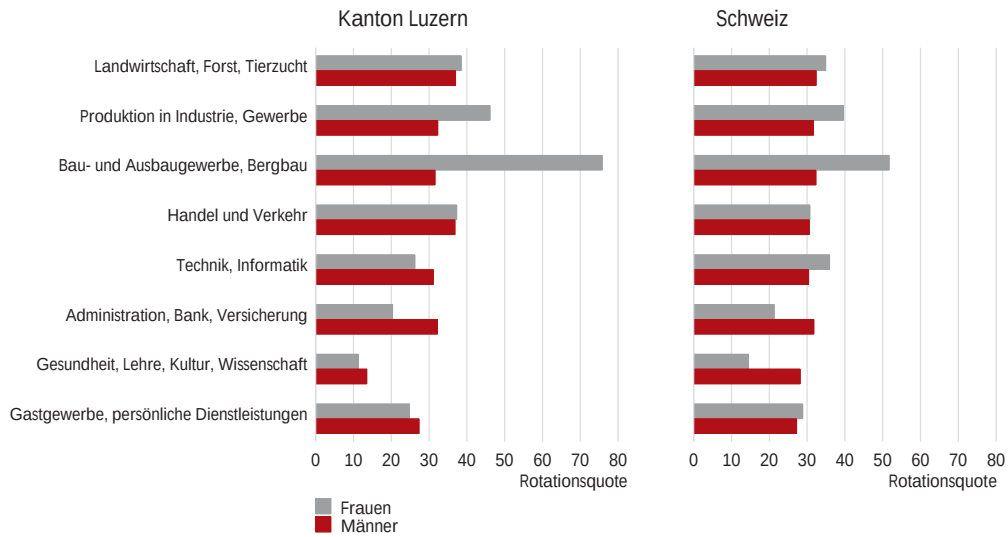
Passt das Ausbildungsprofil?

Für viele junge Frauen und Männer bedeutet die Arbeitsplatzsuche nach Abschluss der beruflichen Grundbildung allerdings nicht bloss die Suche nach einer neuen Arbeitsstelle, sondern sie verlangt bereits eine erste berufliche Umorientierung. Die aus Daten der Eidgenössischen Volkszählung ermittelte Rotationsquote, das heisst der Anteil der Erwerbstätigen, die nicht im erlernten Beruf arbeiten, betrug im Kanton Luzern im Jahr 2000 bei allen Erwerbstätigen ungefähr 48 Prozent und lag damit knapp unter dem schweizerischen Durchschnitt. Im gleichen Jahr waren rund 30 Prozent der 22- bis 24-jährigen Luzerner Erwerbstätigen nicht mehr im erlernten Beruf beschäftigt. Insgesamt hatten die Männer (33 %) häufiger als die Frauen (29 %) in einen Beruf gewechselt, für den sie ursprünglich nicht ausgebildet worden waren. Im Vergleich zu den Jahren 1980 und 1990 hat die berufliche Mobilität, wie sie sich in dieser Kennziffer ausdrückt, stark zugenommen (Leemann/Keck 2005: 107ff.).

Abbildung 5.17

Berufliche Mobilität der 22- bis 24-jährigen Erwerbstätigen nach Geschlecht 2000

Kanton Luzern und Schweiz



T4K05G13

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: Bundesamt für Statistik - Eidg. Volkszählung

Rotationsquote: Anteil der Erwerbstätigen, die nicht in ihrem erlernten Beruf tätig sind.

Die Rotationsquote bewegte sich bei den Männern in der Schweiz über alle Branchen hinweg relativ konstant bei 27 bis 32 Prozent. Im Kanton Luzern waren die Unterschiede zwischen den Branchen leicht grösser. In den Berufen in der Land- und Forstwirtschaft und im Handel/Verkehr war sie mit jeweils rund 37 Prozent Berufswechslern überdurchschnittlich hoch, während sie in den Gesundheits-, Lehr- und Kulturberufen sehr gering ausfiel (13 %).
Bei den 22- bis 24-jährigen Frauen im Kanton Luzern wurden vorwiegend diejenigen Ausbildungsberufe, die der gewerblichen und industriellen Branchen zugerechnet werden, später nicht mehr ausgeübt. Das zeigt sich beispielsweise an der hohen Rotation im Baugewerbe (76 %) und in der Produktion/Gewerbe (46 %). In den Bereichen Administration, Bank und Versicherung (20 %) sowie in Gesundheit-, Lehr- und Kulturberufen (11 %) waren dagegen viele junge Frauen immer noch in ihrem erlernten Beruf tätig. Diese nach Sektoren unterschiedliche Rotationsquote der Frauen war, etwas weniger ausgeprägt, auch im gesamtschweizerischen Durchschnitt sichtbar.
Ein bedeutender Teil der Wechsel aus gewerblich-industriellen Berufen führte sowohl bei Frauen wie Männern in Berufe des Dienstleistungssektors. Die Tätigkeiten nach einer solchen Neuausrichtung können mit ähnlichen oder höheren Qualifikationsanforderungen verbunden sein, vereinzelt können aber auch Dequalifikationen vorkommen (Leemann/Keck 2005: 108).

Berufliche Anpassungsfähigkeit ist hoch im Kurs

Das Auseinanderklaffen von erlerntem und ausgeübtem Beruf kann verschieden gewertet werden. Eine negative Sichtweise sieht darin eine allokative Ineffizienz des Berufsbildungssystems, weil nicht die tatsächlich nachgefragten Qualifikationen ausgebildet werden. Aus einem positiven Blickwinkel kann die hohe Wechselrate jedoch dahingehend interpretiert werden, dass die Ausbildung der beruflichen Mobilität nicht im Wege steht. Eine hohe berufliche Anpassungsfähigkeit ist deshalb wichtig, weil heute die Wahrscheinlichkeit, dass jemand bis zur Pensionierung im gleichen Beruf arbeiten kann, sehr gering ist. Da die Gründe für den Berufswechsel nicht bekannt sind, gibt es keine gesicherten Aussagen darüber, ob es sich um freiwillige oder erzwungene Wechsel handelte und ob allenfalls ökonomische Vorteile mit ihnen verbunden waren (SKBF 2006: 121).

E SYNTHESE

Berufliche Grundbildung

Rund drei Viertel aller Jugendlichen im Kanton Luzern entscheiden sich nach der obligatorischen Schulzeit für eine berufliche Grundbildung. Die betrieblich organisierte duale Berufslehre ist dabei der weitaus am häufigsten eingeschlagene Weg. Die Zahl der Schulabgängerinnen und -abgänger, die vor Antritt einer Ausbildung ein kantonales Brückenangebot besuchen, nahm in den letzten Jahren zu.

Lehrstellenangebot

Die Beteiligung der Luzerner Betriebe an der Lehrlingsausbildung war im Schweizer Vergleich schon Mitte der 1980er-Jahre überdurchschnittlich hoch. Im Jahr 2008 kamen 7,6 Lernende auf 100 Vollzeitstellen. Über 4'000 neu abgeschlossene Lehr- und Anlehrverträge haben im Jahr 2009 die Zahl der aktiven Lehrverhältnisse im Kanton Luzern auf einen Höchststand von 11'900 angehoben.

Berufswahl

Im Kanton Luzern bevorzugten im Jahr 2009 die Männer im ersten Jahr der beruflichen Grundbildung Berufe im Bereich der Metall- und Maschinenindustrie (23 %), gefolgt von Berufen der Elektrotechnik (11 %). Bei den Frauen standen im Gegensatz dazu kaufmännische (26 %) und Gesundheitsberufe (22 %) am höchsten im Kurs. Gewählt werden zum überwiegenden Anteil Lehrgänge, die mit einem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis abschliessen und drei bis vier Jahre dauern.

Berufsmaturität

Die Berufsmaturität erlaubt den prüfungsfreien Übertritt in die Fachhochschulen. 2009 erreichte die Luzerner Berufsmaturitätsquote eine bisherige Höchstmarke von 11,8 Prozent. Am häufigsten wurde ein Berufsmaturitätszeugnis kaufmännischer Richtung angestrebt (50 % aller Abschlüsse), es folgten die technische und die gesundheitlich-soziale Richtung. Vor allem Männer verfolgen die Option Berufsmaturität, die Quote der Frauen hat sich in den letzten Jahren aber merklich erhöht.

Zukünftige Entwicklung

Im Jahr 2009 besuchten im Kanton Luzern rund 15'800 Lernende die Berufsfachschulen und andere Institutionen der beruflichen Grundbildung. Aufgrund der demografischen Entwicklung dürfte diese Zahl in den nächsten Jahren noch leicht zunehmen und sich ab etwa 2013 um 1'500 bis 2'500 reduzieren. Hielte die Zuwanderung in den Kanton Luzern im heutigen Masse an, würde dies die Lernendenzahlen nach oben beeinflussen.

Berufseintritt und berufliche Rotation

Nach der beruflichen Grundbildung gelangen die jungen Menschen erstmals auf den Arbeitsmarkt. Etwa 40 Prozent der Lernenden verbleiben nach der Lehre vorerst in ihrem ehemaligen Lehrbetrieb. Der erste erlernte Beruf wird immer seltener über die gesamte Erwerbskarriere ausgeübt. So zeigt sich, dass im Jahr 2000 bereits in der Altersklasse der 22- bis 24-Jährigen über 30 Prozent der Luzerner Erwerbstätigen nicht mehr im erlernten Beruf arbeiteten. Im Berufsfeld Gesundheit, Lehre, Kultur und Wissenschaft verblieben junge Frauen und Männer am ehesten im angestammten Bereich (Rotationsquote Kanton Luzern: ca. 11 %).

Gebäude der Kantonsschule Sursee

6. KAPITEL

DER GYMNASIALE WEG

A DER TRADITIONELLE WEG ZUR HOCHSCHULREIFE

1. Entwicklung der gymnasialen Bildung
2. Rechtsgrundlagen und Organisation
3. Datengrundlage und Abgrenzungen

B DIE GYMNASIALE BILDUNG – LERNENDE UND LEHRKRÄFTE

1. Lang- und Kurzzeitgymnasien
2. Wer wählt den gymnasialen Bildungsweg?
3. Die Fächerpräferenzen
4. Der Lehrkörper
5. Kosten der Gymnasien

C BILDUNGSERFOLG UND STUDIENWAHL

1. Schullaufbahn und Bildungserfolg
2. Vom Gymnasium an die Universität

D SYNTHESE

A DER TRADITIONELLE WEG ZUR HOCHSCHULREIFE

1. Entwicklung der gymnasialen Bildung

In der Schweiz bilden die Gymnasien, die mit einer anerkannten eidgenössischen Maturität abgeschlossen werden, den klassischen Weg zu einer universitären Hochschule. Die Gymnasialbildung beginnt bereits auf der obligatorischen Stufe und hat ihre Fortsetzung im nachobligatorischen Bildungsbereich, das heisst auf Sekundarstufe II. Mit ihrer Orientierung auf die allgemeine Bildung sind die Gymnasien Teil des akademischen Bildungszweigs, und ihre Abschlüsse zählen in vielen Ländern zu den ältesten und prestigereichsten (Müller/Steinmann/Schneider 1997: 191).

Eine Bildungsinstitution im Wandel

Viele Gymnasien gingen aus den mittelalterlichen Kloster- und Lateinschulen hervor (Folgendes nach Pfenniger 1998: 13ff.). Die Stifts- und Lateinschulen waren allerdings noch keine höheren Bildungsanstalten. Im Kanton Luzern entstand mit der Verpflichtung von Jesuiten als Lehrkräfte und der Stiftung einer höheren Lehranstalt durch die Regierung die erste Mittelschule – ein Jesuitenkolleg. Dieses Gymnasium nahm 1577 den Lehrbetrieb auf. Es sollte allen Volksschichten offenstehen, doch die meisten Studenten waren Patrizier- oder Bürgersöhne aus der Stadt. Die Jesuitenschule wurde nach der Aufhebung des Jesuitenordens 1773 zu einer staatlichen Anstalt und später zur Kantonsschule Luzern.

Die gymnasiale Bildung war nicht nur ein Privileg der Städter und der höheren sozialen Schichten, die Schulen waren zunächst auch eine männliche Domäne. Im Laufe der Zeit kam es zu einer Öffnung für Lernende beider Geschlechter und unterschiedlicher sozialer Herkunft. Mädchen wurden erstmals gegen Ende des 19. Jahrhunderts an die Schulen aufgenommen, doch es sollte Jahrzehnte dauern, bis sich der Besuch eines Gymnasiums in den weiblichen Bildungsbiographien durchsetzte. Traditionellerweise kam für die jungen Frauen als höhere Bildung eher die Lehrerinnenausbildung in Frage. Daneben gab es Ausbildungslehrgänge für Kindergärtnerinnen sowie für Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen, als Alternative konnte auch die städtische Töchterhandelsschule besucht werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg begann der Anteil der Schülerinnen an den Gymnasien zu wachsen, zunächst gemächlich, im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts beschleunigt. Im Jahr 2002 haben schliesslich in der Schweiz erstmals mehr junge Frauen als Männer die Maturitätsprüfung absolviert.

Heute stellen die Gymnasien nicht mehr den alleinigen Zugang an die Universität dar. Vor allem die in den 1990er-Jahren eingeführte Berufsmaturität erhöhte die Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Ausbildungsgängen; Inhaberinnen und Inhaber eines Berufsmaturitätsausweises können nach einem einjährigen Passerellenkurs und anschliessend bestandener Prüfung ebenfalls ein gymnasiales Maturitätszeugnis erlangen. Auf der andern Seite wird die gymnasiale Bildung auf Sekundarstufe II zudem vermehrt als Vorbereitung zum Besuch einer Fachhochschule oder einer Pädagogischen Hochschule genutzt oder sie führt zum direkten Eintritt ins Erwerbsleben, zuweilen auch zu einer Berufsbildung ausserhalb des Tertiärbereichs (Müller/Steinmann/Schneider 1997: 191). In der Schweiz werben einzelne Branchen, beispielsweise Finanzdienstleister, mit speziellen Programmen um Mittelschulabsolventinnen und -absolventen.

Gebäude der ehemaligen Jesuitenschule in der Stadt Luzern

2. Rechtsgrundlagen und Organisation

Die Gymnasialbildung liegt in der Verantwortung und Kompetenz der Kantone. Im Kanton Luzern basiert die Führung und Ausgestaltung der Gymnasien auf dem Gesetz über die Gymnasialbildung vom 12. Februar 2001 (SRL 501) und auf der Verordnung zum Gesetz über die Gymnasialbildung vom 19. Juni 2001 (SRL 502). Sie folgt den Zielsetzungen der Maturitäts-Anerkennungsbestimmungen des Bundes und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren und orientiert sich an den schweizerischen Rahmenlehrplänen, wodurch die an Luzerner Gymnasien erworbenen Maturitätszeugnisse eidgenössisch anerkannt werden. Die Maturitäts-Anerkennungsbestimmungen stützen sich auf Artikel 39 Absatz 2 des ETH-Gesetzes vom 4. Oktober 1991 sowie Artikel 6 des Bundesgesetzes vom 19. Dezember 1872 betreffend die Freizügigkeit des Medizinalpersonals in der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Aufgrund dieser Gesetze wurde die Verordnung über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen (Maturitäts-Anerkennungsverordnung, MAV) erlassen.

Organisation der Gymnasialbildung

Der Kanton Luzern führt Langzeitgymnasien und Kurzzeitgymnasien. Innerhalb des Kurzzeitgymnasiums werden spezielle Klassenzüge für sportlich und musisch Begabte angeboten. Ausserdem gibt es eine Maturitätsschule für Erwachsene sowie einen einjährigen Passerellenkurs, der nach der Berufsmaturität den Zugang zu einer universitären Hochschule ermöglicht.
Seit der Einführung des Maturitäts-Anerkennungsreglements 1995 (MAR 95), beziehungsweise dessen Revision 2008, haben die Maturandinnen und Maturanden das Gymnasium mit Prüfungen in 14 Maturitätsfächern abzuschliessen, die sich aus elf vorgegebenen Grundlagenfächern, je einem wählbaren Schwerpunkt- und Ergänzungsfach sowie der Maturaarbeit zusammensetzen, obligatorisch ist zudem Sport. Mit der anerkannten Maturität erhalten die Absolventinnen und Absolventen Zugang zu allen universitären Hochschulen in der Schweiz und zur Pädagogischen Hochschule.

3. Datengrundlage und Abgrenzungen

Lernende

Die für das vorliegende Kapitel am häufigsten verwendete Quelle ist die Eidgenössische Statistik der Schüler/innen und Studierenden. Die Daten der Lernenden sind nach dem Schulortprinzip erhoben. In die Auswertungen werden diejenigen Jugendlichen einbezogen, die ein Gymnasium im Kanton Luzern besuchen, unabhängig davon, ob ihr Wohnort innerhalb oder ausserhalb des Kantons liegt. Der Anteil der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten mit Wohnort ausserhalb des Kantons Luzern wird aber ausgewiesen. Im Kanton Luzern wohnende Jugendliche, die das Gymnasium in einem anderen Kanton besuchen, sind nicht berücksichtigt.
Die Auflösung des Lehrerinnen- und Lehrerseminars und die Tertiarisierung der Primarlehrerausbildung hatten einen bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung der Schülerzahlen an den Luzerner Gymnasien und auf die Maturitätsquote. Wo sich dies in der Statistik niederschlägt, wird darauf hingewiesen. Die Berufsmaturität, die eine wichtige Alternative auf der Sekundarstufe II geworden ist, wird in Kapitel 5 behandelt.

Lehrkräfte

Eine weitere Datenquelle für die Analyse der Gymnasialbildung ist die Schweizerische Lehrkräftestatistik. Sie erfasst die Lehrkräfte ebenfalls über den Schulstandort. Bei der Lehrkräftestatistik handelt es sich um eine Sekundärstatistik, die sich auf anonymisierte Individualdaten stützt.

Bildungsinstitutionen

Im Kanton Luzern bieten acht Kantonsschulen und, im Auftrag des Kantons, eine private Schule (St. Klemens in Ebikon) eine Gymnasialbildung an. Sie werden alle in den Auswertungen berücksichtigt.

Langzeitgymnasium / Kurzzeitgymnasium

Das Langzeitgymnasium beginnt nach sechs Schuljahren auf der Primarstufe und dauert sechs Jahre, drei davon zählen zur Sekundarstufe I (Schulpflicht). Das Kurzzeitgymnasium beginnt nach dem zweiten oder dritten Sekundarschuljahr und dauert vier bis fünf Jahre. Das erste Jahr des Kurzzeitgymnasiums wird in der Statistik der Sekundarstufe I zugerechnet.

Abschlüsse

Am Ende des gymnasialen Bildungsweges stehen die Maturitätsprüfungen. Die Entwicklung der gymnasialen Maturitäten und die Maturitätsquoten sind wichtige Kennzahlen, die räumliche und zeitliche Vergleiche zulassen. Quelle ist das Schweizerische Hochschulinformationssystem SHIS.

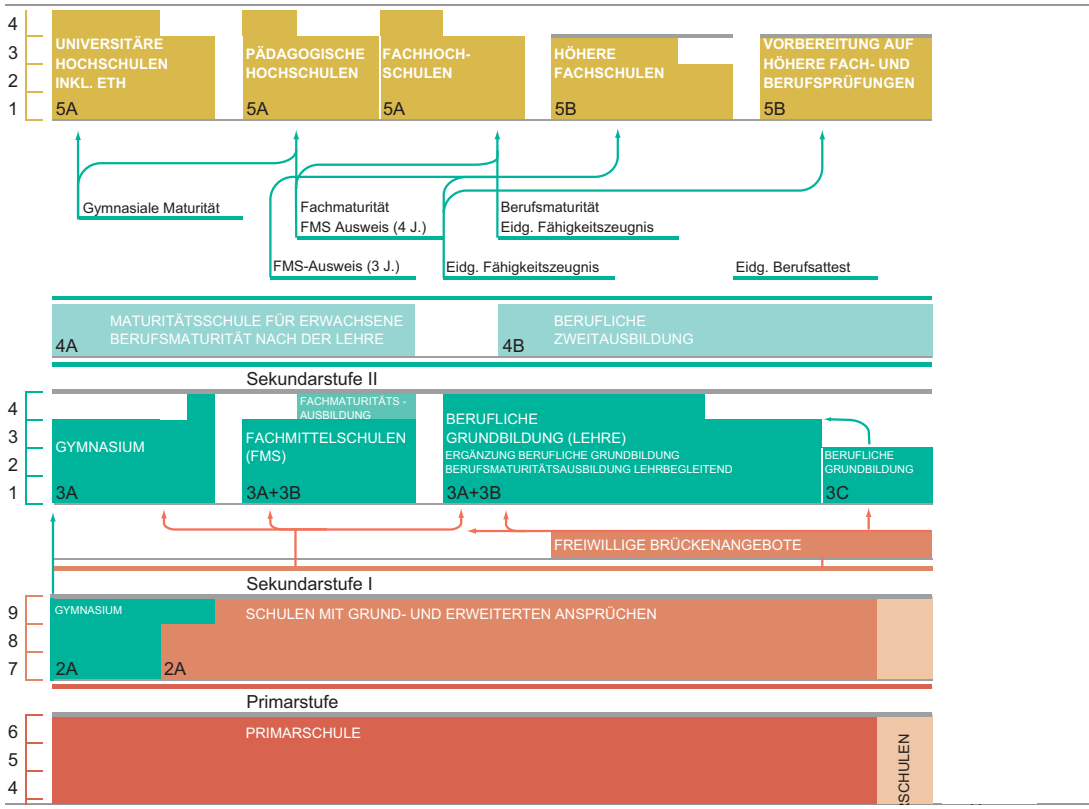
Bildungsszenarien

Methodische Hinweise und Datenquellen zu den Szenarien im Kapitel 11.

Abbildung 6.1

Die Einbettung der Gymnasien im Bildungssystem (Gesamtdarstellung vgl. Kapitel 2)

Kanton Luzern



LUSTAT STATISTIK LUZERN

Quelle: EDK – LUSTAT

B DIE GYMNASIALE BILDUNG – LERNENDE UND LEHRKRÄFTE

1. Lang- und Kurzzeitgymnasien

Alle im Kanton Luzern wohnhaften Schülerinnen und Schüler, welche die Übertrittsbedingungen für das Gymnasium erfüllen, können die Ausbildung an einer der acht Luzerner Kantonsschulen oder am Gymnasium St. Klemens aufnehmen. Fünf Schulen bieten sowohl ein Langzeit- als auch ein Kurzzeitgymnasium an, eine Schule nur ein Langzeitgymnasium und drei Schulen nur ein Kurzzeitgymnasium. Das Langzeitgymnasium dauert heute sechs Jahre, das Kurzzeitgymnasium vier Jahre beziehungsweise fünf Jahre für Sport- und Musikklassen. Beide Wege führen zu einer anerkannten eidgenössischen Maturität.

Langfristige Entwicklungen

Im Schuljahr 2009/2010 besuchten 5'703 Schülerinnen und Schüler ein Gymnasium im Kanton Luzern. Damit konnte der Höchststand des Vorjahrs (5'710) seit Beginn der BFS-Statistik im Jahr 1977 knapp gehalten werden.
Auf der Sekundarstufe I (obligatorische Schulzeit) lernten 2'671 Schülerinnen und Schüler, davon 2'331 in den ersten drei Jahren des Langzeitgymnasiums und 340 im ersten Jahr des Kurzzeitgymnasiums. Seit 1999, nach der Einführung des Kurzzeitgymnasiums, blieb der Bestand im Langzeitgymnasium auf der obligatorischen Schulstufe relativ stabil, mit leichter Wachstumstendenz, zwischen 2'100 und 2'350, jener im Kurzzeitgymnasium zwischen 320 und 400.
Auf der Sekundarstufe II hat sich die Schülerzahl des Langzeitgymnasiums wegen der Verkürzung von sieben auf sechs Jahre und in Folge der Einführung des Kurzzeitgymnasiums seit Ende der 1990er-Jahre reduziert. Im Jahr 2002 absolvierte der doppelte Maturajahrgang (Absolventen und Absolventinnen des siebenjährigen und des sechsjährigen Langzeitgymnasiums) die Maturaprüfung. Inzwischen lernen an den Luzerner Gymnasien auf der nachobligatorischen Stufe gut 1'900 Jugendliche im Langzeit- und 1'100 im Kurzzeitgymnasium.

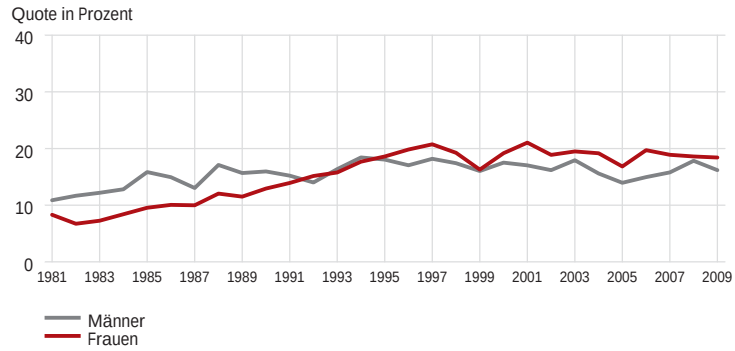
Gymnasiale Angebote an den Luzerner Gymnasien

Gymnasium	Langzeit-gymnasium	Kurzzeit-gymnasium	Spezialangebote
KS Beromünster	X		Internat
KS Luzern (Alpenquai)	X	X	Zweisprachige Matura Sport- und Musikklassen
KS Reussbühl	X	X	Maturitätsschule für Erwachsene, Passerellen-Lehrgang
KS Sursee	X	X	
KS Willisau	X	X	
KS Seetal	X	X	
KS Schüpfheim		X	Gymnasium Plus (Sportklasse)
KS Musegg		X	
St. Klemens		X	Internat

Wohnort der Schülerinnen und Schüler

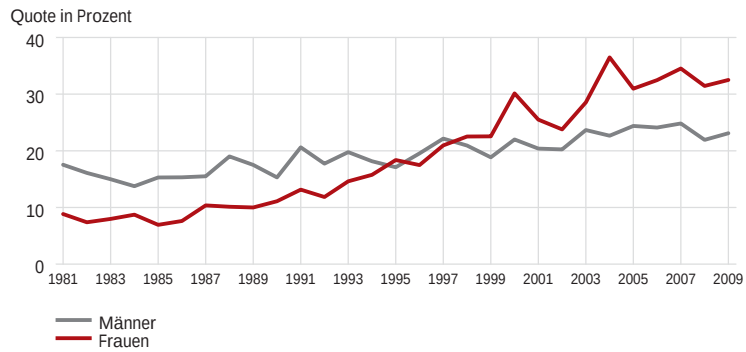
An den Luzerner Gymnasien hatten im Schuljahr 2009/2010 von allen Lernenden 3,4 Prozent ihren Wohnsitz in einem anderen, meist angrenzenden Zentralschweizer Kanton. Der Anteil ausserkantonaler Schülerinnen und Schüler hat sich seit der Jahrtausendwende verdoppelt. Er ist im Kurzzeitgymnasium, das in den Kantonen Nidwalden, Obwalden und Uri nicht angeboten wird, mit 6,6 Prozent deutlich höher als im Langzeitgymnasium mit 2,4 Prozent. Das Langzeitgymnasium, das in diesen Kantonen auch angeboten wird, gehört zudem in den ersten drei Schulbildungsjahren zur obligatorischen Schulzeit, die nur wenige Jugendliche ausserhalb ihres Wohnkantons absolvieren. Umgekehrt besuchen auch einige Luzernerinnen und Luzerner ausserkantonale Gymnasien, etwa jene aus dem Raum der Rigigemeinden das Gymnasium Immensee.

Abbildung 6.2
Übertrittsquoten von der Primarschule ins Langzeitgymnasium nach Geschlecht seit 1981
Kanton Luzern



T4K06G01
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

Abbildung 6.3
Übertrittsquoten von der Sekundarstufe I in Gymnasien der Sekundarstufe II seit 1981
Kanton Luzern



T4K06G02
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

Übertritte ins Langzeitgymnasium bleiben ziemlich stabil

Seit dem Schuljahr 1997/1998 haben jeweils zwischen 16 und 19 Prozent der Sechstklässlerinnen und Sechstklässler der Primarstufe den Weg ins Langzeitgymnasium gewählt. Voraussetzung für den Übertritt ins Langzeitgymnasium ist ein Notendurchschnitt von 5,2 in den Fächern Deutsch, Mathematik sowie Mensch und Umwelt. Bis vor der Einführung des Kurzzeitgymnasiums im Schuljahr 1998/1999 führte im Kanton Luzern der Weg an die Universitäten fast ausschliesslich über das Langzeitgymnasium, das an das letzte Primarschuljahr anschliesst. Im Schuljahr 1997/1998 traten 19,6 Prozent der Knaben und Mädchen ans Gymnasium über: Nie zuvor und nie danach hat ein grösserer Anteil der Primarschülerinnen und -schüler den Schritt ans Gymnasium direkt nach der Primarschule getan. Das hängt damit zusammen, dass seither die Option des Kurzzeitgymnasiums besteht.

Zusätzlicher Schub mit der Einführung des Kurzzeitgymnasiums

Mit der Einführung des Kurzzeitgymnasiums steht den Jugendlichen im Kanton Luzern ein neuer Bildungsweg zur gymnasialen Maturität offen. Diesen Weg können Schülerinnen und Schüler der 2. oder 3. Klasse der Sekundarschule mit Niveau A einschlagen, sofern sie einen Notendurchschnitt von 4,7 in den Fächergruppen Sprachen (Deutsch, Französisch, Englisch), Mathematik sowie Mensch und Umwelt (Geschichte, Geografie, Naturlehre) erreichen. Bereits im Jahr seiner Einführung erfuhr das Kurzzeitgymnasium einen starken Zustrom. 1999 wählten die ersten 204 Sekundarschülerinnen und -schüler diesen Bildungsweg, im Schuljahr 2007/2008 waren es annähernd 400 und 2009/2010 mit 340 leicht weniger. Die Lernenden im ersten Jahr des Kurzzeitgymnasiums machen inzwischen 30 Prozent aller Gymnasiastinnen und Gymnasiasten im dritten und damit letzten Schuljahr auf der Sekundarstufe I aus. Im Vergleich zu den Jugendlichen ausländischer Nationalität treten überproportional viele Jugendliche schweizerischer Staatsanghörigkeit ins Kurzzeitgymnasium über. Wie viele davon zur zweiten oder dritten Ausländergeneration gehören, ist nicht bekannt.

Tabelle 6.1
Lernende der Gymnasien nach Schultyp und Wohnkanton seit 2000/2001
Kanton Luzern

	Obligatorische Schulstufe				Nachobligatorische Schulstufe			
	Kurzzeitgymnasium		Langzeitgymnasium		Kurzzeitgymnasium		Langzeitgymnasium	
	Wohnkanton Luzern	anderer Kanton	Wohnkanton Luzern	anderer Kanton	Wohnkanton Luzern	anderer Kanton	Wohnkanton Luzern	anderer Kanton
2000/2001	189	13	2 083	5	185	28	2 444	35
2001/2002	186	6	2 198	5	396	30	2 291	35
2002/2003	266	16	2 239	7	562	33	1 656	49
2003/2004	347	18	2 314	5	635	40	1 635	42
2004/2005	338	14	2 275	8	796	48	1 690	38
2005/2006	302	17	2 227	8	897	48	1 753	38
2006/2007	359	31	2 209	13	980	59	1 851	34
2007/2008	373	19	2 187	11	999	79	1 881	52
2008/2009	355	20	2 284	19	1 050	78	1 834	70
2009/2010	323	17	2 310	21	1 030	79	1 844	79

T4K06T01

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

Gründe für die schnelle Etablierung des Kurzzeitgymnasiums

Es gibt hauptsächlich drei Gründe, weshalb sich das Kurzzeitgymnasium so schnell etabliert hat.

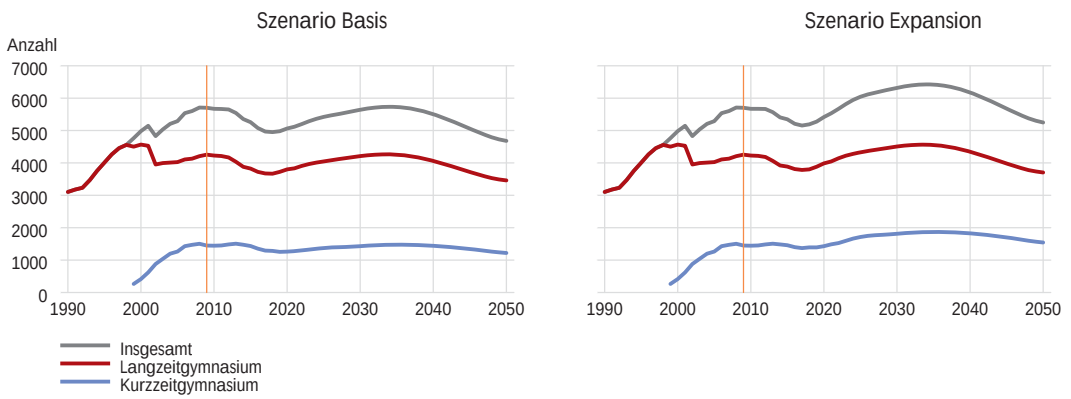
1 Nachdem die Lehrerinnen- und Lehrerbildung nicht mehr an Seminarien erfolgt, sondern im Anschluss an eine Gymnasialbildung an der Pädagogischen Hochschule, besuchen heute die meisten Jugendlichen, die sich früher nach der Sekundarschule für das Seminar entschieden hätten, das Kurzzeitgymnasium.
2 Die Jugendlichen können sich seit der Einführung des Kurzzeitgymnasiums zu einem späteren Zeitpunkt erneut für den gymnasialen Bildungsweg entscheiden. Inzwischen streben rund 30 Prozent der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten die Maturität via Kurzzeitgymnasium an. Für jene, die nach der zweiten Sekundarklasse ins Gymnasium wechseln, dauert die Schulzeit nicht länger als für jene im Langzeitgymnasium. Die andern 70 Prozent treten nach der dritten Sekundarklasse ins Kurzzeitgymnasium ein.
3 Die neu eingeführten Niveauzüge auf der Sekundarstufe I fördern den Übertritt der leistungsstarken Schülerinnen und Schüler ins Gymnasium. Bereits vor der Einführung der Kurzzeitgymnasien hatten gute Sekundarschülerinnen und -schüler die Möglichkeit, via Übergangsjahr ans Gymnasium zu wechseln. Aber anders als früher gilt der gymnasiale Bildungsweg nun via die Sekundarstufe I Niveau A explizit als Option, und die Schülerinnen und Schüler dieses Niveautyps werden gezielt auf den Übertritt ins Kurzzeitgymnasium vorbereitet.

Bis ins Schuljahr 1997/1998 gab es im Kanton Luzern keine Alternative zum Langzeitgymnasium

Kein Einbruch der Nachfrage nach Gymnasialbildung zu erwarten

Die demografische Entwicklung und die Bildungsexpansion, aber auch das Angebot, sind Faktoren, die den zukünftigen Lernendenbestand an den Gymnasien beeinflussen (Methoden und Annahmen vgl. Kapitel 11). Nach einem Jahrzehnt der generellen Zunahme an den Gymnasien, die sich vor allem aus dem neuen Zustrom an die Kurzzeitgymnasien ergeben hat, wird sich bis 2012 der heutige Stand halten. Danach ist nach dem Basisszenario bis 2018 ein demografisch bedingter Rückgang der Gymnasialbestände auf etwa 5'000 zu erwarten, insbesondere durch den Verlauf des Langzeitgymnasiums beeinflusst. Im Anschluss daran werden wieder mehr Gymnasiastinnen und Gymnasiasten in den Luzerner Kantonsschulen ausgebildet werden. Der Neuzuwachs wird zunächst die Langzeitgymnasien beeinflussen, mit einer Verzögerung von zwei Jahren folgt der Wiederanstieg an den Kurzzeitgymnasien. Im Jahr 2034 werden rund 5'750 Gymnasiastinnen und Gymnasiasten zu erwarten sein, dies entspricht dem aktuellen Niveau. Danach wird der demografische Effekt einer alternden Gesellschaft durchschlagen und die Gymnasialbestände wieder absinken lassen. Die Szenarien „Trend" und „Expansion" rechnen mit einem verstärkten Zustrom zu den Gymnasien, als Folge der Bildungsexpansion mit stärkerer Besetzung höherer Niveauzüge in der Sekundarschule und der damit gegebenen Möglichkeit zur Wahl des Kurzzeitgymnasiums. Hierbei wären in den Spitzenjahren bis gegen 6'500 Gymnasiastinnen und Gymnasiasten zu erwarten. Die Anstiege sind vom Kurzzeitgymnasium mit beeinflusst. Aufgrund der demografischen Faktoren würde sich das Gymnasialvolumen in den ländlichen Räumen eher zurückbilden, in den Wachstumsregionen wie Agglomeration, Sempachersee und Seetal wäre mit einem stärkeren Wachstum zu rechnen.

Abbildung 6.4
Erwartete Entwicklung der Schülerzahlen der Gymnasien
Kanton Luzern



T4K06G51

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS - Statistik der Schüler/innen und Studierenden - LUSTAT - Bevölkerungs- und Bildungsprognosen

2. Wer wählt den gymnasialen Bildungsweg?

Aufholeffekt der Mädchen

Im Schuljahr 2009/2010 waren 53,5 Prozent der Lernenden auf Sekundarstufe I an den Luzerner Gymnasien weiblich. Auf der Sekundarstufe II, also auf der nachobligatorischen Stufe des Gymnasiums, betrug der Frauenanteil 58,1 Prozent, und zwar im Langzeitgymnasium 56 Prozent, im Kurzzeitgymnasium 62 Prozent. Aufgrund des starken Nachholbedarfs treten seit den 1980er-Jahren tendenziell Jahr für Jahr mehr Mädchen in ein Gymnasium ein. Die Übertrittsquote, welche die Anzahl Mädchen im ersten Gymnasialjahr mit der Zahl der Mädchen im Vorjahr auf der vorangehenden Schulstufe ins Verhältnis setzt, ist von 8 Prozent im Jahr 1978 auf 19 Prozent im Jahr 2009 angestiegen. Bei den Knaben stieg die Übertrittsquote im gleichen Zeitraum von 13 auf 18 Prozent. Seit 1997 ist die Übertrittsquote aus der Primarschule ans Langzeitgymnasium bei beiden Geschlechtern ziemlich stabil.
Nach der Jahrtausendwende kam eine weitere Welle mit vorwiegend weiblichen Jugendlichen an die Gymnasien. Für viele der eher von Frauen gewählten Berufe im Dienstleistungsbereich, insbesondere Berufe im

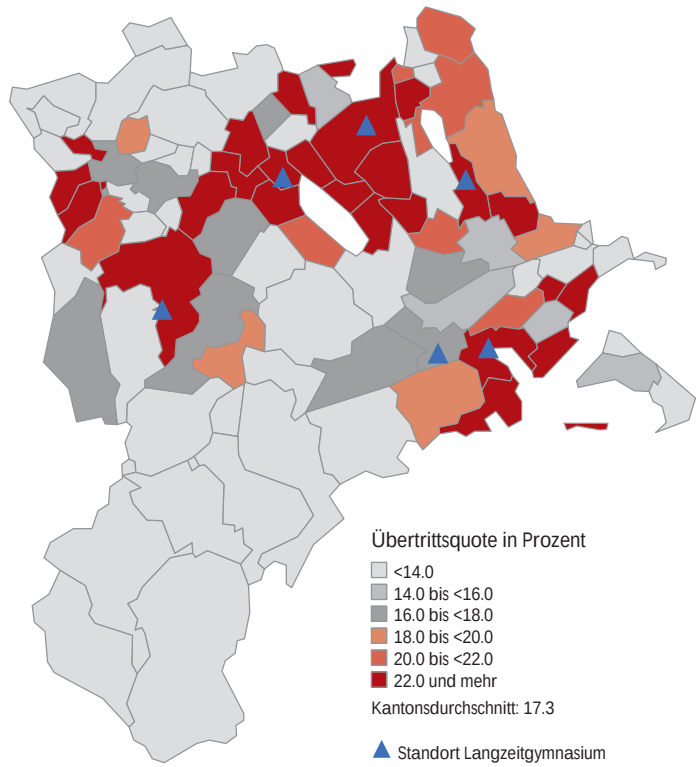
Seit den 1980er-Jahren führt der Bildungsweg für immer mehr junge Frauen ans Gymnasium, im Bild Luzerner Gymnasiastinnen auf einem Ausflug

Gesundheits-, Sozial- und Bildungssektor, wird in neuerer Zeit eine Tertiärbildung vorausgesetzt. Viele junge Menschen wählen den Weg Sekundarschule–Kurzzeitgymnasium, weil sie sich für diese Berufe interessieren. Der Frauenanteil in den Gymnasien ist entsprechend auf der Sekundarstufe II höher als auf der Sekundarstufe I.

Mehr Gymnasiastinnen und Gymnasiasten aus der Stadt als vom Land

Seit jeher zeigt sich im Bereich der gymnasialen Bildung im Kanton Luzern ein Stadt-Land-Gefälle. Die Übertrittsquote der Schülerinnen und Schüler mit Wohnort in der Stadt Luzern (ohne Stadtteil Littau) ist deutlich höher als diejenige der Schülerinnen und Schüler in anderen Luzerner Gemeinden. Ausnahmen sind auf Schwankungen von Orten mit geringen Fallzahlen zurückzuführen. Im Schuljahr 2009/2010 wechselten in der Stadt Luzern nach der 6. Primarklasse 27 Prozent aller Mädchen und Knaben ans Langzeitgymnasium. Ein ebenso hoher Anteil der städtischen Jugendlichen verfolgt an einem Lang- oder Kurzzeitgymnasium die Ausbildung auf Sekundarstufe II.

Abbildung 6.5
Übertrittsquoten in Langzeitgymnasien 2009 (ins 1. Bildungsjahr der Sekundarstufe I)
Kanton Luzern



T4K06G05

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

Zu Beginn der 1990er-Jahre, also noch vor Einführung des Kurzzeitgymnasiums, wurden in der Stadt Luzern und den umliegenden Gemeinden die höchsten Übertrittsquoten verzeichnet (1991: 16,7 % im Amt Luzern), in den Gemeinden in der Umgebung von Willisau hingegen die tiefsten (1991: 10,9 % im Amt Willisau). Seit der Einführung der Kurzzeitgymnasien nahmen in fast allen Regionen aber auch die Übertrittsquoten ans Langzeitgymnasium zu. Eine Ausnahme bildet das Entlebuch, wo das Progymnasium nicht mehr angeboten wird. Die Quote bleibt in Luzern und Umgebung am höchsten und im nordwestlichen Teil des Kantons am tiefsten. Die Sempacherseeregion und Teile des Seetals fallen ebenfalls mit überdurchschnittlichen Quoten auf.

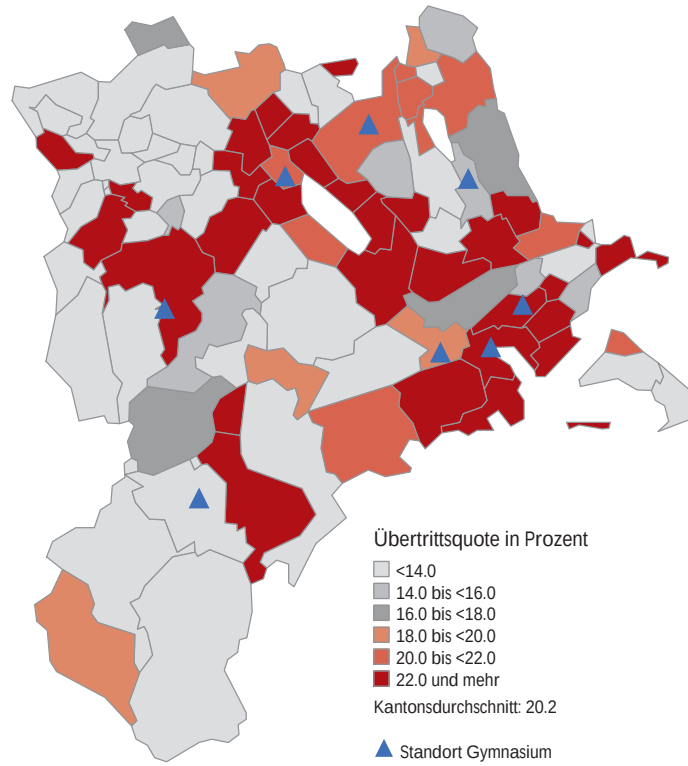
Die Nähe des Schulstandortes hat einen Einfluss auf die Übertrittsquote

In Gemeinden mit einem Gymnasium und in deren unmittelbaren Umgebung ist die Übertrittsquote von der Primarschule ans Gymnasium in der Regel etwas höher als in Gemeinden, die weiter von einem Gymnasialstandort entfernt sind.

Abbildung 6.6

Übertrittsquoten in die nachobligatorische Stufe der Gymnasien 2009 (ins 1. Bildungsjahr der Sekundarstufe II)

Kanton Luzern



T4K06G06

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

Inwiefern das schulische Angebot einen Einfluss auf die Nachfrage hat, zeigt sich deutlich am Beispiel Entlebuch. Die Kantonsschule Schüpfheim wurde im Schuljahr 1999/2000 vom Progymnasium (erste vier Klassen des Langzeitgymnasiums) zum Kurzzeitgymnasium. Seither ist das Langzeitgymnasium für Mädchen und Knaben aus dem Entlebuch kaum mehr eine Option. Wollen Schülerinnen und Schüler aus dieser Region heute ein Langzeitgymnasium besuchen, geht ihr Weg mehrheitlich an die Kantonsschule Willisau oder Reussbühl. Der Schulweg ans Gymnasium ist damit im Vergleich zum Schulweg an die Sekundarschule unvergleichbar länger. 1991 traten noch 13 Prozent der Entlebucher Sechstklässlerinnen und Sechstklässler ins Langzeitgymnasium über, heute besuchen nur noch eine Hand voll Schülerinnen und Schüler aus dieser Region ein Langzeitgymnasium. Für die jungen Entlebucherinnen und Entlebucher ist das Kurzzeitgymnasium zum mehrheitlich gewählten gymnasialen Bildungsweg geworden. Im Schuljahr 2009/2010 beschritten 12,5 Prozent der Schülerinnen und Schüler diesen Weg.

Ausländische Jugendliche gehen deutlich seltener ans Gymnasium ...

Im Kanton Luzern wohnhafte Jugendliche ausländischer Nationalität treten seltener ins Gymnasium über als Jugendliche mit Schweizer Pass. Im Jahr 2009 wechselten gut 20 Prozent der Mädchen und Knaben mit Schweizer Nationalität nach der 6. Primarklasse ans Gymnasium, von den Jugendlichen ausländischer Staatsangehörigkeit 8 Prozent. Die Übertrittsquoten italienischer, spanischer, portugiesischer und türkischer Schülerinnen und Schüler liegt seit 30 Jahren regelmässig unter 10 Prozent, es besuchen also weniger als 10 Prozent dieser Staatsangehörigen der entsprechenden Altersgruppen ein Gymnasium.

Während sich die Übertrittsquoten zwischen den Geschlechtern in den letzten zwei Dekaden angeglichen haben, zeigt sich beim Vergleich der Nationalitäten eine umgekehrte Entwicklung. Bis gegen Ende der 1980er-Jahre war der Anteil Kinder mit Schweizer Pass, die den Weg ins Gymnasium wählten, noch kaum grösser als der Anteil der Kinder ohne Schweizer Pass. Der Ausländeranteil an den Gymnasien tendierte regelmässig gegen 7 Prozent. Ende der 1980er-Jahre begann der Anteil der Schweizerinnen und Schweizer, die den gymnasialen Bildungsweg wählten, auf weit über 10 Prozent zu steigen, und seit Mitte der 1990er-Jahre liegt er bei rund 20 Prozent. Der Ausländeranteil an den Gymnasien sank bis zum Schuljahr 1998/1999 hingegen auf 4,2 Prozent. Die Übertrittsquote der ausländischen Jugendlichen betrug noch 5 Prozent (Ende 1980er-Jahre: 10 %).

Die rückläufige Übertrittsquote ausländischer Kinder in den 1990er-Jahren hängt zu einem grossen Teil mit der starken Zuwanderung von Personen aus dem Raum des ehemaligen Jugoslawien zusammen. Sie bewirkte, dass der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung aus traditionellen Einwanderungsstaaten kontinuierlich zurückgegangen ist und damit auch der Anteil der Kinder der zweiten und dritten Einwanderungsgeneration schrumpfte. Seit kurzem steigt die Übertrittsquote der Ausländerinnen und Ausländer wieder leicht an; im Jahr 2008 erreichte sie 10 Prozent, sank aber 2009 wieder auf 7 Prozent. Dieser Effekt ist durch das Wachstum der deutschen Population mitbedingt. Auch der Ausländeranteil an den Gymnasien nahm zu und lag im Schuljahr 2007/2008 erstmals über 7 Prozent.

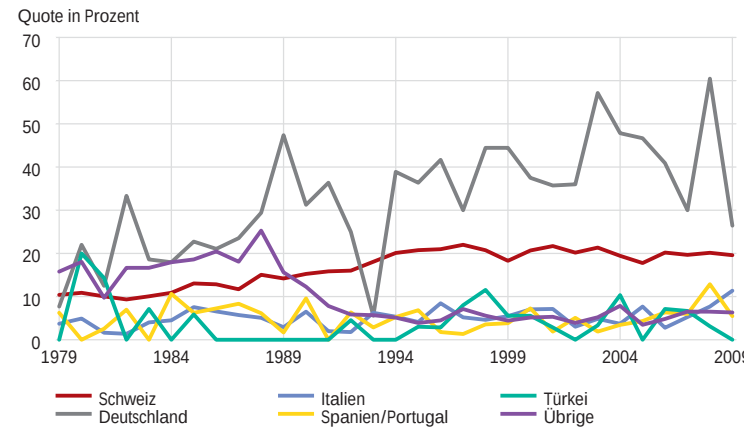
... mit Ausnahme der deutschen

Zwischen den Nationalitäten zeigen sich deutliche Unterschiede, der auffälligste betrifft Schülerinnen und Schüler deutscher Herkunft. Seit 1980 treten sie deutlich häufiger ins Gymnasium über als Kinder anderer Nationalität. Die Fallzahlen sind aber sehr klein, nämlich zwischen 3 und 26 pro Jahrgang, weshalb der Indikator Übertrittsquote jährlich schwankt, allerdings immer auf sehr hohem Niveau. 2008 wurde die bisher höchste Quote gemessen: von 43 deutschen Kindern, die nach der 6. Primarklasse in die Sekundarstufe I versetzt worden sind, gingen 26 ans Langzeitgymnasium, also mehr als 60 Prozent.

Kinder aus sozio-ökonomisch privilegierten Familien gehen eher ans Gymnasium

Schülerinnen und Schüler aus sozio-ökonomisch privilegierten Familien sind unverändert überproportional an Gymnasien vertreten. Wie die Auswertungen der PISA-Studie im Bildungsbericht Schweiz 2010 zeigen, betrifft dies nicht nur den besuchten Schultyp. Werden nur die Schülerinnen und Schüler berücksichtigt, die in den Tests der PISA-Studie eine sehr hohe Leistungsfähigkeit gezeigt haben, wird ersichtlich, dass auch unter ihnen diejenigen aus sozio-ökonomisch privilegierten Familien häufiger am Gymnasium anzutreffen sind als jene aus Familien mit einem geringeren sozio-ökonomischen Status (SKBF 2010: 134ff.). Eine ausgeglichenere Verteilung der Schülerinnen und Schüler der 9. Klasse weisen Kantone mit progymnasialen Schultypen auf. Heute sind zudem junge Frauen mit Eltern ohne Universitätsabschluss im Gymnasium stärker vertreten als junge Männer mit einem vergleichbaren familiären Hintergrund.
Gemäss Bildungsbericht Schweiz bedeutet dieses Ergebnis nicht zwangsläufig, dass Kinder aus eher benachteiligten sozio-ökonomischen Gesellschaftsschichten diskriminiert würden. Es könnte sich bei diesem Phänomen auch um ein Ergebnis persönlicher Neigungen sowie Einstellungen und Erwartungshaltungen der Eltern handeln (SKBF 2010: 136).

Abbildung 6.7
Übertrittsquoten von der Primarschule ins Langzeitgymnasium nach Nationalitätengruppen seit 1979
Kanton Luzern (Schulort)



T4K06G03
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

3. Die Fächerpräferenzen

Im Jahr 1995 wurde die Maturitätsbildung aufgrund der Reform des Maturitäts-Anerkennungsreglements (MAR) in der Schweiz neu gestaltet. Die Schülerinnen und Schüler haben mehr Wahlmöglichkeiten und erhalten damit ein individualisierteres Bildungsprofil (SKBF 2010: 124). Das Hauptgewicht bilden elf Grundlagefächer: Deutsch, Französisch oder Italienisch, Italienisch oder Englisch oder eine alte Sprache, Mathematik, Biologie, Chemie, Physik, Geschichte, Geografie, Philosophie sowie Bildnerisches Gestalten und/oder Musik. Ein bedeutender Teil der Unterrichtszeit entfällt auf das Schwerpunkt- und Ergänzungsfach sowie auf die Maturaarbeit.

Der Kanton Luzern nutzte die Gelegenheit für einen Angebotsausbau

Grundsätzlich können die Kantone in eigener Kompetenz entscheiden, welche im Maturitäts-Anerkennungsreglement (MAR) festgesetzten Schwerpunktfächer sie anbieten wollen. Im Kanton Luzern hat sich mit dem MAR 95 das Fächerangebot vervielfacht. Bis dahin war es nicht nur viel kleiner gewesen, sondern es bestanden auch wesentliche Unterschiede zwischen den Gymnasien in und ausserhalb der Stadt Luzern. Wirtschaft und Recht, damals Typus E, der 1972 schweizweit anerkannt und eingeführt wurde, konnte beispielsweise lange nur an der Kantonsschule Alpenquai Luzern belegt werden. Während für sprachlich interessierte Jugendliche bis zur Reform kein Weg am Latein vorbei führte, können sie seither die Maturität auch in modernen Sprachen erlangen. Und für diejenigen, die Mathematik und Naturwissenschaften präferieren, besteht ebenfalls ein breiteres Angebot. Ganz neu eingeführt wurden die Schwerpunktfächer Bildnerisches Gestalten, Musik und Philosophie/Pädagogik/Psychologie (PPP). Einzig Russisch, das im MAR 95 ebenfalls vorgesehen ist, wird im Kanton Luzern nicht angeboten.

Bildnerisches Gestalten kann seit der Reform des Maturitäts-Anerkennungsreglements auch als Schwerpunktfach gewählt werden

Auswahl aus zwölf Fächern möglich

Das Schwerpunktfach, das den Hauptakzent im persönlichen Bildungsprofil darstellt, kann heute aus 12 Fächern ausgewählt werden. An allen Luzerner Gymnasien werden mindestens fünf der zwölf möglichen Schwerpunktfächer angeboten. Die Wahl des Schwerpunktfaches schränkt die spätere Studienwahl nicht ein, weil alle Maturitätsausweise gleichwertig sind und die allgemeine Hochschulreife nachweisen.

Wirtschaft und Recht ist das beliebteste Schwerpunktfach

Wirtschaft und Recht war im Schuljahr 2009/2010 das am häufigsten gewählte Schwerpunktfach an den Luzerner Gymnasien (25 %), gefolgt von Biologie und Chemie (19 %). Der Typus Wirtschaft und Recht fand schon vor der Reform Jahr für Jahr mehr Zuspruch und wurde schliesslich im Schuljahr 2003/2004 von mehr als einem Viertel der Luzerner Gymnasiastinnen und Gymnasiasten gewählt; seither sind die Schüleranteile leicht rückläufig.
Das Interesse an sprachlich ausgerichteten Gymnasiallehrgängen nahm trotz der Einführung des Schwerpunkts Moderne Sprachen ab. Alte Sprachen wählten im Schuljahr 2009/2010 4 Prozent und Moderne Sprachen 12 Prozent der Lernenden. Im landesweiten Vergleich ist dies sehr wenig: Im Durchschnitt schliessen in der Schweiz 6 Prozent der Maturandinnen und Maturanden das Gymnasium mit dem Schwerpunktfach Alte Sprachen und 25 Prozent mit einer modernen Sprache ab. Anfang der 1980er-Jahre hatten noch gegen 60 Prozent der Schülerinnen und Schüler auf der Sekundarstufe II den Gymnasialtypus A oder B (Griechisch und Latein beziehungsweise Latein und Englisch) besucht. Mit der Einführung der neuen Schwerpunktfächer verlor das Latein schweizweit an Bedeutung.
Die mathematisch-naturwissenschaftliche Richtung verzeichnete bis Anfang der 1990er-Jahre einen leichten Aufwärtstrend, erlebte aber mit der Maturitätsreform einen sehr deutlichen Rückgang von 39 auf 28 Prozent. Dieser Rückgang fiel zwar stärker aus als bei den sprachlich-orientierten Gymnasialtypen, doch die Schüleranteile gingen seither nicht weiter zurück.

Fast jeder Dritte oder jede Dritte wählt eines der neuen Schwerpunktfächer

Mit der Maturitätsreform haben die traditionellen Fächer mit dem Angebot der neuen Fächer Bildnerisches Gestalten, Philosophie/Pädagogik/Psychologie und Musik eine starke Konkurrenz erhalten. Im Schuljahr 2009/2010

Gymnasiale Angebote an den Luzerner Gymnasien (Stand: Dezember 2009)

Gymnasium	Latein	Griechisch	Italienisch	Spanisch	Physik/ Angewandte Mathematik	Biologie/ Chemie	Wirtschaft und Recht	PPP	Bildnerisches Gestalten	Musik
KS Beromünster	X		X		X				X	X
KS Luzern (Alpenquai)	X	X	X	X	X	X	X		X	X
KS Reussbühl	X		X	X	X	X	X		X	X
KS Sursee	(*)		X		X	X	X		X	X
KS Willisau	X				X	X	X	X		X
KS Seetal	(**)			X	X	X	X	X		
KS Schüpfheim	X					X	X		X	X
KS Musegg					X	X	X	X	X	X
St. Klemens						X	X	X		

(*) Via Latina: Lateinangebot ausserhalb des Schwerpunktfachs Latein (**) SKA: Sprache und Kultur der Antike

belegten bereits 29 Prozent aller Lernenden eines dieser Schwerpunktfächer. Die Anteile variieren deutlich zwischen den Schulen. Das liegt einerseits daran, dass nicht alle diese Fächer anbieten, andererseits werden die Fächer auch nicht an allen Schulen im gleichen Masse nachgefragt.

Geschlechtsspezifische Präferenzen bei der Wahl des Schwerpunktfachs

Bei den Luzerner Schülerinnen und Schülern gleichermassen beliebt sind lediglich die Fächer Biologie und Chemie. Daneben bevorzugen Gymnasiastinnen sprachliche, musische und sozialwissenschaftliche Schwerpunktfächer, während Gymnasiasten häufiger in Klassen mit Schwerpunkt Wirtschaft und Recht, Physik und Angewandte Mathematik anzutreffen sind. Italienisch und Bildnerisches Gestalten wird zu 80 Prozent von Frauen gewählt, Physik und Angewandte Mathematik zu 70 Prozent von Männern.
Im Bericht über die erste Evaluation der Maturitätsreform, der 2005 im Auftrag der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK und des Staatssekretariats für Bildung und Forschung SBF publiziert worden ist, wird festgestellt, dass Gymnasiastinnen heute ihre Interessen im Unterricht besser abdecken können als die Gymnasiasten. Dies sei insbesondere der Fall, weil das Fächerangebot bei den Sprachen sehr breit ist. Wenn das gymnasiale Bildungsangebot für beide Geschlechter ähnlich attraktiv sein soll, müsste gemäss der Studie das Angebot um Schwerpunktfächer erweitert werden, die auch männliche Jugendliche ansprechen. In Frage kämen Fächer wie Geschichte, Geografie und Informatik, die in deren Interessenshierarchie weit oben stehen (SBF 2005: 82ff.).

Tabelle 6.2
Lernende in Gymnasien auf Sekundarstufe II nach Schwerpunktfächern seit 1996/1997
Schulort Kanton Luzern

	Total	Ausländer/innen in %	Schwerpunktfächer								
			Latein[1]	Italienisch	Spanisch	Physik/Mathematik[2]	Biologie/Chemie	Wirtschaft und Recht[3]	Pädogogik/Philosophie/Psychologie[4]	Bildnerisches Gestalten	Musik
1996/1997	**1 986**	3,9	805	—	—	696	—	485	—	—	—
1997/1998	**2 110**	5,1	870	—	—	698	—	542	—	—	—
1998/1999	**2 246**	4,7	906	—	—	769	—	571	—	—	—
1999/2000	**2 413**	4,1	859	14	—	664	18	596	227	35	—
2000/2001	**2 692**	5,1	756	101	83	582	244	652	103	123	48
2001/2002	**2 752**	3,9	586	130	121	506	335	705	125	167	77
2002/2003	**2 300**	3,6	305	137	158	310	377	531	168	209	105
2003/2004	**2 352**	4,1	253	154	150	285	390	601	181	225	113
2004/2005	**2 572**	4,6	203	161	163	285	443	605	244	297	171
2005/2006	**2 736**	5,1	206	157	192	289	490	611	299	297	195
2006/2007	**2 924**	5,5	208	164	215	303	496	584	344	367	243
2007/2008	**3 011**	5,4	204	164	221	327	569	605	361	307	253
2008/2009	**3 032**	6,3	174	160	214	297	559	693	386	285	264
2009/2010	**3 032**	6,7	119	156	219	318	574	752	366	282	246

T4K06T02

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: Bundesamt für Statistik – Statistik der Schüler/innen und Studierenden

[1]Die ehemaligen Typen A und B werden unter dem Schwerpunktfach Latein aufgeführt.

[2]Der ehemalige Typus C wird unter dem Schwerpunktfach Physik und angewandte Mathematik aufgeführt.

[3]Der ehemalige Typus E wird unter dem Schwerpunktfach Wirtschaft und Recht aufgeführt.

[4]1999/2000 und 2000/2001 inklusive Gymnasiast/innen ohne Schwerpunktfachangabe

Das Interesse am Fachgebiet ist das wichtigste Wahlmotiv

Gemäss dem Schlussbericht der ersten Evaluation der Maturitätsreform entscheiden sich schweizweit die meisten Schülerinnen und Schüler für ihr Schwerpunktfach aus „Interesse am Fach". Gleich danach folgten „Meine Fähigkeiten in diesem Fach" und „Herausforderungen durch das Fach" als wichtige Wahlkriterien. Besonders oft wurden diese Gründe von Lernenden genannt, die Bildnerisches Gestalten oder Musik als Schwerpunktfach gewählt haben. Während für diese Jugendlichen die Kriterien „Vorbereitung für das Wunschstudium" und „Gut für spätere Karriere" kaum eine Rolle spielten, waren diese für Schülerinnen und Schüler des Schwerpunktfachs Wirtschaft und Recht umso wichtiger. „Spätere Ausbildungsmöglichkeiten" wurde am häufigsten von Gymnasiastinnen und Gymnasiasten mit Schwerpunkt alte Sprachen genannt. An fünfter Stelle stand die „Gute Vorbereitung für mein Wunschstudium", die besonders oft von Jugendlichen mit mathematisch-naturwissenschaftlichem Schwerpunkt als Wahlgrund angegeben wurde (SBF 2005: 98ff.).

Nicht einmal die Hälfte würde wieder das gleiche Fach wählen

Die Evaluation der Maturitätsreform zeigte auch, dass sich die Interessen junger Menschen im Verlauf der Ausbildung ändern können. Insgesamt hätte nämlich nicht mehr die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler am Ende ihrer Ausbildung wieder das gleiche Schwerpunktfach gewählt. Mit 63 Prozent am überzeugtesten von ihrer Wahl waren jene, die Bildnerisches Gestalten gewählt hatten. Am wenigsten zufrieden mit ihrer Wahl waren im Nachhinein hingegen diejenigen, die sich für eine Sprache als Schwerpunktfach entschieden hatten.

„Ein gesunder Geist in einem gesunden Körper" – Sport steht auf allen Schulstufen im Unterrichtsplan

4. Der Lehrkörper

Die Lehrpersonen an den Luzerner Gymnasien müssen über ein abgeschlossenes Hochschulstudium mit Lehrberechtigung auf der Sekundarstufe II verfügen oder die Bereitschaft haben, diese Lehrberechtigung zu erwerben.

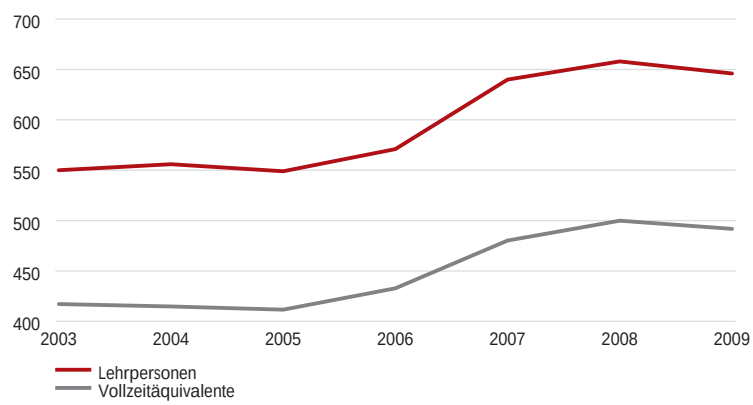
Stabiles Lehrkräftevolumen bei steigenden Schülerbeständen

Im Schuljahr 2009/2010 betrug das Lehrkräftevolumen an den öffentlichen Luzerner Gymnasien 492 Vollzeitäquivalente. Hinzu kommen 9 Vollzeitäquivalente von Lehrpersonen, deren Lehrpensum an Gymnasien kleiner ist als ihr Pensum an anderen Schulen. Die Lehrpersonen unterrichteten rund 5'700 Schülerinnen und Schüler. Im Durchschnitt betrug das Betreuungsverhältnis eine Vollzeit-Lehrerstelle pro 11,4 Lernende. Das Lehrkräftevolumen ist seit 2003 relativ stabil geblieben. Der grosse Anstieg der Anzahl Gymnasiallehrkräfte zwischen 2005 und 2007 ist statistisch bedingt: Die Lehrpersonen der Kantonsschulen Musegg und Seetal (ehemalige Lehrerseminarien) wurden zwischen 2005 und 2007 in die Lehrkräftestatistik überführt und erst ab 2007 vollständig erfasst.

Immer mehr Gymnasiallehrerinnen

Die 492 Vollzeitstellen in öffentlichen Luzerner Gymnasien verteilten sich auf 646 Lehrerinnen und Lehrer in 268 Vollzeit- und 378 Teilzeitpensen. Die Teilzeitanstellungen betrugen zu zwei Drittel zwischen 50 und 89 Prozent, ein Drittel setzte sich aus kleineren Pensen zusammen.
Nachdem im Laufe des 20. Jahrhunderts der Lehrberuf bereits für die Primarstufe immer häufiger von Frauen ergriffen wurde, zeichnet sich auch in den Sekundarschulen und Gymnasien ein Trend zu einem wachsenden Frauenanteil ab. In den jüngsten Altersgruppen der Luzerner Gymnasiallehrkräfte gibt es heute mehr Frauen als Männer: der Frauenanteil bei den unter 30-

Abbildung 6.1
Lehrkräfte an kantonalen Gymnasien 2003 bis 2009
Kanton Luzern



T4K06G08

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: LUSTAT - Kantonale Lehrkräftestatistik

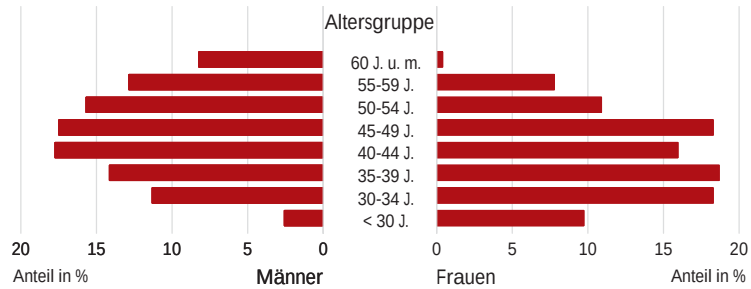
Der Anstieg zwischen 2005 und 2007 ist auf den Einbezug der Lehrpersonen der Kantonsschulen Musegg und Seetal - vordem Seminarien - in die Statistik zurückzuführen

jährigen Lehrpersonen beträgt 71 Prozent, in der mittleren Altersgruppe der 30- bis 49-jährigen 45 Prozent. In den höheren Altersgruppen sind die Lehrerinnen dagegen deutlich in der Minderheit, lediglich gut ein Viertel aller Lehrpersonen ab 50 Jahren sind weiblich. Entsprechend ist die Altersstruktur der weiblichen Lehrerschaft deutlich jünger als jene der männlichen.
Wie in anderen Branchen und Berufen arbeiten auch an den Luzerner Gymnasien Frauen deutlich häufiger Teilzeit als ihre männlichen Kollegen. 82 Prozent der Lehrerinnen üben ein Teilzeitpensum aus, während dies nur bei 43 Prozent der Lehrer der Fall ist. Zudem sind deren Teilzeitpensen in der Regel grösser als jene der Frauen. Im Mittel beträgt das Pensum der Gymnasiallehrer 85 Prozent, jenes der Gymnasiallehrerinnen 63 Prozent.

Zukünftiger Lehrkräftebedarf

Von allen Gymnasiallehrkräften auf obligatorischer und nachobligatorischer Schulstufe waren im Jahr 2009 etwa 5,4 Prozent jünger als 30 Jahre. Der Pool der Junglehrerschaft ist somit nicht allzu gross. Das erklärt sich mit der gegenüber den Lehrkräften auf Volksschulebene längeren Ausbildungsdauer für diesen Beruf, womit das Berufseintrittsalter höher ist. Annähernd 30 Prozent waren 50 Jahre alt oder älter. Innerhalb der nächsten 15 Jahre werden somit mindestens etwa 190 Gymnasiallehrkräfte allein wegen Pensionierungen aus dem Schuldienst austreten, das sind jährlich etwa 13. Bei gleichbleibendem Schülerbestand und gleichbleibender Betreuungsintensität müssten also jährlich mindestens 13 Junglehrerinnen und Junglehrer nachrücken. In Vollzeitstellen gemessen trifft es heute auf 5'700 Gymnasiastinnen und Gymnasiasten 501 Stellen. Nach dem Basisszenario würde der derzeitige Lehrkräftebedarf bis 2018 auf 440 Vollzeitäquivalente sinken. Dann, mit dem Wiederanstieg des Schülerbestands in den Gymnasien, würde er sich bis 2034 je nach Szenario – bei gleich bleibenden Betreuungsverhältnissen – auf etwa 500 bis 560 ausweiten.

Abbildung 6.8
Lehrkräfte nach Altersgruppen und Geschlecht an kantonalen Gymnasien 2009
Schulort Kanton Luzern



T4K06G09
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / LUSTAT – Schweizerische und kantonale Lehrkräftestatistik

5. Kosten der Gymnasien

Kanton Luzern nahe am schweizerischen Durchschnitt

Im Quervergleich zwischen den Kantonen publiziert das Bundesamt für Statistik (Statistik der öffentlichen Bildungsausgaben) im Jahr 2007 für alle Kantone direkte Kosten pro Lernende in Gymnasien. Für den Kanton Luzern liegt der Wert (inklusive Wirtschaftsmittelschulen und Seminarien) nahe am schweizerischen Durchschnitt von knapp 19'000 Franken. Die Löhne für Lehrkräfte machen 81 Prozent des gesamten Aufwandes aus, die Löhne für das übrige Personal 11 Prozent und der Sachaufwand 8 Prozent. Investitionen, Abschreibungen und Zinsen sind in den direkten Kosten nicht enthalten. Quervergleiche mit anderen Kantonen sind vorsichtig zu interpretieren. Bei den vom Bund publizierten Zahlen werden, so weit es möglich ist, buchhalterisch vergleichbare Grössen berücksichtigt. Trotzdem gibt es teilweise buchhalterische Abgrenzungsprobleme. In Rechnung zu stellen sind bei den Vergleichen unter anderem aber auch das Lohnniveau in den Kantonen, die Anzahl der Gymnasialstandorte, unterschiedliche Klassengrössen sowie die Zahl der Lektionen (SKBF 2010: 134f.).

Kosten für die Gymnasien steigen weniger stark als die Schülerzahlen

Der Kanton Luzern weist im Jahr 2009 einen Aufwandüberschuss für die Allgemeinbildenden Schulen von rund 100 Millionen Franken aus, für die Gymnasialbildung allein von 97 Millionen Franken. Pro Gymnasiastin oder Gymnasiast fiel zu Lasten der öffentlichen Hand ein Aufwand von 21'900 Franken an. Seit 2001 hat der Nettoaufwand des Kantons für die Gymnasialbildung inklusive Allgemeinbildende Schulen von knapp 75 Millionen Franken auf etwas über 100 Millionen Franken zugenommen. Mehrere Faktoren tragen zu dieser Entwicklung bei. Die Lohnkosten, die den grössten Teil der laufenden Ausgaben ausmachen, sind in dieser Zeit angestiegen. Zudem werden die früher in Seminarien Ausgebildeten heute zunächst an Gymnasien unterrichtet, bevor sie den Weg an die Pädagogische Hochschule einschlagen können. Dies führte, neben der allgemeinen Zunahme der Lernendenbestände an den Gymnasien, zu einem zusätzlichen Zustrom vornehmlich an das Kurzzeitgymnasium. Die heutigen Kosten der Gymnasien liegen somit auf einem ähnlichen Niveau wie die Kosten des Jahres 2001 für Gymnasien und Lehrkräfteausbildung zusammen.

Finanzindikatoren – Ziele, Aussagekraft, Grenzen

Die vom Bund und der OECD geführten Finanzindikatoren im Bildungsbereich dienen der Vergleichbarkeit zwischen verschiedenen Staaten und – für die Schweiz – Kantonen. Die finanzbezogenen Indikatoren stellen für sich alleine noch keine ausreichenden Entscheidungsgrundlagen, sondern leisten lediglich neben anderen Quellen einen Beitrag zu einem grösseren Ganzen. So liefern sie keine zuverlässige Antwort auf pädagogische Fragen wie zum Beispiel die ideale Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse. Das Bundesamt für Statistik stellt klar, dass es noch grosser Anstrengungen bedarf, um Querverbindungen zwischen Finanzindikatoren einerseits und qualitativen Aspekten des Bildungsangebots oder den erworbenen Kenntnissen andererseits zu schaffen (BFS 2010a). Dabei stellen sich aus Sicht des Bundes unter anderen die folgenden Fragen: Nach welchen Kriterien soll der für die Bildung aufzuwendende Betrag bestimmt werden? Wie und zu welchem Zweck sind die zugesprochenen Mittel am besten einzusetzen? Ähnliche Fragen stellen sich auch den Kantonen.

Im Mittel rund 4'500 Franken pro Stipendiat oder Stipendiatin

Auf der Sekundarstufe I ist kein Schulgeld zu entrichten, deshalb werden für diese Stufe keine Stipendien ausgerichtet. Auf der Sekundarstufe II muss für den Besuch der Kantonsschulen ein jährliches Schulgeld von 365 Franken bezahlt werden. Reicht die finanzielle Leistungsfähigkeit der betroffenen Person, der Eltern, anderer gesetzlich Verpflichteter oder von Dritten nicht aus, um die Kosten für die Ausbildung und den Lebensunterhalt zu decken, können Ausbildungsbeiträge in Form von Stipendien oder Darlehen beantragt werden.

2008 wurden 281 Gymnasiastinnen und Gymnasiasten der nachobligatorischen Bildungsstufe mit Stipendien von insgesamt 1,27 Millionen Franken unterstützt. Im Mittel betrug der Beitrag pro Bezügerin oder Bezüger 4'513 Franken. Im Schweizer Durchschnitt erhalten mit Stipendien unterstützte Schülerinnen und Schüler gymnasialer Maturitätsschulen 4'131 Franken (BFS 2008b). Von den im Kanton Luzern insgesamt ausbezahlten Stipendien flossen 10,4 Prozent an Gymnasiastinnen und Gymnasiasten. Die meisten Stipendien werden für die Hochschulbildung gesprochen.

Darlehen spielen an den Gymnasien in der gesamten Schweiz kaum eine Rolle. Dies war auch im Kanton Luzern so: 2008 wurden zwei Darlehen über insgesamt 8'900 Franken vergeben, was weniger als einem Prozent der gesamten Darlehenssumme im Kanton Luzern entspricht.

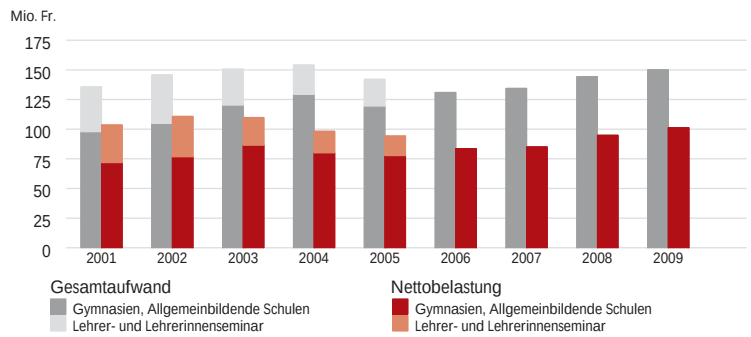
Stipendienberatung

Die Fachstelle Stipendien der Dienststelle Berufs- und Weiterbildung des Kantons Luzern informiert über Ausbildungsbeiträge und nimmt entsprechende Gesuche entgegen. Ausbildungsbeiträge in Form von Stipendien oder Darlehen werden nur auf Sekundarstufe II und Tertiärstufe vergeben.

Abbildung 6.9

Aufwand und Nettobelastung für Gymnasien, Allgemeinbildende Schulen und Seminarien seit 2001

Kanton Luzern



T4K06G15

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: Kanton Luzern – Staatsrechnung

C BILDUNGSERFOLG UND STUDIENWAHL

1. Schullaufbahn und Bildungserfolg

Indikatoren wie die Anzahl der Repetierenden oder die Dropout-Quoten geben Auskunft über die Schullaufbahnen der Luzerner Gymnasiastinnen und Gymnasiasten. Im Rahmen der Evaluationsstudien zur Maturitätsreform wurden zudem schweizweit die schulischen Leistungen der Maturandinnen und Maturanden gemessen. Die Resultate dieser Messungen lassen interkantonale und teilweise internationale Vergleiche zu.

2,7 Prozent aller Gymnasiastinnen und Gymnasiasten wiederholten 2009 eine Klasse

Repetitionen sowie das vorzeitige Verlassen des Gymnasiums weisen auf eine mangelnde Passung zwischen den Leistungen der Schülerinnen und Schüler und den Anforderungen der Bildungseinrichtung hin.
2009 haben 142 Schülerinnen und Schüler an Luzerner Gymnasien ein Schuljahr repetiert, das entspricht 2,5 Prozent. Am häufigsten wird die Abschlussklasse wiederholt (Repetierendenquote: 3,9 %). Die 1. Klasse des Langzeitgymnasiums (7. Schuljahr) wird nur in Ausnahmefällen wiederholt. Schülerinnen und Schüler des Langzeitgymnasiums repetieren im Verhältnis etwas häufiger (Quote: 2,7 %) als diejenigen des Kurzzeitgymnasiums (Quote: 1,9 %).
Junge Männer sowie Lernende ausländischer Nationalität wiederholen häufiger eine Klasse als junge Frauen sowie Lernende mit Schweizer Pass. 2009 betrug die Repetierendenquote der Gymnasiasten 2,7 Prozent und diejenige der Gymnasiastinnen 2,3 Prozent. Und während 2,4 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer ein Schuljahr wiederholten, lag der entsprechende Anteil bei den ausländischen Lernenden bei 4,0 Prozent.

Wechsel und Austritte im Gymnasium

Im Schuljahr 2009/2010 haben gemäss Dienststelle Gymnasialbildung 265 Studierende vor dem Abschluss eine der Luzerner Kantonsschulen verlassen, wenn auch nicht unbedingt das Gymnasium. Gründe dafür sind Wechsel an eine andere Kantonsschule wegen Umzug oder auch Umsteigen auf einen anderen Schwerpunkt, so etwa aus der Kantonsschule Luzern Alpenquai an das Kurzzeitgymnasium der Kantonsschule Musegg, wo der Schwerpunkt PPP angeboten wird. Das Verlassen der Luzerner Gymnasien kann auch wegen eines Wegzugs aus dem Kanton Luzern erfolgen oder aufgrund des Entscheids für einen nicht-gymnasialen Bildungsweg. Eine weitere Möglichkeit ist ein Ausstieg nach einer nicht erfolgreichen Promotion. Am häufigsten sind die Austritte aus den Luzerner Kantonsschulen in den ersten drei Klassen des Langzeitgymnasiums. Sie kumulieren nach dem dritten Gymnasialjahr, also nach dem Ende der obligatorischen Schulzeit.
979 Schülerinnen und Schüler waren 2005 in die erste Klasse der gymnasialen Sekundarstufe II eingetreten, drei Jahre später wurden noch 944 Lernende gezählt. Die Differenz stellt den Saldo aus Austritten und Eintritten dar. Die Dropout-Rate (Anteil aller, die den gymnasialen Bildungsweg vor der Maturitätsprüfung verlassen, im Verhältnis zu den Eingetretenen) für die gesamte Gymnasialzeit kann mit den zurzeit verfügbaren Daten nicht berechnet werden.

Langzeitgymnasiastinnen und Langzeitgymnasiasten mit leicht besseren Leistungen

Im Rahmen der im Jahr 2008 durchgeführten zweiten Evaluation der Maturitätsreform wurden schweizweit die Leistungen von Maturandinnen und Maturanden in unterschiedlichen Bereichen getestet (Eberle et al. 2008). Dabei schnitten Jugendliche, die ein Langzeitgymnasium absolvierten, in fast allen Testbereichen leicht besser ab als diejenigen der Kurzzeitgymnasien. Die Tests haben zudem die bereits in früheren Untersuchungen gewonnene Erkenntnis erhärtet, dass die Maturandinnen bei den Sprachen, die Maturanden hingegen in Mathematik und naturwissenschaftlichen Fächern bessere Leistungen erbringen.
Die Leistungsunterschiede waren grösser, wenn die Schülerinnen und Schüler nach den gewählten Schwerpunktfächern differenziert wurden. Erwartungsgemäss schnitten Lernende mit Schwerpunktfach Physik und angewandte Mathematik in Mathematik und solche mit Schwerpunktfach Biologie und Chemie in Biologie am besten ab. Beim Erstsprachentest erzielten jene mit einer alten Sprache als Schwerpunktfach die besten Resultate, während diejenigen mit einer modernen Sprache auf den mittleren Plätzen rangierten. Gemäss dem Evaluationsbericht erzielten Jugendliche, die eine alte Sprache belegt hatten, über alle Tests hinweg die ausgeglichensten Resultate. Die Lernenden der drei neuen Schwerpunktfächer (Musik, Bildnerisches Gestalten und PPP) wiesen weniger ausgeglichene Ergebnisse auf.

Kanton Luzern mit leicht unterdurchschnittlicher Maturitätsquote

Im Jahr 2009 wurden im Kanton Luzern 918 eidgenössisch anerkannte Maturitätszeugnisse verliehen. Eidgenössisch nicht anerkannte Maturitäten gibt es im Kanton Luzern keine. Die gymnasiale Maturitätsquote betrug 18,7 Prozent und lag 0,7 Prozentpunkte unter dem Schweizer Mittel von 19,4 Prozent. Die gymnasiale Maturitätsquote wird berechnet als Prozentsatz der in einem bestimmten Jahr erteilten gymnasialen Maturitätszeugnisse an der 19-jährigen ständigen Wohnbevölkerung.

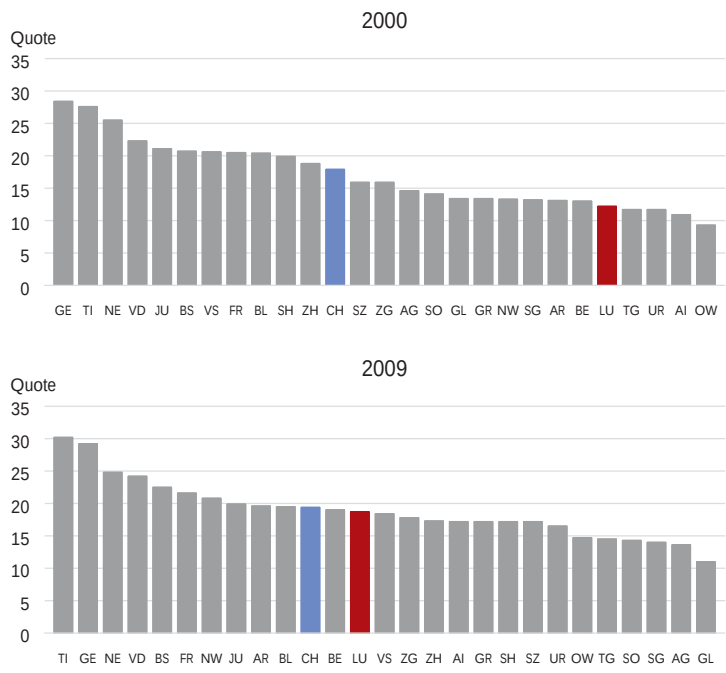
Die Maturitätsquoten sind schweizweit seit den 1980er-Jahren gestiegen

Seit den 1980er-Jahren erhöhte sich die gymnasiale Maturitätsquote in allen Kantonen. Im Kanton Luzern stieg sie überdurchschnittlich stark an und schloss näher an den Schweizer Durchschnitt auf.
Die höchsten gymnasialen Maturitätsquoten verzeichneten im Jahr 2009 die Kantone Tessin (30,2 %), Genf (29,2 %) und Neuchâtel (24,8 %). In der deutschsprachigen Schweiz sind die Maturitätsquoten deutlich tiefer als in den anderen Landesteilen, die höchsten weisen die Kantone Basel-Stadt (22,5 %) und Nidwalden (20,8 %) aus; die niedrigste hat mit 11,0 Prozent der Kanton Glarus. Wie hoch die ideale Maturitätsquote sein soll, ist umstritten. Die Evaluation der Maturitätsreform hat gezeigt, dass in der Schweiz hohe Maturitätsquoten oft mit schlechteren Leistungsergebnissen der Schülerinnen und Schüler einhergehen.

Neuorganisation der Lehrerinnen- und Lehrerbildung ist Hauptursache des jüngsten Anstiegs der gymnasialen Maturitätsquote

Die Zunahme der gymnasialen Maturitätsquote ist bis ins Jahr 2000 mit einer starken Bildungsexpansion zu erklären, zu der auch der Aufholeffekt bei den Mädchen und jungen Frauen beigetragen hat. Für den späteren Anstieg waren zu einem grossen Teil die Reformen der Bildungslandschaft verantwortlich.
So führt seit dem Schuljahr 2003/2004 der Weg zum Lehrberuf im Kanton Luzern nicht mehr über das Lehrerseminar, sondern sieht als Regelfall eine gymnasiale Matura mit anschliessendem Studium an einer Pädagogischen

Abbildung 6.10
Gymnasiale Maturitätsquoten 2000 und 2009
Kantone der Schweiz



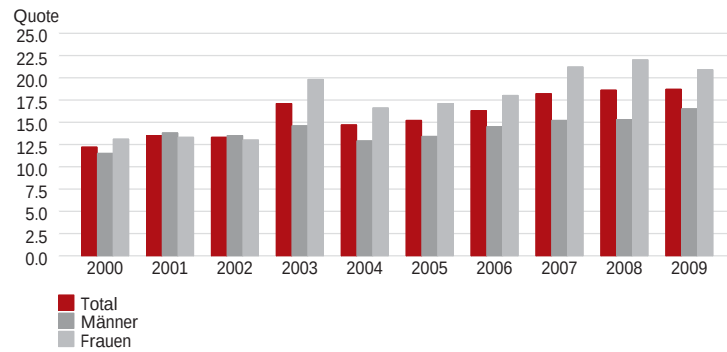
T4K06G10
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS Maturitäten, ESPOP

Hochschule vor. Entsprechend wählen die etwa 120 Schülerinnen und Schüler, die in den letzten Jahren neu in das Lehrerseminar eingetreten waren, den Weg über das Gymnasium. Die kontinuierlich steigende Maturitätsquote begründet sich also neben der weiterhin anhaltenden Bildungsexpansion hauptsächlich durch die Zunahme an Lernenden, die sich mit der Aufhebung des Lehrerinnen- und Lehrerseminars ergab. Dieser Effekt schwächt sich ab und wird ganz entfallen, wenn dieser Prozess abgeschlossen ist.

Berufsmaturität erhöht die Studienberechtigungsquote

Ebenfalls im Zusammenhang mit der Bildungsreform wurde die Berufsmaturität eingeführt, die sich von Beginn weg eines hohen Zuspruchs erfreute. Um die Studienberechtigungsquote international vergleichen zu können, werden diese Abschlüsse in die Berechnung einbezogen. Zur Berechnung der Studienberechtigungsquote werden alle Schulabschlüsse zusammengefasst, die im Laufe eines Jahres erworben werden und zu einem Studienplatz an einer Universität oder Fachhochschule berechtigen.
Auch wenn mit Einführung der Berufsmaturität die Studienberechtigungsquote schweizweit stark angestiegen ist, bleibt sie im internationalen Vergleich relativ tief. So betrug die Schweizer Quote im Jahr 2008 28 Prozent, das Mittel der OECD-Staaten hingegen 60 Prozent. Der Unterschied relativiert sich allerdings vor dem Hintergrund, dass in der Schweiz die Hochschulreife von den abgebenden Schulen, also beispielsweise den Gymnasien, gesichert werden muss. Anders als in andern Ländern führen die aufnehmenden Hochschulen mit wenigen Ausnahmen keine Aufnahmeprüfungen durch. Zudem findet in der Schweiz ein beträchtlicher Teil der tertiären Bildung ausserhalb der Hochschulen statt, zum Beispiel im Bereich der weiterführenden Berufsbildung (BFS 2009d: 10).

Abbildung 6.11
Gymnasiale Maturitätsquoten nach Geschlecht seit 2000
Kanton Luzern



T4K06G11

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Hochschulstatistik

2. Vom Gymnasium an die Universität

Der Weg an eine Hochschule ist nach dem Gymnasium der meist gewählte

Laut Bundesamt für Statistik beginnen schweizweit 92 Prozent aller Inhaberinnen und Inhaber einer gymnasialen Maturität früher oder später ein Studium an einer Hochschule, Fachhochschule oder Pädagogischen Hochschule (Gesamtübertrittsquote). Seit 20 Jahren nehmen regelmässig rund 80 Prozent der Maturandinnen und Maturanden irgendwann ein Studium an einer universitären Hochschule auf. In neuerer Zeit haben die Fachhochschulen und die Pädagogischen Hochschulen auch für Maturandinnen und Maturanden der Gymnasien an Bedeutung gewonnen. Von allen im Jahr 2006 Maturierten haben bis ins Jahr 2009 mehr als drei Viertel (75,9 %) ein Universitätsstudium begonnen, 7,0 Prozent eine Ausbildung für Lehrkräfte an einer Pädagogischen Hochschule und 9,2 Prozent ein Studium an einer Fachhochschule, vorwiegend in den Bereichen Technik, Wirtschaft und Design (zusammen 4,7 %) sowie Gesundheit (4,5 %) (BFS 2009d).

Frauen wählen öfter Lehrgänge ausserhalb der Universitäten

In der Schweiz ist die Übertrittsquote der Frauen an Universitäten gesamthaft rund 15 Prozent niedriger als diejenige der Männer (BFS 2009d: 19). Frauen entscheiden sich nach dem Gymnasium häufiger für Lehrgänge ausserhalb der universitären Hochschulen. Von den 80 Prozent Frauen und Männern mit Maturitätsabschluss, die sich für ein Studium an einer universitären Hochschule entscheiden, schliessen in der Regel 70 Prozent das Studium ab.

Exkursionen und Maturitätsreisen führen auch ins nahe und ferne Ausland (im Bild: Vitra Museum in Weil am Rhein)

Im Kanton Luzern entspricht die Übertrittsquote dem Schweizer Durchschnitt. Es ist also damit zu rechnen, dass von den 918 Luzerner Maturi und Maturae des Jahres 2009 rund 700 irgendwann ein Universitätsstudium und etwa 150 ein Studium an einer Pädagogischen Hochschule oder einer Fachhochschule abschliessen werden.

Vier von zehn Maturi und Maturae beginnen noch im Maturajahr ein Studium

Die Sofortübertrittsquote, also der Anteil derjenigen Personen, die das Studium im gleichen Jahr beginnen, in dem sie die Maturität erlangt haben, lag 2009 schweizweit bei 41 Prozent. Die Sofortübertrittsquote wird durch verschiedene Rahmenbedingungen beeinflusst. In den Kantonen, in denen die Maturitätsprüfungen – wie im Kanton Luzern – im Frühling oder Frühsommer durchgeführt werden, ist die Soforteintrittsquote höher als in jenen, wo die Prüfungen im Herbst stattfinden. Das neue Reglement der Armee XXI, das den Beginn respektive das Ende der Rekrutenschule neu terminierte, hatte ebenfalls einen Einfluss auf die Sofortübertrittsquote.

Zürich ist für Luzernerinnen und Luzerner der beliebteste Studienort

Im Herbstsemester 2009/2010 waren an Schweizer Universitäten 4'584 Studentinnen und Studenten eingeschrieben, die vor Studienbeginn ihren Wohnsitz im Kanton Luzern hatten. Früher studierten junge Menschen aus dem katholischen Kanton Luzern häufig an der Universität im ebenfalls katholischen Kanton Freiburg. Inzwischen hat für Luzerner Studierende die Bedeutung dieser Universität deutlich abgenommen; im Herbstsemester 2009/2010 waren 6,8 Prozent der Luzerner Studierenden an der dortigen Universität eingeschrieben (2000: 12,8 %). 38 Prozent der Studentinnen und Studenten aus dem Kanton Luzern hatten als Studienort Zürich gewählt, 21 Prozent studierten in Bern und 16 Prozent an der Uni Basel. An der Universität St. Gallen waren fast 200 Luzernerinnen und Luzerner (4,2 %) immatrikuliert. Dank der Errichtung und des Ausbaus der Universität Luzern blieben bereits 15 Prozent für das Studium im Kanton Luzern, 11 Jahre zuvor waren es noch 2 Prozent gewesen, ohne dass damit die Anzahl der Studierenden an den meisten anderen Universitäten zurückgegangen wäre.

Je nach Bildungsprofil andere Präferenzen bei der universitären Studienrichtung

Je nach Wahl des gymnasialen Schwerpunktfaches zeigen sich gewisse Präferenzen bei der Wahl des universitären Studienfachs. Lernende, die am Gymnasium eine neue Sprache als Schwerpunktfach gewählt hatten, studierten häufig Sprachwissenschaften (11 %), Sozialwissenschaften (16 %), oder Medizin (21 %). Vergleichsweise selten studierten sie Naturwissenschaften oder Mathematik, in diesen Fällen war ihr gymnasiales Schwerpunktpunktfach häufiger eine alte Sprache als eine moderne Sprache gewesen.
Lernende mit dem Fokus Physik und angewandte Mathematik belegten an den Hochschulen häufig die Fächer Mathematik oder Informatik (24 %), Ingenieurwissenschaften (22 %) oder Naturwissenschaften (16 %). Von angehenden Medizinern und Medizinerinnen sowie Naturwissenschaftern und Naturwissenschafterinnen wurden als gymnasiale Schwerpunktfächer häufig Biologie und Chemie (37 %) belegt. Der Schwerpunkt Wirtschaft und Recht zog ebenfalls meist ein entsprechendes Studium nach sich (25 %). Lernende mit Schwerpunkt Philosophie/Pädagogik/Psychologie entschieden sich verhältnismässig häufig für ein sozialwissenschaftliches Fach (41 %), oft wählen sie aber auch ein nichtuniversitäres Studium (EDK 2005: 124).

Im Verhältnis wenig Doktorate an ehemalige Luzerner Gymnasiastinnen und Gymnasiasten

Im Jahr 2009 haben 959 Studentinnen und Studenten, die vor Studienbeginn in Luzern gewohnt und wahrscheinlich auch ein Luzerner Gymnasium besucht hatten, ein Studium abgeschlossen. 191 beendeten das Studium mit einem Lizenziat, 234 mit einem Master- und 449 mit einem Bachelorabschluss. Weitere 85 Personen erwarben einen Doktortitel.

Luzerner und Luzernerinnen doktorieren im Vergleich zu andern Kantonsangehörigen etwas weniger häufig. Während im Jahr 2009 4,2 Prozent von allen in der Schweiz der verliehenen Lizenziaten und 3,6 Prozent der Mastertitel an Personen gingen, die vor dem Studium in Luzern gewohnt hatten, betrug dieser Anteil bei den Doktoraten 2,5 Prozent. Die noch junge Universität Luzern verlieh 0,5 Prozent aller Doktorate in der Schweiz. Am häufigsten erwerben die Studierenden aus Luzern ein Doktorat in Bern (2009: 28) oder in Zürich (Universität 2009: 19; ETH 2009: 15).

D SYNTHESE

Lernendenzahlen

Aktuell besuchen rund 5'700 Jugendliche ein Gymnasium im Kanton Luzern. Etwa 18 Prozent aller Primarschülerinnen und Primarschüler treten nach der 6. Klasse ins Langzeitgymnasium ein, also etwa 750. Seit 1999 steht auch der Weg über die Sekundarschule ins Kurzzeitgymnasium offen. Dieser Bildungsweg hat sich schnell etabliert. Jährlich wählen ihn derzeit etwa 340 bis 400 Jugendliche. Inzwischen lernen auf der nachobligatorischen Sekundarstufe II etwa 1'900 Jugendliche im Langzeit- und 1'100 im Kurzzeitgymnasium.

Erwartete Entwicklungen

Nach einem Jahrzehnt der generellen Zunahme an den Gymnasien, die sich vor allem aus dem neuen Zustrom an die Kurzzeitgymnasien ergeben hat, wird sich bis 2012 der heutige Stand halten. Danach wird sich der Bestand bis 2018 auf etwa 5'000 zurückbilden. Im Zuge der demografischen Entwicklung setzt danach ein erneutes Wachstum ein. Der Höchststand von rund 5'750 Lernenden wird im Jahr 2034 wieder das heutige Niveau erreichen. Im Szenario „Expansion" könnten es hingegen bis 6'500 Lernende werden.

Geschlechterverhältnis

Bei den Langzeitgymnasien ist die Übertrittsquote der Mädchen aufgrund des Nachholbedarfs von 8 Prozent im Jahr 1978 auf 19 Prozent im Jahr 2009 angestiegen. Im Schuljahr 2009/2010 waren 53,5 Prozent der Lernenden auf Sekundarstufe I an den Luzerner Gymnasien weiblich. Mit der Verschiebung der Lehrerausbildung auf die Tertiärstufe hat sich der Frauenanteil an den Gymnasien der Sekundarstufe II auf 58,1 Prozent erhöht.

Ausländeranteil

Jugendliche ausländischer Nationalität treten seltener in ein Gymnasium ein als Jugendliche mit Schweizer Pass. Im Jahr 2009 wechselten gut 20 Prozent der Schweizer Mädchen und Knaben nach der 6. Primarklasse ans Gymnasium. Die Übertrittsquote bei ausländischen Jugendlichen betrug 8 Prozent. Der Ausländeranteil an den Luzerner Gymnasien beträgt rund 7 Prozent.

Fächerwahl

Wirtschaft und Recht ist das am häufigsten gewählte Schwerpunktfach (25 %), gefolgt von Biologie und Chemie (19 %). Alte Sprachen wählten 4 Prozent und moderne Sprachen 12 Prozent, deutlich weniger als im Schweizer Mittel. Seit der Maturitätsreform können Bildnerisches Gestalten, Philosophie/Pädagogik/Psychologie und Musik als Schwerpunktfächer gewählt werden, was 29 Prozent der Schülerinnen und Schüler tun.

Maturitäten

Im Jahr 2009 wurden im Kanton Luzern 918 eidgenössisch anerkannte gymnasiale Maturitätszeugnisse verliehen. Die gymnasiale Maturitätsquote lag bei 18,7 Prozent, 0,7 Prozentpunkte unter dem Schweizer Mittel (19,4 %). Seit den 1980er-Jahren stieg die gymnasiale Maturitätsquote in allen Kantonen an, im Kanton Luzern überdurchschnittlich stark.

Lehrkräfte

Das Lehrkräftevolumen an den öffentlichen Luzerner Gymnasien beträgt rund 500 Vollzeitäquivalente, eines pro 11,4 Lernende. Bei den Lehrpersonen unter 30 Jahren ist der Frauenanteil 71 Prozent, ab 50 Jahren gut ein Viertel. Da ab 2018 der Schülerbestand in den Gymnasien wieder ansteigen dürfte, wird sich auch der Lehrkräftebedarf ausweiten. Im Jahr 2034 müssten je nach Szenario zwischen 500 und 560 Vollzeitstellen verfügbar sein.

IV. Teil

DIE HÖHERE BILDUNG

7. KAPITEL Fachhochschule 209
8. KAPITEL Pädagogische Hochschule 243
9. KAPITEL Universität 265
10. KAPITEL Höhere Berufsbildung und Weiterbildung 297

Ein Standort der Hochschule Luzern beim Bahnhof

7. KAPITEL

FACHHOCHSCHULE

A DIE FACHHOCHSCHULLANDSCHAFT

1. Fachhochschule – ein neuer Hochschultypus
2. Fachhochschule Zentralschweiz: „Hochschule Luzern“
3. Datengrundlage und Abgrenzungen

B ANGEBOTE DER HOCHSCHULE LUZERN

1. Die Ausbildung an der Hochschule Luzern
2. Zulassung zur Ausbildung
3. Weiterbildungen an der Hochschule Luzern
4. Angewandte Forschung und Entwicklung und die Dienstleistungen

C STUDIERENDE, MITARBEITENDE UND FINANZIERUNG

1. Studierende
2. Studienerfolg, Diplome und Berufslaufbahn
3. Personal der Hochschule Luzern
4. Finanzierung

D SYNTHESE

A DIE FACHHOCHSCHULLANDSCHAFT

1. Fachhochschule – ein neuer Hochschultypus

Die Gründung von Fachhochschulen in der Schweiz führte zu einer Aufwertung des beruflichen Bildungsweges. Denn die Fachhochschulen erschliessen einem erweiterten Personenkreis den Zugang zu einer Hochschulbildung, indem sie eine praxisnahe Ausbildung auf Hochschulniveau anbieten.
In der Schweiz gibt es sieben öffentlich-rechtliche Fachhochschulen und zwei private Fachhochschulen. Die öffentlich-rechtlichen Fachhochschulen sind: HES Suisse occidentale (HES-SO), FH Ostschweiz (FHO), SUP della Svizzera italiana (SUPSI), FH Nordwestschweiz (FHNW), Zürcher FH (ZFH), Berner FH (BFH) und die FH Zentralschweiz (FHZ). Ihnen gesellen sich als private Institutionen die Kalaidos-Gruppe und die Fachhochschule Les Roches-Gruyère zu; der Marktanteil dieser beiden privaten Fachhochschulen liegt aber in der Grundausbildung bei wenigen Prozenten, ohne Forschung und Entwicklung, Weiterbildung und Dienstleistungen. Der Fokus der Betrachtung liegt im Folgenden auf den öffentlich-rechtlichen Fachhochschulen.
Im Unterschied zu den Universitäten mit ihrer Orientierung an der Grundlagenforschung sind Fachhochschulen in Lehre und Forschung berufsfeld- und praxisorientiert. Die Fachhochschulen sollen, so die Formel bei ihrer Schaffung, „gleichwertig, aber andersartig" als die Universitäten sein. Anders als die Universitäten zeichnen sich die Fachhochschulen durch ein geringeres Abstraktionsniveau und eine weniger strikt wissenschaftliche Orientierung aus. Gleichwertig sollen sie durch den Anspruch auf höchstes Leistungsniveau sein. Die Gleichwertigkeit drückt sich darin aus, dass an den Fachhochschulen bis auf das Doktorat gleiche Titel erlangt werden können wie an den Universitäten.

Bachelor- und Masterstudiengänge

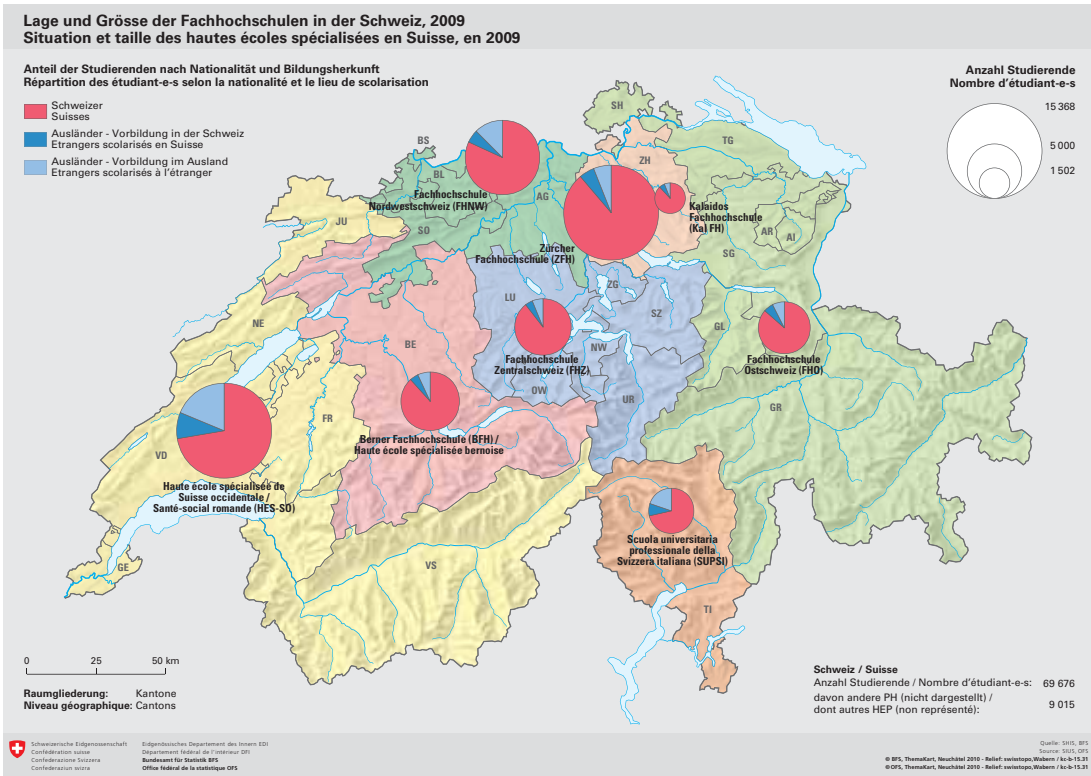
Im Zuge der Bologna-Reform wurden bei den Universitäten und bei den Fachhochschulen die Bachelor- und Mastertitel eingeführt. Schweizweit bieten die Fachhochschulen rund 300 praxisbezogene Studiengänge an, die zu einem eidgenössisch anerkannten Bachelor- oder Masterabschluss führen. Bachelorstudiengänge dauern in der Regel drei Jahre. Sie vermitteln den Studierenden das zur Berufsbefähigung erforderliche Fachwissen, aber auch Methoden- und Sozialkompetenz. Im Anschluss an Bachelorstudiengänge können Masterstudiengänge absolviert werden, die in durchschnittlich drei bis vier Semestern zu fachlichen Spezialisierungen auf wissenschaftlicher Grundlage führen.

Der Übergang von den bisherigen Fachhochschuldiplomen zu den Bachelortiteln im Laufe des letzten Jahrzehnts markierte eine erste Phase der Bologna-Reform. Mit der Bewilligung von 81 Masterstudiengängen im Dezember 2007 durch das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement wurde an den Fachhochschulen eine nächste Phase der Bologna-Reform eingeleitet. Die Masterstudien befinden sich gegenwärtig in der Einführungsphase, während die Ablösung der Fachhochschuldiplome durch die Bachelortitel weitgehend vollzogen ist.
Regelabschluss an den Fachhochschulen soll der Bachelor bleiben. Wie viele Studierende dereinst nach dem Bachelorabschluss ein Masterstudium folgen lassen, ist noch nicht absehbar. Im Jahr 2008 lag die Übertrittquote bei 16 Prozent. Es wird davon ausgegangen, dass in Zukunft nach dem Bachelorabschluss etwa ein Fünftel der Studierenden ein Masterstudium in Angriff nimmt. Dieses Verhältnis wird jedoch je nach Fachrichtung sehr schwanken und auch vom Arbeitsmarkt mitbestimmt werden.

Der erweiterte Leistungsauftrag der Fachhochschulen

Gemäss Fachhochschulgesetz des Bundes haben die Fachhochschulen einen „erweiterten Leistungsauftrag" zu erfüllen. Er umfasst 1) die Ausbildung

Abbildung 7.1
Lage und Grösse der Fachhochschulen in der Schweiz 2009
Schweiz



BFS THEMAKART / RELIEF SWISSTOPO
Datenquelle: BFS / SHIS

– der ursprüngliche Leistungsauftrag, 2) die Weiterbildung, 3) die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung, 4) Dienstleistung zugunsten Dritter. Zudem fordert das Fachhochschulgesetz die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen im In- und Ausland. Die Ergebnisse der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung sollen in die Lehre einfliessen und so den Bezug zur Wissenschaft stärken. Auf der andern Seite soll durch die Dienstleistungen der Bezug zur Praxis gewährleistet sein, und umgekehrt wiederum sollen auf diese Weise wissenschaftliche Erkenntnisse für Praxisanwendungen in Unternehmen schnell zugänglich und für diese nutzbar gemacht werden. Damit leisten die Fachhochschulen einen Innovationsbeitrag für die Wirtschaft und helfen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Wie für die Ausbildung gilt auch für den Auftrag der Weiterbildung, dass sie auf den Kompetenzen der übrigen Leistungsaufträge aufzubauen hat. Wiederum unterstützt die Weiterbildung für erfahrene Berufsleute umgekehrt den Praxis- und Wissenschaftsbezug der Dozentinnen und Dozenten.

Das Fachhochschulgesetz hält fest, dass der Wettbewerb für alle Dienstleistungen, die gleichwertig auch von der Privatwirtschaft erbracht werden könnten, nicht verfälscht werden darf. Konkret bedeutet dies, dass die Fachhochschulen ihre Dienstleistungen für Dritte zu vollen Kosten verrechnen müssen. Diese Regel gilt grundsätzlich auch für Weiterbildungen.

2. Fachhochschule Zentralschweiz: „Hochschule Luzern“

Die Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ) tritt seit 2007 unter dem Marketingnamen Hochschule Luzern (HSLU) auf; er wird im Text mehrheitlich so übernommen. Die Fachhochschule Zentralschweiz beruht rechtlich auf einem seit 2001 von den Kantonen Luzern, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, Uri und Zug getragenen Konkordat. Politisch wird die Fachhochschule vom Konkordatsrat geleitet, der sich aus den Bildungsdirektoren der Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden sowie dem Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Zug zusammensetzt. Die strategische Führung obliegt dem Fachhochschulrat. Die Hochschule Luzern fasst fünf Teilschulen zusammen: Design & Kunst, Musik, Soziale Arbeit, Technik & Architektur und Wirtschaft. Bis Ende 2010 wird jede dieser Teilschulen durch ein eigenes Rektorat geführt. Ab 2011 werden sie im Rahmen des Reorganisationsprojektes „Crescendo“ unter einem gemeinsamen Rektorat zusammengefasst. Danach werden die Teilschulen als Departemente der Hochschule Luzern mit einer Departementsleitung geführt, während das Rektorat zusammen mit der aus den Departementsleitern zusammengesetzten Hochschulleitung für das operative Geschäft verantwortlich sein wird. Schon heute werden Dienste wie Informatik oder Controlling zentral geführt. Die beiden umsatzmässig grössten Einheiten der Hochschule Luzern sind Technik & Architektur mit fast 34 Prozent und Wirtschaft mit 28 Prozent. Die drei andern Teilschulen teilen mit Umsatzanteilen von je rund 12 bis 13 Prozent das dritte Drittel (Abb. 7.2).

Vierfacher Leistungsauftrag an allen Teilschulen

Wie vom Fachhochschulgesetz vorgegeben, gilt der vierfache Leistungsauftrag für alle fünf Teilschulen der Hochschule Luzern. Das heisst, in allen Fachbereichen gefordert sind praxisorientierte Ausbildung und Weiterbildung auf Tertiärniveau, anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung, Dienst-

leistungen sowie die Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen und mit der Praxis. Der grösste Teil des Umsatzes entfällt (im Jahr 2009) mit rund 63 Prozent auf die Ausbildung (Bachelor und Master). Danach folgen die Forschung mit 18,4 Prozent, die Weiterbildung mit 12,2 Prozent und die Dienstleistungen (Abb. 7.4).

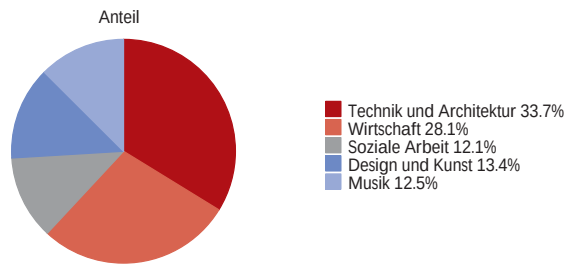
Neue gesetzliche Grundlage beim Bund

Zurzeit bearbeitet das Parlament des Bundes einen Vorschlag für das Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG). Das Gesetz soll die Förderung und Koordination der Fachhochschulen neu regeln. Welche Auswirkungen das HFKG auf die Hochschule Luzern haben wird, ist heute noch schwer abzuschätzen.

Reformen für die Hochschule Luzern

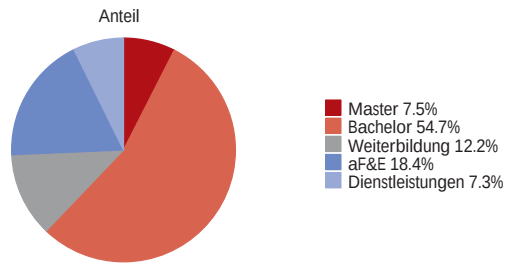
Die Hochschule Luzern arbeitet im Jahr 2010 selbst an ihrer Struktur weiter. Die Parlamente der Konkordatskantone befinden voraussichtlich im Jahr 2011 über eine neue Rechtsgrundlage, die den Handlungsspielraum der Hochschule stärken soll. Ab Anfang 2011 treten organisatorische Neuerungen in Kraft, welche die Koordination der verschiedenen Fachrichtungen vereinfachen werden.

Abbildung 7.2
Anteil pro Teilschule am Kostenvolumen 2009
Zentralschweiz



T4K07G17
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: Fachhochschule Zentralschweiz

Abbildung 7.3
Anteil pro Leistungsauftrag am Kostenvolumen 2009
Zentralschweiz



T4K07G18
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: Fachhochschule Zentralschweiz

3. Datengrundlage und Abgrenzungen

Datenquellen

Die verwendeten Daten sind den folgenden Quellen entnommen:

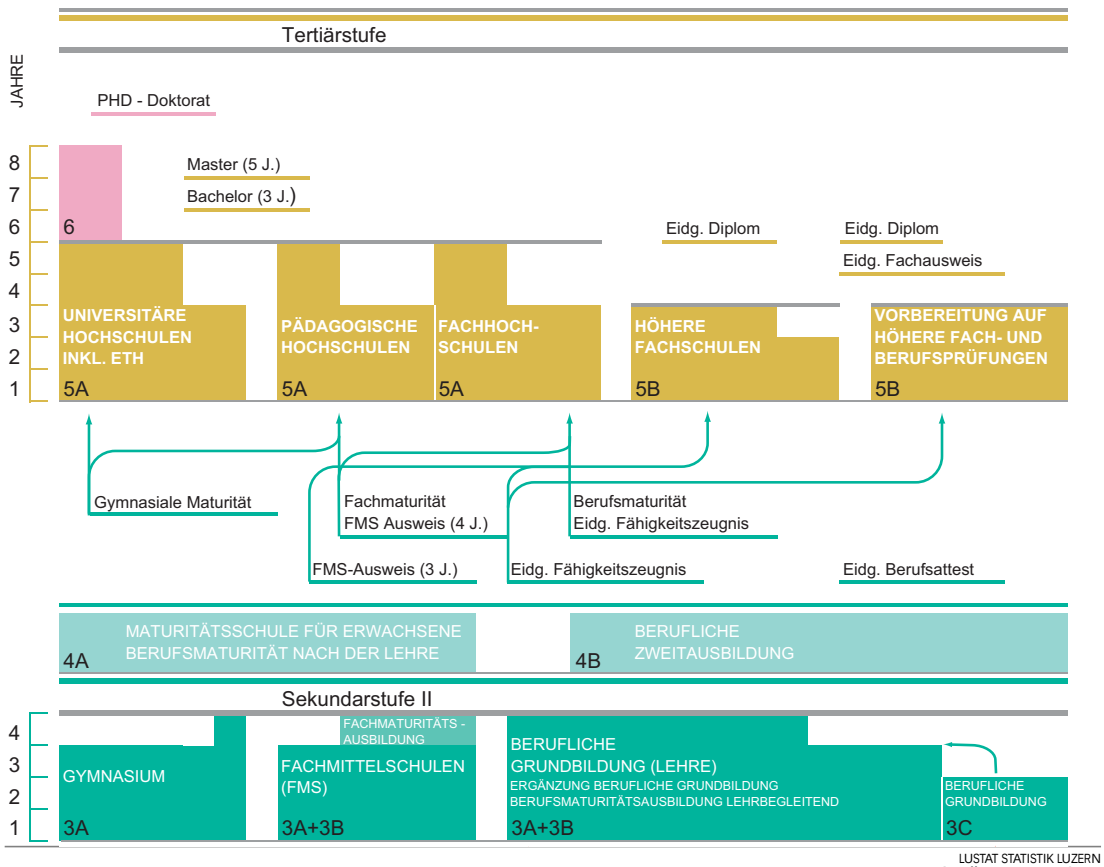
- Bundesamt für Statistik: Schweizerisches Hochschulinformationssystem für die Studierenden, die Abschlüsse, die Maturitätsquoten, das Hochschulpersonal und die Absolventenbefragung.
- Die Prognosen basieren auf den Bildungsszenarien des Bundes.
- Bundesamt für Berufsbildung und Technologie für Finanzkennzahlen.

Der Rückgriff auf die Statistikquellen des Bundes erlaubt auf einheitlichen Definitionen basierende gesamtschweizerische Vergleiche und Vergleiche zwischen den Hochschulen.
Als weitere Quelle dienen statistische Daten der Hochschule Luzern.

Abgrenzung

Dieses Kapitel enthält auch Analysen zum Weiterbildungssektor auf Fachhochschulniveau. Der Weiterbildungssektor ausserhalb der Hochschulen ist Gegenstand des Kapitels 10.

Abbildung 7.4
Die Einbettung der Fachhochschulen im Bildungssystem (Gesamtdarstellung vgl. Kapitel 2)
Kanton Luzern



LUSTAT STATISTIK LUZERN
Quelle: EDK – LUSTAT

B ANGEBOTE DER HOCHSCHULE LUZERN

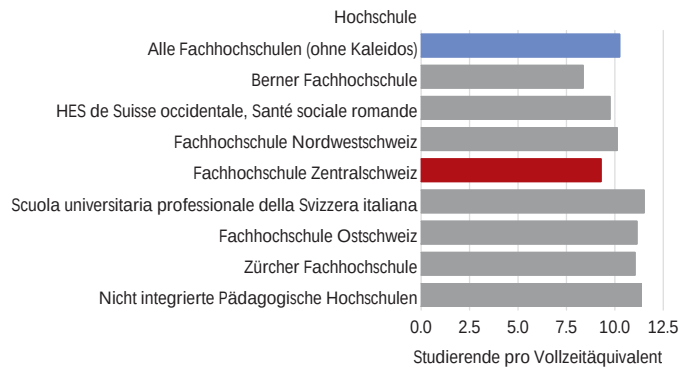
1. Die Ausbildung an der Hochschule Luzern

Die Hochschule Luzern bietet Bachelor- und Masterstudiengänge in den Bereichen Technik, Architektur, Wirtschaft, Informatik, Soziale Arbeit, Design, Kunst und Musik an. Durch die Zusammenarbeit unter den Fachbereichen befinden sich darunter innovative Ausbildungsangebote mit in der Schweiz einzigartigen interdisziplinären Studiengängen wie dem Bachelor in Design Management oder Wirtschaftsingenieur/Innovation. Im Gegensatz zur universitären Ausbildung herrscht an der Fachhochschule nicht ein vorlesungsorientierter, sondern ein seminaristischer Unterrichtsstil vor. Die Arbeit in Klassenverbänden oder Gruppen erlaubt eine praxisnahe Gestaltung der Unterrichtsinhalte und -methoden. Im Durchschnitt aller Fachhochschulen trifft es auf ein Vollzeitäquivalent in der Lehre rund zehn Studierende (10,3). An der Berner Fachhochschule sind es am wenigsten mit 9,3 Studierenden, gefolgt von der Hochschule Luzern mit 9,8 (Abb. 7.5).

Etabliertes Bachelorangebot

Insgesamt strebten im Jahr 2009 rund 3'800 Studierende einen Bachelortitel an. Die Studiengänge mit den höchsten Studierendenzahlen sind in Studienrichtungen aufgeteilt, sodass die Studierenden ihr Profil nach ihren Neigungen und den Anforderungen des Arbeitsmarktes differenzieren können. Der Studiengang Betriebsökonomie beispielsweise kennt die Studienrichtungen Controlling & Accounting, Finance & Banking, Kommunikation & Marketing, Immobilien, Management & Law, Public Management & Economics und Tourismus & Mobilität. Der Studiengang Soziale Arbeit gliedert sich in die Richtungen Sozialarbeit und Soziokultur, wobei weitere Spezialisierungen möglich sind. In der Musik gibt es die Profile Klassik und Jazz, die Informatik unterscheidet die Richtungen Software Systems, ICT Business Solutions. Einen Überblick über alle Studiengänge zeigt Tabelle 7.1.

Abbildung 7.5
Anzahl Studierende im Grundstudium auf ein Vollzeitäquivalent der Lehre im Grundstudium 2008
Schweiz



T4K07G15
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Studierende und Personal an schweizerischen Hochschulen

Masterangebot im Aufbau

Bachelor-Absolventen von Fachhochschulen, Universitäten oder Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH) können ihr Studium an der Hochschule Luzern fortsetzen. Die sogenannten konsekutiven Master – sie sind von den Weiterbildungsmastern zu unterscheiden, siehe unten – verbinden praxisrelevante Inhalte mit solider wissenschaftlicher Forschung.

Tabelle 7.1

Studiengänge an der Fachhochschule Zentralschweiz 2009

Kanton Luzern

Studiengang	Total	davon in Prozent			Studiengang		
		Frauen	Ausländer/innen	Wohnort ausserkantonal	Diplom/ Bachelor	Master	Weiterbildung
Alle Studiengänge	**5 357**	**39,8**	**10,5**	**73,4**	**3 826**	**559**	**972**
Diplom-, Master- und Bachelorstudiengänge							
Architektur	212	30,2	9,4	72,6	212	—	—
Bauingenieurwesen	95	11,6	10,5	65,3	95	—	—
Engineering Bau & Planung	7	—	—	100,0	—	7	—
Elektrotechnik	164	1,2	4,9	53,7	164	—	—
Informatik	267	4,9	10,1	59,2	267	—	—
Maschinentechnik	202	3,0	4,5	57,4	202	—	—
Wirtschaftsingenieurwesen	169	11,2	14,8	65,7	169	—	—
Wirtschaftsinformatik	54	11,1	5,6	50,0	54	—	—
Gebäudetechnik	134	3,0	5,2	74,6	134	—	—
Engineering Technik und IT	18	11,1	22,2	88,9	—	18	—
Betriebsökonomie	1 370	45,7	11,0	69,1	1 245	125	—
Banking and Finance	45	11,1	22,2	75,6	—	45	—
Soziale Arbeit	613	70,5	4,9	78,0	605	8	—
Visuelle Kommunikation	175	53,7	4,6	86,9	175	—	—
Produkt- und Industriedesign	123	77,2	8,1	85,4	123	—	—
Innenarchitektur	26	88,5	—	84,6	26	—	—
Design	54	51,9	31,5	87,0	—	54	—
Bildende Kunst	95	67,4	11,6	78,9	47	48	—
Vermittlung von Kunst und Design	60	83,3	1,7	85,0	60	—	—
Musikpädagogik	97	46,4	11,3	81,4	—	97	—
Musik und Bewegung	21	100,0	4,8	85,7	21	—	—
Musik	384	49,7	29,4	87,5	227	157	—
Weiterbildung							
Eng. Bau & Planung - zentale Module	18	22,2	5,6	88,9	—	—	18
Eng. Tech., IT, zentrale Module	38	5,3	10,5	55,3	—	—	38
Wirtschaft und Dienstleistungen	659	23,7	9,6	75,7	—	—	659
Soziale Arbeit	216	67,6	7,4	83,8	—	—	216
Design	41	58,5	4,9	80,5	—	—	41

T4K07T01

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BFS / SHIS, Studierende und Abschlüsse der schweizerischen Hochschulen inklusive Standort Zug

Aktuell bietet die Hochschule Luzern in der Ausbildung folgende Masters of Arts und Masters of Science an:

- Architecture (Kooperation mit FHNW)
- Banking and Finance (Kooperation mit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW)
- Business Administration (Major in Business Development and Promotion, Major in Public and Nonprofit Management, Major in Tourism)
- Design (Major in Animage, Major in Product Design & Management)
- Engineering (Kooperation der Schweizer Fachhochschulen)
- Fine Arts (Major in Art Teaching, Major in Art in Public Spheres)
- Music (u. a. Major Performance, Major Orchester, Major Contemporary Art Performance)
- Musikpädagogik
- Soziale Arbeit (Kooperation mit BFH, FHS und ZHAW)

Wie die Auflistung zeigt, gibt es zahlreiche Kooperationsangebote. Vernetzung der Fachhochschulen beim Aufbau der Masterstudiengänge wurde von der bewilligenden Behörde, dem Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT, ausdrücklich gewünscht. Die Kooperationspartner sollten damit ihre Stärken vertiefen und in den Studiengang einbringen.

An der Hochschule Luzern – Musik werden nicht nur Studierende ausgebildet, die Schule ist auch eine bedeutende Konzertveranstalterin der Zentralschweiz

In Vollzeit, Teilzeit oder berufsbegleitend studieren

Die Studiengänge an der Hochschule Luzern sind modular und flexibel aufgebaut. Bachelor- wie Masterstudium können in Vollzeit oder in Teilzeit absolviert werden, für das Bacholorstudium bietet die Hochschule Luzern als dritte Möglichkeit einen berufsbegleitenden Modus an.
Gleich wie an den Universitäten sind die Abschlüsse gemäss dem European Credit Transfer System (ECTS) organisiert. Rund 30 studentische Arbeitsstunden ergeben nach entsprechendem Leistungsausweis 1 Credit. Mit total 180 ECTS-Punkten respektive 5'400 Arbeitsstunden wird der Bachelorabschluss, mit 90 ECTS oder 2'700 Arbeitsstunden der Masterabschluss erreicht. Im Vollzeitstudium werden pro Semester 30 Credits vergeben, sodass das Vollzeit-Bachelorstudium in der Regel sechs Semester dauert. Aufgrund der modularisierten Studiengänge kann das Studium aber in den meisten Fällen über eine längere Dauer und mit einer geringeren Intensität verfolgt werden. Dies erlaubt den Studierenden neben dem Studium eine teilzeitliche Erwerbs- und/oder Familienarbeit.
Vor allem in den stärker belegten Studiengängen bietet die Hochschule Luzern als dritte Möglichkeit das berufsbegleitende Studium an, bei dem vorwiegend an Abenden und Samstagen unterrichtet wird. Es dauert in der Regel acht Semester, und die Studierenden müssen in Teilzeit einer beruflichen Tätigkeit nachgehen, die mit dem Studium in Verbindung steht. Im Gegenzug wird ein Teil der Ausbildung mit dieser Berufstätigkeit verknüpft und beim Nachweis genügender Leistung als ECTS-Punkte angerechnet.

Module mit klaren Zielen

Mit der Bologna-Reform wurde die Ausbildung in Module gegliedert. Module sind in sich geschlossene Einheiten, die die Studierenden zu klar definierten Ausgangskompetenzen führen sollen. Wie diese Ziele zu erreichen sind, hängt von den ebenfalls definierten Eingangskompetenzen der Studierenden und von den Lernzielen selbst ab. Typisch für die Fachhochschule ist, dass die Lernziele regelmässig über reine Wissensziele hinausgehen und prägnante Kompetenzziele enthalten, die sich nach den beruflichen Anforderungen richten.

Jedes Semester Lernnachweise

Die Modularisierung nach Bologna erfordert von jedem Modul nach jedem Semester einen sogenannten Leistungsnachweis. Dies kann eine mündliche oder schriftliche Prüfung sein, in einigen Fällen ist dies auch eine Arbeitsprobe oder eine andere studentische Leistung, die geeignet ist, den Lernerfolg der Studierenden sichtbar zu machen. Dies erlaubt eine relativ hohe, dem Ziel einer berufspraktischen Ausbildung entsprechende Flexibilität bei der Förderung und Selektion der Studierenden.
Da die Module semesterweise abgeschlossen werden, können Studierende Auslandaufenthalte an anderen Fachhochschulen einfacher organisieren als mit den früheren Regelungen. Studierende aus dem Ausland können schon nach einem Jahr ECTS-Punkte an ihre Heimhochschule mitbringen.
In bestimmten Studiengängen bilden die ersten beiden Semester eine sogenannte Assessmentstufe. Erst wenn diese bestanden ist, kann das Studium in höheren Semestern fortgesetzt werden. Diese Assessmentstufe bildet vor allem im Studiengang Betriebsökonomie eine Hürde, die von vielen Studierenden nicht überwunden wird. Rund 25 Prozent aller Studierenden kommen hier nicht über die Assessmentstufe hinaus. In anderen Studiengängen liegt dieser Wert bei geschätzten 5 bis 10 Prozent.

Arbeiten für die Praxis

Die starke Praxisorientierung der Fachhochschule zeigt sich auch daran, dass studentische Arbeiten für die Praxis erstellt werden. Teilweise finden die Studierenden die Problemstellungen und Auftraggeber selbst, teilweise werden diese durch dafür eingerichtete Transferstellen vermittelt. Vorwiegend in den Bereichen Technik & Architektur und Wirtschaft erstellen die Studierenden im Laufe ihrer Ausbildung mehrmals Arbeiten, die Antworten auf real existierende Fragen in der Praxis geben. Dadurch wird einerseits praxisrelevantes Lernen erreicht, andererseits entsteht konkreter Nutzen für die Wirtschaft oder für die öffentliche Hand. Von der Hochschule Luzern werden jährlich Hunderte von Businessplänen, Problemlösungen, Prototypen oder Analysen erstellt.

2. Zulassung zur Ausbildung

Eine weiterführende praxisorientierte Ausbildung auf Hochschulniveau soll in erster Linie die talentiertesten Absolventinnen und Absolventen des berufspraktischen Weges ansprechen. Zu diesem Zweck wurde die Berufsmaturität eingeführt; sie gilt als Königsweg zur Fachhochschule. Es entspricht aber zudem der bildungspolitischen Absicht, dass der Zugang zu den Fachhochschulen auch über andere Wege möglich ist.

Zulassung zum Bachelorstudium

Im Jahr 2009 wurde mehr als die Hälfte der Studierenden aufgrund einer Berufsmaturität in das Bachelorstudium aufgenommen. Ein weiteres Viertel trat mit einer gymnasialen Maturität oder einem Primarlehrdiplom ein. Absolventen und Absolventinnen von Berufsmaturitäten des passenden Fachgebiets werden ohne weitere Bedingungen zum Bachelorstudium zugelassen. Im Fall von fachfremden Berufsmaturitäten oder bei gymnasialen Maturitäten müssen Studienbewerber und Studienbewerberinnen ein Jahr Berufspraxis in ei-

Tabelle 7.2
Studierende an der FHZ nach Zulassungsberechtigung und Studienrichtung 2009
Kanton Luzern

Studienberechtigung	Total	Fachbereich						
		Architektur, Bauwesen	Technik, IT	Wirtschaft, Dienstleistung	Soziale Arbeit	Design	Bildende Kunst	Musik
Insgesamt	**4 385**	**314**	**954**	**1 469**	**613**	**378**	**155**	**502**
Gymnasiale Maturität	1 031	45	111	244	148	161	85	237
Primarlehrdiplom	75	...	4	2	25	19	13	12
Berufs-, Fachmaturität	2 383	221	699	1 040	230	103	18	72
Fachhochschule	109	2	30	44	26	3	4	...
Diplommittel-, Fachschule	118	5	3	6	73	18	3	10
Eidg. Fähigkeitszeugnis, SRK	122	3	3	5	53	31	13	14
Volle Aufnahmeprüfung	129	16	51	5	1	12	8	36
Ohne Aufnahmeprüfung	67	8	4	13	42	...	...	...
Ausländischer Ausweis	351	14	49	110	15	31	11	121

T4K07T02 LUSTAT STATISTIK LUZERN

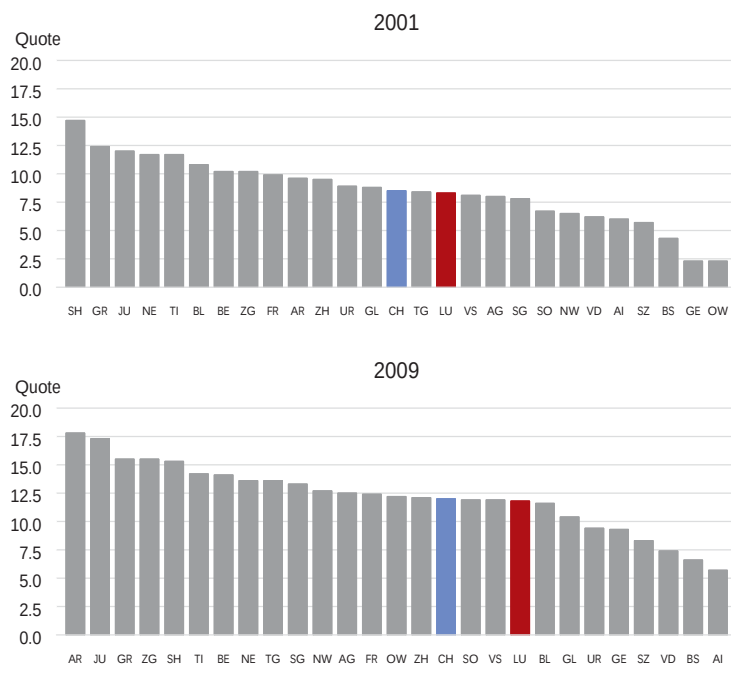
Datenquelle: BFS / SHIS, Studierende und Abschlüsse der schweizerischen Hochschulen

inklusive Standort Zug

ohne Weiterbildung

nem einschlägigen Arbeitsfeld nachweisen können. Zudem können Interessierte ohne Maturitätsabschluss, aber mit längerer Berufspraxis, über eine spezielle Aufnahmeprüfung zugelassen werden. In der Praxis ist der Zugang je nach Fachrichtung recht unterschiedlich. Während bei den technischen und wirtschaftlichen Fächern die Berufslehre mit Berufsmaturität vorherrscht, werden in den musischen, gestalterischen, künstlerischen und sozialen Richtungen auch andere Wege, wie etwa die gymnasiale Maturität, öfter beschritten.
Die Teilschulen für Design & Kunst, Musik und Soziale Arbeit erfordern für die Aufnahme neben der adäquaten Vorbildung auch ein bestandenes Aufnahmeverfahren. Für die Aufnahme an die Teilschule Soziale Arbeit werden insbesondere die sozialen Kompetenzen geprüft; in jedem Fall ist zudem ein Jahr berufliche Erfahrung notwendig. Die Teilschulen Musik und Design & Kunst prüfen die künstlerischen Voraussetzungen, die Kandidatinnen und Kandidaten mitbringen. Für die Aufnahme an die Teilschule Design & Kunst ist häufig zusätzlich ein Vorkurs notwendig.

Abbildung 7.6
Berufsmaturitätsquoten 2001 und 2009
Kantone der Schweiz



T4K07G02

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Maturitäten, ESPOP

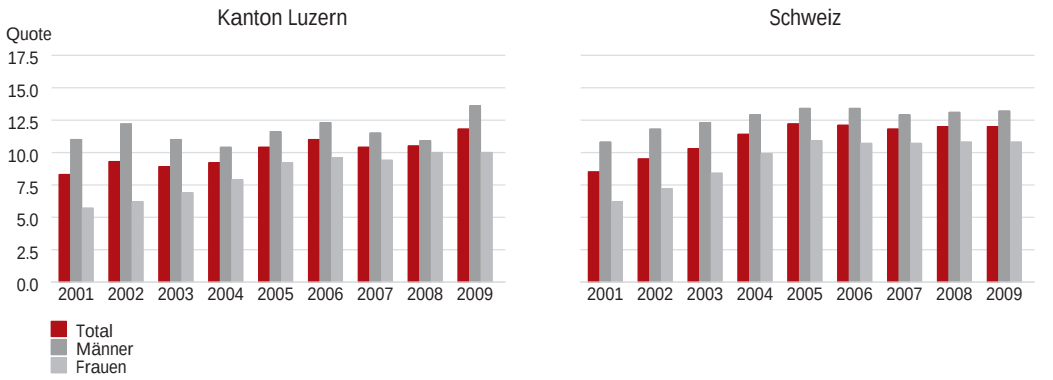
Steigende Berufsmaturitätsquoten

Die Anzahl junger Personen mit einer auf ihre anvisierte Studienrichtung ausgerichteten Berufsmaturität nimmt in der gesamten Schweiz deutlich zu. Die Berufsmaturitätsquote – das heisst der Anteil Personen, die in einem Jahr ein Berufsmaturitätszeugnis erworben haben, gemessen an der 21-jährigen ständigen Wohnbevölkerung (Durchschnittsalter der Berufsmaturand/innen) – in der Schweiz stieg von gut 8 Prozent im Jahr 2001 auf rund 12 Prozent im Jahr 2008 und verharrte im Jahr 2009 auf gleichem Niveau. Im Kanton Luzern war der Anstieg bis 2008 weniger stark: Lag er 2001 mit seiner Berufsmaturitätsquote nahe beim schweizerischen Durchschnitt, ist er 2008 mit einem Anteil von 10,3 Prozent darunter gefallen, stellte sich aber 2009 beinahe auf das schweizerische Mittel (Abb. 7.6). Stärker als im schweizerischen Total geht die Zunahme der Berufsmaturitäten im Kanton Luzern auf das Konto der Frauen; die Quote der Männer hatte 2008 wieder derjenigen von 2001 entsprochen. Im Kanton Luzern erreichten 2008 annähernd gleich viele Frauen wie Männer eine Berufsmatura. Im Jahr 2009 stellte sich aber die Quote der Männer auf überdurchschnittliche 13,6 Prozent (Abb. 7.7).

Zulassung zum Masterstudium

Zulassungsbedingung zu einem konsekutiven Masterstudium ist der entsprechende Bachelortitel. Beim Übertritt in verwandte Fachgebiete oder beim Übertritt zwischen Universitäten und Fachhochschulen kann die Zulassung mit der Auflage verknüpft sein, gewisse Grundlagen- oder Fachmodule nachzuholen. Der neue konsekutive Master ist eine zweite, an das Bachelorstudium anschliessende Ausbildungsstufe und nicht zu verwechseln mit einem MAS (Master of Advanced Studies) oder einem MBA (Master of Business Administration), die zur Weiterbildung gehören.
Die Masterstudiengänge wollen die besten Bachelorabsolventen und -absolventinnen ansprechen. In vielen Masterprogrammen werden deshalb weitere Aufnahmebedingungen gestellt. So erfordert etwa die Aufnahme in den Masterstudiengang in Sozialer Arbeit einen Bachelor mit dem Prädikat „gut“, oder für das Masterstudium an der Teilschule Musik oder Design & Kunst ist ein Assessment zu durchlaufen.

Abbildung 7.7
Berufsmaturitätsquoten nach Geschlecht seit 2001
Kanton Luzern und Schweiz



T4K07G01

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Maturitäten, ESPOP

3. Weiterbildungen an der Hochschule Luzern

Die Weiterbildung hat in Luzern, auch im schweizerischen Kontext eine lange Tradition. Ein Vorläufer des heutigen Master of Advanced Studies in Business Administration wurde schon im Jahr 1973 angeboten. Die MAS gehören – im Gegensatz zum konsekutiven Master – zur Weiterbildung und knüpfen an die praktischen Erfahrungen der Teilnehmenden an.
An der Hochschule Luzern wurden 2008 total 80'000 Weiterbildungstage besucht (HSLU 2009). Die Zielgruppe der Weiterbildung sind Absolventinnen und Absolventen einer Hochschule mit mehreren Jahren Berufserfahrung. In einigen Fällen wird zudem Führungserfahrung vorausgesetzt. Die Weiterbildungsangebote richten sich an Personen, die ihre berufliche Karriere bereits begonnen haben und intensiviert oder neu spezialisiert fortsetzen wollen.

MAS, DAS und CAS

Die Bologna-Reform erfasste auch die Weiterbildung und hat neue Bezeichnungen geschaffen. Am umfangreichsten sind die Weiterbildungsstudien, die mit einem Master of Advanced Studies MAS abgeschlossen werden; ihr Vorläufer vor Bologna waren die Nachdiplomstudien (NDS). Die MAS umfassen 60 ECTS-Punkte und dauern rund zwei bis drei Jahre.
Wie alle Weiterbildungen werden auch MAS berufsbegleitend besucht. Der Beschäftigungsgrad beträgt dabei oft 80 Prozent oder mehr. Studienbewerberinnen und -bewerber müssen eine tertiäre Ausbildung vorweisen. Alternativ und eher als Ausnahme können auch gleichwertige Vorbildungen anerkannt werden. Teilweise werden zusätzliche Kriterien vorgegeben und ein Aufnahmeverfahren durchgeführt. Die Zulassung zum Executive Master of Business Administration beispielweise erfordert zwingend einen betriebswirtschaftlichen Abschluss und mindestens fünf Jahre Berufserfahrung in mindestens mittleren Managementfunktionen.
Die MAS unterscheiden sich in mehrfacher Hinsicht von den „konsekutiven" Mastern der Ausbildung. MAS-Studiengänge werden nicht unmittelbar nach dem Bachelortitel besucht, erlauben eine wesentlich höhere Berufstätigkeit und sprechen ein Publikum mit Berufserfahrung an. Viele dieser Weiterbildungen führen zu einer Berufsspezialisierung. In MAS unterrichten deshalb viel häufiger als in den andern Studiengängen Berufsleute; sie vermitteln an einigen wenigen Tagen ihr spezialisiertes Praxiswissen. Ihr Anteil an den Lehrkräften beträgt im Durchschnitt etwa 40 Prozent.
MAS-Titel vergeben werden beispielsweise in Bauökonomie, Digital Design & Implementation, Brand and Marketing Management oder Prävention und Gesundheitsförderung. Andere MAS-Studiengänge bereiten im angestammten Berufsfeld auf eine Führungsverantwortung vor, so zum Beispiel Bank Management, Public Management oder Management im Sozial- und Gesundheitsbereich.
Als weitere, kleinere Weiterbildungsabschlüsse wurden das Diploma of Advanced Studies DAS und das Certificate of Advanced Studies (CAS) geschaffen. Das Diploma of Advanced Studies (DAS) umfasst mindestens 30 ECTS-Credits. Im DAS-Angebot sind etwa Bauökonomie, Immobilienbewertung, Produktmanager, Designingenieur oder Kirchenmusik. Die CAS-Kurse – sie lösten die Nachdiplomkurse (NDK) ab – umfassen mindestens 10 ECTS-Credits und dauern meistens ein Jahr. Sie bieten spezielles berufsorientiertes Zu-

satzwissen, so etwa in den Bereichen Brandschutz, Chorleitung, IT-Law, Arbeit und Gesundheit sowie andere.

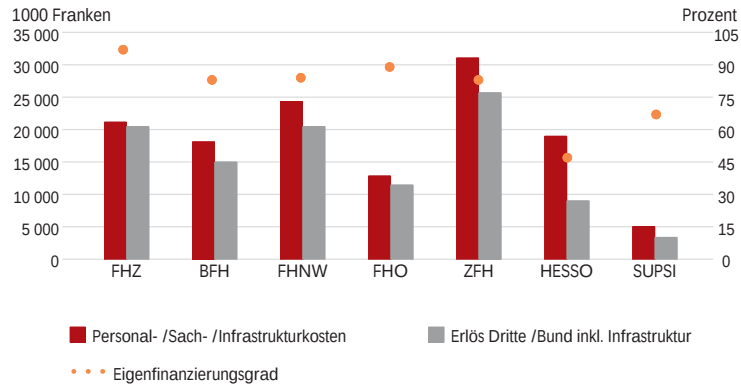
Über 200 Weiterbildungsgänge

Insgesamt werden an der Hochschule Luzern über 200 MAS-, DAS- oder CAS-Studiengänge angeboten, und zwar aus allen Disziplinen der fünf Teilschulen, nämlich Architektur; Banking, Finance und Controlling; Design, Kunst, Musik, Kultur; Gebäudetechnik und Bautechnik; Informatik und Wirtschaftsinformatik; Kommunikation und Marketing; Management, Unternehmensführung; Prävention und Gesundheitsförderung; Public and Nonprofit Management; Recht, Forensik und Wirtschaftskriminalistik; Sozialarbeit; Sozialmanagement und Sozialpolitik; Technik und Engineering sowie Tourismus und Mobilität.

Kostendeckender Leistungsauftrag

Die Weiterbildung ist an der Hochschule Luzern annähernd kostendeckend (97 %), wie es das Fachhochschulgesetz vorschreibt. An den übrigen sechs Fachhochschulen der Schweiz liegt der Kostendeckungsgrad zwischen 47 und 89 Prozent. Der Deckungsgrad fällt ausser für zwei Fachhochschulen nirgends unter 80 Prozent. Im Verhältnis zu ihrer Grösse ist die Hochschule Luzern dennoch immer noch einer der grösseren Weiterbildungsanbieter unter den Fachhochschulen. Die Hochschule Luzern führt diese vergleichsweise gute Position teilweise auf die langjährige Erfahrung des Weiterbildungsplatzes Luzern zurück. Angesichts der Querfinanzierung, die an den anderen Fachhochschulen in der Weiterbildung betrieben werde, stelle das Halten der Marktstellung in der Weiterbildung für die Hochschule Luzern eine Herausforderung dar.

Abbildung 7.8
Umsatz und Eigenfinanzierungsgrad der Weiterbildung 2008
Schweiz Fachhochschulen



T4K07G19
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT-Reporting)

4. Angewandte Forschung und Entwicklung und die Dienstleistungen

In der angewandten Forschung und Entwicklung wird neues Wissen und Know-how erarbeitet, das für die Praxis einen Nutzen hat. Demgegenüber wird bei Dienstleistungsprojekten auf bestehendes Wissen zurückgegriffen und eine Leistung zum Nutzen des Auftraggebers erbracht. Bedingt durch das Umfeld sind die Dienstleistungen der Fachhochschule häufig von innovativem Charakter und direkt aus der Forschung und Entwicklung abgeleitet.

Angewandte Forschung und Entwicklung

Die Hochschule Luzern verzeichnete im Jahr 2009 insgesamt 336 laufende Projekte der angewandten Forschung und Entwicklung. In 71 Projekten waren Universitäten oder die ETH Projektpartner, in 102 Fällen andere Fachhochschulen, und in 63 Projekten gab es Forschungspartner aus der Wirtschaft. Die angewandte Forschung und Entwicklung wurde zu einem Drittel von Dritten finanziert, der Rest teilte sich auf die Konkordatskantone und den Bund auf. Eine wichtige Förderinstitution ist die Kommission für Technologie und Innovation KTI des Bundes. Vorausgesetzt, es besteht Aussicht auf Erschliessung eines neuen, innovativen Marktpotenzials, fördert sie Projekte, indem sie die Mittel der Privatwirtschaft bei der Zusammenarbeit mit einer Fachhochschule verdoppelt. Daneben gibt es Auftragsforschung, bei der die Hochschule meist im Auftrag einer privaten Unternehmung eine Entwicklungsaufgabe übernimmt. Weiter verfügt die Hochschule über Mittel, mit denen sie eigene Vorhaben finanzieren kann. Auch diese Forschung ist also stets ziel- und anwendungsorientiert; die Mittel werden nur auf Antrag und nur für praxisrelevante Fragestellungen gesprochen. Freie Forschung, wie sie die Universitäten kennen, gibt es kaum.

Dienstleistungen

Durch das Erbringen von Dienstleistungen bleiben die Dozentinnen und Dozenten, ergänzend zu ihren übrigen Aufgaben, mit der Praxis verbunden. Meist haben die Dienstleistungen die Form der Beratung in inhaltlichen Fragen oder der Begleitung von Prozessen. Manchmal ergeben sich aus solchen Dienstleistungen Fragen für die angewandte Forschung und Entwicklung, deren Ergebnisse wiederum in der Aus- und Weiterbildung verwertet werden. Die Inhalte der Dienstleistung der Hochschule Luzern sind deshalb in der Regel in der Nähe der Forschung angesiedelt und inhaltlich innovativ.

Manchmal werden Studierende in die Dienstleistungsprojekte mit eingebunden, was sowohl für die Auftraggeber als auch für die praxisnahe Ausbildung nutzbringend sein kann. Grundsätzlich werden die Dienstleistungen aber von den Dozierenden verantwortet, und das Kundenbedürfnis muss im Vordergrund stehen, auch wenn der Leistungsauftrag für die Fachhochschule positive Nebeneffekte zeitigen soll. Des Weiteren dürfen die Dienstleistungen nicht marktverzerrend wirken und müssen die vollen Kosten decken.

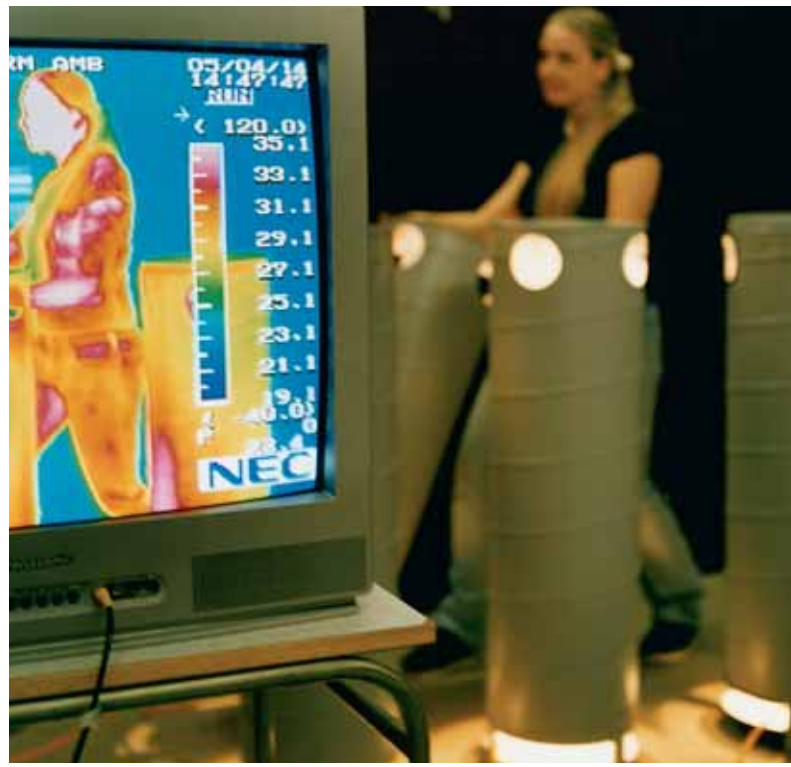
Interdisziplinäre Schwerpunkte

Neben den in den Teilschulen etablierten Disziplinen verstärkt die Hochschule Luzern die interdisziplinäre Arbeit in vier Schwerpunkten, nämlich in Tourismus und nachhaltige Entwicklung; gesellschaftliche Sicherheit und Sozialversicherungen; Gebäude als System sowie CreaLab – Labor für die Erforschung optimaler Bedingungen für kreative und ästhetische Prozesse.

Insbesondere in der angewandten Forschung und Entwicklung sollen in diesen Themen die bestehenden Disziplinen vernetzt werden und der Hochschule so ein einzigartiges Profil verleihen. Die interdisziplinären Schwerpunkte bilden jedoch keine Organisationseinheiten. Sie sollen vielmehr Brücken schlagen zwischen den bestehenden disziplinären Einheiten.

Institute der Teilschulen

In den meisten Teilschulen sind die zum erweiterten Leistungsauftrag gehörenden Forschung und Entwicklung, Dienstleistungen und Weiterbildung in eigenen Instituten organisiert. Mit dem Institut für Betriebs- und Regionalökonomie IBR und dem Institut für Finanzdienstleistungen Zug IFZ sind an der Teilschule Wirtschaft die beiden grössten und schweizweit ersten Fachhochschulinstitute beheimatet. Ebenfalls an der Teilschule Wirtschaft sind die Institute für Wirtschaftsinformatik, für Tourismuswirtschaft und für Marketing und Kommunikation angesiedelt. Anfang 2010 neu organisiert wurden die Institute für Sozialarbeit und Recht, für Sozialmanagement und Sozialpolitik sowie für soziokulturelle Entwicklung an der Teilschule Soziale Arbeit. Weiter existieren das Institut Design und das Institut Kunst sowie das Institute for Music Performance Studies und das Institute for Studies in Music Education. Anders organisiert ist Forschung und Beratung an der Teilschule für Technik und Architektur, nämlich mit 14 verschiedenen Kompetenzzentren.



Blick in ein Forschungslabor der Hochschule Luzern

C STUDIERENDE, MITARBEITENDE UND FINANZIERUNG

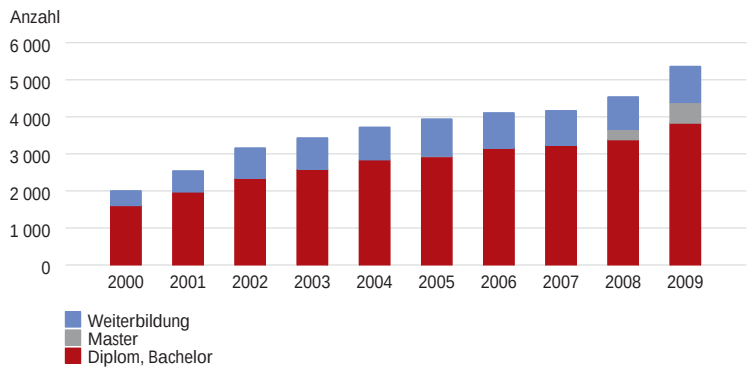
1. Studierende

An allen Fachhochschulen der Schweiz ist in den letzten zehn Jahren ein deutlicher Zuwachs an Studierenden zu verzeichnen. Die Hochschule Luzern bildet hier keine Ausnahme.
Im November 2009 waren an der Hochschule Luzern 3'826 Studierende in der Bachelor- und 559 Studierende in der Masterausbildung eingeschrieben. Am Stichtag der Zählung im November 2009 verfolgten weitere 972 Studierende ein CAS, DAS, MAS oder ein EMBA-Studium. Über das ganze Jahr betrachtet besuchten 4'052 Studierende eine Weiterbildung an der Hochschule Luzern. Im Jahr 2009 waren knapp 40 Prozent aller Studierenden Frauen, 60 Prozent Männer.

Vielfältige Gründe für den Anstieg der Studierenden

Der starke Anstieg der Studierendenzahlen an den Fachhochschulen beruht auf verschiedenen Faktoren:
Erst Ende der 1990er-Jahre aus den Höheren Fachschulen hervorgegangen, befanden sich die Fachhochschulen in der Phase des Übergangs und des Aufbaus. Aufbau und Wachstum der Fachhochschulen waren von Bund und Kantonen als Ziel formuliert und flossen als politischer Auftrag in die Strategie der Fachhochschule ein.
Die von den Fachhochschulen hauptsächlich angesprochene Bevölkerungsgruppe der 20- bis 25-Jährigen ist gesamthaft leicht angestiegen. Das Studieneintrittsalter ist in den vergangenen Jahren im Durchschnitt gesunken.
Die Berufsmaturitätsquoten und damit die für die Fachhochschulen qualifizierten Personen verzeichnen einen Zuwachs. Insbesondere bei Frauen hat sich die Tendenz verstärkt, nach einer Berufslehre einen FH-Abschluss anzustreben.

Abbildung 7.9
Studierende an der Fachhochschule Zentralschweiz nach Studienstufe seit 2000
Kanton Luzern



T4K07G03
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Studierende und Abschlüsse der schweizerischen Hochschulen

Auch die gymnasiale Maturitätsquote hat sich erhöht, besonders im Kanton Luzern und in weiteren Zentralschweizer Kantonen.
Die Zahl der Studierenden aus dem Ausland hat ebenfalls zugenommen.
Die erfolgreiche Lancierung der Weiterbildungsprogramme (CAS, DAS und MAS) und deren hohe Anerkennung in der Wirtschaft haben ebenfalls wesentlich zum Anstieg der Gesamtzahl an Studierenden beigetragen.
Der aktuelle Aufbau der konsekutiven Masterstudiengänge (in der Ausbildung) trägt auch zum Wachstum der Studierenden bei.

Studierendenzahlen im Verhältnis zu anderen Fachhochschulen

Mit den im November 2009 für ein Bachelor- oder Masterstudium eingeschriebenen 4'385 Studierenden betrug der Anteil der Hochschule Luzern 7 Prozent am Ausbildungsvolumen der öffentlich-rechtlichen Fachhochschulen in der Schweiz. Bezogen auf die Weiterbildung ist die relative Bedeutung der Hochschule Luzern fast doppelt so gross, hier beträgt ihr Anteil mit 972 eingeschriebenen Studierenden knapp 13,6 Prozent (Tabelle 7.3). Zum Vergleich: Der Anteil der zentralschweizerischen Bevölkerung an der gesamten Schweiz beträgt 9,5 Prozent. Die Hochschule Luzern ist also in Bezug auf die Ausbildung eher unter-, in der Weiterbildung deutlich überproportional gross.

Tabelle 7.3
Studierende an Fachhochschulen, Wohnort vor Studienbeginn und Studienstufe 2009
Schweiz

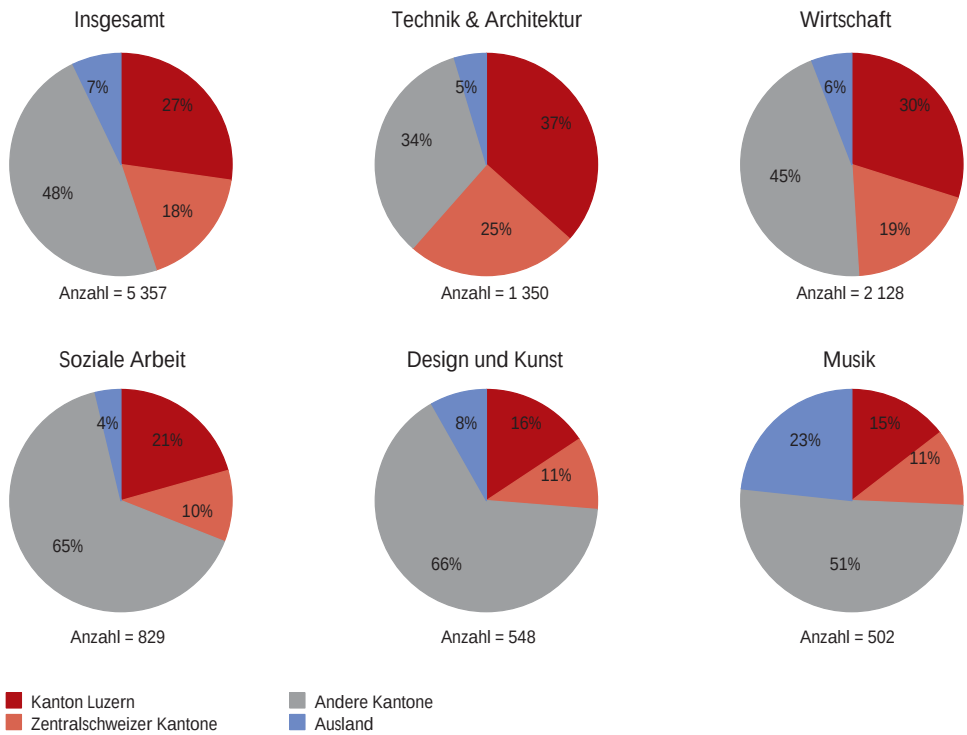
Fachhochschule	Total	Wohnort vor Studienbeginn							
		Kanton Luzern		übr. Zentralschweiz		übrige Schweiz		Ausland	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Diplom, Bachelor Master									
Alle Fachhochschulen	**62 505**	**2 789**	**4,5**	**2 562**	**4,1**	**49 795**	**79,7**	**7 359**	**11,8**
Berner Fachhochschule	5 169	176	3,4	81	1,6	4 514	87,3	398	7,7
HES de Suisse occidentale, Santé sociale romande	14 982	33	0,2	25	0,2	11 683	78,0	3 241	21,6
Fachhochschule Nordwestschweiz	8 158	211	2,6	115	1,4	6 696	82,1	1 136	13,9
Fachhochschule Zentralschweiz	4 385	1 232	28,1	812	18,5	2 029	46,3	312	7,1
Scuola universitaria professionale della Svizzera italiana	3 127	30	1,0	30	1,0	2 405	76,9	662	21,2
Fachhochschule Ostschweiz	3 698	39	1,1	175	4,7	3 218	87,0	266	7,2
Zürcher Fachhochschule	13 543	275	2,0	537	4,0	11 886	87,8	845	6,2
Kalaidos Fachhochschule	456	7	1,5	23	5,0	412	90,4	14	3,1
Haute Ecole Spécialisé Les Roches Gruyère	10	—	—	—	—	—	—	10	100,0
Nicht integrierte Pädagogische Hochschulen	8 977	786	8,8	764	8,5	6 952	77,4	475	5,3
Weiterbildung									
Alle Fachhochschulen	**7 171**	**427**	**6,0**	**354**	**4,9**	**5 601**	**78,1**	**789**	**11,0**
Berner Fachhochschule	593	13	2,2	7	1,2	549	92,6	24	4,0
HES de Suisse occidentale, Santé sociale romande	386	—	—	—	—	279	72,3	107	27,7
Fachhochschule Nordwestschweiz	1 246	64	5,1	35	2,8	1 016	81,5	131	10,5
Fachhochschule Zentralschweiz	972	228	23,5	131	13,5	544	56,0	69	7,1
Scuola universitaria professionale della Svizzera italiana	273	3	1,1	6	2,2	195	71,4	69	25,3
Fachhochschule Ostschweiz	818	10	1,2	32	3,9	677	82,8	99	12,1
Zürcher Fachhochschule	1 790	63	3,5	75	4,2	1 459	81,5	193	10,8
Kalaidos Fachhochschule	1 046	45	4,3	67	6,4	845	80,8	89	8,5
Haute Ecole Spécialisé Les Roches Gruyère	9	—	—	—	—	2	22,2	7	77,8
Nicht integrierte Pädagogische Hochschulen	38	1	2,6	1	2,6	35	92,1	1	2,6

T4K07T03

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Studierende und Abschlüsse der schweizerischen Hochschulen

Insgesamt stammt ein gutes Viertel der Studierenden aus dem Kanton Luzern. Rund ein Fünftel ist einem anderen Zentralschweizer Kanton zuzuordnen. Etwa die Hälfte der Studierenden kommt aus einem Nicht-Zentralschweizer Kanton. Der Anteil der Studierenden ausserhalb der Zentralschweiz ist in den letzten Jahren klar gestiegen, nämlich von 43 Prozent im Jahr 2001 auf 53,4 Prozent im Jahr 2009 (Tab. 7.3). Die Anteile sind jedoch in den einzelnen Teilschulen ziemlich unterschiedlich. Während an der Teilschule Technik & Architektur nicht ganz zwei Drittel der Studierenden aus der Zentralschweiz stammen (61,5 %), ist dies an der Teilschule Musik nur bei einem Viertel (25,9 %) der Fall (Abb. 7.10).
Das zahlenmässige Verhältnis zwischen Frauen und Männern ist wesentlich von der Fachrichtung abhängig. In der Sozialen Arbeit sind die Frauen deutlich übervertreten, in Technik und Architektur die Männer (SKBF 2010: 223, Abb 172).

Abbildung 7.10
Studierende an der Fachhochschule Zentralschweiz nach Wohnort vor Studienbeginn 2009
Kanton Luzern



T4K07G05

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Studierende und Abschlüsse der schweizerischen Hochschulen

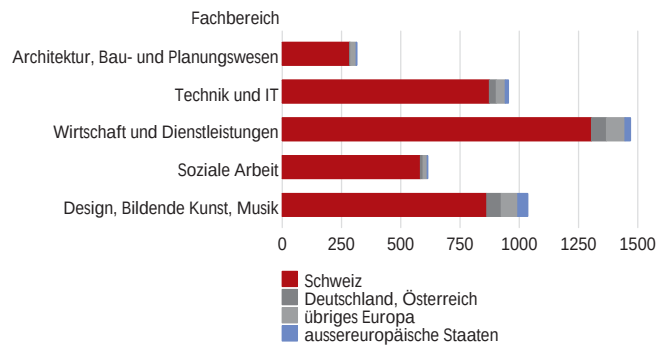
Die Zahl der Studierenden ausländischer Staatsangehörigkeit nimmt in der Tendenz zu, die ausländischen Studierenden bilden jedoch noch eine deutliche Minderheit. Klar am stärksten vertreten sind sie an der Teilschule Musik, gefolgt von Design & Kunst (Abb. 7.11).

Beruhigung der Zunahme der Studierenden in den nächsten Jahren

Prognosen gelten naturgemäss als schwierig. Die Prognosen des Bundesamts für Statistik, die in den letzten Jahren für das Wachstum der Studierenden an der Hochschule Luzern gestellt wurden, haben sich aus heutiger Sicht als zu tief herausgestellt. Deshalb sind auch die hier gemachten Vorhersagen mit Unsicherheiten behaftet. Sie können nur vor dem Hintergrund der getroffenen Annahmen interpretiert werden.
Für die Fachhochschulen insgesamt wird für die nächsten Jahre bis etwa 2015 mit einer Abflachung der Zunahme von Studierenden gerechnet. Danach könnte die Zahl der Studierenden insgesamt sogar leicht abnehmen. Folgende Faktoren werden in den Prognosen dafür verantwortlich gemacht.

- Die Aufbauphase der Fachhochschulen ist beendet, es beginnt eine Phase der Konsolidierung.
- Die angesprochene Bevölkerungsgruppe der 20- bis 25-Jährigen wird in einigen Jahren leicht abnehmen.
- Die Berufsmaturitätsquote und damit die Zahl der für die Fachhochschule qualifizierten Personen dürfte sich stabilisieren.
- Der Aufbau der konsekutiven Masterstudiengänge (in der Ausbildung) wird ab etwa 2015 in die Konsolidierungsphase treten.

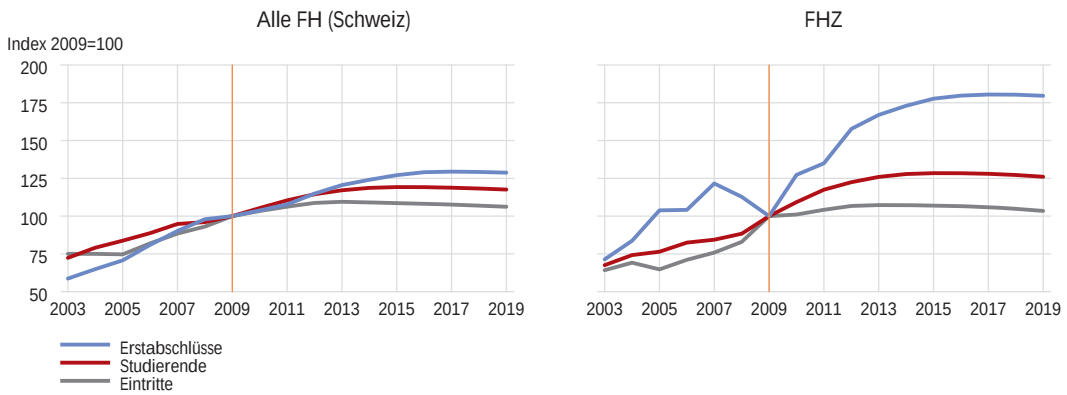
Abbildung 7.11
Studierende an der Fachhochschule Zentralschweiz nach Fachbereich und Nationalität 2009
Kanton Luzern (Schulort inkl. Zug)



T4K07G08
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Studierende und Abschlüsse an schweizerischen Hochschulen

Die grössten Anstiege der Studierendenzahlen werden im Fachbereich Wirtschaft erwartet. Schweizweit noch wichtiger wird der Anstieg im Fachbereich Gesundheit sein, der an der Hochschule Luzern jedoch nicht vertreten ist (Babel 2009).
Unsicher ist die Entwicklung der Zahl der Studierenden aus dem Ausland. Je nach Szenario können diese ein weiteres starkes Wachstum der Fachhochschulabsolventen fördern.

Abbildung 7.12
Eintritte, Studierende und Erstabschlüsse auf dem Niveau Diplom, Bachelor bis 2019 (Index 2009=100)
Kanton Luzern, Schweiz



T4K07G16

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Bildungsperspektiven, SCENARIO

Alle FH inklusive Pädagogische Hochschulen, FHZ ohne PH.

2. Studienerfolg, Diplome und Berufslaufbahn

Mit der Bologna-Reform wurden die Fachhochschuldiplome von Bachelortiteln abgelöst. Dieser Übergang wurde an andern Fachhochschulen teilweise früher eingeleitet als an der Hochschule Luzern, wo erstmals im Jahr 2008 Bachelortitel vergeben wurden (Abb. 7.13). Das Gleiche gilt für die Mastertitel, die an der Hochschule Luzern 2009 in der Einführungsphase standen.

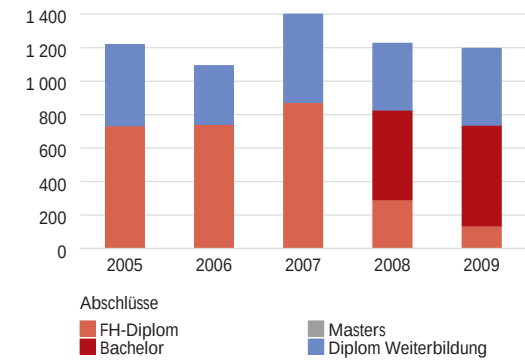
Deutlich mehr Frauen mit Fachhochschulabschluss

Die Abschlussquoten zeigen ein deutliches Auf- und Überholen der Frauen. Während die Fachhochschulquote der Männer beispielsweise aus dem Kanton Luzern seit 2003 zwischen 7,5 Prozent und 10 Prozent pendelt, hat die Quote der Frauen sich im letzten Jahrzehnt vervielfacht und im Jahr 2008 mit mehr als 10 Prozent erstmals jene der Männer übertroffen und sich auch 2009 noch weiter erhöht. Beide Werte sind aber deutlich schwächer gewachsen als in der übrigen Schweiz. Die Fachhochschulquote der gesamten Schweiz nämlich hat auch für die Männer kontinuierlich zugenommen und gesamtschweizerisch ist der Aufwärtstrend bei den Frauen noch stärker. Ebenfalls erstmals 2008 erhielten in der Schweiz mehr Frauen einen Fachhochschultitel als Männer (Abb. 7.15).

Fachhochschulquote steigt, sinkt in Luzern aber relativ

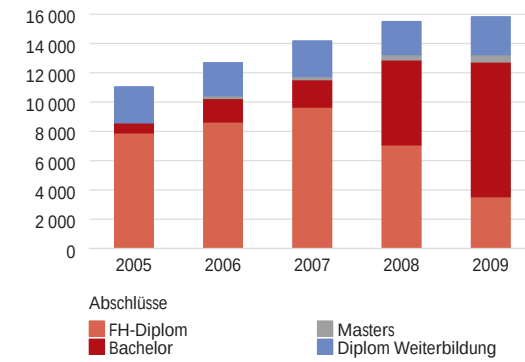
Die Fachhochschulabschlussquote des Kantons Luzern ist zwischen 2004 und 2008 um etwa die Hälfte auf rund 10 Prozent angestiegen und hat sich 2009 erstmals wieder zurückgebildet. Im Vergleich zu den übrigen Kantonen ist der Kanton Luzern bei der Fachhochschulabschlussquote auf die letzten Ränge abgerutscht (Abb. 7.16).

Abbildung 7.13
Fachhochschul-Diplome seit 2005
Fachhochschule Zentralschweiz



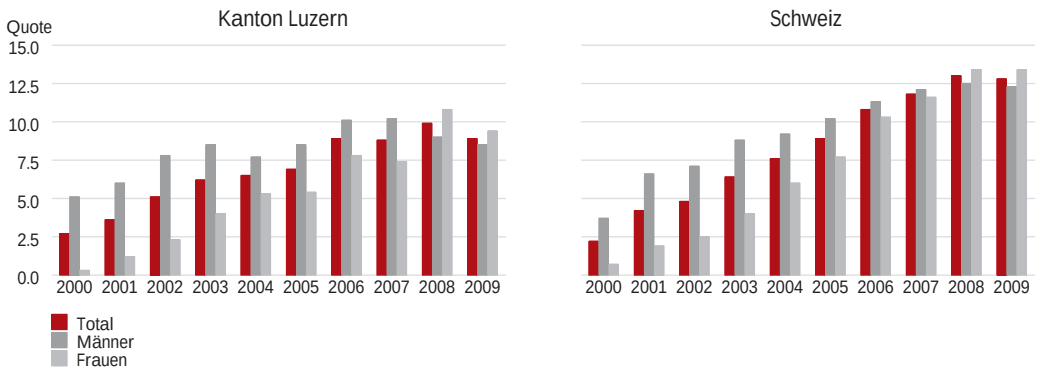
T4K07G06 LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Studierende und Abschlüsse

Abbildung 7.14
Fachhochschul-Diplome seit 2005
Schweiz



T4K07G07 LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Studierende und Abschlüsse

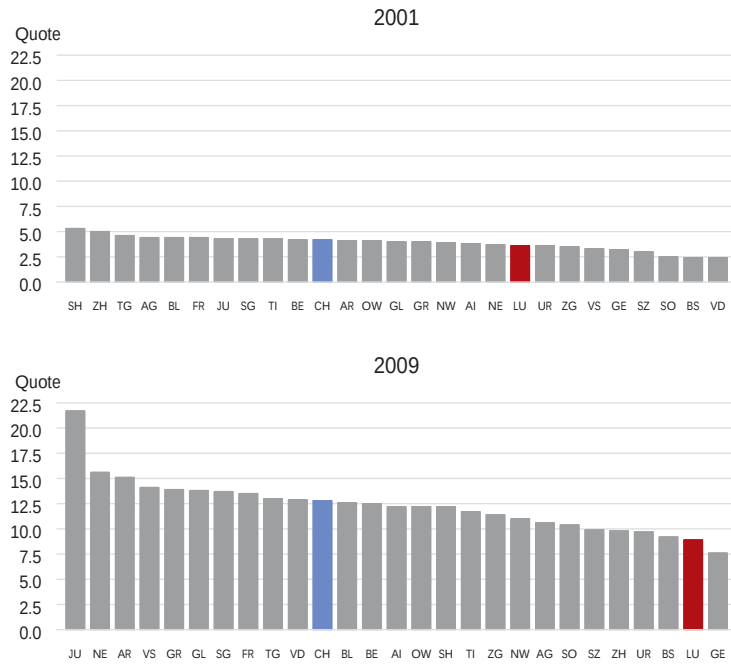
Abbildung 7.15
Fachhochschulabschlussquoten nach Geschlecht seit 2000
Kanton Luzern und Schweiz



T4K07G09

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Statistik der Studienabschlüsse

Abbildung 7.16
Fachhochschulabschlussquoten 2001 und 2009
Kantone der Schweiz



T4K07G10

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Statistik der Studienabschlüsse

Hohe Erwerbsquoten

Im Jahr 2007 waren von den Personen, die fünf Jahre zuvor an der Hochschule Luzern ihre Ausbildung abgeschlossen hatten, fast 97 Prozent erwerbstätig. Dies entspricht dem Durchschnitt aller Fachhochschulen (vgl. Tab. 7.4). Die Erwerbsquoten der Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen sind im Allgemeinen leicht höher als jene der Universitäten, aber sie schwanken je nach Konjunkturverlauf stärker als bei den Universitätsabsolventinnen und -absolventen (SKBF 2010: 179, Abb. 129). Beim Einkommen ein Jahr nach Studienabschluss sind zwischen Universitäts- und Fachhochschulabsolventen kaum Unterschiede zu erkennen. Viel deutlicher sind die Unterschiede, die sich zwischen den Fachrichtungen zeigen. Die Fachhochschulabsolventen von Technik und IT etwa liegen mit einem durchschnittlichen Bruttoeinkommen über 70'000 Franken etwas vor den Universitätsabsolventen; die Wirtschaftsabsolventinnen und -absolventen beider Hochschultypen verdienen durchschnittlich über 70'000 Franken, die Absolventen und Absolventinnen des Fachs Design dagegen werden, deutlich abgesetzt, mit durchschnittlich 50'000 Franken pro Jahr entschädigt (SKBF 2010: 180, Abb. 130).

Fünf Jahre nach Studienabschluss arbeiten die meisten in einem Bereich, in dem tatsächlich ein Hochschulabschluss verlangt ist. Im Fachbereich Architektur, Bau- und Planungswesen sind über 85 Prozent der Absolventinnen und Absolventen an einer Stelle angelangt, an der ihr Hochschulstudium eine Voraussetzung ist. Die übrigen Fachbereiche weisen mit einer Marke von rund 80 Prozent ebenfalls hohe Werte aus, einzig der Fachbereich Design fällt mit etwa 50 Prozent deutlich darunter (SKBF 2010: 216, Abb. 165).

Tabelle 7.4

Fachhochschulabsolventen fünf Jahre nach Studienabschluss nach Erwerbssituation, beruflicher Position und Fachhochschule 2007

Schweiz

Hochschule	Erwerbssituation in Prozent			Berufliche Stellung in Prozent			
	Erwerbstätig	Erwerbslos	Erwerbs verzicht	Praktikant/in, Doktorand/in	Angestellt ohne Führungsfunktion	Angestellt mit Führungsfunktion	Selbstständigerwerbend
Alle	**96,7**	**1,1**	**2,2**	**1,9**	**38,9**	**53,2**	**6,0**
BHF	98,8	—	1,2	2,5	42,0	53,0	2,5
HES-SO	97,9	1,4	0,7	0,9	37,9	54,9	6,2
FHNW	95,1	1,8	3,1	1,7	38,8	55,0	4,5
FHZ	96,8	1,0	2,2	0,7	32,3	60,9	6,1
SUPSI	96,4	0,9	2,7	1,9	49,0	40,9	8,3
FHO	97,8	1,7	0,5	1,6	36,9	59,8	1,7
ZFH	94,7	1,1	4,2	2,2	38,5	50,1	9,3

T4K07T04 LUSTAT STATISTIK LUZERN

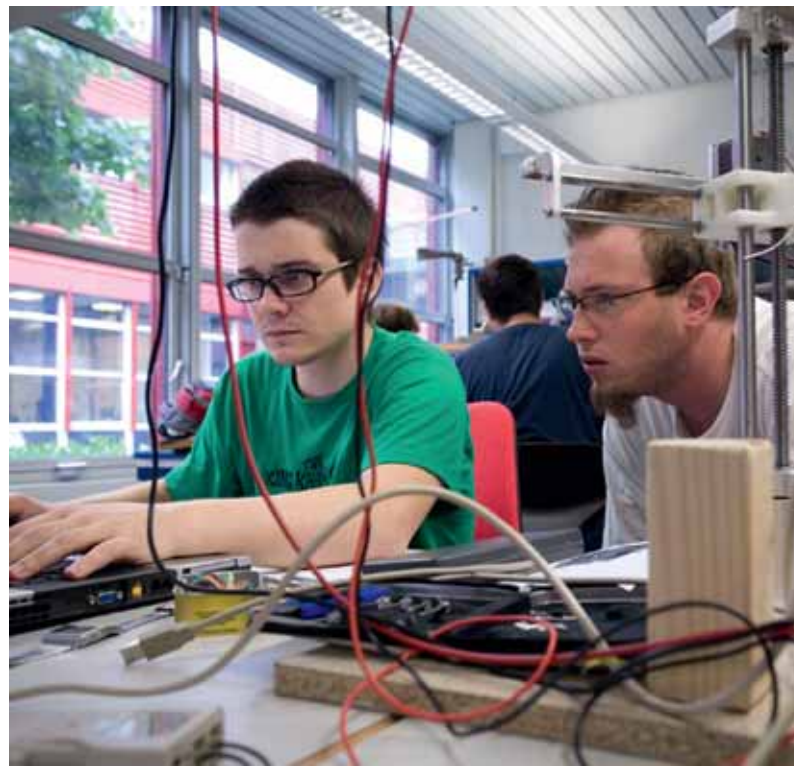
Datenquelle: BFS, Befragung der Hochschulabsolvent/innen, Zweitbefragung Abschlussjahrgang 2002

3. Personal der Hochschule Luzern

2009 belief sich der Personalbestand der Hochschule Luzern auf 906 Vollzeitstellen, in die sich 1'300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilten. Das entspricht 8,5 Prozent des Personalbestands aller schweizerischen Fachhochschulen – also wiederum etwas unterproportional zum 9,5 Prozent-Anteil der zentralschweizerischen Bevölkerung an der Schweiz.
Vom Personal entfallen 29 Prozent auf die Teilschule Technik & Architektur, 26 Prozent auf die Teilschule Wirtschaft und je zwischen 10 und 12 Prozent auf die weiteren drei Teilschulen. Den zentralen Abteilungen Direktion, Finanzen und Services sowie Marketing und Kommunikation sind insgesamt 8 Prozent der Vollzeitäquivalente zuzuordnen (HSLU 2010).

Der Professortitel an der Hochschule Luzern

Der Lehrkörper hat etwas mehr als die Hälfte aller Stellenprozente inne. Diese wiederum sind zu etwa gleichen Teilen aufgeteilt auf Professorinnen respektive Professoren und auf übrige Dozierende. In den verschiedenen Teilschulen ist der Anteil der Dozierenden mit und ohne Professorentitel allerdings recht unterschiedlich (Tab. 7.5). Die Vergabe des Professorentitels ist an der Hochschule Luzern geregelt. Zur Erlangung des Professorentitels sind erforderlich: berufspraktische Erfahrung, hochschuldidaktische Ausbildung und Erfahrung sowie wissenschaftliche Praxis. Nicht notwendig dagegen ist eine Habilitation, wie sie an Universitäten gefordert ist.



„Das Gebäude als System" ist das interdisziplinäre Leitthema an der Hochschule Luzern – Technik & Architektur

Hohe Bedeutung der Praxiserfahrung

Auch für alle übrigen Dozierenden gilt, dass sie eine mehrjährige Berufspraxis vorzuweisen haben. Speziell in der Weiterbildung sind Praktikerinnen und Praktiker mit kleinen Pensen von manchmal nur wenigen Tagen pro Jahr im Auftragsverhältnis angestellt. Mit ihnen fliesst ein breitgefächertes, sehr fachspezifisches Know-how in die Lehre ein. Werden die Personen mit Kleinstanstellungen mitgezählt, umfasste 2008 das Lehrpersonal an der Hochschule Luzern 4'243 Köpfe; dabei hatten 3'295 oder 78 Prozent von ihnen ein Pensum von 5 oder weniger Prozenten; hauptberuflich arbeiteten sie in einem Unternehmen oder einer öffentlichen Verwaltung.

Tabelle 7.5

Personal (Vollzeitäquivalente) nach Fachhochschulen, Personalkategorien und Geschlecht 2008

Schweiz

Hochschule	Alle Personalkategorien		Professoren/ Profesorinnen		übrige Dozierende		Assistent/innen, wiss. Mitarb.		Administratives, techn. Personal	
	Total	Frauen in %	Total	Frauen in %	Total	Frauen in %	Total	Frauen in %	Total	Frauen in %
Alle	**12 036**	**40,1**	**4 167**	**30,5**	**1 945**	**36,5**	**2 268**	**32,6**	**3 656**	**57,6**
BHF	1 208	35,2	404	21,6	141	30,0	285	29,9	378	55,7
HES-SO	2 861	38,5	1 225	34,0	371	34,8	481	26,2	784	54,8
FHNW	1 491	38,7	348	20,7	419	35,2	280	36,1	444	57,7
FHZ	872	37,4	235	24,1	224	33,5	162	19,2	250	65,1
SUPSI	501	31,6	121	20,1	101	32,3	168	28,4	112	47,9
FHO	831	28,8	185	12,6	111	29,9	253	18,3	283	48,2
ZFH	2 441	44,0	1 038	34,5	106	27,4	483	42,0	815	59,3
Kaleidos	37	31,3	6	23,4	22	24,9	0	67,3	9	49,4
PH *	1 794	51,0	605	38,1	451	48,1	157	63,8	581	63,4

T4K07T08

LUSTAT STATISTIK LUZERN

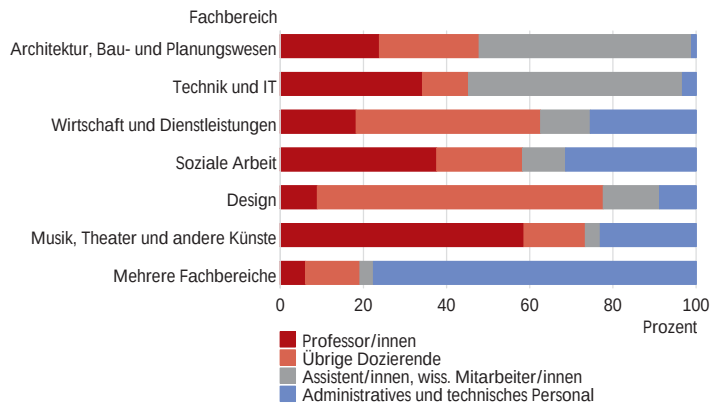
Datenquelle: BFS / SHIS, Personal der schweizerischen Hochschulen

* Nicht integrierte Pädagogische Hochschulen

Abbildung 7.17

Fachhochschulpersonal (Vollzeitäquivalente) nach Fachbereich und Personalkategorien 2008

Kanton Luzern



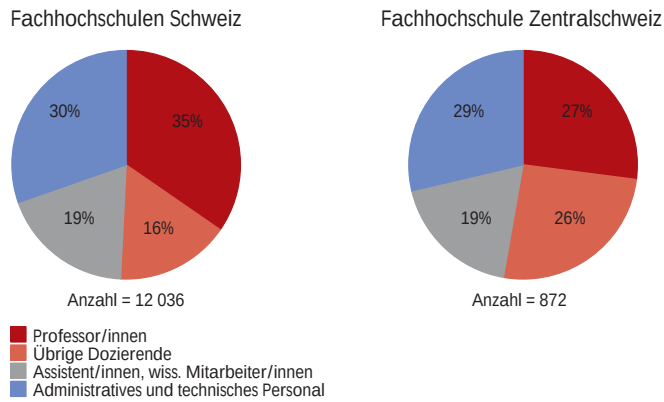
T4K07G14

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BFS / SHIS, Personal der schweizerischen Hochschulen

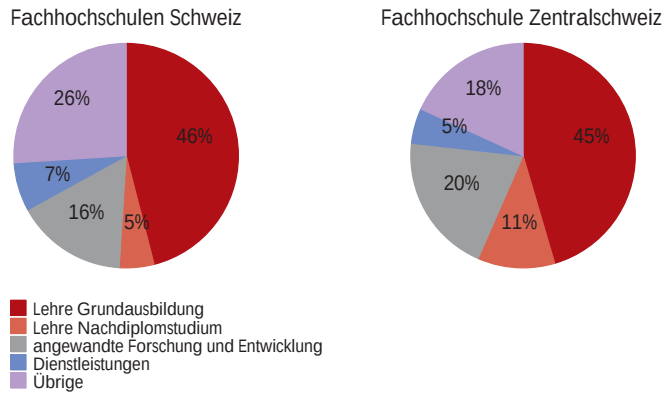
Die Assistentinnen und Assistenten sowie die wissenschaftlichen Mitarbeitenden besetzten total 162 Vollzeitstellen. Sie sind vorwiegend in der angewandten Forschung und Entwicklung tätig, je nach Fachbereich auch in unterstützender Funktion in der Aus- oder Weiterbildung oder in den Dienstleistungen. Ein Teil dieser Personalkategorie strebt parallel zur Arbeit an der Hochschule Luzern an einer Universität den Doktortitel an.

Abbildung 7.18
Fachhochschulpersonal (Vollzeitäquivalente) nach Personalkategorien 2008
Schweiz und Kanton Luzern



T4K07G13
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Personal der schweizerischen Hochschulen

Abbildung 7.19
Verwendung der Arbeitszeit des Fachhochschulpersonals 2008
Schweiz und Kanton Luzern



T4K07G12
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Personal der schweizerischen Hochschulen

Vierfacher Leistungsauftrag für Dozierende

Der vierfache Leistungsauftrag mit Ausbildung, Weiterbildung, Dienstleistungen für Dritte sowie mit angewandter Forschung und Entwicklung gilt grundsätzlich auch für die einzelnen Dozentinnen und Dozenten. Das ist bedingt auch durch den Auftrag der Fachhochschule, wissenschafts- und praxisorientierte Lehre auf dem aktuellsten Stand zu vermitteln. Vor allem die Dozierenden mit einer hauptamtlichen Anstellung sind in der Regel nicht nur in der Ausbildung, sondern auch in anderen Kontexten tätig. Vom Anspruch und von der Planung her ist die Tätigkeit in mehreren Leistungsaufträgen teilweise eine Herausforderung, oft aber auch durch Synergien geprägt. Abbildung 7.19 zeigt, wie sich die vier Leistungsaufträge in den Tätigkeiten der Dozierenden widerspiegeln. Die Kategorie „Übrige“ umfasst administrative Tätigkeiten und Führungsaufgaben sowie eigene Weiterbildungen. Der Vergleich mit dem Schweizer Durchschnitt zeigt für die Hochschule Luzern einen grösseren Anteil der Lehre in der Weiterbildung und einen geringeren Administrationsaufwand.

Schweizweit bieten die Fachhochschulen rund 300 praxisbezogene Ausbildungsgänge an

4. Finanzierung

Der Personalaufwand ist mit einem Anteil von drei Viertel der mit Abstand grösste Ausgabenposten der Hochschule Luzern. Der Sachaufwand beträgt etwa 18 Prozent und der Mietaufwand 7 Prozent (HSLU 2010). In den Tabellen 7.6 und 7.7 sind die Erlöse und die Kosten der vier Leistungsaufträge für die sieben Fachhochschulen einzeln sowie für die Pädagogischen Hochschulen der Schweiz – soweit sie nicht in die Fachhochschulen integriert sind – insgesamt aufgeführt. Dabei kommen sowohl die Grössenverhältnisse der Leistungsaufträge wie auch der Fachhochschulen zum Ausdruck.

Tabelle 7.6

Erlöse der Fachhochschulen nach Leistungsarten 2008

Schweiz

Hochschule	Insgesamt		Leistungsart							
			Grundausbildung		Weiterbildung		aF+ E		Dienstleistung	
	Mio. Fr.	in %	Mio. Fr.	in %	Mio. Fr.	in %	Mio. Fr.	in %	Mio. Fr.	in %
Alle	**2 154,7**	**100**	**1 469,4**	**68,2**	**198,1**	**9,2**	**351,8**	**16,3**	**135,4**	**6,3**
BHF	205,5	100	124,3	60,5	16,8	8,2	51,4	25,0	13,0	6,3
HES-SO	484,9	100	350,3	72,2	17,5	3,6	91,5	18,9	25,6	5,3
FHNW	300,2	100	197,0	65,6	38,6	12,8	54,7	18,2	10,0	3,3
FHZ	151,0	100	91,5	60,6	20,8	13,8	28,7	19,0	10,0	6,6
SUPSI	69,7	100	45,0	64,5	4,5	6,5	15,4	22,1	4,8	6,9
FHO	156,5	100	102,9	65,7	11,8	7,6	31,1	19,9	10,7	6,8
ZFH	474,0	100	339,1	71,6	40,0	8,4	55,6	11,7	39,2	8,3
PH n. int.	312,8	100	219,3	70,1	48,0	15,4	23,3	7,5	22,2	7,1

T4K07T05

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BBT Finanzreporting

Nicht zuteilbare Erlöse und Infrastrukturerlöse wurden ausgeschlossen

Tabelle 7.7

Vollkosten der Fachhochschulen nach Leistungsarten 2008

Schweiz

Hochschule	Insgesamt		Leistungsart							
			Grundausbildung		Weiterbildung		aF+ E		Dienstleistung	
	Mio. Fr.	in %	Mio. Fr.	in %	Mio. Fr.	in %	Mio. Fr.	in %	Mio. Fr.	in %
Alle	**2 391,8**	**100**	**1 613,9**	**67,5**	**215,9**	**9,0**	**398,4**	**16,7**	**163,6**	**6,8**
BHF	226,9	100	141,3	62,3	17,1	7,5	54,9	24,2	13,7	6,0
HES-SO	554,7	100	404,2	72,9	19,0	3,4	102,8	18,5	28,7	5,2
FHNW	341,8	100	227,1	66,4	43,1	12,6	54,4	15,9	17,3	5,0
FHZ	167,1	100	102,7	61,5	21,1	12,6	31,7	19,0	11,5	6,9
SUPSI	75,9	100	47,7	62,8	4,9	6,4	17,2	22,7	6,2	8,1
FHO	166,7	100	107,8	64,7	12,8	7,7	34,7	20,8	11,3	6,8
ZFH	524,2	100	357,8	68,2	45,0	8,6	74,6	14,2	46,8	8,9
PH n. int.*	334,4	100	225,4	67,4	52,8	15,8	28,0	8,4	28,2	8,4

T4K07T06

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BBT Finanzreporting

* Kalkulatorische Infrastrukturkosten der PH sind nicht vollständig

Erträge durch Kopfpauschalen, Restfinanzierung und Abgeltungen

Ein grosser Teil der Finanzierung durch Bund und Kantone erfolgt über Kopfpauschalen pro Studierenden und Studiengang. Diese Kantonsbeiträge sind in einer interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) festgelegt. Das heisst, pro Studentin oder Student erhält die Hochschule Luzern vom Heimatkanton einen fixen Betrag. Umgekehrt hat der Kanton Luzern für seine Studierenden an anderen Fachhochschulen gemäss FHV vorgegebene Entschädigungen zu leisten.

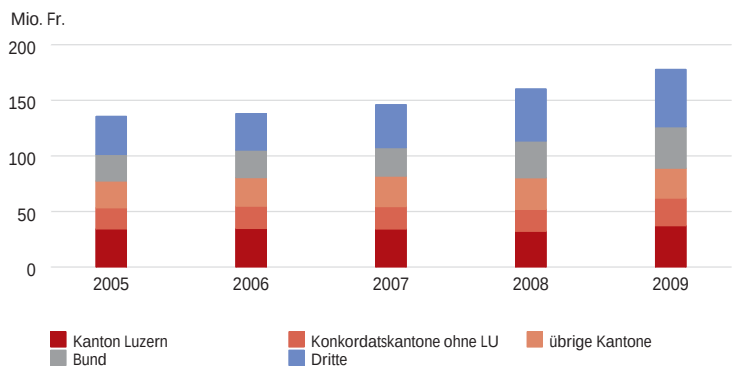
Ein weiterer Teil der Kosten wird von den sechs Zentralschweizer Konkordatskantonen über die sogenannte Restfinanzierung gewährleistet. Der Beitrag der Konkordatskantone insgesamt wie auch des Kantons Luzern selbst stieg in den letzten Jahren weniger steil an als der Gesamtumsatz und die Zahl der Studierenden. Der Beitrag des Kantons Luzern erhöhte sich von 2005 bis 2009 um 8,4 Prozent, in der gleichen Zeit nahmen die Beiträge vom Bund und jene von Dritten um etwa 35 Prozent zu. In den Erträgen von Dritten enthalten sind etwa Abgeltungen von Unternehmen für Dienstleistungen oder Forschungsaufträge oder Studiengelder für die Weiterbildung.

Auch die Anzahl der Studierenden hat im Zeitraum von 2005 bis 2009 um mehr als ein Drittel zugenommen, stärker als die Beiträge der öffentlichen Hand. Daraus lässt sich schliessen, dass das Wachstum der Hochschule Luzern ihr zu einer höheren Effizienz verholfen hat.

Abbildung 7.20

Finanzierung der Hochschule Luzern nach Geldgeber seit 2005

Hochschule Luzern



T4K07G20

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: Fachhochschule Zentralschweiz

Dritte werden wichtiger

Durch die überproportionale Zunahme der Mittel von Dritten, zurückzuführen auf das Anwachsen von Dienstleistungen und kostendeckenden Weiterbildungen, steigt die direkte Wertschöpfung der Hochschule Luzern. Auch das Ansteigen der Auftragsforschung und Studiengelder tragen dazu bei.
Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Hochschule Luzern für die Zentralschweiz liegt gemäss einer aktuellen Studie unter anderem in einem Kaufkraftzufluss, der in der Bilanz für den Kanton Luzern positiv ausfällt. Ein weiterer Effekt wird in der Reduktion des Braindrain gesehen und längerfristig in der Sicherung der Standort- und Lebensqualität des Kantons und der Zentralschweiz (Strauf 2010).

Tabelle 7.8
Finanzierung der Hochschule Luzern nach Geldgeber seit 2005
Schweiz

	Total	Kantone							Bund		Dritte	
		Total		Konkordatskantone				Übrige Kantone				
				Total		Kt. Luzern	übrige KKt					
		Mio. Fr.	in %	Mio. Fr.	in %	Mio. Fr.	Mio. Fr.	Mio. Fr.	Mio. Fr.	in %	Mio. Fr.	in %
2005	**135,5**	**77,4**	57,1	53,3	39,3	34,3	19,0	24,1	23,9	17,6	34,2	25,2
2006	**137,9**	**80,4**	58,3	54,7	39,7	34,7	20,0	25,7	24,8	18,0	32,7	23,7
2007	**146,0**	**81,8**	56,0	54,4	37,3	34,2	20,2	27,4	25,6	17,5	38,6	26,4
2008	**160,1**	**80,3**	50,2	51,9	32,4	32,1	19,8	28,4	33,1	20,7	46,7	29,2
2009	**177,7**	**88,9**	50,0	62,0	34,9	37,2	24,8	26,9	37,3	21,0	51,5	29,0

T4K07T09

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: FHZ/HSLU, Finanzen & Services

D SYNTHESE

Ausbildung

Die Fachhochschule Zentralschweiz (Hochschule Luzern) bietet Ausbildungsgänge in den Bereichen Technik, Architektur, Wirtschaft, Soziale Arbeit, Design, Kunst und Musik an. Im Jahr 2009 waren 3'826 Studierende in der Bachelor- und 559 Studierende in der Masterausbildung eingeschrieben. Damit entfielen rund 7 Prozent des Ausbildungsvolumens der öffentlich-rechtlichen Fachhochschulen in der Schweiz auf die HSLU. Mit Abstand am meisten Studierende zählte an der HSLU der Fachbereich Wirtschaft und Dienstleistungen.

Zulassung

Die Berufsmaturität gilt als Königsweg an die Fachhochschule. Im Jahr 2009 wurde mehr als die Hälfte der Studierenden aufgrund einer Berufsmaturität in das Bachelorstudium aufgenommen. Ein weiteres Viertel trat mit einer gymnasialen Maturität oder einem Primarlehrdiplom ein.

Zusammensetzung der Studierenden

Mit einem Anteil von rund 60 Prozent studieren an der Fachhochschule Zentralschweiz deutlich mehr Männer als Frauen. Über 50 Prozent der Studierenden hatten im Jahr 2009 ihren Wohnort ausserhalb der Zentralschweiz, 12 Prozentpunkte mehr als noch im Jahr 2001. Der Ausländeranteil unter den Studierenden betrug gut 10 Prozent.

Abschlüsse

Die Abschlussquote der Luzerner Frauen hat sich im letzten Jahrzehnt vervielfacht und im Jahr 2008 mit mehr als 10 Prozent erstmals diejenige der Männer übertroffen. Insgesamt ist die Fachhochschulabschlussquote im Kanton Luzern aber deutlich tiefer als im schweizerischen Durchschnitt und hat sich 2009 leicht zurückgebildet.

Vierfacher Leistungsauftrag

Die Fachhochschulen haben einen vierfachen Leistungsauftrag, der neben der Ausbildung auch die Weiterbildung, die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistung zugunsten Dritter umfasst. Im Jahr 2009 verzeichnete die HSLU 336 laufende Projekte im Bereich angewandte Forschung und Entwicklung und zählte 80'000 besuchte Weiterbildungstage.

Personalbestand

Der Personalbestand der Hochschule Luzern belief sich im Jahr 2009 auf 906 Vollzeitstellen, in die sich 1'300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilten. Das entspricht 8,5 Prozent des Personalbestands aller schweizerischen Fachhochschulen. Der Lehrkörper hat an der Hochschule Luzern etwas mehr als die Hälfte aller Stellenprozente inne.

Zukünftige Entwicklung

Seit der Jahrtausendwende hat sich die Studierendenzahl der Hochschule Luzern mehr als verdoppelt. Das hängt auch damit zusammen, dass in dieser Zeit zahlreiche Lehrgänge höherer Fachschulen Fachhochschulstatus erlangt haben. Für die Fachhochschulen wird bis 2015 mit einer Abflachung der Zunahme gerechnet, danach sogar mit einer leichten Abnahme.

Das ehemalige Zeughaus der Stadt Luzern
beherbergt heute die PHZ Luzern

8. KAPITEL

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULE

A DER LEHRBERUF UND DER WEG DAHIN

1. Der Lehrberuf als tragende Säule im Bildungssystem
2. Die Ausbildung zur Lehrperson in der Schweiz und in der Zentralschweiz

B STUDIENGÄNGE UND ERWEITERTER LEISTUNGSAUFTRAG DER PHZ

1. Lehrberuf im Wandel: das moderne Berufsbild
2. Studiengänge
3. Zulassungsvoraussetzungen
4. Weiterbildung, Forschung und Entwicklung, Dienstleistungen

C STUDIERENDE UND MITARBEITENDE DER PHZ

1. Studierende
2. Personal in Lehre, Forschung, Administration und technischem Support
3. Kosten

D SYNTHESE

A DER LEHRBERUF UND DER WEG DAHIN

1. Der Lehrberuf als tragende Säule im Bildungssystem

Im Kanton Luzern arbeiten in den öffentlichen Schulen auf den obligatorischen Stufen und Gymnasien etwa 5'660 Lehrpersonen, in der gesamten Schweiz sind es etwa 100'000 Lehrpersonen. Als Spezialistinnen und Spezialisten für das Lehren und Lernen, das Unterrichten und Erziehen sind sie verantwortlich für qualitativ hochstehenden Unterricht und damit auch dafür, dass ihre Schülerinnen und Schüler auf die beruflichen Anforderungen in Wirtschaft, Verwaltung, Kunst und Wissenschaft sowie für das Zusammenleben und die Partizipation im Rahmen der Demokratie (Aufenanger et al. 2010) bestmöglich vorbereitet sind. Die Lehrpersonen als wichtige Akteure

Tabelle 8.1
Lehrkräfte an öffentlichen Schulen nach Schulstufe, Geschlecht, Alter, Beschäftigungsgrad 2009/2010
Kanton Luzern

	Lehrpersonen [1]					Anstellungen [2]				Vollzeitäquivalente
	Total	Frauen in %	Altersgruppen in %			Total	Beschäftigungsgrad in %			
			< 30 Jahre	30-49 Jahre	50 + Jahre		90 +	50-89	< 50	
Total	**5 660**	**71,5**	**18,4**	**50,6**	**31,0**	**7 423**	**21,1**	**28,2**	**50,8**	**3 852**
Vorschule	**418**	**99,3**	**29,9**	**52,4**	**17,7**	**419**	**23,2**	**38,4**	**38,4**	**257**
Primarstufe	**2 873**	**82,8**	**21,3**	**48,4**	**30,3**	**3 638**	**18,9**	**28,2**	**52,9**	**1 828**
Regelklasse	**2 418**	81,1	23,9	49,3	26,8	**2 526**	26,0	32,7	41,4	**1 505**
Kleinklasse	**131**	84,7	9,9	44,3	45,8	**211**	10,9	35,1	54,0	**98**
Fachlehrer/innen	**324**	95,1	6,8	42,9	50,3	**901**	1,1	14,1	84,8	**225**
Sekundarstufe I [3]	**1 337**	**49,4**	**15,6**	**48,5**	**35,9**	**2 097**	**21,2**	**23,8**	**55,0**	**1 036**
Sekundarschule	**1 108**	44,0	16,7	46,8	36,5	**1 316**	32,4	27,5	40,0	**799**
Fachlehrer/innen	**229**	76,0	10,5	56,3	33,2	**781**	2,2	17,5	80,3	**237**
Gymnasien [4]	**646**	**39,8**	**5,4**	**64,9**	**29,7**	**672**	**39,9**	**40,2**	**19,9**	**501**
Sonderschule	**386**	**86,3**	**14,8**	**49,2**	**36,0**	**597**	**11,2**	**22,4**	**66,3**	**231**

T4K08T03

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / LUSTAT, Lehrkräftestatistik

[1]Lehrpersonen mit mehreren Anstellungen sind nur auf der Stufe ihres höchsten Pensums gezählt.

[2]Lehrpersonen mit mehreren Anstellungen sind mehrfach gezählt.

[3]Ohne Gymnasium

[4]Gymnasiallehrkräfte: obligatorische und nachobligatorische Stufe

des Bildungssystems unterstützen mit ihrer Arbeit Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, sozialen und emotionalen Entwicklung und öffnen ihnen Türen ins Berufsleben. Im Verständnis der Institutionen der Lehrerbildung gehört es deshalb zu ihrem Auftrag, die zukünftigen Lehrkräfte auf die vielfältigen und teilweise widersprüchlichen Aufgaben vorzubereiten.

Frauenanteil und Altersverteilung

Der Anteil der Frauen ist im Bildungswesen bekannter Weise hoch und bewegt sich zwischen 99,3 Prozent in der Vorschule (Kindergarten) und 39,8 Prozent in den Gymnasien. Frauen wählen besonders häufig den Vorschul-, Primar- und Sonderschulbereich (Tab. 8.1). Auf den höheren Stufen des Bildungswesens und mit höherem Alter der Schülerinnen und Schüler nimmt der Frauenanteil an den Lehrkräften ab. Dieses Phänomen ist nicht luzern- oder schweizspezifisch, sondern es lässt sich in ähnlicher Weise in vielen europäischen Ländern feststellen (Horstkemper 2010: 51).

Rund die Hälfte der Lehrkräfte an den öffentlichen Schulen ist zwischen 30 und 49 Jahre alt, rund 20 Prozent sind jünger als 30 Jahre und 30 Prozent älter als 50 Jahre. Rund ein Drittel der Lehrkräfte wird also in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren in Pension gehen. Dies trifft für alle Schulstufen in ähnlichem Mass zu und bedeutet, dass an den Pädagogischen Hochschulen genügend Ausbildungsplätze geplant und angeboten werden müssen.

Nur eine kleine Minderheit der Lehrpersonen ist vollzeitlich angestellt. Am häufigsten finden sich Vollpensen bei den Gymnasiallehrkräften, mit rund 40 Prozent. Der überwiegende Teil der Lehrpersonen aber arbeitet Teilzeit, im gesamten Volksschulbereich weist gut die Hälfte der Lehrkräfte einen Beschäftigungsgrad von weniger als 50 Prozent auf.

Rund drei Viertel der Studierenden an der PHZ sind Frauen, ihr Anteil ist besonders hoch in den Studienrichtungen Vorschul- und Primarstufe sowie in Schulischer Heilpädagogik

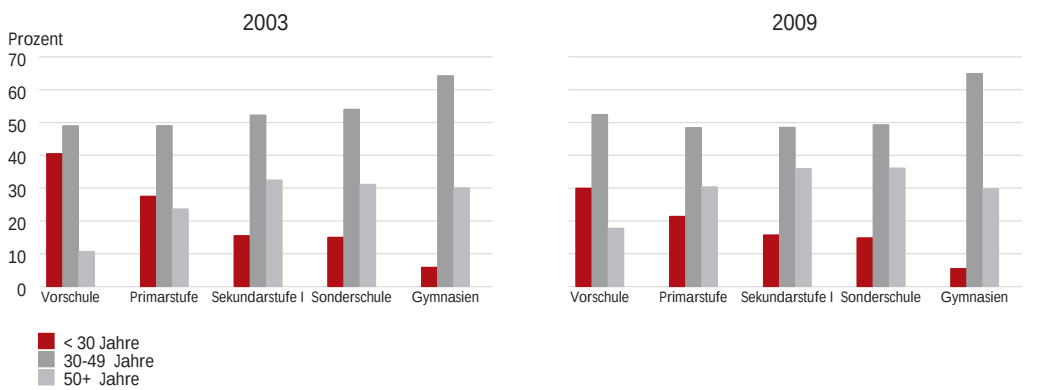
2. Die Ausbildung zur Lehrperson in der Schweiz und in der Zentralschweiz

Die Lehrerinnen- und Lehrerbildung hat im Verlaufe der letzten zehn Jahre grundlegende Veränderungen erfahren. Sie wurde im Zuge der Anpassung an die Bologna-Richtlinien vollständig umgestaltet.

Tertiarisierung und Konzentration der Lehrerbildung

Während die Lehrpersonen für den Kindergarten und für die Primarstufe in vielen Kantonen noch im Jahr 2000 meist auf der Sekundarstufe II an Seminarien unterrichtet wurden, werden sie heute in einem Bachelorstudiengang auf Hochschulniveau ausgebildet. Die Pädagogischen Hochschulen (PH) haben auf der anderen Seite auch den grössten Teil der Ausbildung der Lehrpersonen für die Sekundarstufe I und für gymnasiale Maturitätsschulen sowie für die Heilpädagogik übernommen, die heute allesamt als Masterstudiengänge gestaltet sind. Die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern ist in 14 Pädagogischen Hochschulen organisiert, wovon drei Teil einer Fachhochschule sind, nämlich die Pädagogische Hochschule an der Fachhochschule Nordwestschweiz (PH FHNW), die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) sowie die Alta Scuola Pedagogica Ticino. Zudem sind zwei universitäre Institutionen der Lehrerinnen- und Lehrerbildung (Universität Genève, Universität Freiburg) und zwei eidgenössische Hochschulinstitute (EHB, EHSM) Teil der Schweizerischen Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen (Abb. 8.2).
Mit der Ansiedlung der Lehrerbildung auf tertiärem Niveau, ihrer Konzentration auf regionale Standorte und ihren gesamtschweizerisch durch die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) anerkannten Ausbildungsgänge sollte eine Professionalisierung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung sichergestellt werden (SKBF 2010: 226). Der zentralen Bedeutung, die der Qualifizierung von Lehrpersonen für den Erfolg eines Bildungssystems zukommt, könne so besser entsprochen werden.

Abbildung 8.1
Lehrpersonen an öffentlichen Schulen nach Schulstufe und Altersgruppe
Kanton Luzern



T4K08G05

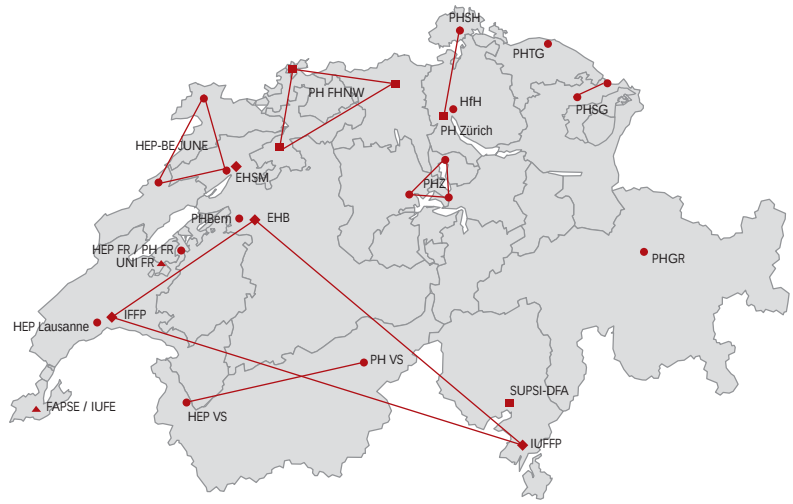
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / LUSTAT, Lehrkräftestatistik

Im Jahr 2009 haben gesamtschweizerisch 2'000 Personen mit dem Bachelortitel und 437 mit dem Mastertitel abgeschlossen. Weitere 940 Personen schlossen in der Schweiz ihre Lehrerausbildung noch ausschliesslich mit einem Diplom ab (ohne Bachelor- oder Masterausweis). Die Zentralschweiz als vergleichsweise kleine Region hat im gleichen Jahr 178 Bachelorabschlüsse und 94 Masterabschlüsse vergeben (Abb. 8.4).

Bildungssystematische Einordnung der Pädagogischen Hochschulen

Aus bildungssystematischer Sicht gehören die Pädagogischen Hochschulen (PH) mit ihren etwa 13'100 Studierenden zu den Fachhochschulen. Als ausschliesslich kantonal finanzierte Hochschulen sind sie den Trägerkantonen unterstellt, für ihre Anerkennung sind sie von der EDK abhängig. Die PH unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich der Grösse, sondern auch hinsichtlich der rechtlichen Grundlagen voneinander. Während zum Beispiel die PH Bern durch ein eigenes Gesetz (PH-Gesetz) geregelt ist und neben der Berner Fachhochschule und der Universität Bern als selbstständige Körperschaft besteht, sind die PH Zürich und die PH der Fachhochschule Nordwestschweiz Teile einer Fachhochschule. Noch einmal anders ist die Situation der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz (PHZ); sie ist derzeit noch im Rahmen eines im Jahr 2000 beschlossenen Konkordats der Zentralschweizer Kantone organisiert und geregelt.

Abbildung 8.2
Standorte der Pädagogischen Hochschulen und Ausbildungsorte
Schweiz



T4K08G55

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Quelle: COHEP

- ● Pädagogische Hochschule (eigenständig)
- ■ Pädagogische Hochschule (als Teil einer Fachhochschule)
- ◆ Berufsbildende Eidgenössische Hochschule
- ▲ Lehrerbildung an einer Universität

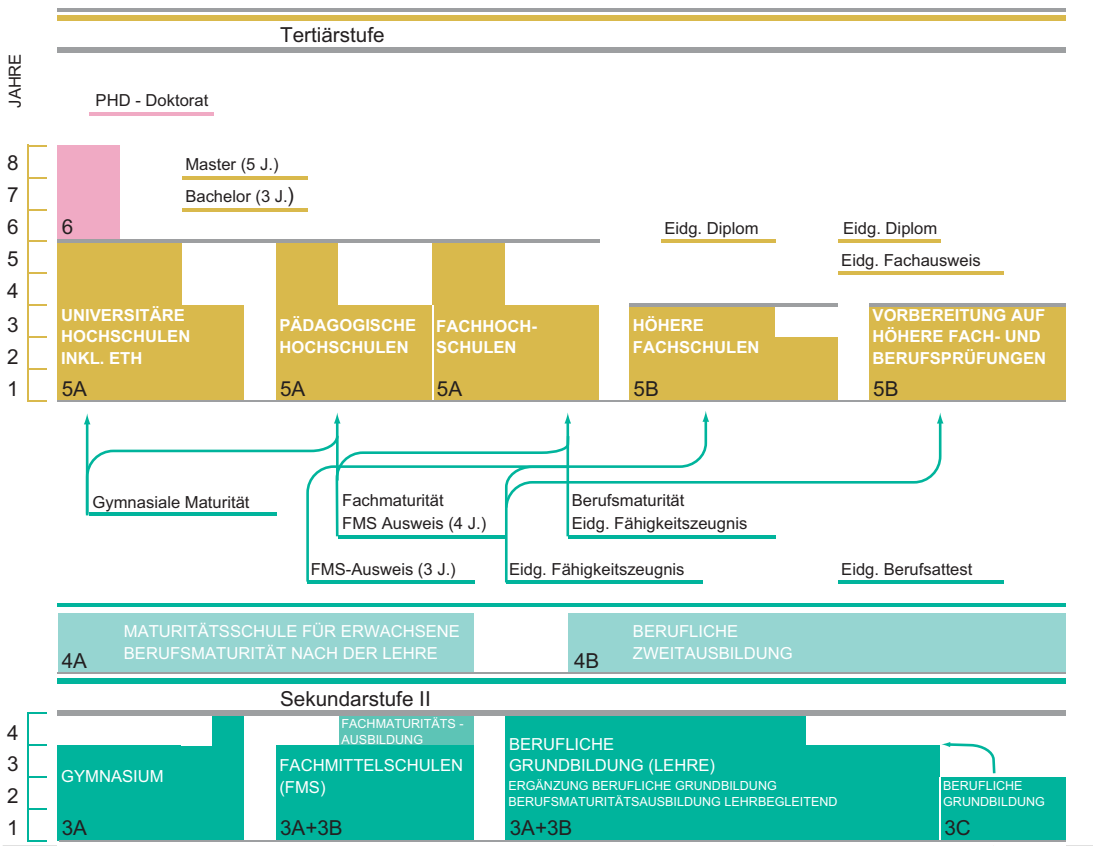
Zukunft des Konkordats

Der Kantonsrat des Kantons Luzern hat den Austritt aus dem PHZ-Konkordat beschlossen und will die PHZ Luzern ohne Konkordat in kantonaler Trägerschaft weiterführen. Die Regierung des Kantons Luzern begründet die Kündigung unter anderem mit unwirtschaftlichen Strukturen, denn es gibt Studiengänge (für Kindergarten und Primarstufe), die auf geografisch engem Raum (Luzern, Zug, Goldau) parallel geführt werden. Die Ausrichtung der Lehrerbildung auf den Bildungsraum Zentralschweiz soll nach dem Willen des Luzerner Regierungsrats und des Kantonsparlaments zukünftig durch Vereinbarungen zwischen den Zentralschweizer Kantonen geregelt werden.

Abbildung 8.3

Die Einbettung der Pädagogischen Hochschulen im Bildungssystem (Gesamtdarstellung vgl. Kapitel 2)

Kanton Luzern



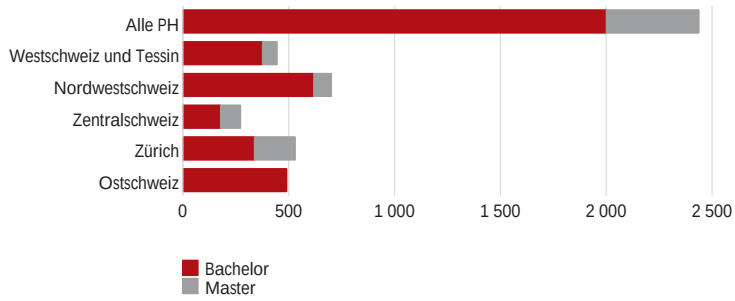
LUSTAT STATISTIK LUZERN

Quelle: EDK – LUSTAT

Luzerner Studierende an Pädagogischen Hochschulen

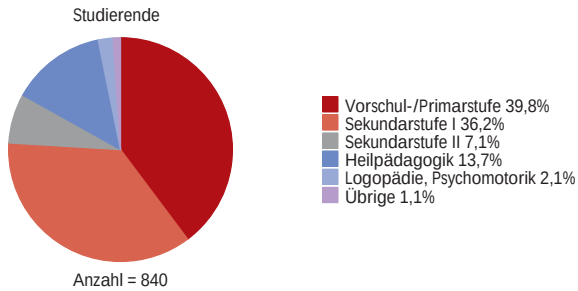
Im Jahr 2009 waren 840 Studierende aus dem Kanton Luzern an einer Pädagogischen Hochschule der Schweiz immatrikuliert. Betrachtet man die Verteilung dieser Studierenden auf die verschiedenen Studiengänge, so wird eine leichte Überzahl von Studierenden für die Sekundarstufe I sichtbar (Abb. 8.5). Dies lässt sich vermutlich durch den zurzeit bestehenden Lehrkräftemangel auf dieser Stufe und entsprechend guten Berufschancen erklären. Zudem bestand ein grosser Nachholbedarf bei der Lehrerinnen- und Lehrerbildung für die Sekundarstufe I im Kanton Luzern. Auch die Anmeldezahlen für die Vorschul- und Primarstufe nahmen im Jahr 2010 zu.

Abbildung 8.4
Bachelor- und Masterabschlüsse an Pädagogischen Hochschulen 2009
Schweiz, Regionen



T4K08G02
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Studierende und Abschlüsse an schweizerischen Hochschulen

Abbildung 8.5
Luzerner Studierende an Pädagogischen Hochschulen nach Studiengang 2009
Schweiz



T4K08G04
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Studierende und Abschlüsse an schweizerischen Hochschulen

B STUDIENGÄNGE UND ERWEITERTER LEISTUNGSAUFTRAG DER PHZ

1. Lehrberuf im Wandel: das moderne Berufsbild

Das Berufsfeld der Lehrer und Lehrerinnen hat sich vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels stark verändert. Dies fordert von den Lehrpersonen hohe Kompetenzen in verschiedenen Aufgabengebieten und die Bereitschaft, die Entwicklung der Schule mitzugestalten (EDK 2008: 34ff.). Das Unterrichten selbst stellt gemäss einer Grundlagenstudie im Auftrag der EDK nurmehr einen Teil der gesamten Berufsaufgaben dar. Hinzugekommen sind vielfältige Anforderungen wie Lerncoaching, Entwickeln der Schule im Schulteam sowie Mitarbeit bei der Organisation und pädagogischen Gestaltung der Schulen. Um dem erweiterten Auftrag im Umgang mit den Kindern und der Kooperation mit Eltern, Fachpersonen und Behörden gerecht zu werden, sind zudem die Bereitschaft und die Fähigkeit zur Kooperation und zur Teamarbeit notwendig (ebd.).

2. Studiengänge

Studiengänge und Studiendauer

An allen ihren Teilschulen Luzern, Zug und Goldau bietet die PHZ heute Bachelorstudiengänge für Lehrpersonen für den Kindergarten und die Unterstufe (1. und 2. Klasse) sowie für die Primarstufe (1. bis 6. Klasse) an. Die Bachelorstudiengänge dauern im Normalfall 6 Semester respektive 3 Jahre. Die PHZ Luzern führt zudem Masterstudiengänge für die Sekundarstufe I (S1) und für Schulische Heilpädagoginnen und Heilpädagogen. Weiter beteiligt sie sich an Masterstudiengängen der Hochschule Luzern und der Universität Luzern zur Lehrbefähigung auf der Sekundarstufe II. Die Masterstudiengänge der PHZ Luzern sind insgesamt auf 9 Semester ausgelegt und dauern somit minimal 4,5 Jahre.

Unterrichtsbefähigung

Im Studiengang Kindergarten/Unterstufe werden die Studierenden für alle Fächer und Bereiche in Kindergarten und Unterstufe der Primarschule ausgebildet, im Studiengang Primarstufe für 7 von 10 Fächern der Primarstufe und im Studiengang Sekundarstufe I für vier Fächer.

Diplomerweiterungsstudien für zusätzliche Lehrbefähigung in einzelnen Fächern

Zudem bietet die PHZ sowohl für Primar- als auch für Sekundarlehrpersonen Diplomerweiterungsstudien an, die den Erwerb zusätzlicher Unterrichtsbefähigungen für einzelne Fächer ermöglichen. Als Zulassung gilt ein von der EDK anerkanntes Stufendiplom.

Stufenwechsel durch Weiterbildung

Für Personen mit einem Lehrdiplom, die einen Stufenwechsel anstreben, bietet die PHZ spezielle Studienprogramme an. Die Studienprogramme orientieren sich an den Zielen und Standards des jeweiligen Regelstudiengangs, sind berufsbegleitend konzipiert und berücksichtigen die persönliche Vorbildung und die Berufserfahrung der Lehrpersonen.

Angebote zur Ausbildung von Lehrpersonen

Zur Ausbildung von Lehrpersonen existieren die folgenden Angebote:

- Bachelorstudiengang Kindergarten/Unterstufe
- Bachelorstudiengang Primarstufe
- Masterstudiengang Sekundarstufe I
- Masterstudiengang Schulische Heilpädagogik
- Diplomerweiterungsstudien für die Primarstufe und Sekundarstufe I
- Berufsbegleitendes Bachelorstudium Kindergarten-Unterstufe für diplomierte Lehrpersonen
- Berufsbegleitendes Bachelorstudium Primarstufe für diplomierte Lehrpersonen
- Berufsbegleitendes Masterstudium Sekundarstufe I für Personen mit einem Lehrdiplom

Lehrpersonen mit einem ausländischen Lehrdiplom können zudem die von der EDK definierten Ausgleichsmassnahmen zur schweizerischen Anerkennung ihrer Diplome an der PHZ absolvieren. Dazu müssen sie die von der EDK festgeschriebenen einzelnen Module im Rahmen des Regelstudiengangs besuchen.

Junglehrerinnen und Junglehrer freuen sich an ihrer Diplomfeier über den erfolgreichen Studienabschluss

3. Zulassungsvoraussetzungen

Gleichwertige Zugangswege

Der Zugang zum Studium an der PHZ Luzern ist über drei gleichwertige Wege möglich:

- eine gymnasiale Matura
- eine Fachmatura Berufsfeld Pädagogik (nur KU/PS)
- ein Aufnahmeverfahren.

Zum Aufnahmeverfahren können sich Interessierte anmelden, die über einen der folgenden Abschlüsse verfügen:
- eine eidgenössisch anerkannte Berufsmaturität
- ein anerkanntes Diplom einer dreijährigen Diplom- oder Handelsdiplom-mittelschule plus drei Jahre Berufserfahrung
- einen Abschluss einer mindestens dreijährigen anerkannten Berufsausbildung und über eine daran anschliessende dreijährige Berufserfahrung.

Bei einer Aufnahme mit einer gymnasialen Matura sind die gewählten Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer nicht von Bedeutung. Eine Aufnahme ist mit jeder gymnasialen Matura gleichwertig möglich.
Kandidatinnen und Kandidaten ohne gymnasiale Matur können je nach Vorbildung in einem erweiterten Aufnahmeverfahren Zugang zu den Ausbildungsgängen der PHZ Luzern erhalten. Dieses Aufnahmeverfahren beinhaltet ein Zuweisungsgespräch, einen einjährigen Vorbereitungskurs und die Eintrittsprüfung.

Die PHZ Luzern bietet verschiedene Vorbereitungskurse für das Studium in den einzelnen Lehrgängen an:

Vorbereitungskurs Niveau I

Der Vorbereitungskurs Niveau I (ca. 945 Arbeitsstunden) ist berufsbegleitend und hat das Ziel, die Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer in der Ergänzung der Allgemeinbildung gezielt zu unterstützen und ihre Studierfähigkeit zu gewährleisten. Der Vorbereitungskurs bereitet auf die einheitliche, regional durchgeführte Eintrittsprüfung Niveau I der PHZ vor. Der erfolgreiche Abschluss gewährleistet den Zugang zum PHZ-Studium Kindergarten/Unterstufe oder Primarstufe.

Vorbereitungskurs Niveau II

Der Vorbereitungskurs Niveau II ist als einjähriger Vollzeitkurs konzipiert (ca. 1’500 Arbeitsstunden). Er gewährleistet nach erfolgreichem Abschluss der Eintrittsprüfung Niveau II den Zugang zum Masterstudium Sekundarstufe I an der PHZ Luzern. Präsenzunterricht, Hausaufgaben, Selbststudium und das Verfassen von zwei theoretischen Vertiefungsarbeiten ergänzen gezielt die Allgemeinbildung und gewährleisten die Studierfähigkeit auf dem geforderten Niveau.

Schulische Heilpädagogik

Für die Aufnahme in den Masterstudiengang Schulische Heilpädagogik sind im Gegensatz zu den anderen Studiengängen mindestens zwei Jahre unterrichtspraktische Erfahrung an Regelklassen vorzuweisen.

Diplomerweiterungsstudien

Die Diplomerweiterungsstudien für zusätzliche Fächer stehen allen offen, die bereits über ein von der EDK anerkanntes Lehrdiplom für die Primar- oder Sekundarstufe I verfügen. Primarlehrpersonen mit seminaristischem Diplom stehen die Fachstudien Englisch, Französisch und Ethik & Religionen offen.

4. Weiterbildung, Forschung und Entwicklung, Dienstleistungen

Neben der Lehrpersonenausbildung betreibt die PHZ im Rahmen des erweiterten Leistungsauftrags Forschung und Entwicklung und bietet Weiterbildungen, Zusatzausbildungen und Dienstleistungen an.

Weiterbildungsangebote der PHZ Luzern

Die Weiterbildungsangebote der PHZ Luzern ermöglichen Lehrpersonen, Schulleitenden und weiteren Fachpersonen im Schulbereich ihre Kompetenzen zu vertiefen, zu erweitern oder sich gezielt neues Wissen auf einem neuen Gebiet anzueignen. Die PHZ begleitet die Weiterentwicklung, unterstützt den Professionalisierungsprozess und das lebenslange Lernen. Durch die Umsetzung bildungspolitischer, wissenschaftlicher, fachlicher und didaktischer Innovationen soll eine qualitativ hochstehende Unterrichts-, Personal- und Schulentwicklung gewährleistet werden.
Im Schuljahr 2008/2009 haben über 9'000 Personen während umgerechnet gut 59'000 Halbtagen von den Weiter- und Zusatzausbildungsangeboten der PHZ Luzern profitiert (Tab. 8.2). Dabei machen sequenzierte Weiterbildungskurse (meist fachliche Weiterbildungen an einzelnen freien Nachmittagen) und Modulbesuche von Zusatzausbildungen (MAS, CAS) zusammen etwas mehr als die Hälfte der besuchten Angebote aus (PHZ Luzern 2009a). Im Mehrjahresvergleich wird eine Verschiebung erkennbar: Weiterbildungskurse werden etwas weniger genutzt, aber umfangreichere Zusatzausbildungen haben klar zugelegt (ebd.).

Zentrum Gesundheitsförderung

Im Leistungsbereich Weiterbildung und Zusatzausbildungen ist zudem das Zentrum Gesundheitsförderung mit den Kompetenzzentren Schulklima und Sexualpädagogik angesiedelt.

Tabelle 8.2
Weiterbildung und Zusatzausbildungen 2008/2009
PHZ Luzern

Angebote	Kurse	Kurs-halbtage	Teil-nehmende	Personen-halbtage
Total	585	3 996	9 223	59 285
Festausgeschriebene sequenzierte Kurse	293	1 169	4 596	18 137
Kurse der Weiterbildungswoche Frühling 2009	20	145	334	2 349
Holkurse	56	220	976	3 774
Initiativkurse	33	110	660	2 146
Vollzeitkurse	74	341	1 205	5 242
Spezialisierungsstudien	9	107	22	290
Berufseinführung	22	154	232	1 629
Weiterbildung von Schulleitungen	21	91	299	1 333
Langzeitkurse	4	325	55	5 360
Kurse für Mittelschullehrpersonen	8	78	112	1 156
Weiterbildung für Berufsschullehrpersonen	2	4	79	158
Module von Zusatzausbildungen	28	1 133	401	14 956
Aus- und Weiterbildung von Praxislehrpersonen	13	48	196	767
Zusatzausbildungen Schulische Heilpädagogik	2	71	56	1 988

T4K08T08

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: PHZ Luzern

Forschung und Entwicklung in sechs Schwerpunkten

Die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz PHZ betreibt berufsfeldbezogene Forschung und Entwicklung. Einerseits leistet die PHZ damit einen Beitrag zur wissenschaftlichen Theoriebildung, andererseits unterstützt sie die Konkordatskantone, die Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz sowie weitere interessierte Kantone, Schulträger und Bildungsinstitutionen bei der Weiterentwicklung des Bildungswesens. Die sechs Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkte der PHZ werden in insgesamt sechs Instituten (drei Institute in Luzern, zwei in Zug und eines in Goldau) bearbeitet.

F+E-Institute an der PHZ Luzern

An der Teilschule PHZ Luzern werden drei Forschungs- und Entwicklungsbereiche gepflegt: Lehren und Lernen (inkl. Fachdidaktiken), pädagogische Professionalität und Schulkultur sowie die Heterogenität in Schule und Unterricht. Entsprechend gibt es drei F+E-Institute:

- Institut für Lehren und Lernen (ILeL),
- Institut für Pädagogische Professionalität und Schulkultur (IPS),
- Institut für Schule und Heterogenität (ISH).

Am ILeL wurden in den letzten Jahren eine Reihe bedeutsamer didaktischer Forschungs- und Entwicklungsprojekte durchgeführt, insbesondere im Fach Geografie, in den Naturwissenschaften, im Fach Deutsch und in den Fremdsprachen. Im ILeL wurde mittels einer mehrjährigen Nationalfondsstudie evaluiert, welche Effekte die Einführung von Frühenglisch an den Zentralschweizer Primarschulen hat.

Im IPS läuft unter anderem aktuell eine internationale Studie der IEA (International Association for the Evaluation of Educational Achievement) über die fachlichen und didaktischen Kompetenzen angehender Mathematiklehrpersonen. Als Beispiel für das ISH seien die kürzlich durchgeführte Evaluation der Sekundarstufe I für den Kanton Luzern und die Nationalfondsstudie zum

An der PHZ beschäftigen sich die angehenden Lehrerinnen und Lehrer ...

Ausschluss von behinderten Kindern in integrativen und nichtintegrativen Schulklassen herausgegriffen. Dieses Institut unterstützt zudem das Luzerner Projekt „Schulen mit Zukunft“ durch sogenannte Fachtandems und entwickelt zuhanden verschiedener Kantone sowie einzelner Schulen Konzepte für einen adäquaten Umgang mit der heterogenen Schülerschaft.

Dienstleistungsangebote der PHZ Luzern

Die Dienstleistungsangebote der PHZ Luzern unterstützen die Weiterentwicklung und Optimierung der pädagogischen Arbeit im Bildungswesen der Zentralschweiz und darüber hinaus. Die Dienstleistungsangebote der PHZ umfassen im Wesentlichen:

- Beratungen in Themen des Berufsfeldes (z.B. Fachberatungen und Medienberatung für Lehrpersonen),
- Informations- und Dokumentationsangebote (Pädagogische Medienzentren in Luzern und Sursee, Studienbibliothek an der PHZ Luzern) und
- diverse weitere Dienstleistungen für Externe (Lehrpersonen, Schulleitungen, Schulträger, Fachhochschulen, Kantone etc.) und Interne (Studierende, Dozierende, Mitarbeitende). Dazu gehören die Angebote der psychologischen Beratungsstelle, des Tagungs-, Event- und Publikationsmanagements und der Zentren E-Learning, Theaterpädagogik, Medienbildung sowie Menschenrechtsbildung (PHZ Luzern 2009b).

... mit der Frage nach den verschiedenen Formen der Wissensvermittlung

C STUDIERENDE UND MITARBEITENDE DER PHZ

1. Studierende

Die PHZ ist in den vergangenen Jahren, auch nach der ersten Aufbauphase, stark gewachsen, seit 2007 um insgesamt 22 Prozent (Abb. 8.6). Mehr als zwei Drittel aller Studierenden der PHZ sind an der Teilschule Luzern immatrikuliert. Im Jahr 2009 studierten an der PHZ Luzern 1'210 Personen im Bachelor- oder Masterstudiengang, dazu kommen 16 Studierende in Diplomerweiterungsstudien. Die grösste Gruppe in Bachelor- und Masterstudien stellt die Studienrichtung Sekundarstufe I mit 585 Studierenden dar, gefolgt von den Studienrichtungen Vorschul-/Primarstufe mit 449 Studierenden und der Schulischen Heilpädagogik mit 176 Studierenden. 36 Personen studieren ein Zusatzfach.

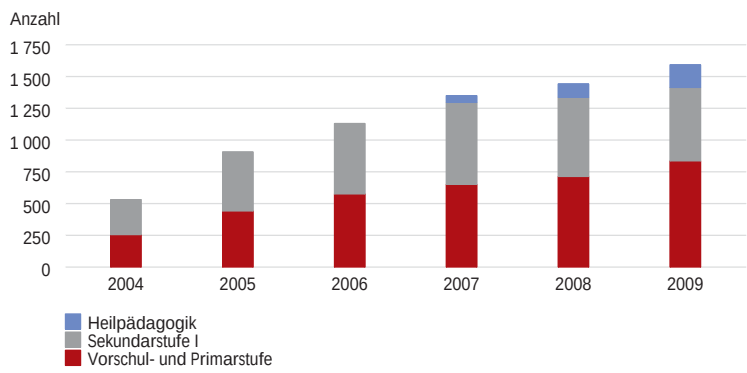
Ausgeprägter Frauenanteil

Rund drei Viertel der Studierenden sind Frauen, ihr Anteil ist insbesondere in den Studienrichtungen Vorschule/Primarstufe und Schulische Heilpädagogik ausgeprägt. Aus bildungsökonomischer Sicht wird der unterschiedliche Anteil der Geschlechter mit der unterschiedlichen Bildungsrendite erklärt: Für Frauen mit Studium sind alternative Karrieren finanziell fast durchgehend weniger vorteilhaft als für Männer. In weiten Teilen der Privatwirtschaft wirken sich Teilzeitarbeit respektive reduzierte Anstellungen während der Kinderphase, aber auch Lohndiskriminierung stärker aus als in den Lehrberufen (vgl. Wolters/Denzler 2003). Diese ökonomische Erklärung schliesst natürlich nicht aus, dass Frauen auch häufiger als Männer inhaltlich an den mit dem Lehrberuf verbundenen Tätigkeiten interessiert sind.

Vorbildung: mehrheitlich gymnasiale Maturität

In den Studienrichtungen Vorschul- und Primarstufe haben rund 60 Prozent der Studierenden eine gymnasiale Matura. Im Studiengang für die Sekundarstufe I verfügen 80 Prozent über eine gymnasiale Matura oder einen Primarlehrabschluss. Die übrigen Studierenden wurden aufgrund anderer Ausweise oder einer vollständigen Aufnahmeprüfung aufgenommen.

Abbildung 8.6
Studierende an der PHZ nach Studiengang seit 2004
Luzern, Zug, Goldau



T4K08G03

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Studierende und Abschlüsse an schweizerischen Hochschulen

In der Studienrichtung Schulische Heilpädagogik verfügen die Studierenden in der Regel über ein Primarlehrdiplom oder über ein anderes schweizerisch anerkanntes Lehrdiplom. Der Anteil der Studierenden mit gymnasialer Matur bei der Studienrichtung Vorschul- und Primarstufe ist verglichen mit anderen Pädagogischen Hochschulen durchschnittlich (SKBF 2010). Der Anteil der Studierenden mit gymnasialer Maturität ist in der Westschweiz und im Tessin deutlich höher als in der Deutschschweiz (SKBF 2010). Das trifft auch auf den Anteil der Maturandinnen und Maturanden zu. Die Anteile schwanken zwischen rund 30 Prozent in der Pädagogischen Hochschule der FH Nordwestschweiz bis zu 90 Prozent an der Alta Scuola Pedagogica Ticino. Der Anteil von Studierenden mit einem ausländischen Ausweis ist in allen Studienrichtungen gering, sie machen an der PHZ Luzern 14,5 Prozent aus.

Tabelle 8.3

Studierende an der PHZ Luzern nach Zulassungsberechtigung, Studienrichtung und Geschlecht 2009

PHZ Luzern

Studienberechtigung	Insgesamt		Studiengang					
	Total	Frauen	Vorschul-/Primarst.		Sekundarstufe I		Heilpädagogik	
			Total	Frauen	Total	Frauen	Total	Frauen
Insgesamt	**1 210**	**905**	**449**	**400**	**585**	**356**	**176**	**149**
Gymnasiale Maturität	651	493	248	230	395	255	8	8
Primarlehrdiplom	199	130	—	—	74	30	125	100
Berufsmaturität	26	13	17	11	9	2	—	—
Fachmaturität EDK	62	53	62	53	—	—	—	—
Andere schweiz. Abschlüsse	65	60	11	10	14	11	40	39
Ausländischer Ausweis	176	134	98	85	77	48	1	1
Vollst. Aufnahmeprüfung	31	22	13	11	16	10	2	1

T4K08T02 LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BFS / SHIS - Studierende und Abschlüsse an schweizerischen Hochschulen

Tabelle 8.4

Studierende an Seminarien und PHZ Luzern nach Geschlecht, Studiengang und Wohnort seit 2001

PHZ Luzern

	Insgesamt				Wohnkanton *					
	Total	davon in Prozent			Kanton Luzern		übr. Zentralschweiz		And. Wohnort	
		Frauen	Vor-, Primarstufe	Ausländer/in	Absolut	in %	Absolut	in %	Absolut	in %
2001	**882**	78,1	82,9	2,8	729	82,7	119	13,5	34	3,9
2002	**920**	77,3	80,0	2,6	737	80,1	138	15,0	45	4,9
2003	**700**	78,1	78,9	3,3	544	77,7	112	16,0	44	6,3
2004	**911**	72,9	55,5	3,2	610	67,0	223	24,5	78	8,6
2005	**970**	70,9	44,1	4,0	570	58,8	289	29,8	111	11,4
2006	**899**	68,2	39,9	3,6	509	56,6	274	30,5	116	12,9
2007	**986**	70,1	30,9	5,7	500	50,7	340	34,5	146	14,8
2008	**1 056**	73,5	32,2	5,1	544	51,5	348	33,0	164	15,5
2009	**1 210**	74,8	37,1	4,6	640	52,9	390	32,2	180	14,9

T4K08T01 LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BFS / SHIS - Studierende an schweiz. Hochschulen, Statistik der Schüler und Studierenden

* in Seminarien: Wohnkanton, in PH: Wohnkanton vor Studienbeginn

Wenig ausländische Studierende, viele Studierende aus der Zentralschweiz

Auch Studierende schweizerischer Nationalität können einen ausländischen Ausweis als Zulassungsvoraussetzung haben. Von den rund 1'200 Studierenden waren im Jahr 2009 lediglich 4,3 Prozent mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft an der PHZ eingeschrieben.
Die Studierenden der PHZ Luzern stammen überwiegend aus der Zentralschweiz (85,1 %). Auch im schweizerischen Mittel stammen gut 80 Prozent der Studierenden aus der jeweiligen Trägerregion (SKBF 2010: 229). Die Mobilität unter den Studierenden an den Pädagogischen Hochschulen ist also generell eher gering, besonders klein aber ist sie an den Hochschulen mit interkantonaler Trägerschaft wie der PHZ (Tab. 8.4 und 8.5).

Bedarfssicherung für die Zukunft

Laut Schätzungen des BFS liegt die jährliche Flukuationsrate bei den Lehrkräften in den nächsten Jahren bei rund bei 5 bis 6 Prozent. Die durch Rücktritte von über 55-jährigen Lehrkräften (Pensionierungen) verursachte Fluktuation wird in den nächsten zehn Jahren pro Jahr bei rund 3,2 Prozent liegen. Weitere 2,3 Prozent an Fluktuation werden durch andere Berufsausstiege erwartet. Die abtretenden Lehrkräfte müssen weitgehend durch neu ausgebildete ersetzt werden. Stellt man in Rechnung, dass nicht alle Studierenden ihre Ausbildung erfolgreich abschliessen, müssten die Pädagogischen Hochschulen 6 Prozent des bestehenden Lehrkörpers ausbilden, um den Bedarf zu decken (SKBF 2010: 227). Bei etwa 5'000 Lehrkräften sind das etwa 300. Aufgrund der derzeitigen und der prognostizierten Abgängerzahlen der Pädagogischen Hochschulen (Abb. 8.7) erscheint es fraglich, ob der (hohe) Bedarf an neuen Lehrkräften dereinst gedeckt werden kann. Genaue Vorhersagen sind allerdings schwierig, denn nicht anders als die Fluktuati-

Neben der Freude an der Vermittlung von Wissen erfordert der Lehrberuf auch Verantwortungsbereitschaft, Stressresistenz, Durchsetzungsfähigkeit und viel Kreativität

onsraten bei den Lehrberufen sind die Anmeldungen für das Lehrerstudium starken konjunkturbedingten Schwankungen ausgesetzt. Die Prognosen des Bundesamts für Statistik stützen diese Sicht. An der Pädagogischen Hochschule Luzern werden bis 2016 mehr als 450 Neueintritte jährlich zu erwarten sein. Danach wird sich diese Zahl leicht zurückbilden. Die Erstabschlüsse werden bis 2013 auf rund 300 ansteigen und danach stagnieren. Das bedeutet, dass ab etwa 2013 jährlich rund 300 Junglehrer und Junglehrerinnen für den Eintritt ins Bildungssystem bereit wären. Zieht man in Betracht, dass davon nur die Hälfte den Wohnsitz im Kanton Luzern hat und ein Teil ein Masterstudium anstreben wird, reduziert sich das prognostizierte Nachwuchspotenzial für den Kanton Luzern deutlich. Auch bei dem zu erwartenden Rückgang der Schülerzahlen aufgrund der demografischen Entwicklung wäre der Erneuerungsbedarf von etwa 300 Lehrkräften jährlich damit noch nicht zu decken, auch wenn Luzernerinnen und Luzerner auch an anderen Pädagogischen Hochschulen der Schweiz studieren.

Tabelle 8.5

Studierende an der PHZ Luzern nach Studiengängen 2009

PHZ Luzern

Angebote	Total		Studiengang									
			KU		PS		S1		SHP		SF/PF	
	absolut	Prozent	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Anzahl Studierende	**1 210**	100,0	91	7,5	358	29,6	569	47,0	177	14,6	15	1,2
davon Frauen	**905**	74,8	90	98,9	306	85,5	350	61,5	148	83,6	11	73,3
Anteil Zentralschweizer Kantone	**1 060**	87,6	79	86,8	318	88,8	485	85,2	163	92,1	15	100,0
Anzahl FHV-/RSA-Kantone	**150**	12,4	12	13,2	40	11,2	84	14,8	14	7,9	—	—
Ausland	**52**	4,5	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Studienanfänger/innen	**375**	31,0	37	40,7	162	45,3	96	16,9	76	42,9	4	26,7

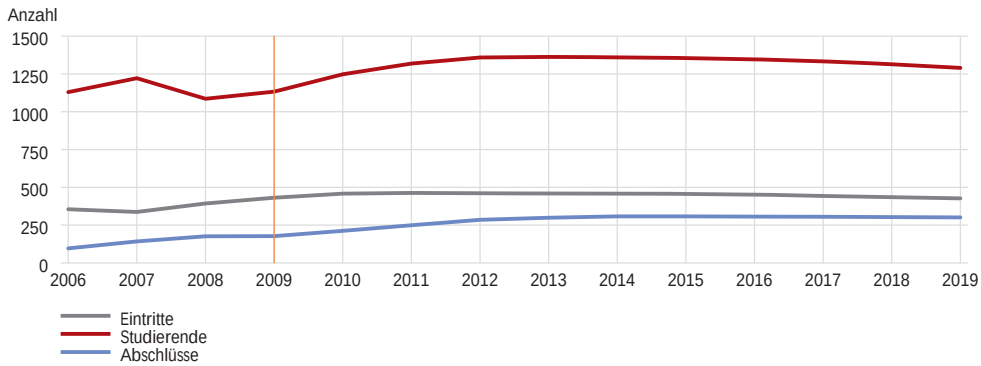
T4K08T07

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: PHZ Luzern

Abbildung 8.7

Eintritte, Studierende und Erstabschlüsse auf dem Niveau Diplom, Bachelor bis 2019

Pädagogische Hochschule Zentralschweiz



T4K08G51

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Bildungsperspektiven, SCENARIO

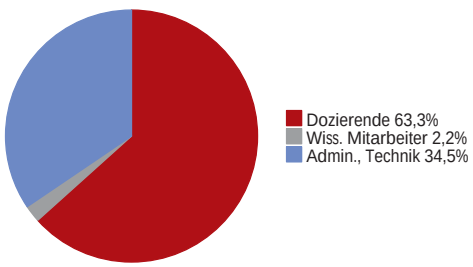
2. Personal in Lehre, Forschung, Administration und technischem Support

2009 waren insgesamt 359 Personen an der PHZ Luzern angestellt, was in Vollzeitäquivalenten 212 Stellen entsprachen. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Anzahl der Mitarbeitenden von 340 leicht auf 359 Personen an. 239 oder rund zwei Drittel der Mitarbeitenden wirkten als Dozierende sowie Professorinnen und Professoren in der Ausbildung. 30 Prozent der Angestellten waren in der Administration sowie im technischen Support tätig. Lediglich 3,4 Prozent der Anstellungen entfielen auf wissenschaftliche Mitarbeitende; sie sind vorwiegend für Forschung und Entwicklung angestellt. Die Mehrheit der in der Forschung und Entwicklung tätigen 50 Personen sind allerdings als Dozierende in der Ausbildung tätig. Sie werden in der Statistik dort und nicht in der Kategorie der wissenschaftlichen Mitarbeitenden erfasst.

Qualifikation der Dozierenden

Die Qualifikationen der Dozierenden sind sehr heterogen. Schweizweit verfügen gut 60 Prozent der PH-Dozierenden über einen Universitätsabschluss, von diesen hat ein Drittel promoviert oder habilitiert (also rund 20 Prozent aller Dozierenden). Diese Qualifikationsstruktur der Dozierenden ist bedingt durch den Übergang von den ehemaligen Seminarien zu den Pädagogischen Hochschulen. Die Schweizerische Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen (COHEP) strebt beim Lehrpersonal der Pädagogischen Hochschulen mittelfristig eine Erhöhung des Anteils der universitären Hochschulabschlüsse an.
Die PHZ fördert im Rahmen ihrer Möglichkeiten einerseits Dissertationsprojekte von Dozierenden, sie werden jeweils an einer universitären Hochschule durchgeführt. Andererseits haben Dozierende die Möglichkeit, Forschungsprojekte einzureichen, die nach positivem Begutachtungsergebnis von der Hochschule gefördert werden.

Abbildung 8.8
Vollzeitäquivalente nach Personalkategorie 2009
Pädagogische Hochschule Zentralschweiz, Luzern



T4K08G09
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: PHZ

Tabelle 8.6
Personal nach Kategorien 2009
Pädagogische Hochschule Zentralschweiz, Luzern

Personalkategorie	Personen	Vollzeitäquivalente
Insgesamt	359	211,7
Professor/innen, Dozierende	239	134,1
Wissenschaftliche Mitarbeiter/innen	12	4,6
Administratives, technisches Personal	108	73,0

T4K08T09
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: PHZ

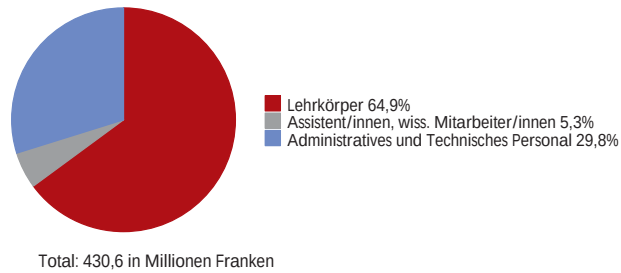
3. Kosten

Die Lehrkräfteausbildung der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz hat im Jahr 2008 Vollkosten von insgesamt 71,3 Millionen Franken generiert (PHZ 2008). Dies entspricht 13,3 Prozent der schweizweit für die Lehrkräfteausbildung aufgewendeten Beträge.
Die Personalkosten fallen mit 53,8 Millionen Franken am stärksten ins Gewicht (PHZ 2008). Die finanziellen Aufwendungen für das Personal entsprechen somit einem Anteil von 76 Prozent an den Gesamtkosten. Im gesamtschweizerischen Vergleich sind die Personalkosten prozentual leicht höher, die Infrastrukturkosten etwas tiefer. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Infrastrukturkosten nicht überall gleich erhoben werden, was die Vergleichbarkeit erschwert.

Abbildung 8.9
Vollkosten der Lehrkräfteausbildung nach Kostenart 2008
Schweiz

T4K08G07
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BBT Finanzreporting

Abbildung 8.10
Personalkosten der Lehrkräfteausbildung nach Personalkategorie 2008
Schweiz



T4K08G08
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BBT Finanzreporting

In der gesamten Schweiz betrugen die Vollkosten für die Ausbildung von Lehrkräften im Jahr 2008 gut eine halbe Milliarde Franken (537,3 Mio. Fr.). Die Personalkosten beanspruchten mit rund 80 Prozent den grössten Anteil der finanziellen Mittel. Die Sachkosten mit 13,2 Prozent und die kalkulatorischen Infrastrukturkosten mit 6,7 Prozent fallen vergleichsweise wenig ins Gewicht.

Der Lehrkörper (Professoren und Professorinnen sowie übrige Dozierende) verursacht etwa zwei Drittel der Personalkosten. Der Anteil der Kosten der administrativen, technischen und wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Assistierenden ist demgegenüber deutlich kleiner.

Tabelle 8.7

Kostenindikatoren der Lehrkräfteausbildung seit 2006

Schweiz

	Basis Betriebskosten und Betreuungsverhältnis		Basis Betriebskosten	Basis Vollkosten	
	Kosten-indikator I [1]	Betreuungs-verhältnis [2]	Kosten-indikator II [3]	Kosten-indikator I [1]	Kosten-indikator II [3]
2006	36 531,7	9,3	40 045,2	...	...
2007	27 147,3	11,4	30 349,0	28 452,2	31 808,8
2008	29 623,6	10,1	34 100,7	31 278,6	35 983,9

T4K08T04

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BBT Finanzreporting, BFS / SHIS Studierenden- und Personalstatistik

[1]Kosten der Lehre in der Grundausbildung dividiert durch Studierende in der Grundausbildung.

[2]Studierende in der Grundausbildung dividiert durch Vollzeitäquivalente des akademischen Personals in Lehre Grundausbildung.

[3]Summe der Kosten der Lehre in der Grundausbildung und Forschung dividiert durch Studierende in der Grundausbildung.

D SYNTHESE

Ausbildung

Die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer hat sich während der letzten zehn Jahre grundlegend verändert. Für Lehrkräfte des Kindergartens und der Primarstufe erfolgt sie nicht mehr auf der Sekundarstufe II an den Seminarien, sondern als Bachelorstudiengang an den auf Tertiärstufe angesiedelten Pädagogischen Hochschulen. Die Ausbildung der Lehrpersonen der Sekundarstufe I und für Schulische Heilpädagogik erfolgt als Masterstudiengang an denselben Institutionen.

Studierende

Im Jahr 2009 studierten an der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz Luzern 1'210 Personen. Die grösste Gruppe stellte dabei der Studiengang Sekundarstufe I mit 585 Studierenden, gefolgt von den Studiengängen für Vorschule/Unterstufe und Primarstufe mit 449 und dem Studiengang für Schulische Heilpädagogik mit 176 Studierenden. Rund drei Viertel der Studierenden an der PHZ sind Frauen.

Erweiterter Leistungsauftrag

Neben der Ausbildung von Lehrpersonen betreibt die PHZ im Rahmen des erweiterten Leistungsauftrags Forschung und Entwicklung und bietet Weiter- und Zusatzausbildungen sowie Dienstleistungen an. Im Schuljahr 2008/2009 besuchten über 9'000 Personen Weiterbildungsangebote und Zusatzausbildungen an der PHZ.

Hochschulpersonal

Im Jahr 2009 waren 359 Personen an der PHZ Luzern tätig, knapp zwei Drittel als Dozierende, ein Drittel in Administration und Technik. Rund 50 Dozierende wirken auch in Forschung und Entwicklung mit, wie auch die Mehrheit der 3,4 Prozent wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Kosten

2008 löste die PHZ (über alle drei Standorte) Kosten in der Höhe von 71,3 Millionen Franken aus. Die Personalkosten fallen mit einem Anteil von 76 Prozent an den Gesamtkosten am stärksten ins Gewicht.

Lehrkräftebedarf

Im Kanton Luzern sind aktuell rund 5'000 Lehrkräfte auf den verschiedenen Stufen der öffentlichen Volksschule (Kindergarten, Primarstufe, Sekundarstufe I) tätig. Die jährliche Fluktuation durch Rücktritte von über 55-jährigen Lehrkräften und andere Berufsausstiege wird in den nächsten 10 Jahren bei 5,5 Prozent liegen. Stellt man in Rechnung, dass nicht alle Studierenden ihre Ausbildung abschliessen, müssten die PH jährlich 6 Prozent des bestehenden Lehrkörpers ausbilden. Das entspricht etwa 300 Neulehrerinnen und Neulehrern jährlich.

Zukünftige Entwicklung

Auch nach der ersten Aufbaubauphase ist die PHZ stark gewachsen, seit 2007 um insgesamt 22 Prozent, mit jährlichen Wachstumsraten zwischen 7,1 und 14,5 Prozent. Bis 2016 wird mit jährlichen Neueintritten von mehr als 450 Personen gerechnet. Ab 2013 werden jährlich rund 300 Junglehrer und Junglehrerinnen für den Eintritt ins Bildungssystem bereit sein. Da nur gut die Hälfte der an der PHZ Studierenden im Kantons Luzern wohnt, wäre der jährliche Erneuerungsbedarf von etwa 300 Lehrkräften damit nicht zu decken, auch wenn Luzernerinnen und Luzerner auch an anderen Pädagogischen Hochschulen der Schweiz studieren.

Hauptgebäude der Universität Luzern beim Bahnhof

9. KAPITEL

UNIVERSITÄT

A DIE UNIVERSITÄRE AUSBILDUNG IN DER SCHWEIZ

1. Universitäten – Leitbilder im Wandel
2. Das schweizerische Universitätssystem
3. Die Universität Luzern – Geschichte und Etablierung
4. Datenlage, Hochschulindikatoren und Abgrenzungen

B STUDIERENDE UND ABSCHLÜSSE

1. Überblick schweizerische universitäre Hochschulen
2. Universität Luzern

C PERSONAL UND FINANZIERUNG

D FORSCHUNG

E SYNTHESE

A DIE UNIVERSITÄRE AUSBILDUNG IN DER SCHWEIZ

1. Universitäten – Leitbilder im Wandel

Die Universitäten sind Organisationen, in denen seit Jahrhunderten Wissenschaften betrieben werden. In den Universitäten findet die Systematisierung und Weiterentwicklung der Wissenschaften statt (die Forschung), und hier wird die Ausbildung in den Wissenschaften (die Lehre) angeboten.

Das Humboldtsche Bildungsideal

Das besondere Verständnis von Universitäten als Organisationen der höheren Bildung manifestiert sich in ihren Leitbildern. Entsprechend manifestiert sich an den Veränderungen der Leitbilder der Wandel der modernen Universitäten. Vor über 200 Jahren hat Wilhelm von Humboldt als ein Leitbild für die Universität das Postulat der Einheit von Forschung und Lehre (Humboldt 1964) aufgestellt: An den Universitäten gewinnen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen durch Forschung neues Wissen und bringen es in die systematische Ausbildung der Studierenden, in die Lehre, ein. Umgekehrt soll die Lehre forschungsbezogen sein und die Studierenden früh an die Forschungspraxis heranführen. Mit diesem Postulat verbunden ist der Grundsatz der Freiheit von Forschung und Lehre. Zum einen ist damit gemeint, dass an den Universitäten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Wahl ihrer Forschungsthemen frei sind, zum anderen, dass Studierende ihr Studium eigenverantwortlich strukturieren können. Zum Humboldtschen Bildungsideal gehört weiter die Idee, dass Studierende ein breites wissenschaftliches Grundlagenwissen erwerben, auf das sie fachliche Spezialisierungen aufbauen. Dadurch soll das Studium auch als grundständige akademische Berufsvorbereitung dienen können. Dieses Bildungsideal hat noch immer – auch international – eine gewisse Leitfunktion.

Öffnung der Universitäten für breitere Bevölkerungsschichten

Das Humboldtsche Leitbild der Universität war das Leitbild einer kleinen Schicht von Bildungsbürgern im 19. Jahrhundert und wurde nur für eine kleine Minderheit zur Realität. Seitdem hat sich die höhere Bildung tiefgreifend verändert: Das wissenschaftliche Wissen ist enorm angewachsen. Es erfolgte eine fortschreitende Spezialisierung der wissenschaftlichen Disziplinen. Die Wissenschaften erfuhren eine zunehmende Internationalisierung und Globalisierung. Nicht zuletzt sind die Universitäten Studierenden aller sozialen Schichten geöffnet worden. Damit einhergehend entstanden neue Leitbilder für die Universitäten. Insbesondere der Bologna-Prozess forciert aktuell die Öffnung der Universitäten für breitere Bevölkerungsschichten, die Berufsbezogenheit bereits in der universitären Grundausbildung, die Struk-

turierung des Studiums sowie die europaweite Vereinheitlichung der Studienorganisation und die internationale Mobilität (VSH 2009; CRUS/VSS 2009). Leitbilder kommen nun auch aus der Wirtschaft: Universitäten verstehen sich heute auch als Wissenschaftsunternehmen und sehen sich im Wettbewerb mit anderen Universitäten um wissenschaftliche Reputation, um Studierende und um Forschungsgelder.

2. Das schweizerische Universitätssystem

Universitäten als Teil des tertiären Ausbildungssystems

Die universitären Hochschulen bilden zusammen mit den Fachhochschulen und den Pädagogischen Hochschulen das Hochschulsystem in der Schweiz und sind Bestandteil der tertiären Ausbildung. Der tertiäre Ausbildungsbereich schliesst an die weiterführende schulische Ausbildung an und soll für höhere berufliche Positionen qualifizieren. Im Unterschied zu den Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen ist die Ausbildung an den universitären Hochschulen nicht nur auf Berufsbereiche in Dienstleistung (inkl. öffentlicher Dienst) und Industrie ausgerichtet, sondern sie erfolgt auch für die Wissenschaften als Berufsfeld. Sichtbar wird dies durch die Qualifikationsstufen Doktorat (Promotion) und Habilitation, die nur an Universitäten erworben werden können. Ein weiterer Unterschied zu den anderen Hochschulen besteht darin, dass die berufsbegleitende Weiterbildung an den universitären Hochschulen noch eine eher geringere Rolle spielt.

Zehn kantonale Universitäten und zwei Eidgenössische Technische Hochschulen

Das schweizerische Universitätssystem umfasst zwölf universitäre Hochschulen: Zwei Eidgenössische Technische Hochschulen (ETH) und zehn kantonale Universitäten. Die beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen sind die ETH Zürich (ETHZ) und die EPF Lausanne (École Polytechnique Fédérale de Lausanne). Die kantonalen Universitäten sind die Universitäten Basel, Bern, Freiburg, Genf, Lausanne, Luzern, Neuenburg, St. Gallen, Zürich und die Università della Svizzera Italiana (USI) in Lugano und Mendrisio. Neben den zwölf universitären Hochschulen gibt es vier weitere durch das Universitätsförderungsgesetz anerkannte Institutionen: das Institut de hautes études en administration publique IDHEAP in Lausanne, das Institut de hautes études internationales et du développement IHEID in Genf, das Institut Universitaire Kurt Bösch IUKB in Sion sowie die Stiftung Fernstudien Schweiz in Brig.

Unterschiede in fachlicher Breite und wissenschaftlicher Spezialisierung

Zwischen den universitären Hochschulen in der Schweiz zeigen sich wichtige Unterschiede in ihrer fachlichen Breite und wissenschaftlichen Spezialisierung. Einige wie die Universitäten Zürich oder Genf bieten ein grosses Spektrum an wissenschaftlichen Disziplinen und damit ein breites Studienangebot. Andere sind spezialisiert auf eine oder wenige Wissenschaften, so die Universität St. Gallen mit ihrer Spezialisierung auf die Wirtschaftswissenschaften. An den international renommierten Eidgenössischen Technischen Hochschulen wird insbesondere in den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern gelehrt und geforscht. Die geteilte Trägerschaft des schweizerischen Universitätssystems durch Bund und Kantone ist durch gesetzliche Grundlagen abgesichert. Diese Grundlage für die Einrichtung und den Unterhalt der Universitäten besteht aus dem Universitätsförderungsgesetz (UFG), dem ETH-Gesetz und den jeweiligen kantonalen Universitätsgesetzen.

Strategische und konzeptionelle Koordination durch die SUK und die CRUS

Verantwortlich für die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Kantonen in der Universitätspolitik ist die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK). Sie erlässt Richtlinien für die Studienorganisation und sie entscheidet über die Anerkennung von universitären Institutionen und Studiengängen. Die SUK arbeitet Hand in Hand mit der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten CRUS (Conférence des Recteurs des Universités Suisses), die sich den Fragen der strategischen und konzeptionellen Koordination der Universitäten widmet. Die CRUS hat auch die Aufgabe, die Koordination der Umsetzung der Bologna-Deklaration (Bologna-Prozess) durchzuführen.

Der Bologna-Prozess

1999 verabschiedeten die europäischen Bildungsminister in Bologna eine Deklaration mit dem Ziel, die Studiengänge im europäischen Hochschulraum zu vereinheitlichen und zu erneuern. Kernpunkte der Deklaration sind die europaweite Einrichtung von vergleichbaren Bachelor- und Masterabschlüssen, die Einführung eines Leistungspunktesystems im Studium (Credit Points) und die Förderung der Mobilität der Studierenden im europäischen Hochschulraum. Die Abschlüsse Bachelor und Master treten an die Stelle von Diplom und Lizenziat. Bachelorabschlüsse sollen nach drei Jahren (gegliedert in sechs Semester), Masterabschlüsse nach weiteren zwei Jahren (gegliedert in vier Semester) erzielt werden. Der Bologna-Prozess beeinflusst das Universitätssystem international und dauerhaft (EACEA/Eurydice 2009). Die Schweizer ETH und Universitäten haben in den letzten zehn Jahren die Umstellung der Studienorganisation im Sinne der Bologna-Deklaration fast vollständig realisiert. Bald werden fast alle Studierenden in Studiengängen studieren, die eine neue Studienstruktur nach der Bologna-Deklaration aufweisen.

3. Die Universität Luzern – Geschichte und Etablierung

Gründung

Die Universität Luzern wurde im Jahr 2000 gegründet. Sie ist damit die jüngste Universität der Schweiz. Die Gründung erfolgte nach breiter Zustimmung (72 % Ja) im Rahmen einer kantonalen Abstimmung durch die Bevölkerung des Kantons Luzern. Abgestimmt wurde über das kantonale Universitätsgesetz vom 17. Januar 2000 (Gesetz über die universitäre Hochschulbildung). Im Gründungsgesetz ist die Organisation der Universität in drei Fakultäten festgeschrieben. Diese sind die Fakultät I für Theologie, die (heutige) Fakultät II für Kultur- und Sozialwissenschaften (vormals Fakultät für Geisteswissenschaften) sowie die Fakultät III für Rechtswissenschaft. 2005 hat der Bundesrat im Sinne des Universitätsförderungsgesetzes (UFG) für die Universität Luzern die schweizerische Anerkennung beschlossen. Im selben Jahr fällte der Regierungsrat des Kantons Luzern die Entscheidung, dass das ehemalige Postbetriebsgebäude am Luzerner Hauptbahnhof der neue Standort der Universität Luzern sein wird.

Vorgeschichte

Bereits seit dem 16. Jahrhundert (seit 1579), also weit vor der Gründung der Universität im Jahr 2000, wurde an der von den Jesuiten gegründeten Höheren Lehranstalt Luzern Theologie und Philosophie gelehrt. 1938 wurde aus der Höheren Lehranstalt die Theologische Fakultät, die 1970 die akademischen Gradrechte erhielt. Auch die heutige Kultur- und Sozialwissenschaftliche Fakultät wurde bereits im Jahr 1984 zunächst als Philosophisches Institut innerhalb der Universitären Hochschule Luzern gegründet und dann 1993 als eigenständige Fakultät mit den Fächern Philosophie, Religionswissenschaft, Judaistik und Geschichte eingerichtet.

Spezifisches Fächerspektrum

Mit den drei Fakultäten repräsentiert die Universität Luzern heute das spezifische Spektrum der Geistes- und Sozialwissenschaften. Nicht vertreten sind dagegen Naturwissenschaften und Medizin, Ingenieurwissenschaften sowie die Sprachwissenschaften. Die Universität Luzern ist daher keine Volluniversität, sondern eine Universität mit spezifischem Profil wie auch die Universität St. Gallen oder die USI.

Die Universität Luzern befindet sich noch im Aufbau und erhält ein neues Hauptgebäude beim Bahnhof Luzern (Visualisierung eines Hörsaals)

Statut reglementiert Organisation

Die Organisation der Universität wird durch das Statut der Universität Luzern reglementiert, das der Universitätsrat 2001 beschlossen hat. Der Universitätsrat ist das strategische Führungsorgan der Universität, dem die Vorsteherin oder der Vorsteher des kantonalen Bildungs- und Kulturdepartements angehört sowie weitere vom Regierungsrat gewählte Persönlichkeiten.

Akademische Selbstverwaltung als Organisationsprinzip

Die Organisation der Universität ist im Wesentlichen durch das Prinzip der akademischen Selbstverwaltung gekennzeichnet. Darunter wird verstanden, dass in den durch das Statut vorgesehenen Ämtern, Gremien und Kommissionen der Universität die wichtigen Entscheidungen zur Fachstruktur der Universität, zur Gestaltung von Lehre und Forschung und zur inneren Organisation durch die Mitglieder der Hochschule selbst getroffen werden. Es gibt eine Vielzahl von Ämtern, Gremien und Kommissionen an der Universität, einige sollen hier kurz vorgestellt werden. Geleitet wird jede Fakultät durch eine Dekanin oder einen Dekan. Diese entstammen der Professorenschaft der jeweiligen Fakultät und werden auch durch diese gewählt. Die Dekanin oder der Dekan leitet die jeweiligen Fakultätsversammlungen, die auf Ebene der Fakultät die wichtigen Beschlüsse diskutieren und darüber entscheiden. Die Kultur- und Sozialwissenschaftliche Fakultät ist als einzige in Seminare untergliedert. Die Seminare sind die Organisationseinheiten der in dieser Fakultät versammelten Fächer. An allen drei Fakultäten existieren weiter einzelne Institute, die besondere Lehr- und Dienstleistungsaufgaben wahrnehmen. Weiterhin existieren in den Fakultäten Forschungszentren, die sich spezifischen Forschungsbereichen widmen. Ein Wahlgremium aus den verschiedenen Statusgruppen der Universität (ohne Verwaltungsmitarbeitende) beschliesst einen Wahlvorschlag für die Rektorin oder den Rektor. Sie beziehungsweise er wird dann durch den Universitätsrat gewählt, leitet die Universität und wird in dieser Funktion durch den Senat sowie die Verwaltungsdirektorin beziehungsweise den Verwaltungsdirektor unterstützt. Der Senat setzt sich zusammen aus dem Rektor oder der Rektorin, der Dekanin oder dem Dekan jeder Fakultät, dem Verwaltungsdirektor oder der Verwaltungsdirektorin und je einer Vertreterin oder einem Vertreter der Professorinnen und Professoren, der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und der Studierenden. Der Senat unterstützt und berät die Rektorin oder den Rektor in wichtigen Studien- und Forschungsangelegenheiten sowie in Personal- und Finanzfragen.

Etablierung

An der Universität Luzern wurde nach ihrem Start eine Reihe neuer Studiengänge eingerichtet, deren Lehrbetrieb Anfang der 2000er-Jahre aufgenommen wurde. In den zehn Jahren seit ihrem Bestehen hat sich die Universität Luzern im schweizerischen Universitätssystem etablieren können. Das zeigt sich unter anderem daran, dass die drei Fakultäten schweizweit beachtete eigenständige wissenschaftliche Profile erworben haben und schweizweit einzigartige Studienangebote vorweisen. Nach der Gründung der Universität wurden in der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät weitere Seminare gegründet: die Seminare für Soziologie und Politikwissenschaft und neuerdings die Seminare für Ökonomie sowie für Gesundheitswissenschaft/Gesundheitspolitik.

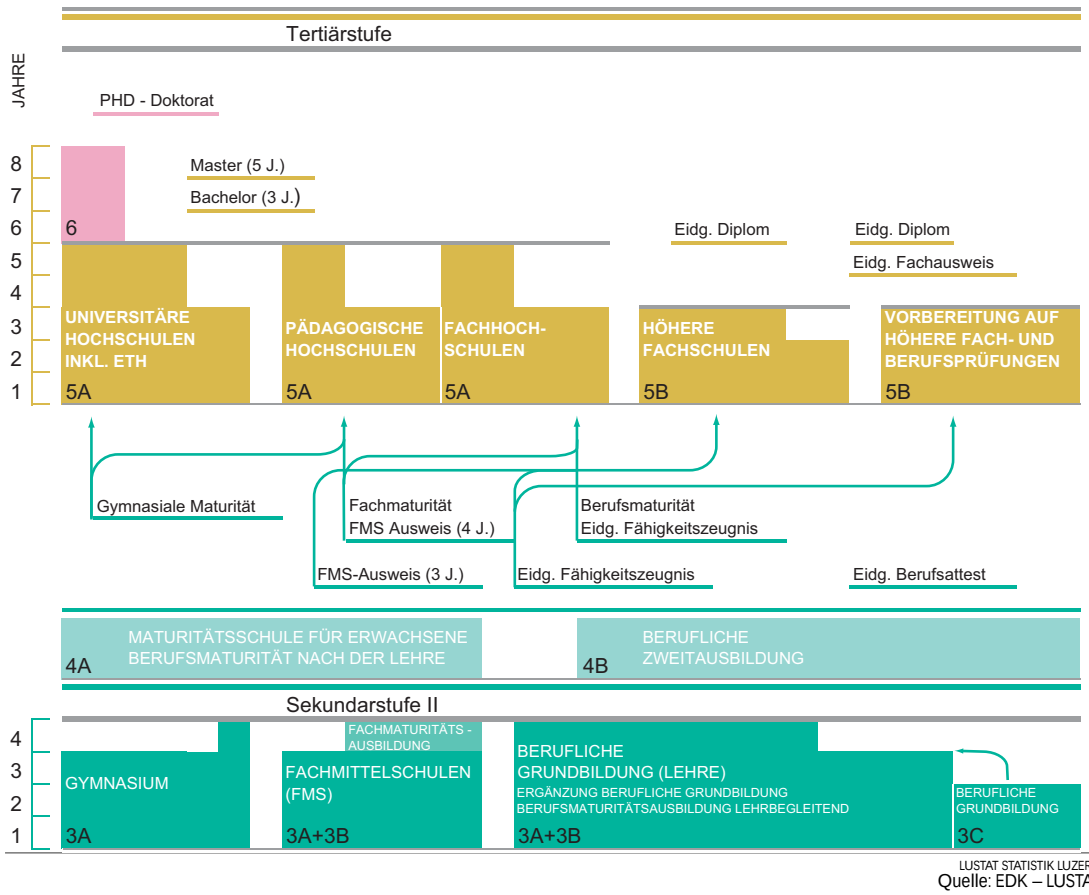
4. Datenlage, Hochschulindikatoren und Abgrenzungen

Die Auswertungen in diesem Kapitel basieren mehrheitlich auf dem Schweizerischen Hochschulinformationssystem, das durch das Bundesamt für Statistik geführt wird, im Finanzbereich auf Daten des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie BBT. Beigezogen werden auch inneruniversitäre Statistiken. Die öffentliche Statistik hat national wie international eine Reihe von Indikatoren entwickelt, die für das Monitoring des Hochschulsystems verwendet werden (Döbbert/Klieme 2009; OECD 2009; SKBF 2010; Taylor 2009). Zur statistischen Beschreibung des Schweizer Universitätssystems werden durch das Bundesamt für Statistik (BFS) regelmässig Hochschulindikatoren gebildet. Diese Hochschulindikatoren haben die Funktion, die Bedingungen und die Leistungen des Hochschulsystems in vergleichbarer Form zu erfassen. Zu den Hochschulindikatoren zählen, wie in anderen Indikatorensystemen verschiedene Indikatorenarten, wie Kontext-, Input-, Prozess-, Output- und Outcome-Indikatoren. Einige Indikatoren aus allen Indikatorentypen werden im vorliegenden Kapitel verwendet. Im Detail beschrieben sind die Indikatorentypen in der Einführung zu diesem Buch.

Abbildung 9.1

Die Einbettung der universitären Hochschulen im Bildungssystem (Gesamtdarstellung vgl. Kapitel 2)

Kanton Luzern



LUSTAT STATISTIK LUZERN

Quelle: EDK – LUSTAT

B STUDIERENDE UND ABSCHLÜSSE

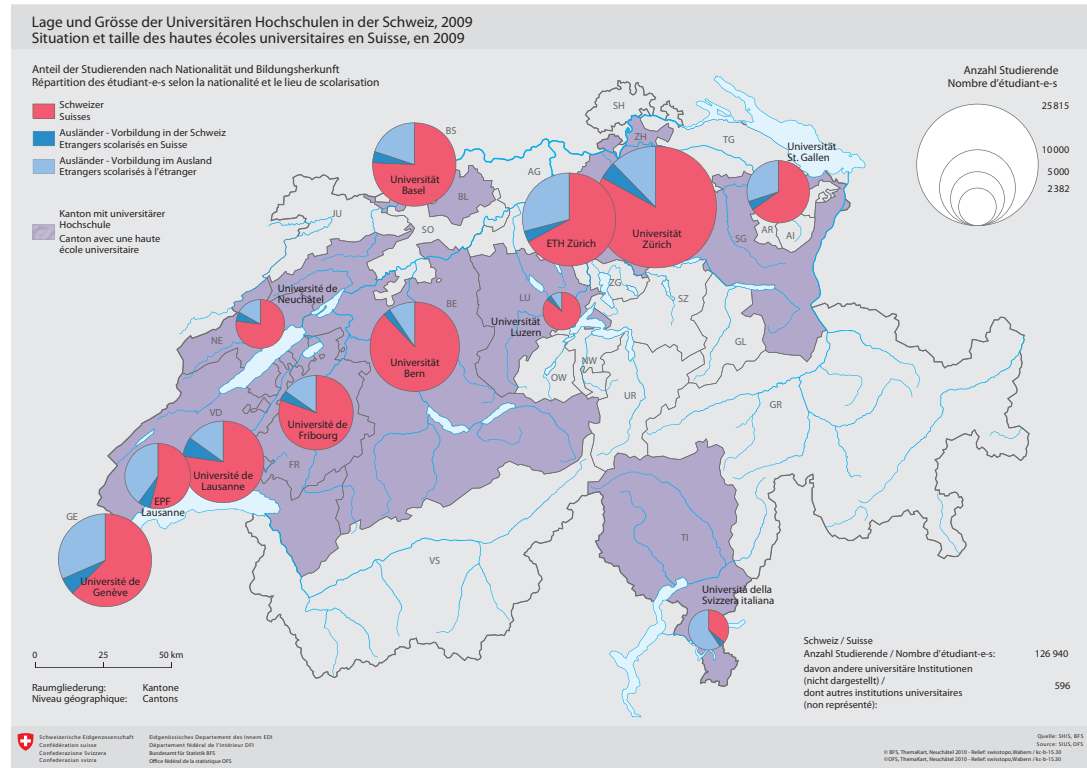
1. Überblick schweizerische universitäre Hochschulen

Im Jahr 2009 waren insgesamt 126'940 Studierende an den schweizerischen Universitäten eingeschrieben. Die Zahl der Studierenden hat sich innerhalb von zehn Jahren von 95'704 im Jahre 1999 auf 126'940 im Jahr 2009 stetig erhöht, insgesamt um 32,6 Prozent.

Regionale Ungleichheiten

Es zeigen sich deutliche regionale Ungleichheiten in der Grösse sowie in der geografischen Lage der universitären Hochschulen in der Schweiz (Abb 9.2). Die Universität Zürich ist der Studierendenzahl nach die grösste Universität der Schweiz, klein sind die Universitäten Neuenburg, die USI und die Universität Luzern. Die grossen und traditionsreichen Universitäten wie die Universitäten Zürich, Basel, Bern, Genf sowie die ETHZ und die EPFL liegen im bevölkerungsreichen Norden und Westen der Schweiz. In diesen Grossstädten gibt es traditionelle akademische Milieus, und in diesen urbanen Regionen finden Absolventinnen und Absolventen häufig auch qualifizierte Arbeitsplätze in wissensintensiven und häufig auch wissenschaftsnahen

Abbildung 9.2
Lage und Grösse der universitären Hochschulen in der Schweiz 2009
Schweiz



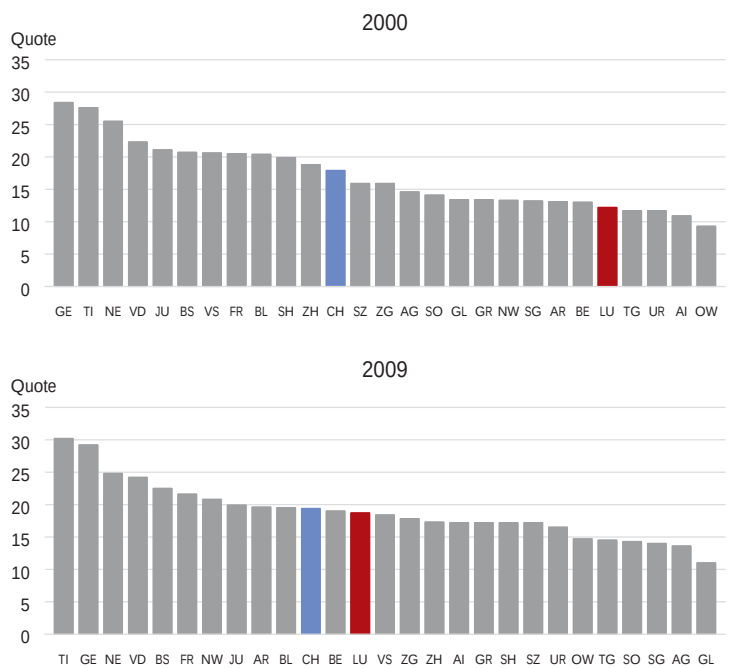
BFS THEMAKART / RELIEF SWISSTOPO
Datenquelle: BFS / SHIS

Berufen. Die Universitätsstandorte sind damit geografisch sehr ungleich verteilt. Man kann die regional ungleiche Verteilung der Universitäten auch unter einem anderen Blickwinkel betrachten. In der Schweiz hängt (nach Deutschland) wie in kaum einem anderen industrialisierten Land der Zugang zum Hochschulsystem von der sozialen Herkunft ab (Meyer 2008; BFS 2008c: 7, 20). Soziale Ungleichheit als Bildungsungleichheit vererbt sich in Familien über Generationen. Diese soziale Ungleichheit korreliert einerseits mit dem Stadt/Land-Unterschied, andererseits ist die höhere Bildung (Tertiärstufe) in der Bevölkerung der Deutschschweiz weniger ausgeprägt als in den Regionen Westschweiz und Tessin (LUSTAT 2010: 354). So kann die Neugründung der Universität Luzern auch unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, dass damit Impulse für die Zentralschweiz gegeben werden sollen, die auf einen Abbau der Bildungsungleichheit und eine Verbesserung der regionalen Zugangschancen zur universitären Bildung für die Bevölkerung in dieser Region hinwirken.

Universitäten begünstigen mittel- und langfristig das regionale Wirtschaftswachstum

Mit der international zunehmenden Informatisierung und Verwissenschaftlichung vieler Berufsfelder und mit der weiteren Verstädterung der Schweiz ist für alle Schweizer Regionen ein weiterer Anstieg der Studierendenzahlen zu erwarten. Das gilt auch für die kleinen Universitäten in der Zentralschweiz (Universität Luzern) und im Tessin (Università della Svizzera Italiana). Umge-

Abbildung 9.3
Gymnasiale Maturitätsquoten 2000 und 2009
Kantone der Schweiz



T4K09G03

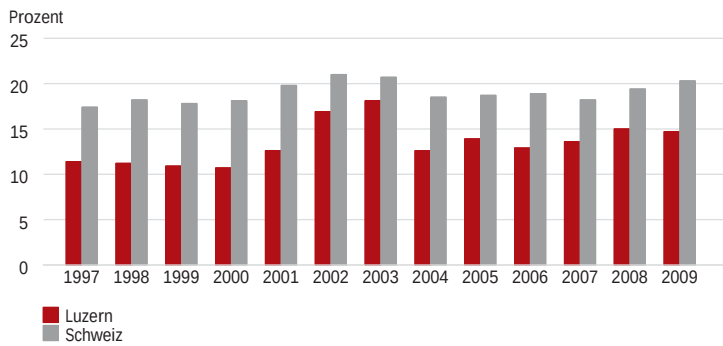
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS Maturitäten, ESPOP

kehrt ist davon auszugehen, dass von der universitären Forschung und durch die gut qualifizierten Universitätsabgängerinnen und -abänger von den Universitäten mittel- und langfristig wirtschaftliche Impulse für die Regionen ausgehen, indem sie zur Ansiedlung und zum langfristigen Wachstum von wissensbasierten Branchen in der Region beitragen (Lendel/Allen/Feldmann 2009).

Gymnasiale Maturitätsquoten steigen an und führen zu Wachstum der Universitäten

Es gibt weitere Gründe für einen zu erwartenden Anstieg der Studierendenzahlen an den Schweizer Hochschulen. Schweizweit steigt die gymnasiale Maturitätsquote (Verhältnis der Personen mit gymnasialer Matura zur Altersklasse der 19-jährigen Bevölkerung).
Die Matura ist die wichtigste Eingangsqualifikation für das universitäre Hochschulsystem. Die gymnasiale Maturitätsquote ist von 1980 bis 2008 von 10,6 Prozent auf 19,7 Prozent gestiegen (BFS 2009a: 49), 2009 aber leicht auf 19,4 Prozent gefallen. Von den gymnasial Maturierten nehmen – direkt im Anschluss an den Schulbesuch oder später – etwa 80 Prozent ein universitäres Hochschulstudium auf. Dies ist die sogenannte Übertrittsquote; sie ist seit 1980 fast unverändert geblieben (BFS 2009c: 6) und dürfte sich voraussichtlich nicht wesentlich ändern (BFS 2009e: 49). Berufsmaturandinnen und -maturanden können nach Absolvierung der Passerelle Berufsmaturität ebenfalls ein Studium an einer Universität aufnehmen. Hinzu kommen die Studierenden aus dem Ausland (Tab. 9.2). Die gymnasiale Maturitätsquote ist im interkantonalen Vergleich sehr uneinheitlich ausgeprägt, auch wenn sich die Unterschiede zwischen den Kantonen in den letzten Jahren etwas verringert haben (Abb. 9.3). Der Kanton Luzern liegt derzeit nur knapp hinter dem schweizerischen Durchschnitt.

Abbildung 9.4
Eintrittsquoten in Universitäten seit 1997
Kanton Luzern und Schweiz



T4K09G06

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS – Hochschulindikatoren

Eintrittsquoten und Abschlussquoten wachsen parallel

Die Eintrittsquote bezeichnet den Anteil der Studierenden, die ein Studium an einer universitären Hochschule aufnehmen, an der gesamten Schweizer Wohnbevölkerung im vergleichbaren Alter. Die Eintrittsquote der universitären Hochschulen ist seit 1980 von 11,4 Prozent bis 1998 kontinuierlich auf 18,2 Prozent gestiegen. Danach unterliegt sie Schwankungen. Im Jahr 2009 beträgt sie 20,3 Prozent (Abb. 9.4). Das Bundesamt für Statistik prognostiziert einen weiteren Anstieg der Eintrittsquote auf 23,9 Prozent im Jahr 2019 . Als Folge ist die kontinuierliche Steigerung der Zahl der Studierenden absehbar. Das Bundesamt für Statistik (2009a: 50, Tab. T2) entwirft in einem Szenario einen Zuwachs der Zahl der Studierenden an den universitären Hochschulen der Schweiz auf ca. 140'000 bis 145'000 Studierende im Jahr 2019. Inzwischen sind die erwarteten Zahlen deutlich angehoben worden (Stand Juni 2010; BFS o.J.b). Im Szenario „neutral" wird mit 145'000 Studierenden gerechnet, im Szenario „Tendenz" mit gegen 156'000.
Betrachtet man nun den Anteil der Personen an der schweizerischen Bevölkerung, die einen ersten Abschluss an einer Universität erworben haben, so kann auch hier der Trend der zunehmenden universitären Bildung bestätigt werden. Dieser Anteil ist die universitäre Abschlussquote. Sie ist von 1980 mit 6 Prozent auf 15,3 Prozent im Jahr 2008 gestiegen, hat sich aber im Jahr 2009 auf 15,0 Prozent leicht reduziert. Die Abschlussquote ist im Jahr 2009 wie die Maturitätsquote nach Kantonen und nach Geschlecht sehr unterschiedlich ausgeprägt (Abb. 9.5).

Internationaler Vergleich

Da in den andern OECD-Ländern das Hochschulsystem nicht gleich gegliedert ist wie in der Schweiz, lässt sich die Häufigkeit universitärer Abschlüsse der Schweizer Bevölkerung international nicht direkt vergleichen. Man kann aber den Anteil der Personen heranziehen, die irgendeinen Hochschulabschluss aufweisen. Das sind in der Schweiz Personen mit einem FH-, PH- oder UH-Abschluss. Dieser ist entsprechend höher als der Anteil der Personen mit universitärem Abschluss. Im Jahr 2007 beträgt er in der Schweiz 31 Prozent und ist damit niedriger als der Durchschnitt der OECD-Länder mit einem Anteil von 39 Prozent (OECD 2009: 70). Vergleicht man die Schweiz mit dem Durchschnitt der OECD-Länder von 1995 bis 2007 kann man allerdings feststellen, dass der Anteil der Personen mit einem Hochschulabschluss (von UH, FH oder PH) in der Schweiz deutlich schneller gestiegen ist. Während der OECD-Durchschnitt sich von 20 Prozent auf 39 Prozent fast verdoppelt hat, ist der entsprechende Anteil in der Schweiz von 9 Prozent auf 31 Prozent gestiegen und hat sich in diesem Zeitraum mehr als verdreifacht (ebd.: 71).

Demografische Entwicklungen

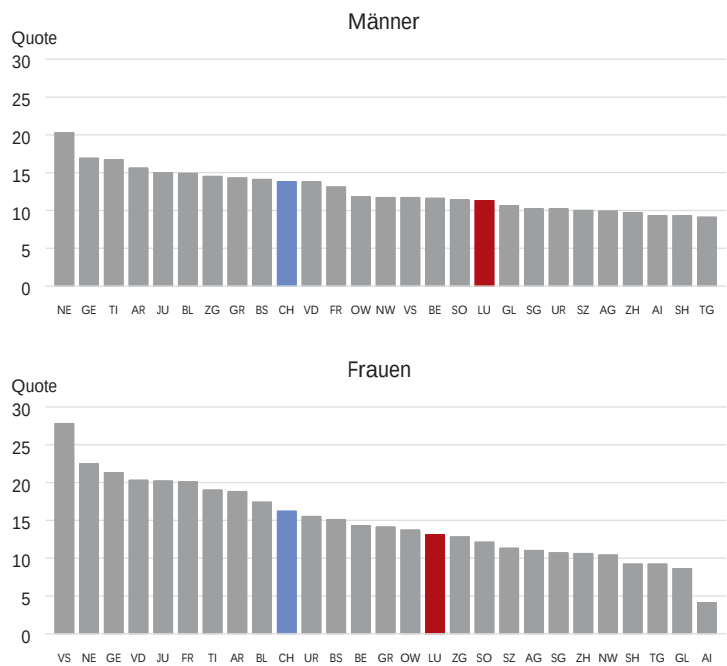
Berücksichtigt man die demografischen Entwicklungen, zeigt sich, dass in den letzten Jahren der Anteil der 20- bis 25-Jährigen an der Schweizer Bevölkerung jährlich um etwa 1 Prozent abgenommen hat. Gleichzeitig hat der Anteil der universitär Studierenden an dieser Bevölkerungsgruppe zugenommen (SKBF 2010: 186). Es gibt also eine deutlich gestiegene Neigung, ein universitäres Studium aufzunehmen. Diese Tatsache hat den gegenläufigen demografischen Trend in den letzten Jahren mehr als kompensiert. Es wird prognostiziert, dass die Zahl der Eintritte von Studierenden in die Universitäten bis 2012 stetig steigen wird, danach aber die ungünstige demo-

grafische Entwicklung nicht mehr kompensiert werden kann, sodass die Zahl der Studienanfänger und -anfängerinnen bis 2019 bei etwa 20'000 pro Jahr stagnieren wird (BFS 2009a: 52; BFS o.J.b, Stand Juni 2010; OECD 2008).

Prognosen der OECD

Was sind weiter zu erwartende Trends für die nächsten Jahrzehnte? Der von der OECD erstellte Band „Higher education to 2030" (Bd. 1: Demografie) resümiert, dass sich das Schweizer Universitätssystem in den nächsten beiden Jahrzehnten weiter internationalisieren wird. Das betrifft einmal die Dozierenden, aber auch die Studierendenschaft. Diese Prognose wird auch vom BFS geteilt (BFS 2009a: 67f.). Der Anteil weiblicher Studierender wird weiter ansteigen, und der soziale Hintergrund der Studierenden wird heterogener werden, das heisst, der Anteil der Studierenden aus den mittleren und unteren sozialen Schichten wird ansteigen. Damit wird sich das Universitätssystem weiter für den sozialen Raum der Schweiz öffnen.

Abbildung 9.5
Abschlussquote universitäre Hochschule 2009
Kantone der Schweiz



T4K09G13

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Statistik der Studienabschlüsse; Bevölkerungsszenarien

2. Universität Luzern

Die Universität Luzern ist eine geistes- und sozialwissenschaftliche Universität. In den Fächergruppen Rechtswissenschaft, Sozialwissenschaften, Kultur- und historische Wissenschaften sowie Theologie findet sich ein unterschiedlich differenziertes Angebot an Studiengängen. Mehr als die Hälfte aller Luzerner Studierenden studiert das Fach Rechtswissenschaft (ca. 53 %). Die Fakultät für Rechtswissenschaft hat dabei einen hohen Anteil an Masterstudierenden (ca. 30 %) und an Doktorierenden (9 %) (Tab. 9.1).

Fakultäten

Die Theologische Fakultät bietet verschiedene Studiengänge an, überwiegend für die Ausbildung in römisch-katholischer Theologie. Den Studierenden nach ist sie die kleinste Fakultät, sie weist aber die grössten Anteile an fortgeschrittenen Studierenden auf. Studierende im Master- beziehungsweise Lizenziatsstudium machen hier über die Hälfte (54 %) und die Doktorierenden über ein Sechstel (18 %) der Studierenden aus. Ein anderes Bild ergibt sich bei der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät. Die grössten Studiengänge sind nicht die fachspezifischen Studiengänge. Die Mehrheit der Studierenden dieser Fakultät studiert in den neuen und integrierten Studiengängen Gesellschafts- und Kommunikationswissenschaften (SOCOM) oder Kulturwissenschaften. Die Studierenden der Studiengänge Gesellschafts- und Kommunikationswissenschaften und die Studierenden der Kulturwissenschaften sind in den Tabellen den Kategorien fächerübergreifend/übrige zugeordnet. Hinzu kommen die Studierenden, die etablierte Diszipli-

Was? Wie? Wo? Einführungstag für neue Studierende

nen wie Soziologie, Geschichte, Politikwissenschaften studieren. In dieser Fakultät stellen die Bachelorstudierenden mit knapp zwei Drittel die deutliche Mehrheit. Fast ein Viertel in dieser Fakultät strebt den Master- oder den Lizenziatsabschluss an und lediglich etwas mehr als 6 Prozent sind Doktorierende. Der Studiengang Politische Ökonomie (Volkswirtschaft) ist erst zum Ende des Jahres 2009 in Luzern eröffnet worden.

Prägnantes Wachstum

Im Jahr 2009 waren annähernd 2'400 Studierende an der Universität Luzern eingeschrieben. Auch nach der starken Wachstumsphase nach der Gründung und während der Aufbauphase lagen die jährlichen prozentualen Zuwachsraten seit 2007 mit Werten von 2,7 bis 6,5 Prozent weiterhin über dem schweizerischen Durchschnitt (1,5 % bis 4,9 %). Fasst man die Studierenden der drei Fakultäten zusammen und vergleicht, wie sich die Luzerner Studierenden proportional auf die verschiedenen angestrebten Studienabschlüsse verteilen, machen die Bachelorstudierenden 59,0 Prozent (Schweiz: 49,8 %), die Master- und Lizenziatsstudierenden 30,1 Prozent (Schweiz: 29,7 %) und die Doktorierenden 9,0 Prozent (Schweiz: 15,9 %) aus. Die übrigen 1,4 Prozent sind nicht klassiert. Die Studierenden in den fortgeschrittenen Studienabschnitten sind an der Universität Luzern noch unterrepräsentiert. Das ist einmal auf die integrierten Studiengänge (in der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät) zurückzuführen, zum anderen auch darauf, dass die Universität Luzern noch eine junge Universität ist.

Tabelle 9.1

Studierende an der Universität Luzern nach Studiengang, angestrebtem Studienabschluss und Geschlecht 2009

Kanton Luzern

Studiengang	Studierende insgesamt		Studienziel								
			Bachelor		Master		Lizenziat		Doktorat		Weiterbildung
	Total	Frauen in %	Total	Frauen in %	Total	Frauen in %	Total	Frauen in %	Total	Frauen in %	
Alle Studiengänge	**2 377**	**57,1**	**1 405**	**59,6**	**608**	**55,9**	**121**	**66,1**	**215**	**43,3**	**28**
Theologie	**268**	**57,5**	**75**	**53,3**	**41**	**48,8**	**104**	**69,2**	**48**	**45,8**	**—**
Römisch-katholische Theologie	**231**	58,0	62	46,8	23	60,9	104	69,2	42	45,2	—
Theologie fächerübergr./übrige	**37**	54,1	13	84,6	18	33,3	—	—	6	50,0	—
Kultur- und Historische Wissenschaften	**327**	**59,3**	**218**	**62,8**	**61**	**63,9**	**10**	**40,0**	**28**	**46,4**	**10**
Philosophie	**52**	32,7	23	52,2	11	18,2	4	50,0	4	—	10
Geschichte	**82**	48,8	43	51,2	14	50,0	6	33,3	19	47,4	—
Ethnologie + Volkskunde	**17**	58,8	9	44,4	3	66,7	—	—	5	80,0	—
Hist.+Kulturwiss. fächerüb./übrige	**176**	72,2	143	69,2	33	84,8	—	—	—	—	—
Sozialwissenschaften	**539**	**60,5**	**356**	**61,0**	**131**	**68,7**	**7**	**57,1**	**27**	**33,3**	**18**
Soziologie	**77**	55,8	41	70,7	10	40,0	7	57,1	19	31,6	—
Politikwissenschaft	**85**	51,8	80	52,5	—	—	—	—	5	40,0	—
Kommunikations-+ Medienw.	**18**	33,3	—	—	—	—	—	—	—	—	18
Sozialwiss. fächerübergr./übrige	**317**	67,2	210	64,8	104	73,1	—	—	3	33,3	—
Volkswirtschaftslehre	**25**	40,0	25	40,0	—	—	—	—	—	—	—
Interdisziplinäre / interfakultäre	**17**	58,8	—	—	17	58,8	—	—	—	—	—
Rechtswissenschaften	**1 243**	**55,0**	**756**	**58,7**	**375**	**50,9**	**—**	**—**	**112**	**43,8**	**—**
Recht	**1 243**	55,0	756	58,7	375	50,9	—	—	112	43,8	—

T4K09T01

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BFS / SHIS, Studierende und Abschlüsse der schweizerischen Hochschulen

Schweizweit machen die Studierenden im Bereich Weiterbildung weniger als 3 Prozent aus. Dieser Bereich des Studienangebots ist noch marginal. Auch an der Universität Luzern spielt die Weiterbildung nach der Zahl der hier eingeschriebenen Studierenden (1,2 %) eine kleine Rolle. In den Geistes- und Sozialwissenschaften studieren überproportional viele Studentinnen. Daher erklärt sich der mit 57,1 Prozent überdurchschnittliche Anteil an Studentinnen an der gesamten Luzerner Studierendenschaft (Schweiz: 51,1 %). Über die verschiedenen angestrebten Abschlüsse hinweg zeigt sich, dass mit höheren Abschlüssen der Anteil der Studentinnen abnimmt. Mit fortschreitender akademischer Qualifikation nimmt die Geschlechterungleichheit zuungunsten der Frauen zu (Tab. 9.1).

Luzernerinnen und Luzerner wählen zunehmend die Universität Luzern

Die Universität Luzern wird in zunehmendem Masse von Studienanfängerinnen und -anfängern gewählt, die ihren Wohnort bereits vor Studienbeginn im Kanton Luzern haben (Tab. 9.3). Waren dies im Jahr 2000 von den 3'054 Studierenden lediglich 52 Personen oder 1,7 Prozent, waren es im Jahr 2009 von den 4'584 Studierenden 681 Personen oder 14,9 Prozent, die bereits vor Studienbeginn im Kanton wohnten. Auch wenn diese Prozentzahl klein erscheinen mag: Im Jahr 2009 machten die 681 Studierenden aus dem Kanton Luzern 28,6 Prozent von allen 2'382 Studierenden an der Universität Luzern aus. Damit hat die Universität Luzern von allen Universitäten den höchsten Anteil an Studierenden aus dem Kanton Luzern (Tab. 9.2). Angesichts des spezifischen und nicht vollständigen Fächerspektrums der Univer-

Tabelle 9.2
Studierende an Universitäten nach Wohnort vor Studienbeginn 2009
Schweiz

Universität	Total	Wohnort vor Studienbeginn									
		Kanton Luzern		übr. Zentralschweiz		übrige Schweiz		Ausland		Unbekannt [1]	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Alle Universitäten	**126 940**	**4 584**	**3,6**	**3 881**	**3,1**	**87 813**	**69,2**	**29 120**	**22,9**	**1 542**	**1,2**
Universität Basel	12 088	509	4,2	279	2,3	8 550	70,7	2 499	20,7	251	2,1
Universität Bern	13 912	977	7,0	403	2,9	10 902	78,4	1 477	10,6	153	1,1
Université Fribourg	9 617	311	3,2	244	2,5	7 396	76,9	1 666	17,3	—	—
Université Genève	15 014	58	0,4	34	0,2	9 267	61,7	5 219	34,8	436	2,9
Université Lausanne	11 581	35	0,3	29	0,3	9 467	81,7	1 962	16,9	88	0,8
Universität Luzern	2 382	681	28,6	401	16,8	1 024	43,0	276	11,6	—	—
Université Neuchâtel	4 053	9	0,2	7	0,2	3 221	79,5	800	19,7	16	0,4
Universität St. Gallen	6 724	197	2,9	287	4,3	3 862	57,4	2 097	31,2	281	4,2
Universität Zürich	25 815	998	3,9	1 437	5,6	19 566	75,8	3 578	13,9	236	0,9
Università della Svizzera italiana	2 704	21	0,8	16	0,6	990	36,6	1 677	62,0	—	—
EPFL Lausanne	7 383	23	0,3	22	0,3	4 086	55,3	3 195	43,3	57	0,8
ETH Zürich	15 071	753	5,0	708	4,7	9 061	60,1	4 549	30,2	—	—
Andere Universitäten	596	12	2,0	14	2,3	421	70,6	125	21,0	24	4,0

T4K09T02

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BFS / SHIS, Studierende und Abschlüsse der schweizerischen Hochschulen

Bei Studierenden in Weiterbildung ist die Angabe des Wohnortes fakultativ

sität Luzern, die keine Volluniversität ist, ist auch zukünftig nicht zu erwarten, dass junge Erwachsene aus dem Kanton mit universitärer Zugangsberechtigung sich in grossem Masse für ein Studium an der Universität Luzern entscheiden. So wird etwa die Absicht, ein Medizin- oder ein Germanistikstudium aufzunehmen, kaum so einfach in einen Entscheid für ein Theologie- oder ein Jus-Studium umzuwandeln sein. Die grossen Schweizer Universitäten sind zudem zunehmend besser über den öffentlichen Nahverkehr zu erreichen. Aber man kann feststellen, dass die Zahl der aus dem Kanton Luzern stammenden Studierenden an der katholischen Nachbaruniversität Freiburg zurückgegangen ist, vor allem für die juristische Ausrichtung. Das gilt auch in geringerem Masse für die anderen Westschweizer Universitäten Genf, Lausanne und EPFL.

Die Zahl der Studierenden an schweizerischen Universitäten, die aus dem Kanton Luzern stammen, ist im betrachteten Zeitraum von 3'054 auf 4'584 gestiegen. Das ist ein Zuwachs von 50 Prozent. An der Universität Luzern stieg die Zahl der Studierenden mit Wohnsitz im Kanton im Rahmen des Aufbaus von 52 im Jahr 2000 auf 681 im Jahr 2009. Dieser Zuwachs kann als Indiz genommen werden, dass sich die Universität Luzern seit ihrer Gründung im schweizerischen Universitätssystem trotz ihres beschränkten Studienangebots aus Sicht der Studierenden gut positionieren konnte. Betrachtet man den Zuwachs der Studierenden aus dem Kanton Luzern an den grösseren Universitäten Zürich, Basel, Bern sowie der ETHZ, kann man für Basel

An der Universität Luzern studieren zunehmend Frauen und Männer, deren Wohnort vor Studienbeginn im Kanton Luzern lag

(+161,0 %) und Bern (+61,0 %) einen überproportionalen Anstieg der Studierenden aus dem Kanton Luzern konstatieren. Für die Universität Zürich (+14,2 %) sowie für die ETHZ (+32,1 %) ist ein jeweils unterproportionaler Anstieg feststellbar.

Anteil ausländischer Studierender noch gering

Betrachtet man nun den Anteil der ausländischen Studierenden an der Universität Luzern, so ist der Anteil mit 11,6 Prozent im Jahr 2009 gering. Im Durchschnitt studieren an den schweizerischen Universitäten 22,9 Prozent Studierende aus dem Ausland. Nur an der Universität Bern studieren anteilig weniger ausländische Studierende als an der Universität Luzern. Wie die Tabelle 9.2 aufschlüsselt, hatten an der Universität Luzern Studierende zu über 45 Prozent ihren Wohnort vor Studienbeginn in der Zentralschweiz, nämlich 28,6 Prozent im Kanton Luzern und 16,8 Prozent in einem der übrigen Zentralschweizer Kantone. Weitere 43,0 Prozent der Studierenden dieser Universität stammen aus der übrigen Schweiz.

Tabelle 9.3

Studierende an universitären Hochschulen im Wintersemester seit 2000/2001

Kanton Luzern und Schweiz

	Studierende	Studierende nach Universität												
		Uni Basel	Uni Bern	Uni Fribourg	Uni Genève	Uni Lausanne	EPF Lausanne	Uni Luzern	Uni Neuchâtel	Uni St. Gallen	Uni Svizzera Italiana	Uni Zürich	ETH Zürich	Andere [1]
Studierende Total														
2000/2001	**96 672**	7 606	10 193	8 849	13 178	9 893	5 095	**256**	3 136	4 705	1 410	20 598	11 459	294
2001/2002	**99 570**	7 661	10 743	9 084	13 347	9 830	5 374	**434**	3 210	4 937	1 584	21 303	11 778	285
2002/2003	**104 689**	8 034	11 632	9 642	14 114	10 160	5 712	**722**	3 252	4 915	1 637	22 350	12 243	276
2003/2004	**109 334**	8 711	12 562	9 998	14 598	10 166	6 240	**1 144**	3 260	4 839	1 758	23 299	12 488	271
2004/2005	**111 099**	9 222	13 274	9 913	14 652	10 231	6 493	**1 500**	3 295	4 556	1 856	23 395	12 388	324
2005/2006	**112 396**	9 957	12 174	9 936	14 566	10 452	6 407	**1 771**	3 593	4 689	2 023	23 832	12 552	444
2006/2007	**115 149**	10 622	12 845	9 912	13 876	10 647	6 478	**2 052**	3 760	5 424	2 177	24 057	12 792	507
2007/2008	**116 909**	11 192	13 129	9 652	13 666	11 032	6 528	**2 107**	3 681	5 970	2 347	24 195	13 197	213
2008/2009	**121 009**	11 819	13 393	9 598	13 830	11 468	6 903	**2 240**	3 761	6 300	2 483	24 758	14 051	405
2009/2010	**126 940**	12 088	13 912	9 617	15 014	11 581	7 383	**2 382**	4 053	6 724	2 704	25 815	15 071	596
Wohnort vor Studienbeginn Kanton Luzern														
2000/2001	**3 054**	195	607	390	76	40	39	**52**	9	184	18	874	570	—
2001/2002	**3 180**	201	623	391	71	43	49	**134**	5	187	22	865	589	—
2002/2003	**3 551**	245	668	428	75	47	65	**241**	5	188	27	933	629	—
2003/2004	**4 001**	297	799	460	72	47	74	**388**	4	185	29	976	670	—
2004/2005	**4 139**	353	829	448	71	49	68	**500**	6	157	28	953	677	—
2005/2006	**4 225**	413	820	440	69	44	60	**561**	6	157	21	937	696	1
2006/2007	**4 268**	467	869	378	61	35	50	**625**	9	163	17	920	673	1
2007/2008	**4 283**	471	948	341	56	38	41	**623**	7	159	16	922	657	4
2008/2009	**4 429**	504	974	331	43	38	31	**640**	10	182	16	949	704	7
2009/2010	**4 584**	509	977	311	58	35	23	**681**	9	197	21	998	753	12

T4K09T05

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BFS / SHIS, Studierende und Abschlüsse an schweizerischen Hochschulen

[1] Inkl. Fernstudien

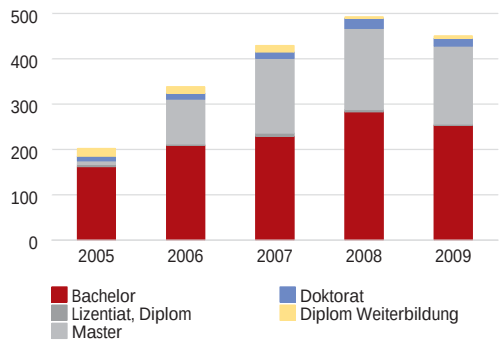
Gute Studienorganisation

Wie beurteilen nun diejenigen, die sich für ein Studium an der Universität Luzern entscheiden, die Studienbedingungen? 2008 wurde von der CRUS und dem VSS (Verband Schweizer Studentenschaften) die Studie „Studieren nach Bologna – die Sicht der Studierenden zur Beurteilung der Studienbedingungen aus Sicht der Studierenden an den schweizerischen Universitäten“ in Auftrag gegeben (CRUS/VSS 2009). Die Befunde dieser Studie ermöglichen, die schweizerischen Universitäten im Vergleich zu betrachten. Es wurden 5’350 Studierende an den Universitäten befragt (davon 221 Studierende der Universität Luzern). Die Beurteilung der Studienorganisation an der Universität Luzern durch deren Studierende fällt dabei sehr gut aus. Nur an den beiden ETH und an der Universität St. Gallen sind die Zufriedenheitswerte der Studierenden höher (CRUS/VSS 2009: 63, 67).

Abschlüsse

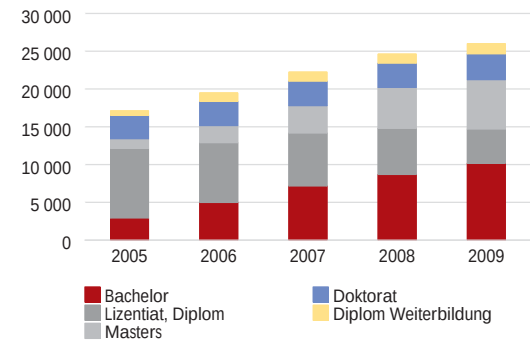
Weil die Universität Luzern gerade erst die Gründungsphase abgeschlossen hat und Studierende ihr Studium erst seit wenigen Jahren beenden können, gibt es erst seit wenigen Jahren nennenswerte Zahlen von Absolventinnen und Absolventen. Betrachtet man die Universitätsabschlüsse der Universität Luzern im schweizweiten Vergleich seit 2005, erkennt man die Dynamik bei der Zunahme der Abschlüsse an der Universität Luzern. Auf der andern Seite zeigt sich an den vergleichsweise niedrigeren Zahlen für die Masterabschlüsse, dass hier noch Zeit benötigt wird, um auch die Studierendenzahl in den Master-Studiengängen aufzubauen. Die derzeit hohe Zahl von Bachelorabsolventen und -absolventinnen ist dazu eine gute Voraussetzung (Abb. 9.6 und 9.7).

Abbildung 9.6
Universitäts-Abschlüsse seit 2005
Universität Luzern



T4K09G05 LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Studierende und Abschlüsse

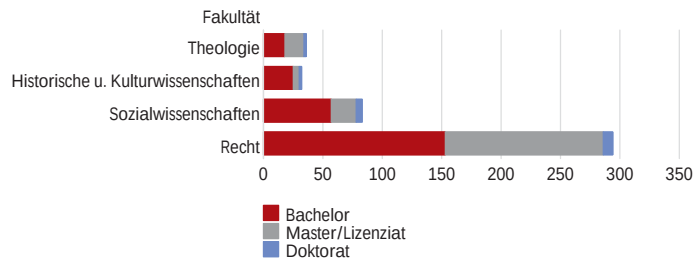
Abbildung 9.7
Universitäts-Abschlüsse seit 2005
Alle Universitäten Schweiz



T4K09G07 LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Studierende und Abschlüsse

Die Abbildung 9.8 zeigt, wie sich die erreichten Abschlüsse Bachelor, Master (inkl. Lizenziat) und Doktorat über die Fakultäten verteilen. Die Kultur- und Sozialwissenschaftliche Fakultät ist hierbei weiter untergliedert in Historische und Kulturwissenschaften sowie Sozialwissenschaften. Die Universität Luzern hat derzeit ihre Stärke in der Ausbildung von Rechtswissenschaftlerinnen und Rechtswissenschaftlern. Die Rechtswissenschaftliche Fakultät hat die höchste Zahl sowohl an Studierenden als auch an Absolvierenden (Abb. 9.8).
Fasst man die Abschlüsse zusammen, ergibt sich für das Abschlussjahr 2009 folgendes Bild: An der Universität Luzern haben im genannten Zeitraum insgesamt 253 Studierende einen Bachelor erworben, 3 ein Lizenziat, 172 einen Master und 17 einen Doktortitel.

Abbildung 9.8
Studienabschlüsse nach Fakultät und Art des Diploms 2009
Universität Luzern



T4K09G10
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Studierende und Abschlüsse der schweizerischen Hochschulen

Neugier zu wecken ist eines der Ziele der Kinderuni für Primarschülerinnen und -schüler der 3. bis 6. Klasse

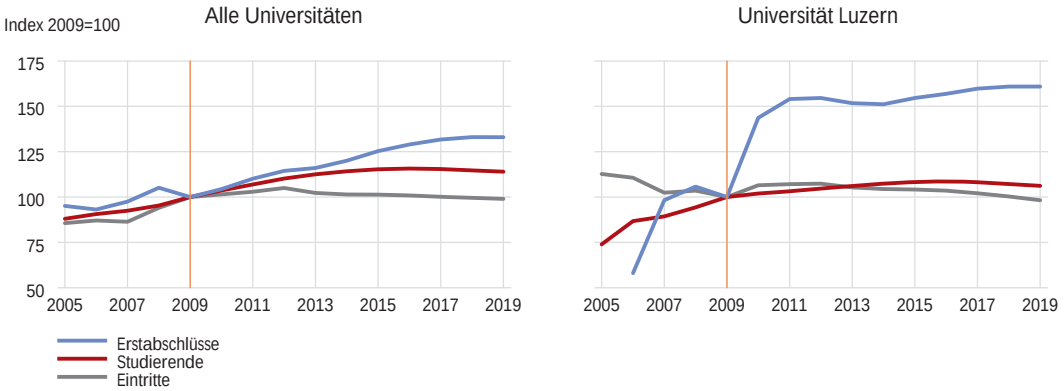
Wie wird sich die Studierendenschaft entwickeln?

Zieht man das zuletzt veröffentlichte Szenario des Bundesamts für Statistik aus dem Jahr 2010 heran, so wird die Studierendenzahl der Universität Luzern nicht dieselbe Wachstumsdynamik aufweisen wie die Zahl der Studierenden insgesamt. Den Grund sieht das BFS darin, dass schweizweit die Zahl der Studierenden in den Geistes- und Sozialwissenschaften nicht weiter anwächst – eine Beurteilung, die eher für die Geisteswissenschaften als für Sozialwissenschaften zutreffen dürfte. Die Zahl der Studierenden an der Universität Luzern wird aus Sicht des BFS auf der Grundlage der Entwicklung der derzeitigen Studiengänge moderat auf etwa 2'600 Studierende bis Mitte des Jahrzehnts anwachsen (BFS 2009a; BFS o.J.b). Dabei ist aber unberücksichtigt, dass die Ausbauphase der Universität Luzern noch nicht abgeschlossen ist und gerade erst neue Professuren und Seminare eingerichtet werden – wie die Seminare für Ökonomie und Gesundheitswissenschaften/Gesundheitspolitik –, und dass auch neue Studiengänge wie der Studiengang für Politische Ökonomie (Volkswirtschaft) gerade erst aufgebaut werden. Beachtet man die gegenwärtige tatsächliche Dynamik der Universität unter Berücksichtigung der neuen Professuren und Studiengänge, dann dürfte sich erweisen, dass die Studierendenzahl schneller anwächst als prognostiziert.

Abbildung 9.9

Eintritte, Studierende und Erstabschlüsse auf dem Niveau Diplom, Bachelor, Master bis 2019 (Index 2009=100)

Kanton Luzern, Schweiz



T4K09G16

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BFS / SHIS, Bildungsperspektiven, SCENARIO

C PERSONAL UND FINANZIERUNG

Die Universität Luzern hatte 2009 eine Personalgrösse von 256 Vollzeitäquivalenten, davon 49 für Professorinnen und Professoren. Auf Assistentinnen und Assistenten sowie wissenschaftliche Mirabeiterinnen und Mitarbeiter traf es 95 Vollzeitaäquivalente, auf administratives und technisches Personal 79. 29 Vollzeitäquivalente werden für die Vergütung von Lehrbeauftragten verwendet, die nicht an der Universität festangestellt sind und zu der Personalkategorie der übrigen Dozierenden gezählt werden. Da zudem nicht alle festangestellten Beschäftigten in Vollzeitpensen tätig sind, ist die Anzahl der absolut beschäftigen Personen höher. Absolut sind 2009 hauptamtlich oder in Nebentätigkeit 510 Personen an der Universität Luzern beschäftigt.

Universität Luzern beschäftigt im schweizweiten Vergleich überproportional viele Frauen

Betrachtet man die Personalstruktur der Universität 2009 auf die Dimension der Geschlechterungleichheit im schweizweiten Vergleich hin, so sind nach Vollzeitäquivalenten (bzw. Personen) in Luzern mit 42,8 Prozent (42,0 % der Personen) überproportional viele Frauen beschäftigt, in der Schweiz insgesamt sind es 40,8 Prozent (42,0 % der Personen).
Keine andere Universität in der Schweiz beschäftigt anteilmässig mehr Professorinnen (Tab. 9.5). Fast ein Drittel der Vollzeitäquivalente und genau ein

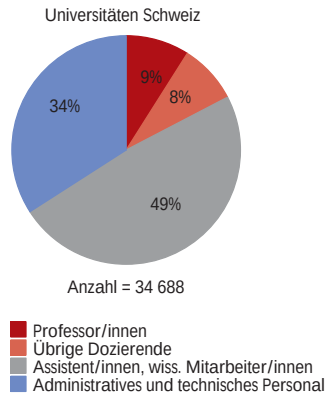
Tabelle 9.4
Personal (Vollzeitäquivalente) an der Universität Luzern nach Fachbereich und Personalkategorien 2009
Kanton Luzern

Fachbereich	Total	Personalkategorie				
		Lehrkörper			Assist. / wiss. Mitarb.	Admin. / techn. Personal
		Total	Professoren /innen	übrige Dozierende		
Absolut						
Alle Fachrichtungen	**256**	**83**	**49**	**34**	**95**	**79**
Theologie	45	25	12	13	12	8
Historische und Kulturwissensch.	27	10	7	3	13	4
Sozialwissenschaften	42	15	9	7	22	5
Wirtschaftswissenschaften	2	1	—	1	0	1
Recht	88	30	21	10	43	14
Interdisziplinäre, andere	12	2	1	1	4	6
Zentralbereich	42	—	—	—	1	41
Prozent						
Alle Fachrichtungen	**100,0**	**32,4**	**18,9**	**13,4**	**37,0**	**30,7**
Theologie	100,0	55,5	26,4	29,1	26,0	18,5
Historische und Kulturwissensch.	100,0	36,6	24,3	12,3	49,1	14,2
Sozialwissenschaften	100,0	36,8	21,1	15,8	52,3	10,8
Wirtschaftswissenschaften	100,0	41,9	—	41,9	25,8	32,3
Recht	100,0	34,5	23,3	11,2	49,5	16,0
Interdisziplinäre, andere	100,0	17,7	8,0	9,6	31,7	50,6
Zentralbereich	100,0	—	—	—	1,2	98,8

T4K09T03
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Personal der schweizerischen Hochschulen

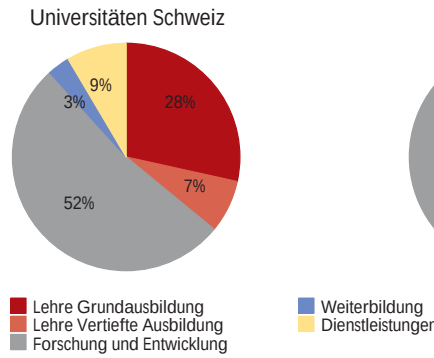
Drittel der Professuren nehmen in Luzern Frauen ein, im gesamten Schweizer Universitätssystem ist der Anteil nur halb so gross. Nach absoluter Personenzahl sind Frauen in allen aufgeführten Personalkategorien an der Luzerner Universität überproportional stark repräsentiert. Nach Vollzeitäquivalenten sind neben den Professorinnen auch Assistentinnen und weibliche Beschäftigte in der Administration beziehungsweise beim technischen Personal an der Universität Luzern anteilig stärker vertreten als im Durchschnitt der schweizerischen universitären Hochschulen (Tab. 9.5).

Abbildung 9.10
Universitätspersonal (Vollzeitäquivalente) nach Personalkategorien 2009
Schweiz und Kanton Luzern



T4K09G14
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Personal der schweizerischen Hochschulen

Abbildung 9.11
Verwendung der Arbeitszeit des Universitätspersonals 2009
Alle Universitäten Schweiz und Universität Luzern



T4K09G15
LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Personal der schweizerischen Hochschulen

An der Universität Luzern hat die Lehre ein hohes Gewicht

Die Personalstruktur der Universität Luzern ist für das schweizerische Universitätssystem auch in weiterer Hinsicht untypisch. Denn die Universität Luzern beschäftigt anteilig deutlich mehr Professorinnen und Professoren sowie Assistentinnen und Assistenten. Übrige Dozierende und administratives und technisches Personal sind unterdurchschnittlich vertreten (Abb. 9.10).
Diese Personalstruktur korrespondiert zum einen mit der starken Ausrichtung der Universität Luzern auf die Lehre und mit der in Luzern relativ bedeutsamen Bachelorausbildung. Im Vergleich zu den anderen Universitäten in der Schweiz liegt die Arbeitszeit für die Lehre hier deutlich höher (Abb. 9.11). Zum anderen korrespondiert diese Personalstruktur mit dem Schwerpunkt geistes- und sozialwissenschaftlicher Fächer, die im Unterschied zu den exakten Wissenschaften und den Naturwissenschaften beziehungsweise in den technischen Fächern anteilig weniger Assistierende und Mitarbeitende aufweisen (BFS 2010c: 10). Das lässt sich auch damit erklären, dass sich die Art der Forschung in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern von jener in den naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen unterscheidet. Ob ohne oder mit Labor geforscht wird, individuell oder in grossen Forschungsgruppen, wirkt sich auch auf die Personalstruktur aus.

Die Universität Luzern ist auch für ausländische Wissenschafterinnen und Wissenschafter attraktiv

Die schweizerischen Universitäten werden durch einen hohen Anteil an ausländischem Personal getragen. An den schweizerischen Universitäten und ETH findet sich 2009 ein Anteil an ausländischem Personal von 39,0 Prozent, wobei 46,7 Prozent der Professuren und 51,7 Prozent der Assistenten und Assistentinnen und wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht schweizerischer Staatsangehörigkeit waren. Insbesondere die beiden ETH haben hohe Anteile ausländischer Professorinnen und Professoren (2009: ETHZ 64,3 %; EPFL 59,3 %). An der Universität Luzern findet sich 2009 ein Ausländeranteil von 28,2 Prozent. Bei den Professuren beträgt er 47,7 Prozent (BFS 2010c: 33). In der Tendenz ist der Ausländeranteil an den schweizerischen Universitäten steigend.

Internationalisierung

Das Bestreben der Universitäten ist, für gut qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler international attraktiv zu sein. Insbesondere im deutschsprachigen Raum sind Schweizer Universitäten für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler attraktive Arbeitsorte. In der Zusammensetzung der Luzerner Professorenschaft und des Mittelbaus nach Nationalität schlägt sich dies in den drei Fakultäten nieder (Tab. 9.6). Die Professuren in der Theologischen Fakultät (TF) sind zu 66,6 Prozent und in der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät (KSF) zu 63,1 Prozent mit Personen aus dem deutschsprachigen Ausland besetzt. In der Rechtswissenschaftlichen Fakultät (RF) macht dieser Anteil lediglich 16,7 Prozent aus. Im Mittelbau überwiegen an allen drei Fakultäten die Assistierenden und Mitarbeitenden aus der Schweiz.

Tabelle 9.5

Personal (Vollzeitäquivalente) nach Universitäten, Personalkategorien und Geschlecht 2009

Schweiz

Universitäten	Alle Personal-kategorien		Professoren/ Profesorinnen		übrige Dozierende		Assistent/innen, wiss. Mitarb.		Administratives, techn. Personal	
	Total	Frauen in %	Total	Frauen in %	Total	Frauen in %	Total	Frauen in %	Total	Frauen in %
Alle	**34 688**	**40,8**	**3 114**	**16,4**	**2 907**	**27,9**	**16 847**	**37,9**	**11 820**	**54,6**
Basel	2 571	45,4	255	14,9	189	32,5	1 315	42,7	813	62,5
Bern	3 838	49,8	352	18,1	284	31,1	1 673	47,4	1 530	63,1
Fribourg	1 516	45,6	217	16,7	111	30,3	694	47,1	496	59,6
Genève	4 163	48,0	432	18,6	439	38,4	1 651	48,0	1 641	58,3
Lausanne	2 655	43,4	413	20,4	375	26,9	990	45,5	877	58,9
Luzern	256	42,8	49	27,8	34	23,7	95	43,0	79	60,2
Neuchâtel	735	44,2	103	25,3	42	31,4	339	44,2	252	53,9
St. Gallen	875	37,1	73	10,4	159	23,6	353	32,3	289	57,0
Zürich	6 060	46,7	496	16,9	782	29,5	2 751	45,6	2 032	62,1
USI	454	37,3	58	9,5	47	23,4	246	41,5	103	49,2
EPFL	4 252	29,5	263	10,8	166	12,2	2 494	25,6	1 330	42,7
ETHZ	7 228	30,2	388	10,5	270	13,4	4 210	27,1	2 359	41,0
Andere	84	45,6	15	8,2	9	26,7	38	51,4	22	68,8

T4K09T04

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BFS / SHIS, Personal der schweizerischen Hochschulen

Finanzierung

Die Zusammensetzung der Finanzen lässt sich nach den Finanzierungsquellen Bund (inkl. Schweizerischer Nationalfonds SNF), Kantonen und Privaten aufgliedern. Die zehn kantonalen Universitäten werden überwiegend durch kantonale Finanzmittel und Bundesmittel finanziert. Sie werden durch ihren Standortkanton grundfinanziert und erhalten zusätzliche Finanzmittel durch die interkantonale Universitätsvereinbarung (IUV) sowie Bundesmittel in Form der Grundbeiträge nach dem UFG (Universitätsförderungsgesetz). Für die kantonalen Universitäten sind die weiteren Drittmittel (von Bundeseinrichtungen wie dem SNF oder von Privaten) bedeutsame Finanzierungsquellen. Der Universität Luzern stand 2009 ein Gesamtbudget von annähernd 45 Millionen Franken zur Verfügung (44'837'000 Fr.). Die wichtigsten Säulen des Universitätsbudgets sind die Finanzierung durch den Kanton Luzern mit 15,4 Millionen Franken, die Finanzierung durch die anderen Kantone (interkantonale Universitätsvereinbarung) mit 11,2 Millionen Franken sowie die Grundbeiträge des Bundes (nach UFG) von 7,8 Millionen Franken. 4,8 Millionen Franken machen die Drittmittel aus. Davon stellen die Mittel des SNF mit 2,4 Millionen Franken den grössten Anteil dar. Die Universität Luzern erhielt 2009 insgesamt 0,3 Prozent aller Drittmittel, die den schweizerischen Universitäten zur Verfügung gestellt werden. Der (noch) geringe Drittmittelanteil lässt sich zum einen dadurch erklären, dass Luzern eine noch junge Universität ist, deren Hauptaufgabe in der Einrichtung neuer Studiengänge und der Anziehung von Studierenden bestand beziehungsweise besteht.

Tabelle 9.6

Professorenschaften und Mittelbau nach Nationalität in den Fakultäten 2008

Universität Luzern

Nationalität	Insgesamt		Theologische Fak.		Kultur-/Soz.-wiss. F		Rechtswiss. Fak.	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Professorinnen und Professoren								
Total	**61**	**100,0**	**12**	**100,0**	**19**	**100,0**	**30**	**100,0**
Schweiz	33	54,0	3	25,0	7	36,8	23	76,7
Deutschland	20	32,8	7	58,3	10	52,6	3	10,0
Österreich	5	8,2	1	8,3	2	10,5	2	6,7
Andere	3	5,0	1	8,3	–	–	2	6,7
Assistentinnen und Assistenten und wissenschaftliche Mitarbeiter/innen								
Total	**227**	**100,0**	**25**	**100,0**	**98**	**100,0**	**104**	**100,0**
Schweiz	163	71,8	20	80,0	55	56,1	88	84,6
Deutschland	46	20,3	3	12,0	36	36,7	7	6,7
Österreich	2	0,9	2	8,0	–	–	–	–
Andere	16	7,0	–	–	7	7,1	9	8,7

T4K09T22.TABFM

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: Universität Luzern

Zum anderen ist dies der spezifischen Ausrichtung auf die Geistes- und Sozialwissenschaften geschuldet. Generell starke Drittmittelanteile weisen an allen Schweizer Universitäten die Wirtschaftswissenschaften, die exakten Wissenschaften oder Naturwissenschaften sowie die technischen Wissenschaften auf (BFS 2010b: 8, 30). Diese sind an der Universität Luzern 2009 nicht vertreten. Es zeigt sich aber, dass die aus unterschiedlichen Finanzquellen stammenden Drittmittel für Forschungsaktivitäten an der Universität Luzern bereits zugenommen haben (Tab. 9.7). Vergleicht man die Entwicklung seit 2007, so haben sich die SNF-Fördermittel bereits um 58,4 Prozent erhöht (Universität Luzern 2008: 55). Der Finanzhaushalt der Universität Luzern 2009 weist wie in den vergangenen Jahren seit 2005 einen Ertragsüberschuss auf (Universität Luzern 2009, 2007).

Tabelle 9.7

Finanzierung des Aufwands nach Geldgebern und Hochschule 2009

Schweiz

Hochschule	Total	Bund				Kantone				Private			
		absolut		davon in %		absolut		davon in %		absolut		davon in %	
	1000 Fr.	1000 Fr.	in %	Grundbeiträge [1]	Nationalfonds	1000 Fr.	in %	Standortkanton	Interkant. HS-Vereinb.	1000 Fr.	in %	Studiengebühren	Private Forschungsmandate
Alle	**6 536 098**	**2 981 072**	**45,6**	**72,9**	**15,6**	**2 508 824**	**38,4**	**79,1**	**18,6**	**1 046 202**	**16,0**	**12,4**	**38,3**
Basel	594 921	149 982	25,2	48,3	38,5	347 932	58,5	79,0	20,3	97 007	16,3	13,7	40,8
Bern	696 387	168 736	24,2	44,8	33,3	352 535	50,6	76,0	22,2	175 116	25,1	7,6	14,4
Fribourg	233 084	68 086	29,2	61,5	24,3	132 445	56,8	59,2	39,7	32 553	14,0	24,2	35,7
Genève	780 292	180 876	23,2	46,7	37,1	486 819	62,4	89,2	4,1	112 597	14,4	11,1	28,9
Lausanne	535 490	137 023	25,6	47,0	34,4	318 640	59,5	84,0	15,7	79 827	14,9	14,9	53,5
Luzern	44 837	12 285	27,4	63,9	19,7	26 561	59,2	57,8	42,1	5 992	13,4	49,4	24,8
Neuchâtel	118 995	41 937	35,2	49,6	29,8	62 763	52,7	64,4	31,1	14 295	12,0	20,5	18,1
St. Gallen	178 954	41 356	23,1	64,7	6,0	61 224	34,2	55,7	44,0	76 374	42,7	13,3	28,1
Zürich	1 151 196	240 225	20,9	47,1	31,8	681 917	59,2	81,4	18,1	229 054	19,9	10,5	29,3
USI	71 670	25 766	36,0	71,0	15,5	26 710	37,3	56,2	40,3	19 194	26,8	57,5	6,1
EPFL Lausanne	736 188	661 814	89,9	81,5	8,4	1 998	0,3	—	—	72 377	9,8	7,9	71,3
ETH Zürich	1 380 746	1 249 350	90,5	88,4	5,3	4 182	0,3	—	—	127 213	9,2	9,5	81,5
Andere	13 337	3 637	27,3	95,0	3,4	5 096	38,2	48,9	49,8	4 604	34,5	45,4	—

T4K09T06

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BFS / SHIS, Hochschulfinanzierung

[1] Grundbeiträge UFG, Globalbudget ETH

D FORSCHUNG

Die universitären Hochschulen profilieren sich wie keine andere Organisationsform im Hochschulsystem durch ihre Forschungsorientierung. Das Statut der Universität nennt unter den Kernaufgaben als Allererstes die Forschung: Die Universität Luzern forscht, indem sie wissenschaftliche Untersuchungen durchführt und an nationalen und internationalen Forschungsvorhaben mitwirkt. Und auch im Leitbild der Universität ist formuliert: Die wissenschaftliche Forschung ist die Kernaufgabe der Universität Luzern. Die Universität Luzern trägt der Bedeutung der Forschung Rechnung, indem sie eine eigene Forschungskommission für die Forschungsförderung und Forschungskoordinierung eingerichtet hat. Zudem existiert eine Forschungskommission SNF, die über die Zuteilung von Forschungsstipendien an Forscherinnen und Forscher entscheidet und Stellung nimmt zu Gesuchen für SNF-Stipendien.

Forschung wird zumeist selbst initiiert und durch selbst beantragte Mittel finanziert

Professorinnen und Professoren, aber auch wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Universität Luzern initiieren kontinuierlich eigenständige Forschungsprojekte, für die sie Forschungsgelder bei der Universität oder bei ausseruniversitären Finanzierungsquellen beantragen. An der Universität Luzern sind 2010 in der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät fünf SNF-Förderprofessuren (zwei am Soziologischen und je eine am Historischen und am Politikwissenschaftlichen Seminar sowie eine an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät) angesiedelt, bei denen ein forschungsintensives Tätigkeitsprofil für einen neuen Forschungsbereich vorliegt.

Mehr als die Hälfte der Arbeitszeit wird an der Universität Luzern für die Lehre verwendet, in Seminarien und Instituten ist die Forschung angesiedelt

Universitäre Forschung hat viele Organisationsformen

Die Formen, in denen Forschungstätigkeit organisiert ist, sind vielfältig. Forschungsgruppen sind an den Forschungszentren und Instituten der Fakultäten (sowie an fakultätsübergreifenden Zentren und Instituten) angesiedelt. Nach Fakultäten geordnet sind es folgende Institute und Forschungsstellen:

Theologische Fakultät
- Institut für Jüdisch-Christliche Forschung
- Institut für Kirchliche Weiterbildung
- Institut für Sozialethik
- Ökumenisches Institut
- Religionspädagogisches Institut
- Zentrum für Religion, Wirtschaft und Politik. An dieser Forschungsstelle ist auch die Kultur- und Sozialwissenschaftliche Fakultät beteiligt.

Der gesellschaftlichen Integration von Religionen in Europa ist an der Universität Luzern ein fakultätsübergreifender Forschungsschwerpunkt gewidmet

Kultur- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
- Kulturwissenschaftliches Institut
- Zentrum für Religionsforschung
- Zentrum für Religion, Wirtschaft und Politik. An dieser Forschungsstelle ist auch die Theologische Fakultät beteiligt.

Rechtwissenschaftliche Fakultät
- Center for Conflict Resolution
- Forschungsstelle für internationalisiertes und europäisiertes Privatrecht
- International Communications Art & Law Lucerne (i-call)
- Institut für Unternehmensrecht
- Institut für juristische Grundlagen Lucernaiuris
- Luzerner Zentrum für Sozialversicherungsrecht
- Forschungsstelle für europäisches Recht (value)

Hinzu kommt die erste Graduate School (Graduate School of Humanities and Social Sciences at the University of Lucerne der KSF), die Nachwuchsforscherinnen und -forscher für die Qualifizierung in spezifischen Forschungsfeldern an der Universität Luzern ansiedelt und organisatorisch bündelt.

Weiter hat die Universität Luzern zwei fakultätsübergreifende universitäre Forschungsschwerpunkte. Das ist zum einen das Programm „Religion und gesellschaftliche Integration in Europa“ und zum anderen das Programm „Text und Normativität“, dem auch ein Graduiertenkolleg angeschlossen ist. Zudem sind Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler über die Universität Luzern hinaus in nationalen und internationalen Forschungsverbünden organisiert und an nationalen und internationalen Forschungsgruppen beteiligt.

Drittmittel für die Forschungsfinanzierung

Die Forschungsfinanzierung der durch die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an der Universität Luzern initiierten Forschungsprojekte erfolgt über Drittmittel aus verschiedenen eidgenössischen, kantonalen und privaten Finanzquellen. Die folgende Tabelle listet die eingeworbenen Drittmittel für die im Zeitraum 2000 bis (März) 2010 abgeschlossenen Forschungsprojekte sowie die zu diesem Zeitpunkt noch laufenden Forschungsprojekte getrennt nach Fakultäten auf (Tab. 9.8).

Tabelle 9.8
Drittmittel nach Fakultäten 2010
Universität Luzern

Forschungsprojekte	Total	Fakultäten		
	Franken	Theologische	Kultur/Soz.wiss.	Rechtswiss.
Total	**51 818 600**	**1 355 911**	**29 134 007**	**21 328 682**
abgeschlossen 2010	36 429 642	648 291	17 566 530	18 214 821
laufende 2010	15 388 958	707 620	11 567 477	3 113 861

T4K09T23.TABFM

LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BFS / SHIS – Universität Luzern

Insgesamt sind seit der Gründung der Universität fast 52 Millionen Franken eingeworben worden. Erfolgreich waren insbesondere die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät und der Rechtswissenschaftlichen Fakultät.

Vorträge und Publikationen

Drittmittel in Franken sind ein wichtiger Indikator für die Erfassung des Forschungsaufwands. Die universitäre Forschung führt in verschiedener Form zu Outputs. Indikatoren dafür sind gehaltene Vorträge und noch wichtiger: wissenschaftliche Publikationen. Als Outputfaktoren gelten im Überblick:

- Vorträge im Rahmen wissenschaftlicher Tagungen und Forschungskolloquien
- Artikel in wissenschaftlichen Zeitschriften und wissenschaftlichen Büchern (Monografien und Herausgeberschaften)
- Anwendungsbezogene Dienstleistungen, wie zum Beispiel wissenschaftliche Beratung oder die Publikation wissenschaftlicher Forschungsergebnisse für eine breite nichtwissenschaftliche, aber an Wissenschaft interessierte Öffentlichkeit.

Im Laufe eines Jahres werden einige Hundert Artikel und einige Dutzend Bücher durch Mitarbeitende der Universität publiziert. Die Internetseite der Universität Luzern listet die Publikationen der Beschäftigten der Universität nach Fakultäten und Jahren auf.

E SYNTHESE

Studierende

Die Universität Luzern wurde im Jahr 2000 gegründet und ist die jüngste Universität in der Schweiz. Sie ist keine Volluniversität, sondern hat ein spezifisches, geistes- und sozialwissenschaftliches Profil. Die Studierendenzahl wächst noch immer leicht überdurchschnittlich. Im Jahr 2009 waren annähernd 2'400 Personen an der Universität Luzern eingeschrieben.

Fächer

Mehr als die Hälfte aller Studierenden an der Universität Luzern entfiel im Jahr 2009 auf das Fach Rechtswissenschaft. Es folgten die Sozialwissenschaften mit etwa einem Viertel, die Kultur- und Historischen Wissenschaften mit rund einem Siebtel und die Theologie mit gut einem Achtel der Studierenden. Der Frauenanteil an den Studiengängen betrug 57 Prozent.

Studiengänge

Bislang sind vor allem die Bachelorstudiengänge stark belegt, die Masterstudiengänge werden noch einige Zeit für den Aufbau benötigen. Der Anteil der Bachelorstudierenden machte im Jahr 2009 59 Prozent aus, die Master- und Lizenziatsstudierenden 30 Prozent und die Doktorierenden 9 Prozent.

Abschlüsse

Die Zahl der Abschlüsse entwickelt sich zeitverzögert ebenso dynamisch wie die Studierendenzahlen und steigt schneller als im Durchschnitt der Schweizer Universitäten. Im Jahr 2009 wurden 253 Bachelor-, 172 Master- und 17 Doktor-Titel vergeben.

Herkunft der Studierenden

Insgesamt studieren an Schweizer Universitäten gegen 4'600 Menschen, die ihren Wohnort vor Studienbeginn im Kanton Luzern hatten. Sie wählen zunehmend öfter Luzern als Studienort. Die Universität Luzern hat von allen Universitäten in der Schweiz den höchsten Anteil Studierender aus dem Kanton Luzern (28,6 %). Im Jahr 2009 stammten 43 Prozent der Studierenden von Kantonen ausserhalb der Zentralschweiz und nicht ganz 12 Prozent aus dem Ausland.

Personal

Die Universität Luzern verfügte im Jahr 2009 über eine Personalgrösse von 256 Vollzeitäquivalenten, davon entfielen 49 auf Professorinnen und Professoren. Keine andere Universität in der Schweiz hat einen höheren Anteil an Frauen in der Professorenschaft, er beträgt 28 Prozent. Auch in den anderen Personalkategorien sind die Anteile der weiblichen Beschäftigten höher als im Durchschnitt des schweizerischen Universitätssystems.

Zukünftige Entwicklung

Die schweizerischen Szenarien gehen davon aus, dass die Universität Luzern bis Mitte des Jahrzehnts nur noch moderat auf etwa 2'600 Studierende weiterwachsen wird. Dies, weil schweizweit die Zahl der Studierenden in den Geistes- und Sozialwissenschaften eher stagniert. Der Ausbau der Universität Luzern ist aber noch nicht abgeschlossen, und unter Berücksichtigung der gegegebenen Dynamik dürfte sich ein etwas schnelleres Wachstum abzeichnen als prognostiziert.

Berufsbildungszentrum Bau und Gewerbe, Standort Heimbach in der Stadt Luzern

10. KAPITEL

HÖHERE BERUFSBILDUNG UND WEITERBILDUNG

A ÜBERSICHT ÜBER DEN BEREICH

1. Entwicklung der höheren Berufsbildung und Weiterbildung
2. Rechtsgrundlagen und Organisation
3. Datengrundlage und Abgrenzungen

B EIDG. BERUFS- UND HÖHERE FACHPRÜFUNGEN

1. Angebot
2. Nachfrage
3. Abschlüsse

C HÖHERE FACHSCHULEN

1. Angebot
2. Nachfrage
3. Abschlüsse

D POSITIONIERUNG IM BERUFSLEBEN

E WEITERBILDUNG

1. Angebot
2. Nachfrage

F SYNTHESE

A ÜBERSICHT ÜBER DEN BEREICH

1. Entwicklung der höheren Berufsbildung und Weiterbildung

Die höhere Berufsbildung als Weiterführung der Berufsbildung auf der Tertiärstufe ist ein Charakteristikum des dualen Bildungssystems in der Schweiz (educa.ch o.J. b). Mit jährlich rund 28'000 Abschlüssen – davon gut 1'800 im Kanton Luzern – stellt sie einen wesentlichen Pfeiler der Tertiärstufe dar. Der Bereich der höheren Bildung neben der Tertiärstufe A (Universitäten, Fachhochschulen Pädagogische Hochschulen) läuft unter dem Begriff Tertiärstufe B und bildet den Schwerpunkt dieses Kapitels. Gegenstand der Betrachtung ist auch die Weiterbildung.

Tertiärstufe B

Die Arbeitswelt ist einem ständigem Wandel unterworfen. Entsprechend verändern sich die beruflichen und schulischen Qualifikationen, die von den Arbeitnehmenden verlangt werden (Geser 1999). Seit den 1990er-Jahren werden auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt vermehrt Stellen ausgeschrieben, für die ein Tertiärabschluss vorausgesetzt wird. Neben Hochschulabschlüssen werden höhere Ausbildungen verlangt, die in der Regel auf einer Berufslehre aufbauen, und teilweise auch Abschlüsse Höherer Fachschulen, Fachausweise oder Fähigkeitszeugnisse (Salvisberg 2010). Diese Entwicklung weist einerseits auf einen generellen Mangel an spezialisierten Fachkräften hin, andererseits zeigt sie, dass der hohe Praxisbezug, durch den sich die Ausbildungsgänge der höheren Berufsbildung auszeichnen, gefragt ist. Personen mit höherer Berufsbildung verfügen über einschlägige Berufserfahrung; sie haben ihr Wissen und ihre Kenntnisse in Kombination mit dem Berufsalltag erweitert, erprobt und verfeinert (Sheldon 2008).

Weiterbildung

Parallel – und als Ergänzung – zum formalen Bildungssystem ist in der Schweiz ein Weiterbildungssektor gewachsen, der sich durch eine grosse Vielfalt an Angeboten von privaten, öffentlich-rechtlichen, betrieblichen und gemeinnützigen Anbietern auszeichnet. Der Weiterbildungssektor ist, wie teilweise auch der Tertiär-B-Sektor, zum grossen Teil marktwirtschaftlich ausgerichtet. Er wird durch gesellschaftliche, technologische und ökonomische Veränderungen wesentlich beeinflusst (EVD 2009). Im Gegensatz zur höheren Berufsbildung werden im Weiterbildungssektor in der Regel keine eidgenössisch anerkannten Abschlüsse erteilt, wie dies etwa bei Weiterbildungen an Fachhochschulen, Universitäten und Höheren Fachschulen der Fall ist.

Lebenslanges Lernen

Mit der zunehmenden Flexibilisierung der Berufstätigkeit, der fortschreitenden Globalisierung des Arbeitsmarktes und vor dem Hintergrund der soziodemografischen Entwicklung wird die permanente Aktualisierung der eigenen Kenntnisse und Fertigkeiten in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen. Diesem Umstand wird mit dem Konzept und der Forderung des lebenslangen Lernens Rechnung getragen: Lernende sollen in Zukunft ihren Weg zur Kompetenzbildung selbst bestimmen und dabei aus einer breiten Palette von Bildungsressourcen diejenigen Angebote auswählen, die ihren Bedürfnissen entsprechen (Borkowsky/Zuchuat 2006: 13).

2. Rechtsgrundlagen und Organisation

Rechtsgrundlagen

Das Berufsbildungsgesetz (BBG) regelt sämtliche Bildungsbereiche ausserhalb der Hochschulen, also die berufliche Grundbildung, einschliesslich Berufsmaturität, die höhere Berufsbildung und die berufsorientierte Weiterbildung. Die Voraussetzungen für die Genehmigung von eidgenössischen Berufs- und eidgenössischen höheren Fachprüfungen werden in Artikel 25 der Berufsbildungsverordnung (BBV) beschrieben. In diesem Zusammenhang kann auf Stufe der höheren Berufsbildung zwischen vom Bund reglementierten und nichtreglementierten Bildungsabschlüssen unterschieden werden. Zur zweiten Gruppe gehören alle Abschlüsse, die zu keinem eidgenössisch anerkannten Berufstitel führen. Im Allgemeinen werden diese Titel durch Kantone, Schulen, Verbände oder andere Vereinigungen ausgestellt. Für die Höheren Fachschulen wurde mit dem Berufsbildungsgesetz von 2002 und der Verordnung über Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der Höheren Fachschulen von 2005 eine einheitliche Rechtsgrundlage geschaffen. Dadurch sind die zuvor kantonal geregelten Bereiche Gesundheit, Soziales und Kunst in die Zuständigkeit des Bundes überführt worden. Für die Höheren Fachschulen gelten seither gesamtschweizerische Rahmenlehrpläne, die von den Bildungsinstitutionen und den Organisationen der Arbeitswelt zusammen erarbeitet werden (SKBF 2006: 173; BBT o.J.b).

Weiterbildungsgesetz in Vorbereitung

Im Unterschied zum formalen Bildungssystem zeichnet sich der Weiterbildungssektor dadurch aus, dass der Staat hauptsächlich subsidiär handelt, also dort unterstützend eingreift, wo etwa ein Weiterbildungsangebot für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe auf dem Markt fehlt. Entsprechend ist der Weiterbildungssektor sowohl rechtlich als auch in Bezug auf die Trägerschaft der Institutionen sehr heterogen organisiert (SKBF 2010: 258f; Hag. 2009). Zurzeit befasst sich der Bund damit, die Weiterbildungspolitik gemäss Auftrag des Verfassungsartikels über die Bildung vom 21. Mai 2006 neu zu regeln. Bis Ende der Legislaturperiode 2011 soll ein Vernehmlassungsentwurf für ein Weiterbildungsgesetz von einer Expertenkommission erarbeiten werden (BBT o.J.c). Das kantonale Gesetz über die Berufsbildung und die Weiterbildung regelt die Weiterbildungsangebote (mit Ausnahme jener der Hochschulen), die nicht unter die berufsorientierte Weiterbildung nach Bundesrecht fallen (SRL Nr. 430 Art. 7, vgl. auch EVD 2009: 17).

Organisation

Die höhere Berufsbildung ist wie die berufliche Grundbildung eine partnerschaftliche Verbundaufgabe von Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt. Mit den Bildungsreformen der 1990er-Jahre wurde der tertiäre Bildungssektor in eine wissenschaftliche Ausrichtung und in eine berufliche Orientierung aufgeteilt. Aus dieser Zweiteilung ging die höhere Berufsbildung als eigenständiger Bildungsweg hervor (SKBF 2010). Sowohl die eidgenössischen Berufsprüfungen als auch die höheren Fachprüfungen werden von gesamtschweizerisch tätigen Berufs- und Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden – Organisationen der Arbeitswelt (OdA) – getragen. Diese Organisationen regeln die Zulassungsbedingungen, Lerninhalte, Qualifikationsverfahren, Ausweise und Titel der eidgenössischen Berufs- und höheren Fachprüfungen (Art. 28 BBG), und sie organisieren die jährlich oder halbjährlich stattfindenden Prüfungen (SKBF 2010: 248). Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT übernimmt die Aufsicht über die Prüfungen und genehmigt die Prüfungsordnungen. Eine Qualitätsprüfung der Vorbereitungskurse an den verschiedenen Schulen findet nicht statt (Arnold 2010).

Perspektiven im Kanton Luzern

Im Kanton Luzern verfolgt der Regierungsrat das Ziel, das vielschichtige öffentliche Weiterbildungsangebot zu bündeln und die Weiterbildung insgesamt zu stärken. Seit dem 1. August 2009 sind alle kantonalen Bildungsgänge der höheren Berufsbildung sowie die Weiterbildungsangebote der kantonalen Berufsfachschulen organisatorisch im Berufsbildungszentrum (BBZ) Weiterbildung angesiedelt. Dadurch werden die Angebote zentral koordiniert und geleitet. Die bisherigen Standorte (Stadt Luzern, Sursee, Willisau, Hohenrain und Schüpfheim) stellen weiterhin dezentral Angebote bereit. Dadurch sollen die regionale Verankerung, die Niederschwelligkeit des Angebots und die enge Verknüpfung mit der beruflichen Grundbildung und der regionalen Wirtschaftsstruktur gewährleistet bleiben (BKD 2009, A 404).

3. Datengrundlage und Abgrenzungen

Datengrundlage im Bereich der höheren Berufsbildung

Der Bereich der höheren Berufsbildung wird durch zwei Datenquellen abgedeckt. Die Statistik der Schüler/innen und Studierenden des Bundesamts für Statistik berücksichtigt die Daten der im Kanton Luzern angesiedelten Bildungsinstitutionen. Dabei kommt das Schulstandortortprinzip zur Anwendung, wobei gleichzeitig auch der Wohnkanton der Studierenden erhoben wird. Die Statistik der Bildungsabschlüsse des Bundesamts für Statistik erfasst jährlich sowohl die vom Bund reglementierten als auch die nicht vom Bund reglementierten Abschlüsse auf der Sekundarstufe II und der Tertiärstufe. Hierbei kommen sowohl das Wohnort- als auch das Schulortprinzip zur Anwendung.

Datengrundlage zur Weiterbildung

Die Analyse des Weiterbildungssegments basiert auf Daten der Weiterbildungserhebung aus dem Jahr 2006, die in der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung SAKE integriert ist und den nichtformalen und informellen Bereich des schweizerischen Bildungssystems beschreibt. Da für den Kanton Luzern zu wenige Fälle für eine statistisch aussagekräftige Analyse vorliegen, wird auf die Daten der Zentralschweiz und der Schweiz zurückgegriffen.

Abgrenzungen und Begriffe

Mit der dynamischen Entwicklung auf dem Gebiet der höheren Berufsbildung und der Weiterbildung gehen teilweise unscharfe begriffliche und inhaltliche Abgrenzungen einher. Viele der begrifflichen Überschneidungen haben (rechts)historische Gründe.

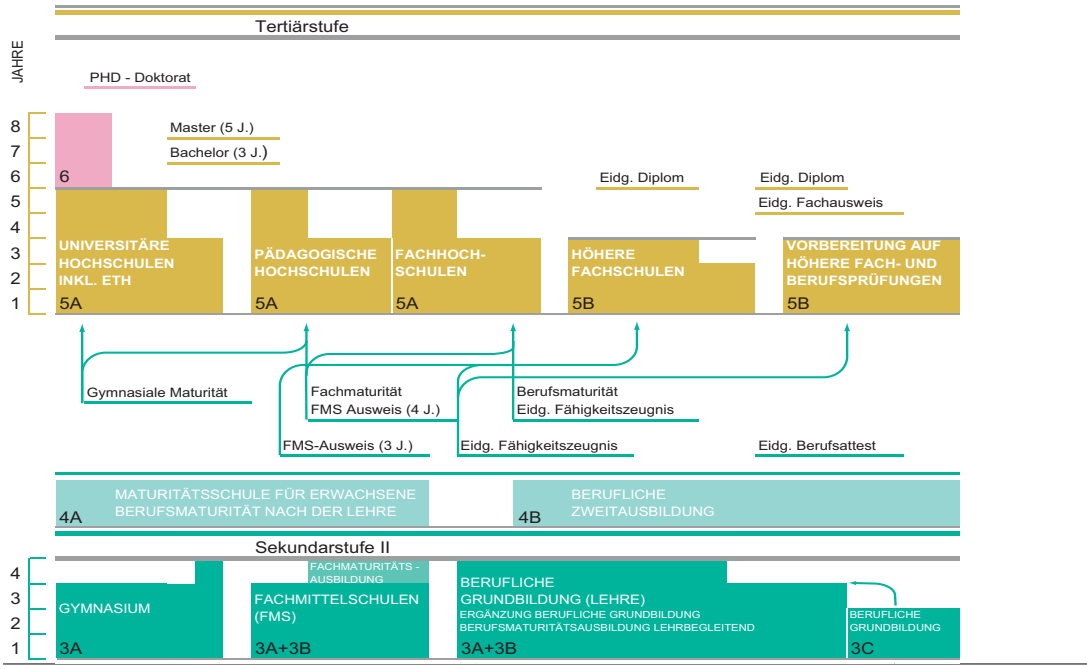
Der vorliegende Bericht unterscheidet zwischen höherer Berufsbildung und Weiterbildung. Diese begriffliche und inhaltliche Abgrenzung folgt dem durch den Bund im Jahr 2002 erlassenen Berufsbildungsgesetz (BBG): Als höhere Berufsbildung gilt dort gemäss Artikel 27 diejenige, die mit a) einer eidgenössischen Berufsprüfung oder einer eidgenössischen höheren Fachprüfung oder b) einer eidgenössisch anerkannten Bildung an einer Höheren Fachschule erworben wird. Zusätzlich zu diesen im Bundesgesetz reglementierten Abschlüssen gibt es weitere Abschlüsse der höheren Berufsbildung, die vom Bund nicht geregelt und somit nicht eidgenössisch anerkannt sind. Daneben gibt es den Bereich der beruflich wie auch der nicht beruflich ausgerichteten Weiterbildung. Parallel werden hierfür auch die Termini Erwachsenenbildung, Fortbildung oder Umschulung verwendet (Wettstein/Gonon 2009: 208; Quiquerez 2009: 7; Fischer 2008: 13).

Die höhere Berufsbildung wird in der Bildungssystematik dem Tertiärsektor zugeteilt. Auch die Weiterbildung wird häufig dort angesiedelt, zuweilen aber auch als eigener Bereich betrachtet und als Quartärstufe bezeichnet – so im kantonalen Gesetz über die Berufsbildung und die Weiterbildung (SRL Nr. 430 Art. 7; vgl. auch EVD 2009: 17).

Abbildung 10.1

Die Einbettung der Höheren Berufsbildung im Bildungssystem (Gesamtdarstellung vgl. Kapitel 2)

Kanton Luzern



LUSTAT STATISTIK LUZERN

Quelle: EDK - LUSTAT

Institutionalisierungsgrad der Weiterbildung

Weiterbildungsaktivitäten können anhand von verschiedenen Kriterien statistisch erfasst werden. International und national am gebräuchlichsten ist die Erfassung gemäss der Klassifikation nach dem Institutionalisierungsgrad (SKBF 2010: 256). Dabei wird zwischen den Kategorien formaler Bildung, nichtformaler Bildung und informellem Lernen unterschieden. Unter formaler Bildung werden alle Bildungsgänge der obligatorischen Schule, der Sekundarstufe II und der Tertiärstufe innerhalb des nationalen Bildungssystems erfasst. Die nichtformale Bildung bezeichnet die Lernaktivitäten im Rahmen einer Schüler-Lehrer-Beziehung ausserhalb des formalen Bildungssystems und führt zu keinem staatlich anerkannten Diplom. Das informelle Lernen beschreibt Aktivitäten, die explizit einem Lernziel dienen, aber ausserhalb einer Lernbeziehung stattfinden (Bernier et al. 2007: 9; Wettstein/Gonon 2009: 209). Unter Weiterbildung ausserhalb der Hochschulen werden in der Regel nichtformale Bildungsaktivitäten oder informelles Lernen verstanden.

Lernzielorientierte Betrachtung

Eine andere Kategorisierung unterteilt die Weiterbildung nach Lernzielen: Unterschieden wird hier zwischen einer gesellschafts-/freizeitorientierten und einer berufsorientierten Weiterbildung (EVD 2009: 12; Wettstein/Gonon 2009: 210). Das BBG definiert nur die berufsorientierte Weiterbildung, das kantonale Gesetz (SRL Nr. 430) hingegen behandelt auch die allgemeine Weiterbildung.

Im Bereich der Weiterbildung gibt es attraktive Angebote für alle Altersgruppen und auf allen Bildungsstufen – hier ein Blick in die Seniorenuniversität

B EIDG. BERUFS- UND HÖHERE FACHPRÜFUNGEN

1. Angebot

Der Bildungsweg über die Berufs- oder höhere Fachprüfung zeichnet sich durch ein inhaltlich und qualitativ heterogenes Feld an Angeboten sowie Anbietern aus (Schärrer et al. 2009: 1). Die höhere Berufsbildung verfolgt das Ziel, das Wissen und die Kenntnisse von Personen zu vertiefen und zu erweitern, die eine berufliche Grundbildung abgeschlossen oder eine gleichwertige Qualifikation erlangt haben. Sie dient der Kaderausbildung und der Spezialisierung von berufserfahrenen Fachpersonen, die in der Regel eine leitende Position anstreben. Es gibt drei Abschlusstypen:

a) eidgenössischer Fachausweis
   (nach bestandener eidgenössischer Berufsprüfung)
b eidgenössisches Diplom/Meisterdiplom
   (nach bestandener höherer Fachprüfung)
c anerkanntes Diplom nach Besuch einer Höheren Fachschule
   (wird im Teil C dieses Kapitels behandelt).

Dichte Angebotsstruktur im Kanton Luzern

In der Schweiz können zurzeit rund 370 eidgenössisch anerkannte Berufs- und höhere Fachprüfungen abgelegt werden (educa.ch o.J.b). Gemäss einer im Jahr 2008 durchgeführten Umfrage des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie existieren rund 500 Institutionen, die Vorbereitungskurse für diese Prüfungen anbieten (BBT 2008: 11).

Im Kanton Luzern werden an mehreren Standorten Vorbereitungskurse auf eidgenössische Berufs- und höhere Fachprüfungen angeboten. Dazu kommen zwei interkantonale Schulen sowie neun Berufsverbände und 13 andere private Organisationen als Träger. Mit insgesamt 31 Anbietern rangiert der Kanton Luzern im Kantonsvergleich an fünfter Stelle, hinter den Kantonen Zürich mit 108 Anbietern, Bern mit 85, Waadt mit 46 und Aargau mit 38. Gemessen an den Erwerbspersonen belegt der Kanton Luzern mit seiner Anbieterstruktur hinter dem Tessin und Basel-Stadt den dritten Platz.

Neben den Vorbereitungskursen für die eidgenössische Berufs- und höhere Fachprüfung gibt es im Kanton Luzern zudem eine Vielzahl an Lehrgängen der höheren Berufsbildung, die zu keinem eidgenössisch anerkannten Abschluss führen.

2. Nachfrage

Um die eidgenössische Berufsprüfung oder die eidgenössische höhere Fachprüfung erfolgreich ablegen zu können, absolvieren die Kandidatinnen und Kandidaten einen Prüfungsvorbereitungskurs. Diese Kurse werden von Berufsverbänden und weiteren Bildungsinstitutionen sowie subsidiär auch von kantonalen Berufsfachschulen angeboten. Sie sind – im Gegensatz zu den Prüfungen – nicht reglementiert und ihr Besuch basiert in der Regel auf Freiwilligkeit. Den Zugang zu den Prüfungen bestimmen die Organisationen der Arbeitswelt.

Im Kanton Luzern waren im Schuljahr 2009/2010 insgesamt 2’574 Personen in den Vorbereitungskursen für eine eidgenössische Berufsprüfung oder eine

höhere Fachprüfung eingeschrieben. Davon bereiteten sich 2'228 Personen (86,6 %) auf die eidgenössische Berufsprüfung vor, 346 (13,4 %) absolvierten einen Vorbereitungskurs für die höhere Fachprüfung mit Aussicht auf ein eidgenössisches Diplom.

Vorbereitungskurs zum eidgenössischen Fachausweis: Management und Verwaltung als gefragtester Bereich

Am häufigsten nachgefragt werden eidgenössische Fachausweise im Bereich Management und Verwaltung. 321 Personen respektive 14,4 Prozent aller Personen, die 2009/2010 einen Vorkurs zur Berufsprüfung belegten, strebten einen Fachausweis in dieser Branche an. Dabei verzeichnete der Vorbereitungskurs für technische Kaufleute EF mit insgesamt 243 (10,9 %) die meisten Studierenden. An zweiter Stelle folgte der Bereich Schutz von Eigentum und Personen mit 317 angehenden Polizisten und Polizistinnen EF (14,2 %) und an dritter der Bereich Baugewerbe, Hoch- und Tiefbau, in dem sich 152 Personen (6,7 %) auf die Berufsprüfung zum Baupolier oder zur Baupolierin Hochbau EF vorbereiteten.

Vorbereitungskurs zum eidgenössischen Diplom: Baugewerbe steht an der Spitze

Im Vergleich zu den Vorbereitungskursen auf die eidgenössische Berufsprüfung besuchten im Schuljahr 2009/2010 deutlich weniger Studierende die Vorbereitungskurse für die höhere Fachprüfung. Von den insgesamt 346 Teilnehmenden bereiteten sich 62 im Bereich Baugewerbe, Hoch- und Tiefbau auf das Diplom zum Baumeister oder zur Baumeisterin vor. Im am zweithäufigsten besuchten Bereich Management und Verwaltung strebten 40 Studierende das Diplom als Betriebswirtschafter oder Betriebswirtschafterin des Gewerbes an. Am dritthäufigsten wurde der Bereich Gastgewerbe und Catering gewählt, 37 Personen bereiteten sich auf das Diplom als Küchenchef/Produktionsleiter oder als Küchenchefin/Produktionsleiterin vor.

Tabelle 10.1

Die am häufigsten gewählten Ausbildungen zum eidg. Fachausweis oder Diplom nach Geschlecht 2009

Kanton Luzern

Lehrgang	Frauen	Lehrgang	Männer
Fachfrau Finanz-/Rechnungswesen EF	97	Polizist EF	251
Ausbilderin EF	96	Technischer Kaufmann EF	225
Versicherungsfachfrau EF	68	Baupolier (Hochbau) EF	152
Polizistin EF	66	Baupolier (Tiefbau) EF	94
HR-Fachfrau EF	62	Fachmann Finanz-/Rechnungswesen EF	70
Direktionsassistentin EF	45	Hauswart EF	63
Führungsfachfrau EF	40	Baumeister, dipl.	62
Marketingplanerin EF	36	Prozessfachmann EF	61
Restaurationsleiterin EF	24	Ausbilder EF	54
Detailhandelsspezialistin EF	20	Logistikfachmann EF	50
Technische Kauffrau EF	18	Führungsfachmann EF	49

t4k10t01

LUSTAT Statistik Luzern

Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

Frauenanteil in den Vorbereitungskursen niedrig

In den Vorbereitungskursen zu den eidgenössischen Berufs- und höheren Fachprüfungen sind Frauen insgesamt untervertreten.

In den Vorbereitungskursen auf die eidgenössische Berufsprüfung lag der Frauenanteil im Kanton Luzern im Schuljahr 2009/2010 bei 29,8 Prozent. Die geschlechtsspezifische Besetzung schwankt allerdings erheblich: Der Bereich Sekretariats- und Büroarbeit verzeichnete einen Frauenanteil von 100 Prozent, wobei die Mehrheit der Teilnehmerinnen den Abschluss als Direktionsassistentin anstrebte. Ebenfalls einen hohen Frauenanteil verzeichneten die Ausbildungsfelder Marketing und Werbung mit 66,7 Prozent sowie Kredit- und Versicherungswesen mit 65,8 Prozent. Vier Vorbereitungskurse (Elektrizi-

Tabelle 10.2

Höhere Ausbildung nach Ausbildungsfeld, Berufstyp und Geschlecht 2009

Kanton Luzern

Ausbildungsfeld ISCED	Total	Frauen in %	Berufstyp							
			Vorbereitung Berufsprüfung		Vorb. Höhere Fachprüfung		Höhere Fachschulen		Übrige	
			Total	Frauen in %	Total	Frauen in %	Total	Frauen in %	Total	Frauen in %
Alle Ausbildungsfelder	**6 196**	**39,1**	**2 228**	**29,8**	**346**	**11,6**	**2 486**	**49,8**	**1 136**	**42,4**
Unterrichten und Ausbilden	**418**	60,5	**176**	57,4	**—**	...	70	60,0	172	64,0
Erziehungswissenschaft	**283**	66,8	**—**	...	**—**	...	283	66,8	—	...
Journalismus und Berichterstattung	**116**	49,1	**—**	...	**—**	...	—	...	116	49,1
Handel	**229**	31,9	**219**	33,3	**10**	—	—	...	—	...
Marketing und Werbung	**95**	62,1	**72**	66,7	**13**	7,7	—	...	10	100,0
Kredit- und Versicherungswesen	**210**	51,9	**114**	65,8	**—**	...	96	35,4	—	...
Steuer- und Rechnungswesen	**182**	54,9	**167**	58,1	**15**	20,0	—	...	—	...
Management und Verwaltung	**891**	34,9	**321**	24,9	**60**	20,0	296	29,4	214	61,7
Sekretariats- und Büroarbeit	**55**	100,0	**55**	100,0	**—**	...	—	...	—	...
Arbeitswelt	**142**	3,5	**—**	...	**—**	...	142	3,5	—	...
Informatik	**116**	6,9	**50**	12,0	**9**	—	52	1,9	5	20,0
Maschinenbau und Metallverarbeitung	**60**	3,3	**—**	...	**—**	...	60	3,3	—	...
Elektrizität und Energie	**82**	—	**60**	—	**22**	—	—	...	—	...
Elektronik und Automation	**258**	2,3	**102**	5,9	**—**	...	156	—	—	...
Kraftfahrzeuge, Schiffe und Flugzeuge	**21**	4,8	**21**	4,8	**—**	...	—	...	—	...
Ernährungsgewerbe	**78**	12,8	**43**	11,6	**35**	14,3	—	...	—	...
Werkstoffe (Holz, Papier, Kunststoff, Glas)	**21**	—	**21**	—	**—**	...	—	...	—	...
Baugewerbe, Hoch- und Tiefbau	**806**	1,4	**263**	—	**62**	—	98	8,2	383	0,8
Pflanzenbau und Tierzucht	**88**	6,8	**47**	6,4	**41**	7,3	—	...	—	...
Gartenbau	**20**	10,0	**20**	10,0	**—**	...	—	...	—	...
Medizinische Dienste	**79**	70,9	**3**	—	**—**	...	76	73,7	—	...
Gesundheits- und Krankenpflege	**492**	92,3	**—**	...	**—**	...	434	92,2	58	93,1
Sozialarbeit und Beratung	**171**	67,3	**—**	...	**—**	...	—	...	171	67,3
Gastgewerbe und Catering	**726**	50,4	**84**	50,0	**43**	16,3	599	52,9	—	...
Reisebüros, Fremdenverkehrgewerbe und Freizeitindustrie	**124**	78,2	**—**	...	**—**	...	124	78,2	—	...
Sport	**9**	44,4	**9**	44,4	**—**	...	—	...	—	...
Hauswirtschaftliche Dienste	**79**	11,4	**64**	1,6	**8**	100,0	—	...	7	—
Verkehrsdienstleistungen	**28**	3,6	**—**	...	**28**	3,6	—	...	—	...
Schutz von Eigentum und Personen	**317**	20,8	**317**	20,8	**—**	...	—	...	—	...

t4k10t03

LUSTAT Statistik Luzern

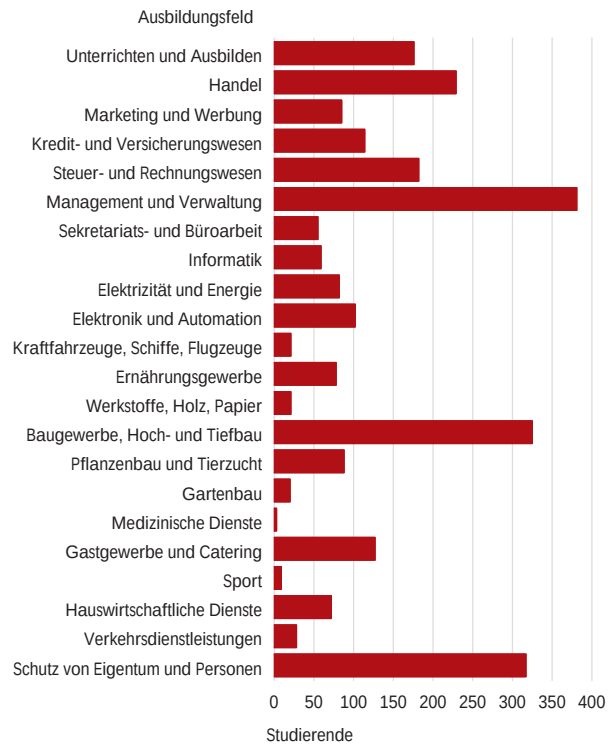
Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

tät und Energie, Werkstoffe, Baugewerbe, Hoch- und Tiefbau, Medizinische Dienste) wurden dagegen von Frauen überhaupt nicht belegt.
Bei den Vorbereitungskursen auf die höhere Fachprüfung betrug der Frauenanteil 11,6 Prozent. Ins Gewicht fällt hier der Bereich Baugewerbe Hoch- und Tiefbau, unter den 62 Teilnehmenden war nicht eine Frau. In drei weiteren Vorbereitungskursen waren ebenfalls keine Frauen vertreten (Handel, Informatik, Elektrizität und Energie). Nur von Frauen belegt wurde hingegen der Vorbereitungskurs zur Hauswirtschaftsleiterin im Bereich Hauswirtschaftliche Dienste.

Kurse werden mehrheitlich berufsbegleitend absolviert

Die meisten Studierenden, die im Schuljahr 2009/2010 im Kanton Luzern einen Vorbereitungskurs für eine eidgenössische Berufs- oder eine höhere Fachprüfung besuchten, taten dies berufsbegleitend (80 %). Dieser Anteil ging während der letzten zehn Jahre markant zurück.

Abbildung 10.2
Studierende in Vorbereitung auf Berufs- und Fachprüfung nach Ausbildungsfeld 2009
Kanton Luzern



t4k10g01
LUSTAT Statistik Luzern
Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

Etwa die Hälfte aller Studierenden wurde im Jahr 2009 an einer öffentlichen Schule zur Vorbereitung auf die eidgenössische Berufs- und höhere Fachprüfung ausgebildet. Zu den öffentlichen Schulen zählen alle Einrichtungen, die finanziell vom Kanton, von den Gemeinden oder anderen öffentlichen Institutionen getragen werden.

Vorkurse zu nicht eidgenössisch reglementierten Abschlüssen der höheren Berufsbildung

Lehrgänge, die auf nicht vom Bund reglementierte Abschlüsse in der höheren Berufsbildung vorbereiten, wurden im Schuljahr 2009/2010 von 1'136 Personen besucht. Mit 383 Studierenden (33,7 %) war dabei der Bereich Baugewerbe, Hoch- und Tiefbau mit dem einzigen Lehrgang zum Vorarbeiter oder zur Vorarbeiterin im Hoch- und Tiefbau am stärksten besetzt. Er kann ohne eine Aufnahmeprüfung besucht werden. Zusammen mit einem Praxisausweis befähigt dieser Abschluss zum Besuch der Baupolierschule für Hoch- und Tiefbau im Ausbildungszentrum des Schweizerischen Baumeisterverbandes in Sursee. Am zweithäufigsten waren die Kurse des Ausbildungsfelds Management und Verwaltung mit 214 Teilnehmenden (18,8 %) belegt, an der Spitze hierbei mit 117 Lernenden (10,3 %) der Lehrgang, der zum Abschluss diplomierter Wirtschaftsfachmann oder diplomierte Wirtschaftsfachfrau führt.

Auch in den Lehrgängen, die nicht zu eidgenössisch reglementierten Abschlüssen führen, bildeten im Schuljahr 2009/2010 die Männer die Mehrheit; der Frauenanteil war hier mit 42,4 Prozent allerdings höher als in den Vorkursen zu den Berufs- und Fachprüfungen. Wiederum zeigen sich für die einzelnen Branchen starke geschlechtsspezische Unterschiede: Der Ausbildungsbereich Marketing und Werbung mit dem Ziel Produktionsmanagerin/-planerin wies einen Frauenanteil von 100 Prozent auf. Umgekehrt besuchten ausschliesslich Männer den Lehrgang zum diplomierten Hausmeister.

Abschlüsse der höheren Berufsbildung werden häufig im Baugewerbe angestrebt

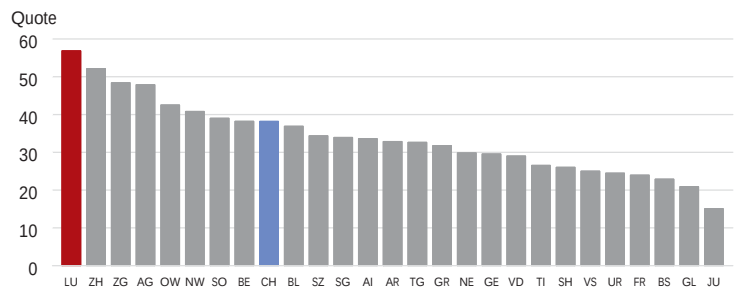
3. Abschlüsse

Eine bestandene Berufs- oder höhere Fachprüfung zeigt an, dass eine Absolventin oder ein Absolvent die nötigen Fähigkeiten und Kenntnisse besitzt, um eine Vorgesetztenfunktion oder eine berufliche Position mit höheren Anforderungen auszuüben.
Für eine erfolgreich abgelegte Berufsprüfung wird der eidgenössische Fachausweis ausgestellt, für eine bestandene höhere Fachprüfung das eidgenössische Diplom. Die höhere Fachprüfung zeichnet sich gegenüber der eidgenössischen Berufsprüfung in der Regel durch höhere Anforderungen aus (SKBF 2010: 248). In vielen gewerblich-industriellen Berufen stellt die höhere Fachprüfung die höchste zu erreichende Qualifikation dar (Schärrer et al. 2009: 1). Entsprechend ist eine bestandene Berufsprüfung Voraussetzung, um eine höhere Fachprüfung ablegen zu können (Rudin 2009: 41).
Ein eidgenössisches Diplom, auch Meisterdiplom genannt, war früher notwendig, um Lernende ausbilden zu dürfen. Aus dieser Zeit stammt die immer noch gebräuchliche Bezeichnung Lehrmeister. Heute heissen Berufsleute, welche die Ausbildung von Lernenden übernehmen, offiziell Berufsbildner oder Berufsbildnerinnen. Die für die Ausbildung nötigen Qualifikationen werden im Berufsbildungsgesetz (Art. 45) sowie in der Berufsbildungsverordnung (Art. 44) geregelt (Wettstein/Gonon 2009: 139, 143).

Abschlüsse auf Sekundarstufe II führen in zwei Fünftel der Fälle zu einem höheren Berufsbildungsabschluss

Die höheren Berufsbildungen schliessen an eine mehrjährige abgeschlossene Ausbildung auf der Sekundarstufe II an. Sie setzen also in der Regel eine abgeschlossene Berufslehre, einen Abschluss mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis oder ein Mittelschul-Abschlusszeugnis voraus (Rudin 2009: 41). In der Schweiz schlossen im Jahr 2009 insgesamt 57'214 Personen ihre Berufslehre mit einem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis ab, 3'263 davon im Kanton Luzern. Nach einigen Jahren Berufspraxis können diese Personen einen Abschluss auf dem höheren Berufsbildungsweg anstreben, die Zulassungsbedingungen variieren je nach Bildungsweg (SKBF 2010: 245).

Abbildung 10.3
Verhältnis der höheren Bildungsabschlüsse zu den Eidg. Fähigkeitszeugnissen 2009
Kantone der Schweiz



t4k10g03

LUSTAT Statistik Luzern
Datenquelle: BFS Bildungsabschlüsse

Das Verhältnis zwischen den höheren Berufsbildungsabschlüssen und den eidgenössischen Fähigkeitszeugnissen zeigt, welcher Anteil der Lehrabgänger und -abgängerinnen ihre Ausbildung auf der Ebene der höheren Berufsbildung weiterführen. Der Wert des Kantons Luzern war 2009 mit 56,8 Prozent der schweizweit höchste; ebenfalls hohe Werte wiesen die Kantone Zürich (52,1 %), Zug (48,4 %) und Aargau (47,9 %) auf. Der schweizerische Durchschnitt lag bei 38,6 Prozent. Nicht berücksichtigt bei dieser Betrachtung wurden die nicht vom Bund reglementierten Bildungsabschlüsse auf Stufe Tertiär B. Zudem ist zu beachten, dass die eidgenössischen Fachausweise und Diplome nach dem Wohnort und die Diplome der Höheren Fachschulen nach dem Schulstandort erhoben werden.

Tabelle 10.3

Berufsbildungsabschlüsse nach Art der Abschlüsse und Geschlecht 2009

Kantone der Schweiz

Wohnkanton Schulkanton	Eidg. Fähigkeitszeugnisse EFZ u.a. [1]			Abschlüsse der Höheren Berufsbildung							
	Total EFZ	Anteil am Total CH in %	Frauen in %	Total	Anteil am Total CH in %	in % der EFZ	Frauen in %	Eidg. Fachausweise und eidg. Diplome [2]		Diplome Höhere Fachschule [3]	
								Total	Frauen in %	Total	Frauen in %
Insgesamt	**57 214**	**100,0**	**43,3**	**22 086**	**100,0**	**38,6**	**39,5**	**14 852**	**34,2**	**7 234**	**50,3**
Zürich	**9 494**	16,6	44,9	**4 950**	22,4	52,1	43,8	3 048	39,3	1 902	51,1
Bern	**8 184**	14,3	44,8	**3 126**	14,2	38,2	40,5	2 074	34,2	1 052	52,9
Luzern	**3 263**	5,7	43,6	**1 855**	8,4	56,8	47,5	1 058	35,3	797	63,7
Uri	**327**	0,6	41,3	**80**	0,4	24,5	25,0	80	25,0	—	...
Schwyz	**946**	1,7	44,2	**325**	1,5	34,4	30,2	308	30,2	17	29,4
Obwalden	**327**	0,6	38,8	**139**	0,6	42,5	41,7	88	29,5	51	62,7
Nidwalden	**299**	0,5	44,1	**122**	0,6	40,8	24,6	122	24,6	—	...
Glarus	**378**	0,7	41,3	**79**	0,4	20,9	26,6	79	26,6	—	...
Zug	**940**	1,6	42,8	**455**	2,1	48,4	41,1	259	36,3	196	47,4
Fribourg	**1 821**	3,2	39,5	**436**	2,0	23,9	27,5	428	28,0	8	—
Solothurn	**1 792**	3,1	41,8	**699**	3,2	39,0	42,6	493	35,5	206	59,7
Basel-Stadt	**1 507**	2,6	46,6	**345**	1,6	22,9	37,7	236	39,8	109	33,0
Basel-Landschaft	**1 646**	2,9	39,6	**607**	2,7	36,9	39,5	484	34,7	123	58,5
Schaffhausen	**730**	1,3	42,5	**190**	0,9	26,0	25,3	145	29,0	45	13,3
Appenzell A.Rh.	**341**	0,6	49,9	**112**	0,5	32,8	41,1	112	41,1	—	...
Appenzell I.Rh.	**131**	0,2	41,2	**44**	0,2	33,6	25,0	44	25,0	—	...
St. Gallen	**4 578**	8,0	45,8	**1 553**	7,0	33,9	35,1	1 090	31,5	463	43,6
Graubünden	**1 877**	3,3	43,2	**596**	2,7	31,8	37,9	345	23,2	251	58,2
Aargau	**4 571**	8,0	42,3	**2 188**	9,9	47,9	33,0	1 470	35,6	718	27,6
Thurgau	**1 931**	3,4	38,9	**630**	2,9	32,6	38,4	549	30,2	81	93,8
Ticino	**2 167**	3,8	41,1	**575**	2,6	26,5	43,3	307	34,9	268	53,0
Vaud	**3 986**	7,0	41,6	**1 156**	5,2	29,0	37,0	802	33,4	354	45,2
Valais	**2 407**	4,2	41,3	**602**	2,7	25,0	40,2	443	26,2	159	79,2
Neuchâtel	**1 214**	2,1	41,4	**362**	1,6	29,8	38,7	162	37,0	200	40,0
Genève	**1 760**	3,1	44,3	**520**	2,4	29,5	39,8	299	32,8	221	49,3
Jura	**597**	1,0	41,7	**90**	0,4	15,1	25,6	77	29,9	13	—
Ausland	**—**	—	...	**250**	1,1	...	29,2	250	29,2	—	...

t4k10t05

LUSTAT Statistik Luzern

Datenquelle: BFS Statistik der Bildungsabschlüsse

[1] nach Lehrvertragskanton, inkl. landwirtschaftliche Berufe

[2] nach Wohnkanton

[3] nach Schulstandortkanton

Steigende Anzahl eidgenössischer Fachausweisabschlüsse, stagnierende eidgenössische Diplomabschlüsse

Im Jahr 2009 erwarben im Kanton Luzern wohnhafte Personen insgesamt 1'058 eidgenössische Fachausweise und Diplome nach bestandener Berufs- und höherer Fachprüfung. Davon entfielen rund vier Fünftel auf Personen, die eidgenössische Fachausweise (873) erhielten, und ein Fünftel auf Personen, die eidgenössische Diplome (185) entgegennahmen. In den letzten zehn Jahren – mit Ausnahme zweier Jahre – ist die Zahl der eidgenössischen Fachausweise und Diplome für im Kanton Luzern wohnhafte Personen angestiegen. Waren im Jahr 1999 noch 724 eidgenössische Fachausweise und Diplome ausgestellt worden, so waren es 2009 bereits 1'058 (+46,1 %). Da als Zulassungsbedingung für die höhere Fachprüfung zum Teil der eidgenössische Fachausweis verlangt wird, dürfen die Abschlusszahlen nicht direkt auf Personen umgerechnet werden. Es ist ein relativ hoher Anteil an Doppelqualifikationen zu berücksichtigen (Rudin 2009: 47).
Bemerkenswert ist die beinahe kontinuierliche Zunahme der eidgenössischen Fachausweise von 526 im Jahr 1999 auf 873 im Jahr 2009 (+66,0 %). Diese Entwicklung kann einerseits mit einem in vielen Branchen vorhandenen Nachholbedarf erklärt werden. Andererseits sind Ausbildungsabschlüsse für viele berufliche Tätigkeiten anerkannt worden, die bis anhin nicht im formalen Bildungssystem integriert waren. Grosse Zunahmen können zudem durch weit zurückreichende Nachdiplomierungen angenommen werden (Rudin 2009: 44).

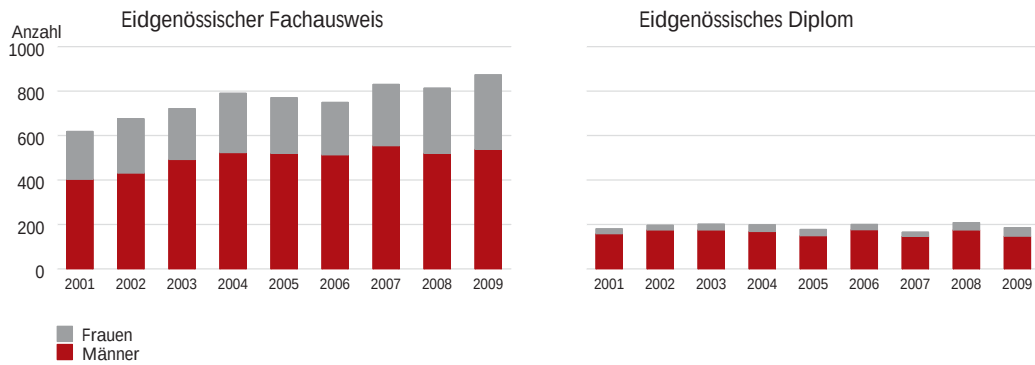
Mehr als ein Viertel der Studierenden der Höheren Fachschulen absolviert eine Ausbildung im Bereich der Gesundheits- und Krankenpflege

Obwohl immer mehr Personen eidgenössische Fachausweise und damit die Voraussetzung für den Erwerb eines eidgenössischen Diploms besitzen, hat sich die Zahl der ausgestellten eidgenössischen Diplome in diesem Zeitraum nicht erhöht (1999: 198; 2009: 185). Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass Personen mit einem eidgenössischen Fachausweis vermehrt den Weg zu einer Höheren Fachschule oder zur Fachhochschule einschlagen, statt eine höhere Fachprüfung abzulegen (Wettstein/Gonon 2009: 10). Wer über ein Diplom der höheren Berufsbildung verfügt, wird an den Fachhochschulen zugelassen, ohne eine Berufsmaturität nachweisen zu müssen. Zudem können die Fähigkeiten und Kenntnisse aus der höheren Berufsbildung an die Bachelorstudiengänge der Fachhochschule angerechnet werden (SKBF 2010: 244).

Im Gesundheitssektor ist ein starker Anstieg der Fachausweis- und Diplomabschlüsse zu erwarten

Im Gesundheitssektor fehlen für die gesamte Schweiz laut einem Bericht des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements 2'500 Pflegefachleute auf der Tertiärstufe, 2'100 auf der Sekundarstufe II und 450 auf der Assistenzstufe. Aufgrund des Mangels an Pflegefachleuten einerseits und der demografischen Entwicklung andererseits müssen gemäss Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) auf allen Stufen neue Ausbildungsangebote sowie weitere Berufs- und höhere Fachprüfungen geschaffen werden, damit die Zahl der Abschlüsse in allen Pflegeberufen gesteigert werden kann (BBT 2010). Dies dürfte ein weiteres Ansteigen der Zahl der Fachausweis-, aber auch der Diplomabschlüsse bewirken.

Abbildung 10.4
Bildungsabschlüsse Höhere Berufsbildung nach Geschlecht seit 2001
Kanton Luzern



t4k10g05

LUSTAT Statistik Luzern
Datenquelle: BFS Bildungsabschlüsse

C HÖHERE FACHSCHULEN

1. Angebot

Vom Werdegang der Höheren Fachschulen

Die Höheren Fachschulen sind ein relativ junger Schultyp im Bereich der höheren Berufsbildung. Sie gehen auf die Gründung der Technikerschulen in den 1970er-Jahren zurück, welche die Lücke zwischen Berufslehre und damaliger Ingenieurschule schlossen (Wettstein/Gonon 2009: 200). Mit der Einführung weiterer Schultypen, zum Beispiel den kaufmännischen Gesamtschulen, entstand im Laufe der Zeit eine umfassende und vielseitige Angebotsstruktur. Heute sind alle diese Schulen unter dem Begriff „Höhere Fachschule“ zusammengefasst.

In der Ausbildung von Fach- und Führungspersonen kommt den Höheren Fachschulen eine grosse Bedeutung zu. Ihre Bildungsgänge orientieren sich an der beruflichen Praxis, das heisst, im Zentrum der Ausbildung stehen konkrete Aufgaben- und Problemstellungen aus den Bereichen Dienstleistung, Betrieb, Werkstatt und Produktion. Die Höheren Fachschulen belegen eine Zwischenstellung zwischen beruflicher Grundbildung und Hochschulen; ihre Absolventinnen und Absolventen haben oft eine Schnittstellenfunktion zwischen Theorie und Praxis, Entwicklung und Produktion oder Unternehmen und Kunden (Wettstein/Gonon 2009: 200; BBT o.J.a). Abgeschlossen werden die Ausbildungen mit einem eidgenössischen Diplom oder Nachdiplom (dipl. HF oder NDS HF).

Im Zentrum der Bildungsgänge der Höheren Fachschulen stehen Beispiele aus der beruflichen Praxis

Bildungsgänge der Höheren Fachschulen im Kanton Luzern

In der Schweiz gibt es acht Typen von Höheren Fachschulen: Technik; Gastgewerbe, Tourismus und Hauswirtschaft; Wirtschaft; Land- und Waldwirtschaft; Gesundheit; Soziales und Erwachsenenbildung; Künste und Gestaltung; Transport und Verkehr. Insgesamt bieten die Schulen 407 Bildungsgänge und 119 Nachdiplomstudien an.
Im Kanton Luzern gibt es fünf Höhere Fachschulen, an ihnen können rund 25 Bildungsgänge und mehr als zehn Nachdiplomstudien belegt werden. Die Bereiche Technik und Wirtschaft umfassen je etwa ein Drittel des Angebots, weitere bestehen in den Bereichen Gesundheit; Gastgewerbe, Tourismus und Hauswirtschaft; Soziales und Erwachsenenbildung. Geografisch verteilen sich die Ausbildungen auf die Standorte Stadt Luzern, Emmenbrücke, Sursee und Nottwil. Gemäss kantonaler Verordnung zum Gesetz über die Berufsbildung und die Weiterbildung (SRL Nr. 432 Art. 52) werden die Ausbildungsgänge vorwiegend von privaten Trägerschaften angeboten. Eine Ausnahme bildet die Höhere Fachschule für Tourismus, die der Fachhochschule Zentralschweiz angegliedert ist, und vom Kanton Luzern geführt wird.

Abbildung 10.5
Studierende in Höheren Fachschulen nach Ausbildungsfeld 2009
Kanton Luzern

t4k10g06 LUSTAT Statistik Luzern
Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

2. Nachfrage

Fast 2'500 Personen studieren im Kanton Luzern an Höheren Fachschulen

Im Kanton Luzern waren im Jahr 2009 insgesamt 2'486 Personen an einer Höheren Fachschule eingeschrieben (inkl. Nachdiplomstudiengänge), die sich im Rahmen von 24 verschiedenen Bildungsgängen ausbilden liessen (Tab. 10.2). Die Bildungsgänge der Höheren Fachschule für Gastgewerbe, Tourismus und Hauswirtschaft verzeichneten mit 723 am meisten Studierende (29,1 %), gefolgt von den Höheren Fachschulen für Gesundheit (Höhere Fachschule Gesundheit Zentralschweiz HFGZ) mit 510 (20,5 %), Wirtschaft mit 508 (20,4 %), Technik mit 392 (15,8 %) sowie Soziales und Erwachsenenbildung mit 353 (14,2 %).
Im Januar 2010 übernahm die private Stiftung Berufsbildung Gesundheit Zentralschweiz BGZ die Trägerschaft der bis anhin durch den Kanton Luzern geführten Höheren Fachschule Gesundheit Zentralschweiz HFGZ. Mit der Aufhebung der Höheren Fachschule am Berufsbildungszentrum Gesundheit und Soziales und der Übergabe der Trägerschaft an die Stiftung BGZ verfügt der Kanton Luzern im Berufsfeld Gesundheit auf der Tertiärstufe über keine kantonalen Schulen mehr. Die Beziehung zwischen dem Kanton Luzern und der Stiftung BGZ wurde in einer Leistungsvereinbarung geregelt.

Hohe Studierendenzahl an der Höheren Fachschule für Gesundheit

Am besten besetzt war mit 24 Prozent aller Studierenden an Höheren Fachschulen das Ausbildungsfeld Gastgewerbe und Catering. Hier liessen sich 599 Personen zum Hotelier-Restaurateur bzw. zur Hotelierin-Restaurateurin HF ausbilden. An zweiter Stelle folgte das Ausbildungsfeld Gesundheit und Krankenpflege mit 434 Studierenden. Führend war hier der Bildungsgang zum Pflegefachmann oder zur Pflegefachfrau HF mit 382 Personen. Am dritthäufigsten wurde das Ausbildungsfeld Management und Verwaltung gewählt, von den 296 Personen waren 203 angehende Betriebswirtschafter und Betriebswirtschafterinnen HF.
Die Studierendenzahlen dürften zukünftig aufgrund verschiedener Entwicklungen steigen. Zum einen werden weitere Studiengänge eidgenössisch reglementiert, wodurch sich das Angebot der Höheren Fachschulen vergrössert. Zum anderen ist in den letzten Jahren die Anzahl der Personen, die einen

Tabelle 10.4
Die am häufigsten gewählten Ausbildungen der Höheren Fachschulen nach Geschlecht 2009
Kanton Luzern

Lehrgang	Frauen	Lehrgang	Männer
Pflegefachfrau HF	400	Hotelier-Restaurateur HF	282
Hotelierin-Restaurateurin HF	317	Betriebswirtschafter HF	120
Sozialpädagogin HF	189	Sozialpädagoge HF	94
Tourismusfachfrau HF	97	Techniker HF Unternehmensprozesse	89
Betriebswirtschafterin HF	83	HF Nachdiplom Betriebswirtschaft	87
Biomedizinische/r Analytikerin HF	42	Techniker HF AutomationUnterhalt	64
Erwachsenenbildnerin HF	42	Bankwirtschafter HF	62
Bankwirtschafterin HF	34	Techniker HF Maschinenbau	58
Rettungssanitäterin HF	14	Techniker HF Elektronik/Elektrotechnik	52

t4k10t02

LUSTAT Statistik Luzern
Datenquelle: BFS Statistik der Schüler/innen und Studierenden

eidgenössischen Fachausweis erworben haben, stark gestiegen; ein Teil dieser Personen könnte danach an die Höheren Fachschulen gelangen. Zudem ist vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in den kommenden Jahren ein Mangel an Pflegepersonal absehbar, der unter anderem durch die Aus- und Weiterbildung von neuem oder bestehendem Personal an den Höheren Fachschulen abgefedert werden könnte.

Höhere Fachschulen bieten auch Nachdiplomstudiengänge an

Neben den Universitäten, Fachhochschulen und privaten Kaderschulen können auch die Höheren Fachschulen unter Einhaltung der bundesgesetzlichen Bestimmungen Nachdiplomstudien anbieten. Im Kanton Luzern gibt es die Möglichkeit, sieben Nachdiplomstudien im Bereich Wirtschaft, jeweils zwei in den Bereichen Gesundheit und Soziales und Erwachsenenbildung sowie ein Nachdiplom im Bereich Technik zu absolvieren.

Über die Hälfte der Studierenden sind Frauen

Der Frauenanteil unter den 2'486 Studierenden der Höheren Fachschulen im Kanton Luzern lag im Jahr 2009 bei 49,8 Prozent und war damit der höchste im Bereich der höheren Berufsbildung. Zu dieser Quote beigetragen haben insbesondere die Bildungsgänge im Bereich Gesundheits- und Krankenpflege, hier lag der Frauenanteil unter den 434 Studierenden bei 92,2 Prozent. Hohe Frauenanteile verzeichneten auch die Bildungsgänge in den Feldern Reisebüros, Fremdenverkehrsgewerbe und Freizeitindustrie (78,2 % bei 124 Studierenden) und Medizinische Dienste (73,7 % bei 76 Studierenden). An den Lehrgängen im Bereich Elektronik und Automation nahmen keine Frauen teil.

An den Höheren Fachschulen wird vermehrt in Vollzeit studiert

Im Vergleich zu den Vorbereitungskursen auf die eidgenössischen Berufs- und höheren Fachprüfungen, die nur vereinzelt in einem Vollzeitpensum absolviert wurden, war an den Höheren Fachschulen der Anteil der Vollzeitstudierenden mit 50,3 Prozent deutlich höher. Dieser Anteil ist in den letzten zehn Jahren wesentlich gestiegen.
Die Entwicklung lässt sich eventuell dadurch erklären, dass die Ausbildungen an den Höheren Fachschulen oftmals mit Praktika kombiniert werden, in denen das Erlernte im beruflichen Umfeld angewandt und erprobt werden kann. Bei berufsbegleitenden Bildungsgängen ist eine Berufstätigkeit im entsprechenden Gebiet von mindestens 50 Prozent vorgesehen (Artikel 4 der Verordnung des EVD über Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der Höheren Fachschulen). Diese Doppelleistung von Ausbildung und Berufstätigkeit – und oftmals auch noch von Familienarbeit – wird vermutlich von zunehmend mehr Lernenden als zu hoch angesehen, so dass sie ein Vollzeitstudium bevorzugen.
Im Schuljahr 2008/2009 besuchte etwa ein Drittel der Studierenden eine Schule mit öffentlicher Trägerschaft.

3. Abschlüsse

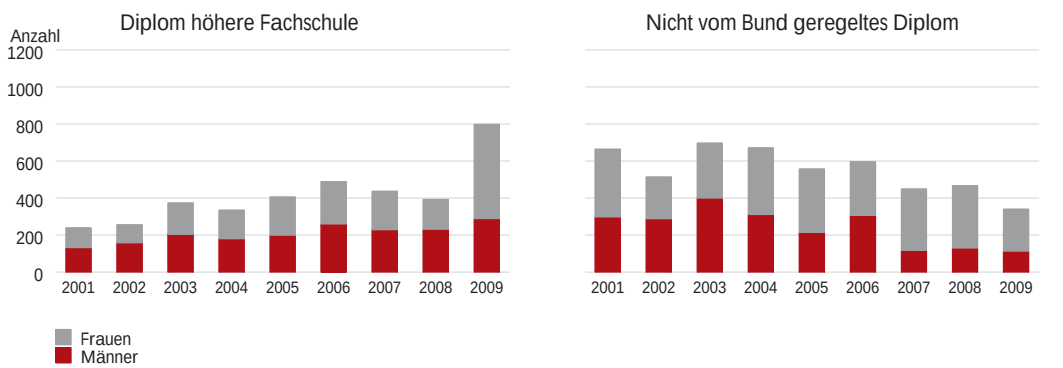
Hohe Absolventenzahl an den Höheren Fachschulen im Kanton Luzern

Insgesamt nahmen 2009 in der Schweiz 7'234 Personen ein Diplom einer Höheren Fachschule entgegen, 797 davon im Kanton Luzern (11,0 %). Nach den Kantonen Zürich mit 1'902 (26,3 %) und Bern mit 1'052 (14,5 %) hatten die Höheren Fachschulen im Kanton Luzern die dritthöchste Zahl an Absolventinnen und Absolventen.

Die meisten Diplome der Höheren Fachschulen wurden im Ausbildungsfeld Gastgewerbe und Catering erworben, es waren 102 (26,0 %). Danach folgten Musik und Darstellende Kunst mit 75 Absolventinnen und Absolventen (19,1 %) sowie Reisebüros, Fremdenverkehr und Freizeitindustrie mit 55 (14,0 %). In den nächsten Jahren werden die Abschlüsse der Gesundheit und Krankenpflege ein starkes Gewicht bekommen, gesamtschweizerisch machten sie im Jahr 2009 bereits 30 Prozent aus.

Der Frauenanteil beim Erwerb des Diploms der Höheren Fachschulen betrug insgesamt 63,7 Prozent, er lag über demjenigen der eidgenössischen Fachausweise (38,4 %) und noch viel deutlicher über jenem der eidgenössischen Diplome (20,5 %). Die höchste Frauenquote verzeichnete das Ausbildungsfeld Unterrichten und Ausbilden mit rund 70 Prozent. Ein Diplom der Höheren Fachschule in den Ausbildungsfeldern Maschinenbau und Metallverarbeitung oder im Baugewerbe Hoch- und Tiefbau erwarben hingegen ausschliesslich Männer.

Abbildung 10.6
Bildungsabschlüsse Höhere Berufsbildung nach Geschlecht seit 2001
Kanton Luzern



t4k10g12

LUSTAT Statistik Luzern
Datenquelle: BFS Bildungsabschlüsse

Nicht vom Bund reglementierte Diplome nehmen ab

Im Jahr 2009 verzeichnete der Kanton Luzern insgesamt 339 Abschlüsse der nicht vom Bund reglementierten höheren Berufsbildungen. Waren vier von zehn im Vorjahr noch auf das Ausbildungsfeld Gesundheit und Krankenpflege gefallen, reduzierte sich dieser Anteil wegen der schrittweisen Überführung der nichtreglementierten Abschlüsse – insbesondere im Bereich Gesundheit und Krankenpflege – in den Kompetenzbereich der Höheren Fachschulen, dafür gab es 2009 einen starken Anstieg bei den Diplomabschlüssen.

Die Unterscheidung zwischen den vom Bund reglementierten und den nichtreglementierten Abschlüssen geht auf die Zeit vor dem heute geltenden Bundesgesetz zurück. Die alte Gesetzgebung stützte sich auf eine Verfassungsregelung, wonach die Bereiche Gesundheit, Soziales und Kunst in den Kompetenzbereich der Kantone fielen. Die Diplome dieser Bereiche der höheren Berufsbildung werden unter dem neuen Berufsbildungsgesetz stufenweise in eidgenössische Abschlüsse überführt (BBT 2008: 8).

Werden die Anzahl der Diplome der Höheren Fachschule und die nicht vom Bund geregelten Diplome verglichen, fallen der tendenzielle Anstieg der Diplome Höherer Fachschulen und der kontinuierliche Rückgang der nicht vom Bund geregelten Diplome auf. Insbesondere die Jahre 1999 bis 2001 markieren eine Übergangsperiode. Wurden im Jahr 2000 im Kanton Luzern noch 1'038 nicht vom Bund geregelte Diplome ausgestellt, waren es ein Jahr später nur noch 663 (-36,1 %). Auch bei den Diplomen der Höheren Fachschulen war der Rückgang zwischen 1999 und 2000 markant; konnten zuerst 360 Abschlüsse verzeichnet werden, waren es ein Jahr später 202 Abschlüsse (-43,9 %). Im darauffolgenden Jahr stieg die Zahl der Abschlüsse jedoch wieder auf 238 an. Diese Schwankungen bei den Diplomen der Höheren Fachschulen gehen zurück auf die Überführung der Höheren Fachschulen in den Bereichen Technik, Wirtschaft und Gestaltung in Fachhochschulen seit 1997. Dies geschah später auch mit den Höheren Fachschulen im Sozialbereich, in der Pädagogik sowie in der Musik. Im Herbst 1997 starteten die ersten Studiengänge im Bereich Technik und Architektur auf Fachhochschulniveau, und im Jahr 2000 wurden die letzten HTL-Abschlüsse und Diplome der höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen HWV ausgestellt, während gleichzeitig die ersten Absolventinnen und Absolventen Fachhochschuldiplome erhielten.

D POSITIONIERUNG IM BERUFSLEBEN

Erwerbstätigkeit ist je nach Abschluss und Geschlecht unterschiedlich

Aussagen zur Positionierung von Personen im Berufsleben können aufgrund der Datenlage nur für die gesamte Schweiz gemacht werden. Die Auswertung der Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung SAKE (2008) weist darauf hin, dass von Personen mit Berufsbildung diejenigen mit einem Tertiärabschluss generell besser ins Berufsleben integriert sind als solche, die über einen Abschluss der Sekundarstufe II verfügen. Unterschiede gibt es allerdings bei Frauen und Männern mit dem gleichen Abschlusstyp; hier ist der Anteil der Nichterwerbspersonen und Erwerbslosen bei den Frauen stets grösser als bei den Männern. Zwischen den Absolventinnen und Absolventen der verschiedenen Bildungsgänge der höheren Berufsbildung (Berufsprüfung, höheren Fachprüfung, Abschluss einer Höheren Fachschule) zeigen sich hingegen nur geringfügige Unterschiede bei der Erwerbstätigkeit.

Beschäftigungsgrad bei Frauen häufiger tiefer als bei Männern

Bei Betrachtung des Beschäftigungsgrads der erwerbstätigen Personen im Alter von 25 bis 64 zeigt sich, dass Frauen unabhängig vom Abschlusstyp häufiger Teilzeit arbeiten als Männer. Am höchsten ist die Teilzeitquote unter den Absolventinnen einer Berufsausbildung der Sekundarstufe II mit 65 Prozent gegenüber rund 55 Prozent bei den Absolventinnen einer höheren Berufsbildung oder einer Hochschule. Die Mehrheit der erwerbstätigen Männer mit Berufsbildungsabschluss (über 90 %) hat eine Vollzeitstelle, und zwar unabhängig davon, ob der Abschluss auf Sekundarstufe II oder im Bereich der höheren Berufsbildung erworben wurde. Männer mit einem Hochschulabschluss arbeiten im Vergleich dazu eher Teilzeit, mit einem Beschäftigungsgrad zwischen 50 und 89 Prozent.

Ausbildungsabschlüsse haben einen Einfluss auf die Integration in der Arbeitswelt und...

Berufliche Stellung variiert mit Abschluss

Die Inhaberinnen und Inhaber der verschiedenen Abschlusstypen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer beruflichen Stellung, das zeigt sich vor allem bei den Arbeitnehmenden auf Stufe Geschäftsleitung und bei denjenigen ohne Führungsfunktion. So sind 12 Prozent der erwerbstätigen Personen mit Berufsbildungsabschluss der Sekundarstufe II in der Kategorie der Geschäftsleitungsmitglieder zu finden, 53 Prozent nehmen im Rahmen ihrer Berufstätigkeit keine Führungsfunktion wahr. Im Gegensatz dazu haben 23 Prozent der Personen mit höherem Berufsbildungsabschluss respektive 24 Prozent der Personen mit Hochschulabschluss eine Geschäftsleitungsfunktion inne. Generell weisen Absolventinnen und Absolventen der tertiären Ausbildungsstufe sehr ähnliche berufliche Profile auf; zwischen den unterschiedlichen Abschlusstypen der höheren Berufsbildung sind ebenfalls nur geringe Unterschiede zu konstatieren.

Gemäss SAKE-Daten 2008 sind Personen mit einem Tertiärabschluss häufiger in Grossunternehmen (100 und mehr Angestellte) beschäftigt als Personen mit einem Berufsausbildungsabschluss der Sekundarstufe II (Hochschule: 44 Prozent; höhere Berufsbildung: 38 Prozent; Berufsausbildung der Sekundarstufe II: 29 Prozent). In einem Kleinunternehmen (weniger als zehn Angestellte) haben 33 Prozent der Beschäftigten einen Berufsbildungsabschluss der Sekundarstufe II, 27 Prozent eine höhere Berufsbildung und 22 Prozent einen Hochschulabschluss.

... sie wirken sich auf die Position von Frauen und Männern im Berufsleben aus

E WEITERBILDUNG

Weiterbildung kann als eine Fortsetzung oder Wiederaufnahme des organisierten und zielgerichteten Lernens definiert werden. Sie erfolgt nach Abschluss einer ersten Bildungsphase, um zuvor erworbene Kenntnisse und Fertigkeiten zu erneuern, zu vertiefen und zu erweitern oder um neue Fähigkeiten und Fertigkeiten zu erlernen (educa.ch o.J.d). Vor dem Hintergrund der Veränderungsdynamik einer modernen Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft und der dadurch motivierten bildungspolitischen Forderung des lebenslangen Lernens spielt die Weiterbildung eine bedeutende Rolle.

1. Angebot

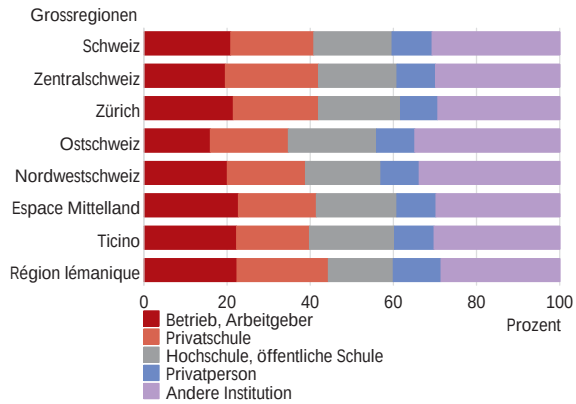
Die Angebotsdichte ist hoch

Auch wenn umfassende Daten zu den Weiterbildungsanbietern sowohl auf Bundes- als auch auf Kantonsebene fehlen, kann dem Kanton Luzern eine hohe Angebotsdichte attestiert werden. Zusammen mit den Kantonen Genf, Tessin und Zug hat er im Verhältnis zur Bevölkerungsgrösse schweizweit die höchste Anzahl eduQua-zertifizierter Betriebe, nämlich mehr als 21 Institutionen pro 100'000 Einwohner (SKBF 2010: 259). EduQua-Zertifikate qualifizieren seit dem Jahr 2000 Institutionen, die im Weiterbildungsbereich tätig sind. Insgesamt werden für den Kanton Luzern 57 eduQua-zertifizierte Institutionen aufgelistet. Diese Zahl sagt jedoch nichts über die Grösse dieser Anbieter aus.

Betriebe sind wichtige Mitwirkende im Bereich der Weiterbildung

Die Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung SAKE aus dem Jahr 2006 zeigen, dass im Bereich Weiterbildung den Betrieben eine wichtige Rolle zukommt. Von den 25- bis 64-jährigen Personen der ständigen Wohnbevölkerung der Grossregion Zentralschweiz, die in den 12 Monaten vor der Erhebung an einer nichtformalen Weiterbildung teilgenommen hatten,

Abbildung 10.7
Personen von 25 bis 64 Jahren in Weiterbildung nach dem Veranstalter 2006
Grossregionen der Schweiz



t4k10g10 LUSTAT Statistik Luzern
Datenquelle: BFS Schweizerische Arbeitskräfteerhebung SAKE

gaben rund 20 Prozent an, dass diese vom Betrieb respektive dem Arbeitgeber durchgeführt worden war. Diese Angaben beziehen sich sowohl auf die berufsorientierte als auch auf die ausserberufliche Weiterbildung.
Wird der berufsorientierte Teil der nichtformalen Weiterbildung alleine betrachtet, was allerdings nur auf Ebene der ganzen Schweiz möglich ist, wurde sogar mehr als ein Viertel der Weiterbildungsaktivitäten von den Betrieben selbst veranstaltet (SKBF 2010: 258).
Weiter gaben 22,4 Prozent der befragten Personen aus der Grossregion Zentralschweiz an, dass sie eine Weiterbildung an einer Privatschule besucht hatten; bei 18,6 Prozent fand sie an einer Hochschule beziehungsweise an einer öffentlichen Schule statt, bei 9,3 Prozent war der Veranstalter eine Privatperson. Knapp 30 Prozent besuchten Weiterbildungsangebote von anderen Institutionen, wie beispielsweise Verbände oder Stiftungen (Abb. 10.7).

Im europäischen Vergleich hat die Weiterbildung in der Schweiz einen hohen Stellenwert

2. Nachfrage

Hohe Weiterbildungsbeteiligung in der Schweiz...

Die Weiterbildung in der Schweiz hat – auch im europäischen Vergleich – einen hohen Stellenwert. Gemäss Eurostat lag im Jahr 2003 der Anteil der 25- bis 64-Jährigen, die während der vorangegangenen 12 Monate an keinerlei Lernaktivität (formale, nichtformale und informelle Bildung) teilgenommen hatten, in der Schweiz bei 35,2 Prozent, in der Europäischen Union hingegen bei 58,0 Prozent (Borkowsky/Zuchuat 2007: 13). Auf der Grundlage der SAKE-Daten 2009 errechnete das Bundesamt für Statistik, dass 20 Prozent der Wohnbevölkerung der Schweiz im Alter von 25 bis 64 Jahren an keinerlei Weiterbildungsaktivitäten (nichtformale Bildung, informelles Lernen) partizipierten. Obwohl die Definitionen der beiden Erhebungen variieren, kann gesagt werden, dass sich in der Schweiz vier Fünftel der Wohnbevölkerung im Erwerbsalter in irgendeiner Form weiterbilden.

... und auch in der Zentralschweiz

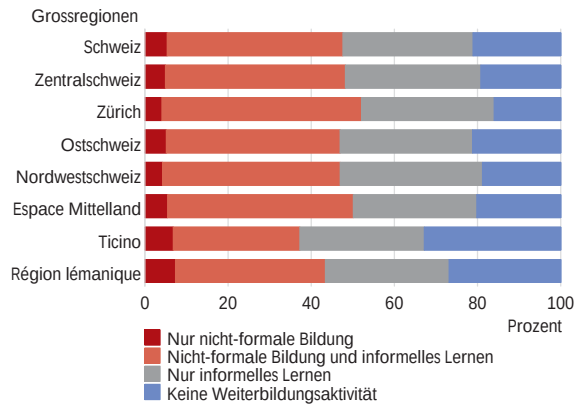
Für die Grossregion Zentralschweiz liegen die Daten der SAKE-Erhebung 2006 vor. Sie zeigen, dass hier rund 81 Prozent der Wohnbevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren an einer Weiterbildungsaktivität teilnahmen. Rund 5 Prozent der Befragten gaben an, ausschliesslich an einer nichtformalen Bildung teilgenommen zu haben, 43,3 Prozent hingegen, sich sowohl mittels nichtformaler Bildung als auch informellem Lernen weitergebildet zu haben. Bei 32,6 Prozent wiederum stand ausschliesslich das informelle Lernen im Vordergrund.

Mit geringfügigen Abweichungen lag die Grossregion Zentralschweiz mit diesen Werten im schweizerischen Durchschnitt. Die höchste Weiterbildungsquote hatte die Grossregion Zürich mit 84,0 Prozent, die niedrigste das Tessin mit 67,2 Prozent (Abb. 10.8).

Abbildung 10.8

Personen von 25 bis 64 Jahren in Weiterbildung nach Formen der Ausbildung 2006

Grossregionen der Schweiz



t4k10g08

LUSTAT Statistik Luzern

Datenquelle: BFS Schweizerische Arbeitskräfteerhebung SAKE

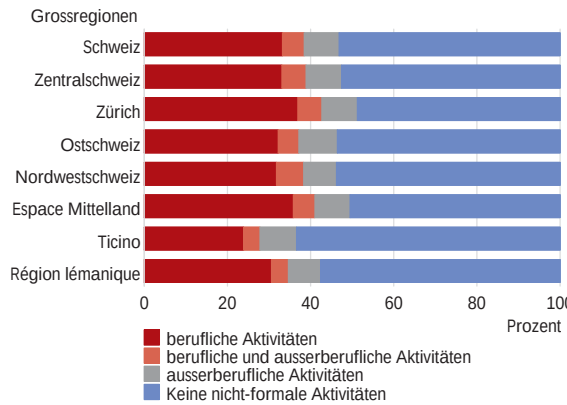
Weiterbildung erfolgt mehrheitlich aus beruflichen Gründen

Von den 25- bis 64-jährigen Personen in der Grossregion Zentralschweiz, die eine nichtformale Weiterbildung absolviert hatten, gaben 33,1 Prozent als Weiterbildungszweck berufliche Aktivitäten an. Werden zusätzlich jene Personen (5,8 %) hinzugenommen, die sich sowohl aus beruflichen als auch aus ausserberuflichen Gründen weiterbildeten, waren es sogar knapp 40 Prozent. 8,5 Prozent der Personen nahmen an nichtformalen Angeboten aufgrund ausserberuflicher Aktivitäten teil.
Mit diesen Werten lag die Zentralschweiz mehr oder weniger im schweizerischen Mittel. Die höchste Quote an nichtformaler Weiterbildung aus beruflichen Gründen weist ebenfalls die Grossregion Zürich mit 42,7 Prozent aus, die niedrigste Quote findet sich im Tessin mit 27,8 Prozent (Abb. 10.9).

Sprachen lernen ist sehr beliebt

Auswertungen zu den gewählten Weiterbildungsthemen in der nichtformalen Bildung können aufgrund der Datenlage zwar nur für die gesamte Schweiz gemacht werden, aber sie liefern dennoch Hinweise auf die Weiterbildungsaktivitäten im Kanton Luzern. Gemäss SAKE 2009 wendet die 25- bis 64-jährige ständige Wohnbevölkerung der Schweiz für Weiterbildung aus beruflichen Gründen am meisten Stunden im Bereich Gesundheit und Medizin auf (13,3 %), aus ausserberuflichen Gründen für das Erlernen von Fremdsprachen (29,9 %). Aus beruflichen Gründen bilden sich zudem viele Personen in Kaderkursen weiter (12,0 %) sowie in der Informatik und in Sprachen (je 10,3 %).

Abbildung 10.9
Personen von 25 bis 64 Jahren in nicht-formaler Weiterbildung nach Zweck 2006
Grossregionen der Schweiz



t4k10g09 LUSTAT Statistik Luzern
Datenquelle: BFS Schweizerische Arbeitskräfteerhebung SAKE

Die Themenwahl der nichtformalen Weiterbildung variiert nach Bevölkerungsgruppen beträchtlich. Männer wenden die meisten Stunden für die Weiterbildung in Kaderkursen (12,5 %), in Sprachen (12,3 %) sowie in Informatik (11,2 %) auf. Die Frauen investieren am häufigsten Zeit in die Weiterbildung in Sprachen (17,9 %), gefolgt von Gesundheit und Medizin (10,1 %) sowie künstlerische und kreative Aktivitäten (9,3 %). Tendenziell ist das Erlernen einer neuen oder die Vertiefung einer bereits bekannten Sprache eine beliebte Weiterbildungsaktivität. Einzig Personen mit höherem Berufsbildungsabschluss wenden für die Weiterbildung in Sprachen nur wenig mehr Zeit auf als für andere Themen, in diesem Fall für Kaderkurse (11,9 resp. 11,8 %).

Beteiligungsquote an berufsorientierter Weiterbildungsaktivität

Im Jahr 2008 nahmen insgesamt 47,1 Prozent der 25- bis 64-jährigen Wohnbevölkerung an berufsorientierten Weiterbildungen teil, wobei die Quote bei den Männern (53,1 %) deutlich höher lag als bei den Frauen (41,1 %). In der Tendenz bildeten sich am häufigsten 45- bis 54-Jährige weiter. Ein markanter Rückgang in der Beteiligungsquote konnte zwischen der Altersgruppe der 45- bis 54-Jährigen (51,2 %) gegenüber derjenigen der 55- und 64-Jährigen (35,0 %) festgestellt werden.

Ob jemand an einem Weiterbildungsangebot teilnimmt oder nicht, wird von der höchsten abgeschlossenen Ausbildung entscheidend beeinflusst (Borkowsky/Zuchuat 2006: 23). 2008 partizipierten 14,5 Prozent der Personen ohne nachobligatorischen Bildungsabschluss an einer berufsorientierten nichtformalen Weiterbildung, im Vergleich zu 40,1 Prozent der Personen mit Berufsbildungs-, 50,2 Prozent mit Allgemeinbildungsabschluss sowie gut 70 Prozent mit Tertiärabschluss. Ferner hatten Erwerbstätige eine deutlich höhere Beteiligungsquote als Erwerbslose (54,0 % resp. 34,8 %).

Die berufsorientierte Weiterbildungsbeteiligung der erwerbstätigen Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren wird von Faktoren der Arbeitssituation wie des Beschäftigungsgrads, der Stellung im Betrieb, der Betriebsgrösse und der Branche des Betriebs wesentlich beeinflusst. Die höchsten Quoten weisen Personen auf, die einen Beschäftigungsgrad von 90 bis 100 Prozent haben (Beteiligungsquote: 56,6 %), eine Unternehmungsleitungsfunktion ausüben (70,0 %), in einem Grossbetrieb mit 100 und mehr Mitarbeitenden tätig sind (62,8 %) sowie in der Dienstleistungsbranche (öffentliche Verwaltung, Gesundheit, Bildung) arbeiten (70,7 %).

F SYNTHESE

Höhere Berufsbildung

Die höhere Berufsbildung führt die Berufsbildung auf der Teriärstufe weiter und gilt als ein Charakteristikum des dualen Bildungssystems in der Schweiz. Mit rund 28'000 Abschlüssen – davon im Jahr 2009 rund 2'200 im Kanton Luzern – stellt die höhere Berufsbildung einen wesentlichen Pfeiler der Tertiärstufe in der Schweiz dar.

Nachfrage

Im Kanton Luzern waren im Schuljahr 2009/2010 insgesamt 2'574 Personen in den Vorbereitungskursen für eine eidgenössische Berufsprüfung oder eine höhere Fachprüfung eingeschrieben. 86,6 Prozent der Personen bereiteten sich auf die eidgenössische Berufsprüfung vor, 13,4 Prozent absolvierten einen Vorbereitungskurs für die höhere Fachprüfung. Lehrgänge, die auf nichtreglementierte Abschlüsse in der höheren Berufsbildung vorbereiten, wurden von 1'136 Personen besucht. Hinzu kamen noch 2'486 Personen, die an einer der fünf Höheren Fachschulen eingeschrieben waren.

Abschlüsse

2009 erwarben im Kanton Luzern wohnhafte Personen insgesamt 1'058 eidgenössische Fachausweise und Diplome nach bestandener Berufs- und höherer Fachprüfung. Davon entfielen gut vier Fünftel auf Personen, die eidgenössische Fachausweise erhielten, und ein knappes Fünftel auf Personen, die eidgenössische Diplome in Empfang nahmen. In den letzten zehn Jahren ist insbesondere die Zahl der eidgenössischen Fachausweise für im Kanton Luzern wohnhafte Personen beinahe kontinuierlich angestiegen, wohingegen die Zahl der eidgenössischen Diplome im gleichen Zeitraum stagnierte.

Berufsleben

Unter den Personen mit Berufsbildung sind diejenigen mit einem Tertiärabschluss generell besser in der Arbeitswelt integriert als solche mit einem Abschluss auf der Sekundarstufe II. Allerdings bestehen Unterschiede zwischen Frauen und Männern mit dem gleichen Abschlusstyp; hier ist der Anteil der Nichterwerbspersonen und Erwerbslosen bei den Frauen stets grösser als bei den Männern.

Weiterbildung

Weiterbildung hat in der Schweiz einen hohen Stellenwert. Für 2009 errechnete das Bundesamt für Statistik, dass 80 Prozent der Wohnbevölkerung der Schweiz im Alter von 25 bis 64 Jahren an einer Weiterbildungsaktivität (nichtformale Bildung, informelles Lernen) partizipierten. In der Zentralschweiz waren es im Jahr 2006 rund 81 Prozent. Rund ein Drittel absolvierte eine Weiterbildung für berufliche Zwecke. Schweizweit werden die meisten Weiterbildungsstunden zum Erlernen von Fremdsprachen aufgewendet.

V. Teil

BILDUNGSSZENARIEN

11. KAPITEL Bildungsszenarien – Grundlagen und Resultate 329

Ballonwettbewerb am „Tag der Volksschule“

11. KAPITEL

BILDUNGSSZENARIEN – GRUNDLAGEN UND RESULTATE

A ANNAHMEN UND MODELLIERUNG

1. Bevölkerungsszenario als Basis
2. Bildungsszenarien: Volksschulen und Gymnasien
3. Bildungsszenarien: Berufsbildung und Hochschulen

B RESULTATE IM ÜBERBLICK

1. Kindergarten und Primarstufe
2. Sekundarschule und Gymnasien
3. Berufliche Grundbildung
4. Hochschulen

A ANNAHMEN UND MODELLIERUNG

Szenarien haben den Zweck, mögliche Entwicklungen in der Zukunft abzubilden. Sie dienen als Anhaltspunkt und Hilfestellung für politische und private Entscheidungsträger und damit als Argumente für Planung und Strategien. Um die Zukunft einschätzen zu können, ist die Kenntnis der Gegenwart und der Vergangenheit wichtig. Jedes Szenario basiert auf einem Modell, das die zu prognostizierende Grösse mit den damit zusammenhängenden Einflussfaktoren verknüpft. In Zusammenarbeit mit Fachexperten werden Annahmen über den zukünftigen Verlauf dieser Einflussfaktoren (Parameter) formuliert. Die Resultate der Szenarien können nur im Lichte der getroffenen Annahmen interpretiert werden.

1. Bevölkerungsszenario als Basis

Wichtigste Grundlage der Bildungsszenarien ist die zukünftige Bevölkerungsentwicklung. Im Rahmen dieses Berichts wird ein einziges Bevölkerungsszenario als Basis verwendet. Ausgangspunkt bildet dabei das mittlere Szenario des BFS (Szenario A-00-2005), das in Berücksichtigung gewisser Eigenheiten unseres Lebensraums punktuell angepasst wird. Die 2010 veröffentlichten Szenarien des BFS konnten teilweise auch berücksichtigt werden, insbesondere für die Formulierung der Annahmen zu den internationalen Wanderungsströmen (BFS 2010d).

Modell

Mit dem Bevölkerungsszenario sollen Niveau und Struktur der ständigen Wohnbevölkerung im Prognosezeitraum geschätzt werden. Das Ergebnis eines Bevölkerungsszenarios entspricht methodisch einer Bevölkerungsfortschreibung in der Zukunft. Ausgehend von einem beobachteten Bevölkerungsbestand wird anhand der Entwicklung der Bewegungskomponenten Geburten, Todesfälle, Zu- und Wegwanderung sowie der Einbürgerungen der Bevölkerungsbestand zu einem beliebigen Zeitpunkt in der Zukunft vorausgeschätzt. Es werden dabei Alter (Altersjahr), Geschlecht (Männer, Frauen) und Herkunft (Schweiz, EWR- und Nicht-EWR-Ausländer) unterschieden. Der Verlauf der wichtigsten Einflussfaktoren Fruchtbarkeit, Sterblichkeit und Einbürgerungen basiert auf den prospektiven altersspezifischen Fruchtbarkeits-, Sterblichkeits- und Einbürgerungsziffern des BFS und wird teilweise den kantonalen Gegebenheiten angepasst .

Fruchtbarkeit

Die Fruchtbarkeit hängt von verschiedenen Faktoren ab. So ist in den letzten Jahrzehnten das Heiratsalter und damit das Alter der Mütter bei Geburt des ersten Kindes angestiegen. Dazu beigetragen haben die längere Ausbildungsdauer und die vermehrte Erwerbsbeteiligung der Frauen.
Das BFS rechnet damit, dass mehrere politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Faktoren die Fruchtbarkeit in der Schweiz positiv beeinflussen könnten. Es nennt etwa die Schaffung von Arbeitsplätzen, die der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zuträglich sind, die Schaffung von Kinderkrippen oder finanzielle Beihilfen.
In die andere Richtung könnten Faktoren wirken, wie etwa das Weiterbestehen der Auffassung, Familie sei in erster Linie Privatsache oder die Unterschätzung der gesellschaftlichen Dimension der Elternrolle. Der vermehrte Zugang zur Tertiärbildung und zu hoch qualifizierten und damit oft auch gut bezahlten Positionen könne laut BFS eine stärkere Konkurrenz zwischen Berufs- und Familienarbeit erzeugen.
Ausgehend von diesen Überlegungen geht das BFS im mittleren Szenario von einer moderat steigenden Geburtenziffer aus.
Die vom BFS zugrundegelegten gesamtschweizerischen Geburtenziffern (Basis Szenario A-00-2005) sind für den Kanton Luzern etwas zu niedrig. Sie wurden leicht nach oben korrigiert.

Sterblichkeit

Für die Entwicklung der Sterblichkeit und mithin der Lebenserwartung sind Faktoren entscheidend wie das Gesundheitsverhalten, aber auch der medizinische Fortschritt.
Die Annahme, dass Menschen mit einem hohen Bildungsstand beziehungsweise Personen in Berufen ohne körperliche Anstrengun-gen eher eine höhere Lebenserwartung haben, scheint sich gemäss BFS zu erhärten. Das Ansteigen des Anteils an Personen mit einer höheren Ausbildung und der Erwerbspersonen in Berufen des Tertiärsektors könne zu einer weiteren Erhöhung der Lebenserwartung führen. Gleichzeitig scheine sich auch eine andere Entwicklung in der Zukunft fortzusetzen, nämlich die Angleichung der Lebenserwartung von Frauen und Männern.
Das Szenario A-00-2005 des BFS geht für das Jahr 2050 von einer mittleren Lebenserwartung bei Geburt für die schweizerischen Männer von 86 Jahren, für die Frauen von 90 Jahren aus. Für die ausländische Wohnbevölkerung in der Schweiz liegen diese Werte um 1 (EWR) bis 1,5 (nicht-EWR) Jahre höher.
Für das kantonale Bevölkerungsszenario wurden die vom BFS berechneten altersspezischen Sterblichkeitsziffern leicht reduziert (Faktor 0.98). Das liegt darin begründet, dass die Lebenserwartung im Kanton Luzern gemäss BFS leicht über dem schweizerischen Mittel liegt.

Internationale Wanderungen

Als einen der wichtigsten aktuellen Beweggründe für die Einwanderung in die Schweiz nennt das BFS die gegenwärtigen Arbeitsmöglichkeiten. Wanderungsbewegungen im Zusammenhang mit Erwerbstätigkeit sind stark konjunkturabhängig, sowohl in der Schweiz als auch im Herkunftsland. Ein zweiter wichtiger Beweggrund ist der Familiennachzug und ein dritter die Ausbildung. Im Bereich der Ausbildung spielt derzeit die Zunahme der Imma-

trikulationen an den schweizerischen Hochschulen eine Rolle. Und schliesslich kann die Einreichung eines Asylgesuches eine Motivation für einen Zuzug sein. Auf der anderen Seite steht die Auswanderung ins Herkunftsland, sei es wegen des Übetritts in den Ruhestand, Verlust des Arbeitsplatzes oder auch, weil sich etwa die Lohnunterschiede zwischen der Schweiz und dem Herkunftsland verringern.

Die derzeit beobachteten starken positiven Wanderungssaldi bei der internationalen Wanderung sind zum Teil Folge der Personenfreizügigkeit. Sie hatte neben einer verstärkten Zuwanderung unter anderem zur Folge, dass die bisher in der ständigen Wohnbevölkerung nicht berücksichtigten Kurzaufenthalterinnen und -aufenthalter unter einem Jahr schneller eine Jahresaufenthaltsbewilligung erhalten können und damit einen Statuswechsel erfahren, der sich in der Statistik in Form eines Zuzugs auswirkt. In der Zukunft wird sich dieser Effekt abschwächen. Mit der Erweiterung der Personenfreizügigkeit können nochmals Wanderungsschübe, aber kleineren Ausmasses als 2007 und 2008, erwartet werden. Die Modellierung der internationalen Wanderungen trägt diesem Umstand Rechnung. Das Luzerner Szenario hält die positiven Wanderungssaldi aus dem EWR-Raum bis 2014 auf einem Niveau von 1'500 bis 1'700 und nimmt sie dann sukzessive auf einen Zielwert von 350 im Jahr 2025 und hält ihn danach konstant. Ähnlich wird mit den Wanderungsgewinnen aus dem Nicht-EWR-Raum verfahren.

Interkantonale Wanderungen

Der Kanton Luzern hat in den letzten vier Jahren Wanderungsgewinne von Schweizerinnen und Schweizern mit steigender Tendenz verzeichnet, im Jahr 2009 waren es 860. Verschiedene Faktoren wie eine verbesserte Verkehrsanbindung zu den grossen Zentren, noch verfügbares Bauland im Gegensatz zu den grossen Ballungszentren, Steuerpolitik und anderes bewirkten dieses Ergebnis. Im Bevölkerungsszenario wird diesem Umstand Rechnung getragen, aber das Wachstum wird nicht mehr beschleunigt, sondern ausgehend vom heutigen Stand linear zurückgenommen auf einen Wanderungsgewinn von 200 im Jahr 2025. Danach wird dieser Wanderungsgewinn konstant gehalten.

Einbürgerungen

Die zu erwartenden Einbürgerungen folgen dem Muster des BFS, korrigiert für die Ausländerinnen und Ausländer mit Staatsanhegörigkeit aus dem EWR-Raum um Faktor 0.8 und für diejenigen ausserhalb des EWR-Raums um Faktor 0.9. Diese Korrekturen leiten sich aus den beobachteten Werten im Kanton Luzern ab.

Resultate

Die aus den Berechnungen gewonnenen Resultate liegen etwas höher als die vom BFS publizierten. Dazu trägt insbesondere die Tatsache bei, dass der Kanton Luzern derzeit eine starke Wachstumsphase durchläuft.

2. Bildungsszenarien: Volksschulen und Gymnasien

Methodische Aspekte

Kindergarten: Basis Schulbesuchsquoten

Um den Eintritt ins Schulsystem abzubilden, wird auf der Basis des Bevölkerungsszenarios die Zahl jener Kinder bestimmt, die sich im Prognosezeitraum im Kindergartenalter befinden. Der erwartete Bestand der Kinder im Kindergarten ergibt sich aus der Multiplikation der für die Zukunft modellierten Schulbesuchsquote pro Altersjahr mit der erwarteten ständigen Wohnbevölkerung der Vier-, Fünf- und Sechsjährigen für den Berechnungszeitraum. Schulbesuchsquoten bezeichnen den Anteil der Lernenden eines Schulbildungsjahres am Bevölkerungsbestand eines Altersjahrgangs. Sie können sowohl für die Gesamtheit der Lernenden als auch für Teilgesamtheiten (z.B. nach Geschlecht oder Herkunft) berechnet werden.

Einschulung

Anschliessend wird für das erste Schulbildungsjahr der Primarstufe mit Hilfe von Übertrittsquoten der Anteil jener Kinder geschätzt, die eine öffentliche Primarschule, eine Sonderschule oder eine private Schule auf Primstufenniveau besuchen. Die Übertrittsquoten geben für die drei Schularten separat das Verhältnis der Lernenden im ersten Primarstufenjahr zu den Lernenden im Kindergarten an. Mit Erfahrungswerten aus der statistischen Beobachtung der Vergangenheit lassen sich diese Übertrittsquoten schätzen. Der zukünftige Lernendenbestand des ersten Primarstufenjahres ergibt sich als Verknüpfung des geschätzten zukünftigen Lernendenbestandes im Kindergarten mit der Übertrittsquote.

Übertrittsquoten und Interklassenquoten

Die geschätzten zukünftigen Lernendenbestände der einzelnen Schulbildungsjahre auf der Primarstufe resultieren durch Fortschreibung des geschätzten zukünftigen Lernendenbestandes eines Primarstufenjahres multipliziert mit den jeweiligen Übertrittsquoten. Die Übertrittsquote nimmt den Wert Eins an, wenn genau gleich viele Lernende im Schulbildungsjahr x gezählt werden wie im Schulbildungsjahr x-1, also im Vorjahr. Beim Übertritt innerhalb der gleichen Schulart spricht man auch von Interklassenquoten.
Die Szenarien für die weiteren Schularten auf der Sekundarstufe I und für die Gymnasien werden in gleicher Weise durchgeführt.

Szenarien Kindergarten

Basis für die Szenarien auf der Stufe Kindergarten sind die Schulbesuchsquoten, also der Anteil jener Kinder in den entsprechenden Altersjahren, die einen Kindergarten besuchen. Die Schülerentwicklung in den Kindergärten hängt neben der demografischen Entwicklung vor allem damit zusammen, wie viele Kinder den Kindergarten während eines Jahres und wie viele während zweier Jahren besuchen werden.
Ein zentraler Bestandteil der gegenwärtigen bildungspolitischen Diskussion ist die geplante Einführung eines Angebotsobligatoriums für die Gemeinden zur Ermöglichung des zweijährigen Kindergartenbesuchs. Es besteht in diesem Fall also ein Rechtsanspruch des Kindes auf einen zweijährigen Kindergartenbesuch, aber keine Pflicht wie bei einem Besuchsobligatorium.
Im Falle eines politischen Entscheides für die Einführung eines Angebotsobligatoriums soll zunächst eine Übergangsfrist von etwa fünf Jahren ab Einführung (1. August 2011) gelten, damit die Umsetzung für die entsprechenden Gemeinden gut geplant werden kann. Es wird an einen Zeitraum von etwa fünf Jahren gedacht, so dass das Angebotsobligatorium in allen Gemeinden erst auf das Schuljahr 2016/2017 implementiert sein müsste.

Szenarien für den Kindergarten

Für den Kindergarten werden aufgrund dieser Ausgangslage drei Szenarien berechnet. Das Szenario „Basis“ geht vom Status quo aus. Es unterstellt, dass für die Gemeinden kein Angebotsobligatorium eingeführt wird und dass auch weiterhin nicht mehr Kinder vom bereits gegebenen Angebot Gebrauch machen als aktuell. Der Anteil der Kinder, die den Kindergarten während zweier Jahre besuchen, liegt derzeit bei 25 Prozent. Dieser Anteil wird beibehalten.
Das Szenario „Trend“ geht von einer Einführung des Angebotsobligatoriums für den zweijährigen Kindergartenbesuch aus. Das Modell hinterlegt, ausgehend von einer fünf Jahre dauernden Übergangsfrist, eine kontinuierliche Anhebung der Besuchsquote auf einen „Zielwert“ bis 2030 von 40 Prozent jener Kinder, die den Kindergarten während zweier Jahre besuchen. Das Szenario „Expansion“ geht von den gleichen Annahmen aus wie das Szenario „Trend“, unterstellt aber, dass das Angebot stärker genutzt wird. Der „Zielwert“, der im Jahr 2030 erreicht sein soll, wird festgesetzt auf 60 Prozent. Für die Szenarien „Trend“ und „Expansion“ wird für den Zeitraum ab 2030 die Besuchsquote beim jeweiligen „Zielwert“ eingefroren.

Annahmen zum Kindergarten

Annahmeinhalt	Szenario „Basis“	Szenario „Trend“	Szenario „Expansion“
Zweijähriger Kindergartenbesuch	Angebotsobligatorium wird nicht eingeführt Anteil zweijähriger KG-Besuch verharrend bei **Status quo 25 Prozent**	Angebotsobligatorium wird eingeführt Anteil zweijähriger KG-Besuch: ansteigend auf **Zielwert 2030: 40 Prozent**	Angebotsobligatorium wird eingeführt Anteil zweijähriger KG-Besuch: ansteigend auf **Zielwert 2030: 60 Prozent**
Schulbesuchsform	Anteil Kinder in privaten Kindergärten, heilpädagogischen und Sprachheilkindergärten: **Status quo**		

Primarstufe und Sonderschulen

Die Schülerentwicklung auf der Primarstufe hängt von den relativ stabilen Übertritten jener Kinder ab, die aus den Kindergärten in die Primarschule übertreten. Der wichtigste Faktor ist dabei die demografische Entwicklung, erklärbar aus Geburten und Saldo aus Zu- und Wegwanderung in den Jahrgängen des Primarschulalters. Es wird erwartet, dass die Schülerzahlen in den Regelklassen ansteigen, da im Rahmen der Integrativen Förderung die Kleinklassen wegfallen. Da dieser Prozess bereits beinahe abgeschlossen ist, wird nur ein Szenario „Basis" modelliert. Dieses berücksichtigt den vollständigen Wegfall der Kleinklassen. Die Effekte der vermehrten Integrativen Sonderschulung für Kinder mit einer körperlichen, geistigen oder einer Sinnes- oder Verhaltensbehinderung werden nicht modelliert. Solche Effekte lassen sich empirisch noch nicht ausweisen. Deshalb wird die Annahme hinterlegt, dass sich weder ein Anstieg noch eine Rückbildung ergeben wird.

Sekundarstufe I und Gymnasien

In den vergangenen Jahren lag die Übertrittsquote für die Primarstufenschülerinnen und -schüler, die in Schulen mit erweiterten Ansprüchen (inkl. Gymnasien) auf die Sekundarstufe I wechselten, höher als noch in den 1990er-Jahren. Diese Beobachtung hat zur Modellierung zweier zusätzlicher Szenarien motiviert, die auf eine weiter zunehmende Bildungsexpansion abstellen.

Szenarien

Das Szenario „Basis" hinterlegt den Status quo. Berücksichtigt wird dabei jedoch der Wegfall des Niveaus D. Die Übertrittsquote in die einzelnen Niveaus und ins Langzeitgymnasium wird anhand des mittleren Wertes aus den letzten drei Jahren des Beobachtungszeitraums bestimmt.
Das Szenario „Trend" hebt die Übertrittsquote aus der Primarschule in die höheren Niveauzüge der Sekundarschule und des Langzeitgymnasiums leicht, das Szenario „Expansion" stärker an. Dem Szenario „Expansion" wird wird zusätzlich zur allgemeinen Bildungsexpansion die Annahme unterstellt, dass sich die Integrative Förderung auf die Durchlässigkeit in der Sekundarschule verstärkend auswirken könnte. Die kontinuierlich wachsenden Übertrittsquoten bis zum Jahr 2020 werden bei den Szenarien „Trend" und „Expansion" nach 2020 eingefroren.

Sekundarstufe I – Übertrittsquoten aus Primarschule

Annahmeinhalt	Szenario „Basis"	Szenario „Trend"	Szenario „Expansion"
Allgemeine Bildungsexpansion	Verteilung auf die Niveaus gemäss **Status quo**	Leicht angehobene Übertrittsquoten **Zielwerte 2020**	Stärker angehobene Übertrittsquoten **Zielwerte 2020**
	Niveau A **18,9 %** Niveau B **32,7 %** LZG **16,8 %** Niveau C **Rest**	Niveau A **21,0 %** Niveau B **35,0 %** LZG **17,5 %** Niveau C **Rest**	Niveau A **24,0 %** Niveau B **40,0 %** LZG **18,0 %** Niveau C **Rest**
Einfluss der Integrativen Förderung	kein Einfluss	kein Einfluss	leichter Einfluss, in den Quoten berücksichtigt

Langzeitgymnasium und Kurzzeitgymnasium

Für den Übertritt von der Primarstufe in das Langzeitgymnasium werden neben dem Szenario „Basis“ zwei Szenarien vorgestellt, die beide jeweils von höheren Übertrittsquoten ausgehen. Damit soll eine Bildungsexpansion in Richtung des gymnasialen Weges mit abgebildet werden. Die Annahmen sind in der vorstehenden Tabelle mitberücksichtigt.
Die Übertritte in die Kurzzeitgymnasien, die sowohl nach dem zweiten als auch nach dem dritten Schulbildungsjahr aus dem Niveau A der Sekundarschule erfolgen können, basieren auf aktuellen Erfahrungswerten. Als Folge der angehobenen Übertrittsquoten in das Niveau A der Sekundarschule ergeben sich je nach Szenario höhere Bestände im ersten Jahr des Kurzzeitgymnasiums, die sich auf postobligatorischer Stufe fortsetzen. Damit erhöht sich auch der Anteil der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten im Kurzzeitgymnasium an allen Lernenden der Gymnasien leicht.

Die Quoten für Niveau C reduzieren sich entsprechend der Anhebung der Quoten für Niveau A und B sowie für das Gymnasium.

Lehrkräfte

Lehrkräftebedarf

Die Ausführungen im Bericht zum erwarteten Lehrkräftebedarf auf den verschiedenen Stufen ergeben sich aus Ableitungen aus Grössen und Faktoren, die teilweise aus externen Quellen bezogen werden. Dazu gehören:

- derzeitige Betreuungsverhältnisse (Anzahl Lernende auf ein Vollzeitäquivalent)
- erwartete Entwicklung des Lernendenvolumens
- Altersstruktur des Lehrkörpers
- Beschäftigungsgrad (Pensen)
- Annahmen zur Fluktuationsrate (Austritte, Pensionierung)
- Abschlüsse (erwartete) an Pädagogischen Hochschulen

3. Bildungsszenarien: Berufsbildung und Hochschulen

Die Szenarien für die Berufsbildung und die Hochschulen sind vom Bundesamt für Statistik übernommen worden. Das BFS verwendet andere Begriffe zur Benennung der Szenarien. Das Szenario „Neutral“ zeigt die erwartete Entwicklung der Lernendenbestände unter der Annahme, dass diese ausschliesslich von demografischen Faktoren abhängen. Das Szenario „Tendenz“ geht davon aus, dass sich die Tendenzen und die Konjunktureffekte der letzten Jahre in Zukunft fortsetzen werden.

Berufsvorbereitende Schulen und berufliche Bildungswege

Übertrittsquoten

Für die Szenarien der beruflichen Grundbildung geht das BFS für das erste nachobligatorische Bildungsjahr grundsätzlich von den Quoten der sofortigen und der aufgeschobenen Übergänge aus dem letzten obligatorischen Bildungsjahr aus. Im Szenario „Neutral“ werden diese Quoten konstant gehalten. Im Szenario „Tendenz“ werden die Quoten unter Berücksichtigung von längerfristigen Tendenzen, konjunkturellen und demografischen Effekten modelliert. So wird beispielsweise berücksichtigt, dass die Übertritte in die berufliche Grundbildung mit der Arbeitslosenquote negativ korrelieren. Die Arbeitslosenquoten werden für das Jahr 2011 mit 4,2 Prozent, für 2012 mit 3,8 Prozent und von 2013 bis 2019 mit 3,5 Prozent angenommen. Eine höhere Arbeitslosenquote führt unter sonst gleichen Bedingungen zu einer geringeren Nachfrage an den beruflichen Bildungswegen, da keine aussichtsreichen Perspektiven gesehen werden. Für die Fachmittelschulen werden im Szenario „Tendenz“ weiter steigende Übertrittsquoten angenommen, die positiv mit den Arbeitslosenquoten korrelieren. Eine höhere Arbeitslosenquote führt unter sonst gleichen Bedingungen zu einer ansteigenden Nachfrage der Fachmittelschulen, da über den weiteren Verbleib an der Schule eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage abgewartet werden kann.

Interklassenquoten

Für die Lernenden des 2. und 3. Bildungsjahres auf Sekundarstufe II arbeitet das BFS mit konstanten Interklassenquoten für beide Szenarien. Die Übertrittsquoten in die Berufsmaturitätsausbildung werden für das Szenario „Neutral“ konstant auf dem aktuellsten gemessenen Wert gehalten, beim Szenario „Tendenz“ hingegen aus den letzten 8 Jahren der Übertrittsquoten über fünf Jahre verlängert und dann abgefedert.

Das BFS erstellt für die Sekundarstufe II auch Szenarien für Abschlüsse.

Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen

Das Bundesamt für Statistik rechnet für die Fachhochschulen und für die Pädagogischen Hochschulen mit einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg der Anzahl Neueintritte von 1,8 bis 2,1 Prozent bis 2012. Ein wesentlicher Grund hierfür sind die immer häufigeren Übertritte von der kaufmännischen Berufsmaturität in die Fachhochschulen. Es wird allerdings davon ausgegangen, dass sich die Zahl der Neueintritte im Zeitraum von 2013 bis 2019 aufgrund der rückläufigen demografischen Entwicklung verringern wird.
Da der FH-Bachelor als Regelabschluss angesehen werden kann und FH-Masterabschlüsse bisher eher die Ausnahme sind, greifen die BFS-Hypothesen teilweise auf Erfahrungswerte aus Deutschland zurück. Das auf den ersten Quoten für die Schweiz basierende Szenario „Neutral“ geht von einer durchschnittlichen Übertrittsquote zum Master von 16 Prozent aus, während das sich auf Beobachtungswerte in Deutschland stützende Szenario „Tendenz“ mit rund 31 Prozent rechnet.
Die Direkteintritte mit ausländischem Zulassungsausweis auf der Masterstufe werden im Verhältnis zur Zahl der Eintritte mit schweizerischem Bachelorabschluss für den gesamten Prognosezeitraum als konstant angenommen. Im Szenario „Neutral“ wird ein Anteil von 24 Prozent modelliert, während im Szenario „Tendenz“ von 28 Prozent ausgegangen wird.

Die Zahl der Studierenden an den Luzerner Hochschulen wird voraussichtlich in den nächsten Jahren weiter zunehmen

Universität

Das BFS geht davon aus, dass die Studierendenzahlen an den universitären Hochschulen insbesondere unter dem Einfluss des Bevölkerungswachstums, der steigenden Zahl von Studierenden aus dem Ausland sowie der Bologna-Reform um rund 2,5 bis 3,0 Prozent bis 2012 ansteigen werden. Ab 2013 wird sich die Zunahme der Studierendenbestände aufgrund des erwarteten Bevölkerungsrückganges spürbar verlangsamen.
In den letzten Jahren ist der Anteil von Studierenden mit ausländischem Zulassungsausweis auf allen Stufen der universitären Hochschulen stetig angestiegen. Auf der Bachelorstufe geht das BFS von einer weiteren sehr starken Zunahme von Studierenden mit ausländischem Zulassungsausweis aus.

Im Szenario „Neutral“ wird ab 2011 eine stabile Zunahme modelliert. Im Szenario „Tendenz“ wird wegen der erwarteten massiven Zunahme von Neueintritten von Personen mit ausländischem Zulassungsausweis eine weitere Zunahme um 4 Prozent pro Jahr unterstellt. Der Anteil der Eintritte von Studierenden mit ausländischem Zulassungsausweis auf der Masterstufe wird im Szenario „Neutral“ auf 18 Prozent und im Szenario „Tendenz“ auf 20 Prozent festgelegt.

B RESULTATE IM ÜBERBLICK

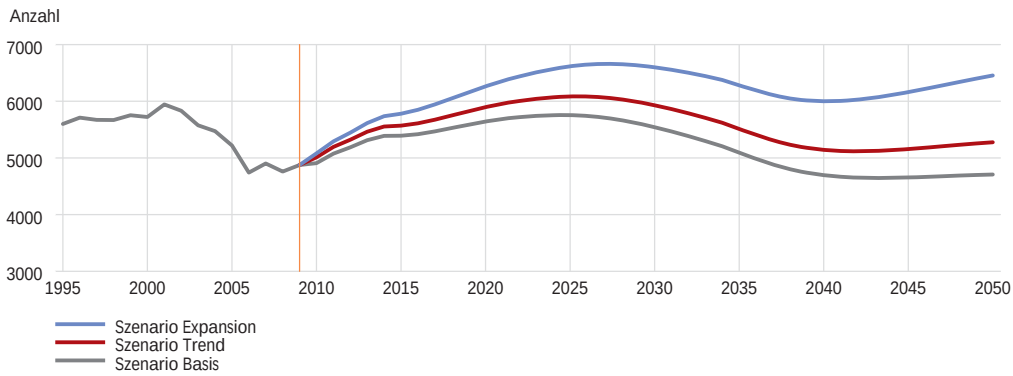
Die Entwicklung der zukünftigen Schülerzahlen im Kanton Luzern basiert einerseits auf der erwarteten demografischen Entwicklung und andererseits auf der erwarteten Bildungsbeteiligung je nach Schulstufe.

1. Kindergarten und Primarstufe

Nach Anstieg bis 2025 Rückgang der Kindergartenbestände

Im direkten Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung war die Zahl der Kinder in den Kindergärten seit 2001 rückläufig. Die Geburtenzahlen nehmen im Kanton Luzern seit dem Jahr 2001 in der Tendenz wieder zu, seit 2006 verstärkt. Dazu trägt bei, dass geburtenstarke Jahrgänge ins gebärfähige Alter eintreten. Gleichzeitig geht das Bevölkerungsszenario von einer noch weiter anhaltenden Zuwanderung in den Kanton aus. Gemäss Bildungsszenario „Basis“ werden im Jahr 2025 im Kanton Luzern rund 5’750 Kinder den Kindergarten (inkl. auf Basisstufe) besuchen. Ein Viertel davon wäre gemäss Annahmen im zweiten Kindergartenjahr, anteilmässig wie heute. Im Szenario „Trend“ wird, unter der Annahme der Einführung eines Obligatoriums für die Gemeinden, den zweijährigen Kindergartenbesuch anzubieten, die beobachtete Tendenz der Zunahme des zweijährigen Kindergartenbesuchs leicht verstärkt modelliert. Setzt sich dieser Trend fort, würden die Kindergartenbestände bis ins Jahr 2025 auf rund 6’100 anwachsen. Bei beiden dieser Szenarien zeichnet sich ab 2025 im Zuge der demografischen Entwicklung ein Rückgang ab. Die Einführung eines Kindergartenangebotsobligatorium bildet auch die Grundlage des Szenarios „Expansion“. In Kombination mit einer stärkerung Nutzung würden die Kindergartenzahlen etwas länger ansteigen und im Jahr 2027 etwa 6’650 erreichen. Der Rückgang würde später einsetzen und weniger steil verlaufen. Ab etwa 2040 zeichnet sich ein erneuter Anstieg ab.

Abbildung 111
Erwartete Entwicklung der Kinder im Kindergarten - inkl. auf Basisstufe
Kanton Luzern



T4K03G51

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS - Statistik der Schüler/innen und Studierenden - LUSTAT - Bevölkerungs- und Bildungsprognosen

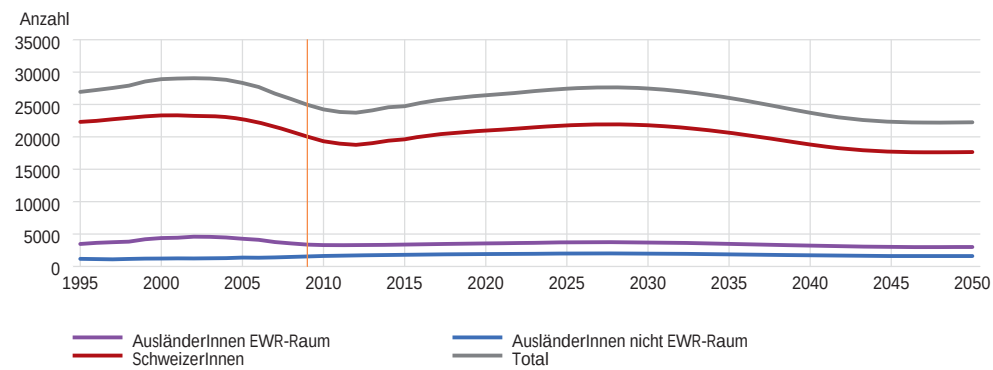
Rückgang auf der Primarstufe hält kurzfristig noch an

Seit 2004/2005 wurden an den öffentlichen Schulen jährlich zwischen 500 und 1'000 Primarschülerinnen und Primarschüler weniger unterrichtet. Das entspricht zwischen 80 und 170 Kinder pro Bildungsjahr. Bis etwa zum Jahr 2012 dürfte sich die Anzahl der Primarschulkinder in ähnlichem Masse verringern, wie dies derzeit beobachtet wird. Danach werden gleichzeitig zwei demografisch bedingte Faktoren für einen neuen Schülerschub wirken, wie sie den Bevölkerungsvorausschätzungen hinterlegt sind. Einerseits erlangen die wieder geburtenstärkeren Jahrgänge seit 2006 sukzessive das Einschulungsalter, und andererseits ist bei Zuwanderungen in den Kanton Luzern auch mit Neuzuzügerfamilien mit Kindern zu rechnen. Die Schülerzahlen auf Primarschulstufe werden sukzessive bis zu gegen 27'500 im Jahr 2025 anwachsen (ohne Sonderschulen). Dieser Stand entspricht etwa jenem von 1995. Bis gegen 2030 wird der Bestand stabil bleiben und sich dann zurückbilden. Der Anteil an Kindern ausländischer Nationalität dürfte nicht weiter zurück gehen. Sollte sich die Zuwanderung im Rahmen der Ausweitung des Freizügigkeitsabkommens deutlicher verstärken als im Bevölkerungsszenario angenommen wurde, würde sich der Anteil ausländischer Kinder erhöhen.

Lehrkräftebedarf

Da ab 2015 an Kindergärten und Primarschulen mehr Kinder zu unterrichten sein werden als heute, wird auch der Lehrkräftebedarf ansteigen. Unter der Annahme gleich bleibender Betreuungsverhältnisse wie heute in den Regelklassen (16 Kinder pro Vollzeitäquivalent, ohne Fachlehrkräfte) müssten in der Primarschule im Jahr 2025 etwas über 110 Vollzeitstellen mehr als heute besetzt werden können. Damit ist ein Rekrutierungsbedarf gegeben, der sich bei der gegebenen Altersstruktur der Primarlehrkräfte, der Tendenz zu immer mehr Frühpensionierungen und dem derzeitig hohen Anteil an Teilzeitstellen allein aus den erwarteten neuen Abschlüssen an der Pädagogischen Hochschule wohl nicht wird decken lassen. Nach 2030 dürfte sich die Situation entschärfen.

Abbildung 11.2
Erwartete Entwicklung der Kinder in der Primarschule nach Heimat
Kanton Luzern



T4K03G52

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS - Statistik der Schüler/innen und Studierenden - LUSTAT - Bevölkerungs- und Bildungsprognosen

2. Sekundarschule und Gymnasien

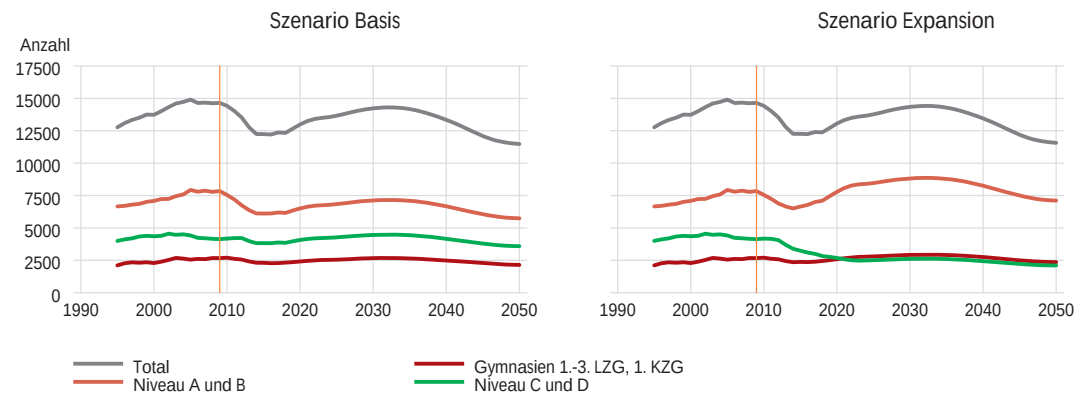
Sekundarschule Lernende

Aus der sechsten Primarschulklasse werden in den nächsten 15 Jahren in jedem Jahr zwischen 3'800 und 4'700 Schülerinnen und Schüler neu in die Sekundarstufe I übertreten (2009/2010: 4'700). In den drei Schuljahren der Sekundarstufe I (inklusive Gymnasium) ist bis etwa 2015 ein Rückgang von heute 14'500 auf etwa 12'500 vorgezeichnet. Danach zeigt sich bis etwa 2032 ein Anstieg des Lernendenvolumen bis etwa 14'500. Diese Kinder verteilen sich auf die Sekundarschule und das Gymnasium. Je nach den modellierten Verteilungen wird sich der Lernendenanteil im Niveau C zurückbilden. Mit dem Anstieg der Lernenden im Niveau A werden sich auch die Übertritte nach der 2. oder 3. Klasse der Sekundarschule ins Kurzzeitgymnasium leicht erhöhen.

Lehrkräftebedarf

Fallen heute etwa 1'040 Vollzeitstellen (inklusive Fachlehrkräfte, aber ohne Gymnasien) auf die 12'000 Sekundarschüler und -schülerinnen (ohne Gymnasien) und müsste das Betreuungsverhältnis bei etwa 11,3 Lernenden auf ein Vollzeitäquivalent (inkl. Fachlehrkräfte) verharren, dürfte der heutige Lehrkräftebestand bis zum Jahr 2020 genügen. Ausgehend von einer Fluktuationsrate von etwa 5,5 (aktuell) bis 7,5, müssten jährlich neue Lehrkräfte für 60 bis 80 Vollzeitstellen in den Arbeitsprozess nachrücken. Aus der erwarteten Entwicklung der Abschlusszahlen an der Pädagogischen Hochschule Luzern dürften sich in den nächsten Jahren jährlich etwa 90 bis 120 Abschlüsse für die Sekundarstufe I einstellen. Darin inbegriffen sind aber nicht nur Studierende aus dem Kanton Luzern, so dass wohl auch nicht alle diese Fachleute sich im Bildungssystem des Kantons installieren werden. Berücksichtigt man zudem, dass auch auf Sekundarstufe I Teilzeitpensen ein grosses Gewicht haben und dass auch auf der Sekundarstufe I der Integrativen Förderung und generell der individuellen Betreuung mehr Gewicht zugemessen wird, könnten sich in den nächsten Jahren beim Lehrkräftenachwuchs Engpässe ergeben.

Abbildung 11.3
Erwartete Entwicklung der Schülerzahlen auf Sekundarstufe I
Kanton Luzern



T4K04G51

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS - Statistik der Schüler/innen und Studierenden - LUSTAT - Bevölkerungs- und Bildungsprognosen

Gymnasien

Nach einem Jahrzehnt der generellen Zunahme an den Gymnasien, die sich vor allem aus dem neuen Zustrom an die Kurzzeitgymnasien ergeben hat, wird sich bis 2012 der heutige Stand halten. Danach ist nach dem Basisszenario bis 2018 ein demografisch bedingter Rückgang der Gymnasialbestände auf etwa 5'000 zu erwarten, insbesondere durch den Verlauf des Langzeitgymnasiums beeinflusst. Im Anschluss daran werden wieder mehr Gymnasiastinnen und Gymnasiasten in den Luzerner Kantonsschulen ausgebildet werden. Der Neuzuwachs wird zunächst die Langzeitgymnasien beeinflussen, mit einer Verzögerung von zwei Jahren folgt der Wiederanstieg an den Kurzzeitgymnasien. Im Jahr 2034 werden rund 5'750 Gymnasiastinnen und Gymnasiasten zu erwarten sein, dies entspricht dem aktuellen Niveau. Danach wird der demografische Effekt einer alternden Gesellschaft durchschlagen und die Gymnasialbestände wieder absinken lassen. Die Szenarien „Trend" und „Expansion" rechnen mit einem verstärkten Zustrom zu den Gymnasien, als Folge der Bildungsexpansion mit stärkerer Besetzung höherer Niveauzüge in der Sekundarschule und der damit gegebenen Möglichkeit zur Wahl des Kurzzeitgymnasiums. Hierbei wären in den Spitzenjahren bis gegen 6'500 Gymnasiastinnen und Gymnasiasten zu erwarten. Die Anstiege sind vom Kurzzeitgymnasium mit beeinflusst.

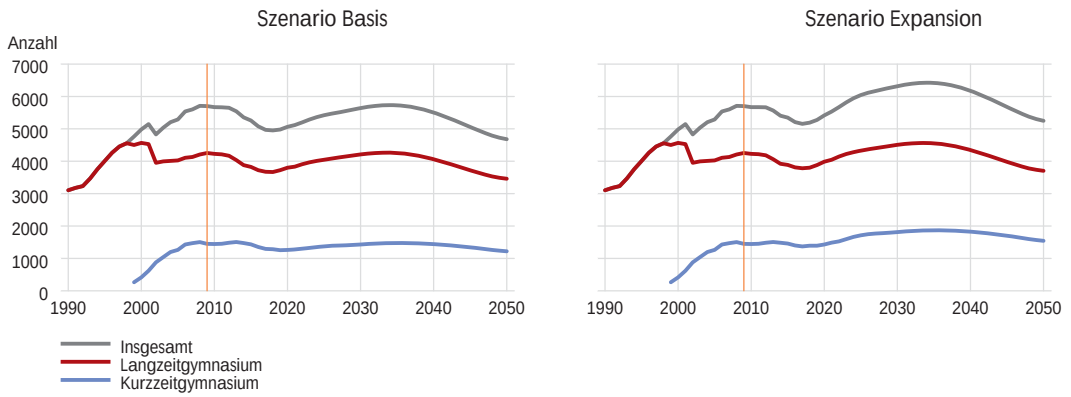
Lehrkräftebedarf

Annähernd 30 Prozent der Gymnasiallehrkräfte sind 50 Jahre alt oder älter. Innerhalb der nächsten 15 Jahre werden somit mindestens etwa 190 Gymnasiallehrkräfte allein wegen Pensionierungen aus dem Schuldienst austreten, das sind jährlich etwa 13. In Vollzeitstellen gemessen trifft es heute auf 5'700 Gymnasiastinnen und Gymnasiasten 501 Stellen. Nach dem Basisszenario würde der derzeitige Lehrkräftebedarf bis 2018 auf 440 Vollzeitäquivalente sinken. Dann, mit dem Wiederanstieg des Schülerbestands in den Gymnasien, würde er sich bis 2034 je nach Szenario – bei gleich bleibenden Betreuungsverhältnissen – auf etwa 500 bis 560 ausweiten.

Abbildung 11.4

Erwartete Entwicklung der Schülerzahlen der Gymnasien

Kanton Luzern



T4K06G51

LUSTAT STATISTIK LUZERN

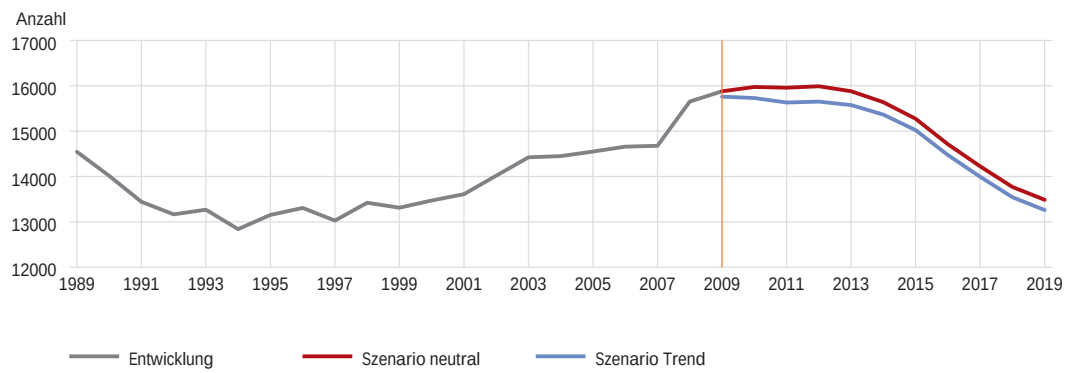
Datenquelle: BFS - Statistik der Schüler/innen und Studierenden - LUSTAT - Bevölkerungs- und Bildungsprognosen

3. Berufliche Grundbildung

Berufliche Grundbildung

Für die berufliche Grundbildung ist gemäss Szenarien des Bundesamts für Statistik in den nächsten zehn Jahren gesamtschweizerisch ein Rückgang des Volumens an Lernenden zu erwarten. Ausgehend vom aktuellen Stand wird sich gesamtschweizerisch die Nachfrage nach der beruflichen Grundbildung wieder auf das Niveau von 1999 zurückbilden. Im Kanton Luzern, der in den letzten zehn Jahren ein deutlich stärkeres Wachstum an Lernenden in der beruflichen Grundbildung erfahren hatte, ist beim Szenario „Neutral" (Terminologie des BFS) während der nächsten Jahre ein leichter Zuwachs zu erwarten, und der Rückgang würde erst etwa 2013 einsetzen, aber leicht stärker. Im Szenario „Trend" beginnt der Rückgang ebenfalls sofort, in den ersten fünf Jahren moderat, danach verstärkt. In den nächsten fünf Jahren wären im Kanton Luzern jährlich etwa 16'000 Lernende an Berufsfachschulen auszubilden, was etwa dem heutigen Stand entspricht. Danach würden sich die Bestände bis 2019 sukzessive um insgesamt etwa 1'500 bis 2'500 reduzieren. Diese Einschätzung korreliert mit der erwarteten demografischen Entwicklung. Im entsprechenden Alterssegment wird in der auf 2019 nachfolgenden Periode eher ein leichtes Wachstum, mindestens aber keine Rückbildung erwartet. Hielte die Zuwanderung in den Kanton Luzern im heutigen Masse an, würde dies die Schülerzahlen nach oben beeinflussen. Die Szenarien für die berufliche Grundbildung stehen in Wechselwirkung mit der gymnasialen Bildung. Eine gymnasiale Nachfrageausweitung wirkt sich direkt auf die berufliche Grundbildung aus.

Abbildung 11.5
Entwicklung und Vorausschätzung für Lernende in beruflicher Grundbildung
Kanton Luzern



T4K05G21

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS, Bildungsperspektiven, SCENARIO

4. Hochschulen

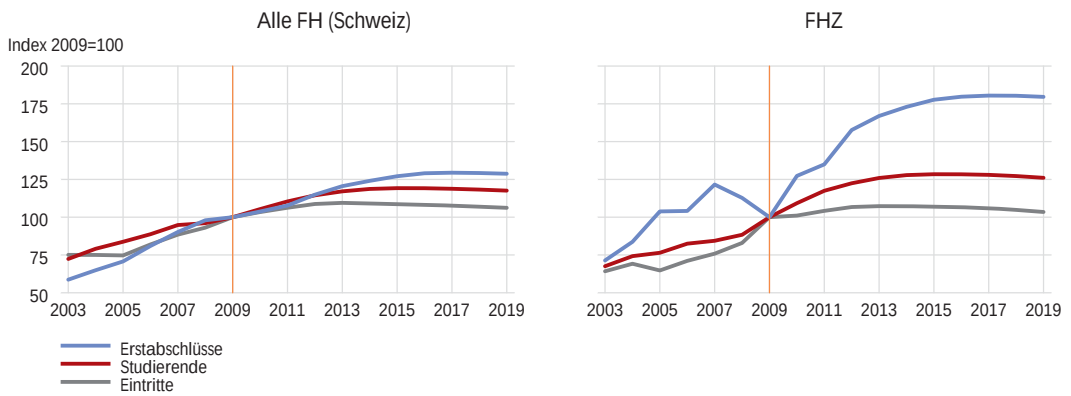
Fachhochschule

Für die Fachhochschulen insgesamt wird für die nächsten Jahre bis etwa 2015 mit einer Abflachung der Zunahme von Studierenden gerechnet. Danach könnte die Zahl der Studierenden insgesamt sogar leicht abnehmen. Folgende Faktoren werden in den Szenarien dafür verantwortlich gemacht.

- Die Aufbauphase der Fachhochschulen ist beendet, es beginnt eine Phase der Konsolidierung.
- Die angesprochene Bevölkerungsgruppe der 20- bis 25-Jährigen wird in einigen Jahren leicht abnehmen.
- Die Berufsmaturitätsquote und damit die Zahl der für die Fachhochschule qualifizierten Personen dürfte sich stabilisieren.
- Der Aufbau der konsekutiven Masterstudiengänge (in der Ausbildung) wird ab etwa 2015 in die Konsolidierungsphase treten.

Die grössten Anstiege der Studierendenzahlen werden im Fachbereich Wirtschaft erwartet. Schweizweit noch wichtiger wird der Anstieg im Fachbereich Gesundheit sein, der an der Hochschule Luzern jedoch nicht vertreten ist.
Unsicher ist die Entwicklung der Zahl der Studierenden aus dem Ausland. Je nach Szenario können diese ein weiteres starkes Wachstum der Fachhochschulabsolventen fördern.

Abbildung 11.6
Eintritte, Studierende und Erstabschlüsse auf dem Niveau Diplom, Bachelor bis 2019 (Index 2009=100)
Kanton Luzern, Schweiz



T4K07G16

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Bildungsperspektiven, SCENARIO

Alle FH inklusive Pädagogische Hochschulen, FHZ ohne PH.

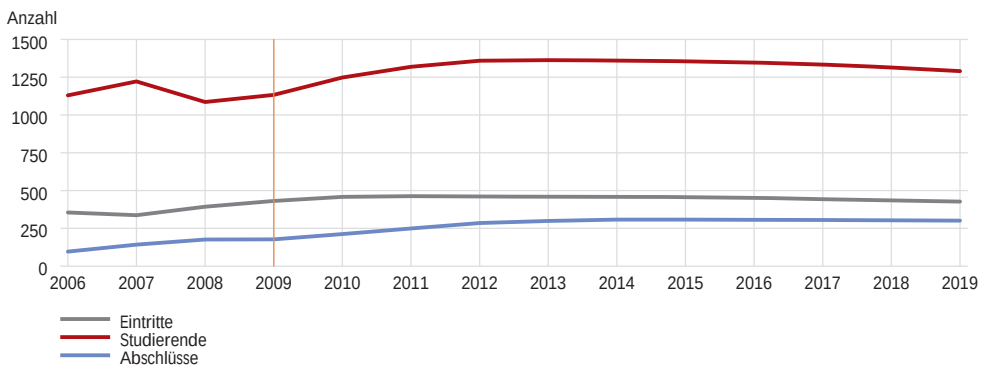
Pädagogische Hochschule

Laut Schätzungen des BFS liegt die jährliche Flukuationsrate bei den Lehrkräften in den nächsten Jahren bei rund bei 5 bis 6 Prozent. Die durch Rücktritte von über 55-jährigen Lehrkräften (Pensionierungen) verursachte Fluktuation wird in den nächsten zehn Jahren pro Jahr bei rund 3,2 Prozent liegen. Weitere 2,3 Prozent an Fluktuation werden durch andere Berufsausstiege erwartet. Die abtretenden Lehrkräfte müssen weitgehend durch neu ausgebildete ersetzt werden. Stellt man in Rechnung, dass nicht alle Studierenden ihre Ausbildung erfolgreich abschliessen, müssten die Pädagogischen Hochschulen 6 Prozent des bestehenden Lehrkörpers ausbilden, um den Bedarf zu decken (SKBF 2010: 227). Aufgrund der heutigen und der prognostizierten Abgängerzahlen der Pädagogischen Hochschulen (Abb. 11.7) erscheint es fraglich, ob der (hohe) Bedarf an neuen Lehrkräften dereinst gedeckt werden kann. Genaue Vorhersagen sind allerdings schwierig, denn nicht anders als die Fluktuationsraten bei den Lehrberufen sind die Anmeldungen für das Lehrerstudium starken konjunkturbedingten Schwankungen ausgesetzt. Die Prognosen des BFS stützen diese Sicht. An der Pädagogischen Hochschule Luzern werden bis 2016 mehr als 450 Neueintritte jährlich zu erwarten sein. Danach wird sich diese Zahl leicht zurückbilden. Die Erstabschlüsse werden bis 2013 auf rund 300 ansteigen und danach stagnieren. Das bedeutet, dass ab etwa 2013 jährlich rund 300 Junglehrer und Junglehrerinnen für den Eintritt ins Bildungssystem bereit wären. Zieht man in Betracht, dass davon nur die Hälfte den Wohnsitz im Kanton Luzern hat und ein Teil ein Masterstudium anstreben wird, reduziert sich das prognostizierte Nachwuchspotenzial für den Kanton Luzern deutlich. Auch bei dem zu erwartenden Rückgang der Schülerzahlen aufgrund der demografischen Entwicklung wäre der Erneuerungsbedarf von etwa 300 Lehrkräften jährlich damit noch nicht zu decken, auch wenn Luzernerinnen und Luzerner auch an anderen Pädagogischen Hochschulen der Schweiz studieren.

Abbildung 11.7

Eintritte, Studierende und Erstabschlüsse auf dem Niveau Diplom, Bachelor bis 2019

Pädagogische Hochschule Zentralschweiz



T4K08G51

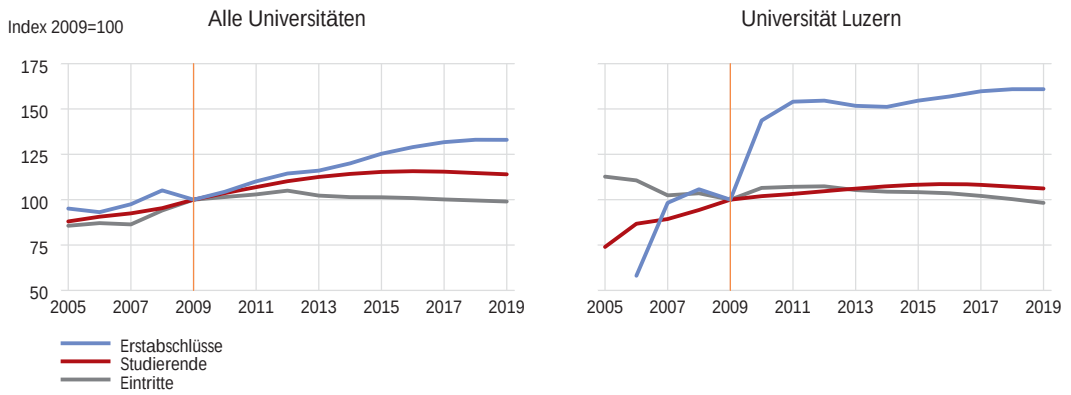
LUSTAT STATISTIK LUZERN

Datenquelle: BFS / SHIS, Bildungsperspektiven, SCENARIO

Universität

Das BFS entwirft in einem Szenario einen Zuwachs der Zahl der Studierenden an den universitären Hochschulen der Schweiz auf 145'000 im Szenario „Neutral" und auf gegen 156'000 im Szenario „Tendenz"
Die Universität Luzern wird die Studierendenzahl gemäss Szenario nicht dieselbe Wachstumsdynamik aufweisen wie die Zahl der Studierenden an den schweizerischen Universitäten insgesamt. Den Grund sieht das BFS darin, dass schweizweit die Zahl der Studierenden in den Geistes- und Sozialwissenschaften nicht weiter anwächst – eine Beurteilung, die eher für die Geisteswissenschaften als für Sozialwissenschaften zutreffen dürfte. Die Zahl der Studierenden an der Universität Luzern wird aus Sicht des BFS auf der Grundlage der Entwicklung der derzeitigen Studiengänge moderat auf etwa 2'600 Studierende bis Mitte des Jahrzehnts anwachsen (BFS 2009a; BFS o.J.b). Dabei ist aber unberücksichtigt, dass die Ausbauphase der Universität Luzern noch nicht abgeschlossen ist und gerade erst neue Professuren und Seminare eingerichtet werden – wie die Seminare für Ökonomie und Gesundheitswissenschaften/Gesundheitspolitik –, und dass auch neue Studiengänge wie der Studiengang für Politische Ökonomie (Volkswirtschaft) gerade erst aufgebaut werden. Beachtet man die gegenwärtige tatsächliche Dynamik der Universität unter Berücksichtigung der neuen Professuren und Studiengänge, dann dürfte sich erweisen, dass die Studierendenzahl schneller anwächst als prognostiziert.

Abbildung 11.8
Eintritte, Studierende und Erstabschlüsse auf dem Niveau Diplom, Bachelor, Master bis 2019 (Index 2009=100)
Kanton Luzern, Schweiz



T4K09G16

LUSTAT STATISTIK LUZERN
Datenquelle: BFS / SHIS, Bildungsperspektiven, SCENARIO

SYNTHESE

Rund 70'000 Personen befinden sich zurzeit in einer formalen Ausbildung im Kanton Luzern. Hinzu kommen Unzählige in einer nichtformalen Weiterbildung. Bildung ist in einen vielfältigen Kontext sozialer, ökonomischer, demografischer, gesellschaftlicher und politischer Zustände und Entwicklungen eingebettet. So haben sich die Ansprüche an die Bildung stets gewandelt, und bis heute bleibt die Bildung ein zentrales Thema in der politischen und gesellschaftlichen Diskussion.

Der Bildungsbericht stellt die Luzerner Bildungslandschaft in all ihren Facetten vor. Alle Bildungsstufen vom Kindergarten bis zur höheren Berufsbildung, den Hochschulen und der Weiterbildung werden systematisch auf quantitativer Basis hinsichtlich Lernenden, Lehrenden, Organisation und Kosten in ihrer Entwicklung analysiert. Die Synthese schafft einen Überblick über die quantitativen Aspekte der zentralen Entwicklungen, der Situation, wie sie sich heute präsentiert und wie sie sich weiterentwickeln könnte. Damit öffnet sie den Blick auf Themenfelder, die für die Bildungspolitik von Bedeutung sind.

A VOLKSSCHULE, GYMNASIEN UND BERUFSBILDUNG

Bildungsexpansion auf allen Stufen

Volksschule als Basis der Wissensgesellschaft

Die Wurzeln des Bildungssystems der Schweiz und des Kantons Luzern reichen mehr als 200 Jahre zurück. Zur Zeit der Aufklärung entstand die Idee einer Volksschule, die den Einzelnen zur Entfaltung einer autonomen Persönlichkeit befähigen und zum demokratischen Staatsbürger erziehen soll. In diesem Sinne hat sie bis heute Bestand, wenn sich auch die Zielsetzungen, Lerninhalte, Lehrmethoden und die Organisation der Schule weiterentwickelt und den sich wandelnden Ansprüchen von Gesellschaft und Wirtschaft angepasst haben. Heute haben Kindergarten und Primarschule das oberste Ziel, allen Kindern Kompetenzen zu vermitteln, die sie brauchen, um ihr Leben in der hoch technisierten Wissensgesellschaft möglichst autonom bewältigen und gestalten zu können. In den Luzerner Gemeinden besuchten im Schuljahr 2009/2010 rund 5'000 Kinder den Kindergarten, davon stand jedes vierte bereits im zweiten Kindergartenjahr. Die Kinder sind beim Eintritt in das Schulsystem jünger als vor zehn Jahren. Rund 25'000 Kinder besuchten die Primarschule, 1'300 nutzten spezielle Förderangebote, und 900 Kinder mit einer Behinderung besuchten eine Sonderschule.

Erhöhte Durchlässigkeit mit den neu eingeführten Niveauzügen auf Sekundarstufe I

Auf Sekundarstufe I fanden während der letzten zehn Jahre tiefgreifende Veränderungen statt. Mit der Einführung der verschiedenen Niveaustufen in den Sekundarschulen und der Schaffung des Kurzzeitgymnasiums ist die horizontale Durchlässigkeit auf der Sekundarstufe I erhöht worden. Es zeichnet sich bei der Nachfrage in der Tendenz eine Verschiebung Richtung der anspruchsvolleren Niveaus ab. Die Übertrittsquote aus der Primarschule an die Langzeitgymnasien stagniert seit über einem Jahrzehnt bei gegen 18 Prozent. Die Einführung des Kurzzeitgymnasiums, in das Schüler und Schülerinnen der Sekundarschule Niveau A übertreten können, brachte zusätzliche Jugendliche an die Gymnasien. Ein Teil dieses Schubes ist Ausdruck der allgemeinen Bildungsexpansion, ein Teil ist darin begründet, dass die Lehrkräfteausbildung an den Seminarien abgeschafft und auf Tertiärstufe angesiedelt wurde. Voraussetzung für die Zulassung zur Pädagogischen Hochschule ist eine gymnasiale Maturität (teilweise auch eine Berufsmaturität). Im Schuljahr 2009/2010 besuchten knapp 15'000 Jugendliche die Sekundarstufe I. Bis 2006/2007 nahmen die Übertritte aus der Primarschule zu, weil geburtenstarke Jahrgänge das Übertrittsalter erreichten. Seither ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

Gymnasialbildung mit leicht verstärktem Zustrom

Die Bildungsexpansion bekam im Zuge des kräftigen Wirtschaftswachstums und des immer schneller voranschreitenden technologischen Fortschritts nach dem Zweiten Weltkrieg verstärkten Rückenwind. Die Gymnasien und Hochschulen blieben nicht länger den sozio-ökonomisch privilegierten Schichten vorbehalten. Bildung und Chancengleichheit wurden auch zu einem sozialpolitischen Anliegen und als Möglichkeit der Stärkung der Zivilgesellschaft verstanden.

Mit der Bildungsexpansion haben vorerst weite Teile der männlichen Bevölkerung Zugang zu den Gymnasien erhalten. Mit der zunehmenden Partizipation der Frauen gelangten ab den 1970er-Jahren auch vermehrt Mädchen an die Gymnasien. Heute ist die gymnasiale Maturitätsquote der jungen Frauen höher als jene der jungen Männer. Eine dritte Welle junger Personen gelangte mit der Einführung des Kurzzeitgymnasiums an die Gymnasien.

Gymnasiale Maturitätsquote nähert sich der schweizerischen an

Die Gymnasialquote des Kantons Luzern hat sich mit derzeit 18,7 Prozent dem schweizerischen Niveau von 19,4 Prozent angenähert. An sechs Standorten wird ein Langzeitgymnasium angeboten und an acht (inklusive das private Gymnasium St. Klemens) ein Kurzzeitgymnasium. Männer, Ausländerinnen und Ausländer, Jugendliche, die ausserhalb der Agglomeration leben, und Kinder aus sozio-ökonomisch weniger privilegierten Familien sind an den Gymnasien untervertreten. Wegen des früheren Schuleintrittsalters und der Verkürzung des Langzeitgymnasiums von sieben auf sechs Jahre verlassen die Schülerinnen und Schüler das Gymnasium heute zwei Jahre früher als noch vor zehn Jahren.

Drei Viertel wählen den Weg in die Arbeitswelt über die Berufslehre

Spätestens beim Übertritt in die Sekundarstufe II entscheiden sich die Jugendlichen für eine Berufsbildung in einem Lehrbetrieb oder für eine allgemeinbildende Schule. Auf der Sekundarstufe II befinden sich mehr als drei Viertel der Jugendlichen in der beruflichen Grundbildung und rund 15 Prozent im Gymnasium. Knapp 10 Prozent der Jugendlichen beschreiten auf der Sekundarstufe II einen anderen Weg. Die Nachfrage nach der beruflichen Grundbildung nahm in den letzten Jahren zu Gunsten der Gymnasien und der Fachmittelschulen leicht ab. Bei Frauen in der beruflichen Grundbildung liegt die Präferenz im Detailhandel und bei Gesundheitsberufen, bei den jungen Männern in technischen Berufen. Nur die kaufmännische Ausbildung ist bei beiden Geschlechtern gleichermassen beliebt.

Duales Berufsbildungssystem zwischen Tradition und Modernisierung

Das Modell der Lehrlingsausbildung geht auf die Zeit zurück, als die berufliche Ausbildung noch von Handwerkszünften und Handelsgilden organisiert wurde. Im schweizerischen Vergleich beteiligen sich die Luzerner Betriebe überdurchschnittlich stark an der Ausbildung von Lernenden. Mitte der 1980er-Jahre nahmen die Ausbildungsplätze ab, inzwischen ist der Rückgang annähernd wettgemacht. Die strukturelle Veränderung der Wirtschaft in Richtung einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft führte zu sich immer schneller verändernden Berufsbildern und Karrieren.
Die Lehrlingsausbildung in den gewerblich-industriellen Berufen ist noch immer stärker verbreitet als diejenige des Dienstleistungssektors. Dies hat zur Konsequenz, dass viele Personen nicht in ihrem ersterlernten Beruf verbleiben, was natürlich auch nach anderen Bildungsgängen der Fall sein kann.
Die Rotationsquote, also der Anteil jener, die nach der Ausbildung nicht im erlernten Beruf arbeiten, liegt In den meisten Branchen zwischen 25 und 40 Prozent. Am geringsten mit weniger als 15 Prozent ist sie bei Berufen des Gesundheits- und Unterrichtswesens, Kultur und Wissenschaft. Diese Entwicklungen und die allgemeinen Herausforderungen des Wirtschaftswandels führten neben anderen Faktoren dazu, dass in den 1990er-Jahren das duale

Bildungssystem umfassend neu gestaltet wurde und dem lebenslangen Lernen eine starke Bedeutung zukommt.

Beliebte Option Berufsmaturität

Ein besonderer Einschnitt im Wandel der Berufsbildung stellte die Einführung der Berufsmaturität dar, mit der die Durchlässigkeit zwischen Berufslehre und Hochschule verstärkt worden ist. Dabei werden die Vorteile des dualen Bildungssystems bewahrt und gleichzeitig seine Evolutionsfähigkeit gestärkt. Mit der seit 1994 geschaffenen Option Berufsmaturität öffnet sich der direkte Zugang an die Fachhochschulen und mit einer Passerelle-Ergänzungsprüfung auch an die Universität. Nicht nur der Durchlässigkeit war die Einführung der Berufsmaturität zuträglich, sondern auch der Erfüllung neuer Anforderungen an Kompetenzen und Wissen der Berufsleute. Vor allem Berufsleute aus der kaufmännischen und technischen Richtung wählten bisher die Option einer Berufsmaturität. Mit der Einführung der Berufsmaturität in gesundheitlich-sozialer Richtung werden die Gewichte etwas verlagert. 2009 strebten 612 Jugendliche im Kanton Luzern erfolgreich ein Berufsmaturitätszeugnis an. Die Berufsmaturitätsquote von derzeit 11,8 Prozent liegt ganz knapp unter dem schweizerischen Durchschnitt. Sie hat im letzten Jahrzehnt eine markante Ausweitung erfahren und ist Ausdruck der generellen Bildungsexpansion.

Höhere Berufsbildung und Weiterbildung mit wachsender Bedeutung

Die höhere Berufsbildung und die Weiterbildung sind bei den sich rasant verändernden Anforderungsprofilen der Arbeitswelt aus dem Bildungssystem nicht mehr wegzudenken. Der Bereich der höheren Berufsbildung ist zentraler Bestandteil des dualen Bildungssystems. Seine Basis wird mit der beruflichen Grundbildung gelegt. 2009 waren fast 2’600 Personen in Vorbereitungskursen für eine eidgenössische Berufsprüfung oder einen höhere Fachprüfung eingeschrieben. Rund 1’140 Personen besuchten einen Lehrgang, der auf einen nicht vom Bund reglementierten Abschluss in der höheren Berufsbildung vorbereitete. Weitere fast 2’500 Personen lernten an einer der fünf Höheren Fachschulen. Die Resultate der schweizerischen Arbeitskräfteerhebung zeigen, dass Personen mit höheren Bildungsabschlüssen und Erwerbstätige sich häufiger weiterbilden als Personen mit weniger hohen Bildungsabschlüssen und Nichterwerbstätige.

Stärkung der Bildungschancen für alle

Kinder mit besonderen Bedürfnissen werden speziell betreut

Die Volksschule arbeitet mit differenzierten Fördermassnahmen, um allen Kindern möglichst gerechte Chancen auf ihrem Bildungsweg zu bieten. Derzeit werden die Kleinklassen durch Integrative Förderung in den Regelklassen abgelöst. Auch besonders begabte Kinder werden integrativ gefördert. Kinder mit einer körperlichen oder geistigen Behinderung, mit einer Sinnes- oder Verhaltensbehinderung werden teilweise weiterhin in Sonderschulen (2009/2010 etwa 900 Kinder), teilweise auch integrativ in Regelklassen betreut. Im Schuljahr 2009/2010 haben rund 550 Kinder in den Regelklassen der Primarschule eine zusätzliche (integrative) Förderung erhalten. Weitere 290 erhielten Massnahmen der Integrativen Sonderschulung. Auf der Sekundarstufe I wird den individuellen Bedürfnissen durch die verschiedenen Leistungsniveaus Rechnung getragen. Für die schulleistungsschwächsten jungen Menschen ist der Unterricht (bisher in Niveau D, ab 2013/2014 integriert in Niveau C) alltags- und praxisorientiert und vermittelt Grundfertigkeiten. Mit der Ausbildung mit Berufsattest (früher Anlehre) wurde eine eidgenössisch anerkannte Berufsbildung für schulisch weniger leistungsstarke Jugendliche eingeführt, die bereits 5 Prozent der Berufslehrgänge ausmacht. Den schulleistungstärksten Jugendlichen stehen das Niveau A der Sekundarschule und das Gymnasium offen. Mit dem Besuch des Niveaus A ist der Zugang an ein Kurzzeitgymnasium möglich, aber auch der Weg der beruflichen Grundbildung mit Berufsmaturität, die den Zugang an die Fachhochschulen öffnet.

Fördermassnahmen für Fremdsprachige

Seit Mitte der 1990er-Jahre ist der Anteil Fremdsprachiger in der Primarschule von rund 16 Prozent auf 22 Prozent angestiegen, bei grossen regionalen Unterschieden und einem breiten Spektrum an Fremdsprachen. In den bisherigen Kleinklassen waren fremdsprachige Schülerinnen und Schüler übervertreten. Mit der Integrativen Förderung und speziellen Programmen wie dem Angebot „Deutsch als Zweitsprache“ soll unter anderem der Chancenungleichheit fremdsprachiger Kindern auf der Primarstufe begegnet werden. Auch auf der Sekundarstufe I waren Schülerinnen und Schüler ausländischer Staatsangehörigkeit in den geringeren Anspruchsniveaus übervertreten, in den höheren Anspruchsniveaus inklusive Gymnasium untervertreten. Ihre Perspektiven für die berufliche Entwicklung waren im Vergleich zu den Lernenden schweizerischer Staatsbürgerschaft eingeschränkter. Mit den neuen Niveaumodellen, der Schaffung des Kurzzeitgymnasiums und der Aufwertung der Berufslehre werden eine individuellere Förderung angestrebt und eine bessere Durchlässigkeit erwartet.

Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern

Seit dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich eine immer stärkere Bildungspartizipation der Mädchen und Frauen. Heute erlangen mehr Frauen als Männer ein gymnasiales Maturitätszeugnis. Frauen und Männer zeigen sowohl bei der Berufswahl als auch bei der Fächerwahl in den Gymnasien und den Hochschulen unterschiedliche Präferenzen. Wie weit die geschlechtsspezifische Berufswahl als Indiz für Chancenungleichheit gewertet werden kann oder auf anderen Faktoren beruht, ist schlüssig nicht nachgewiesen. Auf der anderen Seite sind Knaben in der Volksschule bei den tieferen Anspruchsniveaus übervertreten, desgleichen bei Repetenten und nicht bestan-

denen Lehrabschlüssen. Die Evaluation der Maturitätsreform zeigt zudem, dass das Angebot an Schwerpunktfächern den Eignungen und Neigungen der jungen Frauen besser entspricht als jenen der jungen Männer.

Bildungserfolg und Berufseinstieg

Brückenangebote gewähren Anschluss an die Berufsbildung

Ein kleiner Teil der Lernenden absolviert nach der obligatorischen Schulpflicht keine allgemeinbildende Schule auf Sekundarstufe II und findet keine Lehrstelle. Für sie bestehen Brückenangebote im Sinne einer Zwischenlösung. Im Jahr 2000/2001 nutzten 470 junge Menschen dieses Angebot, 2009/2010 waren es 570. Fast drei Viertel der Jugendlichen gelingt nach dem Jahr im Brückenangebot der Einstieg in die berufliche Grundbildung.

90 Prozent schliessen die Berufslehre mit einem Fähigkeitszeugnis ab

Im dualen Bildungssystem gelangen die meisten Personen nach der beruflichen Grundbildung erstmals auf den Arbeitsmarkt. Die grosse Mehrheit (90 Prozent) hat zuvor ein Zeugnis erworben, meist ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis oder ein eidgenössisches Berufsattest. 39 Prozent der Lernenden verbleiben nach der Lehre vorerst in ihrem ehemaligen Lehrbetrieb. Im Jahr 2009 brachen im Kanton Luzern 702 Jugendliche in einem Lehrgang mit Fähigkeitszeugnis oder Berufsattest (6,2 %) die Lehre ab. Zusammen mit jenen, die ihre Lehrabschlussprüfung nicht bestanden haben, erlangen etwa 11 Prozent keinen Abschluss auf Sekundarstufe II. Im Rahmen des Projekts der EDK „Nahtstelle“ soll die Zahl der Abschlüsse auf Sekundarstufe II auf 95 Prozent erhöht werden.

Gymnasiale, Berufs- und Fachmaturitäten als Basis für höhere Qualifikation

Im Jahr 2009 betrug im Kanton Luzern die gymnasiale Maturitätsquote 18,7 Prozent und die Berufsmaturitätsquote 11,8 Prozent. Zusammen mit den Fachmaturitäten garantieren sie einer breiten Bevölkerungsschicht den Zugang ins schweizerische Hochschulsystem.

Chancen auf Arbeitsplatz nimmt mit Berufsbildung zu

Für Menschen mit abgeschlossener Berufsbildung ist das Risiko, arbeitslos zu werden, geringer als für Personen ohne Bildungsabschluss. Zudem ist das Erwerbseinkommen von Personen mit Berufsbildung deutlich höher als von Personen ohne Berufsbildung. Werden weiterführende Schulen und Hochschulen besucht, steigen die Aussichten auf ein höheres Einkommen.

B SZENARIEN DER ZUKÜNFTIGEN LERNENDENZAHLEN

Die Entwicklung der zukünftigen Schülerzahlen im Kanton Luzern basiert auf der erwarteten demografischen Entwicklung sowie der beobachteten und der erwarteten Bildungsbeteiligung je nach Schulstufe.

Kindergarten

Der demografisch bedingte Rückgang an Kindergartenkindern ist derzeit gebremst. Die Anzahl Kinder im Kindergartenalter wird gemäss kantonalem Bevölkerungsszenario in den nächsten 15 Jahren weiter zunehmen, da die geburtenstärkeren Jahrgänge seit 2006 nachrücken werden. Bis ins Jahr 2025 ist ein Anstieg auf 5'750 zu erwarten, bei Einführung eines Kindergartenangebotsobligatoriums im Szenario „Trend" 6'100, im Szenario „Expansion" im Jahr 2027 rund 6'650 Kinder den Kindergarten besuchen. Nach 2025 beziehungsweise 2030 wird sich der Bestand im Zuge der demografischen Entwicklung wieder zurückbilden, ab 2040 aber wieder erhöhen.

Primarstufe

Bis 2012 dürfte sich die Anzahl der Primarschulkinder leicht verringern, danach wird sie wieder ansteigen und im Jahr 2025 gegen 27'500 erreichen, bis etwa zum Jahr 2030 wird dieses Niveau stabil bleiben. Danach werden sich die Schülerzahlen langsam zurückbilden. Sollte die in den letzten Jahren beobachteten interkantonalen Zuströme anhalten, wäre mit höheren Beständen in der Primarschule zu rechnen.

Sekundarstufe I

Aus der sechsten Primarschulklasse werden in den nächsten 15 Jahren in jedem Jahr zwischen 3'800 und 4'700 Schülerinnen und Schüler neu in die Sekundarstufe I übertreten (2009/2010: 4'700). In den drei Schuljahren der Sekundarstufe I (inklusive Gymnasium) ist bis etwa 2015 ein Rückgang von heute 14'500 auf etwa 12'500 vorgezeichnet. Danach zeigt sich bis etwa 2032 ein Anstieg des Lernendenvolumen bis etwa 14'500. Diese Kinder verteilen sich auf die Sekundarschule und das Gymnasium. Steigt der Anteil der Neueintritte an das Langzeitgymnasium und ins Niveau A, bilden sich die Lernendenanteile in den anderen Niveaus zurück. Mit dem Anstieg der Lernenden im Niveau A werden auch die Übertritte ins Kurzzeitgymnasium oder in die berufliche Grundbildung mit Berufsmaturität leicht höher sein.

Gymnasien

Nach einem Jahrzehnt der Zunahme an den Gymnasien, die sich vor allem aus dem neuen Zustrom an die Kurzzeitgymnasien ergeben hat, wird sich bis 2012 der heutige Stand halten, gefolgt von einem demografisch bedingten Rückgang auf etwa 5'000 (Szenario „Basis"). Im Anschluss daran werden wieder mehr junge Menschen in den Luzerner Kantonsschulen ausgebildet werden. Der Neuzuwachs wird zunächst die Langzeitgymnasien beeinflussen, mit einer Verzögerung von zwei Jahren auch die Kurzzeitgymnasien. Im Jahr 2034 sind rund 5'750 Gymnasiastinnen und Gymnasiasten zu erwarten, dies entspricht dem aktuellen Niveau. Danach werden die Gymnasialbestände wieder absinken. Die Szenarien „Trend" und „Expansion" rechnen mit einem verstärkten Zustrom, als Folge der Bildungsexpansion mit stärkerer Besetzung höherer Niveauzüge in der Sekundarschule und der gegebenen Möglichkeit zur Wahl des Kurzzeitgymnasiums. In den Spitzenjahren wären bis gegen 6'500 Gymnasiastinnen und Gymnasiasten zu erwarten.

Berufliche Grundbildung

Bis zum Jahr 2013 werden im Kanton Luzern weiterhin jährlich gegen 16'000 Lernende an den Berufsfachschulen auszubilden sein, was etwa dem heutigen Stand entspricht. Danach ist ein Rückgang der Lernendenbestände zu erwarten. Zwischen 2013 und 2019 würden die Lernendenzahlen sich sukzessive um insgesamt etwa 1'500 bis 2'500 reduzieren, also auf rund 13'500 bis 14'500. Diese Einschätzung korreliert mit der demografischen Entwicklung. Im entsprechenden Alterssegment ist nach 2019 eher ein leichtes Wachstum, mindestens aber keine weitere Rückbildung zu erwarten. Die Szenarien für die berufliche Grundbildung stehen in Wechselwirkung mit den Szenarien für die gymnasiale Bildung. Eine gymnasiale Nachfrageausweitung wirkt sich direkt auf das Lernendenvolumen in der beruflichen Grundbildung aus und vice versa.

C DER LEHRKÖRPER

Viel Teilzeitarbeit im Lehrberuf

An den öffentlichen Volksschulen und Gymnasien des Kantons Luzern unterrichten insgesamt rund 5'660 Lehrkräfte und weitere etwa 530 an den Berufsfachschulen. Der Frauenanteil liegt auf Kindergarten- und Primarschulstufe sowie in den Sonderschulen bei 85 Prozent, am höchsten im Kindergarten und bei den Fachlehrkräften. Auf der Sekundarstufe I liegt der Frauenanteil bei etwa 50 Prozent, bei den Gymnasien bei 40 Prozent, in den Berufsfachschulen bei etwa 28 Prozent. In der Volksschule belegen etwa 22 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer ein Vollzeitpensum (Beschäftigungsgrad von 90 % und mehr), bei den Gymnasiallehrkräften etwa 40 Prozent, bei den Berufsfachschullehrpersonen etwa ein Viertel.

Betreuungsverhältnisse unterscheiden sich nach Stufen

In Kindergärten trifft es auf jedes der 2'315 Vollzeitäquivalente im Durchschnitt 17,6 Kinder (Betreuungsverhältnis). Das Betreuungsverhältnis liegt in Regelklassen der Primarschule bei 16 Kindern pro Vollzeitäquivalent, in Kleinklassen halbiert es sich. Am betreuungsintensivsten ist der Unterricht in den Sonderschulen mit 2,7 Kinder pro Vollzeitäquivalent. Auf die rund 500 Vollzeitstellen der Gymnasien trifft es 5'700 Lernende, also im Durchschnitt je 11,4. Weit höher ist der entsprechende Wert bei den Berufsfachschulen, wobei hier in Rechnung zu stellen ist, dass es sich um keine Vollzeitschulen handelt.

Zukünftiger Lehrkräftebedarf

Rund die Hälfte der Lehrkräfte an den öffentlichen Schulen ist zwischen 30 und 49 Jahre alt, rund 20 Prozent sind jünger als 30 Jahre und 30 Prozent älter als 50 Jahre. Besonders hoch ist das Durchschnittsalter bei den Lehrkräften auf der Sekundarstufe I. Rund ein Drittel der Lehrkräfte wird also in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren in Pension gehen. Als Folge davon und in Abhängigkeit von den den künftigen Schülerzahlen wird der Bedarf an neuen Lehrkräften sein. Laut Schätzungen des BFS liegt in den nächsten zehn Jahren die jährliche Fluktuationsrate der Lehrkräfte bei etwa 5,5 Prozent, 3,2 Prozent durch Rücktritte von über 55-Jährigen (Pensionierungen) bedingt und 2,3 Prozent durch andere Berufsausstiege. Die abtretenden müssen durch neu ausgebildete Lehrkräfte ersetzt werden.

Nachwuchsprobleme auf Primarstufe und auf Sekundarstufe I

Unter der Annahme gleich bleibender Betreuungsverhältnisse müssten im Jahr 2025 auf Primarschulstufe etwas mehr als 110 Vollzeitstellen (ohne Fachlehrkräfte) zusätzlich besetzt werden können. Damit ist ein Rekrutierungsbedarf gegeben, der sich bei der gegebenen Altersstruktur der Primarlehrkräfte, der Tendenz zu immer mehr Frühpensionierungen und dem derzeitig hohen Anteil an Teilzeitstellen allein aus den erwarteten neuen Abschlüssen an der Pädagogischen Hochschule wohl nicht wird decken lassen. Nach 2030 dürfte sich die Situation entschärfen. Fallen heute etwa 1'040 Vollzeitstellen (inkl. Fachlehrkräfte, aber ohne Gymnasien) auf die 12'000 Sekundarschüler und -schülerinnen (ohne Gymnasien) und müsste das Betreuungsverhältnis bei etwa 11,3 Lernenden auf ein Vollzeitäquivalent (inkl. Fachlehrkräfte) verharren, dürfte der heutige Lehrkräftebestand bis zum Jahr 2020 genügen. Das bedeutet, dass bei einer Fluktuationsrate von etwa 5,5 bis 7,5 Prozent jährlich neue Lehrkräfte für 60 bis 80 Vollzeitstellen in den Arbeitsprozess nachrücken müssten. Zieht man in Betracht, dass auch auf der Sekundarstufe I der Anteil der Teilzeitpensen gross ist und der Integrativen Förderung und generell der individuellen Betreuung mehr Gewicht zugemessen wird, sind trotzdem Engpässe zu erwarten.

D HOCHSCHULBILDUNG

Fachhochschule

Breites Fächerangebot an den Fachhochschulen

Die Gründung der Fachhochschulen zu Beginn der 1990er-Jahre führte zu einer Aufwertung des beruflichen Bildungsweges. Die Fachhochschulen sollen den Universitäten gleichwertig, aber anders sein. Neben der Aus- und Weiterbildung wird an den Fachhochschulen anwendungsorientierte Forschung betrieben, und es werden Dienstleistungen zu Gunsten Dritter angeboten. An den Fachhochschulen können wie an den Universitäten Bachelor- und Masterabschlüsse erlangt werden. An der Fachhochschule Zentralschweiz strebten im Jahr 2009 rund 3'800 Studierende den Bachelortitel in Technik, Architektur, Wirtschaft, Soziale Arbeit, Design, Kunst oder Musik an. Mehr als die Hälfte von ihnen hatte die Zugangsberechtigung über eine Berufsmaturität erworben. 28 Prozent der Studierenden hatten ihren Wohnsitz vor dem Studium im Kanton Luzern, rund 20 Prozent in einem anderen Zentralschweizer Kanton. Der Anteil der Studierenden von ausserhalb der Zentralschweiz ist in den letzten Jahren gestiegen, nämlich von 43 Prozent im Jahr 2001 auf 53,4 Prozent im Jahr 2009.

Starkes Wachstum seit der Jahrtausendwende abflachend

Seit der Jahrtausendwende hat sich die Studierendenzahl der Hochschule Luzern mehr als verdoppelt. Für die Fachhochschulen wird bis 2015 mit einer Abflachung der Zunahme gerechnet, danach sogar mit einer leichten Abnahme. Das Wachstum der Fachhochschulen während der letzten zehn Jahre ist auch darin begründet, dass zahlreiche, bisher in der höheren Berufsbildung angesiedelte Lehrgänge Fachhochschulstatus erlangt haben.

Pädagogische Hochschule

Lehrkräfteausbildung an der Pädagogischen Hochschule – ein relativ neues Angebot

Die Ausbildung der Lehrkräfte hat sich mit der Abschaffung der Seminarien und der Positionierung der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern an der Pädagogischen Hochschule stark verändert. Die Ausbildung zur Lehrerin oder zum Lehrer auf Stufe Kindergarten und Primarschule erfolgt neu im Anschluss an das Gymnasium in einem Bachelorstudiengang, jene zur Lehrperson auf Sekundarstufe I und für Schulische Heilpädagogik sind als Master-Studiengang konzipiert. Im Jahr 2009 waren 840 Studierende aus dem Kanton Luzern an einer Pädagogischen Hochschule der Schweiz immatrikuliert. An der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz studierten 1'210 Personen, davon hatten 53 Prozent ihren Wohnsitz im Kanton Luzern und weitere 32 Prozent in anderen Zentralschweizer Kantonen. 450 Personen liessen sich als Lehrperson für die Vorschul- und die Primarstufe ausbilden, 585 für die Sekundarstufe I und 176 in Schulischer Heilpädagogik. An Pädagogischen Hochschulen wird auch geforscht, und es wird ein breites Spektrum an Weiterbildung angeboten.

Erwartete Entwicklung

An der Pädagogischen Hochschule Luzern werden bis 2016 mehr als 450 Neueintritte jährlich zu erwarten sein. Danach wird sich diese Zahl leicht zurückbilden. Die Erstabschlüsse werden bis 2013 auf rund 300 ansteigen und danach stagnieren. Das bedeutet, dass ab etwa 2013 jährlich rund 300 Junglehrer und Junglehrerinnen für den Eintritt ins Bildungssystem bereit wären. Zieht man in Betracht, dass davon nur die Hälfte den Wohnsitz im Kanton Luzern hat und ein Teil ein Masterstudium anstreben wird, reduziert sich das prognostizierte Nachwuchspotenzial für den Kanton Luzern deutlich. Genaue Vorhersagen sind schwierig, denn nicht anders als die Fluktuationsraten bei den Lehrkräften sind die Anmeldungen für das Lehrerstudium starken konjunkturbedingten Schwankungen ausgesetzt.

Universität

Aufbau und Etablierung der Universität Luzern

Universitäten bilden mit der Verwissenschaftlichung vieler Berufsfelder und mit der Verstädterung der Schweiz eine zentrale Säule im Schweizer Bildungssystem. Umgekehrt gehen von Universitäten wie von den Fachhochschulen Impulse für die Standortregionen aus, indem sie zur Ansiedlung von wissensbasierten Branchen beitragen. An schweizerischen Universitäten studieren insgesamt annähernd 4'600 Menschen, die ihren Wohnsitz vor Studienbeginn im Kanton Luzern hatten. Davon waren 681 an der Universität Luzern eingeschrieben. Die Universität Luzern wurde im Jahr 2000 gegründet und hat ein geistes- und sozialwissenschaftliches Profil. Im Jahr 2009 studierten fast 2'400 Personen an der Universität Luzern, wobei die Masterstudiengänge noch im Aufbau begriffen sind. Mehr als die Hälfte der Studierenden belegen an der Universität das Fach Rechtswissenschaft. Bei Luzerner Gymnasiastinnen und Gymnasiasten ist die eigene Universität beliebt. Im Jahr 2009 machten die 681 Studierenden aus dem Kanton Luzern 28,6 Prozent von allen Studierenden an der Universität Luzern aus.

Überdurchschnittliches Wachstum

Auch nach der starken Wachstumsphase, die auf die Gründung der Universität folgte, und der nach anschliessenden Aufbauphase lagen die jährlichen prozentualen Zuwachsraten seit 2007 mit Werten von 2,7 bis 6,5 Prozent über dem schweizerischen Durchschnitt (1,5 % bis 4,9 %). Die Zahl der Studierenden an der Universität Luzern wird aus Sicht des BFS auf der Grundlage der Entwicklung der derzeitigen Studiengänge moderat auf etwa 2'600 Studierende bis Mitte des Jahrzehnts 2010 bis 2020 anwachsen. Beachtet man die gegenwärtige tatsächliche Dynamik der Universität, dann könnte sich erweisen, dass die Studierendenzahl schneller anwächst als prognostiziert. Längerfristig kann die Universität Luzern zusammen mit der Fachhochschule und der Pädagogischen Hochschule einen Beitrag zur Verringerung des sogenannten Braindrain leisten.

Abschlüsse und Berufseinstieg

Hochschulabschlüsse

2009 schlossen 959 Studentinnen und Studenten, die vor Studienbeginn in Luzern gewohnt hatten, ein Studium (Bachelor, Master oder Lizenziat) an einer Universität der Schweiz ab, 85 weitere ein Doktorat. 400 Studierende beendeten erfolgreich ein Fachhochschulstudium (Bachelor, Master) an einer Fachhochschule oder einer Pädagogischen Hochschule, weitere 70 erlangten ein FH-Diplom, und 151 schlossen eine Weiterbildung an einer Fachhochschule ab. Schweizweit verlassen rund 70 Prozent der Studentinnen und Studenten die Universität und 77 Prozent die Fachhochschule mit Erfolg, wobei die Studienerfolgsquote in der Tendenz bei beiden Hochschultypen sinkend ist.

Berufseinstieg

2007 waren 97 Prozent der Absolventen und Absolventinnen der Fachhochschulen und 95,5 Prozent jener der Universitäten ein Jahr nach Abschluss des Studiums erwerbstätig. Beim Einkommen sind ein Jahr nach Studienabschluss zwischen Absolventen der beiden Hochschultypen kaum Unterschiede zu erkennen; bedeutende Unterschiede zeigen sich aber je nach abgeschlossem Studienfach.

E KOSTEN UND FINANZIERUNG DES BILDUNGSSYSTEMS

Entwicklung der öffentlichen Ausgaben des Bildungssystems

2007 betrugen die öffentlichen Ausgaben für das schweizerische Bildungssystem rund 27 Milliarden Franken, was 5,2 Prozent des Bruttoinlandprodukts entspricht und im internationalen Vergleich eher hoch ist. Im Vergleich zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes gingen die Bildungsausgaben seit 1995 aber zurück. Der Kanton Luzern und die Luzerner Gemeinden wendeten 2007 nach Abzug der Bundesbeteiligungen 3'098 Franken pro Einwohnerin und Einwohner für die Bildung auf, leicht weniger als im schweizerischen Mittel (3'188 Fr.). Umgerechnet auf die kürzeste Verweildauer in der obligatorischen Schulzeit betragen die Ausgaben 118'000 Franken pro Schülerin und Schüler.

Öffentliche Bildungsausgaben im Stufenvergleich ...

Für die obligatorische Schulbildung auf der Primarstufe und der Sekundarstufe I gibt die öffentliche Hand gesamtschweizerisch am meisten Geld aus. 2007 beliefen sich die öffentlichen Ausgaben für diesen Bildungsbereich (inkl. Sonderschulen) auf 12,9 Milliarden Franken oder 48 Prozent der gesamten Bildungsausgaben. Die Vorschulstufe verursachte Ausgaben in der Höhe von 1,0 Milliarden Franken. Die Aufwendungen für die obligatorische Schule und die Vorschule sind seit 1995 zu konstanten Preisen um 13 Prozent gewachsen. Die öffentlichen Bildungsausgaben für die Gymnasien und allgemeinbildenden Schulen (nachobligatorische Stufe) lagen gesamtschweizerisch bei 2,2 Milliarden Franken, kaufkraftbereinigt vergleichbar mit dem Wert von 1995, bei ansteigenden Lernendenzahlen. Die berufliche Grundbildung verursachte 3,3 Milliarden Franken, auch dieser Wert ist, bei ebenfalls steigenden Lernendenzahlen, kaufkraftbereinigt auf ähnlichem Niveau wie 1995.

... und im Kantonsvergleich

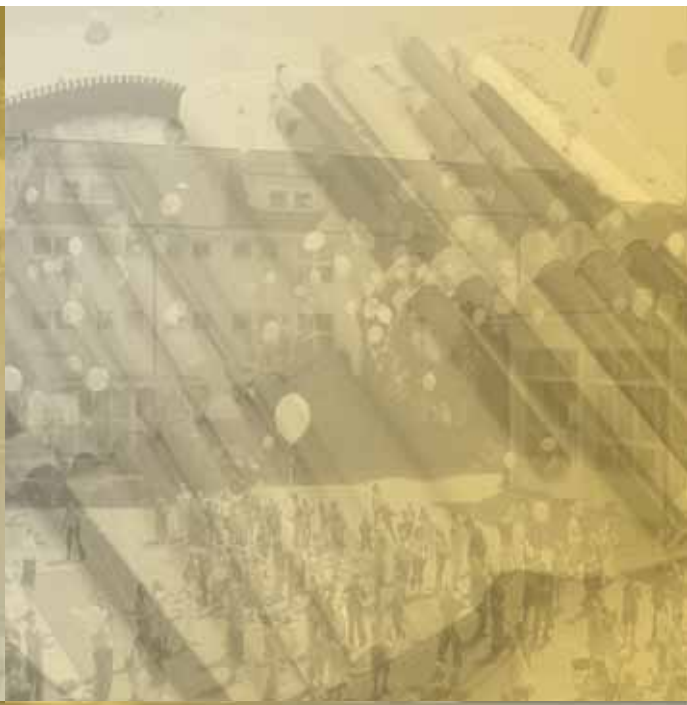
Werden die direkten öffentlichen Ausgaben (Besoldung und Sachaufwand) der einzelnen Schulstufen zwischen den Kantonen verglichen, zeigen sich zum Teil beträchtliche Unterschiede. So wurden 2007 pro Schülerin und Schüler auf der Primarstufe im Durchschnitt 12'368 Franken ausgegeben. Im schweizerischen Vergleich öffnete sich die Schere von 9'045 Franken im Tessin bis 16'045 Franken im Kanton Zug. Im Kanton Luzern stellte sich dieser Wert auf 11'481 Franken. Auf Sekundarstufe I variierten die Werte zwischen 12'588 Franken im Kanton Basel-Landschaft und 21'817 Franken im Kanton Zug. Im Kanton Luzern betrug der Aufwand 16'126 Franken pro Schülerin und Schüler, was ungefähr dem landesweiten Mittel von 16'106 Franken entsprach. Die durchschnittlichen Kosten pro Kind im Kindergarten betrugen 7'378 Franken, dies bei einer Spannbreite von 4'891 Franken im Kanton Obwalden bis 12'806 Franken im Kanton Basel-Stadt. Im Kanton Luzern lagen die Ausgaben mit rund 6'017 Franken deutlich unter dem Mittelwert. Für die Gymnasialbildung betrugen die direkten öffentlichen Bildungsausgaben gesamtschweizerisch durchschnittlich rund 19'000 Franken pro Lernenden, bei einer Spannweite von 14'514 Franken im Kanton Genf bis 24'563 Franken im Kanton Zug. Für den Kanton Luzern lag der Wert im Bereich des schweizerischen Durchschnitts.

Konsolidierung im Bereich der Volksschule, der Berufsbildung und der Gymnasien

Der Volksschulbereich verursachte 2009 in der Luzerner Staatsrechnung einen Nettoaufwand von 129 Millionen Franken. Es handelt sich fast ausschliesslich um die Pauschalbeiträge an die Gemeinden. Während der absolute Betrag seit 2001 beinahe unverändert blieb (2001: 121 Mio. Fr.), verringerte sich der Anteil der Volksschule bei sinkenden Schülerzahlen am gesamten Bildungsaufwand des Kantons deutlich von über 30 auf noch 22 Prozent. Für die Gemeindehaushalte insgesamt erwächst aus dem Bildungsbereich eine jährliche Nettobelastung von rund 467 Millionen Franken, 1'270 Franken pro Einwohner, mit steigender Tendenz. Eine Entlastung erwuchs den Gemeinden im Jahr 2003 durch die Kantonalisierung der Berufsschulen, die nun durch den Kanton finanziert werden. Die Berufsbildung ist für den kantonalen Haushalt mit Nettoaufwendungen von jeweils zwischen 90 und 120 Millionen Franken pro Jahr (bis 2002 inkl. höhere Berufsbildung) ein gewichtiges Aufgabengebiet. Er verlor aber in den letzten Jahren trotz kontinuierlicher Zunahme der Lernendenzahlen im Vergleich zu anderen Bildungsstufen in finanzieller Hinsicht, auch zu Gunsten der Hochschulbildung, leicht an Gewicht. Im Bereich der Allgemeinbildung, der vor allem die Gymnasien umfasst, stiegen die Kosten tendenziell an und betrugen 2009 erstmals mehr als 100 Millionen Franken, der Anteil an der Gesamtbelastung durch das Bildungswesen bewegte sich zwischen 15 und 19 Prozent. Die Sonderschulen erhielten 2008 mit der bundesweiten Neuordnung der Aufgabenteilung (NFA) sprunghaft finanzielles Gewicht im Finanzhaushalt des Kantons (2009: 70 Mio. Fr.).

Ausbau im Hochschulbereich

Eine deutliche Aufwandsteigerung zeigt sich im Bereich der Hochschulen. Die Zahl der Studierenden auf Tertiärstufe hat sich im Kanton Luzern seit 2001 mehr als verdoppelt. Das hängt damit zusammen, dass einige bisherige Lehrgänge der höheren Berufsbildung Fachhochschulstatus erlangten, mit der Neugründung der Pädagogischen Hochschule und der Universität Luzern ein neues Angebot etabliert wurde. Zudem sind die Studierendenzahlen von Luzernerinnen und Luzernern auch an anderen schweizerischen Hochschulen angestiegen, was sich auf die Höhe der Beiträge an die anderen Kantone ausgewirkt hat. Im Jahr 2001 entfielen noch 35 Millionen Franken oder 9 Prozent der kantonalen Nettoausgaben im Bildungswesen auf den Hochschulbereich. Bereits bis 2006 erhöhte sich der Anteil auf 22 Prozent. Zuletzt (2009) belief sich die Nettobelastung auf 127 Millionen Franken – mehr als das Dreifache gegenüber dem Jahr 2001. Mit der Auflösung der Lehrerseminarien verteilt sich der Aufwand für die Rubrik „Lehrerbildung" auf die Pädagogische Hochschule und die Gymnasien.

120.0
33.1
31.1
29.1
27.1
23.1
NEC


ANHANG

Glossar 364
Literatur, Rechtsgrundlagen, Vereinbarungen 379
Abkürzungsverzeichnis 386
Bildnachweis 389
Expertinnen und Experten 390

GLOSSAR

A

Abteilung Eine überwiegend gemeinsam im gleichen Raum unterrichtete Schülergruppe, die aus einer oder mehreren Klassen bestehen kann. Im vorliegenden Bericht wird dafür der Begriff Klasse verwendet. Werden an einer Primarschule alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam unterrichtet, handelt es sich um eine Gesamtschule, welche aus einer einzigen Abteilung beziehungsweise Klasse besteht.

Angewandte Forschung&Entwicklung siehe Forschung

Anlehre Stark individualisiertes Berufsbildungsprogramm, das in der Regel zwei Jahre dauert. Die Anlehre wird seit 2005 von der beruflichen Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest abgelöst.

B

Bachelor Studien im Hinblick auf ein Bachelordiplom FH oder UH. Das Bachelorstudium umfasst gemäss europäischem Kredittransfersystem (ECTS) 180 Kreditpunkte. Dies entspricht einer Richtstudienzeit von durchschnittlich drei Jahren (Vollzeitstudium). Dem Bachelordiplom kann ein Masterstudium folgen.

Basisstufe Auch Eingangsstufe genannt. Die Basisstufe umfasst in der Regel den Zeitraum von zwei Jahren Kindergarten und die ersten zwei Jahre der Primarstufe. Der Unterricht erfolgt in jahrgangsgemischten Klassen.

Berufliche Grundbildung, Berufslehre Bildungs- und Lehrgänge auf Sekundarstufe II, welche die berufliche Erstqualifizierung zum Ziel haben. Die zweijährige berufliche Grundbildung vermittelt einfachere und spezifischere Qualifikationen als die drei- bis vierjährige berufliche Grundbildung. Die zweijährige berufliche Grundbildung wird mit dem eidgenössischem Berufsattest (EBA) abgeschlossen, die drei- oder vierjährige mit dem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (EFZ). Daneben gibt es verschiedene nicht vom Berufsbildungsgesetz reglementierte Grundbildungen. Es laufen Bestrebungen, auch diese in Lehrgänge mit EBA und EFZ zu überführen.

Berufsfachschule Der Lernort für die allgemeinbildende und berufskundliche schulische Ausbildung innerhalb der Berufslehre (früher Berufsschule oder Gewerbeschule).

Berufsmaturität, Berufsmatura
Die Berufsmaturität weist die Berufs- und Studienbefähigung aus. Sie ergänzt die praxisorientierte berufliche Grundbildung mit einer vertieften Allgemeinbildung. Sie ermöglicht den direkten Zugang zu den Fachhochschulen und den Pädagogischen Hochschulen.

Berufsmaturitätsquote
Die Berufsmaturitätsquote entspricht dem Anteil Personen, die in einem bestimmten Jahr ein Berufsmaturitätszeugnis erworben haben an der 21-jährigen ständigen Wohnbevölkerung (Durchschnittalter der Berufsmaturandinnen und -maturanden).

Berufsprüfung
siehe eidgenössische Berufsprüfung

Betreuungsquote, Betreuungsverhältnis
Die Betreuungsquote setzt die Anzahl Lernende ins Verhältnis zu den Vollzeitäquivalenten der Lehrpersonen. Die Betreuungsquote wird zur Beschreibung der Intensität der Betreuung von Schülerinnen und Schülern verwendet. Auf Hochschulebene wird dafür Begriff Betreuungsverhältnis verwendet. Er setzt die Anzahl Studierende in der Grundausbildung ins Verhältnis zu den Vollzeitäquivalenten der Professoren und Professorinnen, der übrigen Dozierenden, der Lehrkräfte, der wissenschaftlichen Mitarbeitenden sowie der Assistierenden.

Berufslehre
siehe berufliche Grundbildung und duale Berufsbildung

Bildungsexpansion
Die Bildungsexpansion bezeichnet das Phänomen, dass in einer Generation mehr Menschen eine (höhere) Bildung erfahren als in der Generation ihrer Eltern. Seit der Aufklärung gab es mehrere bildungsexpansive Schübe.

Bildungsszenarien
Das Ziel von Bildungsszenarien ist, unter Einbezug möglicher künftiger Entwicklungen Prognosen bereitzustellen, die auf einer transparenten Methodik beruhen und dadurch eine solide Entscheidungs- und Planungsgrundlage bieten. Die einflussreichsten Entwicklungsfaktoren sind Demografie, Trends bei der Wahl der Ausbildungen und bei den Übergängen zwischen den verschiedenen Stufen sowie die Wirtschaftslage.

Bologna-Reform
Im Juni 1999 trafen sich 29 europäische Bildungsminister zur Unterzeichung der Bologna-Deklaration und zur Schaffung des europäischen Hochschulraumes (European Higher Education Area). Ziele waren die Einführung leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse, die Einführung eines zweistufigen Studiensystems (Bachelor/Master), die Einführung eines Credit-Systems (ECTS), die Förderung der Mobilität und die Beseitigung von Hindernissen für die Freizügigkeit, die Förderung der europäischen Zusammenarbeit in der Qualitätssicherung und die Evaluation und Förderung der europäischen Dimension im Hochschulbereich.

Brückenangebote
Ausbildungsplätze für Jugendliche, die nach dem Ende der obligatorischen Schulzeit oder bei einem Lehrabbruch keine Anschlusslösung haben. Es gibt schulische Brückenangebote, kombinierte Brückenangebote (mit einem grösseren Praktikumsanteil) und Integrations-Brückenangebote (für ausländische Jugendliche). Die Brückenangebote haben das zehnte Schuljahr, die SOS-Brückenangebote und die Integrationskurse für ausländische Jugendliche ersetzt.

Bruttoinlandprodukt (BIP)
Ein Mass für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft im Laufe eines Jahres. Das BIP misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen, soweit diese nicht als Vorleistungen für die Produktion anderer Waren und Dienstleistungen verwendet werden – also die sogenannte Wertschöpfung. Das BIP wird zu Preisen des jeweiligen Jahres (laufende Preise) und zu konstanten Preisen eines bestimmten Jahres errechnet. In konstanten Preisen wird die reale Wirtschaftsentwicklung im Zeitablauf frei von Preiseinflüssen dargestellt.

C

Certificate of Advanced Studies (CAS)
CAS sind entweder eigenständige Weiterbildungslehrgänge oder Teil eines Weiterbildungs-Masterstudiengangs. Sie dauern ein bis zwei Semester (100 bis 200 Lektionen) und schliessen mit einem Certificate of Advanced Studies CAS ab.

Chancengleichheit
Chancengleichheit bezeichnet in modernen Gesellschaften das Recht auf eine gerechte Verteilung von Zugangs- und Lebenschancen. Geschlecht, Religion, Nationalität, soziale Herkunft oder anderen Faktoren dürfen beispielsweise keine Ursache für geringere Bildungsbeteiligung sein.

Credit Points
siehe Credit Transfer System (ECTS)

Credit Transfer System (ECTS)
Das European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS) wurde in der Schweiz mit der Bologna-Reform eingeführt und soll sicherstellen, dass die Leistungen von Studentinnen und Studenten an Hochschulen vergleichbar und gegenseitig anrechenbar sind. Die Studierendenerhalten für erfolgreich absolvierte Module entsprechende Credit Points.

D

Darlehen
Einmalige oder wiederkehrende Ausbildungsbeiträge, die zurückbezahlt und in der Regel nach Abschluss der Ausbildung verzinst werden müssen.

Diploma of Advanced Studies (DAS)
Berufsbegleitende Weiterbildung, die sich an Hochschulabsolventinnen und -absolventen richtet. Für den Abschluss eines DAS müssen mindestens 30 Punkte nach dem Europäischen Kredittransfersystem (ECTS) erreicht werden. Ein DAS schliesst mit einem Zertifikat der Hochschule ab.

Diplomerweiterungsstudien
Der Diplomerweiterungsstudiengang für die Primarschulstufe ermöglicht es Primarlehrpersonen, eine zusätzliche Unterrichtsbefähigung in einem Fach zu erwerben. Als Zulassung gilt ein von der EDK anerkanntes Hochschuldiplom für die Primarstufe, das an einer Pädagogischen Hochschule erworben wurde (Bachelorabschluss). Der Diplomerweiterungsstudiengang Fach.plus führt zu einem Zertifikat, welches das vorliegende Lehrdiplom der Sekundarstufe I um die Unterrichtsbefähigung im gewählten Zusatzfach erweitert.

Diplommittelschule
siehe Fachmittelschule

Doktorat
Kernstück des Doktorats ist der Erwerb wissenschaftlicher Kompetenz durch einen persönlichen und originären Beitrag zur Forschung in Form einer Dissertation. Die Zulassung zum Doktorat liegt in der autonomen Verantwortung der Universitäten und erfolgt immer aufgrund individueller

Qualifikationen. Das Doktorat ist auf der Grundlage universitärer Masterstudien konzipiert. Bei hinreichender wissenschaftlicher Qualifikation ist der Zugang auch mit einem Masterabschluss eines anderen Hochschultyps möglich. Der Doktorgrad verleiht das Recht, den durch die Universität festgelegten Titel Dr. (...) zu tragen, in englischer Übersetzung PHD.

Duale Berufsbildung

Die berufliche Grundbildung im Betrieb mit parallel stattfindendem Berufsfachschulunterricht

Durchlässigkeit

Durchlässigkeit im Zusammenhang mit dem Bildungssystem bedeutet die Möglichkeit der Mobilität innerhalb und zwischen den Ausbildungssystemen. In der Volksschule wird die Durchlässigkeit mit der integrativen Sonderschulung gefördert. Auf Sekundarstufe I bedeutet Durchlässigkeit zudem, dass Lernende, die regelmässig überdurchschnittliche Leistungen erbringen, auf das nächsthöhere Leistungsniveau wechseln können. Auf Sekundarstufe II und auf Tertiärstufe wurde die Durchlässigkeit mit der Einführung des eidgenössischen Berufsattests (EBA), der Berufsmaturität sowie der Stärkung der Fachhochschulen erhöht.

E

Eidgenössische Berufsprüfung

Abschluss auf Stufe der höheren Berufsbildung (Tertiär B). Die eidgenössische Berufsprüfung verbindet solide praktische Fähigkeiten mit theoretischen Fachkenntnissen. Absolventen und Absolventinnen einer eidgenössischen Berufsprüfung arbeiten als Fachspezialisten und -spezialistinnen oder übernehmen Führungsfunktionen. Wer die Berufsprüfung bestanden hat, erhält einen eidgenössischen Fachausweis.

Eidgenössische höhere Fachprüfung

Abschluss auf Stufe der höheren Berufsbildung (Tertiär B). Mit der eidgenössischen höheren Fachprüfung (früher Meisterprüfung) soll festgestellt werden, ob die Bewerber und Bewerberinnen die erforderlichen Fähigkeiten und Kenntnisse besitzen, um einen Betrieb selbstständig zu leiten oder in ihrem Beruf höheren Ansprüchen zu genügen. Wer die eidgenössische höhere Fachprüfung bestanden hat, erhält ein eidgenössisches Diplom.

Eidgenössischer Fachausweis

Die eidgenössische Berufsprüfung ist ein Abschluss auf Stufe der höheren Berufsbildung (Tertiär B). Sie verbindet solide praktische Fähigkeiten mit theoretischen Fachkenntnissen. Absolventen und Absolventinnen einer eidgenössischen Berufsprüfung (z.B. Baupolier, Personalfachfrau, Informatikerin usw.) arbeiten als Fachspezialisten und -spezialistinnen oder übernehmen Führungsfunktionen. Wer die Berufsprüfung bestanden hat, erhält einen eidgenössischen Fachausweis.

Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ)

Die eidgenössisch anerkannte drei- oder vierjährige berufliche Grundbildung wird mit einem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (EFZ) abgeschlossen. Das eidgenössische Fähigkeitszeugnis bescheinigt, dass die Absolventin oder der Absolvent die auf dem Arbeitsmarkt geforderten Voraussetzungen zur Ausübung eines Berufs mitbringt (siehe auch berufliche Grundbildung).

Eidgenössisches Berufsattest (EBA)

Die zweijährige berufliche Grundbildung schliesst mit einem eidgenössischen Berufsattest ab (siehe auch berufliche Grundbildung).

Eidgenössisches Diplom
Wer die eidgenössische höhere Fachprüfung (früher Meisterprüfung) bestanden hat, erhält ein eidgenössisches Diplom.

Eingangsstufe
siehe Basisstufe

Ergänzungsfach
Mit der Wahl des Ergänzungsfachs setzen die Lernenden neben der Wahl eines Schwerpunktfachs ihre persönlichen Bildungsschwerpunkte an den Gymnasien. Das Bildungs- und Kulturdepartement legt für jedes Gymnasium eine Auswahl an Ergänzungsfächern fest. Im Schuljahr 2009/2010 waren dies: Anwendungen der Mathematik, Bildnerisches Gestalten, Biologie, Chemie, Geografie, Geschichte, Musik, Pädagogik/Psychologie/Philosophie, Physik, Religionslehre/Ethik, Sport, Informatik. Der Unterricht im Ergänzungsfach setzt am Langzeitgymnasium in der Regel in der 5. Klasse, im Kurzzeitgymnasium in der 3. Klasse ein.

F

Fachhochschulen, Fachhochschule Zentralschweiz
Fachhochschulen bieten in den Bereichen Technik, Wirtschaft, Design, Gesundheit, soziale Arbeit und Kunst ein breites Angebot an praxisnahen Diplomausbildungen und Weiterbildungen an. Der erweiterte Leistungsauftrag umfasst zudem die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen zugunsten Dritter. Die Studiengänge sind nach dem Bachelor-Master-System aufgebaut und eidgenössisch anerkannt.

Fachmaturität, Fachmatura
Im Anschluss an die Fachmittelschule kann nach dem Besuch eines Praktikums oder einer ergänzten Allgemeinbildung und dem Verfassen einer Fachmaturitätsarbeit die Fachmaturität erworben werden.

Fachmittelschulausweis
Die Fachmittelschule wird mit einem Fachmittelschulausweis abgeschlossen.

Fachmittelschule (FMS)
Fachmittelschulen (früher Diplommittelschulen) sind kantonale Vollzeitschulen der Sekundarstufe II. Sie bieten einen dreijährigen, erweiterten Bildungsgang an, der die Jugendlichen gezielt auf die tertiäre Berufsbildung in den Bereichen Gesundheit, Pädagogik und soziale Arbeit oder auf die Fachhochschulen im Bereich Kunst vorbereitet. Abgeschlossen wird die Fachmittelschule mit einem Fachmittelschulausweis.

Fertilität
Im Kontext von Beobachtungen oder Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung bezeichnet der Begriff das Ausmass der Reproduktion, die Fruchtbarkeit. Die Fertilität kann als durchschnittliche Kinderzahl pro Frau ausgedrückt werden.

Formale Bildung
Die formale Bildung findet innerhalb des nationalen Bildungssystems statt, das aus Schule, Berufsbildung und Tertiärbildung besteht. Die nichtformale Bildung hingegen beinhaltet alle Unterrichtsformen ausserhalb des formalen Bildungssystems, bei denen es sich um Aktivitäten im Rahmen einer Lehrer-Schüler-Beziehung wie Weiterbildungskurse, Seminare, Konferenzen, Fernstudien und anderes handelt.

Forschung
Forschung ist im Gegensatz zum zufälligen Entdecken die geplante Suche von neuen Erkenntnissen sowie deren systematische Dokumentation und Veröffentlichung in Form von wissenschaftlichen Arbeiten. Forschung wird

sowohl im wissenschaftlichen als auch im industriellen Rahmen betrieben. An Universitäten liegt der Forschungsschwerpunkt stärker auf der Grundlagenforschung (wenig zwang- und zweckbestimmte Forschung) als an den Fachhochschulen, wo die angewandte Forschung (Zweckforschung, die ein spezifisches Problem lösen will) im Zentrum steht.

Fremdsprache Fremdsprachig ist im Rahmen der Statistik der Lernenden, wessen Muttersprache nicht Deutsch ist.

G

Gesamtschule siehe Abteilung

Gewerbeschule siehe Berufsfachschule

Grundlagenforschung siehe Forschung

Gymnasiale Maturität Der Kanton Luzern führt Langzeitgymnasien (6 Jahre), Kurzzeitgymnasien (4 Jahre), spezielle Klassenzüge innerhalb des Kurzzeitgymnasiums für sportlich und musisch Begabte (5 Jahre), eine Maturitätsschule für Erwachsene und einen einjährigen Passerellenkurs für Personen mit Berufsmaturität, deren erfolgreicher Abschluss mit der gymnasialen Maturität die Hochschulreife nachweist. Alle im Kanton Luzern erworbenen Maturitätsausweise erfüllen die Bedingungen des Maturitäts-Anerkennungsreglements; sie sind eidgenössisch anerkannt und ermöglichen den Zugang an alle schweizer Universitäten und Hochschulen.

Gymnasiale Maturitätsquote Die gymnasiale Maturitätsquote entspricht dem Anteil Personen, die in einem Jahr ein gymnasiales Maturitätszeugnis erworben haben an der 19-jährigen ständigen Wohnbevölkerung (Durchschnittsalter der Maturandinnen und Maturanden).

Gymnasiale Maturitätsschule Der erfolgreiche Abschluss einer Maturitätsschule berechtigt zum Studium an einer Universität oder eidgenössischen Technischen Hochschule. Die post-obligatorische Ausbildung bis zur Maturität muss mindestens drei Jahre dauern. Die neue Regelung nach dem Maturitäts-Anerkennungsreglement (MAR) verzichtet auf die Gliederung nach Typen und führt ein Wahlfachsystem mit neun Unterrichts- und Prüfungsfächern ein.

H

Habilitation Die Habilitation ist die höchstrangige Hochschulprüfung in der Schweiz. Mit der Habilitation soll geprüft werden, ob der Wissenschaftler oder die Wissenschaftlerin sein beziehungsweise ihr Fach in Forschung und Lehre vertreten kann. Die Habilitation ist kein akademischer Grad. Die Habilitation ist ein weder notwendiger noch hinreichender, aber oft entscheidender Schritt, um auf eine Professur berufen zu werden.

Handelsdiplom Äquivalent des eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses, verliehen nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung an einer eidgenössisch anerkannten Wirtschaftsmittelschule.

HarmoS; HarmoS-Konkordat

Die „Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule“ ist ein neues schweizerisches Schulkonkordat, dessen Ziel ist, die Dauer und die wichtigsten Ziele der Bildungsstufen sowie deren Übergänge zu harmonisieren. Gleichzeitig werden mit HarmoS die bisherigen nationalen Lösungen im Schulkonkordat von 1970 bezüglich Schuleintrittsalter und Schulpflicht aktualisiert. Das HarmoS-Konkordat ist am 1. August 2009 in Kraft getreten und gilt für jene Kantone, die dem Konkordat beigetreten sind. Über den Beitritt zum Konkordat entscheidet jeder Kanton einzeln; der Kanton Luzern ist nicht beigetreten.

Heilpädagogischer Zusatzunterricht (HZU)

siehe Integrative Förderung

Hochschulindikatoren

Das Hochschulindikatorensystem beinhaltet drei nationale Beobachtungsfelder mit dem Ziel, den hochschulpolitischen Instanzen sowie der interessierten Öffentlichkeit Informationen in Form von Indikatoren zum Schweizer Hochschulsystem zur Verfügung zu stellen. Die Indikatoren sind nach einem Input-Output-Modell gegliedert und umfassen insgesamt fünf Kategorien: Kontext, Input, Prozesse, Output und Wirkung. Neben zentralen Merkmalen zu den Studierenden werden auch Informationen zur Finanzierung und zur Personalstruktur des Hochschulsystems gegeben.

Hochschulsystem

Das Hochschulsystem der Schweiz umfasst zehn kantonale Universitäten (Basel, Bern, Freiburg, Genf, Lausanne, Luzern, Neuenburg, St. Gallen, Svizzera italiana, Zürich), die beiden eidgenössischen Technischen Hochschulen (Lausanne und Zürich) und die universitären Institutionen „Universitäre Fernstudien Schweiz Brig“ und „Universitäres Institut Kurt Bösch“. Im schweizerischen Hochschulsystem sind zudem acht vom Bund anerkannte Fachhochschulen (Zentralschweiz, Bern, Suisse occidentale, Nordwestschweiz, Ostschweiz, Zürich, Université professionnelle de la Suisse italienne und Kalaïdos) erfasst, zu denen auch die Pädagogischen Hochschulen zählen.

Höhere Berufsbildung

Die höhere Berufsbildung umfasst den berufsbildenden, nichthochschulischen Bereich der Tertiärstufe (Tertiärstufe B). Vermittelt werden Qualifikationen, die für eine anspruchsvolle Berufstätigkeit mit Fach- oder Führungsverantwortung erforderlich sind. Die Bildungsangebote sind vielfältig hinsichtlich Inhalt, Anforderungen und Trägerschaften. Zugang zur höheren Berufsbildung erhalten Berufsleute mit einem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis und entsprechender Berufserfahrung oder einem gleichwertigen Abschluss der Sekundarstufe II und mehrjähriger Berufserfahrung.

Höhere Fachprüfung

siehe eidgenössische höhere Fachprüfung

Höhere Fachschulen (HF)

Höhere Fachschulen bieten Lehrgänge auf Tertiärstufe mit hohem Praxisbezug an, wobei konkrete Problemstellungen aus Dienstleistung, Betrieb, Werkstatt und Produktion im Vordergrund. Lehrgänge der Höheren Fachschulen bauen meist auf einer abgeschlossenen beruflichen Grundbildung auf und dauern zwei oder drei Jahre (Vollzeit oder berufsbegleitend). Die erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen eines Bildungsganges von Höheren Fachschulen erhalten ein eidgenössisch anerkanntes Diplom. Im

Diplom wird der entsprechende Titel mit „dipl.“ und den Ergänzungen „HF“ und „NDS-HF“ aufgeführt. Die Titel können mit der Bezeichnung der Fachrichtung ergänzt werden.

Humankapital

In der Wirtschaftswissenschaft bezeichnet der Begriff diejenigen Produktionsmittel, die mit einer Person verbunden sind und über ihre pure Arbeitskraft hinausgehen; zum Beispiel Wissen, Fähigkeiten, Erfahrung oder Angewohnheiten. Bildung wird als Investition in Humankapital verstanden. Der Begriff Humankapital im Zusammenhang mit der Bildungsthematik steht zusammenfassend für das erworbene Wissen, die Fähigkeiten, Fertigkeiten und Talente, über die ein Mensch oder eine Gruppe von Menschen verfügt. Humankapital wird als wichtiger Inputfaktor im Produktionsprozess im weitesten Sinne verstanden.

I

Integrations-Brückenangebote

siehe Brückenangebote

Integrationskurse für ausländische Jugendliche

siehe Brückenangebote

Integrative Förderung (IF)

Die Integrative Förderung (IF) bezeichnet die individuelle Förderung von Kindern mit Lern- und Verhaltensschwierigkeiten und besonderer Begabungen durch Lehrpersonen mit einer (heilpädagogischen) Zusatzausbildung. Die Kinder bleiben dabei in den Regelklassen der Primarschule integriert. In Gemeinden mit diesem Angebot wird auf die Führung von Kleinklassen verzichtet.

Integrative Sonderschulung (IS)

Die Integrative Sonderschulung (IS) beinhaltet eine heilpädagogisch begleitete voll- oder teilzeitliche Integration von behinderten Kindern und Jugendlichen in eine Klasse der Regelschule.

Integriertes Sekundarstufenmodell

siehe Sekundarstufenmodelle

Interklassenquote

Indikator, der das Verhältnis zwischen der Schüleranzahl eines Schuljahres für eine bestimmte Klasse und der Schüleranzahl des Vorjahres widerspiegelt.

K

Kindergarten

Im Kindergarten findet das institutionalisierte vorschulische Lernen statt. Seit 2001 ist im Kanton Luzern vor der Einschulung ein Jahr Kindergarten obligatorisch. Der Besuch eines zweiten Kindergartenjahres ist freiwillig.

Klasse

Eine Klasse ist eine Schülergruppe, die gleichzeitig mit den gleichen Inhalten (Lehrinhalt eines Jahres) unterrichtet wird. In diesem Bericht wird der Begriff Klasse auch für Abteilungen verwendet (siehe Abteilung).

Kleinklassen

Die spezielle Förderung entwicklungsretardierter, verhaltensauffälliger oder schulleistungsschwacher Kinder geschieht im Kanton Luzern in Kleinklassen, die zunehmend durch die Integrative Förderung abgelöst werden. Es wird zwischen den folgenden Kleinklassen unterschieden: Die Kleinklasse A nimmt Schulanfängerinnen und -anfänger mit Entwicklungsverzögerungen auf. Die

verlangsamte Entwicklung der Kinder wird durch individuelle Förderung aufgefangen, wobei der Lernstoff der ersten Primarklasse auf zwei Jahre verteilt wird. Danach treten die Kinder in die zweite Primarklasse über, sofern sie das Lernziel erreicht haben. Die Kleinklasse B nimmt Lernende auf, die wegen Lernschwierigkeiten dem Unterricht nicht zu folgen vermögen. Nach dem sechsten Schuljahr treten Lernende dieser Klasse in der Regel auf die Sekundarstufe I Niveau D über. Die Kleinklasse C nimmt Lernende auf, die den Schulstoff der Regelklasse grundsätzlich bewältigen können, wegen ihres Verhaltens aber in kleineren Klassen unterrichtet werden müssen. Kinder dieser Klasse werden nach Möglichkeit wieder in die Regelklassen integriert.

Kombinierte Brückenangebote siehe Brückenangebote

Kohorte Kohorten im sozialwissenschaftlichen Sinne sind Personengruppe mit gemeinsamen demografischen Merkmalen. Gruppen mit demselben Geburtsjahr sind beispielsweise Geburtskohorten.

Konsekutiver Master Ein auf einem Bachelor aufbauender Masterstudiengang. Der Bachelor ist dabei ein grundständiges Studium, der Master ein anschliessendes postgraduales Studium. Zwischen dem Bachelor und dem konsekutiven Master besteht ein fachlicher Zusammenhang, sie bauen inhaltlich aufeinander auf, im Gegensatz zu einem nichtkonsekutiven Masterstudiengang sowie einem weiterbildenden Masterstudiengang.

Kooperatives Sekundarstufenmodell siehe Sekundarstufenmodelle

Kurzzeitgymnasium Gymnasiale Maturitätsschule, in welche der Übertritt nach der zweiten oder dritten Klasse der Sekundarschule Niveau A erfolgt und die zur gymnasialen Maturität führt.

L

Langzeitgymnasium Gymnasiale Maturitätsschule, in welche der Übertritt nach der sechsten Klasse der Primarschule erfolgt und die zur gymnasialen Maturität führt.

Lehrbetrieb Der Lehrbetrieb ist im dualen Berufsbildungssystem ein privates oder öffentliches Produktions- oder Dienstleistungsunternehmen, in dem die Bildung in beruflicher Praxis stattfindet. Die Lehrbetriebe bedürfen einer Bildungsbewilligung der kantonalen Aufsichtsbehörde. Die Unternehmen rekrutieren die Lernenden und schliessen mit diesen einen Lehrvertrag ab. Die Lernenden haben den Status von Beschäftigten und erbringen Arbeitsleistungen für den Lehrbetrieb.

Lehre siehe berufliche Grundbildung

Lehrerseminar An Lehrerseminarien wurden früher Lehrpersonen ausgebildet. Diese Ausbildung war auf Sekundarstufe II angesiedelt. Heute findet die Ausbildung von Lehrpersonen an den Pädagogischen Hochschulen auf Tertiärstufe statt.

Lehrlingsquote Anteil der Lernenden gemessen an allen Beschäftigten einer bestimmten Grundgesamtheit

Lehrplan Systematische Zusammenfassung von Lerninhalten, die über die Realisierung von Lernzielen innerhalb eines vom Plan vorgegebenen Zeitraums im Rahmen eines schulischen Bildungsganges vom Lernenden erarbeitet und angeeignet werden sollen.

Logopädie Die Logopädie beschäftigt sich in Theorie und Praxis mit Prävention, Beratung, Diagnostik, Therapie und Rehabilitation, Lehre und Forschung auf den Gebieten der Stimme, Stimmstörungen und Stimmtherapie, des Sprechens, Sprechstörung und Sprechtherapie, der Sprache, Sprachstörung und Sprachtherapie sowie des Schluckens, Schluckstörung und Schlucktherapie.

M

Master Studien im Hinblick auf ein Masterdiplom FH oder UH. Die Schweiz unterscheidet zwischen dem grundständigem Master (konsekutiver Master), der auf einem bestimmten Bachelorstudiengang aufbaut und dem Weiterbildungsmaster. Das grundständige Masterstudium umfasst 90 bis 120 Kreditpunkte. Die Richtstudienzeit im Vollzeitstudium beträgt 1,5 bis 2 Jahre.

Master of Advanced Studies (MAS) Der Master of Advanced Studies (MAS) in der Schweiz ist ein nichtkonsekutiver Mastergrad, der sich als Weiterbildung für Personen mit Hochschulabschluss und einschlägiger Berufserfahrung versteht. Ein Master of Advanced Studies kann an Schweizer Universitäten und Fachhochschulen erworben werden. Er löst die früheren Nachdiplomstudien (NDS) ab.

Master of Business Administration (MBA) Der MBA ist ein postgraduales Studium, das alle wesentlichen Managementfunktionen abdeckt. MBA ist auch die Bezeichnung für den durch dieses Studium erworbenen akademischen Grad.

Maturität siehe gymnasiale Maturität, Berufsmaturität oder Fachmaturität

Maturitäts-Anerkennungsreglement (MAR) Die Mittelschulausbildung in der Schweiz wird durch das Maturitäts-Anerkennungreglement geregelt. Das MAR wurde vom Bundesrat gemeinsam mit der Erziehungsdirektorenkonferenz 1995 in Kraft gesetzt. Jeder Kanton und jede Schule hat innerhalb dieser Rahmenbedingungen eine relativ grosse Gestaltungsfreiheit.

Maturitätsquote siehe gymnasiale Maturitätsquote

Maturitätsschule für Erwachsene Öffentliche berufsbegleitende Schule des zweiten Bildungsweges, an der Erwachsene entweder über den gymnasialen Lehrgang oder die Passerelle (von der Berufsmatura zur universitären Hochschule) die Voraussetzungen für ein Hochschulstudium erlangen können. Träger ist der Kanton Luzern, der zusammen mit den Konkordatskantonen der Zentralschweiz auch den grösseren Teil des Schulgeldes übernimmt.

Migrationshintergrund Migrationshintergrund ist ein Ordnungskriterium der amtlichen Statistik zur Beschreibung einer Bevölkerungsgruppe, die aus eingewanderten Personen und deren Nachkommen besteht.

Muttersprache In der Schulstatistik gilt als Muttersprache diejenige Sprache, in der man denkt und die man am besten beherrscht. Fremdsprachig ist im Kanton Luzern, wessen Muttersprache nicht Deutsch ist.

N

Nachdiplomstudium (NDS) siehe Master of Advanced Studies

Nachobligatorische Ausbildung In der Statistik fallen alle formalen Ausbildungen, die nach der Sekundarstufe I und damit nach der obligatorischen Schulzeit stattfinden, unter den Begriff nachobligatorische Ausbildung.

O

Obligatorische Schule Zur obligatorischen Schule beziehungsweise zur obligatorischen Schulbildung gehören die Primarstufe und die Sekundarstufe I, im Kanton Luzern zudem ein Jahr Kindergarten.

Öffentliche Lehrwerkstätte Öffentliche Ausbildungsinstitution für berufliche Grundbildungen, in denen sowohl die praktischen als auch die schulischen Berufsqualifikationen am gleichen Lernort vermittelt werden.

P

Pädagogische Hochschulen (PH) Die Pädagogischen Hochschulen bieten sowohl Studiengänge für Lehrpersonen der Vorschul- und Primarstufe, der Sekundarstufe I und II (Maturitätsschulen) und im Bereich Sonderpädagogik als auch im therapeutischen Bereich an, namentlich Logopädie und Psychomotoriktherapie. Diese Ausbildungen erfolgen wissenschaftsgestützt und praxisbezogen.

PHD siehe Doktorat

PISA Das „Programme for International Student Assessment PISA" wurde von der OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) ins Leben gerufen, um die Kompetenzen 15-jähriger Schülerinnen und Schüler anhand international genormter Tests zu messen. Seit 2000 werden in einem 3-Jahres-Rhythmus die Leistungen der beteiligten Lernenden schwerpunktmässig auf den Gebieten Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften geprüft, wobei einem der Bereiche jeweils besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Studien sollen Antworten dazu geben, inwiefern die Schülerinnen und Schüler auf die Anforderungen der Berufswelt und auf die Teilhabe an der Gesellschaft vorbereitet werden, welche Schulmodelle am ehesten Chancengerechtigkeit in der Bildungslaufbahn gewährleisten und in welcher Relation die Resultate der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler und die Ressourcen der Schule, die sie besuchen, stehen.

Primarschule siehe Primarstufe

Primarstufe Die Primarstufe umfasst die ersten sechs Schuljahre (Primarschule und Kleinklassen). Im Kanton Luzern dauert die Primarschule sechs Jahre und führt zum Übertritt in die Sekundarstufe I.

Produktivität Der Begriff wird im volkswirtschaftlichen Kontext für das Verhältnis zwischen dem Ergebnis eines Produktionsprozesses (Output) und den dafür aufgewendeten Mitteln (Input) verwendet. So wird beispielsweise die erzielte Wertschöpfung pro geleisteter Arbeitsstunde als Arbeitsproduktivität bezeichnet.

Promotion Verleihen der Doktorwürde

Psychomotoriktherapie
Die Psychomotoriktherapie ist ein pädagogisch-therapeutisches Konzept der kindlichen Entwicklungsförderung, bei dem Spiel und Bewegung als zentrale Erfahrungs- und Interaktionsmedien eingesetzt werden. Psychomotoriktherapeutinnen und -therapeuten arbeiten im schulischen Bereich mit Kindern und Jugendlichen mit speziellem Förderbedarf. Im Rahmen der Umgestaltung der Volksschulegesetze arbeiten Psychomotoriktherapeutinnen und -therapeuten vermehrt in integrativen und präventiven Settings.

Q

Quartärstufe
Siehe Weiterbildung

R

Regelklasse
Klassenverband, der nach Jahrgang und Wohnort der Kinder und Jugendlichen zusammengestellt wird.

Rotationsquote
Anteil der Beschäftigten, die nicht mehr den ursprünglich erlernten Beruf ausüben, gemessen an allen Beschäftigten einer bestimmten Grundgesamtheit.

S

Schulbesuchsquote
Der Anteil Kinder eines gegebenen Alters, der eine bestimmt Schulstufe besucht. Die Schulbesuchsquote ergibt sich aus dem Verhältnis zwischen der Anzahl Kinder, die in einem gegebenen Alter ein bestimmtes Bildungsniveau (Stufe oder Klasse) absolvieren, und der ständigen Wohnbevölkerung desselben Alters.

Schülerintensität
Die Schülerintensität bezeichnet den Anteil der Schülerinnen und Schüler (nach dem Wohnort) an der Wohnbevölkerung. Zur interkommunalen Vergleichbarkeit wird mit dem Index der Schülerintensität die Abweichung der Werte der einzelnen Gemeinden zum kantonalen Mittel bestimmt, wobei letzteres als Basiswert verwendet und gleich 100 gesetzt wird.

Schulische Dienste
Im Kanton Luzern stehen den Lernenden per Gesetz bei Bedarf folgende Schulischen Dienste zur Verfügung: Schul- und kinderpsychologische Dienste, schulärztliche und schulzahnärztliche Dienste, pädagogisch-therapeutische Dienste sowie die Berufsberatung.

Schulische Heilpädagogik
Schulische Heilpädagoginnen und Heilpädagogen bilden, fördern und erziehen als spezialisierte Lehrpersonen Schülerinnen und Schüler mit Schulschwierigkeiten oder mit Behinderungen. Sie erheben deren besonderen Förderbedarf und entwickeln individuelle Förderpläne. Sie unterrichten, fördern, beraten und begleiten diese Lernenden, indem sie den Unterricht für sie individualisieren und differenzieren. Durch diese Art von Förderung sollen die Schülerinnen und Schüler die nötigen Kenntnisse und Kompetenzen erwerben, um ihre individuellen Lernziele zu erreichen und den Alltag möglichst selbstständig und eigenverantwortlich zu gestalten. Für die Schulische Heilpädagogik wird auch der Begriff Sonderpädagogik verwendet.

Schulische Zusatzangebote
Zusätzliche Angeboten nebst dem Unterricht und den Schuldiensten (z.B. die Musikschule).

Schulkreis Jede Gemeinde bildet in der Regel einen Primarschulkreis. Mehrere Gemeinden können einen Primarschulkreis bilden, eine einzelne Gemeinde kann aber auch in mehrere Primarschulkreise gegliedert werden. Die Primarschulkreise umfassen in der Regel auch die Kindergartenkreise. Die Schulpflege teilt die Lernenden innerhalb eines Primarschulkreises einem Schulhaus oder Kindergarten zu. Die Schulkreise der Sekundarstufe I, der Sonderschulen, der Förderangebote und der Schulischen Dienste werden vom Luzerner Regierungsrat festgelegt.

Schulortprinzip Werden Schülerzahlen nach dem Schulortprinzip ausgewiesen, sind jene Schülerinnen und Schüler enthalten, die eine Bildungsinstitution im Kanton Luzern besuchen. Lernende, die im Kanton Luzern wohnen, aber in einem anderen Kanton unterrichtet werden, sind dem anderen Kanton zugerechnet. Umgekehrt sind Schülerinnen und Schüler aus anderen Kantonen, die im Kanton Luzern unterrichtet werden, unter dem Kanton Luzern zu finden.

Schulpflege Oberste kommunale Führungs- und Aufsichtsbehörde der Volksschule, sofern Gemeindeordnung oder Schulreglement nichts anderes vorsehen.

Schulpsychologischer Dienst Der Schulpsychologische Dienst ist Auskunfts- und Beratungsstelle für Erziehungsberechtigte, Lehrpersonen und Schulbehörden bei allgemeinen Erziehungs- und Bildungsfragen. Er ist zudem zuständig für Abklärung und Beratung von Kindern und Jugendlichen bezüglich Entwicklungsstand, Schuleignung, Schullaufbahn, Lernen und Verhalten.

Schulsozialarbeit Die Schulsozialarbeit ist ein niederschwelliges Angebot der Volksschule. Sie steht Eltern und Erziehungsberechtigten, Kindern, Jugendlichen, Lehrpersonen, Schulleitungen und Behördenmitgliedern bei sozialen und erzieherischen Problemen und Schwierigkeiten beratend und begleitend kostenlos zur Verfügung.

Schwerpunktfach Auf das eidgenössische Maturitäts-Anerkennungsreglement (MAR) abstützende Fächerstruktur an den Gymnasien. Die Schülerinnen und Schüler wählen statt wie früher einen Gymnasialtyp ein Schwerpunktfach sowie ein Ergänzungsfach; beide müssen neben Grundlagen- und Zusatzfächern belegt werden.

Sekundarstufe I Bezeichnet die der Primarstufe folgende Schulstufe der obligatorischen Schulbildung, im Kanton Luzern also die obligatorische Schulzeit des Gymnasiums, die Sekundarstufe Niveau A (erweiterte Anforderungen, ehemals Sekundarschule), Niveau B (höhere Anforderungen, ehemals Sekundarschule), Niveau C (mittlere Anforderungen, ehemals Realschule) und Niveau D (grundlegende Anforderungen, ehemals Werkschule). Als Folge der Einführung der Integrativen Förderung an der Primarschule und mit dem Wegfall der Kleinklassen wird das Niveau D bis zum Schuljahr 2014/2015 auslaufen und durch Integrative Förderung im Niveau C abgelöst.

Sekundarstufe II Gesamtheit der nachobligatorischen Bildungs- und Lehrgänge, die zu einer ersten Berufsbildung oder zur Maturität führen.

Sekundarstufenmodelle
In den Luzerner Gemeinden gibt es drei Varianten der Organisation der Sekundarschule: das typengetrennte Modell, das kooperative Modell und das integrierte Modell. Beim typengetretennten Modell werden die Niveaus A, B, C und D je in eigenen Stammklassen geführt. Beim integrierten Modell sind in den Stammklassen Lernende aller Niveaus gemischt; in fünf Fächern gibt es leistungsdifferenzierte Niveaukurse. Beim kooperativen Modell werden Stammklassen der Niveaus einzeln oder kombiniert geführt, und in vier Fächern besuchen die Lernenden den Unterricht in Niveaugruppen.

Seminar
siehe Lehrerseminar

Separative Sonderschulung
Körperlich-, geistig-, sinnes-, sprach- und verhaltensbehinderte Kinder, die aufgrund ihrer Behinderung weder in Kleinklassen noch durch Integrative Sonderschulung dem Normallehrplan der Regelklassen folgen können, werden in den stufenübergreifenden Sonderschulen aufgenommen, zu denen auch der Heilpädagogische- und der Sprachheilkindergarten sowie die Sprachheilklasse zählen.

Sonderpädagogik
siehe Schulische Heilpädagogik

Sonderschulen
Siehe Integrative oder Separative Sonderschulung

SOS-Brückenangebote
siehe Brückenangebote

Stipendien
Einmalige oder wiederkehrende Ausbildungsbeiträge, für die keine Rückzahlungspflicht besteht.

Studienberechtigungsquote
Die Studienberechtigungsquote gibt Auskunft darüber, wie viel Prozent der Bevölkerung im typischen Abschlussalter über einen Zulassungsausweis verfügen und somit berechtigt sind, ihre Studien direkt an einer Hochschule fortzusetzen.

Studiendarlehen
siehe Darlehen

Szenarien
Szenarien sind Annahmen über mögliche zukünftige Entwicklungen. Im Rahmen der Bildungsprognosen wird mit verschiedenen Szenarien gearbeitet. Das Szenario „Basis“ stützt sich auf beobachtete Entwicklungen und gesicherte beschlossene Änderungen. Das Szenario „Trend“ verstärkt beobachtete Entwicklungen beziehungsweise Trends, die in den letzten Jahren sichtbar wurden und antizipiert gleichzeitig gesicherte beschlossene Änderungen, soweit sich daraus konkrete Annahmen formulieren lassen. Das Szenario „Expansion“ basiert auf dem Szenario „Trend“ und verstärkt Trends und erwartete beziehungsweise beabsichtigte Entwicklungen.

T

Tertiärstufe
Die Tertiärstufe schliesst an die Sekundarstufe II an. Sie umfasst die höhere Berufsbildung (Tertiär B: Berufsprüfungen, höhere Fachprüfungen, Höhere Fachschulen) und die Hochschulen (Tertiär A: Universitäten/ETH, Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen).

Triale Berufsbildung
Wie die duale Berufsbildung, mit Betonung der überbetrieblichen Kurse als dritten Lernort neben Betrieb und Berufsfachschule

Typengetrennte Sekundarstufenmodell
Siehe Sekundarstufenmodelle

U

Überbetriebliche Kurse Dritter Lernort in der dualen beziehungsweise trialen Berufsbildung zur Vermittlung von praktischen Fertigkeiten

Übertrittsquote Verhältnis der Anzahl Lernenden in einem Schulbildungsjahr zur der Anzahl Lernenden des vorhergehenden Schulbildungsjahres. Die Übertrittsquote nimmt den Wert 1 an, wenn genau gleich viele Lernende im Schulbildungsjahr x gezählt werden, wie im Schulbildungsjahr x-1. Beim Übertritt innerhalb des gleichen Schultyps spricht man auch von Interklassenquoten.

Universitäre Hochschule, Universität Universitäten sind Hochschulen mit Promotionsrecht, die der Pflege und Entwicklung der Wissenschaften durch Forschung, Lehre und Studium dienen. Sie vermitteln wissensbezogene Berufsqualifikationen. In der Schweiz gibt es zwei eidgenössische (ETH und EPFL) und zehn kantonale Universitäten, darunter die Universität Luzern.

V

Verbleibensquote Anteil der Beschäftigten, die nach dem Ausbildungsende im Lehrbetrieb angestellt bleiben, gemessen an allen Beschäftigten einer bestimmten Grundgesamtheit.

Volksschule Die Volksschule umfasst den Kindergarten, die Primarstufe sowie die Sekundarstufe I, also die obligatorische Schulzeit. Der Besuch der Volksschule ist obligatorisch und unentgeltlich. Lehrmittel und Unterrichtsmaterialien sind ebenfalls unentgeltlich.

Vollzeitäquivalente Auf Vollzeitstellen umgerechnete Teilzeit- und Vollzeitstellen.

Vorschulstufe Die Vorschulstufe umfasst den Kindergarten beziehungsweise. Er kann auch in der Basisstufe besucht werden.

W

Weiterbildung Weiterbildung ist intendiertes, gezieltes Lernen: vom Selbststudium mit Hilfe von Fachliteratur oder dem Besuch von Vorträgen bis hin zur institutionalisierten, organisierten Lernform im Weiterbildungskurs. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um eine berufliche Weiterbildung, eine allgemeine Weiterbildung oder einen betriebsinternen Kurs handelt. Nicht als Weiterbildung gelten unbeabsichtigte, unbewusste Lernprozesse. Der Weiterbildungssektor wird auch als Quartärsektor bezeichnet.

Wirtschaftsmittelschule (WMS) Weiterführende, allgemein- und berufsbildende Schule mit kaufmännischem Fokus, die mit dem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (Handelsdiplom) abgeschlossen wird.

Wohnortprinzip Werden Schülerzahlen nach dem Wohnortprinzip ausgewiesen, sind nur Lernende berücksichtigt, die sowohl im Kanton Luzern wohnen als auch im Kanton Luzern zur Schule gehen.

Z

Zehntes Schuljahr siehe Brückenangebote

LITERATUR, RECHTSGRUNDLAGEN

Literatur

Achatz, Juliane (2008): Geschlechtersegregation im Arbeitsmarkt. In: Abraham, Martin / Hinz, Thomas (Hg.): Arbeitsmarktsoziologie. Wiesbaden, S. 263-302.

Amt für Statistik des Kantons Luzern (1969): Schulstatistik 1967/1968. Luzern (Statistische Mitteilungen des Kantons Luzern Nr. 6/1969).

Amt für Statistik des Kantons Luzern (2006): Sozialbericht des Kantons Luzern. Die soziale Lage der Luzerner Bevölkerung. Luzern.

Amt für Volksschulbildung des Kantons Luzern (2002): Weiterentwicklung der Sekundarstufe I. Ziele, Neuerungen, Umsetzungsangebote. Luzern.

Amt für Volksschulbildung des Kantons Luzern (2003): Fremdsprachige Lernende in Kleinklassen und Werkschulen: Hinweise zur chancengerechten Förderung. Ein Merkblatt für Schulleitungen, Lehrpersonen und Schulpflegen. Luzern. In: http://www.volksschulbildung.lu.ch/hinweise_chancengerechte_foerderung.pdf (April 2010).

Amt für Volksschulbildung des Kantons Luzern (2004): Coole Mädchen – nette Jungs. Ein Themenheft zur geschlechterbezogenen Pädagogik. Luzern.

Amt für Volksschulbildung des Kantons Luzern (2005): Ganzheitlich Beurteilen und Fördern (GBF). Information für Erziehungsberechtigte. Luzern. In: http://www.volksschulbildung.lu.ch/gbf-information_deutsch.pdf (Juli 2010).

Arnold, Ruedi (2010): Leider nicht bestanden. In: Beobachter 84, H. 5. In: http://www.beobachter.ch/arbeit-bildung/lehre-studium/artikel/berufspruefung_leider-nicht-bestanden/ (April 2010).

Aufenanger, Stefan et al. (Hg.) (2010): Bildung in der Demokratie. Beiträge zum 22. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft. Opladen.

Babel, Jacques (2009): Szenarien zur zukünftigen Entwicklung der Hochschulen in der Schweiz. In: Die Volkswirtschaft 82, H. 9, S. 16-19.

Badura, Bernhard / Schellschmidt, Helmut / Vetter, Christian (Hg.) (2003): Fehlzeiten-Report 2002. Berlin.

Becker, Gary S. (1964): Human Capital. A Theoretical and Empirical Analysis with Special Reference to Education. New York.

Becker, Gary S. (1981): A Treatise on the Family. Cambridge.

Becker, Rolf (2006): Dauerhafte Bildungsungleichheiten als unerwartete Folge der Bildungsexpansion? In: Hadjar, Andreas / Becker, Rolf (Hg.): Die Bildungsexpansion. Wiesbaden, S. 27-61.

Bernier, Gaetan / Lüthi, Doris / Quiquerez, Brice (2007): Teilnahme an Weiterbildung in der Schweiz. Erste Ergebnisse des Moduls „Weiterbildung" der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung 2006. Hg. Bundesamt für Statistik. Neuchâtel.

Bildungs- und Kulturdepartement des Kantons Luzern (2004): Wochenstundentafel für die Primarschule und die Kleinklassen A und C (WOST 06). Luzern. In: http://www.volksschulbildung.lu.ch/wost06-ps-kk_a-c.pdf (Juli 2010).

Bildungs- und Kulturdepartement des Kantons Luzern (2008a): Wochenstundentafel für die Sekundarstufe I (WOST 05). Luzern. In: http://www.volksschulbildung.lu.ch/wost05-sekundar1.pdf (Juli 2010).

Bildungs- und Kulturdepartement des Kantons Luzern (2008b): Wochenstundentafel für die Sekundarstufe I Niveau D / Werkschule (WOST 05). Luzern. In: http://www.volksschulbildung.lu.ch/wost05_ws_niveau-d.pdf (Juli 2010).

Bildungs- und Kulturdepartement des Kantons Luzern (2009): Anfrage Isabel Isenschmid-Kramis und Mitunterzeichnende über die neu geschaffene Stelle Berufsbildungszentrum Weiterbildung (A 404) 10. März 2009, Luzern.

Bildungsplanung Zentralschweiz (2001): Lehrplan Kindergaren Kanton Luzern. Luzern.

Borkowsky, Anna / Zuchuat, Jean-Christophe (2006): Lebenslanges Lernen und Weiterbildung. Bestandesaufnahme der internationalen Indikatoren und ausgewählte Resultate. Hg. Bundesamt für Statistik. Neuchâtel.

Bornschier, Volker (1998): Westliche Gesellschaft. Aufbau und Wandel. Zürich.

Buchmann, Marlis / Sacchi, Stefan (2002): Entwicklungstendenzen des schweizerischen Arbeitsmarktes und ihre gesellschaftspolitischen Implikationen. In: Die Volkswirtschaft 75, H. 4, S. 26.

Büchner, Peter (1985): Einführung in die Soziologie der Erziehung und des Bildungswesens. Darmstadt.

Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (2008): Bericht der Arbeitsgruppe Masterplan zur interkantonalen Finanzierung der höheren Berufsbildung.

Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (2010): Handlungsbedarf bei den Pflegeausbildungen. Bern (Medienmitteilung, 16. März 2010).

Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (o.J.a): Bildungsgänge an Höheren Fachschulen. In: http://www.bbt.admin.ch/themen/hoehere/00161/index.html?lang=de (März 2010).

Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (o.J.b): Eidgenössische Prüfungen. In: http://www.bbt.admin.ch/themen/hoehere/00160/index.html?lang=de (März 2010).

Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (o.J.c): Medienmitteilungen: Auftrag für ein Weiterbildungsgesetz. In: http://www.bbt.admin.ch/aktuell/medien/00483/00594//index.html?lang=de&msg-id=29908 (Arpil 2010).

Bundesamt für Statistik (1996): Herausforderung Bevölkerungswandel. Perspektiven für die Schweiz. Neuchâtel.

Bundesamt für Statistik (2003): Chancen, Risiken und Herausforderungen der demografischen Entwicklung. Neuchâtel (DEMOS, 1/2003).

Bundesamt für Statistik (2005): Erwerbsleben, Pendlermobilität, Ausbildung. Neuchâtel.

Bundesamt für Statistik (2007a): Bildungsmosaik Schweiz. Bildungsindikatoren 2007. Neuchâtel.

Bundesamt für Statistik (2007b): Kompetenzmessung bei 15-Jährigen. 2008: Piloterhebung für den vierten Zyklus. Neuchâtel.

Bundesamt für Statistik (2007c): PISA 2006. Nationaler Bericht. Neuchâtel.

Bundesamt für Statistik (2008a): Erwerbstätigkeit der Personen ab 50 Jahren. Eine Untersuchung zu den Ergebnissen der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung und der Lohnstrukturerhebung. Neuchâtel (BFS aktuell).

Bundesamt für Statistik (2008b): Kantonale Stipendien und Darlehen 2008. Neuchâtel.

Bundesamt für Statistik (2008c): Die soziale Dimension an den Hochschulen. Die Schweiz im europäischen Vergleich. Neuchâtel.

Bundesamt für Statistik (2008d): Öffentliche Bildungsausgaben 2008. Neuchâtel.

Bundesamt für Statistik (2009a): Bildungsperspektiven, Szenarien 2009-2018 für die Hochschulen. Neuchâtel.

Bundesamt für Statistik (2009b): Bildungsperspektiven, Szenarien 2009-2018 für die obligatorische Schule. Neuchâtel.

Bundesamt für Statistik (2009c): Bildungsperspektiven, Szenarien 2009-2018 für die Sekundarstufe II. Neuchâtel.

Bundesamt für Statistik (2009d): Maturitäten und Übertritte an Hochschulen 2009. Neuchâtel.

Bundesamt für Statistik (2009e): Von der Hochschule ins Berufsleben. Erste Ergebnisse der Absolventenbefragung. Neuchâtel (BFS aktuell).

Bundesamt für Statistik (2010a): Bildungsstatistik Schweiz. Öffentliche Bildungsausgaben 2007. Neuchâtel.

Bundesamt für Statistik (2010b): Finanzen der universitären Hochschulen 2008. Neuchâtel.

Bundesamt für Statistik (2010c): Personal der universitären Hochschulen. Neuchâtel.

Bundesamt für Statistik (2010d): Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 2010–2060. Neuchâtel.

Bundesamt für Statistik (o.J.a): Berufsbildungsindikatoren – Sekundarstufe II: Allgemein- und Berufsbildung. In: http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/15/04/ind4.indicator.40405.404.html (Juni 2010).

Bundesamt für Statistik (o.J.b): Szenarien für das Bildungssystem, Hochschulen. In: http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/15/08/dos/blank/15/03.html (Juni 2010).

Caballero Liardet, Wayra / Gapany Savioz, Hélène / Lischer, Rolf (2004): Weiterbildung in der Schweiz 2003. Eine Auswertung der schweizerischen Arbeitskräfteerhebungen (SAKE) 1996-2003. Hg. Bundesamt für Statistik. Neuchâtel.

Denzler, Stefan / Fiechter, Ursula / Wolter, Stefan C. (2005): Die Lehrkräfte von morgen. In: Zeitschriften für Erziehungswissenschaft, 4, S. 576-594.

Dienststelle Volksschulbildung des Kantons Luzern (2008a): Die Beurteilung und das Zeugnis. Information für Eltern. Luzern.

Dienststelle Volksschulbildung des Kantons Luzern (2008b): Kantonales Konzept für die Sonderschulung 2008. Luzern. In: http://www.volksschulbildung.lu.ch/kt-konzept_sonderschlung2008.pdf (April 2010).

Dienststelle Volksschulbildung des Kantons Luzern (2009a): Integrative Sonderschulung (IS) in Regelklassen. Luzern. In: http://www.volksschulbildung.lu.ch/is-regelklassen.pdf (April 2010).

Dienststelle Volksschulbildung des Kantons Luzern (2009b): Übertrittsverfahren Primarstufe – Sekundarstufe I. Luzern. In: http://www.volksschulbildung.lu.ch/index/uev_primar-sek_1.htm (Juli 2010).

Dienststelle Volksschulbildung des Kantons Luzern (2009c): Übertrittsverfahren Sekundarstufe I Niveau A – Kurzzeitgymnasium. Luzern. In: http://www.volksschulbildung.lu.ch/index/uev_sek_1a-kzg.htm (Juli 2010).

Dienststelle Volksschulbildung des Kantons Luzern (Hg.): Beruflicher Auftrag und Arbeitszeit der Lehrpersonen. 4. erweiterte Auflage. Luzern. In: http://www.volksschulbildung.lu.ch/berufl-auftrag_arb-zeit_lp.pdf (April 2010).

Döbert, Hans / Klieme, Ekkehard (2009): Indikatorengestütze Bildungsberichterstattung. In: Tippelt, Rudolf / Schmidt, Bernhard (Hg.): Handbuch Bildungsforschung. 2. Auflage. Wiesbaden, S. 317-336.

EACEA/Eurydice (2009): Higher education in Europe 2009. Developments in the Bologna-process. Brüssel.

Eberle, Franz et al. (2008): Evaluation der Maturitätsreform 1995 (EVAMAR). Phase II. Kurzbericht zuhanden der EDK und des SBF. Zürich.

educa.ch (o.J.a): Die Primarstufe in Zahlen. In: http://www.educa.ch/dyn/43946.asp (April 2010).

educa.ch (o.J.b): Tertiärstufe. In: http://www.educa.ch/dyn/43891.asp (März 2010).

educa.ch (o.J.c): Vorschulstufe: Überblick. In: http://www.educa.ch/dyn/43956.asp (April 2010).

educa.ch (o.J.d): Weiterbildung. In: http://www.educa.ch/dyn/43970.asp (März 2010).

Egger, Dreher & Partner AG (2007): Vertiefungsstudie Bildungsangebote im Übergang von der obligatorischen Schule in die Berufsbildung. Erstellt im Auftrag des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie. Bern.

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (2005): Verordnung über Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der Höheren Fachschulen.

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (2009): Bericht des EVD über eine neue Weiterbildungspolitik des Bundes, in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Departement des Innern. Bern.

European Commission (2009): She Figures 2009. Statistics and Indicators on Gender Equality in Science. Luxembourg.

Eurydice/Eurostat (2007): Schlüsselzahlen zur Hochschulbildung 2007. Brüssel.

Fischer, Gabriel (2008): Veränderungen im Bildungssystem der Schweiz und daraus resultierende Probleme im Bereich der beruflichen Grundbildung, der höheren Berufsbildung und der Weiterbildung. Bern (SGB-Dossier 57).

Geser, Hans (1999): Arbeitsqualifikationen im Spannungsfeld des ökonomischen, technischen und organisatorischen Wandels. In: Sociology in Switzerland. Wandel der Arbeitswelt. Zürich. Online-Publikation: http://www.socio.ch/work/geser/04.pdf (Mai 2010).

Grunder, Hans-Ulrich (2010): Historisches Lexikon der Schweiz. Primarschule. In: http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D10402.php (Juli 2010).

Hadjar, Andreas (2006): Bildungsexpansion und Wandel von sozialen Werten. In: Hadjar, Andreas / Becker, Rolf (Hg.): Die Bildungsexpansion. Wiesbaden, S. 205-230.

Hadjar, Andreas / Haunberger, Sigrid / Schubert, Frank (2008): Bildung und subjektives Wohlbefinden im Zeitverlauf, 1984-2002. Berliner Journal für Soziologie, 18, S. 1-31.

Hag. (2009): Erneuter Anlauf für ein Weiterbildungsgesetz. In: Neue Zürcher Zeitung vom 29. April 2009, S. 15.

Hecken, Anna Etta (2006): Bildungsexpansion und Frauenerwerbstätigkeit. In: Hadjar, Andreas / Becker, Rolf (Hg.): Die Bildungsexpansion. Wiesbaden, S. 123-155.

Herzog, Walter et al. (2007): Einmal Lehrer, immer Lehrer? Eine vergleichende Untersuchung der Berufskarrieren von (ehemaligen) Lehrpersonen. Prisma Band 5. Bern.

Hitzler, Ronald (2001): Pioniere einer anderen Moderne? Existenzbasteln als Innovationsmanagement. In: Sozialwissenschaften und Berufspraxis 24, H. 2, S. 177-191.

Hochschule Luzern (2009): Facts and Figures 2008.

Hochschule Luzern (2010): Facts and Figures 2009.

Horstkemper, Marianne (2010): Frauen und Männer im Lehrberuf. Geschlechterdifferenz und Professionalisierung. Friedrich Jahresheft 28, S. 50-53.

Hotz-Hart, Beat (2008): Erfolgskonzept „duale Berufsbildung" im Wandel. Strukturwandel – Beschäftigung – (Berufs-)Bildung. In: Bauder, Tibor / Osterwalder, Fritz (Hg.): 75 Jahre eidgenössisches Berufsbildungsgesetz. Politische, pädagogische, ökonomische Perspektiven. Bern, S. 93-127.

Humboldt, Wilhelm (1964): Schriften zu Politik und Bildungswesen. Darmstadt.

Hüttenmoser, Marco (1992): Kindheit und Schule – Kontinuität und Wandel. In: Hugger, Paul (Hg.): Handbuch der schweizerischen Volkskultur, Band 1. Zürich, S. 65-99.

International Labour Organization ILO (2009): Key Indicators of the Labour Market. 6. Ausgabe. In: http://www.ilo.org (Mai 2010).

Joris, Elisabeth: Historisches Lexikon der Schweiz. Gleichstellung. In: http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16499.php (Mai 2010).

Kanton Luzern (2010): Botschaft des Regierungsrates an den Kantonsrat zum Entwurf einer Änderung des Gesetzes über die Volksschulbildung (B 164). Luzern.

Kanton Zürich (2005): Bericht und Antrag des Regierungsrates an den Kantonsrat zum Postulat KR-Nr. 54/2003 betreffend Bericht zur Situationsanalyse der Sekundarstufe I.

Klein, Thomas / Unger, Rainer / Schulze, Alexander (2006): Bildungsexpansion und Lebenserwartung. In: Hadjar, Andreas / Becker, Rolf (Hg.): Die Bildungsexpansion. Wiesbaden, S. 311-331.

Krawitz, Rudi (2003): Strukturierter differenzierender Unterricht bei besonderem Förderbedarf. In: Leonhardt, Annette / Wember, Franz B. (Hg.): Grundfragen der Sonderpädagogik. Bildung – Erziehung – Behinderung. Weinheim, S. 791-809.

Kuntsche, Emmanuel / Delgrande Jordan, Marina / Sidler, Jacqueline (2002): Rauchen und trinken Lehrpersonen täglich (mehr), wenn sie arbeitsüberfordert und unzufrieden sind? Lausanne.

Kunze, Katharina / Stelamaszyk, Bernhard (2008): Biographien und Berufskarrieren von Lehrerinnen und Lehrern. In: Helsper, Werner / Böhme, Jeanette (Hg.): Handbuch der Schulforschung. Wiesbaden, S. 821-838.

Leemann, Regula J. / Keck, Andrea (2005): Der Übergang von der Ausbildung in den Beruf. Hg. Bundesamt für Statistik. Neuchâtel (Eidgenössische Volkszählung 2000).

Lendel, Iryna / Allen, Phil / Feldman, Maryann (2009): University based economic growth. In: Tight, Malcolm et al. (Hg.) (2009): Routledge international handbook of higher education. New York, S. 381-396.

Liebig, Brigitte / Morandi, Pietro (2008): Trendsetter der postmodernen Dienstleistungsgesellschaft. In: Neue Zürcher Zeitung vom 26. September 2008.

LUSTAT Statistik Luzern (2010): LUSTAT Jahrbuch Kanton Luzern 2010. Luzern.

LUSTAT Statstik Luzern (2008): Integrative Förderung und Sonderschulung. Luzern (LUSTAT aktuell, 3/2008).

Marcacci, Marco / Grunder, Hans-Ulrich (2006): Historisches Lexikon der Schweiz. Ecole secondaire. In: http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/f/F10403.php (Juli 2010).

Märki, Anita (2005): Lehrberuf und Gesundheit: Vom Problemansatz zur Ressourcenperspektive. Aarau.

Meyer, Thomas (2009): Wer hat, dem wird gegeben. Bildungsungleichheit in der Schweiz. In: Suter, Christian et al. (2009): Sozialbericht 2008: Die Schweiz vermessen und vergleichen. Zürich, S. 60-81.

Mühlemann, Samuel / Schweri, Jürg / Wolter, Stefan (2004): Warum Betriebe keine Lehrlinge ausbilden – und was man dagegen tun könnte. In: Die Volkswirtschaft 77, H. 9, S. 43-48.

Mühlemann, Samuel / Wolter, Stefan (2007): Lehrlingsausbildung lohnt sich. In: Die Volkswirtschaft 80, H. 10, S. 44-47.

Mühlemann, Samuel / Wolter, Stefan C./ Wüest, Adrian (2009): Apprenticeship Training and the Business Cycle. Bonn (IZA Discussion Paper No. 4460).

Mühlemann, Samuel et al. (2007): Lehrlingsausbildung – ökonomisch betrachtet. Ergebnisse der zweiten Kosten-Nutzen-Studie. Zürich und Chur.

Müller, Walter / Steinmann, Susanne / Schneider, Reinhart (1997): Bildung in Europa. In: Hradil, Stefan / Immerfall, Stefan (Hg.): Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich. Opladen, S. 177-245.

NZZ Mediadok (2009): Stellenmarkt-Monitor 2009. Auszüge aus der Forschungsreihe „Stellemarkt-Monitor Schweiz“ des Soziologischen Instituts der Universität Zürich. Zürich.

OECD (2008): Higher education to 2030. Band 1: Demography. Paris.

OECD Organisation für wirtschaftlich Zusammenarbeit und Entwicklung (2009): Bildung auf einen Blick 2009. OECD-Indikatoren. Paris.

Osterwalder, Fritz (1997): Schule denken: Schule als linear gegliederte, staatliche und öffentliche Institution? In: Badertscher, Hans / Grunder, Hans-Ulrich (Hg.): Geschichte der Erziehung und Schule in der Schweiz im 19. und 20. Jahrhundert. Leitlinien. Bern, S. 237-277.

Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (2008). Tätigkeitsbericht PHZ 2008. Luzern.

Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (2009): PHZ-Inforum, Magazin der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz, H. 9. Luzern.

Pädagogische Hochschule Zentralschweiz Luzern (2009a): Jahresbericht WBZA 2008/2009. Luzern.

Pädagogische Hochschule Zentralschweiz Luzern (2009b): Tätigkeitsbericht Dienstleistungen 2009. Luzern.

Pfenniger, Paul (1998): Zweihundert Jahre Luzerner Volksschule 1798-1999. Begleitheft zur Sonderausstellung „Von der Schiefertafel zum Computer. Zweihundert Jahre Schule für das Volk“ im Historischen Museum Luzern, 27. Mai bis 8. November 1998. Luzern.

Picht, Georg (1964): Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation. Freiburg.

Quiquerez, Brice (2009): Personen mit einem Abschluss der höheren Berufsbildung auf dem Arbeitsmarkt. Hg. Bundesamt für Statistik. Neuchâtel (BFS Aktuell).

Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten / Verband der Schweizer Studierendenschaften (2009): Studieren nach Bologna – die Sicht der Studierenden. Resultate der nationalen Studierendenbefragung zu den Studienbedingungen an den Schweizer Universitäten 2008. Bern.

Ribeaud, Denis / Eisner, Manuel (2008): Entwicklung von Gewalterfahrungen Jugendlicher im Kanton Zürich. Zürich.

Rosenkranz, Paul (o.J.): Luzern. Land, Leute, Staat. Hg. Regierungsrat des Kantons Luzern. Luzern.

Rudin, Anton (2009): Bildungsabschlüsse 2008. Sekundarstufe II und Tertiärstufe. Hg. Bundesamt für Statistik. Neuchâtel.

Salvisberg, Alexander (2010a): Soft Skills auf dem Arbeitsmarkt. Bedeutung und Wandel. Zürich.

Salvisberg, Alexander (2010b): Stimmt es, dass die Anforderungen an Stellensuchende immer höher werden? In: Unijournal 40, H. 1, S. 16.

Schärrer, Markus et al. (2009): Finanzflüsse in der höheren Berufsbildung - Eine Analyse aus der Sicht der Studierenden. Schlussbericht. Im Auftrag des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie, Leistungsbereich Berufsbildung. Bern.

Schubert, Frank / Engelage, Sonja (2006): Bildungsexpansion und berufsstruktureller Wandel. In: Hadjar, Andreas / Becker, Rolf (Hg.): Die Bildungsexpansion. Wiesbaden, S. 93-121.

Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (2006): Frühere Einschulung in der Schweiz. Bern.

Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (2007): Bericht „Zukunft Lehrberuf". Analyse zur Veränderungen im Lehrberuf und Konsequenzen zur Stärkung der Lehrberufe. Bern.

Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren: Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik vom 25. Oktober 2007 (Sonderpädagogik Kokordat). Kurz-Info. Bern.

Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren: Kurz-Info HarmoS – Harmonisierung der obligatorischen Schule, Version 5, Oktober 2009. Bern.

Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung (2006): Bildungsbericht Schweiz 2006. Aarau.

Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung (2007): Lehrerinnen- und Lehrerbildung in der Schweiz. Bericht im Rahmen der Bildungsberichterstattung 2006. Zusammenfassung. Aarau.

Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung (2010): Bildungsbericht Schweiz 2010. Aarau.

Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste vpod (2010): vpod-Bildungspolitik, Nr. 165. Zürich.

Sennett, Richard (2006): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin.

Sheldon, George (2005): Der berufsstrukturelle Wandel der Beschäftigung in der Schweiz 1970-2000. Hg. Bundesamt für Statistik. Neuchâtel.

Sheldon, George (2008): Die Rolle der Berufsbildung in der Bekämpfung des Fachkräftemangels. Schlussbericht zu einem Auftrag des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT) an die FAI. Basel.

Sigerist, Peter (2008): Berufsbildung zwischen Wirtschafts- und Lernförderung. In: Bauder, Tibor / Osterwalder, Fritz (Hg.): 75 Jahre eidgenössisches Berufsbildungsgesetz. Politische, pädagogische, ökonomische Perspektiven. Bern, S. 287-309.

Solga, Heike (2002): „Ausbildungslosigkeit" als soziales Stigma in Bildungsgesellschaften. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 54, H. 3, S. 476-505.

Staatssekretariat für Bildung und Forschung SBF (2005): Evaluation der Maturitätsreform 1995 (EVAMAR). Schlussbericht zur Phase I. Bern.

Stelle für Familienfragen des Kantons Luzern (2007): Familienleitbild des Kantons Luzern. Luzern.

Strahm, Rudolf H. (2010): Warum wir so reich sind. Wirtschaftsbuch Schweiz. 2., erweiterte und aktualisierte Auflage. Bern.

Strauf, Simone (2010): Regionalwirtschaftliche Effekte der Hochschule Luzern für die Zentralschweizer Kantone. Kurzgutachten. Institut für Öffentliche Dienstleistungen und Tourismus, Universität St. Gallen, April 2010.

Tanner, Jakob (1999): Lebensstandard, Konsumkultur und American Way of Life seit 1945. In: Leimgruber, Walter / Fischer, Werner (Hg.): „Goldene Jahre". Zur Geschichte der Schweiz seit 1945. Zürich, S. 101-131.

Taylor, John (2009): National monitoring of higher education. Motives, methods and means. In: Tight, Malcolm et al. (Hg.) (2009): Routledge international handbook of higher education. New York, S. 225-242.

Teichler, Ulrich (2009): Hochschulbildung. In: Tippelt, Rudolf / Schmidt, Bernhard (Hg.) (2009): Handbuch Bildungsforschung. 2. Auflage. Wiesbaden, S. 421-444.

Timm, Andreas (2006): Die Veränderung des Heirats- und Fertilitätsverhaltens im Zuge der Bildungsexpansion. In: Hadjar, Andreas / Becker, Rolf (Hg.): Die Bildungsexpansion. Wiesbaden, S. 277-309.

Treichler, Hans-Peter (2009): Der Stift und sein Meister. In: NZZ Folio 2009, H. 9. In: http://www.nzzfolio.ch/www/d80bd71b-b264-4db4-afd0-277884b93470/showarticle/516ac394-0755-419f-a1ad-92a6b26d02b4.aspx (Juli 2010).

Universität Luzern (2007): Jahresbericht 2006. Luzern.

Universität Luzern (2008): Jahresbericht 2007. Luzern.

Universität Luzern (2009): Jahresbericht 2008. Luzern.

Universität Luzern (2010): Kennzahlen der Internationalisierung an der Universität Luzern. Luzern.

Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden (2009): Bologna – eine Zwischenbilanz. VSH-Bulletin 35, H. 3. Zürich.

Voegeli, Yvonne: Historisches Lexikon der Schweiz. Frauenstimmrecht. In: http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D10380.php (Mai 2010).

Wettstein, Emil / Gonon, Philipp (2009): Berufsbildung in der Schweiz. Bern.

Wolters, Stefan C. / Denzler, Stefan (2003): Ökonomische Erklärungen zur Feminisierung des Lehrberufes. In: ph akzente 10, H. 4, S. 23-25.

Zimmerli, Walther Ch. et al. (2009): Zukunft Bildung Schweiz. Anforderungen an das schweizerische Bildungssystem 2030. Hg. Akademien der Wissenschaften Schweiz. Bern.

Rechtsgrundlagen, Reglemente

Rechtsgrundlagen Bund

Verfassung

Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (SR 101)

Gesetze/Verordnungen

Bundesverordnung über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen (Maturitäts-Anerkennungsverordnung, MAV, SR 413.11); Gesetz über die Gymnasialbildung (SRL Nr. 501)

Bundesgesetz über die Berufsbildung (SR 412.10)

Bundesverordnung über die Berufsbildung (SR 412.101)

Bildungsverordnungen des Bundes (für jeden Beruf)

Bundesgesetz über die Fachhochschulen (SR 414.71)

Eidgenössisches Universitätsförderungsgesetz (SR 414.20)

Bundesgesetz über Beiträge an die Aufwendungen der Kantone für Stipendien und Studiendarlehen im tertiären Bildungsbereich (SR 416.0)

Bundesgesetz über den Finanz- und Lastenausgleich (SR 613.2)

Bundesgesetz über Finanzhilfen und Abgeltungen (SR 616.1)

Rechtsgrundlagen Kanton Luzern

Verfassung

Verfassung des Kantons Luzern (SRL Nr. 1)

Gesetze/Verordnungen

Kantonales Gesetz über die Volksschulbildung (SRL Nr. 400a)

Kantonales Gesetz über die Hochschule des Kantons Luzern in der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz

Gesetz über die Hochschule des Kantons Luzern in der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz (SRL Nr. 519)

Gesetz über die Hochschulen des Kantons Luzern in der Fachhochschule Zentralschweiz (SRL Nr. 520a)

Gesetz über die universitäre Hochschulbildung (Universitätsgesetz; SRL Nr. 539)

Kantonale Verordnung zum Gesetz über die Volksschulbildung (SRL Nr. 405)

Kantonale Verordnung über die Beurteilung der Lernenden in der Volksschule (SRL Nr. 405a)

Kantonale Verordnung über die Übertrittsverfahren in der Volksschule (SRL Nr. 405b)

Kantonale Verordnung über die Förderangebote der Volksschule (SRL Nr. 406)

Kantonale Verordnung über die Schuldienste (SRL Nr. 408)

Kantonale Verordnung über die Sonderschulung (SRL Nr. 409)

Kantonales Gesetz über die Gymnasialbildung (SRL Nr. 501)

Kantonale Verordnung zum Gesetz über die Gymnasialbildung (SRL Nr. 502)

Kantonales Gesetz über die Berufsbildung und die Weiterbildung (SRL Nr. 430)

Kantonale Verordnung zum Gesetz über die Berufsbildung und die Weiterbildung (SRL Nr. 432)

Kantonale Verordnung über die Schul- und Studiengelder sowie die Gebühren an kantonalen Schulen, privaten Berufsfachschulen und den Hochschulen des Kantons Luzern (SRL Nr. 544)

Vereinbarungen, Reglemente

Verordnung des ETH Rates über die Forschungsanstalten des ETH-Bereichs (SR 414.161)
Richtlinien der Schweizerischen Universitätskonferenz für die Qualitätssicherung an den schweizerischen Hochschulen (SR 414.205.2)
Interkantonale Fachhochschulvereinbarung (FHV) ab 2005 (SRL Nr. 535)
Interkantonale Universitätsvereinbarung (SRL Nr. 543a)
Interkantonales Konkordat über universitäre Koordination (SRL Nr. 543b)
Interkantonale Vereinbarung über die Beiträge an die Ausbildungskosten in der beruflichen Grundbildung (SRL Nr. 446)
Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich
Interkantonale Fachschulvereinbarung
Interkantonale Universitätsvereinbarung
Interkantonale Fachhochschulvereinbarung ab 2005
Interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (NFA Faktenblatt Nr. 11)
Reglement über die Aufnahme, die Promotion und die Abschlussprüfungen an den Fachmittelschulen des Kantons Luzern (SRL Nr. 438)
Reglement über die Berufsmaturität im Kanton Luzern (SRL Nr. 444)
Reglement über die Handelsmittelschulen des Kantons Luzern (SRL Nr. 511)
Konkordat über die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (PHZ-Konkordat; SRL Nr. 515)
Zentralschweizer Fachhochschul-Konkordat (FHZ-Konkordat; SRL Nr. 520)
Vereinbarung über die interkantonale Harmonisierung der obligatorischen Schule
(HarmoS, Zustimmung durch den KR im Dezember 2007 erfolgt, Ablehnung durch das Luzerner Stimmvolk am 28. September 2008)
Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich (EDK Erziehungsdirektorenkonferenz, 25.10.2007)
Reglement über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen (EDK Erziehungsdirektorenkonferenz, 16.01.1995)
Empfehlung über einen Rahmenlehrplan für die Maturitätsschulen (EDK Erziehungsdirektorenkonferenz, 09.06.1994)
Statut der Schweizerischen Mittelschulämterkonferenz (SMAK) als Unterorganisation der EDK (07.05.2009)
Leitlinien zur Optimierung der Nahtstelle obligatorische Schule Sekundarstufe II (EDK Erziehungsdirektorenkonferenz, 27.10.2006)
Bundesvorgaben betreffend Case Management Berufsbildung vom 6. Februar 2007 und vom November 2007.
Masterplanung der Verbundpartner zur beruflichen Grundbildung vom eidgenössischen Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) (ab Januar 2012 in Kraft)
Masterplanung der Verbundpartner zur höheren Berufsbildung vom BBT (in Erarbeitung).
Interkantonale Fachhochschulvereinbarung (FHV) ab 2005 (SRL Nr. 535)
Interkantonale Universitätsvereinbarung (SRL Nr. 543a)
Interkantonales Konkordat über universitäre Koordination (SRL Nr. 543b)

ABKÜRZUNGEN

AfS	Amt für Statistik, neu LUSTAT Statistik Luzern
AVS	Amt für Volksschulbildung, neu Dienststelle Volksschulbildung
BBG	Bundesgesetz über die Berufsbildung
BBT	Bundesamt für Berufsbildung und Technologie
BBV	Eidgenössische Berufsbildungsverordnung
BBZ	Berufsbildungszentrum
BFH	Berner Fachhochschule
BFS	Bundesamt für Statistik
BGZ	Berufsbildung Gesundheit Zentralschweiz
BIP	Bruttoinlandprodukt
BKD	Bildungs- und Kulturdepartement
BKZ	Bildungsdirektorenkonferenz Zentralschweiz
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft
CAS	Certificate of Advanced Studies
CIPOO-Model	Indikatorensystem geordnet nach Context-Input-Process-Output-Outcome
COHEP	Schweizerische Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der pädagogischen Hochschulen
CRUS	Conférence des Recteurs des Universités Suisses, Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten
DAS	Diploma of Advanced Studies
DVS	Dienststelle Volksschulbildung
EACEA	Education, Audiovisual and Culture Executive Agency; Exekutivagentur für Bildung, Audiovisuelles und Kultur
EBA	Eidgenössisches Berufsattest
ECTS	European Credit Transfer and Accumulation System
EDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
eduQua	Schweizerisches Qualitätszertifikat für Weiterbildungsinstitutionen
EF	Eidgenössischer Fachausweis
EFV	Eidgenössische Finanzverwaltung
EFZ	Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis
EHB	Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung
EHSM	Eidgenössische Hochschule für Sport Magglingen
EMBA	Executive Master of Business Administration
EPFL	Ecole Polytechnique Fédérale Lausanne; Eidgenössische Technische Hochschule Lausanne
ESPOP	Statistique de l'état annuel de la population; Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
ETHZ	Eidgenössisch Technische Hochschule Zürich
EU	Europäische Union
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
F+E	Forschung und Entwicklung
FAPSE / IUFE	Faculté de psychologie et sciences de l'éducation / Institut universitaire de formation des enseignants
FHNW	Fachhochschule Nordwestschweiz
FHO	Fachhochschule Ostschweiz
FHS	Fachhochschule St. Gallen
FHV	Interkantonale Fachhochschulvereinbarung
FHZ	Fachhochschule Zentralschweiz; Hochschule Luzern
FiLaG	Bundesgesetz über den Finanz- und Lastenausgleich
FMS	Fachmittelschule, Fachmaturitätsschule
GBF	Ganzheitliches Beurteilen und Fördern
HEP	Haute école pédagogique; Pädagogische Hochschule
HEP FR	Haute école pédagogique fribourgeoise
HEP VS	Haute école pédagogique du Valais
HEP-BE	Haute école pédagogique Berne, Pädagogische Hochschule Bern
HES-SO	Haute école spécialisée de Suisse occidentale
HF	Höhere Fachschule
HFGZ	Höhere Fachschule Gesundheit Zentralschweiz
HfH	Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik

HFKG	Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich
HSLU	Hochschule Luzern
HTL	Höhere Technische Lehranstalt
HWV	Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschule
HZU	Heilpädagogischen Zusatzunterricht
IBR	Institut für Betriebs- und Regionalökonomie der Hochschule Luzern
IDHEAP	Institut des hautes études en administration publique
IEA	International Association for the Evaluation of Educational Achievement
IF	Integrative Förderung
IFZ	Institut für Finanzdienstleistungen Zug der Hochschule Luzern
IHEID	Institut de hautes études internationales et du développement
ILeL	Institut für Lehren und Lernen der Pädagogischen Hochschule Luzern
ILO	International Labour Organization
IPS	Institut für Pädagogische Professionalität und Schulkultur der Pädagogischen Hochschule Luzern
IS	Integrative Sonderschulung
ISCED	International Standard Classification of Education
ISH	Institut für Schule und Heterogenität der Pädagogischen Hochschule Luzern
IUFFP	Istituto Universitario Federale per la Formazione Professionale
IUV	Interkantonale Universitätsvereinbarung
KdK	Konferenz der Kantonsregierungen
KR	Kantonsrat
KS	Kantonsschule
KSF	Kultur- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Luzern
KTI	Kommission für Technologie und Innovation; Förderagentur für Innovation
KU	Bachelor-Studiengang Kindergarten/Unterstufe
IUKB	Institut Universitaire Kurt Bösch
LUSTAT	LUSTAT Statistik Luzern
LZG	Langzeitgymnasium
MAR	Maturitätsanerkennungsreglement
MAS	Mater of Advanced Studies
MAV	Maturitäts-Anerkennungsverordnung
MBA	Master of Business Administration
NDK	Nachdiplomkurs
NDS	Nachdiplomstudium
NDS HF	Nachdiplomstudium Höhere Fachschule
NFA	Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OdA	Organisationen der Arbeitswelt
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OR	Obligationenrecht
PH	Pädagogische Hochschule
PH FHNW	Pädagogische Hochschule an der Fachhochschule Nordwestschweiz
PH FR	Pädagogische Hochschule Fribourg
PH VS	Pädagogische Hochschule Wallis
PHD	Philosophiae Doctor
PHGR	Pädagogische Hochschule Graubünden
PHSG	Pädagogische Hochschule St. Gallen
PHSH	Pädagogische Hochschule Schaffhausen
PHTG	Pädagogische Hochschule Thurgau
PHZ	Pädagogische Hochschule Zentralschweiz
PISA	Programme for International Student Assessment
PPP	Philosophie/Pädagogik/Psychologie
PS	Primarschule
RF	Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Luzern
RSA	Regionale Schulabkommen
S1	Sekundarstufe 1

SAKE	Schweizerische Arbeitskräfteerhebung
SBF	Staatssekretariat für Bildung und Forschung
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
SEK	Sekundarstufe
SF/PF	Diplomersweiterungsstudien an der Pädagogischen Hochschule Luzern
SHIS	Schweizerisches Hochschulinformationssystem
SHP	Schulische Heilpädagogik
SKBF	Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung
SNF	Schweizerischer Nationalfonds
SOCOM	Studiengänge Gesellschafts- und Kommunikationswissenschaften der Universität Luzern
SOS	Schulabgänger ohne Stelle
SR	Schweizerische Rechtssammlung
SRL	Systematische Rechtssammlung des Kantons Luzern
SUK	Schweizerische Universitätskonferenz
SUPSI	Scuola universitarie professionale della Svizzera italiana
SUPSI-DFA	Scuola universitarie professionale della Svizzera italiana - Dipartimento della formazione e dell' apprendiamento
TF	Theologische Fakultät der Universität Luzern
UFG	Universitätsförderungsgesetz des Bundes
UH	Universitäre Hochschule
UNI	Universität, Université
USI	Università della Svizzera Italiana
VBG	Gesetz über die Volksschulbildung
VPOD	Verband des Personals Öffentlicher Dienste
VSH	Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierender
VSS	Verband Schweizer Studentenschaften
VZÄ	Vollzeitäquivalente
WMS	Wirtschaftsmittelschule
ZFH	Zürcher Fachhochschule
ZHAW	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

BILDNACHWEIS

Anderhub, Georg: 40, 43, 77, 81, 85, 90, 117, 302
Berufsbildungszentrum Natur und Ernährung: 134, 312
Berufsbildungszentrum Weiterbildung Kanton Luzern: 52, 321
Berufsfachschule Verkehrswegbauer: 137, 151
Dienststelle Berufs- und Weiterbildung: 138, 147, 166 (apimedia), 167 (apimedia)
Dienststelle Immobilien: 59, 174, 269, 296
Dienststelle Volksschulbildung: 73, 114, 124, 328, 348
Fachhochschule Zentralschweiz / Hochschule Luzern: 22, 217, 225, 234, 237, 239, 291
Fotoagentur Aura, Emanuel Ammon: 310, 319
Gemeinde Pfeffikon: 88
Heilpädagogisches Zentrum Hohenrain: 100
Helfenstein, Peter: 159, 307, 318
Hodel, Dominik: 35
Hotel & Gastro formation: 149
Kantonsschule Alpenquai Luzern (Othmar Huber): 111
Kantonsschule Beromünster: 127, 183
Kantonsschule Musegg: 56, 185
Kantonsschule Reussbühl (Charles Baumann): 122, 193, 202
Kantonsschule Schüpfheim: 190
Kantonsschule Seetal: 199
Kantonsschule Sursee (Christian Siegenthaler): 254
LUSTAT Statistik Luzern: 46, 70, 177, 208, 242, 264
Pädagogische Hochschule Zentralschweiz: 104, 245, 251, 255, 258
Stadt Luzern: 108, 163
Technopark Luzern: 28
Universität Luzern: 277, 280, 283, 287, 292 (Martin Baumann), 338
Volksschule Stadt Luzern: 94, 98

EXPERTINNEN UND EXPERTEN

Die von uns einbezogenen Expertinnen und Experten haben vor dem Hintergrund ihres spezifischen Fachwissens die verschiedenen Phasen der Realisierung des Bildungsberichts begleitet, sei es durch die Vermittlung von fundierten Informationen über die einzelnen Themenfelder, sei es durch die Beurteilung der Analysekonzepte, sei es durch die kritische Würdigung der Manuskripte. Mit ihren wertvollen Anregungen und Hinweisen haben sie zur Korrektheit der Interpretationen im kantonalen Kontext und zur Sicherung der Qualität beigetragen. Den genannten Personen sei an dieser Stelle für ihre Unterstützung gedankt.

Hans-Peter Heini, Bildungs- und Kulturdepartement, Departementssekretär, Luzern
Urs Keller, Bildungs- und Kulturdepartement, Dienststelle Gymnasialbildung, Luzern
Mike Märki, Bildungs- und Kulturdepartement, Leiter Controlling Finanzen Informatik
Karin Pauleweit, Bildungs- und Kulturdepartement, Leiterin Dienststelle Hochschulschulbildung, Kultur und Sport, Luzern
Martin Schönbächler, Bildungs- und Kulturdepartement, Dienststelle Berufs- und Weiterbildung, Luzern
Werner Schüpbach, Bildungs- und Kulturdepartement, Leiter Dienststelle Gymnasialbildung, Luzern
Hildegard Steger-Zemp, Bildungs- und Kulturdepartement, Dienststelle Berufs- und Weiterbildung, Luzern
Charles Vincent, Bildungs- und Kulturdepartement, Dienststelle Volksschulbildung, Luzern
Josef Widmer, Bildungs- und Kulturdepartement, Leiter Dienststelle Berufs- und Weiterbildung, Luzern